

*Betreff:***Haushaltssatzung 2016 der Stadt Braunschweig***Organisationseinheit:*

Dezernat VII

20 Fachbereich Finanzen

Datum:

09.03.2016

Beratungsfolge

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

15.03.2016

Status

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

15.03.2016

Ö

Beschluss:

„Der Rat der Stadt wird gebeten zu beschließen:

1. Die Haushaltssatzung 2016 (Anlage 1) mit

a) dem Haushaltsplan 2016 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2015 – 2019

b) den Haushaltsplänen 2016 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogramm 2015 – 2019 für

- die Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
- die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
- die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

c) dem Haushaltsplan 2016 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“

wird entsprechend den Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses und den während der Sitzung gefassten Empfehlungen des Verwaltungsausschusses zusammen mit den während der Haushaltslesung angenommenen Anträgen beschlossen.

2. Die finanzunwirksamen Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte werden entsprechend den Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses und den während der Sitzung gefassten Empfehlungen des Verwaltungsausschusses zusammen mit den während der Haushaltslesung angenommenen Anträgen beschlossen.

3. Die Änderungsvorschläge der Verwaltung zu Wesentlichen Produkten und Maßnahmen in einzelnen Teilhaushalten werden entsprechend den Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses beschlossen (Anlage 3).

4. Aus den **75 am besten bewerteten Einwohnervorschlägen zum Bürgerhaushalt** werden aus dem Themenbereich ÖPNV die Bürgervorschläge Nr. 2, 16, 27 und 40 sowie aus dem Themenbereich Fuß- und Radverkehr die Bürgervorschläge Nr. 15, 18, 20, 24 und 37 inhaltlich aufgegriffen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bzw. hierfür im Wirtschaftsplan der Braunschweiger Verkehrs-GmbH

vorhandener Mittel unter Berücksichtigung bestehender Prioritäten umgesetzt (Abschnitt A).

Für die bereits umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Vorschläge (Abschnitt C der Anlage 2.6.1) ist die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel nicht erforderlich.

Die unter Abschnitt B der Anlage 2.6.1 aufgeführten Vorschläge werden auf Grund des Ergebnisses der Vorberatung in den Fachausschüssen und im Finanz- und Personalausschuss abgelehnt.

Für die übrigen Top 75-Vorschläge (Abschnitt D) werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie der Bürgerhaushalt auf ein vom Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängiges Verfahren umgestellt werden kann.

5. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen im Enddruck des Haushaltsplanes 2016 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen.

- 6.1 Der Entwurf der Haushaltssatzung 2016 wird in § 6 folgendermaßen erweitert:

„Innerhalb der Produkte zur Betreuung von Flüchtlingen und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gelten die Sach- und Personalkosten als gegenseitig deckungsfähig.“

- 6.2 Die Richtlinie des Rates gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG zur Auslegung des Begriffes „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ wird unter lit. g) um folgenden Satz 2 ergänzt:

"Die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit Flüchtlingsangelegenheiten ist bis zu einer Wertgrenze von 150.000 Euro im Einzelfall ein Geschäft der laufenden Verwaltung."

Sachverhalt:

Ausschussempfehlungen zum Haushaltsplanentwurf 2016

Der Verwaltungsentwurf sowie die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte zum Haushalt 2016 und zum Investitionsprogramm 2015 – 2019 und die Ansatzveränderungen der Verwaltung sind von den Ausschüssen beraten worden. Die Empfehlungen der Ausschüsse hierzu sowie die nach den Ausschussberatungen eingereichten Anträge der Fraktionen (Anlage Z), die Ansatzveränderungen und haushaltsneutralen Umsetzungen sind dem Finanz- und Personalausschuss zu seiner Sitzung am 25. Februar 2016 vorgelegt worden.

Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses (FPA)

Der FPA hat in seiner Sitzung am 25. Februar 2016 die Ansatzveränderungen, die haushaltsneutralen Umsetzungen, die finanzwirksamen Haushaltsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte, die Stellenplananträge, die finanzunwirksamen Anträge und die Vorschläge zum Bürgerhaushalt beraten. Die Beschlussempfehlungen sind in der Anlage 2 dieser Vorlage dargestellt. Die Antworten der Verwaltung zu den Anfragen der Fraktionen zum Haushalt 2016 sind ebenfalls in der Anlage 2 dargestellt.

Der FPA hat am Ende seiner Beratungen mit 6 Ja-Stimmen und 5 Gegenstimmen folgenden Beschluss gefasst:

„Zur Vorbereitung der Haushaltslesung des Rates am 15. März 2016 wird der Finanz- und Personalausschuss um folgende Beschlussempfehlung gebeten:

1. Der **Verwaltungsentwurf** der Haushaltssatzung 2016 nach dem derzeitigen Stand mit
 - a) dem Haushaltsplan 2016 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2015 - 2019
 - b) den Haushaltsplänen 2016 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogramm 2015 – 2019 für
 - die Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
 - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
 - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft
 - c) dem Haushaltsplan 2016 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“

wird beschlossen, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Beschlusspunkten eine andere Empfehlung ergibt.

2. Die finanzunwirksamen Anträge der **Fraktionen** einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 2).
3. Die Änderungsvorschläge der **Verwaltung** zu Wesentlichen Produkten und Maßnahmen in einzelnen Teilhaushalten werden nach Maßgabe der Einzelabstimmungen beschlossen (Anlage 3).
4. Die finanzwirksamen Anträge der **Fraktionen** einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 4.1 und 5.1).
5. Die Ansatzveränderungen der **Verwaltung** werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen

(Anlage 4.2 und 5.2).

6. Die haushaltsneutralen Umsetzungen und die Haushaltsvermerke der **Verwaltung** werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 4.3 und 5.3).
7. Aus den **75 am besten bewerteten Einwohnervorschlägen zum Bürgerhaushalt** werden aus dem Themenbereich ÖPNV die Bürgervorschläge Nr. 2, 16, 27 und 40 sowie aus dem Themenbereich Fuß- und Radverkehr die Bürgervorschläge Nr. 15, 18, 20, 24 und 37 inhaltlich aufgegriffen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bzw. hierfür im Wirtschaftsplan der Braunschweiger Verkehrs-GmbH vorhandener Mittel unter Berücksichtigung bestehender Prioritäten umgesetzt.

Für die bereits umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Vorschläge (Abschnitt C der Anlage 6.1) ist die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel nicht erforderlich.

Die unter Abschnitt B der Anlage 6.1 aufgeführten Vorschläge werden auf Grund des Ergebnisses der Vorberatung in den Fachausschüssen abgelehnt.

Für die übrigen Top 75-Vorschläge werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie der Bürgerhaushalt auf ein vom Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängiges Verfahren umgestellt werden kann.

8. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen im Enddruck des Haushaltsplanes 2016 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen.
9. Der § 4 der Haushaltssatzung 2016 wird folgendermaßen geändert:

„Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2016 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 50.000.000 Euro festgesetzt.“

- 10.1 Der § 6 der Haushaltssatzung 2016 wird folgendermaßen erweitert:

"Davon abweichend sind über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit Flüchtlingsangelegenheiten unerheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 150.000 Euro nicht übersteigen."

- 10.2 Die Richtlinie des Rates gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG zur Auslegung des Begriffes „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ wird unter lit. g) um folgenden Satz 2 ergänzt:

"Die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit Flüchtlingsangelegenheiten ist bis zu einer Wertgrenze von 150.000 Euro im Einzelfall ein Geschäft der laufenden Verwaltung."

Nach den Beratungen im FPA stellt sich der Haushaltsplan 2016 wie folgt dar:

1. Finanzierung von Haushaltsresten

In die Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2019 ist der vorgesehene Abbau der Haushaltsreste folgendermaßen aufgenommen worden:

Ergebnishaushalt

In Mio. €	2016	2017	2018	2019
	1,5	3,9	2,1	3,2

Finanzhaushalt

In Mio. €	2016	2017	2018	2019
	4,1	6,1	4,0	5,9

Wie im Haushaltsplan 2015 wird unverändert davon ausgegangen, dass die Haushaltsreste im Planungszeitraum 2016 bis 2019 nur teilweise abgebaut werden können.

In den folgenden Ausführungen wird bei den Darstellungen zum Ergebnis- und zum Finanzhaushalt der dargestellte Abbau der Haushaltsreste berücksichtigt.

2. Ergebnis der Haushaltsberatungen in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 25. Februar 2016

Hinweis:

Bei den nachfolgenden Berechnungen unter Ziffer 3 sind die Ansatzveränderungen der Verwaltung und die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte mit der Beschlussfassung des Finanz- und Personalausschusses berücksichtigt worden.

2.1 Ergebnishaushalt

Der Entwurf des Ergebnishaushaltes 2016 wies für das Planjahr 2016 bei Versand an die Ratsmitglieder (Stand: September 2015) einen **Überschuss inkl. Resteaabbau von rd. 0,3 Mio. €** aus.

Auf Basis der im Dezember 2015 versandten Listen mit Ansatzveränderungen ergab sich ein **Verlust von 11,4 Mio. €** für das Haushaltsjahr 2016.

Nach der Beratung des Entwurfs und der dazu ergangenen Ansatzveränderungen und Anträge im Finanz- und Personalausschuss am 25. Februar 2016 ergibt sich nunmehr ein **Verlust von 15,0 Mio. €**.

Die **wesentlichen Veränderungen**, die gegenüber dem im September 2015 versandten Haushaltsplanentwurf zur Veränderung des Ergebnisses führen, werden nachstehend näher erläutert.

- 2.1.1** Bei der **Gewerbsteuer** waren für den Haushaltsplanentwurf für 2016 Erträge von 180,0 Mio. € veranschlagt. Auf der Basis der Entwicklung der Gewerbesteuer im Jahr 2015 und der vorliegenden aktuellen Erkenntnisse wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2016 Erträge in Höhe von 135,0 Mio. € erzielt werden können. Hierbei wird erwartet, dass sich vorübergehende negative Effekte bei der Gesamtheit der regionalen Gewerbesteuerzahler ergeben, die sich im Finanzplanungszeitraum

kontinuierlich verringern. Für die weiteren Planungsjahre 2017 bis 2019 wird daher von einer Erholung bei der Gewerbesteuer ausgegangen und ein Anstieg der Erträge auf 145,0 Mio. €, 158,0 Mio. € bzw. 160,0 Mio. € erwartet. Die Einplanung für das Jahr 2019 entspricht somit in etwa der Höhe der Gewerbesteuererträge im Jahr 2014.

Im Haushaltsplanentwurf 2016 ist noch von Schlüsselzuweisungen aus dem **kommunalen Finanzausgleich** in Höhe von 98,0 Mio. € ausgegangen worden. Nach den Ende November 2015 veröffentlichten vorläufigen Berechnungsgrundlagen des Landes Niedersachsen ergeben sich nunmehr für 2016 Schlüsselzuweisungen in Höhe von voraussichtlich rund 117,5 Mio. €. Neben einer weiter steigenden Verteilungsmasse ergibt sich diese deutliche Steigerung daraus, dass die Gewerbesteuerkraft Braunschweigs im für den Finanzausgleich 2016 zugrunde zu legenden Zeitraum erheblich unter den Erwartungen geblieben ist, während bei den meisten niedersächsischen Kommunen eine stabile Entwicklung zu verzeichnen war. Dieser Effekt wirkt sich für den Finanzausgleich 2016 im besonderen Maße aus, sodass im Jahr 2017 aufgrund der sich im zugrunde zu legenden Zeitraum voraussichtlich ergebenden Steuerkraft von einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen gegenüber 2016 auf 111,0 Mio. € ausgegangen werden muss. Auf der Grundlage eigener Einschätzungen wird im Jahr 2018 ein leichter Anstieg der Schlüsselzuweisungen auf 112,0 Mio. € erwartet, im Jahr 2019 werden die Zuweisungen dagegen aufgrund der erwarteten Erholung bei der Gewerbesteuer ab 2018 auf voraussichtlich 109,0 Mio. € zurückgehen.

Zu den Ansatzveränderungen der Verwaltung hat der FB 50 eine Verringerung der Ausgleichsleistungen des Landes in der **Sozialhilfe** in Höhe von rd. 180 T€ angemeldet. Inzwischen wurde dieser Betrag um weitere rd. 765 T€ auf rd. 945 T€ erhöht. Das Land greift hier einer erwarteten Entlastung der Kommunen aus der Wohngeld-Novelle 2016 vor und verringert die Ausgleichsleistung deutlich stärker, als die Entlastung aus der Wohngeld-Novelle eintreten kann. Die Höhe dieser Entlastung steht noch nicht fest, sodass sie in der Haushaltsplanung noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Ende 2015 wurde bekannt, dass Braunschweig im Jahr 2016 erstmalig erwachsene **Flüchtlinge** und Familien in großer Zahl dauerhaft aufnehmen muss. Da es nicht ausreichend geeignete Wohnungen in der Stadt gibt, ist vorgesehen, zusätzliche Unterkünfte nach einem durch den Rat am 21. Dezember 2015 beschlossenen Konzept (DS 15-01259) zu schaffen. Davon ausgehend, dass ab 2016 jährlich bis zu 1.000 Flüchtlinge unterzubringen sind und dass hierfür pro Platz Bau- und Einrichtungskosten von 25 T€ anfallen, sind 25 Mio. € in 2016 zusätzlich vorgesehen.

Bei den laufenden Kosten wurde zunächst von 15.000 € je Flüchtling und Jahr ausgegangen. Dies beinhaltet pauschal neben Taschengeldern, Wohn- und Krankheitskosten auch den Aufwand für die Sprachbildung und Integration sowie alle bisher nicht bekannten Kostenpositionen. Daraus ergeben sich für die Jahre 2017 bis 2019 Aufwendungen von jeweils 15 Mio. €. Für 2016 zeichnet sich ab, dass Zuweisungen von Flüchtlingen verstärkt zu Beginn des Jahres erfolgen werden. Für die Veranschlagung der Aufwendungen i. H. v. 11,3 Mio. € wurden daher durchschnittlich 750 Asylsuchende zugrunde gelegt.

Das Land erstattet auf die laufenden Kosten für 2016 9.500 € pro Person, ab 2017 mindestens 10.000 €. Für die Erstattungen des Landes wird ein Mittelwert aus den Flüchtlingszahlen am Beginn und am Ende des Jahres der Flüchtlingsaufnahme zugrunde gelegt. Deshalb kann hierfür für 2016 lediglich von 500 Personen ausgegangen werden (Ertrag 4,8 Mio. €). Für 2017 bis 2019 sind Erstattungen von jährlich 10 Mio. € zu veranschlagen. Die Erstattungen werden durch das Land erst im übernächsten auf das Jahr der Flüchtlingsaufnahme folgenden Jahr gezahlt. Nach neueren Vorgaben hat eine Einplanung der Erträge im Ergebnishaushalt dennoch bereits im Jahr der Aufnahme zu erfolgen. Auf die Erstattungen gibt es grundsätzlich

Abschlagszahlungen im Jahr nach der Flüchtlingsaufnahme. Wegen der durch das Land gewählten Berechnungssystematik sind im Finanzhaushalt aber für 2016 und 2017 selbst Abschlagszahlungen nicht zu erwarten. Im Finanzhaushalt sind deshalb Einzahlungen erst für 2018 (6 Mio. €) und 2019 (11,3 Mio. €) eingeplant.

Es wird erwartet, dass nach Abschluss der Asylverfahren 70 % der Asylbewerber Leistungen nach dem SGB II erhalten werden, auch für durchschnittlich zwei nachgezogene Familienangehörige. Davon ausgehend, dass die Asylverfahren vorerst weiterhin etwa ein Jahr dauern, ist dies im Haushaltsjahr 2016 noch nicht, aber ab 2017 mit steigender Tendenz eingeplant worden. Die saldierte Haushaltsbelastung wird für 2017 bis 2019 mit insgesamt 31,5 Mio. € erwartet.

Zusammen mit den Aufwendungen und Erträgen für die vorangehende Aufnahme der Flüchtlinge ergibt sich insgesamt ist für den Zeitraum der mittelfristigen Ergebnisplanung eine Haushaltsbelastung i. H. v. 53 Mio. €.

Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - UmF - werden die entstehenden Betreuungsleistungen grundsätzlich durch Landeserstattungen gedeckt. Gegenüber dem Haushaltsentwurf wurden die diesbezüglichen Erträge und Aufwendungen von 4 Mio. € auf 23,2 Mio. € angehoben.

Durch die dargestellten neuen Anforderungen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung - auch für UmF - ist eine massive Anhebung des Personalaufwandes notwendig. Im Bereich der UmFe wird dieser Mehraufwand zum größeren Teil durch Erstattungen gedeckt.

Erhebliche Änderungen ergeben sich dadurch auch beim **Personalaufwand**. Zu den notwendigen Stellenschaffungen in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung, die sich im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen bzw. mit der Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und weiteren geänderten Aufgabenstellungen ergeben, wird auf die Stellenplanvorlage des FB 10 zum Finanz- und Personalausschuss - Haushalt 2016 Stellenplan (DS 16-01547) – und die Anlage 5 verwiesen.

Derzeit steht allerdings noch nicht fest, ob die zusätzlichen Aufgaben im Bereich der Flüchtlingsbetreuung durch die Stadt selbst wahrgenommen werden. Um etwaige Zuschusszahlungen für die Aufgabenwahrnehmung durch Dritte, insbesondere Wohlfahrtsverbände, leisten zu können, wird vorgeschlagen, in die Haushaltssatzung eine Ermächtigung zum Einsatz von Personalkostenansätzen auch für Sachaufwendungen aufzunehmen. Der Beschlussvorschlag zu § 6 der Haushaltssatzung wurde daher gegenüber der Fassung der FPA-Vorlage (Drucksache 16-01516-02, dort 10.1) entsprechend erweitert.

Darüber hinaus berücksichtigen die Personalkostenveränderungen das Ergebnis der aktuellen Personalkostenhochrechnung, den Mehraufwand aus den tariflichen Neuregelungen im Sozial- und Erziehungsdienst, die Anpassung von Besoldung und Versorgungsbezügen um 2,0 % zum 01. Juni 2016 sowie eine lineare Erhöhung von ebenfalls 2,0 % im Tarifbereich. Von der Erhöhung der leistungsorientierten Bezahlung im Beamtenbereich auf das Tarifniveau ist dagegen abgesehen worden, da die rechtlichen Voraussetzungen noch nicht vorliegen. Die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen sind entsprechend den aktuellen versicherungsmathematischen Berechnungen angepasst worden. Entlastend wirkt sich beim Personalaufwand die Rückzahlung von Sanierungsgeldern durch die VBL aus. Es erfolgt eine Rückzahlung der für die Jahre 2013 bis 2015 gezahlten Sanierungsgelder. Da die rechtlichen Voraussetzungen insoweit vorliegen ist zukünftig ein um ca. 1,0 Mio. € geringerer jährlicher Beitrag zu leisten. Weitere Ausführungen zum Personalaufwand finden sich unter Ziffer 6.

Zum Ausgleich der Verluste insbesondere bei der Gewerbesteuer wurde ein **Konsolidierungsprogramm** durchgeführt, als dessen Ergebnis der Finanz- und Personalausschuss in seiner Sitzung die folgenden Veränderungen angenommen hat:

- Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B
- Anhebung der Parkgebühren
- Gebührenanhebungen im Bereich der Museen, Musikschule, Stadtbibliothek Friedhöfe und der städt. Sporteinrichtungen
- Aufwandssenkungen bei städtischen Organisationseinheiten und Gesellschaften
- Dauerhafter Verzicht auf die sich für 2016 ergebende Stufe der Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich

Diese Veränderungen finden sich in der Anlage 2.4.

2.1.2 Investitionsmanagement

Das **Investitionsmanagement** beinhaltet auch Aufwandsmaßnahmen (z. B. Festwertbeschaffungen, Instandhaltungsmaßnahmen), die sich nicht nur auf den Finanzhaushalt, sondern auch auf den Ergebnishaushalt auswirken. Für das Haushaltsjahr 2016 ergibt sich eine zusätzliche Ergebnisbelastung in Höhe von rd. **0,6 Mio. € aus Ansatzveränderungen der Verwaltung als auch aus den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte**. Hierbei berücksichtigt sind auch die Ergebnisse der Haushaltskonsolidierung.

Die Haushaltskonsolidierung im Investitionsmanagement beruht auf zwei Verfahrensweisen. Die pauschalen und jährlich fortzuschreibenden Haushaltsmittel sind nach verwaltungsinterner Abstimmung bis zu 10 % gekürzt worden (**siehe Anlage 2.5.2.1**). Die Haushaltsmittel, die sich auf Großprojekte, Einzelprojekte und Programme beziehen, sind dieser pauschalen Kürzung nicht unterworfen worden. Hierzu gibt es von der Verwaltung individuelle Einsparvorschläge, die in der **Anlage 2.5.2.2** dargestellt sind. Beide Anlagen beinhalten daneben aber auch die von der Verwaltung als notwendig erachteten Mehrbedarfe. Die **Anlagen 2.5.2.3 und 2.5.2.4** stellen dagegen nur die Mehrbedarfe in Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen dar.

Ohne die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (z. B. Verschiebung von aufwandswirksamen Maßnahmen bei Schulsanierungsprojekten) wäre die Ergebnisbelastung noch höher ausgefallen. Die von der Verwaltung in diesem Zusammenhang vorgeschlagene Verschiebung der Erweiterung der BBS V auf die Haushaltsjahre 2020 ff wurde im Finanz- und Personalausschuss abgelehnt.

Allein durch die vorzunehmende Aufstockung der Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen, wie z. B. für Maßnahmen an der Tiefgarage Packhof und für Maßnahmen zur Mängelbeseitigung nach Brandschutzbegehungen, hat sich eine zusätzliche Ergebnisbelastung in Höhe von 1,6 Mio. € ergeben. In Zusammenhang mit den geplanten Brandschutzmaßnahmen werden auch Veränderungen an der Ausstattung der Schulen notwendig. Hierfür sollen die Haushaltsmittel des Fachbereiches Schule um 250 T€ aufgestockt werden.

Weitere Aufwendungen werden eingeplant, um den Umbau des Jugendschutzhauses Ölper (Unterbringung von UmF) sowie Umbauten an Schulen zur Ausweitung der Schulkindbetreuung abwickeln zu können.

2.1.3 Zusammenfassung

Die **Beschlussempfehlungen zu den Ansatzveränderungen** sowie zu den **Anträgen der Fraktionen** und die **Vorschläge der Stadtbezirksräte** führen nach dem gegenwärtigen Beratungsstand im Entwurf des Ergebnishaushaltes 2016 saldiert zu folgenden Veränderungen:

Veränderungen durch die Entscheidungen über:	Erträge - € -	Aufwand - € -	Saldo - € -
a) die Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt	+ 14.668.050	+ 28.967.197	- 14.299.147
b) die Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Investitionsmanagement, die ergebniswirksam sind	- 621.300	- 338.400	- 282.900
c) die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt	+ 10.000	+ 386.700	- 386.700
d) Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte im Investitionsmanagement, die ergebniswirksam sind	0	+ 320.000	- 320.000
Veränderung Ergebnishaushalt	+ 14.056.750	+ 29.335.497	-15.288.747

2.2 Finanzhaushalt

Im Entwurf des Finanzhaushaltes 2016 (Stand: September 2015) waren Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 72,8 Mio. € vorgesehen. Die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit beliefen sich auf rd. 17,2 Mio. €, so dass sich ein Finanzierungsbedarf aus der Investitionstätigkeit in Höhe von rd. 55,6 Mio. € ergeben hat. Unter Berücksichtigung des Überschusses aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd. 27,5 Mio. €, des Saldos aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von rd. 0 Mio. € sowie des geplanten Resteaabbaus von 5,6 Mio. € ergab sich somit ein **Fehlbedarf im Gesamtfinanzhaushalt** in Höhe von rd. **33,7 Mio. €**.

Auf Basis der im Dezember 2015 versandten Listen mit Ansatzveränderungen ergab sich unter Berücksichtigung der auf 91,5 Mio. € veränderten Auszahlungen für Investitionen ein **Fehlbedarf im Gesamtfinanzhaushalt** von **44,1 Mio. €** für das Haushaltsjahr 2016.

Nach dem gegenwärtigen Stand ist zu erwarten, dass der **Fehlbedarf im Gesamtfinanzhaushalt** für 2016 rd. **48,7 Mio. €** betragen wird.

Die **wesentlichen Veränderungen**, die gegenüber dem im September 2015 versandten Haushaltsplanentwurf zu Veränderungen im Finanzhaushalt führen, werden nachstehend näher erläutert.

2.2.1 Investitionstätigkeit

Insgesamt ergeben sich durch die Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses zusätzliche Finanzhaushaltsbelastungen in Höhe von rd. **21,1 Mio. €**.

Die hohe Belastung des Finanzhaushaltes resultiert aus der Einplanung von

25 Mio. € für die Herstellung von Flüchtlingsunterkünften gemäß der vom Rat beschlossenen Vorlage „Zuweisungen von Flüchtlingen in Braunschweig in 2016“ (DS 15-01259). In 2015 ist ein Teil dieser Haushaltsmittel in Höhe von rd. 9,3 Mio. € bereits außerplanmäßig bereitgestellt worden. Es ist vorgesehen, dass in gleicher Höhe die jetzt zu veranschlagenden Haushaltsmittel gesperrt werden.

Weiterhin haben insbesondere die Aufnahme von Kapitalerhöhungen für Städtische Gesellschaften in Höhe von rd. 1,2 Mio. € (Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH) und die Einplanung von Haushaltsmitteln für den Neubau der Kita Lamme Ost II in Höhe von 3 Mio. € den Finanzhaushalt zusätzlich belastet. Für den Ersatzbau der Sporthalle in Lehdorf nach dem erfolgten Brand sind ebenfalls Finanzmittel in Höhe von 2,1 Mio. € für das Haushaltsjahr 2016 neu eingeplant worden.

Die sich hieraus ergebenden Belastungen des Finanzhaushaltes für das Jahr 2016 konnten nur begrenzt werden, indem durch Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen andere Projekte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden (z. B. Sanierung des Rathaus-Neubaus, Schulsanierungsprojekte). Die in diesem Zusammenhang von der Verwaltung vorgeschlagene Verschiebung der Erweiterung der BBS V auf die Jahre 2020 ff wurde dagegen im Finanz- und Personalausschuss abgelehnt und somit hier als Fraktionsantrag eingerechnet.

Parallel zur Haushaltsberatung 2016 ist im Finanz- und Personalausschuss auch die Vorlage zur Beteiligung der Stadt Braunschweig an der ITEBO GmbH (Drucksache 16-01543) behandelt worden. Die sich daraus ergebende Haushaltsbelastung in Höhe von 200.000 € ist in die Liste der Ansatzveränderungen neu aufgenommen worden. Eine Beratung in den Fachausschüssen hat bisher nicht stattgefunden. Sofern der Vorlage zum Erwerb der Anteile an der ITEBO GmbH zugestimmt wird, so wäre in der Konsequenz auch der Ansatzveränderung der Verwaltung zugestimmt. Zur Deckung der Mehrkosten können aufgrund aktueller Informationen des Landes die Haushaltsmittel der Krankenhausumlage reduziert werden.

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** verringert sich durch die Ansatzveränderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf von bisher 58.050.900 € auf 55.371.800 €.

Die **Beschlussempfehlungen zu den Ansatzveränderungen** sowie zu den **Anträgen der Fraktionen** und die **Vorschläge der Stadtbezirksräte** für die **Investitionen** führen in 2016 saldiert zu folgenden Veränderungen:

	Einzahlungen - € -	Auszahlungen - € -	Saldo - € -
a) Entscheidungen zu den Ansatzveränderungen der Verwaltung	-1.355.700	+18.447.800	-19.803.500
b) Veränderungen durch die Anträge der Fraktionen	0	+ 1.280.000	- 1.280.000
c) die Anträge der Stadtbezirksräte	0	0	0
Ergebnis Investitionen	-1.355.700	+ 19.727.800	- 21.083.500

Die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte sind in der **Anlage 2.5.1** dargestellt. Zu den Ansatzveränderungen der Verwaltung und den haushaltsneutralen Umsetzungen sowie den Haushaltsvermerken des Investitionsmanagements sind die **Anlagen 2.5.2 (2.5.2.1 - 2.5.2.4) und 2.5.3 (2.5.3.1 - 2.5.3.2) beigefügt.**

2.2.2 Finanzierungstätigkeit

Über die bereits im Haushaltsplanentwurf veranschlagte Kreditaufnahme in Höhe der ordentlichen Tilgung ist nunmehr im Jahr 2016 darüber hinaus eine weitere Kreditaufnahme zur Finanzierung der Investitionskosten für die Flüchtlingsunterbringung in Höhe von 25 Mio. € eingeplant.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Kreditaufnahmen und der ordentlichen Tilgung:

Jahr	Kredit- aufnahmen	ordentliche Tilgung
2016	33,4 Mio. €	9,0 Mio. €
2017	5,6 Mio. €	6,9 Mio. €
2018	4,5 Mio. €	5,8 Mio. €
2019	3,8 Mio. €	5,1 Mio. €

2.3 Investitionsprogramm 2017 - 2019

Das Investitionsprogramm würde sich gegenüber dem Verwaltungsentwurf unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu den Ansatzveränderungen der Verwaltung sowie der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte in den **Jahren 2017 bis 2019** um folgende Beträge ausweiten (zu den Veränderungen 2016 s. Ziffer 3.2):

	Planungsjahr - € -		
	2017	2018	2019
1. Veränderungen im Investitionsprogramm durch die Entscheidungen zu den Ansatzveränderungen	+ 7.561.400	+ 4.028.600	+ 2.190.400
davon ergebniswirksam	- 159.200	- 1.211.400	-1.673.300
davon werterhöhend	+ 7.720.600	+ 5.240.000	+ 3.863.700
2. Veränderungen im Investitionsprogramm durch die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte	- 2.492.000	+ 2.925.000	0
davon ergebniswirksam	- 818.400	- 445.000	0
davon werterhöhend	- 1.673.600	+ 3.370.000	0
3. Gesamt	+ 5.069.400	+ 6.953.600	+ 2.190.400

Hier wirken sich folgende entlastende und belastende Effekte aus:

Die Einsparungen im Investitionsbereich sind auf die unter Punkt 2.1.2 und Punkt 2.2.1 beschriebenen, aber auch für die Jahre 2017-2019 wirksamen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zurückzuführen.

In den Jahren 2017-2019 hat sich insbesondere **im investiven Bereich (werterhöhende)** eine Reduzierung des Finanzbedarfs von rd. 18,5 Mio. € (Ansatzveränderungen der Verwaltung und Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte) ergeben.

Bei den Aufwandsmaßnahmen konnten die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen nur begrenzt wirksam werden, da alleine durch die jährliche Aufstockung des allgemeinen Ansatzes für Brandschutzmaßnahmen um 1 Mio. € sowie die zusätzlichen Brandschutzmittel für die Tiefgarage Packhof sich entsprechende Belastungen ergeben haben.

Weiterhin wurden Haushaltsmittel für die Mehrkosten der IGS Franzses Feld, der Stadthallensanierung und der einmaligen Kapitalerhöhung der NiWo für das Haushaltsjahr 2018 als auch die jährlich vorgesehenen Kapitalerhöhungen bei den Gesellschaften der Stadt " Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH " in Höhe von 1,2 Mio. € berücksichtigt.

Zum Vorziehen der Finanzierungsraten der Stadthallensanierung lagen Fraktionsanträge vor. Diese wurden im Finanz- und Personalausschuss abgelehnt. Die mit der Stadthallensanierung in Zusammenhang stehende Sanierung des Parkdecks an der Stadthalle, die von der Verwaltung für 2018 vorgesehen war, wurde entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanz- und Personalausschusses aus der mittelfristigen Finanzplanung in Höhe von 4 Mio. € für das Haushaltsjahr 2018 herausgenommen. Ziel ist es, die Zeit- und Finanzpläne mit dem Investor des Kongresshotels abzustimmen und dann die Finanzplanungen entsprechend zu aktualisieren.

Der Ansatzveränderung der Verwaltung, die Finanzraten für die Erweiterung der BBS V auf die Jahre 2020 ff. zu verschieben, ist der Finanz- und Personalausschuss nicht gefolgt. Zur Umsetzung dieser Maßnahme werden bereits ab 2016 Finanzraten eingeplant. Weiterhin sind auf Beschlussempfehlung des Finanz- und Personalausschusses Finanzraten für die Umsetzung von 2 Ganztagschulen in Höhe von 1 Mio. € ab 2017 eingeplant worden. Es bestehen noch keine Planungen, welche Grundschulen hier zur Umsetzung vorgeschlagen werden können. Entsprechende Planungen sind im Haushaltsjahr 2016 mit den dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln vorgesehen.

Die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte sind in der **Anlage 2.5.1** dargestellt. Zu den Ansatzveränderungen der Verwaltung und den haushaltsneutralen Umsetzungen sowie den Haushaltsvermerken des Investitionsmanagements sind die **Anlagen 2.5.2 (2.5.2.1 - 2.5.2.4) und 2.5.3 (2.5.3.1 - 2.5.3.2) beigefügt.**

2.4 Gesamtergebnisse

2.4.1 Ergebnishaushalt

Die Beschlussfassung zu den Ansatzveränderungen und den Änderungsanträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte führt zu folgenden Jahresergebnissen:

	2016	2017	2018	2019
Jahresergebnis in Mio. €	-15,0	-20,3	-11,0	-25,8
Überschussrücklage in Mio. €	170,3	150,0	138,9	113,1

Gemäß dem vorgelegten Stand der Planung und unter Berücksichtigung der Jahresergebnisse werden sich die Überschussrücklagen zum Ende des Jahres 2019 auf rd. 113,1 Mio. € reduzieren.

2.4.2 Finanzhaushalt

Die Beschlussfassung zu den Ansatzveränderungen und den Änderungsanträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte führt zu folgenden Ergebnissen des Finanzhaushalts:

	2016	2017	2018	2019
Finanzmittelveränderung in Mio. €	-48,7	-48,1	-23,4	-33,5
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (rund) in Mio. €	28,5	-19,6	-43,0	-76,6

Gemäß dem vorgelegten Stand der Planung und unter Berücksichtigung der Jahresergebnisse beträgt der Bestand an Zahlungsmitteln Ende 2019 rd. -76,6 Mio. €.

Aufgrund der dargestellten Entwicklung der **Liquidität** im Planungszeitraum ist bereits zum Haushaltsplanentwurf im September 2015 in § 4 der Haushaltssatzung eine Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten gemäß § 122 NKomVG in Höhe von 30 Mio. € aufgenommen worden. Durch die dargestellten Belastungen hat sich die Liquiditätslage weiter verschlechtert, so dass vorgeschlagen wird, die bis zur Wirksamkeit eines neuen Haushaltsplanes 2017 geltende Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten auf 50 Mio. € anzuheben. Bevor eine Aufnahme von Liquiditätskrediten am Kreditmarkt erfolgt, sollen die Möglichkeiten zur Liquiditätssteuerung innerhalb des Konzerns Stadt (z. B. Cashpool) möglichst optimal eingesetzt werden.

3. Bürgerhaushalt

Die Anlage 2.6 dient der Beratung der 75 am besten bewerteten gesamtstädtischen Einwohnervorschläge aus dem Bürgerhaushalt. Sie enthält im Teil 2.6.2 eine Gesamtdarstellung einschließlich der Stellungnahmen der Verwaltung und der bisherigen Beratungsergebnisse.

Es ist erkennbar, dass das Thema Radverkehr - wenn auch nicht so ausgeprägt wie im Vorjahr - zusammen mit dem Fußgängerverkehr ein deutlicher Schwerpunkt der Vorschläge ist. Hervorzuheben ist außerdem das Thema „ÖPNV“. Die Verwaltung schlägt daher vor, die im Beschlusstext aufgeführten Vorschläge aus den Themenbe-

reichen Fuß- und Radverkehr sowie „ÖPNV“ anzunehmen. Der FPA ist dieser Empfehlung gefolgt.

Im Teil 2.6.1 befindet sich zur Erleichterung außerdem eine Auflistung gegliedert nach diesen durch den FPA angenommenen Vorschlägen (Abschnitt A), den dort abgelehnten (Abschnitt B) und bereits erledigten Vorschlägen (Abschnitt C) sowie im Abschnitt D den Vorschlägen, die nicht ausdrücklich angenommen wurden, für die die Verwaltung aber ohne zusätzliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln gebeten werden soll, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und sie in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. Innerhalb dieser 4 Gliederungsböcke sind die Vorschläge nach thematischer Verwandtschaft geordnet.

Daneben wird vorgeschlagen, dass die Verwaltung den Auftrag erhält, ein Konzept zur Umstellung des Bürgerhaushalts auf ein vom Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängiges Verfahren zu entwickeln.

4. Haushaltsausgleich

Der Haushalt ist gem. § 110 Abs. 4 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht. Dies ist für die Haushaltsjahre 2016 bis 2019 nicht der Fall. Allerdings gilt diese Verpflichtung gem. § 110 Abs. 5 Nr. 1 NKomVG als erfüllt, wenn ein voraussichtlicher Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung mit entsprechenden Überschussrücklagen verrechnet werden kann. Damit wird der Haushaltsausgleich durch einen Rückgriff auf die in vergangenen Jahresabschlüssen gebildeten Überschussrücklagen erreicht.

Weiterhin sind gemäß § 110 Abs. 4 Satz 3 NKomVG die Liquidität der Gemeinde sowie die Finanzierung ihrer Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist im Jahr 2016 eine Kreditaufnahme in Höhe von insgesamt 33,4 Mio. € vorgesehen. Um darüber hinaus eine rechtzeitige Leistung aller Auszahlungen sicherzustellen, ist beabsichtigt, in der Haushaltssatzung einen Höchstbetrag von Liquiditätskrediten in Höhe von 50 Mio. € festzusetzen.

5. Schulden

Wie bereits unter Ziff. 2.2.2 dargestellt, ist eine Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgesehen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie den Stand der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften:

	2016	2017	2018	2019
Stand Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Mio. € am Ende des Haushaltsjahres	94,4	93,1	91,8	90,5
Stand Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften in Mio. € am Ende des Haushaltsjahres	85,0	81,8	78,6	75,2

6. Stellenplan 2016

Im Verwaltungsentwurf zum Stellenplan 2016 aus dem Dezember 2015 waren in der Gesamtverwaltung rd. 258 Stellenschaffungen und rd. 13 Stellenwegfälle vorgesehen. Zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25. Februar 2016 wurden von der Verwaltung aufgrund von weiterem Veränderungsbedarf insgesamt rd. 326 Stellenschaffungen, davon rd. 11,5 Stellenschaffungen im Bereich Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement sowie 0,5 Stellenschaffungen im Bereich der Sonderrechnung Abfallwirtschaft, und rd. 18 Stellenwegfälle vorgeschlagen.

Nach der Beratung der Verwaltungsvorlage sowie der Fraktionsanträge zum Stellenplan 2016 und der daraus resultierenden Beschlussempfehlung aus dem Finanz- und Personalausschuss sind weiterhin rd. 326 Stellenschaffungen und rd. 18 Stellenwegfälle vorgesehen.

Im Saldo steigt somit die Anzahl der Planstellen um rd. 308 gegenüber dem Vorjahr. Die vorgeschlagenen Stellenschaffungen und -wegfälle teilen sich wie folgt auf:

Zum Stellenplan 2016 sind im Bereich der Kernverwaltung (ohne Sonderrechnungen) aufgrund vielfältiger Aufgabenveränderungen rd. 314 Stellenschaffungen vorgesehen.

Dabei entfallen rd. 234 Stellenschaffungen (rd. 75 Prozent) in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung (Ref. 0630, FB 20, 32, 50 und 51) auf Aufgabenveränderungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von zugewiesenen Flüchtlingen bzw. der Inobhutnahme von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen. Die restlichen rd. 80 Stellenschaffungen, die aufgrund geänderter Aufgabenstellungen erforderlich sind, verteilen sich auf alle Bereiche der Stadtverwaltung.

Den Stellenschaffungen stehen im Bereich der Kernverwaltung rd. 18 Stellenwegfälle durch Aufgabenveränderungen gegenüber.

Im Bereich der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement sind insgesamt 11,5 Stellenschaffungen vorgesehen. Davon sind 8,5 Stellenschaffungen für die Planung und den Bau von Flüchtlingsunterkünften vorgesehen. Die restlichen 3 Stellenschaffungen sind in den Bereichen Elektro- und Regeltechnik sowie im betriebshandwerklichen Dienst vorgesehen.

Im Bereich der Sonderrechnung Abfallwirtschaft sind insgesamt 0,5 Stellenschaffungen für die Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzepts, die Angemessenheitsprüfung der Entgelte von ALBA, die Erhöhung des Schüttfeldes III und insbesondere die Sicherstellung der Abfallentsorgung im Zusammenhang mit den Verträgen mit ALBA und Remondis vorgesehen.

Die Personalkostenveränderungen berücksichtigen das Ergebnis der aktuellen Personalkostenhochrechnung, die Veränderungen in den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen, die vom Land Niedersachsen am 18. Dezember 2014 beschlossene Besoldungsanpassung für Beamte (2,0 % ab 1. Juni 2016) sowie die für 2016 vorgesehenen Stellenplanveränderungen.

Die Personalaufwendungen für den Haushalt 2016 betragen insgesamt rd. 189,4 Mio. € (**siehe Ziffer 2.1.1 –Personalaufwendungen**).

Die Stellenplanveränderungen in den einzelnen Organisationseinheiten sowie der förmliche Stellenplan sind als Anlage 5 beigelegt.

7. Änderung der Teilhaushalte und der Produktdarstellungen

Die Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses, die vorliegenden Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte, die von der Verwaltung dargelegten Ansatzveränderungen und später die endgültigen Beschlüsse des Rates zum Haushaltsentwurf 2016 haben auch (redaktionelle) Auswirkungen auf die Teilhaushalte und auf die Produkte. Sie führen in den Teilhaushalten zu einer Änderung der dargestellten Haushaltsansätze und somit auch zu anderen Ergebnissen der Teilhaushalte im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf (Stand: September 2015). Sie haben ferner Änderungen der Produkterträge und Produktaufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind diese Auswirkungen auf die Teilhaushalte sowie auf die Produkterträge und Produktaufwendungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültige Darstellung der Teilhaushalte sowie der Produktplanbeträge kann daher erst im Enddruck des Haushaltsplanes abgebildet werden.

Dies gilt entsprechend für die Aufteilung des Personalaufwandes auf die Teilhaushalte bzw. zwischen den Teilhaushalten. Hierdurch ergeben sich u. a. durch die Auflösung der Personalkostendeckungsreserve noch Verschiebungen, die erst im Enddruck des Haushaltsplanes abgebildet werden können. Durch diese Verschiebungen ergeben sich aber keine Auswirkungen auf die Höhe der Personalaufwendungen im Gesamtergebnishaushalt.

8. Änderung der Wertgrenzen für Flüchtlinge

Alle bisher bekannten finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang mit den Flüchtlingsangelegenheiten werden entsprechend dem aktuellen Kenntnisstand vorerst gebündelt in wenigen Positionen im Haushaltsplan abgebildet. Eine genauere Aufteilung innerhalb der primär zuständigen Fachbereiche 50 und 51 wird erst im Laufe der Bewirtschaftung möglich sein. Soweit auch bei anderen Fachbereichen Aufwendungen für Flüchtlingsangelegenheiten anfallen oder Verschiebungen zwischen den Teilhaushalten der Fachbereiche 50 und 51 erforderlich werden, sind über- bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellungen erforderlich. Um in diesen Fällen eine flexible sowie kurzfristige Handlungsfähigkeit zu erlangen, wird eine Anpassung der Wertgrenzen vorgeschlagen. Danach sollen dann, abweichend von der bisherigen Regelung des § 6 der Haushaltssatzung, über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit Flüchtlingsangelegenheiten unerheblich sein, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 150.000 € nicht übersteigen. Die Haushaltssatzung wird diesbezüglich entsprechend erweitert. Die erforderliche Deckung soll soweit möglich aus den Projekten bzw. Produkten für Flüchtlingsangelegenheiten erfolgen, bei denen die Ansätze vorerst gebündelt wurden.

9. Sonstige Änderungen

Die Verwaltung schlägt die in der Anlage 2.3 dargestellten Änderungen an den Wesentlichen Produkten und Maßnahmen vor.

Hervorzuheben ist die Ausweisung von Wesentlichen Produkten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen (Teilhaushalt FB 50) bzw. unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (Teilhaushalt FB 51). Wegen der akuten Handlungserfordernisse im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik wurden zu den genannten neuen Wesentlichen Produkten zum Haushaltsplan 2016 noch keine Maßnahmen zur Zielerreichung formuliert.

10. Haushaltspläne für Sonderrechnungen

Die Haushaltsplanentwürfe der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft sind dem Rat mit dem Entwurf des Haushaltsplans übersandt worden (Schreiben vom 14. September und 22. Dezember 2015). Diese sind am 9. Februar 2016 im Bauausschuss behandelt worden.

Der Entwurf des Haushaltsplans der Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement wurde am 20. Januar 2016 an den Rat versandt und ebenfalls am 9. Februar 2016 im Bauausschuss behandelt.

Die Sonderrechnungen sind in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25. Februar 2016 behandelt worden.

11. Pensionsfonds

Durch Beschluss des Rates vom 5. Oktober 1999 wurde der rechtlich unselbständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ mit Wirkung vom 1. Januar 2000 errichtet. Es handelt sich hierbei um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 des NKomVG, für das ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt werden kann. Gemäß § 6 der am gleichen Tage vom Rat beschlossenen Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds ist für jedes Jahr ein Haushaltsplan aufzustellen.

Der in Abschnitt XIII. des Haushaltsplanentwurfs 2016 dargestellte Haushaltsplan 2016 für das Sondervermögen „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ ist gemäß § 130 Abs. 4 NKomVG anstelle einer Haushaltssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei diesem zur Beschlussfassung vorgelegten Haushaltsplan lediglich um die rechtliche Ausformung des Sondervermögens handelt. Die aus dem städtischen Haushalt bereitzustellenden Mittel sind bereits im Finanzhaushalt und dem Investitionsprogramm des Haushaltsplanentwurfs 2016 enthalten.

12. Beteiligungsbericht

Nach § 1 Abs. 2 Ziff. 10 GemHKVO ist der „Bericht der Gemeinde über die Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und ihre Beteiligungen daran sowie über ihre kommunalen Anstalten (Beteiligungsbericht)“ eine Anlage zum Haushaltsplan. Der Beteiligungsbericht 2016 für die städtischen Gesellschaften wurde bereits mit Schreiben vom 27. Januar 2016 versandt.

Anlage/n:

Anlage 1	Entwurf der Haushaltssatzung 2016
Anlage 2.1	Beantwortung von Anfragen
Anlage 2.2	Finanzunwirksame Anträge
Anlage 2.3	Strategische Ziele
Anlage 2.4	Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2015 - Ergebnishaushalt
Anlage 2.5	Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2015 - Finanzhaushalt
Anlage 2.6	Bürgerhaushalt
Anlage 3	Gesamtergebnishaushalt 2014 bis 2019
Anlage 4	Gesamtfinanzhaushalt 2014 bis 2019
Anlage 5	Stellenplan 2016
Anlage Z	Nachversand Anfragen/ Anträge der Fraktionen

Entwurf

Haushaltssatzung der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2016

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt Braunschweig in der Sitzung am 15. März 2016 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird

1. im **Ergebnishaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 1.1 der ordentlichen Erträge auf 758.771.448 Euro
 - 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf 772.559.145 Euro
 - 1.3 der außerordentlichen Erträge auf 755.000 Euro
 - 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf 755.000 Euro
2. im **Finanzhaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 738.491.750 Euro
 - 2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 729.314.800 Euro
 - 2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit 15.812.100 Euro
 - 2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit 92.520.100 Euro
 - 2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit 41.238.700 Euro
 - 2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit 16.863.700 Euro

festgesetzt.

- Nachrichtlich: Gesamtbetrag
- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes 795.542.550 Euro
 - der Auszahlungen des Finanzhaushaltes 838.698.600 Euro

§ 1 a

Der Haushaltsplan der Sonderrechnung des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2016 wird

1. im **Ergebnishaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 1.1 der ordentlichen Erträge auf 71.420.200 Euro
 - 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf 71.889.900 Euro
 - 1.3 der außerordentlichen Erträge auf 0 Euro
 - 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf 0 Euro
2. im **Finanzhaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	71.420.200 Euro
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	71.780.400 Euro
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0 Euro
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	344.200 Euro
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0 Euro
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	0 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

–	der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	71.420.200 Euro
–	der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	72.124.600 Euro

Der Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2016 wird

1.	im Ergebnishaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
1.1	der ordentlichen Erträge auf	63.252.000 Euro
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	64.347.800 Euro
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 Euro
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	1.064.000 Euro
2.	im Finanzhaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	51.242.500 Euro
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	58.308.800 Euro
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0 Euro
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	673.000 Euro
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0 Euro
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	0 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

–	der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	51.242.500 Euro
–	der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	58.981.800 Euro

Der Haushaltsplan der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2016 wird

1.	im Ergebnishaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
1.1	der ordentlichen Erträge auf	41.232.700 Euro
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	41.564.300 Euro
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 Euro
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 Euro
2.	im Finanzhaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	40.124.200 Euro
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	45.494.900 Euro

2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0 Euro
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	321.000 Euro
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0 Euro
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	51.400 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

– der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	40.124.200 Euro
– der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	45.867.300 Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 33.367.100 Euro festgesetzt.

§ 2 a

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden für die Sonderrechnung des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement nicht veranschlagt.

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden für die Sonderrechnung Stadtentwässerung nicht veranschlagt.

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf

55.371.800 Euro

festgesetzt.

§ 3 a

Verpflichtungsermächtigungen werden für die Sonderrechnung des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement nicht veranschlagt.

Verpflichtungsermächtigungen werden für die Sonderrechnung Stadtentwässerung nicht veranschlagt.

Verpflichtungsermächtigungen werden für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2016 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 50.000.000 Euro festgesetzt.

§ 4 a

In der Sonderrechnung des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement werden Liquiditätskredite nicht beansprucht.

In der Sonderrechnung Stadtentwässerung werden Liquiditätskredite nicht beansprucht.

In der Sonderrechnung Abfallwirtschaft werden Liquiditätskredite nicht beansprucht.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	320 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 v. H.
2.	Gewerbsteuer	450 v. H.

§ 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen sind im Sinne des § 117 Abs. 1 NKomVG bzw. § 119 Abs. 5 NKomVG unerheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 50.000 Euro **nicht** übersteigen. Davon abweichend sind über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit Flüchtlingen unerheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 150.000 Euro nicht übersteigen.

Ferner sind als **nicht erheblich** anzusehen, Beträge (unbegrenzt),

- die der Verrechnung zwischen den Teilhaushalten dienen,
- die wirtschaftlich durchlaufend sind,
- die auf Grund von Aufgabenverlagerungen und der Ausgliederung von Aufgaben aus dem Haushalt zu haushaltsneutralen Umsetzungen von Erträgen und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen zwischen den Teilhaushalten führen,
- die der Verwendung zweckgebundener Erträge und Einzahlungen dienen,
- die der Rückzahlung von Zuweisungen dienen,
- die zur Deckung von Kosten der Geldbeschaffung, zur Tilgung von Darlehen oder für abschlusstechnische Buchungen notwendig sind,
- die der Auflösung von Deckungsreserven dienen.

Innerhalb der Produkte zur Betreuung von Flüchtlingen und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gelten die Sach- und Personalkosten als gegenseitig deckungsfähig.

Braunschweig, den 15. März 2016

Der Oberbürgermeister

Siegel

Markurth

Anfragen/Anregungen zum Haushalt 2016

und
Stellungnahmen zu den
finanzwirksamen Anträgen
Nrn. 37, 47, 49, 53, 54, 55,
112, 118, 119, 128 und 159

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 001 der BIBS-Fraktion**Text:**

Der starke Gewinneinbruch von BS-Energy um zwei Drittel von einst 90 Mio. € auf nun nur noch erhoffte 30 Mio. € wird seitens der Geschäftsführung von BS-Energy auf äußere Faktoren zurückgeführt ("Durch die veränderten Rahmenbedingungen auf den Energiemärkten entwickeln sich die Ergebnisse gegenüber den sehr hohen Gewinnen der Vorjahre eher rückläufig..." siehe Vorlage).

Über die verlustreichen Stromkontrakte aus einem spekulativen Handelsvertrag mit der "EON Sales & Trading GmbH, München", einer EON-Tochtergesellschaft, wird nichts weiter berichtet. Weder die sog. Sperrminorität von 25,1% der Stadt, noch der Aufsichtsrat konnten die Folgewirkungen für die Stadt aus dem Risikogeschäft abwenden.

Da der Vertrag noch bis 2025 läuft, sind die näheren Umstände des Vertrages aufzuklären. Der OB wird daher ersucht, den Inhalt des Eon-Vertrages bzw. der Eon-Verträge ggf. mit Zusatzvereinbarungen den Fraktionen im Rat zugänglich zu machen.

Antwort:

Die Frage nach Gewährung der Einsichtnahme in den E.ON-Vertrag hat die Verwaltung seit dem Jahre 2013 bereits mehrfach beantwortet. Auch vor dem Hintergrund der neuesten Anregung muss es schon aus Rechtsgründen bei den bisherigen Antworten verbleiben:

Die BIBS-Fraktion begehrt zum einen Einsicht in ein Vertragswerk, das der Stadtverwaltung gar nicht vorliegt. Ungeachtet der Frage, ob ein Anspruch auf Akteneinsicht besteht, kann die Verwaltung diesen Vertrag dem Rat bzw. den Fraktionen bereits aus diesem Grunde nicht zugänglich machen.

Zum anderen würde auch eine Nachfrage bei BS|Energy nicht weiterhelfen. Es ist daran zu erinnern, dass die BIBS-Fraktion im Jahre 2013 einen Rechtsstreit gegen den Oberbürgermeister vor dem Verwaltungsgericht um die Gewährung von Einsicht in den E.ON-Vertrag begonnen hat. BS|Energy war an dem Prozess beteiligt und hat dort – durch umfangreiche Schriftsätze einer renommierten Anwaltskanzlei - sehr deutlich gemacht, dass und warum das Unternehmen den Vertrag zu ihren wettbewerbsrelevanten Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zählt. Die Gewährung von Einsicht in den Vertrag hat BS|Energy aus diesem Grund – aktienrechtlich korrekt - abgelehnt. Die BIBS-Fraktion hat die Klage schließlich im Frühjahr 2015 zurückgenommen.

Nach Auffassung der Verwaltung sollte diese Frage damit abschließend geklärt sein.

gez.

Geiger

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 002 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Text:

Nach dem Vorschlag der Verwaltung (Ansatzveränderung Nr. 17a/b zum Finanzhaushalt in der Anlage 2.2) soll die Erweiterung der Kita Querum um ein Jahr nach hinten geschoben und erst in 2019 begonnen werden. Allerdings ist in diesem Bereich mit steigenden Bedarfen zu rechnen, da durch das Baugebiet Holzmoor-Nord die Einwohnerzahl steigen wird.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann ist nach aktuellem Stand damit zu rechnen, dass die ersten Gebäude im Baugebiet Holzmoor-Nord bezogen werden können?
2. Wie hoch schätzt die Verwaltung den Anteil von Familien mit Kindern ein, die zukünftig im Baugebiet Holzmoor-Nord wohnen werden?
3. Sieht die Verwaltung vor diesem Hintergrund Engpässe bei der Kinderbetreuung durch ein Verschieben der Erweiterung der Kita Querum?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Die Frage bezieht sich auf den Vorschlag der Verwaltung, die Erweiterung der Kita Querum um ein Jahr nach hinten zu verschieben.

Bei diesem Vorschlag handelt es sich um die Verschiebung von Mitteln, die im Rahmen des Ausbaus der Plätze für unter 3jährige Kinder veranschlagt wurden, um eine Krippengruppe in der Kita Querum einzurichten, sobald die dortige Hortgruppe an die Grundschule verlagert wird. Da nicht absehbar ist, wann diese Umstrukturierung stattfinden wird, ist eine zeitliche Verschiebung im Haushalt vertretbar. Die Erweiterung stellt keine Maßnahme dar, um den Kita-Bedarf aus den Neubaugebieten zu erfüllen.

Zu Frage 1: Für das geplante Wohnquartier "Holzmoor-Nord" liegt derzeit noch kein städtebaulicher Entwurf der Vorhabenträgerin vor. Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan wird nicht vor Anfang 2017 zu erwarten sein. Danach erfolgt noch die weitere Planung und Herstellung der Erschließungsanlagen. Mit einem Baubeginn für Wohngebäude ist demnach frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2017 zu rechnen.

Zu Frage 2: Auf Grund der geplanten Anzahl der Wohneinheiten im Baugebiet Holzmoor wurde ein Kita-Bedarf von einer Kindergartengruppe und zwei Krippengruppen errechnet. Um diesem Bedarf Rechnung zu tragen, wurde eine Kita-Vorbehaltsfläche beantragt. Der Bedarf von Betreuungsplätzen kann sich noch erhöhen, da der Investor lt. Rahmenplan weitere Wohneinheiten plant. Deshalb wird hier eine Erweiterungsoption um 1 bis 2 Gruppen vorgesehen.

Zu Frage 3: Es werden keine Engpässe bei der Kinderbetreuung in Quorum erwartet.



Unterschrift (Dez./FBL)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 003 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:**

In den Listen mit Ansatzveränderungen der Verwaltung befindet sich in der Anlage 2.2 u.a. der Vorschlag 48 zum Finanzhaushalt, der eine Aufstockung der „Mittel für die Beschaffung von Spinden und geeigneten Informationssystemen“ um 250.000 € vorsieht. Dies steht in Zusammenhang mit Brandschutzmaßnahmen, in deren Rahmen an etlichen Schulen z.B. Garderoben von den Fluren entfernt werden mussten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Maßnahmen sollen mit diesen Mitteln konkret finanziert werden?
2. Reichen die jetzt veranschlagten Mittel aus, um die Bedarfe an den betroffenen Schulen decken zu können?

Antwort:

Zu 1.:

Auf Basis einer Prioritätenliste und der Erkenntnisse aus den aktuell begangenen Schulen hat FB 65 den Mittelbedarf in Höhe von 250.000 € ermittelt. Die Mittel sind im Wesentlichen für die Beschaffung von Spinden und bei Bedarf für Informationssysteme vorgesehen. Dabei haben die Spinde gegenüber den Informationssystemen aufgrund der Relevanz der Garderobenunterbringung Priorität.

Zu 2.:

Für andere Ausstattungsgegenstände wie Bilderrahmen, Vitrinen, Schaukästen etc. kann der Gesamtaufwand aus Unkenntnis über den Bedarf in den einzelnen Schulen nicht benannt werden. Diese Ausstattungsgegenstände sind aus den Budgets der einzelnen Schulen zu finanzieren.

Dr. Hanke

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 004 zum Haushalt 2016 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:**

Gospelkirchentag 2016 / Städtischer Zuschuss:

Die Verwaltung wird gebeten, den städtischen Zuschuss für den Gospelkirchentag 2016 in Höhe von 100.000 € näher zu erläutern.

Begründung:

Für das kommende Haushaltsjahr 2016 hat der Fachbereich 41 Kultur und Wissenschaft einen Zuschuss in Höhe von 100.000 € für den Gospelkirchentag 2016 (Produkt 1.25.2620.10) eingeplant. Eine nähere Erläuterung zu dieser Veranstaltung und für die Bezuschussung in der genannten Höhe fehlt bislang.

Angesichts des geplanten Verzichts auf eigene kulturelle Veranstaltungen des Fachbereichs 41 im Haushaltsjahr 2016 (Kulturnacht, Jugend-Literaturfestival) halten wir das allerdings für notwendig.

Antwort:

Im März 2014 hat die Evangelische Landeskirche um finanzielle Unterstützung des Gospelkirchentages (GKT) in Braunschweig 2016 gebeten.

Der GKT findet seit 2002 alle zwei Jahre an wechselnden Orten in Deutschland statt und gilt mit über 5.000 Mitwirkenden als das größte europäische Festival dieser Art. Der GKT fand im Jahr 2014 in Kassel statt. Das Programm des jeweiligen GKT entsteht mit den Chören und musikalischen Gruppierungen vor Ort. Die Geschäftsführung für das Projekt liegt bei der Stiftung Creative Kirche (Witten).

Die Durchführung des Gospelkirchentages 2016 ist in der Zeit vom 9. bis 11. September 2016 in Braunschweig vorgesehen. Die Schirmherrschaft hat Herr Ministerpräsident Weil übernommen. Veranstalter ist die Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Zusammenarbeit mit der Stiftung Creative Kirche; beide Institutionen bringen sich personell, finanziell und organisatorisch in das Projekt ein.

Die Veranstaltung wird in Kooperation mit der Stadt Braunschweig und der EKD umgesetzt. Partner, auch mit Blick auf die Finanzierung, sind ferner das Land Niedersachsen, die Braunschweigische Landessparkasse, die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz u.a. Förderer. Mit den verantwortlichen Trägern des GKT wurde vereinbart, dass die Förderung einem speziell für Braunschweig entwickelten Projekt mit der Schwerpunktsetzung „Begegnung und Bildung“ zugutekommt.

Aus dem Budget des Fachbereichs Kultur kommen 50.000 Euro; 50.000 Euro sind in den Haushalt 2016 eingestellt worden.



Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 005 zum Haushalt 2016 der Fraktion Die Linke**Text:**

Gospelkirchentag 2016]

Begründung:

Im Vorbericht wird als neues Projekt "Gospelkirchentag 2016" aufgeführt. Dieses Projekt soll mit 100.000 Euro bezuschusst werden. Veranstalter soll die ev. Landeskirche Braunschweig sein. Neben der Stadt als Kooperationspartner tritt auch das Stadtmarketing als weiterer Kooperationspartner auf.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Was genau soll mit den 100.000 Euro bezuschusst werden?
2. Mit welchen Mitteln beteiligt sich das Stadtmarketing?
3. Auf welcher rechtlichen Grundlage wird die Veranstaltung einer Kirche gefördert?

Antwort:**Zu 1.**

Im März 2014 hat die Evangelische Landeskirche um finanzielle Unterstützung des Gospelkirchentages (GKT) in Braunschweig 2016 gebeten.

Der GKT findet seit 2002 alle zwei Jahre an wechselnden Orten in Deutschland statt und gilt mit über 5.000 Mitwirkenden als das größte europäische Festival dieser Art. Der GKT fand im Jahr 2014 in Kassel statt. Das Programm des jeweiligen GKT entsteht mit den Chören und musikalischen Gruppierungen vor Ort. Die Geschäftsführung für das Projekt liegt bei der Stiftung Creative Kirche (Witten).

Die Durchführung des Gospelkirchentages 2016 ist in der Zeit vom 9. bis 11. September 2016 in Braunschweig vorgesehen. Die Schirmherrschaft hat Herr Ministerpräsident Weil übernommen. Veranstalter ist die Evangelisch-lutherische Landeskirche in Zusammenarbeit mit der Stiftung Creative Kirche Witten; beide Institutionen bringen sich personell, finanziell und organisatorisch in das Projekt ein.

Die Veranstaltung wird in Kooperation mit der Stadt Braunschweig und der EKD umgesetzt. Partner, auch mit Blick auf die Finanzierung, sind ferner das Land Niedersachsen, die Braunschweigische Landessparkasse, die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz u.a. Förderer. Mit den verantwortlichen Trägern des GKT wurde vereinbart, dass die Förderung einem speziell für Braunschweig entwickelten Projekt mit der Schwerpunktsetzung „Begegnung und Bildung“ zugutekommt. Die Mittel sollen anteilig vor allem für die Bildungsformate der Musikvermittlung des GKTs verwendet werden.

Nach Aussage der für die inhaltliche Konzeption verantwortlichen Stelle werden die Mass-Choirproben in der VW-Halle und die Workshops des Sonnabendnachmittags unterstützt. Bei ersterem handelt es sich um das Einstudieren neuer Gospelkompositionen, die dann in den jeweiligen Chören zur Repertoireerweiterung dienen. Die Workshops erweitern die musikalischen Kompetenzen von Chorleitern und -sängern. Die Kosten für diese Angebote setzen sich aus anteiliger Teilnehmerverwaltung, der Hallen- und Raummiete, Referentenonoraren etc. zusammen.

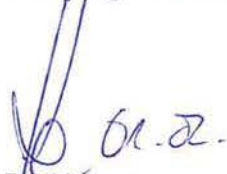
Zu 2.

Die Stadtmarketing GmbH (BSM) wird im Rahmend des Gospelkirchentages – vergleichbar mit anderen Veranstaltungen – als Partner auftreten, da sie Sach-, Kommunikations- und Beratungsleistungen erbringt. Sie beteiligt sich nicht mit zusätzlichen finanziellen Mitteln an der Durchführung des Gospelkirchentages.

Die Veranstalterin des Gospelkirchentages erhält aktuell diejenigen Leistungen, die jeder andere Veranstalter in Braunschweig auch erhält. Im Wesentlichen sind dies die Berücksichtigung in generellen Kommunikationsmedien der BSM, touristische Beratung sowie die Beratung zur Sondernutzung im öffentlichen Raum. Zusätzlich hat der Veranstalter kostenpflichtige Dienstleistungen bei der Stadtmarketing GmbH gebucht. Bei der Vermittlung von Zimmern fallen die üblichen Provisionssätze an; zusätzlich hat der Veranstalter Medialeistungen gebucht. Derzeit erfolgt keine Teilnahme der BSM an Vorbereitungssitzungen. Es fanden jedoch bereits Einzeltermine mit dem Bereich Kommunikation und Bereich Sondernutzung und der Stiftung Creative Kirche statt.

Zu 3.

Grundlage der Förderung ist die gemeindliche Selbstverwaltung in Verbindung mit einer haushaltsrechtlichen Ermächtigung. Bei der Gewährung wird die aktuell geltende Kulturförderrichtlinie des Fachbereichs Kultur zugrunde gelegt. Eine konkrete gesetzliche Grundlage zur Gewährung derartiger Zuwendungen gibt es nicht.


Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 006 zum Haushalt 2016 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:**

Kulturzentrum am Westbahnhof / Planungsmittel:

Was verbirgt sich genau hinter der Neuveranschlagung der Planungsmittel für die Einrichtung eines Kulturzentrums in Höhe von 180.000 €?

Begründung:

In der Anlage 2.2 "Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes..." (Einzelprojekte, Großprojekte und Programme") findet sich im Teilhaushalt 41 Kultur unter der Nr. 51 für das Haushaltsjahr 2016 die Neuveranschlagung der Planungsmittel für die Einrichtung eines Kulturzentrums in Höhe von 180.000 €. Wir gehen davon aus, dass es sich dabei um das neue Kulturzentrum am Westbahnhof handelt. Angesichts dessen hätten wir gerne eine Erläuterung, wieso und für was neben dem eingeplanten Investitionszuschuss an den künftigen Investor noch städtische Planungsmittel in dem genannten Umfang benötigt werden.

Antwort:

Bereits zum Haushalt 2013 sind Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € für die Planung eines Veranstaltungszentrums beim Teilhaushalt Finanzen (3E.210003) bereitgestellt worden. Davon verfügbar waren Ende 2015 noch rd. 180.000 €. Bei Einstellung der Mittel wurde davon ausgegangen, dass es sich um ein städtisches Bauvorhaben handelt, so dass die Planungsmittel zuständigkeitshalber dem Fachbereich Finanzen zugeordnet waren. Nach derzeitigem Verhandlungsstand wird sich die Stadt mit einem Baukostenzuschuss an einem Veranstaltungszentrum eines Dritten beteiligen und in dem neu zu errichtenden Gebäude Räumlichkeiten für den Betrieb eines soziokulturellen Zentrums anmieten. Mögliche Planungskosten fallen daher nicht mehr im Teilhaushalt Finanzen (Liegenschaftsverwaltung) sondern im Teilhaushalt Kultur an. Die noch verbliebenen Haushaltsmittel in Höhe von 180.000 € sind in der Konsequenz im Teilhaushalt Kultur neu veranschlagt, während die unter dem Projekt des Teilhaushaltes Finanzen noch verfügbaren Haushaltsmittel in Höhe von 180.000 € entfallen.



Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A007 zum Haushalt 2016 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:**

Soziokulturelles Zentrum Nexus / Frankfurter Str. 253:

Kann der vom Verein zur Förderung unabhängiger Kultur e. V. beantragte Zuschuss der Stadt Braunschweig zur Beschaffung von Baumaterialien in Höhe von 10.000 € aus bestehenden Haushaltsansätzen der zuständigen Fachverwaltung finanziert werden?

Begründung:

Seit über 10 Jahren betreibt der Verein zur Förderung unabhängiger Kultur e. V. nun schon im Westlichen Ringgebiet erfolgreich ein Soziokulturelles Zentrum.

Im Juli 2015 hat der Trägerverein angekündigt, im Oktober 2015 für die Renovierung des 1. Obergeschosses und die Schaffung von Seminar- und Mehrzweckräumen beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) des Landes Niedersachsen einen Förderantrag zur Beschaffung von Baumaterialien im Umfang von 40.500 € - der inzwischen positiv beschieden worden ist - einzureichen.

Voraussetzung für die endgültige Bewilligung ist allerdings ein finanzieller Anteil der Stadt Braunschweig in Höhe von 10.000 €. Um die Fördermittel des Landes nicht zu gefährden, ist es zwingend notwendig, dass die Stadt sich mit diesem kleinen Beitrag an dem letzten Bauabschnitt beteiligt.

Antwort:

Der Verein zur Förderung unabhängiger Kultur e.V. hat im April 2015 einen Antrag auf Förderung des Ausbaus des soziokulturellen Zentrums Nexus gestellt.

Als Ergebnis der geführten Gespräche wurde dem Verein mitgeteilt, dass der Erhalt des Zentrums und der Umbau seitens der Verwaltung befürwortet werden.

Die Stadt Braunschweig als Vermieter des Gebäudes hat der beabsichtigten Baumaßnahme bereits zugestimmt. Gleichzeitig wurden in den Förderansätzen des Fachbereichs Kultur für die Jahre 2016 und 2017 jeweils 5.000,- € zur Unterstützung des Projekts reserviert.



Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 008 zum Haushalt 2016 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Text:

Schlossmuseum / Städtischer Zuschuss:

1. Wie viele Besucher/innen hat das Schlossmuseum im ECE-Center pro Jahr und durchschnittlich pro Öffnungstag?

2. Wie hoch sind die Kosten, die seitens der Stadt Braunschweig 2016 für das Schlossmuseum im ECE-Center aufgebracht werden sollen?

Bitte die Gesamtsumme und die Teilsummen der Personal-, Bewachungs-, Betreuungs-, Miet- und Betriebskosten etc. auflisten!

3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die städtische Bezuschussung des Museumsbetriebs im ECE-Center zumindest deutlich zu reduzieren?

Begründung:

Das 2010 eingerichtete Schlossmuseum im ECE-Center stößt nach unserer Kenntnis beim Publikum auf eher geringes Interesse. Die Stadt Braunschweig überweist der Trägerstiftung und der Centerbetreiberin Jahr um Jahr einen hohen (sechsstelligen) Betrag, um die Museumskosten zu decken.

Antwort:

Zu 1:

Die Besucherzahlen im Schlossmuseum haben sich wie folgt entwickelt:

	2011 ab Apr.	2012	2013	2014	2015	Schnitt 2011-2015
Pro Jahr	14.477	10.099	12.063	7.371	5.876	9.977
Pro Tag (durchschn.)	61	33	39	24	19	35

Zu 2:

Insgesamt entstehen der Stadt Aufwendungen in Höhe von rd. 270.000 €.

Die finanziellen Mittel verteilen sich wie folgt: Beteiligung an den Personalkosten (35.000 €), an den Bewachungskosten (75.000 €), an den Ausstellungskosten (25.000 €) sowie die Übernahme der Miet- (82.700 €) und Mietnebenkosten (ca. 53.000 €). Die beiden letztgenannten Beträge sind in den Mietzahlungen an die ECE enthalten.

Zu 3:

Grundlage des städtischen Engagements ist das Stiftungsgeschäft über die Errichtung der Stiftung Residenzschloss Braunschweig aus dem Jahre 2010. Dort sind die finanziellen Verpflichtungen der Stadt vertraglich fixiert. Möglichkeiten zu einer deutlichen Reduzierung der Zuwendungen werden nicht gesehen.



Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 009 zum Haushalt 2016 der BIBS-Fraktion**Text:**

Zuschüsse an die Stiftung Residenzschloss Braunschweig (Produkt 1.25.2521.09):

1. Wofür sollen die geplanten städtischen Zuschüsse in Höhe von 135.000 Euro in 2016 verwendet werden? Wofür wurden sie in 2015 verwendet?
2. Handelt es sich bei dieser Förderung um freiwillige Leistungen?
3. Hat die Stiftung Residenzschloss Braunschweig einen Förderantrag gestellt und wenn ja, wann und mit welchem Inhalt?

Begründung:

erfolgt mündlich

Antwort:**Zu 1:**

Der Ansatz für die Gewährung von Zuwendungen an die Stiftung Residenzschloss Braunschweig in Höhe von 135.000 € wird im Haushaltsjahr 2016 zur Finanzierung der Personalkosten (35.000 €), der Bewachungskosten (75.000 €) und der Ausstellungskosten (25.000 €) des Schlossmuseums verwendet. Die gleiche Gewichtung galt auch für das Jahr 2015.

Zu 2:

Grundlage des städtischen Engagements ist das Stiftungsgeschäft über die Errichtung der Stiftung Residenzschloss Braunschweig aus dem Jahre 2010. Die vom Rat beschlossene Förderung ist eine freiwillige Leistung, eine gesetzliche Verpflichtung zur Gewährung einer Zuwendung besteht nicht.

Zu 3:

Grundlage des städtischen Engagements ist das Stiftungsgeschäft über die Errichtung der Stiftung Residenzschloss Braunschweig aus dem Jahre 2010. Dort sind die finanziellen Verpflichtungen der Stadt vertraglich fixiert. Eines gesonderten Förderantrages bedarf es daher nicht.



Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 010 zum Haushalt 2016 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:**

Fachbereich 41 / Eigene kulturelle Veranstaltungen:

Welche Veranstaltungen des Fachbereichs 41 Kultur sind von dem Konsolidierungsvorschlag "Reduzierung des Veranstaltungsangebots" konkret betroffen?

Bitte um Auflistung der einzelnen Veranstaltungen bzw. Veranstaltungsreihen!

Begründung:

In der Anlage 1.1 "Ansatzveränderungen der Verwaltung" der Listen zum Ergebnishaushalt 2016 findet sich im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft unter den Nr. 70 sowie 76 bis 79 der Konsolidierungsvorschlag "Reduzierung des Veranstaltungsangebotes". Für das Haushaltsjahr 2016 beträgt die Einsparsumme (ohne die Berücksichtigung der Mindererträge) insgesamt 171.000 €. Laut einem Bericht in der Braunschweiger Zeitung soll 2016 die traditionelle Kulturnacht ausfallen, zudem solle das geplante Jugend-Literaturfestival auf das Folgejahr 2017 verschoben werden. Vor diesem Hintergrund möchten wir wissen, ob noch andere Eigenveranstaltungen des Fachbereichs Kultur gestrichen werden sollen oder ob es bei den von der BZ benannten Maßnahmen bleiben soll.

Antwort:

Im Rahmen der erforderlichen Einsparungen werden im Haushaltsjahr 2016 folgende ursprünglich vorgesehene Projekte nicht umgesetzt (Kürzung der *Ausgabeansätze* in Klammern):

Die Kulturnacht (120.000 €), das Jugendliteratur-Festival (30.000 €), ein Workshop zur kommunalen Gedenkstättenarbeit (11.000 €) sowie Kürzung der Mittel für das Angebot von „Literatur im Roten Saal“ (10.000 €). Gleichzeitig wurden die zur Finanzierung der Kulturnacht eingeplanten Erträge im Umfang von 70.000 € wieder herausgenommen.



Dr. Hesse

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 011 der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

Text:

In den letzten Jahren wurden an die DWB für den Tagestreff IGLU konstante Zuschüsse in Höhe von jeweils 75.500 € aus den Mitteln des Fachbereiches 50 – Soziales und Gesundheit gezahlt. Das bedeutet, dass der Tagestreff IGLU bislang nicht von der vom Rat beschlossenen Dynamisierung der Zuschüsse in diesem Bereich profitiert.

Zum Haushalt 2016 hat die DWB einen Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse gestellt, der aus unserer Sicht finanziell im Rahmen der für andere Zuschussempfänger geltenden Dynamisierung liegt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Aus welchem Grund wurde die DWB bei den Zuschüssen zum Tagestreff IGLU bislang aus der Dynamisierung ausgeschlossen?
2. Gibt es formale, rechtliche oder vertragliche Gründe, die gegen eine Aufnahme des Tagestreff IGLU in die Dynamisierung sprechen?
3. Plant die Verwaltung, den Tagestreff IGLU in Zukunft ebenfalls bei Dynamisierung zu berücksichtigen?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Die Zuschüsse für den Tagestreff IGLU werden aufgrund einer Vereinbarung aus dem Jahr 2008 gezahlt. Die Vereinbarung wurde zwischen der Stiftung Wohnen und Beraten, dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig geschlossen. Eine Dynamisierung ist in der Vereinbarung nicht vorgesehen. Unter Punkt 6 der Vereinbarung wurde die Finanzierung mit einem festen Budget festgelegt. Eine Dynamisierung ist daher ausgeschlossen.

Die Laufzeit der Vereinbarung wurde unter Punkt 7 auf 3 Jahre festgelegt und das sich die Laufzeit um jeweils ein Jahr automatisch verlängert soweit keine Kündigung erfolgt. Die Kündigung ist mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende der Laufzeit möglich.

gez.
Dr. Hanke

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 012 der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

Text:

In den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt (Anlage 1.1) findet sich für den Fachbereich 51 – Kinder, Jugend und Familie der Vorschlag, die Dynamisierung der Kita-Sachkostenförderung auszusetzen, womit Einsparungen in Höhe von 85.000 € erzielt werden sollen (Nummer 125). Da dieser Vorschlag nicht näher erläutert wird, bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Handelt es sich hierbei um Mittel, die den freien Träger im Zusammenhang mit dem sog. Pauschalisierten Aufwandsmodell zur Verfügung gestellt werden?
2. Für welchen Zeitraum soll die Dynamisierung dieser Mittel ausgesetzt werden?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

1. Ja, es handelt sich um Mittel, die den Trägern nach der PAM-Förderung zur Verfügung gestellt werden.
2. Die Dynamisierung der Förderung der Sachkosten soll für die Jahre 2016 bis 2019 ausgesetzt werden.



Unterschrift (Dez./FBL)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 013 der Fraktion Die Linke**Text:**

Kürzung Baby-Besuchsdienst

Welche Auswirkungen hat die Halbierung der Mittel für den Baby-Besuchsdienst?

Begründung:*(optional, wenn nicht zu lang)***Antwort:**

Die vorgesehene Kürzung des Budgets für den Baby-Besuchsdienst wird im lfd. Haushaltsjahr 2016 voraussichtlich keine Auswirkungen haben, da die Besuchintensität auf Grund fehlender personeller Ressourcen im Zusammenhang mit befristeten Personalumsetzungen zur Sicherstellung der Betreuungssituation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in städt. Notaufnahmeeinrichtungen und eines Beschäftigungsverbots nach dem Mutterschaftsgesetz einer Sozialpädagogin reduziert worden ist (Umstellung des Einladungswesens; vom „festen Besuchstermin“ auf das „Angebot eines Besuchs nach entsprechender Rückmeldung der Familie“).

Folgewirkungen sind ab Haushaltsjahr 2017 zu erwarten in der Gestalt, dass der Umfang/Inhalt des Willkommenspräsents „bescheidener“ ausfallen wird (z. B. Entfall des Futterlöffels, Bilderbuches pp.).

Unterschrift (Dez./FBL)



Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 014 der Fraktion Die Linke

Text:

Kürzung Beratungsstellen FB 51

Warum wird der Zuschuss in diesem Bereich von 171.400 € auf 161.200 € gekürzt?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

In der Version der Zuschussliste, die im Dezember als Zwischenstand an den Rat versandt wurde, ist an dieser Stelle eine Angabe enthalten, die korrigiert werden muss.

Hier sollte keine Kürzung dargestellt werden. Selbst für den Fall, dass die Dynamisierung der Institutionellen Förderung in 2016 ausgesetzt wird, würde der Zuschussbetrag, genau wie in 2015, 171.400 € lauten.

Unterschrift (Dez./FBL)



Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 015 der Fraktion Die Linke

Text:

Kürzung Jugend- und Internetcafé

Warum wird der Zuschuss in diesem Bereich von 28.200 € auf 25.200 € gekürzt?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

In der Version der Zuschussliste, die im Dezember als Zwischenstand an den Rat versandt wurde, ist an dieser Stelle eine Angabe enthalten, die korrigiert werden muss.

Hier sollte keine Kürzung dargestellt werden. Selbst für den Fall, dass die Dynamisierung der Institutionellen Förderung in 2016 ausgesetzt wird, würde der Zuschussbetrag, genau wie in 2015, 28.200 € lauten.

Unterschrift (Dez./FBL)



Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 016 der Fraktion Die Linke

Text:

Kürzung sonstige Jugendarbeit Nachbarschaftsladen

Warum wird der Zuschuss in diesem Bereich von 50.500 € auf 45.600 € gekürzt?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

In der Version der Zuschussliste, die im Dezember als Zwischenstand an den Rat versandt wurde, ist an dieser Stelle eine Angabe enthalten, die korrigiert werden muss.

Hier sollte keine Kürzung dargestellt werden. Selbst für den Fall, dass die Dynamisierung der Institutionellen Förderung in 2016 ausgesetzt wird, würde der Zuschussbetrag, genau wie in 2015, 50.500 € lauten.

Unterschrift (Dez./FBL)



**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A017 der Fraktion
Bündnis 90/ Die Grünen**

Text:

In welcher Höhe werden Mittel zur Förderung regenerativer Energien aus dem Haushaltsjahr 2015 in das Jahr 2016 übertragen?

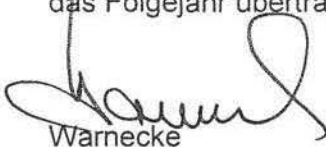
Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Auf dem Projekt 4S.610032 standen für das Jahr 2015 Finanzmittel zur Förderung regenerativer Energien i.H.v insgesamt 193.591,90 € zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich aus 93.000 € Haushaltsplanansatz 2015 und 100.591,90 € Haushaltsrest 2014 zusammen.

Im Jahr 2015 wurden 83.232,50 € verausgabt, so dass 110.359,40 € nicht verbraucht wurden. Da die Budgetmittel auf dem Projekt zum Ergebnishaushalt, bei dem nur eine einmalige Übertragung von Haushaltsmitteln zulässig ist, gehören, dürfen nur die verbleibenden Haushaltsmittel des Planansatzes 2015 i.H.v 93.000 € als Haushaltsrest in das Folgejahr übertragen werden.



Warnecke

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2016 Nr. A 018 der BIBS-Fraktion

Text:

Verkehrszählung im Braunschweiger Norden

Bereits im Herbst 2014 wurde in Waggum eine erneute Verkehrszählung durchgeführt. Nachdem 2010 die Grasseler Straße widerrechtlich gekappt wurde, war seitdem weder die Flughafen GmbH noch die Verwaltung in der Lage, dem Bezirksrat 112 diese Fragen zu beantworten.

Daher wird an dieser Stelle erneut gefragt:

1. Zu welchem Ergebnis ist das beauftragte Büro WVI gekommen?
2. Wenn noch kein Ergebnis vorliegt: Wann wird das Ergebnis den politischen Gremien vorgestellt?
3. Wann reicht die Flughafen GmbH das Fehlerbehebungsverfahren zum Abschluss des Planfeststellungsverfahrens ein?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Die gleichlautende Anfrage aus dem Stadtbezirksrat 112 wurde am 11. Nov. 2015 dem Stadtbezirksrat wie folgt beantwortet.

Zu 1.: Die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH hat bisher lediglich mitgeteilt, dass das Büro WVI die Verkehrsdaten an den Verkehrslärmgutachter gegeben hat. Der Stadt liegen diese Daten oder ein Ergebnis bis jetzt nicht vor.

Zu 2.: Da der Stadt diese Daten oder ein Ergebnis bis jetzt nicht vorliegen, kann ein Termin nicht genannt werden.

Zu 3.: Ein Datum für die Einleitung eines Verfahrens oder einen Zeitplan hat die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH der Stadt bis jetzt nicht vorgelegt. Ich habe die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH aufgefordert, mir einen Zeitplan vorzulegen. Sobald dieser vorliegt, werde ich den Stadtbezirksrat darüber informieren

gez.

Unterschrift (Benscheidt)

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 019 der Fraktion
Die Linke**

Text:

Ausstattung der Spielplätze

1. Welche und wie viele Spielgeräte wurden auf den Spielplätzen der Stadt in den letzten 5 Jahren entfernt und aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht ersetzt?
2. Wie hoch sind die Mehrausgaben, wenn diese Spielgeräte wieder angeschafft werden?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

zu 1. und 2.:

Wegen des deutlich aufgestockten Haushaltsansatzes im Jahr 2015 war es möglich, nahezu alle in den letzten fünf Jahren entfernten Spielgeräte zu ersetzen.

Der Ersatz der Spielgeräte, die erst vor kurzem abgebaut oder stillgelegt werden mussten oder deren Außerbetriebnahme demnächst ansteht, kann aus dem für 2016 zur Verfügung stehenden Etat finanziert werden, sodass zusätzliche Mittel hierfür nicht erforderlich sind.

9261
Geiger

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 156 zum Haushalt 2016 der BIBS-Fraktion**Text:**

In einer Mitteilung (15-01251) zum aktuellen Sachstand des Kulturprojektes "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" wurde mitgeteilt, dass sich der Kostenrahmen des Gesamtprojektes auf etwa 500.000 Euro beziffern lässt. Wir bitten um den Sachstand der Planungen und fragen:

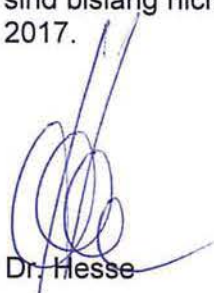
1. Wieviel Geld wird im Haushaltsentwurf diesem Projekt (in 2016 und in den kommenden Jahren) zur Verfügung gestellt werden?

Begründung:

erfolgt mündlich

Antwort:

Der derzeitige Sachstand zum Projekt „Vom Herzogtum zum Freistaat – Braunschweigs Weg in die Demokratie“ ist in der Mitteilung (15-01251) ausführlich dargelegt. Das weitere Vorgehen ist abhängig von den Entscheidungen des Ausschusses bzw. des Rates. Finanzmittel zur Umsetzung des Projektes im Haushaltsjahr 2016 oder in den Folgejahren sind bislang nicht berücksichtigt. Dies erfolgt nach Beschlussfassung für das Haushaltsjahr 2017.



Dr. Hesse

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. 037 der Fraktion DIE LINKE.

Text:

Kulturförderabgabe einführen

Es soll eine Kulturförderabgabe nach dem Vorbild der Stadt Köln - örtliche Aufwandssteuer bei entgeltlicher Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb in Höhe von 5% des vom Gast aufgewendeten Betrages - erhoben werden.

Stellungnahme:

Im Antrag ist ein Betrag von 2 Mio. € pro Jahr angegeben. Nach gängiger Rechtsprechung darf eine solche Steuer jedoch nicht auf beruflich bedingte Übernachtungen erhoben werden. In 2014 erfolgten rd. 110.000 touristisch motivierte Übernachtungen. Bei einem Durchschnittspreis von ca. 85 € pro Nacht sind bei einer 5%igen Besteuerung ca. 467.500 € Erträge pro Jahr zu erwarten.

Der Antrag hat auch Auswirkungen auf den Stellenplan. Für die Erhebung der Steuer in Braunschweig wäre zur Einführung ein Personalbedarf von zwei Dienstkräften erforderlich. Die laufende Erhebung der Steuer könnte durch eine Dienstkraft der Besoldungsgruppe A 9 m. D., analog der Erhebung der Vergnügungssteuer, erfolgen. Für die Einführungsphase müsste zusätzlich für ein Jahr eine Dienstkraft der Besoldungsgruppe A 10 eingesetzt werden. Die durchschnittlichen Personalkosten einschließlich eines Büroarbeitsplatzes mit IT-Ausstattung für einen Dienstposten A 10 betragen rd. 82.000 € und für A 9 LG 1, 2. Einstiegsamt. rd. 77.000 €. Für die Erweiterung der Software zur Erhebung der Steuer wären rund 6.000,- € einzuplanen. Die Einführung einer Bettensteuer würde in 2016 zu einem Aufwand von rund 85.500,- € führen. Für 2017 wäre ein Aufwand von rd. 118.000 €, in den Folgejahren wäre mit jährlichen Kosten in Höhe von rund rd. 77.000,- € für den neu zu schaffenden Dienstposten der Besoldungsgruppe A9 LG 1, 2. Einstiegsamt zu rechnen. Diese Kosten sind in der listenmäßigen Zusammenstellung bereits abgezogen.

Für 2016 ist nur eine anteilige Verbesserung für 3 Monate enthalten, da die Einführung der Steuer eine gewisse Vorbereitungszeit erfordert. Die Personalkosten würden voraussichtlich zur Mitte des Jahres entstehen.

Gez.
Geiger

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 – FWE 047 -
der BIBS-Fraktion**

Defizit des Braunschweiger Stadtmarketings verringern

Der Defizitausgleich durch die Stadt Braunschweig für die Braunschweiger Stadtmarketing GmbH für 2016 darf maximal die Summe des Verlustausgleiches aus dem Jahr 2014 betragen.

Stellungnahme:

In Abstimmung mit dem Wirtschaftsdezernenten der Stadt Braunschweig und Geschäftsführer der Braunschweig Stadtmarketing GmbH, Herrn Leppa, nehme ich wie folgt Stellung:

Eine Begrenzung des Zuschusses der Braunschweig Stadtmarketing GmbH von derzeit für 2016 geplanten 1.336.500 EUR auf den Wert des Jahres 2014 von 1.181.500 EUR bedeutet eine Kürzung um 155.000 EUR. Dies wären 11,6 % des Gesamtertrags der Gesellschaft. Eine Kürzung des Aufwands aus den Sachbudgets hat unmittelbare Auswirkungen auf die Erlössituation des Unternehmens, da den Aufwendungen in nahezu allen Bereichen Erlöse gegenüberstehen. Eine Kürzung der Mittel würde unmittelbar zu betriebsbedingten Kündigungen führen.

Die Herausforderungen in der Kommunikation werden durch den technologischen Wandel der Medien immer vielfältiger. Insbesondere die neuen Aktivitäten im Internet binden Kapazitäten, führen aber nicht automatisch zu entsprechenden Entlastungen in den klassischen gedruckten Medien, es entstehen Mehrkosten. Die sozialen Netzwerke müssen zusätzlich zu den klassischen Kommunikationswegen, die in der Vergangenheit ausschließlich betreut wurden, bearbeitet werden. Mit den Projekten „Lichtparcours 2016“ und der Neueröffnung des Herzog Anton Ulrich Museums und den damit verbundenen hohen Besucherzahlen wird im touristischen Bereich des Unternehmens wieder eine sehr hohe Auslastung erreicht werden. Unter anderem hierfür wurden im Plan 2016 personelle Ressourcen abgebildet, die dringend erforderlich sind, um die Herausforderungen leisten zu können.

Im reinen Marketingbereich, der sich unter der Position „Marketingmaßnahmen“ wiederfindet, führen Kürzungen dazu, dass die Maßnahmen zur Neueröffnung des Herzog Anton Ulrich Museums nicht umgesetzt werden. Damit würden die aktuell mit der Wiedereröffnung gegebenen sehr guten Chancen zur Positionierung Braunschweigs als bedeutendes kultur- und städtetouristisches Ziel nicht genutzt. Ebenso müssten die Maßnahmen im Fachkräftemarketing und im Congressmarketing/Convention Bureau gestrichen werden.

Im Ergebnis würde dies zu Wahrnehmungsverlusten und Buchungsrückgängen, damit zu geringerer Wertschöpfung am Standort, Umsatzrückgängen und weniger Beschäftigung führen.

Eine Kürzung ist in der Konsolidierungsrunde bereits erfolgt, sie kann in der genannten Größenordnung weder über das Personalbudget noch über das Sachbudget ohne tiefgreifende Auswirkungen dargestellt werden.

gez.
Geiger

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. 49 der BIBS-Fraktion

Text:

„Die Benutzung des BS Mobiltickets soll künftig ganztägig möglich sein und nicht erst ab 9 Uhr.“

Stellungnahme:

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) hat hierzu folgendes mitgeteilt:

- Die BSVG stellt derzeit rd. 6.000 anspruchsberechtigten Bürgern eine weitreichende Mobilität von täglich 9.00 Uhr bis Betriebsschluss zu einem Preis von monatlich 15 € im Rahmen des Mobiltickets zur Verfügung. Hierbei ist der durch die dauerhaft in Braunschweig aufzunehmenden Flüchtlinge zu erwartende Aufwuchs noch nicht berücksichtigt.
- Die teuren Spitzenzeiten vor 9.00 Uhr sind derzeit für Berechtigte des Mobiltickets ausgenommen, um die im Vergleich zu einer Monatskarte (Basis-Karte: 64,50 € im Stadttarif) bestehende Preisdifferenz rechtfertigen zu können. Zudem kann bei den Berechtigten von einer größeren Flexibilität in der ÖPNV-Nutzung ausgegangen werden.
- Auf Basis der derzeitigen Anspruchsberechtigungen wird bei Ausweitung eine Erhöhung des Verlustausgleichbedarfs von rd. 700.000 € pro Jahr für die Durchführung der Kundenbeförderung erwartet. Das Gesamtdéfizit der BSVG im Jahr 2016 wird auf Basis des Wirtschaftsplans rd. 18.848.000 € betragen.

Zudem hat der Ausschuss für Soziales und Gesundheit im Rahmen der Beteiligung zum Haushalt 2016 in seiner Sitzung am 8. Februar 2016 – möglichst zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25. Februar 2016 - um Prüfung gebeten, ob eine Einbeziehung des Zweckverbandes bzw. eine Genehmigung für die Ausweitung des Mobiltickets erforderlich wäre.

Das Mobilticket stellt keinen Fahrausweis im Rahmen des Verbundtarifs Region Braunschweig (VRB) dar und ist nur in der Tarifzone 40/ Stadttarif Braunschweig auf den Linien der BSVG gültig. Gemäß § 11 Abs. 4 Ziffer 5 in Verbindung mit § 12 Ziffer 13 des Gesellschaftsvertrages entscheidet über die Festsetzung und Änderung von Beförderungstarifen letztlich die Gesellschafterversammlung der BSVG nach vorheriger Beratung im Aufsichtsrat. Eine Beteiligung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig ist hierfür nicht erforderlich.

gez.

Schlimme

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 053
der Piraten-Fraktion**

Text:

Gewerbeanmeldung (Kostenart 331110 – Verwaltungsgebühren – + 20.000 €)

Begründung: (Originaltext)

Dieser Antrag entspricht 5 € mehr pro Gewerbeanmeldung. Dieser Betrag fällt bei der Gründung eines Betriebes nicht ins Gewicht.

Stellungnahme:

Das Produkt beinhaltet alle Gewerbemeldungen, also auch Ab- und Ummeldungen. Die Höhe der Gebühren ist landesrechtlich in dem Niedersächsischen Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) und der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung – AllGO) verbindlich geregelt. Die zu erhebenden Gebühren für die Bearbeitung einer Gewerbemeldung sind in der Anlage zur AllGO in Tarif-Nr. 40.1.2.1 geregelt. Danach sind die Gebühren ausschließlich nach dem Zeitaufwand zu berechnen, dürfen aber höchstens 43 € betragen. Im Regelfall beträgt die Bearbeitungsdauer für eine Gewerbeanmeldung drei angefangene Viertelstunden, für eine Gewerbeab- oder -ummeldung zwei angefangene Viertelstunden. Die Höhe des Viertelstundensatzes ist mit 12,50 € ebenfalls verbindlich festgelegt.

Eine Gebührenerhöhung wäre nur zulässig, wenn sich die Bearbeitungszeit tatsächlich verlängert, eine pauschale Erhöhung der Gebühren um den vorgeschlagenen Betrag von 5 € je Gewerbeanmeldung ist rechtlich nicht zulässig, eine Umsetzung des Antrages somit aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Ergänzend teile ich mit, dass die Viertelstundensätze durch eine Änderung der Allgemeinen Gebührenordnung in zwei Schritten zum 1. Januar 2016 erhöht wurden, so dass sich die Gebühren je Gewerbeanmeldung von 34,50 € auf 37,50 € und für die Gewerbeab- oder -abmeldung von 23 € auf 25 € erhöht haben. Unter Zugrundelegung der Planzahl ist für 2016 von einer Mehreinnahme in Höhe von rund 11.000 € auszugehen.

Gez. Paschen

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 054
der Piraten-Fraktion**

Text:

Gewerberegisterauskunft (Kostenart 331110 – Verwaltungsgebühren – + 20.000 €)

Begründung: (Originaltext)

Dieser Antrag entspricht 5 € mehr pro Gewerberegisterauskunft

Stellungnahme:

Die Höhe der Gebühren ist landesrechtlich in dem Niedersächsischen Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) und der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung – AllGO) verbindlich geregelt. Die zu erhebenden Gebühren für die Bearbeitung einer Gewerberegisterauskunft sind in der Anlage zur AllGO in Tarif-Nr. 40.1.4.1 (Auskunft über Daten nach § 14 Abs. 5 Satz 1 GewO) und 40.1.4.2 (Auskunft nach § 14 Abs. 7 über Daten nach § 14 Abs. 5 Satz 2 GewO) geregelt. Danach sind die Gebühren ausschließlich nach dem Zeitaufwand zu berechnen, dürfen aber höchstens 15 € bzw. 40 € betragen. Im Regelfall beträgt die Bearbeitungsdauer für beide Auskunftsorten eine angefangene Viertelstunde. Die Höhe des Viertelstundensatzes ist mit 12,50 € ebenfalls verbindlich festgelegt.

Eine Gebührenerhöhung wäre nur zulässig, wenn sich die Bearbeitungszeit tatsächlich verlängert, eine pauschale Erhöhung der Gebühren um den vorgeschlagenen Betrag von 5 € je Gewerberegisterauskunft ist nicht zulässig und würde auch die zulässige Gebührenobergrenze überschreiten. Eine Umsetzung des Antrages ist somit aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Ergänzend teile ich mit, dass die Viertelstundensätze durch eine Änderung der Allgemeinen Gebührenordnung in zwei Schritten zum 1. Januar 2016 erhöht wurden, so dass sich die Gebühren je Gewerberegisterauskunft von 11,50 € auf 12,50 € erhöht haben. Da die Mehrzahl der Auskünfte gebührenfrei an öffentliche Stellen erteilt werden muss und diese Zahl nicht gesondert erfasst wird, ist eine konkrete Mehreinnahme nur schwer zu prognostizieren, dürfte aber lediglich bei rund 1.000 € liegen.

Gez. Paschen

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 055 der Fraktion der Piratenpartei

Text:

Einsparung durch Nachverhandlungen bei 1.12.1260.14 Service "Feuerwehrleistungen für Dritte" - oder Einstellung dieses Produkts.

Stellungnahme:

Das o.g. Produkt umfasst die Leistungen Flughafenbrandschutz und Feuerwehrservicezentrum sowie in geringerem Umfang Rettungsdienstunterstützung und Ausbildung, Werkstattleistungen und Dienstleistungen für Dritte. Der Ansatz 2016 weist ein Saldo von -435.850 € gegenüber einem Saldo von -275.079 € im Jahr 2015 aus.

Der Saldo dieses Produktes errechnet sich aus den erwarteten Erträgen einerseits sowie den zu erwartenden Personal-, Sach- und übrigen Aufwendungen andererseits, bezogen auf die o. g. einzelnen Leistungen.

Die Erhöhung des Saldos um rd. -160.000 € im Jahr 2016 ist in erster Linie durch eine Steigerung der diesem Produkt zugeordneten Personalaufwendungen und eine Minderung der Einnahmeerwartung begründet. Die Sachaufwendungen wie auch die übrigen Aufwendungen sind gegenüber den Vorjahren nahezu unverändert geblieben.

Hierzu im Einzelnen:

Bei der Ansatzplanung 2016 ist davon ausgegangen worden, dass die Personalaufwendungen für den gesamten Fachbereich steigen. Der Betrag für die Produktgruppe Brandschutz liegt dann bei 20.849.731 € und ist damit um rd. 1.457 Mio. € höher als im Vorjahr. Auf das Produkt „Service“ mit den o. g. Leistungen entfällt eine Steigerung um rd. 110.000 €.

Die Planung der Personalaufwendungen erfolgt im Umlageverfahren. Dies bedeutet, dass die Personalaufwendungen auf Kostenstellen zusammengefasst werden und auf die einzelnen Produkte umgelegt werden. Die Personalkostenumlage basiert auf einem festen Umlageschlüssel, der mit Beginn der Doppik erstellt wurde. Eine direkte Zuordnung wäre aufgrund der verschiedenen Einsatzmöglichkeiten der Mitarbeiter zu aufwendig und nicht praktikabel.

Der Ansatz 2016 geht davon aus, dass die Erträge für das Produkt „Service“ um rd. 55.000 € niedriger ausfallen werden. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass insbesondere das Feuerwehrservicezentrum (FSZ) als einzelne Leistung des Produktes zunehmend unwirtschaftlich arbeitet. Die Erträge des FSZ haben sich um rd. 43.000 € von rd. 63.500 € in 2013 auf rd. 20.500 € im Jahr 2014 extrem reduziert. Diese Werte liegen der Ansatzplanung 2015 und 2016 zu Grunde. Die Reduzierung der Erträge ist in erster Linie auf eine extreme Verschlechterung der Auftragslage des FSZ zurückzuführen. Verwaltungsseitige Versuche, die Firma Dräger als Vertragspartner zu einer Steigerung der Auftragsakquirierung zu bewegen und dadurch die Erträge zu steigern, verliefen erfolglos. Eine Beendigung der Verträge zum FSZ ist frühestens 2019 möglich und wird von der Verwaltung verfolgt. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass im FSZ insbesondere Mitarbeiter eingesetzt werden, die nicht mehr einsatzdiensttauglich sind. Sollte also die Leistung eingestellt werden, fallen die Personalkosten für die dort eingesetzten Mitarbeiter weiterhin an und würden andere Leistungen des Produktes „Brandschutz“ entsprechend belasten. Erträge - wenn auch im geringen Umfang -

würden überhaupt nicht mehr generiert. Die Verwaltung sieht bei dieser Leistung derzeit keine geeigneten Möglichkeiten, der Erhöhung des Fehlbetrages 2016 entgegen zu wirken.

Weiterhin wird beim Ansatz 2016 davon ausgegangen, dass sich die Erträge bei der Leistung „Ausbildung für Dritte“ als Teil des Produktes „Service“ verringern. Bei der Ansatzplanung wurde berücksichtigt, dass sich die Erträge um rd. 12.000 € von rd. 14.000 € im Jahr 2013 auf rd. 2.000 € im Jahr 2014 reduziert haben. Diese Werte liegen ebenfalls der Ansatzplanung 2015 und 2016 zu Grunde. Zurückführen lässt sich dieser Rückgang auf ein geringeres Interesse Dritter am Brandschutztraining, an Atemschutzgeräteträgerlehrgängen und an Erste-Hilfe-Lehrgängen. Diese Leistung wird von der Feuerwehr nur auf Nachfrage angeboten. Gleichwohl wird es von der Berufsfeuerwehr Braunschweig als selbstverständlich angesehen, dass derartige Leistungen weiterhin von einer Berufsfeuerwehr vorgehalten und im Bedarfsfall angeboten werden können. Daher besteht auch hier keine Möglichkeit, das Saldo zu beeinflussen.

Aus den genannten Gründen empfiehlt die Verwaltung dem Antrag nicht zu folgen.

gez.

Ruppert

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. 112 der Fraktion der Piratenpartei**Text:****Graffiti-beseitigung -50%**

Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.

Stellungnahme:

Im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung werden von der VHS Arbeit und Beruf GmbH mit dem Jobcenter Braunschweig unterschiedliche Projekte geplant und beantragt, um für langzeitarbeitslose Menschen sinnstiftende Beschäftigungsmöglichkeiten zu initiieren. Eines dieser Angebote ist die Beseitigung von Graffiti. Der FB 66 und die VHS Arbeit und Beruf GmbH schließen für die Durchführung jeweils Kooperationsvereinbarungen. Dabei übernimmt der FB 66 die fachliche Steuerung und Einbindung in das Gesamtprojekt „Unser sauberes Braunschweig“ und beteiligt sich an den nicht unerheblichen Sachkosten (Fahrzeuge, Material) sowie der Fachanleitung. Im Rahmen dieser Kooperation wurden in den vergangenen Jahren gemeinsam zwei wesentliche Ziele verwirklicht. Das Erscheinungsbild der Stadt Braunschweig konnte erheblich aufgewertet werden und langzeitarbeitslosen Mitbürgern konnte eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit geboten werden, welche sowohl in der allgemeinen Öffentlichkeit wie auch in der direkten Ansprache beim realen Arbeitseinsatz durchweg positiv beurteilt wurde. Die VHS klärt am Ende eines Jahres mit ihren Kooperationspartnern die Bedarfe für die einzelnen Projekte ab. Anschließend wird diese Planung mit dem Jobcenter und dessen Bedarfen abgeglichen. Wird eine Übereinstimmung erzielt, werden von der VHS entsprechende Projektanträge gestellt und anschließend vom Jobcenter beschieden. Die AGH-Bescheide (Arbeitsgelegenheiten) haben immer eine festgeschriebene Laufzeit. Das Graffiti-Projekt läuft vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016. Daraus resultiert der erneute Abschluss einer Kooperationsvereinbarung. Sollte der Antrag der Piratenpartei zum Tragen kommen, stünden für eine Kooperationsvereinbarung nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung - insbesondere, da für 2016 ursprünglich 30.000,- Euro mehr erforderlich gewesen wären, die bereits eingespart wurden. Von einem Nichtzustandekommen einer Kooperationsvereinbarung wären neben den negativen Auswirkungen für das Stadtbild (schnell und nachhaltig mehr illegale Graffiti) auch 8 Arbeitsgelegenheiten und 2 Personen im Rahmen einer Förderung von Arbeitsverhältnissen betroffen. Ein Verzicht auf die Mittel ist daher ohne erhebliche Nachteile für die Beschäftigungsförderung und das Stadtbild nicht möglich.

gez.

Leuer

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 118 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Überschrift: Transferaufwendungen 0800 an Ergebnis 2014 anpassen

Beantragter Veränderungsbetrag: - 290.000 €

Begründung: Auch weil in einzelnen Bereichen die zur Verfügung gestellten Zuschüsse gar nicht benötigt wurden, sollen die Transferaufwendungen des Wirtschaftsdezernates auf den Rechnungsbetrag 2014 abgesenkt werden. Dass der Betrag mehr als verdoppelt werden soll, passt auch nicht ansatzweise zur derzeitigen Situation.

Stellungnahme:

Im Haushaltsjahr 2014 waren im Teilhaushalt 0800 folgende Ansätze (Transferaufwendungen) veranschlagt, auf die sich Ratsfraktion DIE LINKE bezieht.

	2014 - Ansatz	2014 Rechnung/ gebunden	2016
2014: Förderung von Unternehmen in Braunschweig (KMU) 2016: Neuer Titel: Kofinanzierung von Projekten der Wirtschaftsförderung und Fachkräfteentwicklung	190.000 €	50.000 € gebunden für Projekt „Studienabbrecher“ gem. VA-Beschluss 17.3.14 (DS 17416/15)	178.000 € (gekürzter Verwaltungsvorschlag)
Regionales Investorenkonzept Freizeit und Lebensqualität (RIK)	0 €	0 €	45.000 € (gekürzter Verwaltungsvorschlag)
WLAN / Smart City	0 €	0 €	50.000 €
Förderung aus dem Existenzgründerfonds	100.000 €	85.372,69 € ~~100.372,69 €~~ *	94.000 € (gekürzter Verwaltungsvorschlag)
Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft	100.000 €	63.117,08 € ~~57.117,085 €~~ *	94.000 € (gekürzter Verwaltungsvorschlag)
Summe	390.000 €	198.489,77 € * ~~207.489,77 €~~	461.000 €

* Aufgrund einer fehlerhaften Darstellung der Zuschussbeträge in der Zuschussliste (2.2.3.1) des Haushaltsplanes 2016 sind die o. a. gestrichenen Beträge fälschlicherweise in die Stellungnahme vom 29. Januar 2016 übernommen wurden. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 5. Februar 2016 wurde darauf hingewiesen, die korrekten Zahlen (s. o.) benannt und die Stellungnahme angepasst. Eine Korrektur der Zuschussliste erfolgt durch den Fachbereich Finanzen.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Veranschlagung der Mittel für den Haushalt 2016 hat sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014 nicht verdoppelt, sondern liegt um 71.000 €

für zusätzliche Aufgaben, u. a. zu den vom Rat beschlossenen Anträge zu WLAN und Smart City, höher.

Zu den einzelnen Maßnahmen wird wie folgt ausgeführt:

1. Kofinanzierung von Projekten der Wirtschaftsförderung und Fachkräfteentwicklung

Braunschweig gehört zu den innovativsten Standorten Europas. Das übergreifende Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft durch eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale zu erhalten bzw. zu steigern wird unter anderem durch innovative Wirtschaftsförderungsprojekte und Projekte und Maßnahmen im Bereich der Fachkräfteentwicklung unterstützt.

Die Diversifizierung der Braunschweiger Unternehmenslandschaft und die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen ist nach wie vor ein elementares Ziel städtischer Wirtschaftsförderung, insbesondere in der aktuellen Situation. Auch hierzu ist es zwingend erforderlich, die von Universität und wissenschaftlichen Einrichtungen gebildeten Zentren mit interdisziplinärer, anwendungsnaher Forschung im Interesse der Schaffung neuer Unternehmen am Standort intensiv zu begleiten. Hierzu stehen entsprechende Innovationsförderbudgets aus verschiedenen Förderkulissen zur Verfügung, zu deren Kofinanzierung Mittel eingeplant wurden.

Das im vergangenen Jahr gegründete Fachkräftebündnis SüdOstNiedersachsen hat das Ziel, auf regionaler Ebene die Fachkräfteversorgung zu sichern und die dafür notwendigen Strukturen zu verbessern. Es ist eines von acht regionalen Bündnissen aus der „Fachkräfteinitiative Niedersachsen“ des Landes. Ein wichtiges strategisches Ziel des Fachkräftebündnisses SüdOstNiedersachsen ist die Stärkung der Willkommenskultur und die Vernetzung von Beratungsangeboten. Weitere Ziele sind es, die Standortattraktivität zu erhöhen und die nachhaltige Integration und Bindung von (potenziellen) Fach- und Führungskräften an die Region zu verbessern. Als erstes Projekt ist bereits das Welcome Center an den Standorten Braunschweig und Wolfsburg in der Umsetzung, welches zukünftig eine umfassende Beratung für ausländische Fachkräfte und ihre Familien bietet.

Im Fachkräftebündnis erarbeiten die 27 gleichberechtigten Kooperationspartner gemeinsam Lösungsvorschläge zu den Themen Fachkräftesicherung und Qualifizierung von Beschäftigten und Arbeitssuchenden. Hierzu ist neben der aktiven Mitarbeit im Bündnis auch eine finanzielle Beteiligung der Stadt Braunschweig für zukünftige Projekte notwendig.

Neben dem wichtigen Thema Fachkräfteentwicklung sind zudem nachhaltige, kontinuierliche und breit angelegte Innovationsaktivitäten Voraussetzungen für eine gesunde, langfristig orientierte Entwicklung einer Region bzw. Stadt und der ansässigen Unternehmen. Mit diesem gemeinsamen Verständnis, wollen die Städte Braunschweig und Salzgitter sowie der Landkreis Peine, vertreten durch die jeweiligen Wirtschaftsfördergesellschaften, gemeinsam ab dem Frühjahr 2016 ein Projekt zu Beratung im Wissens- und Technologietransfer für 4 Jahre durchführen.

Ziel des Vorhabens ist, die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen KMU durch Innovation zu sichern bzw. aufzubauen und zu erhalten um zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region beizutragen. Dazu sollen - gemäß Förderrichtlinie - KMU verstärkt in das Innovationsgeschehen einbezogen und insbesondere der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit den regionalen wissenschaftlichen Einrichtungen unterstützt werden. Die Stadt Braunschweig soll hierbei einen Eigenanteil von ca. 140.000 € (ca. 35.000 €/Jahr) einbringen.

Ein weiteres geplantes aus dieser Haushaltsstelle zu förderndes Projekt ist der sogenannte „Innovationsflügel“. Hier sollen in neuer Form Büro- und Laborflächen sowie Meeting-

Bereiche Gründern, jungen Unternehmen und Projektpartnern temporär zur Verfügung gestellt werden

Aktuell ergibt sich am Forschungsflughafen eine einzigartige Chance, neben der Realisierung des Lilienthalhauses über einen privaten Investor, einen Innovationsflügel zu errichten, ohne hohe Investitionskosten wie bei einem klassischen Technologiepark. Für die vorgesehene Projektlaufzeit von ca. 3,5 Jahren ist eine geplante Beteiligung der Stadt Braunschweig von ca. 215.000 € vorgesehen.

Des Weiteren ist geplant, aus dem Mittelansatz die Etablierung eines High-Tech Accelerators in Braunschweig mit 50.000 € zu fördern. Es ist vorgesehen, diese Fördersumme auch im zweiten und dritten Projektjahr zur Verfügung zu stellen.

Innovationen entstehen in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Auch die erste Stufe der Technologieverwertung erfolgt an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Form von Firmenneugründungen aus den Instituten. Bis zur ersten Unternehmensphase nach der Gründung werden die Jungunternehmen von der Hochschule unterstützt. Danach sind die jungen Hochtechnologie-Gründerinnen und -gründer auf sich allein gestellt. Für ein nachhaltiges Wachstum der Jungunternehmen und somit die Etablierung hochtechnologischer Produkte und Dienstleistungen auf nationalen und internationalen Märkten sind neben einem hohen monetären Aufwand in Form von Wagniskapital, ein strategisches Zielsystem sowie eine branchenübergreifende Vernetzung unabdingbar. Das Fehlen dieser fundamentalen Rahmenbedingungen für Hochtechnologiegründungen im Wirtschaftsraum Braunschweig hat eine reale Verwertungslücke im Wertschöpfungsprozess von jungen Hochtechnologieunternehmen zur Folge.

Aus diesem Grunde haben die TU Braunschweig und die Ostfalia Hochschule in Kooperation mit der BRAUNSCHWEIG Zukunft GmbH das Konzept für einen High-Tech Accelerators, der in 2016 in Braunschweig verortet werden soll, erarbeitet. Das oberste Ziel des High-Tech Accelerators soll die Zusammenführung von Wissenschaft und Wirtschaft sein. Dabei wird ein klarer Fokus auf Unternehmen aus dem Bereich Hochtechnologie gelegt. Der High-Tech Accelerator soll eine zentrale Rolle übernehmen und junge Unternehmen dabei unterstützen, Innovationen zu entwickeln, die einen nachhaltigen Wert für heutige und zukünftige Generationen generieren. Nur so ist es möglich, eine wettbewerbsfähige und beschäftigungsstarke Wirtschaft zu erhalten, die in der Lage ist, durch die Entwicklung zukunftsfähiger Produkte und Dienstleistungen internationalen und innovativen Wettbewerbern erfolgreich gegenüberzustehen.

Es ist geplant, dass die Projektträgerschaft des High-Tech Accelerators vom Lehrstuhl für Entrepreneurship der TU Braunschweig übernommen wird. Der High-Tech Accelerator soll ein weiterführendes Bindeglied im Anschluss an die bereits bestehenden Förderinstrumente sein und nicht als ein weiteres Förderinstrument neben den bestehenden Einrichtungen fungieren.

Zurzeit werden weitere Fördermöglichkeiten aus Landesmitteln geprüft.

Letztendlich befinden sich die o. g. Projekte noch in der Planung. Exakte Kostenschätzungen sind daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Bei diesen wichtigen Themen sollen allerdings der Stadt Braunschweig ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, damit Handlungsoptionen genutzt werden können. Absehbar ist ebenfalls, dass im Jahr 2016 weitere Projekte - insbesondere bei der Fachkräfteentwicklung im Fachkräftebündnis – initiiert werden.

Eine Kürzung der Haushaltsmittel kann daher aus Sicht der Verwaltung nicht befürwortet werden.

2. Regionales Investorenkonzept Freizeit und Lebensqualität (RIK)

Aufbauend auf dem Projekt „Masterplan Radtourismus“, das Anfang 2014 von der Allianz für die Region initiiert wurde, soll das Thema auch stärker in Braunschweig verankert werden. Ziel ist es, vor allem die Unterkunftsbetriebe für das Thema zu sensibilisieren, um attraktive Angebote und Serviceleistungen zu schaffen. Gemeinsam mit der Allianz für die Region soll ein Konzept erstellt werden, das neben Analysen zu den Bedürfnissen der Zielgruppe vor allem auch konkrete Maßnahmen beinhaltet, die in einem weiteren Schritt umgesetzt werden sollen. Schon geringe Investitionen reichen aus, um sich nachhaltig als fahrradfreundlicher Betrieb zu positionieren. Die Unterkunftsbetriebe werden dabei in der Umsetzungsphase intensiv beraten und begleitet.

Da Radtouristen auch Ferienwohnungen bevorzugen, wird dieser Unterkunftsart eine besondere Rolle zuteil. Ferienwohnungen und Privatunterkünfte sind in Braunschweig noch nicht vollständig erfasst, so dass hier die Chance besteht den Markt in Braunschweig entsprechend zu beleuchten.

Hintergrund: Der Deutsche Tourismusverband e.V. (DTV) bescheinigt in seiner Grundlagenstudie zum Radtourismus, dass für über 70 % der Radurlauber das Buchen von fahrradfreundlichen Serviceleistungen der Unterkünfte eine herausragende Rolle spielt. Um diesen Anforderungen Rechnung zu tragen und wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es erforderlich, die aus dem RIK Prozess zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend für ein Braunschweiger Konzept einzusetzen.

3. WLAN / Smart City

Grundlage zu einer Weiterentwicklung der Stadt Braunschweig zu einer Smart City sind die Anträge der CDU-Fraktion (15-00013), der SPD-Fraktion (15-00344) und der Fraktion der Piraten (15-00309), die im Rat der Stadt Braunschweig am 21. Juli 2015 beschlossen wurden. Korrespondierend dazu wurden weitere Anträge, wie die Bereitstellung eines kostenlosen WLAN in der Braunschweiger Innenstadt und die Einführung eines mobilen Bezahlungssystems in Braunschweig durch den Rat beschlossen.

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 11. Dezember 2015 wurde zuletzt über den Sachstand zur Einführung eines kostenlosen WLAN (DS 15-01209) sowie über den aktuellen Sachstand zu Smart City (DS 15-01210) ausführlich berichtet. Es wurde mitgeteilt, dass die Thematik Smart City keinen klar umrissenen Charakter hat und eine sich über Innovationsprozesse verändernde Stadt ist. Hierbei soll sich das Oberziel „Lebensqualität erhöhen“ wie ein roter Faden durch die Projekte ziehen.

Teilweise sind einzelne smarte Lösungen in Braunschweig bereits realisiert. So ist beispielsweise das Kaufen und Bezahlen von Fahrscheinen über einen Ticketshop der Braunschweiger Verkehrs GmbH online möglich. Die Nutzung eines kostenlosen WLAN im Umfeld des Kohlmarktes sowie dem Schlossplatz / Bohlweg wird ebenfalls kurzfristig ermöglicht und kann eine Basis für künftige smarte Applikationen werden.

Ziel einer Smart City ist es jedoch, keine Einzellösungen zu schaffen, sondern vorhandene Technologien zu neuen Lösungen zu vernetzen und neue innovative und integrierbare Serviceangebote für Bürger und Besucher zu schaffen. Um dieses Ziel zu realisieren ist es notwendig, wissenschaftlichen Sachverstand hinzuzuziehen, der einerseits die Einführung und die Vernetzung der Technologien begleitet und andererseits deren Portierbarkeit auf die Braunschweiger Verhältnisse untersucht. Im Kern ist das Ziel, eine gemeinsame Plattform zum Datenaustausch, die wettbewerbsneutral für smarte Anwendungen genutzt werden kann, zu schaffen.

Der hierfür erforderliche wissenschaftliche Sachverstand steht aktuell verwaltungsintern nicht zur Verfügung, auch eine entsprechende Dateninfrastruktur muss geschaffen werden. Um dies zu gewährleisten, hat die Verwaltung 50.000 € im Haushaltsplanentwurf zur Realisierung des Projektes veranschlagt.

gez.
Leppa

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 119 der Piraten-Fraktion

Text:

Überschrift: Existenzgründerfonds auf 50% reduzieren.

Beantragter Veränderungsbetrag: - 50.000 €

Begründung: In 2015 wurde mindestens eine Gründung gefördert, die sachlich wenig zu rechtfertigen war. Eine stärkere Fokussierung auf Projekte, die tatsächlich Förderung benötigen (und nicht nur gebrauchen können) ist möglich. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.

Stellungnahme:

Das Institut für Mittelstandsforschung – IfM Bonn hat in seinem „Selbstständigenmonitor 2014“, erschienen im Dezember 2015, festgestellt, dass zwischen 2011 und 2014 die Gesamtzahl der Selbstständigen bundesweit rückläufig war.

Diese Entwicklung ist aus volkswirtschaftlicher Sicht problematisch, da Gründerinnen und Gründer innovative Ideen verwirklichen und für Fortschritt, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit entscheidend sind. Darüber hinaus schaffen Gründungen zahlreiche nachhaltige Arbeitsplätze.

Braunschweig gehört zu den innovativsten Standorten Europas. Das übergreifende Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft durch eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale zu erhalten bzw. zu steigern wird unter anderem durch die Beratung, Begleitung und Förderung von Existenzgründerinnen und Gründern unterstützt. Durch diese Angebote ist es gelungen, in Braunschweig ein ausgezeichnetes Gründerklima zu schaffen.

Der Gründerfonds stellt in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument der Gründerförderung dar. Er trägt dazu bei, neue Geschäftsideen in Dienstleistungs- und Produktangebote umzusetzen und unterstützt damit die Dynamik der lokalen Wirtschaft sowie die Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Im Jahr 2015 konnten Zuschussbewilligungen nur in Höhe von insgesamt rund 56.000 € erteilt werden, da in mehreren Fällen Konzept- bzw. Finanzierungsdetails nicht mehr abschließend geklärt werden konnten und erst in 2016 über die Zuwendungsanträge abschließend entschieden wird.

In Jahr 2014 wurden Zuschüsse in Höhe von 85.372 €, in 2013 sogar in Höhe von 102.136 € (hier stand noch eine Mittelübertragung aus 2012 zur Verfügung) bewilligt.

Darüber hinaus ist beabsichtigt, die Richtlinie in 2016 anzupassen, um weitere Möglichkeiten zur Förderung von Gründerinnen, Gründern und jungen Unternehmen sowie zur Unterstützung von Vernetzung und Zusammenarbeit von Startups zu schaffen.

Gründungen tragen auch zukünftig zu einer positiven Gewerbesteuerentwicklung bei und stellen eine Bereicherung der Unternehmenslandschaft unseres Wirtschaftsstandortes Braunschweig dar. Infolgedessen sind heutige Gründerförderungen eine Investition für die Zukunft.

Insbesondere mit Blick auf die aktuell noch nicht absehbaren Folgen der Volkswagen-Krise auf den Arbeitsmarkt der Stadt Braunschweig, sollte der Gründerfonds nicht verringert werden. Andernfalls wäre die Chance vergeben, etwaige von Arbeitslosigkeit Betroffene, die ihre berufliche Zukunft im Rahmen einer Existenzgründung suchen, entsprechend zu unterstützen.

Eine Kürzung des Existenzgründerfonds 2016 kann daher aus Sicht der Verwaltung nicht befürwortet werden.

gez.
Leppa

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Finanzhaushalt 2016 Nr. 128
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**Wegfall der Haushaltsmittel für das Wegeleitsystem und für die beleuchteten Flucht-
und Rettungswegkennzeichen für das städtische Stadion 2016 (141.000 €)**

Es soll mit den Nutzern des Eintracht-Stadions darüber in Verhandlungen eingetreten werden, das bauliche und infrastrukturelle Änderungen des Stadions, die in der Folge von Veränderungen der jeweiligen Vorgaben der Sportfachverbände notwendig werden, durch die Nutzer finanziert werden.

Stellungnahme:

Aus meiner Arbeit beim Niedersächsischen Städtetag und meiner Mitarbeit in den Gremien des Deutschen Städtetages, insbesondere beim dortigen Sportausschuss, weiß ich, dass dieses Grundsatzthema dort bekannt ist.

Es sollte weiterhin diskutiert werden, dass bauliche Veränderungen in Sporteinrichtungen, die ausschließlich auf Wunsch und Veranlassung von Sportfachverbänden wie dem DFL bzw. dem DFB vorgenommen werden und auch nur für diese zusätzlichen Nutzen erbringen, auch möglichst durch die Nutzer zu finanzieren sind, insbesondere wenn diese von den Infrastrukturverbesserungen selbst wirtschaftlich profitieren, z. B. durch höhere Übertragungsentgelte.

Erfahrungsgemäß sind solche Anliegen im Rahmen einer auf Bundesebene abgestimmten Vorgehensweise durchzusetzen. Die Stadt Braunschweig wird sich diesbezüglich weiter in den zuständigen Gremien engagieren und auch Gespräche mit den Nutzern des Stadions hierzu führen.

Gez.
Geiger

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 159
der Piraten-Fraktion**

Text:

Sachkostenantrag: Kostenübernahme für 90 Min/wöchentl. Kampfsporttraining sowie mobiles Endgerät mit Notruf- oder Schnellwahlfunktion am Headset für alle ZOD-Bediensteten im Außendienst (Kostenart 426120 – Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung, Umschulung – + 10.000 €)

Begründung: (Originaltext)

Sofern eine Teilnahme an Kampfsporttraining erfolgt, soll die Trainingszeit zu mindestens 50 % als Dienstzeit angerechnet werden. Der ZOD sollte in der Lage sein, nicht nur für das subjektive Sicherheitsempfinden der Einwohner und Gäste dieser Stadt zu sorgen, sondern auch sich selbst schützen zu können und Hilfe herbei zu holen. Dazu dient dieser Antrag.

Stellungnahme:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZOD werden in Deeskalationstrainings geschult, um in Konfliktsituationen angemessen reagieren zu können. Diese Trainings finden in Kooperation mit Polizei und Feuerwehr statt, ein entsprechendes mehrtägiges Inhouse-Seminar kostet rund 800 € und wird aus den allgemeinen Fortbildungsansätzen des Fachbereichs bestritten. Für das zentrale Fortbildungsprogramm 2016 des FB 10 ist eine zweitägige Schulung „Gewaltprävention“ vorgesehen. Auch hier werden Kräfte des ZOD geschult werden. Ein Kampfsporttraining ist somit nicht erforderlich und würde sich zudem mit der Aufgabenstellung des ZOD nicht vertragen.

Der ZOD ist im Übrigen bereits mit Mobiltelefonen ausgestattet, deren Nummern bei der Einsatzleitstelle der Polizei hinterlegt sind, so dass im Notfall schnelle Unterstützung gewährleistet ist. Eine Ausstattung mit Smartphones musste wegen der Haushaltslage zurückgestellt werden.

Die Verwaltung bittet, den Antrag abzulehnen.

Gez. Paschen

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte
zum Haushalt 2016

**Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden,
insgesamt abgestimmt.**

**Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der
Ausschussempfehlung an.**

Abstimmungsergebnis: 7 / 0 / 4

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 20

Teilhaushalt: FB 10

Produkt: 1.11.1155.02

S. 338 Änderung Strategische Ziele FB 10

„Das strategischen Ziel 2 des FB 10 wird wie folgt geändert:

* In Ziel 2 wird "Qualitätssicherung" durch "Qualitätssteigerung" ersetzt.“

Begründung:

Folgt zwingend aus Stellungnahme DS 10665/14 zur Frage der Umsetzung der IT-Strategie.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	1	9	0		x

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit den im Haushaltsplanentwurf 2016 eingeplanten Haushaltsmitteln kann die Qualität der städt. Informationstechnik zwar gesichert, jedoch nicht gesteigert werden.

Für die Zukunft wird eine Qualitätssteigerung angestrebt, dies setzt jedoch voraus, dass die dafür notwendigen Haushaltsmittel künftig bereitgestellt werden.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 21

Teilhaushalt: FB 10

Produkt: 1.11.1155.02

Neue Kennzahlen S. 358 IT-Leistungen

„Betreffend das Produkt 1.11.1155.02 IT-Leistungen werden als neue Kennzahlen ergänzt:

+ "Durchschnittliche Zeit bis zur Fehlerbehebung"

+ "Gedruckte Seiten (Ziel: niedrig)““

Begründung:

Die bisherigen Kennzahlen erlauben nicht ausreichend Rückschlüsse auf den Erfolg dieses Produktes

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	1	10	0		x

Stellungnahme der Verwaltung:

1. Eine Kennzahl "Durchschnittliche Zeit bis zur Fehlerbehebung" zu bestimmen erfordert erheblichen zusätzlichen Personalaufwand für die Erfassung und Klassifizierung von Daten. So wird bislang nur erfasst, wann eine Störung gemeldet wird und zu welchem Zeitpunkt die Hotline mittels Rückfrage festgestellt hat, dass die Störung nicht mehr vorhanden ist. Es wird bislang bis auf Ausnahmen weder zentral noch dezentral ein Aufwand darauf verwendet zu dokumentieren, ob überhaupt ein Fehler vorlag, seit wann dieser vorlag und wann er behoben wurde. Daher wurde die Einführung dieser Kennzahl in der Vergangenheit als unwirtschaftlich verworfen.

2. Eine Kennzahl "Gedruckte Seiten (Ziel: niedrig)" ist nur sehr aufwendig ermittelbar, da erhebliche Teile der Druck-Infrastruktur keine automatisierten Seitenzahlen liefern können.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 22

Teilhaushalt: FB 20
Produkt: 1.11.1160.01

S. 368 Änderung Strategische Ziele FB 20

„Das Strategische Ziel 1 des FB 20 wird wie folgt geändert:
"Erreichen eines ausgeglichenen Ergebnis- und Finanzhaushalts zur Vermeidung einer Neuverschuldung"“

Begründung:

Die derzeitige Finanzplanung ist nicht ausgeglichen, die Neuverschuldung nur im Planungszeitraum noch nicht sichtbar. Je früher hier gegengesteuert wird, desto besser insbesondere für die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt Braunschweig.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	1	10	0		x

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 110 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) soll der Haushalt in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Dies ist nach § 110 Abs. 4 S.2 der Fall, wenn der Gesamtbeträge der ordentlichen und außerordentlichen Erträge den jeweiligen Aufwendungen entsprechen. Somit ist in Bezug auf den Haushaltsausgleich auf den Ergebnishaushalt abzustellen, was in der derzeitigen Formulierung des obengenannten Zieles geschehen ist.

Der Ausgleich des Finanzhaushaltes ist dagegen gesetzlich nicht definiert und gibt auch nicht zwangsläufig Aufschluss über die finanzielle Leistungs- und Handlungsfähigkeit einer Kommune. Wenn z.B. der positive Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ausreicht, um einen negativen Saldo aus Investitionstätigkeit auszugleichen, könnte eine Tilgung alter Kredite bei der Finanzierungstätigkeit insgesamt zu einem negativen Saldo im Finanzhaushalt führen.

Dagegen könnte ein Finanzmittelfehlbetrag aus den Salden von Verwaltungs- und Investitionstätigkeit bei gleichzeitiger Kreditaufnahme zur Finanzierung der Investitionen insgesamt zu einem Finanzmittelüberschuss im Finanzhaushalt führen. Somit wäre der Finanzhaushalt quasi „ausgeglichen“, obwohl die finanzielle Lage sich hier wesentlich ungünstiger darstellt als im ersten Beispiel.

Die derzeitige Formulierung des Strategischen Zieles 1 des Fachbereiches 20 das „Erreichen eines ausgeglichenen Ergebnishaushaltes und Vermeidung einer Neuverschuldung“ ist daher uneingeschränkt geeignet, die Zielsetzung einer ausgeglichenen Haushaltsplanung unter Vermeidung einer Neuverschuldung zum Ausdruck zu bringen.

Antrag der BIBS-Fraktion - Nr. 23

Teilhaushalt: FB 20

Produkt: 1.11.1160.12

Aufwand/Nutzen-Analyse Metropolregion

„Im Rahmen einer Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung auch für die städtischen Beteiligungen wird die Metropolregion einer Aufwand/Nutzen-Analyse unterzogen. Die Ergebnisse werden den politischen Gremien zeitnah vorgestellt.“

Begründung:

Nach außen scheint die Wirksamkeit der Gesellschaft eher begrenzt, innere Wirksamkeiten mögen die nicht unerheblichen Kostenbeteiligungen der Stadt rechtfertigen, diese sind darzustellen und abzuwägen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	4	7	0		x

Antrag der Die Linke.-Fraktion - Nr. 24

Teilhaushalt: FB 20

Produkt: 1.11.1160.12

Konzept Neuausrichtung Braunschweiger Versorgungs AG

„Die Verwaltung wird gebeten, in 2016 ein Konzept zur Neuvergabe der Konzessionen im Energiebereich zu erstellen. Dabei ist der Schwerpunkt auf eine Vergabe der Konzessionen entweder an ein städtisches Unternehmen oder an ein zu gründendes Unternehmen kommunaler Gebietskörperschaften der Braunschweiger Region zu legen. Dieses Konzept ist dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Begründung:

Der derzeitige Konzessionsvertrag endet am 31.12.2020. Laut § 46 Abs. 3 EnWG müssen Gemeinden spätestens zwei Jahre vor Ablauf der Konzessionsverträge das Vertragsende bekannt machen und anschließend ein Interessenbekundungsverfahren durchführen. Für Braunschweig wäre also der späteste Bekanntmachungstermin der 31.12.2018. Zur Vorbereitungszeit der Gemeinden äußern sich Städtetag, Städte- und Gemeindebund und der Verband kommunaler Unternehmen in der Broschüre "Konzessionsverträge - Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke" folgendermaßen: "Die Vorbereitungen für das Verfahren machen es notwendig, dass sich die Gemeinde schon deutlich früher als zwei Jahre vor Ablauf des Vertrages mit der Thematik auseinandersetzt. Nur eine frühzeitige Befassung mit der Thematik gewährleistet auch, dass die verschiedenen Optionen der Gemeinde gründlich geprüft werden können und ein Verfahren durchgeführt werden kann, das später keinen Beanstandungen ausgesetzt ist." Die Erstellung eines Grundkonzeptes der Verwaltung in 2016 bietet die Möglichkeit, dass in den Jahren 2017 - 2018 auch die mögliche Neugründung eines städtischen oder regionalen Unternehmens durchgeführt werden kann und die Stadt sich tatsächlich alle Optionen offen hält und im Energiebereich wieder handlungsfähig wird.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	4	7	0		x

Stellungnahme der Verwaltung:

Zunächst verweise ich zu dieser Thematik auf meine umfangreiche Mitteilung für den Rat am 15. März 2016 (DS 16-01453). Die Verwaltung hat die Problematik „Konzessionsvergabe“ im Blick und wird im Sommer zu der geplanten Informationsveranstaltung einladen.

Inhaltlich ist zum Antrag aber darauf hinzuweisen, dass eine Neuvergabe diskriminierungsfrei bezüglich der Anforderungen an die Zuschlagskriterien wie sicherer, preisgünstiger, verbraucherfreundlicher, effizienter und umweltverträglicher (erneuerbare Energien berücksichtigender) Netzbetrieb oder fiskalischer Interessen vorzunehmen ist. Eine „Schwerpunktsetzung“ der Vergabe an ein städtisches Unternehmen bzw. an ein zu gründendes Unternehmen kommunaler Gebietskörperschaften der Braunschweiger Region ist daher nach heutiger Gesetzgebung und Rechtsprechung rechtlich nicht zulässig.

Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Nr. 25

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft
Produkt: 1.25.2610.08

Klage gegen Staatstheatervertrag von 1956

„Die Verwaltung wird gebeten, bis August diesen Jahres zu prüfen, welche Erfolgsaussichten eine Klage gegen den derzeitigen Staatstheatervertrag hat. Die Klage soll darauf abzielen, dass bei der Landesförderung zumindest eine Gleichstellung mit Oldenburg erfolgt. Das Ergebnis ist nach Abschluss der Prüfung dem Rat mitzuteilen.“

Begründung:

Die Ungleichbehandlung Braunschweigs durch das Land Niedersachsen im Hinblick auf die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Hannover (keine Beteiligung an den Betriebskosten) und der Stadt Oldenburg (Beteiligung der Stadt zu 25 % an den nicht durch Betriebseinnahmen gedeckten lfd. Betriebsausgaben) an den dortigen Staatstheatern ist durch den Staatstheatervertrag von 1956 begründet.

Bereits 2013 hat der Rat einstimmig einen Antrag der Linksfraktion beschlossen, der vorsah, dass die Verwaltung Initiativen zur Gleichbehandlung ergreift. Als einzig wahrnehmbare Initiative kam es dann zu einem Schreiben der Stadt, das von der zuständigen Ministerin abschlägig beschieden wurde.

Da dies nicht ausreichend war, soll nun eine Klage geprüft werden, damit sich endlich etwas an der Ungleichbehandlung Braunschweigs ändert. Sollte Braunschweig wenigstens mit Oldenburg gleichgestellt werden, ergeben sich Haushaltsentlastungen von rund 2,5 Mio. Euro pro Jahr. Eine Gleichstellung mit Hannover würde zu Haushaltsverbesserungen von rund 10 Mio. Euro pro Jahr führen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 03.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
FPA am 25.02.2016	0	10	1		x

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 19. Feb. 2013 beschlossen: „Die Verwaltung wird gebeten, Verhandlungen mit der Landesregierung aufzunehmen, um eine Gleichstellung zumindest mit dem Theater Oldenburg zu erreichen. ...“.

In Ausführung des Ratsbeschlusses hat der damalige Oberbürgermeister mit Schreiben vom 14. März 2013 das Nds. Ministerium für Kultur und Wissenschaft entsprechend angeschrieben. Mit Antwortschreiben vom 25. Juni 2013 hat Frau Ministerin Dr. Heinen-Kljajic eine Änderung der Drittelbeteiligung der Stadt Braunschweig am Staatstheater abgelehnt.

Eine Klage gegen das Land Niedersachsen zur Erreichung einer Gleichbehandlung der Stadt Braunschweig mit Oldenburg wäre nicht zielführend. Die Stadt Braunschweig hat den Vertrag von 1956 mit dem Land freiwillig abgeschlossen und ist nicht zur Fortsetzung des Vertrages verpflichtet. Vielmehr verlängert sich der Vertrag von 1956 („ Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig über den Betrieb des Staatstheater Braunschweig“) jeweils um 5 Jahre, sofern er nicht mit einer Frist von einem Kalenderjahr vor Ablauf gekündigt wird. Die nächste Vertragsverlängerung für 5 Jahre erfolgt zum 31. März 2016, da keine Kündigung vor dem 31. Dez. 2014 ausgesprochen worden ist. Der nächstmögliche Termin zum Aussprechen einer Kündigung wäre der **31. Dez. 2019**. Die Kündigung würde dann zum **31. März 2021** wirksam werden.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 26

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft
Produkt: 1.25.2514.02

Neue Kennzahl S. 570 Bereitstellung von Archivalien

„Betreffend das Produkt 1.25.2514.02 Bereitstellung von Archivalien wird als neue Kennzahl ergänzt:
+ "davon digital (Ziel: hoch)““

Begründung:

Die bisherigen Kennzahlen erlauben nicht ausreichend Rückschlüsse auf den Erfolg dieses Produktes.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 03.02.2016	0	8	2		x
FPA am 25.02.2016					x

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Ergänzung der Produktkennzahlen des Produktes 1.25.2514.02 (Bereitstellung von Archivalien) um die Formulierung "davon digital" ist derzeit nicht sinnvoll. Es werden im Stadtarchiv noch keine digitalen Archivalien zur Benutzung vorgelegt. Eine systematische Digitalisierung der analogen Archivbestände findet derzeit nicht statt. Mittelfristig wäre eine solche Ergänzung aber durchaus sinnvoll.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 27

Teilhaushalt: 0500

Produkt: 1.31.3119.40

S. 592 Aufsplittung Produkt 1.31.3119.40 "Leistung des Sozialreferats"

„Das Produkt 1.31.3119.40 "Leistung des Sozialreferats" S. 592 soll gesplittet werden in folgende Produkte:

- * Sozialplanung
- * Gesundheitsplanung
- * Büro für Migrationsfragen
- * Koordination Kinderarmut“

Begründung:

Die Aufsplittung trägt erheblich zur Haushaltsklarheit bei.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
Afl am 10.02.2016	0	10	1		x
FPA am 25.02.2016					x

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 28

Teilhaushalt: FB 51

Produkt: 1.36.3630.04.03

Position 1.36.3630.04.03 "Aussiedlerbetreuung"

„Die Position 1.36.3630.04.03 "Aussiedlerbetreuung" soll die geförderten Projekte oder Träger konkret benennen, nötigenfalls ist sie aufzusplitten.“

Begründung:

Gemäß Antwort der Verwaltung zu einer Anfrage der Linken zum Haushalt 2014 findet hier konkret Arbeit mit Jugendlichen statt. Dies ist aus dem Haushalt derzeit nicht ersichtlich.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA am 04.02.2016	4	3	5	x	
FPA am 25.02.2016	4	6	1		x

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 29

Teilhaushalt: FB 51

Produkt: 1.36.3630.06.05

Konkretisierung von „Beratungsstellen“

„Die Position 1.36.3630.06.05 "Beratungsstellen" soll alle geförderten Projekte oder Träger konkret benennen.“

Begründung:

Es gibt viele Beratungsstellen in dieser Stadt. Der Haushalt ist an dieser Stelle nicht eindeutig verständlich.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA am 04.02.2016	4	3	5	x	
FPA am 25.02.2016				x	

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Nr. 30

Teilhaushalt: FB 61 / FB 65

Photovoltaik auf Dächern städtischer Gebäude

„Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept für die Planung und Errichtung von Photovoltaikanlagen auf allen städtischen Gebäuden, die aufgrund ihrer Ausrichtung zur Sonne einen wirtschaftlichen Betrieb solcher Anlagen erwarten lassen, vorzulegen.“

Begründung:

Seit Jahren ist es erklärte Absicht der Stadt Braunschweig, als Beitrag zum Klimaschutz auch auf den Dächern städtischer Gebäude Photovoltaikanlagen zu errichten. Leider ist die Umsetzung dieser Absicht in der Vergangenheit nur sehr partiell und zögerlich erfolgt. Das vorzulegende Konzept soll für Rat und Öffentlichkeit erkennbar machen, wie die Stadt hier vorgeht und damit für die Ratsgremien eine Steuerungsmöglichkeit schaffen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 09.02.2016	10	0	0	x	
PIUA am 10.02.2016	9	0	0	x	
FPA am 25.02.2016				x	

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 31

Teilhaushalt: FB 66

Produkt: 1.54.5400.05

Neue Kennzahl S. 804 Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.

„Betreffend das Produkt 1.54.5400.05 Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl. wird als neue Kennzahl ergänzt:

+ "Beschwerden über Zustand von Verkehrsflächen (Ziel: niedrig)""

Begründung:

Die bisherigen Kennzahlen erlauben nicht ausreichend Rückschlüsse auf den Erfolg dieses Produktes.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 09.02.2016	0	8	1		x
FPA am 25.02.2016					x

Stellungnahme der Verwaltung:

Für eine zentrale Erfassung der Beschwerden, die auf vielen verschiedenen Wegen eingehen, fehlt ein entsprechendes Instrument (EDV-Lösung).

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 32

Teilhaushalt: FB 20

Vorberichtsergänzung zum Rest Überschussrücklage

„Auf S.72 wird der Vorbericht unter 1.1.3 ergänzt um einen Absatz zum Rest der Überschussrücklage, der sich ergäbe, wenn das Basisreinvermögen seit Beginn der doppelten Buchführung mit den jeweils jährlichen erreichbaren Kapitalzinsen verzinst worden wäre.“

Begründung:

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen legen fest, wie die Überschussrücklage zu berechnen ist. Sie verheimlichen jedoch einen inflationsbegründeten Bestandsschwund am städtischen Vermögen, der durch diesen Antrag zumindest nachrichtlich im Haushaltsvorbericht dargestellt wäre.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	1	10	0		x

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 33

Teilhaushalt: alle

Kennzahlenangabe mit 3 Ist-Werten

„Die Angabe von Kennzahlen wird ab dem Haushalt 2017 mit drei Ist-Werten erfolgen -- sofern diese vorhanden sind.“

Begründung:

Anderenfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 03.02.2016	0	8	2		x
JHA am 04.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
PIUA am 10.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
Afl am 10.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
FPA am 25.02.2016	3	7	1		x

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 161

Teilhaushalt: FB 20
Produkt: 1.57.5731.08

BS-Mobil-Ticket

„Die Verwaltung wird gebeten, im Zusammenwirken mit der Braunschweiger Verkehrs-GmbH eine Ausweitung der Nutzungszeit des BS-Mobil-Tickets auf die Zeit vor 9:00 Uhr zu prüfen und dem Rat zeitnah einen Vorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	6	4	1	x	

Antrag der CDU-Fraktion - Nr. 169

Teilhaushalt: FB 32

Produkt: 1.12.1221.41

Zuzugsprämie in voller Höhe beibehalten

„Die Zuzugsprämie wird auch weiterhin in voller Höhe (200,00€ pro Person) ausbezahlt, eine Reduzierung findet nicht statt. Vielmehr sucht die Verwaltung nach geeigneten Maßnahmen, um die Zahl der Ummeldungen nach Braunschweig zu erhöhen und stellt diese Ideen spätestens im dritten Quartal 2016 dem Rat über seine Ausschüsse vor.“

Begründung:

Die Zuzugsprämie in ihrer derzeitigen Höhe von 200,00 Euro bietet eine gute Maßnahme, um die Zahl der Ummeldungen von bspw. Studierenden nach Braunschweig zu erhöhen. Die Stadt Braunschweig gewinnt damit nicht nur neue Einwohner, sondern wird auch bei den Zuweisungen des Landes stärker bedacht. Es sollte daher beim Anreiz von 200,00 Euro pro Ummeldung bleiben. Die Verwaltung sollte darüber hinaus geeignete Maßnahmen entwickeln, mit denen die Zahl der Ummeldungen nach Braunschweig weiter erhöht werden könnte.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	5	6	0		x

Antrag der CDU-Fraktion - Nr. 170

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft
Produkt: 1.25.2521.04

Eintritt Städtisches Museum

„Auf das pauschale Erheben von Eintritt im Städtischen Museum am Löwenwall wird verzichtet. Das Museum setzt vielmehr die Höhe der Eintrittspreise selbst fest. 50 % der so erzielten Einnahmen fließen in den städtischen Haushalt, die anderen 50 % verbleiben im Budget des Städtischen Museums für bspw. neue Ausstellungen.“

Begründung:

Das Städtische Museum am Löwenwall wie auch dessen Ausstellung in den Räumlichkeiten des Altstadtrathauses erfreut sich großer Beliebtheit unter den Braunschweigern. Bisher wird beim Besuch der Dauerausstellung im Haus am Löwenwall kein Eintritt verlangt. Das Städtische Museum sollte nun zukünftig nicht pauschal 5,00 Euro pro Besucher kassieren, sondern in eigener Zuständigkeit einen Eintrittspreis festlegen. Die Einnahmen daraus sollen, als Anreiz für die Leitung des Museums, nur zu 50 % in den städtischen Haushalt fließen und zur anderen Hälfte im Etat des Städtischen Museums verbleiben.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	4	7	0		x

Antrag des Stadtbezirksrates 213 – Südstadt, Rautheim, Mascherode

Teilhaushalt: FB 10

Entwicklung eines Konzeptes für ein Bürgerzentrum auf dem Gelände der ehemaligen Heinrich-der-Löwe-Kaserne als Grundlage für eine spätere Umsetzung

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Bedarfe für ein Bürgerzentrum unter Einbindung vorliegender Erfahrungswerte und unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner der Gebiete sowie der Bürgergemeinschaft Lindenberg und des Rautheimer Vereins- und Bürgerkreises mit dem Ziel der Entwicklung eines inhaltlichen Konzeptes und der Prüfung der vorhandenen Baulichkeiten der ehemaligen Kaserne zur künftigen Nutzung für ein solches Zentrum zu erheben.“

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	4	5	2		x

Wesentliche Produkte und Maßnahmen

Die Änderungen wurden im FPA insgesamt abgestimmt - Ergebnis 11 / 0 / 0

Stand: 4. März 2016

Wesentliches Produkt**Ist 2014****Plan 2015****Plan 2016*****Produktkennzahl(en)*****1.11.1160.12 - Beteiligungsmanagement**

Betreute Gesellschaften einschl. Töchter

Anzahl

25

25

27

Erläuterung:

Aufgrund aktueller Entwicklungen wird die Planzahl 2016 angepasst.

Wesentliches Produkt

1.31.31XX.X0 - Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen

Produktbeschreibung:

- Leistungen für Asylbewerber / Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Unterbringung von Asylbewerbern / Flüchtlingen
- Soziale Betreuung und Beratung von Asylbewerbern / Flüchtlingen
- Integration der Asylbewerber / Flüchtlinge u. a. durch Spracherwerb, Beschäftigung und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Produktziele:

- Rechtmäßige, bedarfsgerechte und zeitnahe Antragsbearbeitung
- Bereitstellung von Unterkünften
- Bereitstellung von Mietwohnungen für besonders Schutzwürdige
- Integration der Asylbewerber / Flüchtlinge, u. a. durch Spracherwerb, Beschäftigung und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Zum Produkt gehörende Leistungen:

- 1.31.3130.10.01 AsylbLG-Hilfe zum Lebensunterhalt
- 1.31.3130.10.02 AsylbLG-Grundleistungen
- 1.31.3130.10.03 AsylbLG-Hilfe zur Gesundheit
- 1.31.3130.10.04 AsylbLG-Hilfe analog 5.-9. Kap. SGB XII
- 1.31.3130.10.05 AsylbLG-sonst. Leistungen öT -Sachleistg
- 1.31.3130.10.06 AsylbLG-sonst. Leistungen öT -Geldleistg
- 1.31.3130.10.07 AsylbLG-Grundleistung. öT -Sachleistungen
- 1.31.3130.10.08 AsylbLG-Grundleistung. öT-Wertgutscheine
- 1.31.3130.10.09 AsylbLG-Grundleist. öT-pers.Bedürf./Barb
- 1.31.3130.10.10 AsylbLG-Grundleistung. öT-Geldleistungen
- 1.31.3130.10.11 AsylbLG -Arbeitsgelegenheiten
- 1.31.3130.10.12 Bildungs- u. Teilhabepaket - § 2 AsylbLG
- 1.31.3130.10.13 Bildungs- u. Teilhabepaket - § 3 AsylbLG
- 1.31.3130.10.14 AsylbLG-Grundleist. öT-KDU Wohnungen § 3
- 1.31.3130.10.15 AsylbLG-Grundleist. öT-KDU Gem.-UK § 3
- 1.31.3155.20.01 Unterbringung
- 1.31.3155.20.02 Beratung und Betreuung
- 1.31.3119.10.04 Verwaltung v. Flüchtlingsangelegenheiten

Produktkennzahl(en):

		Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016
Zugewiesene Flüchtlinge im Leistungsbezug	Jahresdurchschnitt	47	50	800
Zugänge in den Leistungsbezug	Anzahl			1.000
Abgänge aus dem Leistungsbezug	Anzahl			-
Erstattungsfähige Personen	Jahresdurchschnitt	43	45	553

In den Planwerten 2016 sind in den "Zugewiesenen Flüchtlingen im Leistungsbezug" 750 und in den "Erstattungsfähigen Personen" 500 erwartete durchschnittliche Neuzugänge enthalten. Die übrigen rd. 50 Personen haben sich aus humanitären, gesundheitlichen oder familiären Gründen bereits zuvor in Braunschweig aufgehalten.

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2014 -Euro-	Ansatz 2015 -Euro-	Ansatz 2016 *) -Euro-
Ordentliche Erträge				
	Entgelte	0	0	0
	Übrige ordentliche Erträge	243.612	276.100	5.248.700
12	Summe ordentliche Erträge	243.612	276.100	5.248.700
Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufw. für aktives Personal	51.921	41.259	36.128
14	Aufw. für Versorgung	In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	595	801	0
16	Abschreibungen	188	205	0
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0
18	Transferaufw.	316.284	381.700	9.897.700
19	Sonstige ordentliche Aufw.	4.398	3.272	0
20	Summe ordentliche Aufwendungen	373.385	427.237	9.933.828
21	Ordentl. Ergebnis	-129.773	-151.137	-4.685.128
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen				
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0
23	Außerordentliche Aufw.	3	0	0
24	Außerordentl. Ergebnis	-3	0	0
25	Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)	-129.776	-151.137	-4.685.128
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen				
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	4.787	5.163	0
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-4.787	-5.163	0
29	Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	-134.563	-156.300	-4.685.128
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			

*) In den dargestellten Planzahlen 2016 sind keine Verteilungen und Umlagen enthalten

Wesentliches Produkt

1.36.3630.XX.0X - Unbegleitete minderj. Flüchtlinge - umF

Produktbeschreibung:

Vorläufige Inobhutnahme von ausländischen Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise (§42 SGB VIII), Klärung der materiellen Voraussetzungen für Folgemaßnahmen (Zuständigkeit, Anmeldung zur Verteilung, Inobhutnahme in städtischer Regie) bzw. Inobhutnahme nach §42 SGB VIII durch Unterbringung bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder sonstigen Wohnform einschließlich Situationsklärung, Gefährdungseinschätzung und Clearing; Unterbreitung/Einleitung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten

Produktziele:

Sicherstellung des Kinder- und Jugendschutzes, Sicherstellung des Verteilverfahrens, Gewährung von Hilfen nach dem SGB VIII

Zum Produkt gehörende Leistungen:

1.36.3630.11.02	Inobhutnahme unbegl. minderj. Flüchtl.
1.36.3630.11.03	Vorläufige Inobhutnahme umF
1.36.3630.09.03	Stationäre Betreuung umF
1.36.3630.07.09	Ambulante Betreuung umF

Produktkennzahl(en):

Inobhutnahmetage inkl. vorläufige Inobhutnahmen

Fälle Inobhutnahmen

Fälle vorläufige Inobhutnahmen

Fälle stationär

Fälle ambulant

Ist 2014

Plan 2015

Plan 2016

		51.000
		250
		240
		156
		1

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2014 -Euro-	Ansatz 2015 -Euro-	Ansatz 2016 *) -Euro-
Ordentliche Erträge				
	Entgelte	0	0	0
	Übrige ordentliche Erträge	1.012.807	2.001.000	23.701.000
12	Summe ordentliche Erträge	1.012.807	2.001.000	23.701.000
Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufw. für aktives Personal	175	0	0
14	Aufw. für Versorgung	In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
16	Abschreibungen	262.068	0	0
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0
18	Transferaufw.	1.439.444	2.000.000	23.200.000
19	Sonstige ordentliche Aufw.	-45	0	63.000
20	Summe ordentliche Aufwendungen	1.701.642	2.000.000	23.263.000
21	Ordentl. Ergebnis	-688.835	+1.000	+438.000
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen				
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0
23	Außerordentliche Aufw.	0	0	0
24	Außerordentl. Ergebnis	0	0	0
25	Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)	-688.835	+1.000	+438.000
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen				
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
29	Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	-688.835	+1.000	+438.000
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			

*) In den dargestellten Planzahlen 2016 sind keine Gemeinkostenverteilungen und -umlagen enthalten.

Wesentliches Produkt

1.36.3630.11.01 - Inobhutnahme / Notaufnahme (ohne UmF)

Produktbeschreibung:

Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII) durch kurzfristige Unterbringung bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder sonstigen Wohnform bzw. im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern; Dies schließt die Situationsklärung einschließlich Gefährdungseinschätzung und die Unterbreitung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten ein.

Produktziele:

Sicherstellung des Kinder- und Jugendschutzes, Rückführung an die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten bzw. Gewährung von Hilfen nach dem SGB VIII

Zum Produkt gehörende Leistungen:

1.36.3630.11.01 Inobhutnahme / Notaufnahme

Produktkennzahl(en):

Unterbringungstage Inobhutn./Notaufn. (ohne UmF)

Ist 2014

Plan 2015

Plan 2016

11.537

8.600

11.500

Fälle Inobhutnahme/Notaufnahme (ohne UmF)

272

400

275

Erläuterung:

Das Wesentliche Produkt 1.36.3630.XX.0X - Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - umF wurde aus dem bisherigen Wesentlichen Produkt 1.36.3630.11 - Inobhutnahmen / Notaufnahme herausgelöst. Daher ändert sich auch dieses Wesentliche Produkt.

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2014 -Euro-	Ansatz 2015 -Euro-	Ansatz 2016 *) -Euro-
Ordentliche Erträge				
	Entgelte	52	0	0
	Übrige ordentliche Erträge	139.629	165.001	180.000
12	Summe ordentliche Erträge	139.682	165.001	180.000
Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufw. für aktives Personal	85.152	86.605	67.203
14	Aufw. für Versorgung	In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	765	1.092	0
16	Abschreibungen	10.873	874	0
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0
18	Transferaufw.	1.491.527	1.593.642	1.568.000
19	Sonstige ordentliche Aufw.	65.868	47.167	40.000
20	Summe ordentliche Aufwendungen	1.654.185	1.729.379	1.675.203
21	Ordentl. Ergebnis	-1.514.504	-1.564.377	-1.495.203
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen				
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0
23	Außerordentliche Aufw.	26	0	0
24	Außerordentl. Ergebnis	-26	0	0
25	Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-1.514.530	-1.564.377	-1.495.203
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen				
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	8.704	7.880	0
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-8.704	-7.880	0
29	Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-1.523.234	-1.572.258	-1.495.203

*) In den dargestellten Planzahlen 2016 sind keine Gemeinkostenverteilungen und -umlagen enthalten.

Wesentliches Produkt**Produktkennzahl(en)****Ist 2014****Plan 2015****Plan 2016****1.12.1223.03.01 - Genehmigungen nach StVO**

Genehmigungen

6.281

5.500

6.300

1.51.5115.01 - Verkehrsplanung

Aufgewendete Zeit

Std.

8.857

10.900

6.300

1.54.5400.01 - Bearbeitung von Straßenbauprojekten

Projekte

46

45

48

1.54.5400.05 - Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.

Erhaltungskosten je km Str.

€

4.508

5.500

5.500

Kosten Straßenunterh. eig. Kolonnen/Std.

€

58

48

62

1.54.5400.06 - Betrieb u. Unterhaltung v. Ing-Bauwerken

Erhaltungskosten je Bauwerk

€

1.182

1.500

1.370

Erläuterung:

Zum Entwurf konnten aus personellen Gründen die Kennzahlen für die Zeiträume Ist 2014 und Plan 2016 noch nicht ermittelt werden.

Wesentliches Produkt

1.42.4241.02 - Sportstättenverwaltung

Maßnahmen zur Zielerreichung:**Maßnahme:** Umbau des ehemaligen Nordbades zu einer dreiteiligen Gymnastikhalle**Nr.:**
3**Wirkung:** Abbau des Defizits an Gymnastikräumen, Ausweitung des Sportangebotes für die BevölkerungBetrifft Strat. Ziel Nr.:
3**Zielerreichung:** Fertigstellung 2017
(Kennzahl, Planwert)

Einz. / Ausz. f. Investitionen		Finanzbedarf	
		Jährlicher Folgeaufwand	
Gesamt:	1.275.000 €	Gesamt:	*) 0 €
Personal- auszahlungen.:	0 €	Personal- aufwendungen.:	0 €
Sach- auszahlungen.:	1.275.000 €	Abschrei- bungen:	0 €
		Übrige Sach- aufwendungen:	*) 0 €
Einzahlungen:	0 €	Erträge:	0 €

Maßnahmezeitraum: 2015 - 2017

*) Die Kosten für den laufenden Betrieb der Gymnastikhalle stehen zurzeit noch nicht fest.

Wesentliches Produkt

1.55.5510.11 - Fuhrparkmanagement/Beschaffung

Produktbeschreibung:

- Flottenmanagement für alle städt. Dienstfahrzeuge u. langsam fahrenden Arbeitsmaschinen und Anhängergeräte
- Neu- und Ersatzbeschaffung, Kauf - Leasing - Mieten
- Reparatursteuerung und Reparaturmanagement
- Abschluss von Rahmenliefer-, Service- und Wartungsverträgen sowie Vertragsverwaltung
- Bearbeitung von Kfz-Steuer- und Kfz-Versicherungsangelegenheiten; An- und Abmeldung von Fahrzeugen

Produktziele:

- Bedarfs- und termingerechte Beschaffung von Neu- und Ersatzfahrzeugen für die verschiedensten kommunalen Aufgabenstellungen
- Mitwirkung beim wirtschaftlichen Einsatz der städt. Fahrzeugflotte, z. B. durch Reparaturkostensteuerung und die möglichst kostengünstige Gestaltung von Service- und Wartungsverträgen

Zum Produkt gehörende Leistungen:

1.55.5510.11.01 Fuhrparkmanagement

Produktkennzahl(en):

Fahrzeug- /Arbeitsmaschinenbeschaffungen (Luftreinhaltung)

Ist 2014

Plan 2015

Plan 2016

27

9

-

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2014 -Euro-	Ansatz 2015 -Euro-	Ansatz 2016 -Euro-
Ordentliche Erträge				
	Entgelte	560	0	0
	Übrige ordentliche Erträge	14	13	14
12	Summe ordentliche Erträge	574	13	14
Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufw. für aktives Personal	165.534	121.106	139.486
14	Aufw. für Versorgung	In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	10.852	14.071	15.720
16	Abschreibungen	1.353	3.052	9.812
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0
18	Transferaufw.	0	0	0
19	Sonstige ordentliche Aufw.	13.735	14.178	15.499
20	Summe ordentliche Aufwendungen	191.474	152.407	180.516
21	Ordentl. Ergebnis	-190.901	-152.394	-180.503
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen				
22	Außerordentliche Erträge	77	0	0
23	Außerordentliche Aufw.	61	0	0
24	Außerordentl. Ergebnis	16	0	0
25	Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)	-190.885	-152.394	-180.503
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen				
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	18.378	15.250	8.541
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-18.378	-15.250	-8.541
29	Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	-209.263	-167.643	-189.044
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			

Erläuterung:

Dieses Wesentliche Produkt war im Haushaltsentwurf 2016 nicht mehr enthalten. Im Hinblick auf die nachfolgende Maßnahme hat es erneut an Bedeutung gewonnen.

Wesentliches Produkt	1.55.5510.11 - Fuhrparkmanagement/Beschaffung

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Maßnahme:	Aufstellung eines Mobilitätskonzeptes für die Stadtverwaltung unter Berücksichtigung von Elektromobilität und Carsharing	
Nr.: 7		
Wirkung:	Verringerung von Umweltbelastungen und Kohlendioxidemissionen sowie von Fahrzeugkosten (Reparaturen, Kfz-Steuer und -Versicherung)	
		Betrifft Strat. Ziel Nr.: 6
Zielerreichung: (Kennzahl, Planwert)	Erstellung eines stadtweiten Konzeptes (inkl. der Ermittlung der notwendigen Finanzraten) im Jahr 2016	Maßnahmezeitraum: 2016

Finanzbedarf
Gesamt: 18.000 €
Personalaufwend.: 0 €
Sachaufwendungen: 18.000 €
Erträge: 0 €

Anlage 2.4

Ergebnishaushalt

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			Dauer
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

	1	Steuern und ähnliche Abgaben		327.712.000											
034	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	Piraten	Erhöhung der Grundsteuer B um ein weiteres % Jedes Prozent, dass die Grundsteuer B angehoben wird, erhöht den Ertrag um 500.000 €.										dauerh.	301210 Grundsteuer B Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung schlägt in den Ansatzveränderungen vor, den Hebesatz der Grundsteuer B ab dem Jahr 2016 von 450 auf 500 Punkte zu erhöhen, was für 2016 zu einer Veranschlagung von 50,8 Mio. € führt. Die Erhöhung der Grundsteuer um ein weiteres Prozent bedeutet eine weitere Erhöhung des Hebesatzes von 500 auf 505 Punkte, die Veranschlagung für 2016 würde auf 51,3 Mio. € ansteigen. Für die Folgejahre 2017 bis 2019 würden sich Erträge von 51,7 Mio. €, 52,1 Mio. € bzw. 52,5 Mio. € ergeben. abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA			+ 500.000		+ 500.000		+ 500.000		+ 500.000			
035	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	DIE LINKE.	Anhebung Gewerbesteuer Der Hebesatz der Gewerbesteuer soll auf 460 angehoben werden. Unter Beachtung von Gewerbesteuerumlage und Finanzausgleich ergibt sich der genannte Betrag. Die reinen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer belaufen sich für 2016 auf ca. 3,1 Mio. Euro.										dauerh.	301310 Gewerbesteuer Anmerkung der Verwaltung: Bei der Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 450 auf 460 Punkte ab 2016 ergeben sich direkt bei der Gewerbesteuer Mehrerträge von 3,0 Mio. €, die Veranschlagung würde dementsprechend 138,0 Mio. € betragen. Für die Folgejahre 2017 bis 2019 würden sich Erträge von 148,2 Mio. €, 161,5 Mio. € bzw. 163,5 Mio. € ergeben. Dem gegenüber stünde ein entsprechender Mehraufwand bei der Gewerbesteuerumlage. Mit einer Verzögerung von zwei Jahren würden sich darüber hinaus in einem geringen Umfang Mindererträge beim kommunalen Finanzausgleich ergeben. abgelehnt 1 / 9 / 1
			FPA			+ 3.000.000		+ 3.200.000		+ 3.500.000		+ 3.500.000			
036	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	Piraten	0,5% mehr Gewerbesteuer Es kann nicht sein, dass für die Haushaltskonsolidierung durch Steuern nur die Grundsteuer B genutzt wird - und letztlich Wohnungen und großflächige Gewerbe- und Industriebetriebe belastet werden. Oft geringflächige Dienstleistungsgewerbe sollten genauso zur Finanzierung der Stadt beitragen. Da die Gewerbesteuer - anders als die Grundsteuer - außerdem gewinnabhängig erhoben wird, trägt sie in geringerem Maße die Gefahr, weniger leistungsfähige Betriebe zu gefährden.										dauerh.	301310 Gewerbesteuer Anmerkung der Verwaltung: Der Hebesatz für die Gewerbesteuer beträgt bei der Stadt Braunschweig 450 von Hundert. Die Veranschlagung der Verwaltung für 2016 beträgt auf dieser Basis 135,0 Mio. €. Für Mehrerträge in Höhe von rd. 700.000 € müsste der Hebesatz um 2,34 Punkte auf 452,34 Punkte erhöht werden. Für die Folgejahre 2017 bis 2019 würden sich Erträge von 145,75 Mio. €, 158,8 Mio. € bzw. 160,8 Mio. € ergeben. Dem gegenüber stünde ein entsprechender Mehraufwand bei der Gewerbesteuerumlage sowie mit einer Verzögerung von zwei Jahren geringfügige Mindererträge beim kommunalen Finanzausgleich. abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA			+ 700.000		+ 750.000		+ 800.000		+ 800.000			

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
037	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	DIE LINKE.	Kulturförderabgabe einführen Es soll eine Kulturförderabgabe nach dem Vorbild der Stadt Köln - örtliche Aufwandssteuer bei entgeltlicher Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb in Höhe von 5% des vom Gast aufgewendeten Betrages - erhoben werden.										dauerh.	303910 Sonstige örtliche Steuern
			FPA			+ 31.300		+ 349.500		+ 349.500		+ 349.500		Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1	
														abgelehnt 1 / 9 / 1	

Teilhaushalt Politische Gremien

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		1.758.600											
038	1.11.1110.01	Politische Gremien	SPD	Haushaltskonsolidierung - Bürgerhaushalt Das Bürgerhaushaltsverfahren wird ein weiteres, drittes Jahr fortgesetzt und dabei ausgewertet. Die bezirklichen Mittel sind in der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 bis 2019 weiter zu berücksichtigen. Das Bürgerhaushaltsverfahren wurde erst einmal vollständig durchlaufen. Beim zweiten, noch laufenden Durchgang konnten bereits einige Anlaufschwierigkeiten überwunden werden. Die vorgenommenen Änderungen am Verfahren haben sich bewährt. Eine Einstellung des Bürgerhaushaltsverfahrens zum jetzigen Zeitpunkt wäre verkehrt. Erst im Laufe des Jahres 2016 wird sich zeigen, wie die Stadtbezirksräte mit den Bürgervorschlägen und den bezirklichen Mitteln des Bürgerhaushalts umgehen werden.										dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt
			FPA						+	126.856		+	126.856		Anmerkung der Verwaltung: Im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Aussetzen des Bürgerhaushalts (BHH) war beabsichtigt, die für den BHH eingerichtete Sachbearbeiterstelle für Mehrarbeit im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik zu verwenden. Bei einer Fortführung des BHH müsste eine zusätzliche Stelle geschaffen werden (jährliche Kosten A10: rd. 60.000 €).
									+	126.856		+	126.856		angenommen 7 / 4 / 0
039	1.11.1110.01	Politische Gremien	DIE LINKE.	Keine Abschaffung des Bürgerhaushaltes, keine Abschaffung der bezirklichen Mittel! Der Bürgerhaushalt soll weiter geführt und die Mittel für die Bezirksräte zur Verfügung gestellt werden.										dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt
			FPA						+	126.856		+	126.856		Anmerkung der Verwaltung: siehe Vorschlag Nr. 038
SBR	1.11.1110.01	Politische Gremien	SBR 132	Der Stadtbezirksrat bittet, die Fortsetzung des Bürgerhaushaltsverfahrens beizubehalten.										dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt
			FPA						+	126.856		+	126.856		Anmerkung der Verwaltung: siehe Vorschlag Nr. 038
040	1.11.1110.01	Politische Gremien	Piraten	Reduktion der Rats-Entschädigungen um 25% Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	442110 Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit
			FPA				-	75.000		-	75.000		-	75.000	abgelehnt 2 / 9 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR	000-2114	Stadtbezirksrat 114	SBR 114	Erhöhung des Bezirksratsbudgets um 50% Der Stadtbezirksrat 114 beantragt das ihm zur Verfügung stehende Bezirksratsbudget in Höhe von 15.400 € um 50% zu erhöhen, d. h. in Summe auf 23.100 €.										dauerh.	449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte
			FPA				+ 7.700		+ 7.700		+ 7.700		+ 7.700		abgelehnt 0 / 11 / 0
SBR	000-2332	Stadtbezirksrat 332	SBR 332	Der Stadtbezirksrat 332 Schunterau beantragt, bei der Bemessung der bezirklichen Mittel für den Stadtbezirksrat 332 die in der LAB untergebrachten Flüchtlinge angemessen zu berücksichtigen. Idealerweise sollten die bezirklichen Mittel auf 20.000 € aufgestockt werden.										dauerh.	449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte
			FPA				+ 12.300		+ 12.300		+ 12.300		+ 12.300		abgelehnt 1 / 10 / 0
Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung															
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		16.400											
041	1.11.1116.04	Repräsentationen	Piraten	Mehreinnahmen durch Schloß Richmond; Trauungen für 250 EUR Diese Anhebung der Gebühren für Trauungen im Schloß um 20 EUR fällt im Vergleich zu üblichen Traukosten nicht ins Gewicht.										dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren
			FPA			+ 720		+ 720		+ 720		+ 720			abgelehnt 2 / 9 / 0
	6	Privatrechtliche Entgelte		18.800											
042	1.11.1116.04	Repräsentationen	Piraten	Veranstaltungen in der Dornse im Altstadtrathaus Es soll für Vereine, die formal nicht gemeinnützig sind, eine gesonderte Tarifbehandlung (mittlere Kosten zwischen der normalen Gebühr und der für Vereine mit anerkannter Gemeinnützigkeit) geben, wenn sie Verdienste im Sinne der Stadt Braunschweig geleistet haben.										dauerh.	341110 Mieten und Pachten
			FPA			+ 825		+ 825		+ 825		+ 825			abgelehnt 2 / 9 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Ref 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		795.000											

043	1.51.5114.03	Europaangelegenheiten	DIE LINKE.	Keine Beteiligung an "eHealth.Metropolregion" Da dieses Projekt keine Vorteile für die Stadt Braunschweig und den öffentlichen Gesundheitsbereich in Braunschweig erkennen lässt, sollte darauf verzichtet werden. Außerdem beteiligt sich innerhalb der Metropolregion, mit Ausnahme der Stadt Göttingen, keine andere Gebietskörperschaft an diesem zweifelhaften Projekt.										dauerh.	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
							- 65.000		- 65.000		- 65.000		- 65.000		
			AfSG				- 65.000		- 65.000		- 65.000		- 65.000		ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			FPA												abgelehnt 4 / 7 / 0

Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.660.100											

SBR	1.57.5732.01	Dorfgemeinschaftshäuser	SBR 212	Einrichtung einer Bürgerbegegnungsstätte/Stadtteiltreffs im Heidberg Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten in den Haushalt 2016 ausreichende finanzielle Mittel in Höhe von mindestens 50.000 € zur Errichtung eines Stadtteiltreffs/Bürgerbegegnungszentrums einzustellen, um die Anmietung geeigneter Räumlichkeiten sicherzustellen.										einmalig	423110 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen
							+ 50.000								
			FPA												abgelehnt 1 / 10 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

	18	Transferaufwendungen		32.649.600											

044	1.42.4242.02	Stadtbad Braunschweig GmbH	BIBS	Plansch- und Kinderbereich im Freibad Waggum Zur Steigerung der Attraktivität des Bades für Familien mit kleinen Kindern wird der Bau eines Wasserspielplatzes / Kleinkinderbereichs ähnlich wie im Raffteichbad beantragt. Im letzten Jahr wurde das Freibad Waggum nach erfolgter Sanierung wiedereröffnet. Der aus Kostengründen nicht realisierte Ausbau eines Kleinkinderbereichs wurde von den Besuchern verstärkt nachgefragt. In Anbetracht der Tatsache, dass in unmittelbarer Nähe 110 neue Wohneinheiten entstehen, wird sich diese Nachfrage noch verstärken.										einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
			FPA				*)								abgelehnt 1 / 10 / 0

SBR	1.42.4242.02	Stadtbad Braunschweig GmbH	SBR 112	Kinderbecken im Sommerbad Waggum Der Stadtbezirksrat 112 beantragt, die Kosten für den Bau eines Wasserspielplatzes / Kleinkinderbereichs oder eines Kinderbeckens für das Sommerbad Waggum im kommenden Haushalt einzuplanen. Die Möglichkeit der Anrechnung von Fremdmitteln (z. B. Förderverein) ist zu prüfen. Das Sommerbad Waggum verfügt bisher nicht über ein entsprechendes Angebot. Nach Kenntnis des Stadtbezirksrates besteht eine Bereitschaft des Fördervereins, sich an den Kosten dieser Baumaßnahme zu beteiligen. Darüber hinaus wäre auch der Einsatz bezirklicher Mittel aus dem Budget 2016 möglich.										einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
			FPA				*)								Erledigt durch Abstimmung über den Antrag Nr. 044.

045	1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	BIBS	Defizit des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg verringern 1. Der Defizitausgleich durch die Stadt Braunschweig für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg wird für das Jahr 2016 auf maximal 1.500.000 Euro gedeckelt. 2. Die Verwaltung erarbeitet in Abstimmung mit der Flughafengesellschaft die Vorlage eines Maßnahmenkonzeptes, wie der Flughafen BS-WOB eine mittelfristige Defizitreduzierung auf 0 erreichen und dann ab 2024 ohne Beihilfen auskommen kann. Bereits 2014 hat die EU-Kommission beschlossen, die staatlichen Beihilfen für Flughäfen in der EU zu kappen. Demnach sind für regionale Flughäfen Betriebsbeihilfen nur noch höchstens zehn Jahre lang, also bis 2024, erlaubt. Danach müssen sich die Standorte selber tragen. Diese Vorgabe der EU trifft den höchst defizitär arbeitenden Flughafen BS-WOB besonders, und in Zeiten der nötigen Haushaltskonsolidierung muss die Stadt bestrebt sein, diese Millionenverluste zu reduzieren.											431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
			FPA												Der Antrag wurde im FPA getrennt abgestimmt. 1. Der Defizitausgleich durch die Stadt Braunschweig für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg wird für das Jahr 2016 auf maximal 1.500.000 Euro gedeckelt 2. Die Verwaltung erarbeitet in Abstimmung mit der Flughafengesellschaft die Vorlage eines Maßnahmenkonzeptes, wie der Flughafen BS-WOB eine mittelfristige Defizitreduzierung auf 0 erreichen und dann ab 2024 ohne Beihilfen auskommen kann.

046	1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	DIE LINKE.	Defizitausgleich Flughafen beenden Die kommunale Aufgabe besteht in der Organisation der Daseinsvorsorge. Die Finanzierung eines defizitären Flughafens gehört nicht zur Daseinsvorsorge.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
			FPA				- 1.331.800		- 1.331.800		- 1.331.800		- 1.331.800		abgelehnt 0 / 10 / 1

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
047	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	BIBS	Defizit des Braunschweiger Stadtmarketings verringern Der Defizitausgleich durch die Stadt Braunschweig für die Braunschweiger Stadtmarketing GmbH für 2016 darf maximal die Summe des Verlustausgleiches aus dem Jahr 2014 betragen. In Zeiten der notwendigen Haushaltskonsolidierung muss die Stadt bestrebt sein, die jährlichen Millionenverluste ihrer städtischen Tochter zu reduzieren.										einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1 abgelehnt 1 / 9 / 1
			FPA				- 155.000								
048	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	DIE LINKE.	Austritt Allianz für die Region GmbH Auch weil hier nicht unbedingt die Interessen der Stadt Braunschweig vertreten werden, soll die Mitgliedschaft in der Allianz für die Region beendet werden.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen abgelehnt 0 / 10 / 1
			FPA				- 180.000		- 180.000		- 180.000		- 180.000		
158	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	Piraten	Struktur-Förderung Braunschweig GmbH – Auflösung, Liquidation, Löschung Die Stadt braucht diese GmbH nicht.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen abgelehnt 2 / 6 / 2
			FPA				- 25.000		- 25.000		- 25.000		- 25.000		
049	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	BIBS	Braunschweiger Mobilticket ausweiten Die Benutzung des BS Mobiltickets soll künftig ganztätig möglich sein und nicht erst ab 9 Uhr.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1. Die Kostenschätzung lag zu den Beratungen in den Fachausschüssen noch nicht vor. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			AfSG				+ 350.000		+ 700.000		+ 700.000		+ 700.000	*)	
			BA				*)		*)		*)		*)	*)	
			FPA	Erledigt durch die Beschlussfassung über den finanzunwirksamen Antrag Nr. 161.											
050	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	BIBS	Verzicht auf die "Gewinn"-Entnahme aus der NiWo-Baugesellschaft auch für 2016 Die Stadt verzichtet auch für das Haushaltsjahr 2016 auf die "Gewinn"-Entnahme aus der Nibelungen-Wohnbau GmbH und Stärkung des Eigenkapitals zur Schaffung merklich größerer Kontingente preisgünstigen Wohnraums Diese Maßnahme erfolgt zur Stärkung des Eigenkapitals der städtischen Gesellschaft zur Schaffung merklich größerer Kontingente preisgünstigen Wohnraums.										einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen abgelehnt 3 / 7 / 0
			FPA				+ 1.000.000								

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		8.157.300											
051	1.25.2910.01	Unterhaltung von Kirchenbauwerken	Piraten	Unterhaltung von Kirchenbauwerken Aufgrund der Veräußerung einer Kirche reduziert sich der Gesamtbedarf. Auch wenn im Haushalt 2016 aufgrund fehlender Baumaßnahmen dieser Posten gestrichen wurde, ist dieser Antrag weiterhin notwendig, da er sich generell mit der Höhe des potentiellen Posten beschäftigt.										dauerh.	445810 Erstattung an übrige Bereiche
			FPA						- 20.000		- 20.000		- 20.000		abgelehnt 1 / 8 / 1
052	1.57.5731.06	Gaststätten -BgA-	Piraten	Gaststätten -BgA- Da dieses seit Jahren verlustbringend ist, ist es in der aktuellen Situation sinnvoll, solche Posten abzustößen. Es ist auch nicht Aufgabe der Stadt, einen Gaststättenbetrieb zu sichern.										dauerh.	445517/18 Erstattungen an Gebäudemanagement Betriebskosten warm/kalt
			FPA				- 23.000		- 23.000		- 23.000		- 23.000		abgelehnt 1 / 8 / 1
Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit															
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		6.441.400											
053	1.12.1221.12	Gewerbe	Piraten	Gewerbeanmeldung Dieser Antrag entspricht 5 EUR mehr pro Gewerbeanmeldung. Dieser Betrag fällt bei der Gründung eines Betriebes nicht ins Gewicht.										dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren
			FPA			+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000			Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
				Der Antrag wurde zurückgezogen.											
054	1.12.1221.12	Gewerbe	Piraten	Gewerberegisterauskunft Dieser Antrag entspricht 5 EUR mehr pro Gewerberegisterauskunft.										dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren
			FPA			+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000			Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
				Der Antrag wurde zurückgezogen.											
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		708.900											
159	1.12.1221.14	Zentraler Ordnungsdienst	Piraten	Kostenübernahme für 90 min/wöchl. Kampfsporttraining sowie mobiles Endgerät mit Notruf- oder Schnellwahlfunktion am Headset für alle ZOD-Bediensteten im Aussendienst										dauerh.	426120 Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung
			FPA				+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
															abgelehnt 1 / 10 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr

	Diverse														
055	1.12.1260.14	Service	Piraten	Feuerwehrleistungen für Dritte Einsparung durch Nachverhandlungen bei 1.12.1260.14 Service "Feuerwehrleistungen für Dritte" - oder Einstellung dieses Produkts.										dauerh.	diverse
							- 200.000		- 200.000		- 200.000		- 200.000		Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
			FwA												abgelehnt 0 / 8 / 1
			FPA												abgelehnt **)

Teilhaushalt FB 40 - Schule

	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		126.000											
056	1.21.2430.14	Schulraumvergabe	Piraten	Nutzung von Schulräumen für schulfremde Zwecke Die Tarife wurden seit 2002 nicht geändert. Wir beantragen daher eine Inflationsanpassung der Tarife um 2%/Jahr für die Nutzung von Schulräumen für schulfremde Zwecke.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 300.000		+ 300.000		+ 300.000		+ 300.000			Anmerkung der Verwaltung: Der Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Überlassung städtischer Schulräume und Schulplätze für schulfremde Zwecke soll überarbeitet werden. In diesem Zusammenhang Mehreinnahmen von 300.000 €/Jahr zu erzielen ist unrealistisch. Der derzeitige Haushaltsansatz für 2016 liegt bei einer Einnahmeerwartung von 126.000 €. Darin ist ein pauschales Entgelt der Volkshochschule Braunschweig GmbH für die Nutzung von Schulräumen enthalten, das rund zwei Drittel der Einnahmeerwartung ausmacht.
			SchA												abgelehnt 0 / 17 / 0
			FPA												abgelehnt 1 / 9 / 1

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.816.800											
057	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	Piraten	Schuletat (Schulgirokosten) nicht kürzen Die Beschaffung von Lehrmaterialien erfolgt schon zu oft aus der Privattasche engagierter Lehrer.										dauerh.	427160 Lehrmittelbedarf
						+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000			
			SchA			+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000			angenommen 11 / 7 / 0
			FPA			+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000			angenommen **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		192.000											
155 neu	1.21.2170.11	Schulentwicklung und - organisation	CDU	Gerechte Mittagessenpreise für die Gymnasien Ricarda-Huch und Neue Oberschule Mit der Umsetzung dieses Antrages sollen endlich gerechte Mittagessenpreise für die Gymnasien Ricarda-Huch und Neue Oberschule realisiert werden. Grundlage ist das in der Mitteilung 15-00534 beschriebene Konzept, welches am 2. Oktober 2015 im Schulausschuss diskutiert wurde.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			SchA				+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		
			FPA				+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		angenommen 16 / 0 / 0
							<u>+ 34.500</u>		<u>+ 34.500</u>		<u>+ 34.500</u>		<u>+ 34.500</u>		angenommen **)
058	1.21.2170.11	Schulentwicklung und - organisation	SPD	Mittagessenversorgung der Schülerinnen und Schüler der Gymnasien Neue Oberschule und Ricarda-Huch-Schule in der Mensa der TU Braunschweig Für die Mittagessenversorgung der Schülerinnen und Schüler der Gymnasien Neue Oberschule und Ricarda-Huch-Schule in der Mensa der TU Braunschweig werden 34.500 € in den Haushalt eingestellt. Auf die Mitteilung der Verwaltung zur Schulausschusssitzung am 02.10.2015 (Vorlage 15-00534) wird Bezug genommen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			SchA				+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		
				Der Schulausschuss hat über die Anträge 155 neu, 058 und 059 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 155 neu.											
059	1.21.2170.11	Schulentwicklung und - organisation	DIE LINKE.	Zuschuss Mittagessen Ricarda-Huch-Schule und NO Die Preise des Mittagessens für die Schülerinnen und Schüler der Neuen Oberschule und der Richarda-Huch-Schule sollen an die Preise der anderen Schulen angeglichen werden. Dabei soll das in Mitteilung 15-00534 beschriebene Konzept umgesetzt werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			SchA				+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		
				Der Schulausschuss hat über die Anträge 155 neu, 058 und 059 gemeinsam abgestimmt. Zuvor wurde der Antrag betraglich angepasst. Ergebnis siehe Antrag Nr. 155 neu.											

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
060	1.25.2732.02	Zuwendungen im Bildungsbereich	BIBS	Zuschuss für die Linksjugend Braunschweig Die Linksjugend Braunschweig beantragt finanzielle Unterstützung zum Zwecke der politischen Jugendbildung. Das Geld soll zur Gegenfinanzierung politischer Jugendbildungsveranstaltungen, wie auch von Bildungsmaterialien verwendet werden.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Eine Förderung von Maßnahmen der politischen Jugendbildung außerhalb des Arbeitskreises Politische Jugend (APJ) ist bisher nicht vorgesehen. abgelehnt 1 / 10 / 4 abgelehnt **)
			SchA	Vor der Abstimmung im Schulausschuss wurde der Antrag betraglich angepasst (von ursprünglich 1.975 € auf 800 €).											
			FPA												
061	1.25.2732.02	Zuwendungen im Bildungsbereich	Piraten	Arbeitskreis politische Jugend Die Förderung des Arbeitskreises Politische Jugend wird ab 2016 nicht fortgesetzt. Die Förderung ist effektiv eine Unterstützung der politischen Arbeit von Parteien. Sie hat daher nicht durch Steuergelder zu erfolgen. Die politische Neutralität der Stadt gegenüber den Parteien ist streng geboten und wird hier verletzt.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Bei dem Zuschuss an den Arbeitskreis Politische Jugend handelt es sich um eine Projektförderung von Veranstaltungen politischer Bildung, so dass er einer Begrenzung staatlicher Parteienfinanzierung nicht unterliegt (§ 24 Abs. 12 Parteiengesetz). abgelehnt 2 / 13 / 1 abgelehnt **)
			SchA												
			FPA												
														</	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	19	sonstige ordentliche Aufwendungen		49.165.300												
063	1.21.2410.13	Schülerbeförderung	SPD	Kostengünstige Schülerfahrkarten In den Haushalt 2016 werden 10.000 € eingestellt für ein Gutachten zur Begutachtung und Weiterentwicklung der Ergebnisse der AG SchülerInnenfahrkarten, die aus der Jugendkonferenz im September 2013 hervorgegangen ist. Die AG SchülerInnenfahrkarten hat nach mehrjähriger Arbeit am 15. Juli 2015 das letzte Mal getagt. Die Ergebnisse wurden anschließend den Fraktionen vorgestellt. Eine direkte Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge ist nicht möglich bzw. finanziell nicht darstellbar. Durch ein Gutachten soll geprüft werden, welche Angebotsformen für kostengünstige Schülerfahrten aufbauend auf den Vorschlägen der AG realisierbar wären.											einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten
			SchA				+ 10.000								angenommen 14 / 0 / 2	
			FPA				+ 10.000								angenommen **)	

Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

	Diverse														
064	1.25.2514.06	Öffentlichkeitsarbeit Archiv	Piraten	Öffentlichkeitsarbeit Archiv Sachkosten aus 1.25.2514.06 Öffentlichkeitsarbeit Archiv sollen entfallen (freiwerdende Personalbestandteile sollen in 1.25.2514.11 mitarbeiten). Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	diverse
							- 30.000		- 30.000		- 30.000		- 30.000		
			AfKW											abgelehnt 0 / 9 / 1	
			FPA											abgelehnt **)	
065	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltung sonstiger Kulturpflege	BIBS	Durchführung der Braunschweiger Kulturnacht auch 2016 Die Braunschweiger Kulturnacht wird auch 2016 durchgeführt. Die dafür erforderlichen städtischen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.										einmalig	diverse
						+ 70.000	+ 120.000								
			AfKW											abgelehnt 1 / 8 / 1	
			FPA											abgelehnt **)	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		12.229.200											
066	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten	Bund Bildender Künstler Bei dem Bund Bildender Künstler handelt es sich um einen Berufsverband. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfKW				- 58.600		- 58.600		- 58.600		- 58.600		Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen.
			FPA												abgelehnt 0 / 10 / 0 abgelehnt **)
067	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten	Kunstverein Braunschweig Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfKW				- 176.000		- 176.000		- 176.000		- 176.000		Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen.
			FPA												abgelehnt 0 / 10 / 0 abgelehnt **)
068	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten	Museum für Photographie Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfKW				- 140.000		- 140.000		- 140.000		- 140.000		Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen.
			FPA												abgelehnt 0 / 10 / 0 abgelehnt **)
069	1.25.2620.10	Projekt- u. Konzept- Förderung Musik	Piraten	Gospelkirchentag 2016 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfKW				- 100.000								abgelehnt 0 / 9 / 1 abgelehnt **)
			FPA												
070	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	DIE LINKE.	Zuschuss für Radio Okerwelle										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfKW				+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		abgelehnt 1 / 7 / 2 abgelehnt **)
			FPA												

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Ref. 0500 - Sozialreferat

	Diverse														

071	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Integrationskonzept: Interkulturelle Kompetenzentwicklung in der öffentlichen Verwaltung Für die interkulturelle Kompetenzentwicklung in der öffentlichen Verwaltung erfolgt eine Ansatzerhöhung um 20.000 € im Haushalt. Zu diesem Zeitpunkt der verstärkten Flüchtlingsintegration stellt sich die Frage nach interkultureller Kompetenz besonders gegenüber dieser Klientel in verschärftem Maße. Eine Erhöhung des Etats der Koordinierungsstelle würde diese befähigen, ihre Aufgaben auf diesen Sektor zu erweitern, um so den Bedürfnissen des Personals in der Verwaltung und anderen Institutionen gerecht zu werden.										einmalig	diverse
			Afl				+ 20.000								ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			FPA				+ 20.000								
				Der Antrag wird für erledigt erklärt, da die Aufwendungen in der Einplanung für die Flüchtlingsthematik enthalten sind.											

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		230.500											
072	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Heidelberg AKTIV Seit 2011 fördert das integrative Stadtteilprojekt Heidelberg AKTIV das friedliche Miteinander aller Bewohnergruppen im Heidelberg. Es hat den Stadtteil aufgewertet u. attraktiver gemacht. Durch Beratungs-, Kurs- und Freizeitangebote fördert die Koordinatorin, unterstützt durch Honorarkräfte, Praktikanten und Ehrenamtliche, Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe, ein soziales, stabiles Umfeld sowie den interkulturellen Austausch. Die kooperativen Angebote werden von der Bewohnerschaft, den örtlichen Gremien, den Institutionen, der Lokalpolitik, den Kirchengemeinden und den Wohnungsunternehmen positiv angenommen und gestützt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 35.000								angenommen 7 / 4 / 0
			FPA	Der Antrag wird von der SPD zeitlich angepasst und anschließend abgestimmt.										dauerh.	
							+ 35.000		+ 35.000		+ 35.000		+ 35.000		angenommen 6 / 5 / 0
073	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	AWO Migrationsberatung - Heidelberg AKTIV Der Stadtteil Heidelberg weist spezifische Problemlagen (hoher Altersdurchschnitt der Bevölkerung, hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten) auf. In diesem Kontext hat das Stadtteilprojekt Heidelberg AKTIV in den letzten Jahren eine erfolgreiche Arbeit geleistet und hat mit dazu beigetragen, das friedliche Miteinander aller Bevölkerungsgruppen im Stadtteil zu fördern. Aufgrund der erfolgreichen Arbeit der letzten Jahre beantragen wir deshalb für die kommenden Jahre einen dauerhaften Zuschuss in oben genannter Höhe.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 35.000		+ 35.000		+ 35.000		+ 35.000		
				Die Anträge Nrn. 073 sowie 075 wurden zusammen abgestimmt.											abgelehnt 4 / 4 / 3
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nrn. 072, 073 und 075 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 072.											
074	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	Förderung des Projektes "Heidelberg Aktiv" Das integrative Stadtteilprojekt "Heidelberg aktiv" erbittet für 2016 die Bereitstellung städtischer Mittel für Personalkosten, um die Fortsetzung der bewährten und immer wieder neu zu planenden Angebotsstruktur, die Anschaffung der notwendigen Sachmittel sowie die Verbesserung der Vernetzungsarbeit im Stadtteil zu gewährleisten. Die Angebote des Stadtteilprojekts werden von der Bewohnerschaft, den örtlichen Gremien, den Institutionen und vielen weiteren Akteuren begrüßt, positiv angenommen und unterstützt.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 43.000		+ 43.000		+ 43.000		+ 43.000		abgelehnt 3 / 4 / 4
			FPA												abgelehnt **)
075	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	DIE LINKE.	Förderung des Projektes "Heidelberg Aktiv" Heidelberg Aktiv weiterführen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 35.000		+ 35.000		+ 35.000		+ 35.000		
				Die Anträge Nrn. 073 sowie 075 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 073.											
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nrn. 072, 073 und 075 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 072.											

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SBR 212	Förderung des Integrativen Stadtteilprojekts "Heidelberg Aktiv" Es wird darum gebeten, das Integrative Stadtteilprojekt Heidelberg Aktiv im Jahr 2016 mit dem Betrag in Höhe von 43.204,09 € zu fördern und entsprechende Haushaltsmittel in dieser Höhe bereitzustellen.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 43.300								abgelehnt 4 / 4 / 3
			FPA												abgelehnt **)
076	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Nähwerk statt Flickwerk Die Nähwerkstatt Flickwerk ist ein gelungenes Projekt der Integration. Sie ist ein positives, niederschwelliges Angebot für den Bereich der Sozialen Stadt im westlichen Ringgebiet. Sie ist ein Treffpunkt für Frauen mit Migrationshintergrund, arbeitslose Menschen und bietet auch einen Schutzraum für Menschen mit sozialen und psychischen Problemen. Neben dem handwerklichen Angebot finden Beratung und Unterstützung für das tägliche Leben statt. Die Nähwerkstatt hat sich 2015 positiv weiterentwickelt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 38.000								
			FPA	Der Antrag Nr. 076 sowie der Antrag des Stadtbezirksrates 310 wurden zusammen abgestimmt.											angenommen 7 / 4 / 0
							+ 38.000								
			FPA	Der Antrag wird von der SPD zeitlich angepasst und anschließend abgestimmt.										zwei Jahre	angenommen 7 / 4 / 0
							+ 38.000		+ 38.000						
077	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Nähwerk statt Flickwerk Das Projekt „Nähwerk statt Flickwerk“ bietet seit 2008 erfolgreich ein niederschwelliges Angebot gerade für Frauen mit Migrationshintergrund im Westlichen Ringgebiet. In den letzten Jahren hat die Nähwerkstatt zweifelsfrei unter Beweis gestellt, dass sie wichtige Arbeit im Bereich der Integration und Beratung leistet. Wir beantragen deshalb, dieser Einrichtung vom Jahr 2016 an einen dauerhaften Zuschuss in der oben genannten Höhe zu gewähren.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 38.000		+ 38.000		+ 38.000		+ 38.000		
			FPA	Die Anträge Nrn. 077 sowie 079 wurden zusammen abgestimmt.											abgelehnt 4 / 4 / 3
			FPA	Erledigt durch die Beschlussfassung über den geänderten Antrag Nr. 076 (s. oben).											
078	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	Nähwerk statt Flickwerk Die Förderung für das Modellvorhaben "Nähwerk statt Flickwerk" im Sanierungsgebiet Soziale Stadt ist Ende 2012 ausgelaufen. Um das sowohl bei den BesucherInnen als auch im sozialen Netzwerk des Stadtteils fest verankerte Angebot weiterführen zu können, sollen städtische Mittel zur Fortsetzung des Projekts bereitgestellt werden. Seit dem Auslaufen der Förderung durch die Soziale Stadt konnten die Angebote erweitert werden. Zur weiteren Entwicklung will die Nähwerkstatt das Angebot um Projekte wie z.B. zu Themen der "politischen Bildung", "Stadteroberung" sowie den Aufbau integrativer Jugendarbeit erweitern.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		abgelehnt 3 / 4 / 4
			FPA	Erledigt durch die Beschlussfassung über den geänderten Antrag Nr. 076 (s. oben).											

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
080	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Haus der Kulturen Das Haus der Kulturen ist inzwischen eine voll etablierte Einrichtung und wird sehr gut angenommen. Zum vierten Mal ist ein umfangreiches Programm mit ca. 70 Veranstaltungen je Halbjahr erstellt worden. So hat sich das Haus der Kulturen in kurzer Zeit zu einem „Gesicht der Vielfalt in Braunschweig“ mit überregionaler Ausstrahlung entwickelt. Durch die Zuschusserhöhung um 30.000 Euro im Jahr 2015 konnten Überstunden reduziert und eine Person für den Bistrobereich fest eingestellt werden. So wurden dauerhafte Öffnungszeiten gewährleistet. Für 2016 ist daher erneut die Zuschusshöhe des Vorjahres anzusetzen.											einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 30.000								angenommen 7 / 4 / 0	
			FPA	Der Antrag wird von der SPD zeitlich angepasst und anschließend abgestimmt.											dauerh.	
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		angenommen 6 / 4 / 1	
081	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Haus der Kulturen Der städtische Zuschuss für das Haus der Kulturen wurde im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2015 einmalig auf 130.000 € aufgestockt. Um die städtischen Zuschüsse an das Niveau anzupassen, dass die Rahmenplanung als Minimum für einen erfolgreichen Betrieb des Hauses der Kulturen vorgesehen hat, beantragen wir, den städtischen Zuschuss ab dem Jahr 2016 dauerhaft um 30.000 € pro Jahr zu erhöhen.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000			
			FPA	Die Anträge Nrn. 081, 082 sowie 083 wurden zusammen abgestimmt.												
															abgelehnt 4 / 4 / 3	
				Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nrn. 080 bis 084 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 080.												
082	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	Haus der Kulturen Auch 2015 wurde die Arbeit des Hauses der Kulturen gut angenommen. Im Mittelpunkt der Arbeit, die das Zusammenleben fördert, stehen die Aktivitäten der Migranten-Communities. Insbesondere institutionelle Nutzer finden immer mehr den Weg in das Haus und tragen damit dazu bei, Berührungspunkte mit MigrantInnen zu erschließen. Mit einer dauerhaften städtischen Förderung auf gleichem Niveau soll die effektive Ausgestaltung des Konzeptes ermöglicht werden.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000			
			FPA	Die Anträge Nrn. 081, 082 sowie 083 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 081.												
				Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nrn. 080 bis 084 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 080.												
083	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	DIE LINKE.	Haus der Kulturen Haus der Kulturen wie im vergangenen Jahr fördern.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000			
			FPA	Die Anträge Nrn. 081, 082 sowie 083 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 081.												
				Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nrn. 080 bis 084 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 080.												

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019						
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
084	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Piraten	Lebenschancen durch Sport Das Projekt Lebenschancen durch Sport soll aufgrund seiner hohen Reichweite weiterhin finanziert werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
						+	50.000		+	50.000		+	50.000				+	50.000
			Afl	Der Antrag Nr. 084 sowie der Antrag des Stadtbezirksrates 310 wurden zusammen abgestimmt.														
			FPA				+	50.000		+	50.000		+	50.000		+	50.000	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 1 / 9 / 1
SBR	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SBR 310	Zuschuss Lebenschancen durch Sport In den Haushaltsplan 2016 wird ein Zuschuss für das Projekt 1.31.3119.40 (betrifft: Lebenschancen durch Sport) in Höhe von 50.000 € eingestellt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
							+	50.000										
			Afl	Der Antrag Nr. 084 sowie der Antrag des Stadtbezirksrates 310 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 084.														
			FPA	Der Antrag wird für erledigt erklärt, da die Haushaltsmittel für 2016 im Teilhaushalt FB 51 zur Verfügung stehen.														

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

	18	Transferaufwendungen		121.068.900											
SBR	1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	SBR 321	Forum Älter werden im Stadtbezirk Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel zur Begleitung des Forums "Älter werden im Stadtbezirk Lehnendorf-Watenbüttel" weiterhin in die Haushalte der Folgejahre einzustellen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							*)		*)		*)		*)		
			AfSG	Der Antrag wird nach mündlicher Stellungnahme der Verwaltung als erledigt betrachtet.											
085	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Mütterzentrum e.V. - Netzwerk Gemeinsam Wohnen Das Mütterzentrum hat für das Netzwerk Gemeinsam Wohnen städtische Förderung beantragt, damit die Vernetzungsarbeit ausgebaut werden kann. Gemeinschaftliches Wohnen kann Vereinsamung und den damit verbundenen psychischen Störungen entgegen wirken. Die Arbeit des Netzwerkes ist damit vorrangig Sozialarbeit, die für den Einzelnen Prävention und soziale und stabile Nachbarschaft bietet. Mittelfristig leisten Wohnprojekte einen Beitrag zur Bewältigung der Probleme des demografischen Wandels und damit zur Integration alter und behinderter Menschen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 3.000		+ 3.000		+ 3.000		+ 3.000		
			AfSG												abgelehnt 4 / 7 / 0
			FPA												abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
086	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Erhöhter Zuschuss für das Mütterzentrum Das Mütterzentrum verfolgt das Konzept, vielen Menschen mit ganz unterschiedlichen Beeinträchtigungen und aus diversen Altersschichten und Kulturen einen Platz in ihrem Haus einzuräumen. Da es keine öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose und wenig geeignete Maßnahmen vom Jobcenter gibt, realisiert das Mütterzentrum dies über Bundesfreiwillige und Wiedereingliederungsmaßnahmen für Schwerbehinderte. Dabei fallen jedoch Kosten an. Um in diesem Rahmen einer schwerbehinderten Frau eine Anstellung zu ermöglichen, soll der städtische Zuschuss deshalb erhöht werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
							+	24.000		+	24.000		+	24.000		
			AfSG	Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde der Antrag betraglich angepasst (von ursprünglich 24.000 € auf 27.900 €) und abgestimmt.											abgelehnt 2 / 9 / 0	
			FPA													abgelehnt **)
087	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Mütterzentrum Anhebung Zuschuss Mütterzentrum.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
							+	27.900		+	27.900		+	27.900		
			AfSG												abgelehnt 2 / 9 / 0	
			FPA												abgelehnt **)	
SBR	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310	Zuschuss Mütterzentrum Das Mütterzentrum erhält zur Finanzierung einer weiteren Stelle einen um 27.850 € höheren Zuschuss als im Haushaltsplanentwurf vorgesehen.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
							+	27.900								
			AfSG												abgelehnt 2 / 9 / 0	
			FPA												abgelehnt **)	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
088	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD	Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e. V. - Stadteilladen Neustadtring Der Förderverein leistet seit zwölf Jahren ehrenamtlich wertvolle Arbeit und ist für viele Stadteilbewohner ein kompetenter Ansprechpartner vor Ort. Er betreibt mit Unterstützung der Stadt Braunschweig (Mietzuschuss) ehrenamtlich den Stadteilladen am Neustadtring 16 a als erste Anlaufstelle. Dort bietet er u. a. Hausaufgabenhilfe an, gibt Hilfestellung bei Arbeitslosigkeit, organisiert Ferienangebote für Kinder und den Ringleisflohmkt. Damit das Angebot weiterhin bestehen kann, muss es verstetigt werden.											einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG				+ 2.600								angenommen 7 / 4 / 0	
			FPA				+ 2.600								angenommen **)	
089	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Stadteil-Laden Neustadtring Seit zwölf Jahren leistet der Stadteil-Laden des Fördervereins Westliches Ringgebiet mit seinen Angeboten ehrenamtlich wertvolle Arbeit und ist für viele Stadteilbewohner ein kompetenter Ansprechpartner vor Ort. Da auch dieses Jahr das Nordwestliche Ringgebiet/Eichtal nicht in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt aufgenommen wurde, ist es dringend notwendig, verschiedene Akteure zu vernetzen. Dafür ist eine verstärkte Außendarstellung nötig, die durch die erhöhte städtische Förderung finanziert werden soll.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG				+ 2.600		+ 2.600		+ 2.600		+ 2.600		abgelehnt 4 / 4 / 0	
			FPA												abgelehnt **)	
SBR	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310	Zuschuss Stadteilladen Neustadtring In den Haushaltsplan 2016 wird für den Verein "Westliches Ringgebiet NORD e. V. - Stadteilladen Neustadtring (Produkt 1.31.3517.10) ein Zuschuss von 8.000 € statt 5.500 € eingestellt.											einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG				+ 2.500									
				Erledigt durch Beschlussfassung über Antrag 088.												
090	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Frauenberatungsstelle Anhebung des Zuschusses Frauenberatungsstelle.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG				+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000		abgelehnt 2 / 9 / 0	
			FPA												abgelehnt **)	
091	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Obdachlose IGLU Anhebung Zuschuss Tagestreff Obdachlose IGLU											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG				+ 3.800		+ 3.800		+ 3.800		+ 3.800		abgelehnt 4 / 7 / 0	
			FPA												abgelehnt **)	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
092	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Netzwerk Nächstenliebe Das Netzwerk Nächstenliebe benötigt finanzielle Unterstützung durch die Stadt, weil durch die Fusion des Diakonischen Werkes der Landeskirche Braunschweig mit dem Diakonischen Werk in Niedersachsen dem Verein bisher gewährte Fördermittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Das gefährdet den Fortbestand der Arbeit.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 21.000		+ 21.000		+ 21.000		+ 21.000		
			AfSG												abgelehnt 1 / 10 / 0
			FPA												abgelehnt **)
093	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	SPD	Lukas-Werk (Einrichtungen für Suchtkranke) Das Lukas-Werk ist mit jährlich über 1200 Klienten erste Anlaufstelle in Braunschweig für Menschen mit Suchtproblemen mit den Schwerpunkten Alkohol, Medikamente und Glücks-spiel. Das Land fordert für eine Suchtberatungsstelle eine Mindestausstattung von zwei Voll-zeitstellen im Rahmen der institutionellen Förderung. Die Landesförderung in Höhe von rund 90.000 € reicht nicht für die Personalkosten, die Sachkosten sind ebenfalls nicht gedeckt. Ohne die Erhöhung der Förderung durch die Stadt Braunschweig für die Suchtberatung und Prävention sind damit auch die Landesmittel für die geforderte Mindestausstattung gefährdet.										eimalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 45.100								
			AfSG	Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde der Antrag zeitlich angepasst und durch Beschlussfassung über die Anträge 94 und 95 als erledigt angesehen.											
							+ 45.100		+ 45.100		+ 45.100				
094	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Lukas-Werk Das Lukas-Werk bietet wichtige und in dieser Form für Braunschweig einmalige Angebote für Menschen mit Alkoholproblemen. Die Zuschüsse für diese Einrichtung, die zum Haushalt 2015 einmalig erhöht wurden, sollten dauerhaft in dieser Höhe gewährt werden. Außerdem wird beantragt, die Zuschüsse für das Lukas-Werk in die übliche Dynamisierung aufzunehmen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		
			AfSG	Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde der Antrag betragslich angepasst. Die Anträge Nrn. 094 sowie 095 wurden zusammen abgestimmt.											
							+ 45.100		+ 45.100		+ 45.100		+ 45.100		angenommen 4 / 0 / 7
			FPA				<u>+ 45.100</u>		<u>+ 45.100</u>		<u>+ 45.100</u>		<u>+ 45.100</u>		angenommen **)
095	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	BIBS	Erhöhter Zuschuss für das Lukas-Werk Das Lukas-Werk in Braunschweig ist mit jährlich mehr als 1.200 Klienten erste Anlaufstelle in der Stadt Braunschweig für Menschen mit Suchtproblemen mit den Schwerpunkten Alkohol, Medikamenten und Glücksspiel. Das Land fordert für eine Suchtberatungsstelle eine Mindestausstattung von zwei Vollzeitstellen im Rahmen der institutionellen Förderung. Die dafür gewährte Landesförderung reicht nicht für die Personalkosten, die Sachkosten sind nicht gedeckt. Zur Fortführung der Suchtberatung und -prävention im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge benötigt das Lukas-Werk daher dringend institutionelle Förderung.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 45.100		+ 45.100		+ 45.100		+ 45.100		
			AfSG	Die Anträge Nrn. 094 sowie 095 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 094.											

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019						
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
096	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SPD	Pro Familia Projekt Teens plus Babys Das Projekt "Teens plus Babys" ist eine Gruppe für junge Schwangere und Mütter bis 21 Jahre. Die Gruppe findet einmal wöchentlich statt und ist eine wichtige Orientierungshilfe für die jungen Frauen und ihre Familien: Förderung einer positiven Mutter-Kind-Interaktion, Stärkung der Erziehungskompetenz, Vermitteln gesundheitlicher Informationen und praktische Unterstützung bei der Lebensplanung. Die Förderung umfasst anteilig die Personalkosten für 15 Std. (Dipl./BA Sozialpäd.).										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
						+	10.000											
			AfSG	Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde der Antrag zeitlich angepasst und abgestimmt.														
						+	10.000		+	10.000		+	10.000					
			FPA				+	10.000		+	10.000		+	10.000		angenommen 7 / 4 / 0 angenommen **)		
097	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Pro familia – (Projekt "Teens plus Babies") Die Zuschüsse für dieses sinnvolle und in dieser Form in Braunschweig einmalige Beratungsangebot wurden in den letzten Jahren jeweils nur einmalig bewilligt. In Zukunft sollten die Zuschüsse dauerhaft gezahlt und in die Dynamisierung aufgenommen werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
						+	10.000		+	10.000		+	10.000				+	10.000
			AfSG															
			FPA															
098	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS	Pro Familia (Projekt "Teens plus Babies") Seit einigen Jahren bietet die pro familia Beratungsstelle das Angebot "Teens plus babies - eine Gruppe für junge Schwangere und Mütter bis 21 Jahre" an. Um dieses sehr erfolgreiche Angebot erhalten zu können und Planungssicherheit zu erhalten, soll das Projekt dauerhafte städtische Förderung erhalten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
						+	10.000		+	10.000		+	10.000				+	10.000
			AfSG															
			FPA															
099	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS	Verein für sexuelle Emanzipation e.V. (VSE) Der VSE ist die Interessenvertretung für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans, Intersexuelle und queere Menschen in Braunschweig und ist Dach für verschiedene Gruppen und Aktivitäten sowie Träger des queeren Zentrums "Onkel Emma". Nun erhöht sich der Bedarf für weitere Betätigungsfelder, in denen der Verein noch nicht ausreichend aktiv ist.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
						+	5.700		+	5.700		+	5.700				+	5.700
			AfSG															
			FPA															
															abgelehnt 2 / 9 / 0 abgelehnt **)			

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie																	
	Diverse																
100	1.36.3630.15	Sonstige Hilfen	Piraten	Elternbriefe nur beim 1. Kind verschicken Wer schon ein Kind (und die Elternbrief dazu) hat, braucht die informationen nicht erneut. Die Einsparung ergibt sich unter der Annahme, dass 500 Kinder nicht-erste Kinder sind, das Porto 30 Cent kostet und 12 Briefe verschickt werden.										dauerh.	diverse		
			JHA			-	2.000	-	2.000	-	2.000	-	2.000				
				Der Antrag wurde zurückgezogen.													
101	1.36.3650.02.01	Kindergartenbetreuung städtisch	DIE LINKE.	Kostenfreie Bildung - Keine Kita-Entgelte! Die beiden Kindergartenjahre sollen auch zukünftig entgeltfrei sein.										dauerh.	diverse		
			JHA			-	2.375.000	-	5.700.000	-	5.700.000	-	5.700.000				
			FPA														
				Erledigt durch Beschlussfassung über den Antrag DS 16-01629 und den Änderungsantrag DS 16-01715.													
															abgelehnt 1 / 6 / 4		
102	1.36.3650.02.01	Kindergartenbetreuung städtisch	Piraten	Kindergartenentgelte nicht einführen Wir Piraten halten kostenlose Bildung für eine gesamtgesellschaftliche Pflicht, daher haben wir die Befreiung von Kita-Gebühren im Jahre 2011 als langfristige Investition in Bildung sehr begrüßt. Dies jetzt rückgängig zu machen, ist kurzsichtige Politik auf Kosten der nächsten Generationen - und damit auch der langfristigen Entwicklung der Stadt.										dauerh.	diverse		
			JHA			-	1.583.000	-	3.800.000	-	3.800.000	-	3.800.000				
			FPA														
				Erledigt durch Beschlussfassung über den Antrag DS 16-01629 und den Änderungsantrag DS 16-01715.													
															abgelehnt 1 / 6 / 4		

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		105.714.300											
103	1.36.3660.02	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	Piraten	0,5-Stelle Medienkoordination AWO Kinder- und Jugendzentrum Schiene Medienbildung in Braunschweig gemäß Antrag Kinder- und Jugendzentrum Schiene. Die medienpädagogische Arbeit ist seit Jahren verbesserungsfähig. Es besteht die Möglichkeit durch AWO als freien Träger mit qualifiziertem Personal zu einer Verbesserung beizutragen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA				+ 37.125		+ 37.125		+ 37.125		+ 37.125		abgelehnt 2 / 10 / 0
			FPA												abgelehnt **)
104	510-3200	Einr. freier Träger	SPD	Weiterer Ausbau von Familienzentren Der Ausbau einer flächendeckenden und bedarfsorientierten Versorgung mit Familienzentren wird 2016 fortgesetzt. Zum Kindergartenjahr 2016/2017 werden zunächst vier Kindertagesstätten zu Familienzentren umgewandelt und in die Förderung entsprechend dem vom Rat beschlossenen Konzeptrahmen und den Kriterien für Familienzentren aufgenommen. Die erforderlichen Haushaltsmittel für zusätzliche Personal- und Sachkosten in Höhe von zurzeit 40.000 € jährlich pro Familienzentrum sind einzustellen. Seit Beginn des Kindergartenjahres 2012/2013 wird in den Stadtteilen mit Förderbedarf der Ausbau von Regelkindertagesstätten zu Familienzentren gefördert. Sie zeichnen sich durch ein umfassendes, deutlich über das Regelangebot von Kindertagesstätten hinausgehendes Angebotsspektrum für alle Kinder und Eltern im Umfeld der Einrichtungen aus. Zurzeit erhalten zehn Familienzentren einen jährlichen Förderbetrag von rd. 400.000 € für Personal- und Sachkosten. Die Verwaltung hat in der Vorlage 15-00509 Kriterien für die Standorte weiterer Familienzentren genannt, die beim o. g. Ausbau berücksichtigt werden sollten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA				+ 70.000		+ 160.000		+ 160.000		+ 160.000		
			FPA				+ 70.000		+ 160.000		+ 160.000		+ 160.000		angenommen 9 / 4 / 0
							+ 70.000		+ 160.000		+ 160.000		+ 160.000		angenommen **)
105	510-3200	Einr. freier Träger	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umwandlung von Kindertagesstätten zu Familienzentren zum Ausbau einer flächendeckenden und bedarfsorientierten Versorgung fortzusetzen. Hierzu wird der Ausbau von stadtweit 15 weiteren Familienzentren entsprechend der Mitteilung Drucksache Nr. 15-00244 beschlossen. 2. Ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 werden im zweijährigen Rhythmus jeweils bis zu vier Kindertagesstätten in die Förderung entsprechend des vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossenen Konzeptrahmens und der Kriterien für Familienzentren aufgenommen. Zum Kindergartenjahr 2016/2017 soll mit vier Familienzentren begonnen werden. 3. Die erforderlichen Haushaltsmittel für zusätzliche Personal- und Sachkosten sind ab dem Jahr 2016 einzustellen. Sie betragen zurzeit je Familienzentrum 40.000 € p.a. und werden ab 2016 entsprechend der Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen dynamisiert. In den Haushaltsplan 2016 sind für vier neue Familienzentren anteilige Haushaltsmittel von 70.000 € einzustellen. Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2015 die Verwaltung gebeten, den weiteren Ausbau der Familienzentren gemäß der Mitteilung DS 15-00244 „Familienzentren in Braunschweig“ aktiv zu verfolgen und zusätzliche Mittel für die Fortsetzung des Ausbauprogramms in den Haushaltsentwurf 2016 aufzunehmen. Der hier vorgelegte Antrag unterstützt den Beschluss des Jugendhilfeausschusses auf der Basis der Analyse der Verwaltung. Aus unserer Sicht sollte dabei der Förderung des bereits bestehenden Familienzentrums Lamme eine hohe Priorität eingeräumt werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA				+ 70.000		+ 160.000		+ 160.000		+ 160.000		Die Anträge Nrn. 104 sowie 105 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 104.

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR	510-3200	Einr. freier Träger	SBR 321	Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren Die Landeskirche hat erklärt den Betrieb bis zu einer möglichen Weiterführung durch die Stadt ab Beginn Betriebsjahr 2016/ 2017 im Sommer 2016 den Bestand des Familienzentrums Lamme sicherzustellen. Die verwaltung wird gebeten, die erforderlichen Haushaltsmittel zum Fortbestand des Familienzentrums in Lamme in den Haushalt 2016 einzustellen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA				+ 16.700		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		
			FPA				+ 16.700		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
															abgelehnt 2 / 6 / 1
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		9.002.000											
106	1.36.3630.16.03	Baby-Begrüßungsdienst	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Baby-Begrüßungsdienst Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Einsparungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wird nicht gefolgt. Stattdessen soll der Baby-Begrüßungsdienst, der einen wichtigen Baustein im Rahmen der Frühen Hilfen darstellt, im bisherigen Umfang fortgeführt werden.										dauerh.	443175 sonstige Geschäftsaufwendungen
			JHA				+ 51.000		+ 51.000		+ 51.000		+ 51.000		
			FPA	Der Antrag wird an dieser Stelle als erledigt angesehen - s. Liste der Ansatzveränderungen der Verwaltung lfd. Nr. 134											
				Der Antrag wird an dieser Stelle als erledigt angesehen - s. Liste der Ansatzveränderungen der Verwaltung lfd. Nr. 134											
107	1.36.3630.16.03	Baby-Begrüßungsdienst	Piraten	Keine Reduzierung beim Baby-Begrüßungsdienst um 50% Ansatzveränderungen Ergebnishaushalt S. 19 Nr. 126 nicht kürzen. Der auf der Grundlage von § 2 KKG sowie § 16 Abs. 3 SGB VIII im Sinne von Prävention und Information/ Rat und Tat für Eltern rund ums Kind für ab 1. Januar 2013 geborene Kinder eingeführte Baby-Besuchsdienst/ Familienbesuch ist nach wie vor ein Erfolgsmodell (aus DS 14405/15). Ein erfolgreiches und so niedrigschwelliges Präventionsangebot um 50% zu kürzen ist kurzfristig.										dauerh.	443175 sonstige Geschäftsaufwendungen
			JHA				+ 51.000		+ 51.000		+ 51.000		+ 51.000		
			FPA	Der Antrag wird an dieser Stelle als erledigt angesehen - s. Liste der Ansatzveränderungen der Verwaltung lfd. Nr. 134											

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

	5	Öffentlich-rechliche Entgelte		1.755.000											
157 neu	1.52.5210.04	Baugenehmigungsverfahren	BIBS	Die Stadt Braunschweig übernimmt die Kosten für eine Akteneinsicht der Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) in Höhe von 413,70 Euro. Die BISS hatte eine Akteneinsicht in die Bauunterlagen der Firmen am Gieselweg und Harxbütteler Straße in Braunschweig beantragt. Damit sollte - letztlich auch im Sinne der Stadt Braunschweig - mehr Transparenz geschaffen werden. Leider erhielt die BISS trotz ihrer Bitte, die Kosten im Vorfeld genannt zu bekommen, nur umfangreich geschwärzte Unterlagen und eine Rechnung in Höhe von 413,70 €. Daher bittet die BISS die Stadt um die Kostenerstattung, da sie zur Einhaltung der Zahlungsfristen den Betrag bereits an die Stadtverwaltung überwiesen haben. Die BISS merkt in diesem Zusammenhang auch an, dass sie der Stadt BS ihre Informationen immer kostenlos zur Verfügung gestellt hat, insbesondere das Rechtsgutachten (Kostenpunkt 6006 Euro), das die Stadt in die Lage versetzte, die Ansiedlung von mit radioaktiven Materialien umgehenden Firmen auf dem Gelände zukünftig auszuschließen.										dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren
			PIUA			-	414								abgelehnt 2 / 6 / 2
			FPA												abgelehnt **)

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

	Diverse															
108	1.51.5119.02	Öffentlichkeitsarbeit	Piraten	Öffentlichkeitsarbeit Öffentlichkeitsarbeit soll beim Ansatz von 2015 bleiben (der auch schon ganz schön hoch war).											dauerh.	Diverse Sachkonten
							- 150.000		- 150.000		- 150.000		- 150.000			
			PIUA				- 150.000		- 150.000		- 150.000		- 150.000			
			FPA	Der Antrag wurde zurückgezogen.												Anmerkung der Verwaltung: In dem genannten Betrag sind auch Personalkosten enthalten. Eine Annahme des Antrags hätte somit Auswirkungen auf den Stellenplan. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
171 neu	1.56.5610.15	Klimaschutz	BIBS	Herausgabe eines "Klimasparbuches" für die Stadt Braunschweig Die Stadt Braunschweig erarbeitet mit dem Oekom-Verlag die Herausgabe eines „Klimasparbuches“. Die Verwaltung gibt die für die Realisierung des Klimasparbuch erforderlichen Haushaltsmittel an. Dabei wird auch die Möglichkeit der Einbeziehung von Sponsoren berücksichtigt Das sog. „Klimasparbuch“ wird vom Oekom-Verlag in Zusammenarbeit mit Regionen / Kommunen herausgegeben. Klimasparbücher gibt es schon deutschlandweit für ca. 30 Kommunen bzw. Regionen. In Kürze wird ein solches Klimasparbuch für Salzgitter erscheinen. Die redaktionelle Erstellung (Bestaltung, Texte) übernimmt grundsätzlich der o.g. Verlag, Eigenbeiträge aus dem Bereich der jeweiligen Kommune sind aber möglich. Das „Klimasparbuch“ ist ein handlicher, praxisorientierter Ratgeber und Stadtführer für den Klimaschutz vor Ort. Überzeugend daran ist, dass nicht nur die übliche Energiesparschiene bedient wird, sondern auch weitergehende klimarelevante Aspekte wie klimabewusste Ernährung sowie biotische Ansätze des Klimaschutzes (z.B. Vegetation => Urban gardening, Fassaden- und Dachbegrünung, Bodenschutz etc.) berücksichtigt werden. Das „Klimasparbuch“ nimmt die LeserInnen an die Hand und führt sie in ihrer Stadt, ihrem Landkreis oder ihrer Region dorthin, wo sie klimafreundlich einkaufen, essen und entspannen können und informiert über nachhaltige Initiativen und Beteiligungsmöglichkeiten. Neben praktischen Tipps zu Klimaschutz im Alltag enthält das Klimasparbuch auch verbrauchernahe Anreize: regional zugeschnittene, attraktive Gutscheine und Rabattangebote für umweltfreundliche Produkte aus allen Lebensbereichen – von öko-fairer Kleidung und Bio-Nahrungsmitteln bis hin zum Car-Sharing. Durchschnittlich enthält jedes „Klimasparbuch“ 30 bis 40 Gutscheine. Sein Einsatz wird durch Informationsveranstaltungen für Verbraucher und regionale Öffentlichkeitsarbeit rund um die Klimaschutzbemühungen der beteiligten Partner flankiert. https://www.facebook.com/klimasparbuch http://www.klimasparbuch.net/home.html http://www.oekom.de/buecher/buchreihen/klimasparbuch.html												Diverse Sachkonten
			FPA				*)								abgelehnt 2 / 7 / 2	
	6	Privatrechtliche Entgelte		10.000												
109	1.51.5112.04	Geodatservice	Piraten	Geodatservice In den vergangenen Jahren war das Ergebnis immer wesentlich besser als der Ansatz.											dauerh.	342110 Erträge aus Verkauf
						+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000				
			PIUA			+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000			angenommen 5 / 3 / 0	
			FPA			+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000			angenommen **)	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 66 - Tiefbau und Verkehr

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		17.208.200											
SBR	1.12.1223.02	Überwachung des fließenden Verkehrs	SBR 112	Geschwindigkeitsmesstafeln Der Stadtbezirksrat 112 stellt den Antrag, die Kosten für die Anschaffung und den Betrieb von zwei mobilen Geschwindigkeitsmesstafeln in Höhe von ca. 5.200 € für die Ortsdurchfahrt im Stadtbezirk in den Haushalt einzustellen. Die Möglichkeit der Anrechnung von Fremdmitteln (z. B. Sponsoring) ist zu prüfen.										dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Personal zum Betrieb steht nicht zur Verfügung. Der Antrag enthielt keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung betragen die Aufwendungen ca. 2.000 € pro Jahr. Hier sind nur die anteiligen Mittel für den Betrieb berücksichtigt, bez. der Anschaffung s.a. Liste "Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015-2019)" abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
			BA				+ 2.000		+ 2.000		+ 2.000		+ 2.000		
			FPA												
SBR	1.12.1223.02	Überwachung des fließenden Verkehrs	SBR 321	Mobiles Geschwindigkeitsmessdisplay Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel, die zur Beschaffung und zum Betrieb eines mobilen Geschwindigkeitsmessdisplays vornehmlich im Stadtbezirk 321 notwendig sind, in den Haushalt 2016 einzustellen.										dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Personal zum Betrieb steht nicht zur Verfügung. Der Antrag enthielt keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung betragen die Aufwendungen ca. 1.000 € pro Jahr. Hier sind nur die anteiligen Mittel für den Betrieb berücksichtigt, bez. der Anschaffung s.a. Liste "Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015-2019)" abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
			BA				+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		
			FPA												

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
110	1.51.5115.01	Verkehrsplanung	BIBS	Verkehrszählung im Bezirk Schunteraue Die Stadt führt eine Verkehrszählung im Abschnitt Kreuzung Forststraße/Steinriedendamm - Kreuzung Brucknerstraße/Rebenring durch. Die Ergebnisse werden den politischen Gremien zeitnah vorgestellt. Dieser Abschnitt soll zur Kreisstraße aufgestuft werden, um nach Ansicht der Verwaltung seine "heutige Bedeutung für den Verkehr zu würdigen". Die heutige Bedeutung für den Verkehr ist aber erst durch die Kappung der Grasseler Straße und den Ausbau der Bienroder Spange zustande gekommen. Mit der Aufstufung zur Kreisstraße würden diese Vorgänge manifestiert. Eine aktuelle Verkehrszählung für verschiedene Bereiche des in Rede stehenden Abschnitts liegt jedoch nicht vor. Der Bezirksrat 332 Schunteraue hat am 14.01.2016 die Aufstufung des Abschnitts zur Kreisstraße (Vorlage 15-01332) abgelehnt.											einmalig	427115 Planungskosten Anmerkung der Verwaltung: Im Antrag war kein Betrag angegeben. Nach einer ersten groben Schätzung wird ein Betrag von ca. 1.000 € benötigt. Für den Verkehr im Umfeld des Flughafens steht noch ein abschließendes planungsrechtliches Verfahren aus. In diesem Zusammenhang hat die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH Verkehrsdaten ermitteln lassen, die der Stadt im Zuge des Verfahrens noch vorgelegt werden. Die vorgesehene Einstufung des genannten Straßenzuges wäre auch für die Verkehrssituation vor dem Flughafenausbau schon richtig gewesen. abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
			BA				+ 1.000									
			FPA													
172 neu	1.51.5115.01	Verkehrsplanung	SPD / BIBS	Verkehrsgutachten für den Norden Braunschweigs Die Verwaltung wird gebeten, ein Verkehrsgutachten für den Nordosten Braunschweigs (Waggum, Bienrode, Bevenrode, Hondelage, Querum, Kralenriede, Schunterriedlung) in Auftrag zu geben mit dem Ziel, die nach dem Ausbau des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg entstandenen verkehrlichen Engpässe zu beseitigen.											einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten Anmerkung der Verwaltung: Im Antrag war kein Betrag angegeben. Nach einer ersten groben Schätzung wird ein Betrag von ca. 50.000 € benötigt. <u>Der Betrag wurde nach der Beratung im FPA eingefügt.</u> angenommen 6 / 3 / 1
			FPA				+ 50.000									
							*)									
111	1.51.5115.01	Verkehrsplanung	BIBS	Machbarkeitsstudie "Tunnel am Flughafen BS-WOB" Die Verwaltung gibt eine Machbarkeitsstudie für eine nachhaltige verkehrliche Lösung im Norden der Stadt unter besonderer Prüfung einer Untertunnelung der Start- und Landebahn des Flughafens als Ersatz für die rechtswidrige Sperrung der Grasseler Straße in Auftrag. Die Studie soll die Realisierbarkeit mit Kostenabschätzung auch unter möglicher Beteiligung von Volkswagen enthalten. Die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Studie werden in den Haushalt eingestellt. Die Ergebnisse sind den politischen Gremien anschließend zeitnah zu präsentieren.											einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten Anmerkung der Verwaltung: Eine Machbarkeitsstudie für einen Tunnel durch die Stadt ist nicht erforderlich, da diese Frage im Zuge des Fehlerhebungsverfahrens für die Flughafen-Umfahrung durch die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH abgehandelt wird. abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
			BA				*)									
			FPA													
112	1.54.5400.11	Beseitigung illegaler Graffiti	Piraten	Graffiti-beseitigung -50% Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.											dauerh.	445610 Erstattung an sonstige öffentliche Sonderrechnungen Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1 abgelehnt 3 / 7 / 0 abgelehnt **)
			BA				- 45.000		- 45.000		- 45.000		- 45.000			
			FPA													

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.379.600											
116	1.42.4210.02	Repräsentation	Piraten	"Repräsentationen" (im Sportbereich) Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	427140 Veranstaltungen
			SpA	-10.000 -10.000 -10.000 -10.000 Der Antrag wurde zurückgezogen.											
	18	Transferaufwendungen		1.970.200											
117	1.42.4210.01	Sportförderung	DIE LINKE.	Anhebung Zuschüsse lizenzierte Übungsleiterinnen und Übungsleiter Die Stadt Braunschweig könnte Vereine für die Beschäftigung von lizenzierten Übungsleiterinnen und Übungsleitern mit bis zu 30% der realen Kosten bezuschussen. Eine Bezuschussung in dieser Höhe erfolgt derzeit nicht. Deshalb sollen diese Mittel in den Haushalt eingestellt werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			SpA				+180.000		+180.000		+180.000		+180.000		abgelehnt 1 / 7 / 1
			FPA												abgelehnt **)
Teilhaushalt Stst. 0800 - Wirtschaftsdezernat															
	18	Transferaufwendungen		461.000											
118	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	DIE LINKE.	Transferaufwendungen 0800 an Ergebnis 2014 anpassen Auch weil in einzelnen Bereichen die zur Verfügung gestellten Zuschüsse gar nicht benötigt wurden, sollen die Transferaufwendungen des Wirtschaftsdezernates auf den Rechnungsbetrag 2014 abgesenkt werden. Dass der Betrag mehr als verdoppelt werden soll, passt auch nicht ansatzweise zur derzeitigen Situation.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			WA				-290.000		-290.000		-290.000		-290.000		Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
			FPA												abgelehnt 0 / 9 / 1
															abgelehnt **)
119	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	Piraten	Existenzgründerfond auf 50% reduzieren In 2015 wurde mindestens eine Gründung gefördert, die sachlich wenig zu rechtfertigen war. Eine stärkere Fokussierung auf Projekte, die tatsächlich Förderung benötigen (und nicht nur gebrauchen können) ist möglich. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			WA				-50.000		-50.000		-50.000		-50.000		Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
			FPA												abgelehnt 1 / 8 / 1
															abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Gesamtstädtisch

	Diverse														

120	Diverse		Piraten	Reduktion "Repräsentationsaufwendungen" Kto. 427130 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	427130 Repräsentationsaufwendungen
							- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		
			AfKW												abgelehnt 0 / 9 / 1
			FPA												abgelehnt **)

121	Diverse		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Weiterführung der Dynamisierung im Sozial-, Kultur-, und Jugendhilfebereich Anders als von der Verwaltung vorgeschlagen (Ansatzveränderungen 86, 108 und 123 in der Anlage 1 zum Ergebnishaushalt), wird die Dynamisierung der Zuschüsse für die Fachbereiche 41 – Kultur, 50 – Soziales und Gesundheit und 51 – Kinder, Jugend und Familie nicht ausgesetzt sondern wie vom Rat beschlossen auch in den Folgejahren weitergeführt. Die dafür notwendig Mittel in Höhe von ca. 160.000 € im Jahr 2016 werden weiterhin in den Haushaltsplan eingestellt. Die Haushaltsansätze für die Folgejahre werden entsprechend angepasst. Die freien Träger, die mit diesen städtischen Zuschüssen unterstützt werden, leisten in der Stadt Braunschweig in den unterschiedlichen Bereichen wichtige Arbeit. Das Personal, das bei diesen Trägern beschäftigt ist, hat das gleiche Recht auf Tarifierhöhungen wie alle anderen Arbeitnehmer auch. Einige Träger erfüllen sogar städtische Pflichtaufgaben, die im direkten Auftrag der Stadt Braunschweig übernommen wurden. Angesichts der großen Bedeutung der Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird, auf der einen und der im Vergleich relativ geringen Einsparpotenziale auf der anderen Seite ist eine Weiterführung der Dynamisierung zwingend geboten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 158.700		+ 341.700		+ 433.200		+ 433.200		
			AfKW												abgelehnt 3 / 7 / 0
			JHA	Die Anträge Nrn. 121 sowie 122 wurden zusammen abgestimmt.											abgelehnt 5 / 7 / 0
			AfSG												abgelehnt 4 / 5 / 0
			FPA	Erledigt durch die Beschlussfassung über den Antrag 162 neu (s. u.)											

122	Diverse		BIBS	Keine Kürzungen bei den sozialen und kulturellen Verbänden und Einrichtungen Die so genannte "Dynamisierung" im Bereich der Kontinuitätsförderung wird nicht ausgesetzt, sondern wie vom Rat für den Haushalt 2015 beschlossen weiter fortgesetzt. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2016 eingestellt.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 158.700		+ 341.700		+ 433.200		+ 433.200		
			AfKW												abgelehnt 3 / 7 / 0
			JHA	Die Anträge Nrn. 121 sowie 122 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 121.											
			AfSG												abgelehnt 4 / 5 / 0
			FPA	Erledigt durch die Beschlussfassung über den Antrag 162 neu (s. u.)											

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Diverse		SPD	Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich Die Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich wird für den Haushalt 2016 ausgesetzt. Für die folgenden Haushaltsjahre 2017 und 2018 wird unter der Berücksichtigung der neuen Haushaltslage die Dynamisierung neu bewertet.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							0		+ 341.700		+ 433.200		+ 433.200		Anmerkung der Verwaltung: Der Änderungsantrag wurde mündlich im Ausschuss für Soziales und Gesundheit gestellt. angenommen 5 / 4 / 2
			AfSG				0		+ 341.700		+ 433.200		+ 433.200		
			FPA	Erledigt durch die Beschlussfassung über den Antrag 162 neu (s. u.)											
162 neu	Diverse		SPD	Zuschussdynamisierung Die Zuschussdynamisierung wird vorerst nur im Jahr 2016, wie in den Ansatzveränderungen der Verwaltung vorgesehen, ausgesetzt. In der mittelfristigen Finanzplanung werden für die Folgejahre keine zusätzlichen Einsparungen durch ein Aussetzen der Zuschussdynamisierung vorgesehen, sodass sich die Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung nur um den Einsparbetrag aus 2016 reduzieren. Spätestens zu den Haushaltsberatungen für 2017 legt die Verwaltung dem Rat dar, ob eine weitere Aussetzung der Zuschussdynamisierung erforderlich ist. Die Ansätze bei den Aufwendungen ändern sich dadurch wie folgt: Nr. 86: 2016 und Folgejahre: -39.000 Nr. 108: 2016 und Folgejahre: - 44.700 Nr. 123: 2016 und Folgejahre: - 75.000 Der Antrag betrifft die Anträge zum Ergebnishaushalt Nr. 121 und 122 sowie den mündlich im AfSG gestellten SPD-Änderungsantrag (in den Haushaltsunterlagen dargestellt nach Nr. 122) sowie die Ansatzveränderungen der Verwaltung Nr. 86, 108 und 123.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							0		+ 183.000		+ 274.500		+ 274.500		angenommen 7 / 4 / 0
			FPA				0		+ 183.000		+ 274.500		+ 274.500		

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			Dauer
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Nachrichtlich: Anträge zum Stellenplan

(Die Behandlung dieser Anträge erfolgt im Rahmen der Vorlage "Haushalt 2016 - Stellenplan!")

	diverse														

Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung

138	1.11.1116.02	Allgemeine Steuerungsunterstützung	Piraten	Weniger Personal in 1.11.1116.02 Der Personaleinsatz erscheint gegenüber der Produktbeschreibung unverhältnismäßig hoch.										dauerh.	abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA			-	60.000	-	60.000	-	60.000	-	60.000		
139	1.11.1116.09	Reden / Grußworte	Piraten	Eine Stelle weniger Personalaufwand für Redeentwürfe in 1.11.1116.09 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	abgelehnt 1 / 10 / 0
			FPA			-	60.000	-	60.000	-	60.000	-	60.000		
140	1.11.1125.01	Führen von Rechtsstreitigkeiten	Piraten	Externe Anwälte (Kostenerstattungen durch Gegenseite) statt Personal Kosten für externe Anwälte werden bei positivem Ausgang der Rechtsstreitigkeiten von der Gegenseite erstattet. Dieses geschieht bei Personalkosten nicht.										dauerh.	abgelehnt 1 / 6 / 4
			FPA			-	80.000	-	80.000	-	80.000	-	80.000		
141	1.11.1125.04	Sonstige Leistungen	Piraten	"Verwaltungsbücherei" im FB 01 auflösen Die meisten Informationen gibt es nötigenfalls auch digital. Soweit die Aufbewahrung von Büchern unabdingbar ist, kann notfalls die Stadtbücherei (mit viel Erfahrung + Infrastruktur) diese Aufgabe mit erledigen.										dauerh.	
			FPA			-	60.000	-	60.000	-	60.000	-	60.000		
				Der Antrag wurde zurückgezogen.											
142	1.11.1130.01	Medienarbeit	Piraten	Stellenplan S. 2 Fachbereich 01 – Keine Stelle im Bereich Pressestelle zum Aufbau einer Betreuungsstruktur in den digitalen Medien (z.B. FB, Twitter) Es wird keine Stelle im Bereich Pressestelle zum Aufbau einer Betreuungsstruktur in den digitalen Medien (z.B. FB, Twitter) bei der Stadt Braunschweig eingerichtet. Braunschweig Stadtmarketing hat bereits eine Betreuungsstruktur in den digitalen Medien und ist aktiv bei FB und Twitter. Hier sollen Synergien genutzt und nicht zusätzliche Stellen geschaffen werden.										dauerh.	Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthält keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung durch die Verwaltung würden die Personalkosten rd. 113.000€ / jährlich betragen. angenommen 6 / 5 / 0
			FPA			-	113.000	-	113.000	-	113.000	-	113.000		
						-	113.000	-	113.000	-	113.000	-	113.000		

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste

143	1.11.1145.04	Bürgerangelegenheiten	Piraten	Bürgerservice in den Bezirksgeschäftsstellen Die Ersparnis kann durch eine Kürzung der Öffnungszeichen des Bürgerservices in den Bezirksgeschäftsstellen um 50% erzielt werden. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	abgelehnt 1 / 10 / 0
			FPA				- 150.000		- 150.000		- 150.000		- 150.000		

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

144	1.11.1160.12	Beteiligungsmanagement	Piraten	Reduktion des Beteiligungsmanagements Insgesamt werden 6 Stellen damit beschäftigt die Beteiligungen zu steuern, die alle ohnehin eigene Geschäftsführer haben. Das erscheint unverhältnismäßig.										dauerh.	abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA				- 33.000		- 33.000		- 33.000		- 33.000		

Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

145	1.12.1221.14	Zentraler Ordnungsdienst	Piraten	Zentraler Ordnungsdienst (-10%) Dieser Antrag beinhaltet eine Einsparungen um 10%. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	abgelehnt 1 / 9 / 1
			FPA				- 80.000		- 80.000		- 80.000		- 80.000		

146	1.12.1221.23	Sonstige Ordnungswidrigkeiten	Piraten	Personalkosten bei 1.12.1221.23 "Sonstige Ordnungswidrigkeiten" Kürzen kann man hier vor allem aus dem Bereich Owi-Verfahren Saubere Stadt (-25%). Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	abgelehnt 1 / 9 / 1
			FPA				- 150.000		- 150.000		- 150.000		- 150.000		

147	1.12.1221.32	Register- und Sonderaufgaben	Piraten	Personalkosten bei 1.12.1221.32 "Register- und Sonderaufgaben" Der Umfang des Tätigkeitsfeldes, der hauptsächlich daraus besteht, Auszüge aus dem KfZ-Register an die Polizei weiterzuleiten, sowie Hilfsleistungen für den Verfassungsschutz zu geben, erklärt den Personalbedarf nicht. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	abgelehnt 0 / 9 / 2
			FPA				- 150.000		- 150.000		- 150.000		- 150.000		

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
148	1.12.1221.61	Beurkundung von Geburten u. Sterbefällen	Piraten	1 Stelle weniger bei 1.12.1221.61 Bei einer Erwartung von 13.000 Vorgängen pro Jahr erscheint die Existenz von bisher 9 Stellen überproportioniert, das wären pro Stelle 7,4 Vorgänge am Tag. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	
							- 30.000		- 30.000		- 30.000		- 30.000		
			FPA	Der Antrag wurde zurückgezogen.											
149	1.12.1221.64	Besondere Beurkundungen	Piraten	1 Stelle weniger bei 1.12.1221.64 Folgende Annahmen: 250.000 Braunschweiger, davon 60% Religiöse, die Hälfte tritt ein Mal im Leben (75 Jahre) aus, 200 Arbeitstage: Macht 5 Fälle pro Tag. Das geht auch mit einer Stelle. Nötigenfalls scheinen auch in anderen Bereichen des Standesamtes Personalreserven zu existieren, so ist z.B. die Personalausstattung des Produktes 1.12.1221.65 unplausibel hoch.										dauerh.	
							- 50.000		- 50.000		- 50.000		- 50.000		
			FPA	Der Antrag wurde zurückgezogen.											

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

150	1.31.3154.10	Unterbringung	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schaffung einer zentralen Stelle für Wohnraumhilfe Gemäß eines Vorschlages, den das Bündnis für Wohnen in seinem Abschlussbericht unterbreitet hat, soll in Braunschweig eine zentrale Stelle für Wohnraumhilfe eingerichtet werden, in der alle Aufgaben der Wohnraumvermittlung gebündelt werden, mit denen gerade Menschen mit einem erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt aktiv unterstützt werden können (z.B. das sog. Probewohnen). Hierfür ist zum einen eine Personalstelle erforderlich, deren Aufgabe im Wesentlichen in der Akquise geeigneter Wohnungen liegt. Zum anderen ist diese Stelle mit entsprechenden Sachmitteln auszustatten, um Vermieterzuschüsse zahlen zu können und Marketingmaßnahmen durchführen zu können. Insgesamt sind hierfür pro Jahr 200.000 € in den Haushaltsplan einzustellen. Da diese Stelle aller Voraussicht nach frühestens gegen Ende des ersten Halbjahres 2016 besetzt werden kann, reduzieren sich die notwendigen Mittel für das Jahr 2016 auf einen Betrag von 100.000 €. Nach wie vor bekommen besonders Menschen mit einem erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt die angespannte Situation auf dem Braunschweiger Wohnungsmarkt besonders deutlich zu spüren. Das Bündnis für Wohnen hat dies erkannt und in seinem Abschlussbericht mit der Forderung nach einer zentralen Stelle für Wohnraumhilfe eine Möglichkeit aufgezeigt, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.								dauerh.	Anmerkung der Verwaltung: Der Personalkostenanteil für eine A10-Stelle liegt bei 30.000 € für 2016 und 60.000 € ab 2017. Der verbleibende Betrag ist somit im Bereich der Sachkosten einzuplanen.		
			AfSG				+ 100.000		+ 200.000		+ 200.000		+ 200.000		
			FPA				+ 100.000		+ 200.000		+ 200.000		+ 200.000		angenommen 7 / 4 / 0
							<u>+ 100.000</u>		<u>+ 200.000</u>		<u>+ 200.000</u>		<u>+ 200.000</u>		angenommen 7 / 4 / 0

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild- und Denkmalpflege

151	1.52.5231.07	Sonderaufgaben	Piraten	Peter Joseph Krahe Preis Die Produktbeschreibung erklärt den vorgeschlagenen Personalbedarf nicht.										dauerh.	
							- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000		
			PIUA											abgelehnt 1 / 9 / 1	
			FPA											abgelehnt **)	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

152	1.52.5210.08	Grundstücksgenehmigungsverfahren	Piraten	Grundstücksgenehmigungsverfahren Eine Überprüfung, ob auf einem Grundstück ein städtisches Vorkaufsrecht besteht, kann so lange nicht dauern. Der Personalaufwand von 3 Stellen erscheint unplausibel										dauerh.	abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
			PIUA				- 40.000		- 40.000		- 40.000		- 40.000		
			FPA												

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

153	1.51.5111.03	Bebauungsplanung	Piraten	Bebauungsplanung Wer noch Zeit hat, Bplan-Epiken zu verfassen, hat zu viel Personal.										dauerh.	
			PIUA				- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000		
				Der Antrag wurde zurückgezogen.											

154	1.51.5112.03	Straßennamen und Hausnummern	Piraten	Weniger Stellen für Verwaltung der Hausnummern In BS werden höchstens 1000 Häuser pro Jahr gebaut, das heißt, es werden 5(!) neue Zahlen pro Arbeitstag vergeben. Auch die Vergabe der Straßennamen ist nicht besonders aufwendig. Ein Personalbedarf von mehr als 1 Stelle erscheint unplausibel.										dauerh.	abgelehnt 0 / 8 / 3 abgelehnt **)
			PIUA				- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000		
			FPA												

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
160 neu	156.5610.06	Artenschutz	BIBS	Personelle Aufstockung FB 61 Für den Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz wird eine zusätzliche Stelle eines Biologen mit vertiefter zoologischer und/oder botanischer Artenkenntnis geschaffen. Aufgrund vieler Bauvorhaben wurde die Bauverwaltung in der letzten Zeit personell erheblich aufgestockt .Der durch intensive Bautätigkeit ebenso geforderte Bereich Umwelt- und Naturschutz wurde jedoch nicht personell verstärkt. Das Umweltamt muss weiterhin mit einem halben Biologen auskommen. Es fehlen Fachleute z.B. für die naturschutzfachliche Beurteilung von Eingriffen im Rahmen baulicher Maßnahmen. Die erforderlichen naturschutzfachlichen Erhebungen beschränken sich oft auf das allernötigste und werden oft nicht im fachlich sinnvollen Umfang sowie vielfach nicht in der richtigen Jahreszeit durchgeführt. Dieser Qualitätsverzicht wird mit Zeit- und Personalmangel begründet. Der Landschaftsrahmenplan für Braunschweig stammt von 1999 und ist damit völlig überholt. Des Weiteren ist die Stadt Braunschweig mittlerweile Vollmitglied im "Bündnis Kommunen für Biologische Vielfalt" das ebenfalls im Hinblick auf die praktische Umsetzung mit Inhalten gefüllt werden muss. Es wird daher für erforderlich gehalten das Umweltamt zunächst mit einem/einer Biologe/in mit vertiefter zoologischer und/oder botansicher Artenkenntnis zu verstärken. Längerfristig ist eine ausgewogene Balance (konstantes Verhältnis) zwischen Personalbestand der Bauverwaltung und der Umwelt- und Naturschutzverwaltung herzustellen. In diesem Zusammenhang soll auch darauf hingewiesen werden, dass benachbarte Kommunen bzgl. naturschutzfachlich versierter BiologInnen wesentlich besser ausgestattet sind (z.B. im Kreis Helmstedt mindestens zwei Dipl. BiologInnen).											
			PIUA				+ 41.000		+ 83.000		+ 83.000		+ 83.000		ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			FPA				+ 41.000		+ 83.000		+ 83.000		+ 83.000		
				Der Antrag wurde zurückgezogen aufgrund der Beschlussfassung über den Antrag Nr. 167 neu.											

167 neu	156.5610.06	Artenschutz	SPD	Schaffung einer Stelle im Fachbereich 61 Für den Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz wird für zwei Jahre befristet eine zusätzliche Stelle für eine Biologin/einen Biologen geschaffen. Danach wird entschieden, ob die Stelle in eine dauerhafte Stelle umgewandelt wird. Braunschweig ist eine wachsende Stadt. Bei der Aufstellung von Bauleitplänen ist grundsätzlich eine Umweltprüfung durchzuführen (§ 2 BauGB). Dabei sind die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen des Bauleitplans auf die verschiedenen Schutzgüter (Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Luft, biologische Vielfalt, Landschaft, Mensch, Kultur- und Sachgüter) und mögliche Wechselwirkungen zu ermitteln. Als gesonderter Teil der Begründung zum Bauleitplanentwurf ist ein Umweltbericht zu erstellen (§ 2a BauGB), in dem die aufgrund der Umweltprüfung ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen sind. Unter anderem für die genannten Belange im Rahmen der Bauleitplanung ist eine Biologin oder ein Biologe mit geeigneter Qualifikation einzustellen. Nach Ablauf der Befristung der Stelle ist über die Umwandlung in eine dauerhafte Stelle zu entscheiden.										2 Jahre	
							+ 41.000		+ 83.000						angenommen 6 / 4 / 1
			FPA				+ 41.000		+ 83.000						

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Sonderrechnung FB 65 - Hochbau und Gebäudemanagement

126-2	diverse		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schnellere Schulsanierung 2. Zur Sicherstellung des termingerechten Beginns der für 2017 und 2018 im Investitionsprogramm vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen werden in der Bauverwaltung zwei zusätzliche Stellen für Hochbauingenieure eingerichtet. (für die übrigen Antragspunkte siehe Liste des Investitionsmanagements)										dauerh.	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 2 / 7 / 1
			SchA				*)		*)		*)		*)		
			BA												
			FPA	Der Antrag wurde zurückgezogen.											

168 neu	diverse		SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/ BIBS	Stellenreserve Es werden zwei Stellen (Sachbearbeiter, Wert 11) in die Stellenreserve genommen, damit ggf. unterjährig über die Einstellung von Ingenieuren entschieden werden kann. Zum Haushaltsantrag FWI 126-1, zwei zusätzliche Stellen für Hochbauingenieure zu schaffen, um vorgesehene Sanierungsmaßnahmen an Schulen termingerecht beginnen zu können, hat die Verwaltung mit Stellungnahme vom 04.02.2016 mitgeteilt: Die Verwaltung plant bereits die Durchführung einer entsprechenden externen Organisationsuntersuchung. Es soll eine Überprüfung der Schnittstellen und Aufgabenabgrenzungen einschließlich der Prozesse und Strukturen erfolgen. Dies betrifft die Abläufe innerhalb des FB 65, aber auch die Geschäftsprozesse und Kommunikationswege mit den beteiligten Organisationseinheiten. Die Auftragsvergabe für diese externe Organisationsuntersuchung soll möglichst kurzfristig erfolgen. Ein entsprechendes Vergabeverfahren hat bereits Ende 2015 begonnen. Darüber hat die Verwaltung bereits mit Vorlage 16-01408 "Überörtliche Prüfung der Stadt durch den Landesrechnungshof" berichtet. Die Ergebnisse der externen Organisationsuntersuchung sollten zunächst abgewartet werden, bevor über die Inanspruchnahme der Stellenreserve entschieden wird.										dauerh.	angenommen 6 / 5 / 0
			FPA												

Gesamt (+) mehr/(-) weniger				+ 10.000	+ 386.700	+ 10.000	+ 865.956	+ 10.000	+ 836.456	+ 10.000	+ 826.456				
(-) Entlastung/(+) Belastung					+ 376.700		+ 855.956		+ 826.456		+ 816.456				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	1	Steuern und ähnliche Abgaben		366.512.000	327.712.000	- 38.800.000	0	- 35.900.000	0	- 25.900.000	0	- 27.200.000	0		
1	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Haushaltskonsolidierung Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B auf 500 v. H.										dauerh.	301210 Grundsteuer B
						+ 5.000.000		+ 5.000.000		+ 5.000.000		+ 5.000.000			
2	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Anpassung der Gewerbesteuererträge an aktuelle Einschätzungen unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung (es handelt sich um kumulierte Effekte erwarteter Voraus- und Nachzahlungen verschiedener Gewerbesteuerzahler)										dauerh.	301310 Gewerbesteuer
						- 45.000.000		- 42.000.000		- 32.000.000		- 33.000.000			
3	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Anpassung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer an aktuelle Einschätzungen unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung										dauerh.	302110 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
						+ 600.000		+ 900.000		+ 600.000		+ 300.000			
4	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Anpassung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer an aktuelle Einschätzungen unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung										dauerh.	302210 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
						+ 600.000		+ 200.000		+ 500.000		+ 500.000			
	2	Zuwendungen und allgemein Umlagen		110.511.000	129.952.000	19.441.000	0	15.500.000	0	12.500.000	0	6.000.000	0		
5	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land (FAG) aufgrund neuer Berechnungsgrundlagen (im Wesentlichen aufgrund vorläufiger Werte des Landesamtes für Statistik für 2016 sowie veränderter Steuerkraftentwicklung)										dauerh.	311110 Schlüsselzuweisungen vom Land
						+ 19.500.000		+ 15.500.000		+ 12.500.000		+ 6.000.000			
6	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Veränderungen bei der allgemeinen Zuweisung vom Land für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises aufgrund vorläufiger Werte des Landesamtes für Statistik für 2016										dauerh.	313110 Allgemeine Zuweisungen vom Land
						- 59.000		0		0		0			
	8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		3.230.000	7.230.000	4.000.000	0	3.700.000	0	0	0	0	0		
7	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Mehrerträge bei der Verzinsung von Gewerbesteuernachzahlungen										dauerh.	369110 Verzinsung Gewerbesteuernachforderungen nach § 233 AO
						+ 4.000.000		+ 3.700.000		0		0			

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		- 1.141.800	- 1.190.500	0	- 48.700	0	- 48.700	0	- 48.700	0	- 48.700		
8	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Da eine Leibrentenempfängerin in 2015 verstorben ist, kann der bisherige Ansatz im Haushaltsplanentwurf um insgesamt 48.700 € reduziert werden.										dauerh.	423130 Leibrenten
							- 48.700		- 48.700		- 48.700		- 48.700		
	17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		4.799.400	7.016.800	0	2.217.400	0	418.400	0	396.500	0	374.700		
9	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		Mehraufwand für die Verzinsung von Gewerbesteuererstattungen											459210 Verzinsung von Steuererstattungen
							+ 2.000.000		0		0		0		
10	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		Mehraufwand für Zinsen für Investitionskredite (Aufnahme eines Kredites i. H. v. 25 Mio. € in 2016)											451710 Zinsaufwand an Kreditinstitute
							+ 217.400		+ 418.400		+ 396.500		+ 374.700		
	18	Transferaufwendungen		29.000.000	22.100.000	0	- 6.900.000	0	- 6.440.000	0	- 4.840.000	0	- 4.990.000		
11	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Minderaufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage aufgrund der Mindererträge bei der Gewerbesteuer										dauerh.	434110 Gewerbesteuerumlage
							- 6.900.000		- 6.440.000		- 4.840.000		- 4.990.000		
Teilhaushalt Politische Gremien															
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		1.768.800	1.758.800	0	- 10.000	0	- 136.856	0	- 138.125	0	- 139.406		
12	1.11.1110.01	Politische Gremien		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	442110 Aufwand für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten
							- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		
13	Diverse		FPA	Haushaltskonsolidierung - Bürgerhaushalt Einsparung aufgrund des Wegfalls der bezirklichen Mittel Siehe Beschlussfassung zum Fraktionsantrag Nr. 038.										dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt
									- 126.856		- 128.125		- 129.406		

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Verwaltungsführung

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		87.200	84.700	0	- 2.500	0	- 2.500	0	- 2.500	0	- 2.500		
14	1.11.1115.01	Verwaltungsführung		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	427130 Repräsentationsaufwendungen
							- 2.500		- 2.500		- 2.500		- 2.500		

Teilhaushalt Personalvertretung

	Diverse					0	- 500	0	- 500	0	- 500	0	- 500		
15	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Einsparung erfolgt prozentual bei sämtlichen Ansätzen des Teilhaushaltes										dauerh.	div. Sachkonten
							- 500		- 500		- 500		- 500		

Teilhaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		806.200	797.600	0	- 8.600	0	0	0	0	0	0		
16	1.51.5114.03	Europaangelegenheiten		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Es ist eine einmalige Reduzierung von Projektmitteln möglich.										einmalig	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
			PIUA				- 8.600		0		0		0		
							- 8.600		0		0		0		angenommen 10 / 0 / 0

Teilhaushalt Ref. 0140 - Rechnungsprüfungsamt

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		17.300	17.100	0	- 200	0	- 200	0	- 200	0	- 200		
17	014-0000	Rechnungsprüfungsamt		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	424100 Reinigung
							- 100		- 100		- 100		- 100		
18	014-0000	Rechnungsprüfungsamt		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	427145 EDV-Kosten
							- 100		- 100		- 100		- 100		

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
						2016		2017		2018		2019					
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				

Teilhaushalt Ref. 0150 - Gleichstellungsreferat

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		7.700	7.600	0	- 100	0	- 100	0	- 100	0	- 100		
19	1.11.1135.01	Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets											dauerh.	427180 Veröffentlichungen
						- 100		- 100		- 100		- 100			

Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		243.700	233.300	0	- 10.400	0	- 10.400	0	- 10.400	0	- 10.400		
20	1.11.1130.02	Öffentlichkeitsarbeit		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	427180 Veröffentlichungen
							- 5.000		- 5.000		- 5.000		- 5.000		
21	030-1000	Rechtswesen		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	427145 EDV-Kosten
							- 2.400		- 2.400		- 2.400		- 2.400		
22	1.11.1116.10	Städtepartnerschaften		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	427140 Veranstaltungen
							- 3.000		- 3.000		- 3.000		- 3.000		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		852.700	843.100	0	- 9.600	0	- 9.600	0	- 9.600	0	- 9.600		
23	1.11.1116.07	Kontakte zu kommunalen Spitzenverbänden		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	442930 Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen
							- 8.000		- 8.000		- 8.000		- 8.000		
24	1.11.1125.01	Führen von Rechtsstreitigkeiten		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	443142 Gerichts- und Anwaltskosten
							- 1.600		- 1.600		- 1.600		- 1.600		

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste															
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		41.000	- 86.000	3.000	- 130.000	4.000	- 130.000	4.000	- 130.000	4.000	- 130.000		
25	1.57.5732.01	Dorfgemeinschaftshäuser		Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Erhöhung der Entgelte für die Überlassung der Dorfgemeinschaftshäuser ab April 2016										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 3.000		+ 4.000		+ 4.000		+ 4.000			
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.634.100	3.664.100	0	30.000	0	30.000	0	30.000	0	30.000		
26	100-0000	Fachbereichsleitung		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung des dezentralen Ansatzes des FB 10										dauerh.	426120 Aufw. für Aus-und Fortbildung, Umschulung
			FPA				- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000		
							- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000		angenommen 10 / 1 / 0
27	100-2118	Fachbereichsleitung		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung des zentralen Ansatzes des FB 10										dauerh.	426120 Aufw. für Aus-und Fortbildung, Umschulung
			FPA				- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000		
							- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000		angenommen 10 / 1 / 0
28	1.11.1155.02	IuK-Leistungen		Mehrbedarf für Farbkopien (Druckkonzept) Die Deckung erfolgt aus über den ursprünglich geforderten Konsolidierungsbeitrag hinausgehenden Einsparungen										dauerh.	423120 Inventarmieten
							+ 65.000		+ 65.000		+ 65.000		+ 65.000		

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		3.737.100	3.577.100	0	- 160.000	0	- 160.000	0	- 160.000	0	- 160.000		
29	1.11.1150.03	Personalbetreuung, Geldleistungen und Ausbildung		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Minderbedarf bei Maßnahmen der Arbeitssicherheit										dauerh.	441110 Sonstige Personalaufwendungen
							- 8.000		- 8.000		- 8.000		- 8.000		
30	1.11.1153.01	Personalwirtschaft/- entwicklung, Organisation		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung des Ansatzes für Stellenausschreibungen										dauerh.	441110 Sonstige Personalaufwendungen
							- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000		
31	1.11.1155.02	ItK-Leistungen		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Minderbedarf nach Festnetzausschreibung										dauerh.	443120 Fernsprech-, Internetaufwendungen
							- 115.000		- 115.000		- 115.000		- 115.000		
32	1.11.1145.01	Allgemeine Service-/ Steuerungsunterstützung		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung des Ansatzes für Porto										dauerh.	443135 Bankgebühren, Porto
							- 17.000		- 17.000		- 17.000		- 17.000		
33	100-0000	Fachbereichsleitung		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung bei den Ansätzen für Dienstreisen aufgrund der Kürzungen von Fortbildungsansätzen (siehe oben)										dauerh.	443180 Dienstreisen, Fahrkostenersatz
							- 5.000		- 5.000		- 5.000		- 5.000		
	22	Außerordentliche Erträge		0	250.000	250.000	0	0	0	0	0	0	0		
34	1.11.1151.01	Zentrale Aufgaben Personal		Zinsen für die Erstattung von Sanierungsgeld von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)										einmalig	502910 Sonstige periodenfremde Erträge
						+ 250.000		0		0		0			Anmerkung der Verwaltung: In den ursprünglich versandten Listen war dieser Betrag der Zeile 8 (Zinsen und ähnliche Finanzerträge) als ordentlicher Ertrag zugeordnet. Zwischenzeitlich hat das Land in einem Rundschreiben zur Haushaltssystematik die nun angegebene Kontierung festgelegt.

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	6	Privatrechtliche Entgelte		6.871.900	6.892.800	20.900	0	322.900	0	322.900	0	322.900	0		
35	1.57.5731.07.02	Städtisches Messegelände		Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Anpassung der Entgelte für die Nutzung des städtischen Messegeländes										dauerh.	341110 Mieten und Pachten
								+ 22.000		+ 22.000		+ 22.000			
36	1.54.5461.01.01	Parkhäuser (Verpachtung) BgA		Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Erhöhung der Pachterträge in Folge der Anhebung der Parkgebühren um 20% ab Mitte 2016.										dauerh.	341110 Mieten und Pachten
						+ 280.000		+ 560.000		+ 560.000		+ 560.000			
37	1.11.1165.21	Verw. städt. Grundvermögen, Fremdanmietung		Erbbauzinsen ArtMax-Gelände Aufgrund des Verkaufs des städtischen Erbbaugrundstücks ArtMax-Gelände, Frankfurter Str. 2-5, zum 01.08.2015 entfallen die bisher für die Gebäude zu leistenden Erbbauzinsen in Höhe von 119.000 €. Pacht Domäne Wipshausen Daneben werden aufgrund eines neu abgeschlossenen Pachtvertrages mit dem Abwasserverband Braunschweig ab 01.01.2016 für die Domäne Wipshausen nur noch geringere Pachtzahlungen fällig. Dies hat eine aktuelle Bewertung des FB 61 ergeben. Gegenüber der bisherigen Veranschlagung führt dies zu einem Minderertrag von 150.600 €.										dauerh.	341110 Mieten und Pachten
						- 269.600		- 269.600		- 269.600		- 269.600			
38	1.57.5731.02	Obst- und Gemüsegroßmarkt BgA		Anpassung der Erträge aufgrund von Vorjahresergebnissen										dauerh.	341110 Mieten und Pachten
						+ 10.500		+ 10.500		+ 10.500		+ 10.500			
	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		20.974.500	21.179.500	205.000	0	205.000	0	205.000	0	205.000	0		
39	1.11.1165.21	Verwaltung städt. Grundvermögen, Fremdanmietung		Anpassung der Pacht der Sonderrechnung Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement (Anpassung an den Haushaltsplan der Sonderrechnung)											348510 Erstattung an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
			BA			+ 206.000		+ 206.000		+ 206.000		+ 206.000			
						+ 206.000		+ 206.000		+ 206.000		+ 206.000			angenommen 8 / 0 / 2
40	1.11.1165.21	Verwaltung städt. Grundvermögen, Fremdanmietung		Der Erstattungsbetrag der Braunschweig Stadtmarketing GmbH für die Nutzung des Weihnachtsmarktes ist ab 2016 anzupassen.										dauerh.	348710 Erstattung von privaten Unternehmen
						- 1.000		- 1.000		- 1.000		- 1.000			

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
	18	Transferaufwendungen		30.995.700	32.824.600	0	1.828.900	0	2.096.300	0	- 8.427.600	0	720.100		
41	1.11.1166.01	Sonst. Grundstücks- / Gebäudemanagement		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							- 816.100		- 824.300		- 52.900		- 51.300		
42	1.25.2710.01	Volkshochschulen		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Volkshochschule Braunschweig GmbH										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							- 88.000		- 96.000		0		0		
43	1.25.2710.01	Volkshochschulen		Umsetzung der Mittel für das Kombi-Projekt psychosoziale Betreuung SGB II zum Teilhaushalt FB 20 (Zuschuss an VHS)										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		
44	1.42.4242.01	Stadion		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							0		+ 6.400		+ 2.400		+ 2.400		
45	1.42.4242.02	Stadtbad Braunschweig GmbH		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							+ 128.200		+ 113.600		+ 106.800		+ 108.800		
46	1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							+ 97.800		+ 97.800		+ 97.800		+ 97.800		
47	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderung - Gesellschaften		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Braunschweig Stadtmarketing GmbH										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							+ 15.000		+ 79.200		+ 81.400		+ 114.400		
48	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderung - Gesellschaften		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Braunschweig Zukunft GmbH										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							- 72.000		- 4.400		- 32.800		- 13.700		
49	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderung - Gesellschaften		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Strukturförderung Braunschweig GmbH										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							- 1.900		- 1.900		- 1.900		- 1.900		
50	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderung - Gesellschaften		Mittel für die geplanten zusätzlichen Aufgabenbereiche der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH im Bereich der städtebaulichen und infrastrukturellen Weiterentwicklung des Forschungsflughafens Braunschweig GmbH (Gründung einer Tochtergesellschaft, Flächenbevorratung sowie ähnliche Vorhaben zur Sicherung, zur Entwicklung und zum Ausbau der regionalen Forschungs- und Wirtschaftsinfrastruktur sowie damit im Zusammenhang stehende Geschäfte)										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
51	1.57.5731.05	Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							- 14.100		- 12.100		- 12.400		- 3.400		
52	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH (neu berücksichtigt sind 150.000 € Mehrbedarf in 2016 aufgrund der Anpassung des Wirtschaftsplans der Verkehrs GmbH nach der Beratung im Aufsichtsrat)										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							+ 2.510.000		+ 2.668.000		- 8.686.000		+ 397.000		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		8.741.700	8.248.300	0	- 493.400	0	- 61.300	0	26.700	0	206.700		
53	1.11.1160.11	Haushaltsplanung, Controlling, Systembetreuung		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	443140 Prüfungs- und Beratungskosten
							- 48.600		- 48.600		- 48.600		- 48.600		
54	1.11.1160.12	Beteiligungsmanagement		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	443140 Prüfungs- und Beratungskosten
							- 31.700		- 31.700		- 31.700		- 31.700		
55	1.11.1165.21	Verwaltung städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	BA	Mehrbedarf für Betriebskostenvorauszahlungen an die Sonderrechnung Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement (Anpassung an den Haushaltsplan der Sonderrechnung)										dauerh.	445518 Erstattung an Gebäudemanagement - Betriebskosten kalt
							0		+ 277.000		+ 365.000		+ 545.000		
							0		+ 277.000		+ 365.000		+ 545.000		angenommen 8 / 0 / 2
56	1.11.1165.21	Verwaltung städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets										dauerh.	445527 Erstattung an Gebäudemanagement - Sonstige Servicekosten
							- 259.000		- 259.000		- 259.000		- 259.000		
							- 259.000		- 259.000		- 259.000		- 259.000		angenommen 8 / 0 / 2
57	1.11.1165.22	Allgem. Bewirtschaftungs-angelegenheiten	BA	Aufgrund der allgemeinen Kostenentwicklung ist eine Aufstockung des Ansatzes um 1.000 € auf 12.500 € für die Reinigung der Rathauskolonnaden erforderlich.										dauerh.	445711 Erstattung an private Unternehmen
							+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		
							+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		angenommen 8 / 0 / 2
58	1.25.2910.01	Unterhaltung von Kirchenbauwerken		Der im Haushaltsplanentwurf 2016 vorgesehene Ansatz kann entfallen, da seitens der Kirchen bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Baumaßnahmen angekündigt wurden.										einmalig	445810 Erstattung an übrige Bereiche
							- 29.600		0		0		0		

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- zeile Produktbezeichnung	Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
59	1.54.5461.01	Parkhäuser (Verpachtung) BgA		Der im Haushaltsplanentwurf 2016 vorgesehene Ansatz von 126.600 € kann aufgrund der aktuellen Vorauszahlung um 38.500 € auf 88.100 € reduziert werden.										einmalig	444150 Körperschaftssteuer
							- 38.500		0		0		0		
60	1.54.5461.01	Parkhäuser (Verpachtung) BgA		Aufgrund der umfangreichen Sanierungsarbeiten in den Tiefgaragen kann derzeit davon ausgegangen, dass in 2016 keine Steuern gezahlt werden müssen. Der im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Ansatz kann daher entfallen.										einmalig	444155 Kapitalertragssteuer
							- 87.000		0		0		0		

Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, öffentliche Sicherheit

	Diverse					0	- 76.300	0	- 76.300	0	- 76.300	0	- 76.300		
61	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Einsparung erfolgt prozentual bei sämtlichen Ansätzen des Teilhaushaltes.										dauerh.	diverse Sachkonten
							- 76.300		- 76.300		- 76.300		- 76.300		
	18	Transferaufwendungen		431.200	278.200	0	- 153.000	0	- 153.000	0	- 153.000	0	- 153.000		
62	1.12.1221.41	Meldewesen		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Es erfolgt eine Reduzierung der Zuzugsprämie von 200 € auf 100 € je Student ab 2016.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							- 153.000		- 153.000		- 153.000		- 153.000		

Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr

	Diverse					0	- 35.200	0	- 35.200	0	- 35.200	0	- 35.200		
63	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Es erfolgt eine pauschale Reduzierung der Ansätze.										dauerh.	diverse Sachkonten
							- 35.200		- 35.200		- 35.200		- 35.200		
			FwA				- 35.200		- 35.200		- 35.200		- 35.200		angenommen 8 / 0 / 1
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		15.186.300	15.186.300	0	0	55.000	0	55.000	0	55.000	0		
64	1.12.1260.12	Gefahrenvorbeugung Berufsfeuerwehr		Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Anpassung der Satzung über die Gebühren für Sach- und Dienstleistungen der Feuerwehr Braunschweig										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
								+ 55.000		+ 55.000		+ 55.000			
			FwA					+ 55.000		+ 55.000		+ 55.000			angenommen 9 / 0 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.523.800	1.503.800	0	- 20.000	0	0	0	0	0	0		
65	370-1010	Integrierte Regionalleitstelle	FwA	Für die Schulung von Mitarbeitern im Rahmen der Migration der Leitstellensoftware auf Cobra 4 wurde das Budget des FB 37 zum Haushaltsplanentwurf 2016 einmalig um 35.000 € aufgestockt. Ein Betrag von 20.000 € wurde nunmehr bereits im Haushaltsjahr 2015 überplanmäßig bereit gestellt, so dass für das Jahr 2016 eine entsprechende Reduzierung erfolgen kann.										dauerh.	426120 Aufw. für Aus-und Fortbildung, Umschulung
							- 20.000			0		0		0	
							- 20.000			0		0		0	
						- 20.000			0		0		0		angenommen 9 / 0 / 0

Teilhaushalt FB 40 - Schule

	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		3.756.000	3.831.000	75.000	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0		
66	400-1010	Schulentwicklung und -organisation		Erträge für zusätzliche Stellenschaffungen Die Aufwendungen für zusätzliche Stellenschaffungen für eine Beteiligung am Förderprogramm Bildungskoordination für Neuzugewanderte werden erstattet.										dauerh.	348010 Erstattungen vom Bund
						+ 75.000		+ 150.000		+ 150.000		+ 150.000			
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.892.100	3.813.100	0	- 79.000	0	- 79.000	0	- 79.000	0	- 79.000		
67	1.21.2110.10	Schule	SchA BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Miete für Sanitär-Container wird nicht mehr benötigt.										dauerh.	423110 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen
							- 3.100		- 3.100		- 3.100		- 3.100		
							- 3.100		- 3.100		- 3.100		- 3.100		angenommen 15 / 0 / 2
							- 3.100		- 3.100		- 3.100		- 3.100		angenommen 8 / 0 / 2
68	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	SchA BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Nach erfolgter Klärung werden die Kosten für Sonderreinigungen an PPP-Schulen zunächst an die Sonderrechnung FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement erstattet (aus Betriebskosten kalt).										dauerh.	424100 Reinigung
							- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000		
							- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000		angenommen 15 / 0 / 2
							- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000		angenommen 8 / 0 / 2
69	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	SchA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Möglichkeiten für Fortbildung werden reduziert.										dauerh.	426120 Aufw. für Aus-und Fortbildung, Umschulung
							- 5.000		- 5.000		- 5.000		- 5.000		
							- 5.000		- 5.000		- 5.000		- 5.000		angenommen 15 / 0 / 2

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
70	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	SchA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Reduzierung von Transporten zwischen Schulen											dauerh.	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
							- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000			
							- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000		angenommen 15 / 0 / 2	
71	1.21.2430.22	Medienzentrum	SchA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Verringerung der Beschaffungen für das Medienzentrum (Verleihmedien)											dauerh.	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
							- 3.900		- 3.900		- 3.900		- 3.900			
							- 3.900		- 3.900		- 3.900		- 3.900		angenommen 15 / 0 / 2	
72	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	SchA FPA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung des Schuletats (Schulgirokten) um ca. 5% des Aufwandsansatzes											dauerh.	427160 Lehrmittelbedarf
							- 32.000		- 32.000		- 32.000		- 32.000			
				Erledigt durch Beschlussfassung über den finanzwirksamen Fraktionsantrag Nr. 57.												
				Siehe Beschlussfassung zum Fraktionsantrag Nr. 057.												
19		Sonstige ordentliche Aufwendungen		49.241.200	49.235.000	0	- 6.200	0	- 6.200	0	- 6.200	0	- 6.200			
73	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	SchA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Zeitliche Streckung des Ausbaus von Internetverbindungen für Schulen											dauerh.	443120 Fernsprech-, Internetaufwendungen
							- 6.200		- 6.200		- 6.200		- 6.200			
							- 6.200		- 6.200		- 6.200		- 6.200		angenommen 17 / 1 / 0	
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft																
2		Zuwendungen und allgemeine Umlagen		745.000	725.000	- 20.000	0	- 20.000	0	- 20.000	0	- 20.000	0			
74	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Mindererträge aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nm. 80 - 83)											dauerh.	314810 Zuschüsse von übrigen Bereichen
						- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000				
						- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000			angenommen 10 / 0 / 0	

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		1.072.500	1.134.900	62.400	0	164.500	0	164.500	0	164.500	0		
75	1.25.2630.10	Musikalische Ausbildung	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen (FB 41) Anpassung der Musikschulgebühren anhand der Inflationsraten der letzten Jahre; Eine Anpassung wäre zum Beginn des 2. Schulhalbjahres 2016 der Musikschule (1. Oktober) möglich.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 20.000		+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000			
						+ 20.000		+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000			angenommen 10 / 0 / 0
76	1.25.2720.03.02	Ausleihe/Beratung/Service	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0412) Bereits vorgesehene Anhebung der Benutzungsgebühren für die Stadtbibliothek um 3 € auf 15 € pro Benutzer und Jahr; Es wird von einer Anpassung zur Jahresmitte 2016 ausgegangen.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 25.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000			
						+ 25.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000			angenommen 10 / 0 / 0
77	1.25.2521.01	Museen, Sammlungen, Ausstell. (Museum)	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0413) Anhebung der Gebühren für Leihgaben; Es wird von einer Anpassung zur Jahresmitte 2016 ausgegangen.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 700		+ 1.500		+ 1.500		+ 1.500			
						+ 700		+ 1.500		+ 1.500		+ 1.500			angenommen 10 / 0 / 0
78	1.25.2521.04	Museen, Sammlungen, Ausstell. (Museum)	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0413) Erhebung von Eintrittsgeldern im Haus am Löwenwall (5 € pro Erwachsenen, insgesamt 32.500 €); Es wird von einer Anpassung zur Jahresmitte 2016 ausgegangen.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 16.200		+ 32.500		+ 32.500		+ 32.500			
						+ 16.200		+ 32.500		+ 32.500		+ 32.500			ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
79	1.25.2514.01.02	Stadtarchiv / Sonstige Dienstleistungen intern	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0414) Anhebung der Gebühren für die Direktbenutzung um 0,50 € auf 3,00 €										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 500		+ 500		+ 500		+ 500			
						+ 500		+ 500		+ 500		+ 500			angenommen 10 / 0 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	6	Privatrechtliche Entgelte		146.000	96.000	- 50.000	0	- 50.000	0	- 50.000	0	- 50.000	0		
80	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Mindererträge aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 74, 81 - 83)										dauerh.	342110 Erträge aus Verkauf
						- 40.000		- 40.000		- 40.000		- 40.000			
						<u>- 40.000</u>		<u>- 40.000</u>		<u>- 40.000</u>		<u>- 40.000</u>			angenommen 10 / 0 / 0
81	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Mindererträge aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 74, 80, 82 - 83)										dauerh.	346110 Sonstige private Leistungsentgelte
						- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000			
						<u>- 10.000</u>		<u>- 10.000</u>		<u>- 10.000</u>		<u>- 10.000</u>			angenommen 10 / 0 / 0
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.111.300	2.884.100	0	- 227.200	0	- 227.200	0	- 227.200	0	- 227.200		
82	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Einsparung aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 74, 80 - 81, 83)										dauerh.	427140 Veranstaltungen
							- 161.000		- 161.000		- 161.000		- 161.000		
						<u>- 161.000</u>		<u>- 161.000</u>		<u>- 161.000</u>		<u>- 161.000</u>			angenommen 10 / 0 / 0
83	1.25.2512.04	Kulturelle Veranstaltungen Literatur	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Einsparung aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 74, 80 - 82)										dauerh.	427140 Veranstaltungen
							- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		
						<u>- 10.000</u>		<u>- 10.000</u>		<u>- 10.000</u>		<u>- 10.000</u>			angenommen 10 / 0 / 0
84	1.25.2720.03	Ausleihe und Nutzung Stadtbibliothek	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0412) Zurückstellung der geplanten Erweiterungen an den vorhandenen Bücherregalen mit Einlegeböden, Zubehör sowie Beschilderungen										dauerh.	427190 Sonstige Sachaufwendungen
							- 9.200		- 9.200		- 9.200		- 9.200		
						<u>- 9.200</u>		<u>- 9.200</u>		<u>- 9.200</u>		<u>- 9.200</u>			angenommen 10 / 0 / 0
85	1.25.2521.04	Präsentieren/Ausstellen	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0413) Einsparung aufgrund der Neu- bzw. Umorganisation der Bewachung im Städtischen Museum										dauerh.	424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten
							- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000		
						<u>- 15.000</u>		<u>- 15.000</u>		<u>- 15.000</u>		<u>- 15.000</u>			angenommen 10 / 0 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
86	1.25.2521.04	Präsentieren/Ausstellen	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0413) Einsparung aufgrund der Veränderung bzw. Anpassung des Veranstaltungsniveaus										dauerh.	427140 Veranstaltungen
							- 14.000		- 14.000		- 14.000		- 14.000		
							<u>- 14.000</u>		<u>- 14.000</u>		<u>- 14.000</u>		<u>- 14.000</u>		angenommen 10 / 0 / 0
87	410-3000	Leitung Städtisches Museum	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0413) Einsparung aufgrund von Veränderungen bzw. Anpassungen im Bereich der gesamten Museumsarbeit										dauerh.	427190 Sonstige Sachaufwendungen
							- 14.000		- 14.000		- 14.000		- 14.000		
							<u>- 14.000</u>		<u>- 14.000</u>		<u>- 14.000</u>		<u>- 14.000</u>		angenommen 10 / 0 / 0
88	1.25.2514.11	Forschung und Dokumentation Stadtarchiv	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0414) Einschränkungen bei der Öffentlichkeitsarbeit										dauerh.	427180 Veröffentlichungen
							- 2.500		- 2.500		- 2.500		- 2.500		
							<u>- 2.500</u>		<u>- 2.500</u>		<u>- 2.500</u>		<u>- 2.500</u>		angenommen 10 / 0 / 0
89	410-4100	Betrieb Stadtarchiv	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0414) Einschränkungen bei der Fortbildung										dauerh.	426120 Aufw. für Aus- und Fortbildung, Umschulung
							- 1.500		- 1.500		- 1.500		- 1.500		
							<u>- 1.500</u>		<u>- 1.500</u>		<u>- 1.500</u>		<u>- 1.500</u>		angenommen 10 / 0 / 0
18		Transferaufwendungen		12.257.200	12.147.200	0	- 110.000	0	- 49.000	0	- 68.500	0	- 68.500		
90	Diverse		AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Zuschussdynamisierung wird in den Jahren 2016 und 2017 ausgesetzt. Für das Jahr 2018 ist eine anteilige Dynamisierung der Zuschüsse in halber Höhe vorgesehen (19.500 €). Ab 2019 kommt die Zuschussdynamisierung wieder in voller Höhe zur Anwendung (39.000 €).										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							- 39.000		- 78.000		- 97.500		- 97.500		
			FPA				- 39.000		- 78.000		- 97.500		- 97.500		angenommen 4 / 2 / 4
				Siehe Beschlussfassung zum Fraktionsantrag Nr. 162 neu.											
91	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpflege	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Einsparung, da die für den Betrieb des soziokulturellen Zentrums erforderlichen Mittel erst ab 2017 benötigt werden.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							- 100.000		0		0		0		
							<u>- 100.000</u>		<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>		angenommen 10 / 0 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
92	1.25.2610.08	Staatstheater	AfKW	Beteiligung am Verlustausgleich des Staatstheaters , vertragliche Verpflichtung aus dem Staatstheatervertrag											dauerh.	431110 Zuweisung an das Land
								+ 29.000		+ 29.000		+ 29.000		+ 29.000		
								<u>+ 29.000</u>		<u>+ 29.000</u>		<u>+ 29.000</u>		<u>+ 29.000</u>		angenommen 10 / 0 / 0
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		4.191.000	4.190.300	0	- 700	0	- 700	0	- 700	0	- 700			
93	1.25.2514.02	Bereitstellung von Archivalien	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0414) Einschränkungen im Service											dauerh.	443175 Sonstige Geschäftsaufwendungen
							- 200		- 200		- 200		- 200			
								<u>- 200</u>		<u>- 200</u>		<u>- 200</u>		<u>- 200</u>		angenommen 10 / 0 / 0
94	410-4100	Betrieb Stadtarchiv	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0414) Einschränkungen bei der Öffentlichkeits- und Gremienarbeit											dauerh.	443180 Dienstreisen, Fahrkostenersatz
							- 500		- 500		- 500		- 500			
								<u>- 500</u>		<u>- 500</u>		<u>- 500</u>		<u>- 500</u>		angenommen 10 / 0 / 0

Teilhaushalt Ref. 0500 - Sozialreferat

2		Zuwendungen und allgemeine Umlagen		0	127.100	127.100	0	127.400	0	92.300	0	55.000	0		
95	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afi	Projekt ELKO - Elternkompetenzen stärken - Förderung eines Teils der Aufwendungen durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (Eigenanteil siehe auch Aufwendungen - lfd. Nm. 97, 99, 103)											314710 Zusch.priv.Unternehm
						+ 72.100		+ 72.400		+ 37.300					
						<u>+ 72.100</u>		<u>+ 72.400</u>		<u>+ 37.300</u>					angenommen 11 / 0 / 0
96	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afi	Projekt Demokratie leben! - Förderung durch Bundesmittel (Eigenanteil siehe auch Aufwendungen - lfd. Nm. 98, 102, 104)											314010 Zuweisung Bund
						+ 55.000		+ 55.000		+ 55.000		+ 55.000			
						<u>+ 55.000</u>		<u>+ 55.000</u>		<u>+ 55.000</u>		<u>+ 55.000</u>			angenommen 11 / 0 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		33.800	46.800	0	13.000	0	16.600	0	14.000	0	5.000		
97	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt ELKO - Elternkompetenzen stärken - Die Aufwendungen des Projektes werden zum Teil durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds gefördert. Ein geringer Anteil der Aufwendungen muss aus Eigenmitteln der Projektträger bereitgestellt werden. Ohne die Eigenmittel seitens der Stadt Braunschweig kann eine Förderung durch den Bund nicht erfolgen. (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 95)										3 Jahre	427140 Veranstaltungen
							+ 10.500		+ 11.100		+ 8.500				
							+ 10.500		+ 11.100		+ 8.500				angenommen 11 / 0 / 0
98	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt Demokratie leben! - Eigenanteil für die Förderung des Bundes in Höhe von 5.000 € (Nettobetachtung) für 2016 und 2017 sowie in Höhe von 10.000 € (Nettobetachtung) für 2018 und 2019 ist vorgeschrieben (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 96)										dauerh.	427140 Veranstaltungen
							+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000		
							+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000		angenommen 11 / 0 / 0
99	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt ELKO - Elternkompetenzen stärken - Die Aufwendungen des Projektes werden zum Teil durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds gefördert. Ein geringer Anteil der Aufwendungen muss aus Eigenmitteln der Projektträger bereitgestellt werden. Ohne die Eigenmittel seitens der Stadt Braunschweig kann eine Förderung durch den Bund nicht erfolgen. (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 95)										3 Jahre	427180 Veröffentlichungen
							+ 2.900		+ 500		+ 500				
							+ 2.900		+ 500		+ 500				angenommen 11 / 0 / 0
100	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Rücknahme der prozentualen Kürzung aus der Erhöhung der Aufwandsbudgets										einmalig	427140 Veranstaltungen
							- 2.300								
							- 2.300								angenommen 11 / 0 / 0
101	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Prozentuale Kürzung über das Budget des Teilhaushaltes										einmalig	427190 Sonst. Sachaufwendungen
							- 3.100								
							- 3.100								angenommen 11 / 0 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		200.500	230.500	0	30.000	0	30.000	0	35.000	0	35.000		
102	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt Demokratie leben! - Eigenanteil für die Förderung des Bundes in Höhe von 5.000 € (Nettobetachtung) für 2016 und 2017 sowie in Höhe von 10.000 € (Nettobetachtung) für 2018 und 2019 ist vorgeschrieben (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 96)										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 30.000		+ 30.000		+ 35.000		+ 35.000		
							+ 30.000		+ 30.000		+ 35.000		+ 35.000		angenommen 11 / 0 / 0
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		170.700	254.100	0	83.400	0	86.500	0	54.100	0	25.000		
103	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt ELKO - Elternkompetenzen stärken - Die Aufwendungen des Projektes werden zum Teil durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds gefördert. Ein geringer Anteil der Aufwendungen muss aus Eigenmitteln der Projektträger bereitgestellt werden. Ohne die Eigenmittel seitens der Stadt Braunschweig kann eine Förderung durch den Bund nicht erfolgen. (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 95)										3 Jahre	443175 sonstige Geschäftsaufwendungen
							+ 59.400		+ 61.500		+ 29.100				
							+ 59.400		+ 61.500		+ 29.100				angenommen 11 / 0 / 0
104	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt Demokratie leben! - Eigenanteil für die Förderung des Bundes in Höhe von 5.000 € (Nettobetachtung) für 2016 und 2017 sowie in Höhe von 10.000 € (Nettobetachtung) für 2018 und 2019 ist vorgeschrieben (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 96)										dauerh.	443175 sonstige Geschäftsaufwendungen
							+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		
							+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		angenommen 11 / 0 / 0
105	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Prozentuale Kürzung über das Budget des Teilhaushaltes										einmalig	443180 Dienstreisen, Fahrkostensersatz
							- 1.000								
							- 1.000								angenommen 11 / 0 / 0

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

	diverse					- 1.617.400	- 1.935.000	0	0	0	0	0	0		
106	diverse	Sozialetat	AfSG	Beim Sozial-Etat SGB XII zeichnet sich anhand der aktuellen Verläufe saldiert ein Minderbedarf gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung ab.										einmalig	diverse Sachkonten
						- 1.617.400	- 1.827.400								
						<u>- 1.617.400</u>	<u>- 1.827.400</u>								angenommen 11 / 0 / 0
107	diverse		AfSG	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets prozentuale Reduzierung über diverse PSP-Elemente										einmalig	diverse Sachkonten
							- 107.600								
							<u>- 107.600</u>								angenommen 10 / 1 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
108	500-4000	AbtL 50.4 Gesundheitsamt		Erträge für eine zusätzliche Stellenschaffung Die Aufwendungen für eine zusätzliche Stellenschaffung für eine Beteiligung am Förderprogramm Interkulturelle Service-Anlaufstelle werden erstattet.										dauerh.	diverse Sachkonten
						+ 17.000		+ 34.000		+ 34.000		+ 34.000			
	1	Steuern und ähnliche Abgaben		5.861.200	4.917.300	- 943.900	0	- 943.900	0	- 943.900	0	- 943.900	0		
109	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Kürzung Landeszuschuss nach dem Nds. Ausführungsgesetz zum SGB II aufgrund der aus der Wohngeldreform zu erwartenden kommunalen Entlastungen (aufgrund neuer Erkenntnisse erhöht sich der Minderertrag um weitere 764.600 €)										dauerh.	305210 Ausgleichsleistungen des Landes /Grundsicherung
						- 943.900		- 943.900		- 943.900		- 943.900			
						- 943.900		- 943.900		- 943.900		- 943.900		angenommen 10 / 0 / 0	
	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		18.290.000	18.219.600	- 70.400	0	50.000	0	50.000	0	50.000	0		
110	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Minderertrag SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Mindererträge aufgrund von Fallzahlrückgang (ohne Betrachtung der Flüchtlingsthematik) auf 11.300 (Korrespondierender Minderaufwand siehe Nr. 117)										dauerh.	319110 Leistungsbet. für Unterkr.+Heiz. Arbeitssuchende
						- 120.400									
						- 120.400								angenommen 10 / 0 / 0	
111	1.31.3126.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Mehrertrag SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Anpassung der BuT-Leistungen (Korrespondierender Mehraufwand siehe lfd. Nr. 120)										dauerh.	319110 Leistungsbet. für Unterkr.+Heiz. Arbeitssuchende
						+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000			
						+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		angenommen 10 / 0 / 0	
	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		92.612.100	92.813.500	201.400	0	227.700	0	227.700	0	227.700	0		
112	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	AfSG	Ertragsverbesserung AsylbLG/ Aufnahmengesetz für die im Jahresdurchschnitt 2014 in Braunschweig lebenden Flüchtlinge durch Anhebung der Pauschale										dauerh.	348110 Erstattung v. Land
						+ 201.400		+ 227.700		+ 227.700		+ 227.700			
						+ 201.400		+ 227.700		+ 227.700		+ 227.700		angenommen 10 / 0 / 0	

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		113.514.500	113.465.300	0	- 49.200	0	- 87.400	0	- 121.900	0	- 121.900		
113	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Zuschussdynamisierung wird in den Jahren 2016 und 2017 ausgesetzt. Für das Jahr 2018 ist eine anteilige Dynamisierung der Zuschüsse in halber Höhe vorgesehen (34.500 €). Ab 2019 kommt die Zuschussdynamisierung wieder in voller Höhe zur Anwendung (69.000 €).										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG				- 44.700		- 113.700		- 148.200		- 148.200		
			FPA	Erledigt durch Beschlussfassung zum Änderungsantrag der SPD zur Zuschussdynamisierung - s. Liste der Fraktionen und Stadtbezirksräte											
				Siehe Beschlussfassung zum Fraktionsantrag Nr. 162 neu.											
114	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz		Aufwandsveränderung AsylbLG/ Aufnahmegesetz für die im Jahresdurchschnitt 2014 in Braunschweig lebenden Flüchtlinge										dauerh.	433940 Sonstige soziale Leistungen AG
			AfSG				0		+ 26.300		+ 26.300		+ 26.300		
							0		+ 26.300		+ 26.300		+ 26.300		angenommen 11 / 0 / 0
115	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Überhang Zuschussdynamisierung 2014 und 2015										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG				- 4.500								
			FPA	Ursprünglich wurde hier ein Einsparbetrag in Höhe von 19.400 Euro ausgewiesen. Die Verwaltung hat diesen auf 4.500 Euro korrigiert und den Ausschuss für Soziales und Gesundheit hierüber mündlich informiert.											
				Erledigt durch die Beschlussfassung über den Änderungsantrag der SPD zur Zuschussdynamisierung - s. Liste der Fraktionen und Stadtbezirksräte											
							- 4.500								angenommen 7 / 0 / 4
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		64.606.400	64.531.200	0	- 75.200	0	324.800	0	324.800	0	324.800		
116	1.21.2431.01	Sonstige schulische Aufgaben FB 50		Die Höhe der Zahlungen an den Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband richtet sich nach von dort festgelegten Messzahlen. Die von der Stadt Braunschweig zu zahlenden Beiträge werden gegenüber 2015 um durchschnittlich 14,521% steigen; siehe hierzu auch lfd. Nm. 122 und 123.										dauerh.	444130 Unfallversicherung
			AfSG				+ 190.600		+ 190.600		+ 190.600		+ 190.600		
							+ 190.600		+ 190.600		+ 190.600		+ 190.600		angenommen 11 / 0 / 0
117	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung		Entlastung SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Minderaufwand aufgrund von Fallzahlrückgang (ohne Betrachtung der Flüchtlingsthematik) auf 11.300 (Korrespondierende Mindererträge siehe lfd. Nr. 110)										dauerh.	446110 Leistungsbet. f. Unterkr.+Heiz. Arbeitss.
			AfSG				- 400.000								
							- 400.000								angenommen 11 / 0 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
118	1.31.3122.10	Eingliederungsleistungen	AfSG	Umsetzung der Mittel für das Kombi-Projekt psychosoziale Betreuung SGB II zum Teilhaushalt FB 20 (Projektdurchführung durch die VHS Arbeit und Beruf)											dauerh.	446120 Beteil.Lei.z.Eingl.Arbeits.,Betr.+Berat.
							- 45.000		- 45.000		- 45.000		- 45.000			
							- 45.000		- 45.000		- 45.000		- 45.000		angenommen 11 / 0 / 0	
119	1.31.3123.10	Einmalige Leistungen	AfSG	Mehrbelastung SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Anpassung der Beihilfen/ Darlehen											dauerh.	446130 Beteiligung bei 1x-Leist. an Arbeitssu.
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000			
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		angenommen 11 / 0 / 0	
120	1.31.3126.10	Bildungs- und Teilhabepaket SGB II	AfSG	Mehrbelastung SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Anpassung der BuT-Leistungen (Korrespondierende Mehrerträge siehe lfd. Nr. 111)											dauerh.	446130 Beteiligung bei 1x-Leist. an Arbeitssu.
							+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000			
							+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		angenommen 11 / 0 / 0	
121	1.31.3129.10	Verwalt. d. Grundsich. f. Arb.suchende	AfSG	Mehrbelastung Kommunaler Finanzierungsanteil Jobcenter - Anpassung der Erstattung nach aktuellen Erkenntnissen											dauerh.	445810 Erstattung an übrige Bereiche
							+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000			
							+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		angenommen 11 / 0 / 0	
122	1.31.3518.10	Sozialversicherungsangeleg enheiten	AfSG	Die Höhe der Zahlungen an den Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband richtet sich nach von dort festgelegten Messzahlen. Die von der Stadt Braunschweig zu zahlenden Beiträge in der Beitragsgruppe "Allgemeine UV" weisen eine leichte Entlastung von ca. 2,89 % auf; siehe hierzu auch lfd. Nr. 116.											dauerh.	444130 Unfallversicherung
							- 13.200		- 13.200		- 13.200		- 13.200			
							- 13.200		- 13.200		- 13.200		- 13.200		angenommen 11 / 0 / 0	
123	1.36.3651.01	Tageseinrichtungen für Kinder FB 50	AfSG	Die Höhe der Zahlungen an den Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband richtet sich nach von dort festgelegten Messzahlen. Die von der Stadt Braunschweig zu zahlenden Beiträge werden gegenüber 2015 um durchschnittlich 14,521% steigen; siehe hierzu auch lfd. Nr. 116.											dauerh.	444130 Unfallversicherung
							+ 12.400		+ 12.400		+ 12.400		+ 12.400			
							+ 12.400		+ 12.400		+ 12.400		+ 12.400		angenommen 11 / 0 / 0	

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie																	
	diverse					26.000	0	35.000	0	35.000	0	35.000	0				
124	510-3000	Kindertagesstätten Abteilungsleitung		Erträge für eine zusätzliche Stellenschaffung Die Aufwendungen für eine zusätzliche Stellenschaffung für eine Beteiligung am Förderprogramm Koordination EEC (Early Excellence Center) werden erstattet.										dauerh.	diverse Sachkonten		
						+ 26.000		+ 35.000		+ 35.000		+ 35.000					
	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		9.797.600	9.847.600	50.000	0	50.000	0	50.000	0	50.000	0				
125	1.36.3650.01.06	Kindertagespflege	JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Ertragserhöhung bei den Zuweisungen des Landes für Kindertagespflege als Entlastung des Aufwandsbudgets										dauerh.	314110 Zuweisungen vom Land		
						+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000					
						+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000			angenommen 13 / 0 / 0		
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		3.938.700	3.938.700	0	0	0	0	0	0	0	0				
126	1.36.3650.02.01	Kindergartenbetreuung städtisch	JHA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Wiedereinführung der Kindergartenentgelte (3,8 Mio. € pro Jahr, für 2016 anteilig) - siehe auch Aufwendungen lfd. Nr. 131										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		
						+ 633.300		+ 1.520.000		+ 1.520.000		+ 1.520.000					
				Erledigt durch Beschlussfassung über den Antrag DS 16-01629 und den Änderungsantrag DS 16-01715.													
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.786.250	2.753.250	0	- 33.000	0	- 33.000	0	- 33.000	0	- 33.000				
127	1.36.3630.16.05	Sozialraumarbeit	JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Reduzierung Sozialraum-/Netzwerk-Arbeit um 50%										dauerh.	427140 Veranstaltungen		
							- 33.000		- 33.000		- 33.000		- 33.000				
							- 33.000		- 33.000		- 33.000		- 33.000		angenommen 12 / 0 / 0		
128	510-1000	All. Erziehungshilfe	JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung der Fortbildungen der Abt. 51.1 um 50%										dauerh.	426120 Aufw. für Aus- und Fortbildung, Umschulung		
							- 30.100		- 30.100		- 30.100		- 30.100				
							- 30.100		- 30.100		- 30.100		- 30.100		angenommen 12 / 0 / 0		

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		87.548.500	87.688.500	0	140.000	0	150.000	0	112.500	0	112.500		
129	diverse		JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Zuschussdynamisierung wird in den Jahren 2016 und 2017 ausgesetzt. Für das Jahr 2018 ist eine anteilige Dynamisierung der Zuschüsse in halber Höhe vorgesehen (37.500 €). Ab 2019 kommt die Zuschussdynamisierung wieder in voller Höhe zur Anwendung (75.000 €).										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			FPA	Siehe Beschlussfassung zum Fraktionsantrag Nr. 162 neu.											abgelehnt 2 / 5 / 4 Anmerkung der Verwaltung: Der JHA hat gleichzeitig Anträge der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und BIBS abgelehnt, die sich gegen diese Ansatzveränderung richten. Im später tagenden AFSG wurde allerdings ein mündlich gestellter SPD-Antrag auf Abwandlung des Verwaltungsvorschlags angenommen (s. Liste der Fraktionsanträge nach Nr. 122)
130	1.36.3630.07.03	Sozialpädagogische Familienhilfe		Durch Stellenwegfälle im Bereich der Sozialpädagogischen Familienhilfe , die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung durch einen freien Träger stehen, werden entsprechend höhere Sachmittel benötigt.										dauerh.	433150 Jugendhilfeleistungen avE
							+ 300.000		+ 300.000		+ 300.000		+ 300.000		
131	1.36.3650.02.05	KiGa-Betreuung bei übrigen Kita-Trägern	JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Minderaufwand Wiedereinführung der Kindergartenentgelte (3,8 Mio. € pro Jahr, für 2016 anteilig) - siehe auch Erträge lfd. Nr. 126										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							- 950.000		- 2.280.000		- 2.280.000		- 2.280.000		Erledigt durch Beschlussfassung über den Antrag DS 16-01629 und den Änderungsantrag DS 16-01715.
132	510-3200	Einr. freier Träger	JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Reduzierung der Dynamisierung Kita-Sachkostenförderung										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							- 85.000		- 85.000		- 85.000		- 85.000		
				Im Jugendhilfeausschuss wurde der Antrag zeitlich angepasst und abgestimmt.											
							- 85.000								angenommen 11 / 0 / 2
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		8.443.900	8.266.900	0	- 177.000	0	0	0	0	0	0		
133	1.36.3630.16.03	Baby-Begrüßungsdienst	JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Reduzierung Baby-Begrüßungsdienst um 50%										dauerh.	443175 sonstige Geschäftsaufwendungen
							- 51.000		- 51.000		- 51.000		- 51.000		
				Im Jugendhilfeausschuss wurde der Antrag zeitlich angepasst und abgestimmt.											
							- 51.000								angenommen 13 / 0 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
134	510-4204	JFE Mühle	JHA BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Aussetzen Jugendzentrumsbetrieb Neustadtmühle in 2016											einmalig	445512 Erstatt. an Gebäudemanagement - Miete
							- 56.000									
							- 56.000								angenommen 12 / 0 / 0	
							- 56.000								angenommen 8 / 0 / 2	
135	510-4204	JFE Mühle	JHA BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Aussetzen Jugendzentrumsbetrieb Neustadtmühle in 2016											einmalig	445517 Erstatt. an Gebäudem.-Betriebsko. Warm
							- 25.000									
							- 25.000								angenommen 12 / 0 / 0	
							- 25.000								angenommen 8 / 0 / 2	
136	510-4204	JFE Mühle	JHA BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Aussetzen Jugendzentrumsbetrieb Neustadtmühle in 2016											einmalig	445518 Erstatt. an Gebäudem.-Betriebsko. Kalt
							- 45.000									
							- 45.000								angenommen 12 / 0 / 0	
							- 45.000								angenommen 8 / 0 / 2	
137	510-4204	JFE Mühle	JHA BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Aussetzen Jugendzentrumsbetrieb Neustadtmühle in 2016											einmalig	445528 Erst.an Gebäudem.- Verwalterpauschale
							- 1.400									
							- 1.400								angenommen 12 / 0 / 0	
							- 1.400								angenommen 8 / 0 / 2	

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands	
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			Dauer
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

	Diverse					0	- 600	0	- 600	0	- 600	0	- 600		

138	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Einsparung erfolgt prozentual bei sämtlichen Ansätzen des Teilhaushaltes										dauerh.	diverse Sachkonten
			PIUA				- 600		- 600		- 600		- 600		
							- 600		- 600		- 600		- 600		angenommen 10 / 0 / 0

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

	Diverse					0	- 65.900	0	- 65.900	0	- 65.900	0	- 65.900		

139	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Einsparung erfolgt prozentual bei sämtlichen Ansätzen des Teilhaushaltes. Für den FB 61 war ursprünglich ein Konsolidierungsbetrag bei den Aufwandsbudgets von 51.500 € vorgesehen. Darüber hinaus werden zusätzlich 14.400 € als Kompensation für nicht erbrachte Einsparungen des Ref. 0600 im Investitionsmanagement eingespart.										dauerh.	diverse Sachkonten
			PIUA				- 65.900		- 65.900		- 65.900		- 65.900		
							- 65.900		- 65.900		- 65.900		- 65.900		angenommen 10 / 0 / 0

	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		632.000	732.000	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0		

140	1.51.5111.03	Bebauungsplanung		Planungsleistungen, Gutachten, etc. im Rahmen der Bebauungsplanverfahren Holzmoor-Nord, Wilhelmstraße-Nord, Mittelweg-Südwest und Rautheimer Kaserne werden künftig von der Stadt erbracht bzw. beauftragt und bezahlt. Anschließend erfolgt eine Erstattung durch die jeweilige Vorhabenträgerin. Den Erträgen stehen demnach entsprechende Aufwendungen gegenüber (siehe unten). Bislang sah das Verfahren vor, dass die Erbringung von Planungsleistungen an die Vorhabenträgerin übertragen wurde, die ihrerseits die erforderlichen Beauftragungen vorgenommen hat.										dauerh.	348710 Erstattung von privaten Unternehmen
			PIUA			+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000			
						+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000			angenommen 5 / 4 / 1

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		3.465.300	3.565.300	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000		

141	1.51.5111.03	Bebauungsplanung		Planungsleistungen, Gutachten, etc. im Rahmen der Bebauungsplanverfahren Holzmoor-Nord, Wilhelmstraße-Nord, Mittelweg-Südwest und Rautheimer Kaserne werden künftig von der Stadt erbracht bzw. beauftragt und bezahlt. Anschließend erfolgt eine Erstattung durch die jeweilige Vorhabenträgerin. Den Aufwendungen stehen demnach entsprechende Erträge gegenüber (siehe oben). Bislang sah das Verfahren vor, dass die Erbringung von Planungsleistungen an die Vorhabenträgerin übertragen wurde, die ihrerseits die erforderlichen Beauftragungen vorgenommen hat.										dauerh.	443140 Prüfungs- und Beratungskosten
			PIUA			+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000			
						+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000			angenommen 6 / 4 / 1

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		2.902.000	3.162.000	260.000	0	510.000	0	510.000	0	510.000	0		
142	1.54.5460.01	Parkraumbewirtschaftung	BA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Anhebung der Parkgebühren und Ausweitung der Benutzungszeiten zum 1. Juli 2016										dauerh.	332120 Benutzungsgebühren Parkautomaten
						+ 250.000		+ 500.000		+ 500.000		+ 500.000			
						<u>+ 250.000</u>		<u>+ 500.000</u>		<u>+ 500.000</u>		<u>+ 500.000</u>			angenommen 8 / 0 / 2
143	1.12.1223.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	BA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Mehrerträge aufgrund der vorgesehenen Änderung der Sondernutzungsgebührenordnung (vgl. Vorlage 15-01048, die sich derzeit im Gremienlauf befindet)										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000			
						<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>			angenommen 8 / 0 / 2
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.967.000	4.947.100	0	- 19.900	0	- 19.900	0	- 19.900	0	- 19.900		
144	1.51.5115.01	Verkehrsplanung	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Es ist eine Absenkung der Planungskosten möglich.										dauerh.	427115 Planungskosten
							- 19.900		- 19.900		- 19.900		- 19.900		
							<u>- 19.900</u>		<u>- 19.900</u>		<u>- 19.900</u>		<u>- 19.900</u>		angenommen 8 / 0 / 2
	18	Transferaufwendungen		87.800	86.400	0	- 1.400	0	- 1.400	0	- 1.400	0	- 1.400		
145	1.55.5521.01	Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Anpassung an erwartete Rate										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen
							- 1.400		- 1.400		- 1.400		- 1.400		
							<u>- 1.400</u>		<u>- 1.400</u>		<u>- 1.400</u>		<u>- 1.400</u>		angenommen 8 / 0 / 2

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		18.300.200	17.212.800	0	- 1.087.400	0	- 821.900	0	- 351.900	0	- 351.900		
146	1.54.5400.02	Bereitstellung von Straßen/Wegen/Plätzen	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Infolge einer Angemessenheitsprüfung ist eine Absenkung bei der Erstattung an die Sonderrechnung Abfallwirtschaft für Straßenreinigung und an ALBA für Winterdienst um 351.900 € möglich.										dauerh.	445533 Erstattungen an verbundene Unternehmen - öff. Anteil Straßenreinigung
							- 351.900		- 351.900		- 351.900		- 351.900		
							- 351.900		- 351.900		- 351.900		- 351.900		angenommen 8 / 0 / 2
147	1.54.5400.02	Bereitstellung von Straßen/Wegen/Plätzen	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Es ist eine einmalige Absenkung des Ansatzes bei den Erstattungen an BELLIS möglich, da die Ansatzserhöhungen in der Vergangenheit über den tatsächlich eingetretenen Entgelterhöhungen lagen.										einmalig	445710 Erstattungen an private Unternehmen
							- 265.500		0		0		0		
							- 265.500		0		0		0		angenommen 8 / 0 / 2
148	1.54.5400.02	Bereitstellung von Straßen/Wegen/Plätzen	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Senkung des öffentlichen Anteils Straßenentwässerung										2 Jahre	445716 Erstattungen an private Unternehmen - öff. Anteil Straßenentwässerung
							- 470.000		- 470.000		0		0		
							- 470.000		- 470.000		0		0		angenommen 8 / 0 / 2
<u>Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport</u>															
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		1.547.500	1.733.200	185.700	0	202.600	0	202.600	0	202.600	0		
149	1.42.4241.03.02	Sportanlagen	SpA	Haushaltskonsolidierung Im Jahr 2014 hatten einige Sportvereine ihre Sportanlagen an die Stadt Braunschweig zurückgegeben. Für die Nutzung dieser Sportanlagen zahlen die Vereine nun eine Benutzungsgebühr. Dies war im Haushaltsplanentwurf bislang nicht berücksichtigt.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren
						+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000			
						+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000			angenommen 9 / 0 / 0
150	1.55.5530	Friedhofs- und Bestattungswesen	GA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Anpassung der Friedhofs- und Bestattungsgebühren Für das Jahr 2016 wird von einer Anpassung zur Jahresmitte ausgegangen.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren
						+ 120.000		+ 240.000		+ 240.000		+ 240.000			
						+ 120.000		+ 120.000		+ 120.000		+ 120.000			angenommen 10 / 0 / 0
151	1.42.4241.03	Sportstättenvergabe	SpA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Anpassung der Benutzungsgebühren für die städtischen Sporteinrichtungen Es wird von einer Anpassung im Frühjahr 2016 ausgegangen.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren
						+ 50.700		+ 67.600		+ 67.600		+ 67.600			
						+ 50.700		+ 67.600		+ 67.600		+ 67.600			angenommen 8 / 1 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	6	Privatrechtliche Entgelte		643.100	681.100	38.000	0	33.800	0	33.800	0	33.800	0		
152	1.42.4241.02.03	Sportstätten (Verpachtung)	SpA	Haushaltskonsolidierung Einplanung von Mehrerträgen aufgrund der bisherigen Istwerte 2015 und der Anpassung des Mietvertrages mit einem Sportverein										dauerh.	341110 Mieten und Pachten
						+ 29.500		+ 29.500		+ 29.500		+ 29.500			
						<u>+ 29.500</u>		<u>+ 29.500</u>		<u>+ 29.500</u>		<u>+ 29.500</u>			angenommen 9 / 0 / 0
153	1.55.5510.12.01	Sanierung/Unterhaltung von Kleingartenanlagen	GA	Haushaltskonsolidierung Aufgrund der Istwerte 2015 zu erwartende Mehrerträge										dauerh.	341110 Mieten und Pachten
						+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300			
						<u>+ 4.300</u>		<u>+ 4.300</u>		<u>+ 4.300</u>		<u>+ 4.300</u>			angenommen 10 / 0 / 0
154	1.55.5530.12.01	Bereitstellung einer Dienstwohnung	GA	Haushaltskonsolidierung Aufgrund der Istwerte 2015 zu erwartende Mehrerträge										einmalig	341110 Mieten und Pachten
						+ 4.200		0		0		0			
						<u>+ 4.200</u>		<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>			angenommen 10 / 0 / 0
	13	Aufwendungen für aktives Personal		11.640.656	11.635.356	0	- 5.300	0	- 5.300	0	- 5.300	0	- 5.300		
155	1.55.5540.07.01	Pflege/Entw./Verkehrss.v.Wildgehege	GA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Das Arbeitsverhältnis mit dem Wildpfleger ist zum 31.03.2016 gekündigt. Die regelmäßige Kontrolle der Tiere auf ihren Gesundheitszustand und die Fütterung wird nun von einem Mitarbeiter aus dem Bereich Natur- und Landschaftsschutz durchgeführt. Dies hat zur Folge, dass andere Instandsetzungs- und Verkehrssicherungsmaßnahmen im Naturschutzgebiet Riddagshausen nicht durchgeführt werden können. Mit der Regulierung des Tierbestands wird ein Jäger beauftragt.										dauerh.	401910 Beschäftigungsentgelte
							- 5.300		- 5.300		- 5.300		- 5.300		
						<u>- 5.300</u>		<u>- 5.300</u>		<u>- 5.300</u>		<u>- 5.300</u>			angenommen 9 / 0 / 1

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.665.900	4.660.900	0	- 5.000	0	2.500	0	2.500	0	2.500		
156	670-4701	Sportstättenpflege	SpA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Einsparung, da ein spezieller Rasenmäher inkl. Zubehör bereits in 2015 erworben wurde										dauerh.	423210 Leasing
							- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		
							- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		angenommen 9 / 0 / 0
157	670-2030	LSG/NSG/Stadtwald	GA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Durch die Optimierung des Fahrzeugbestandes wird im Jahr 2016 versucht, auf Fahrzeuge zu verzichten.										einmalig	423210 Leasing
							- 1.000		0		0		0		
							- 1.000		0		0		0		angenommen 9 / 0 / 1
158	670-3139	Sonst. Friedhofsanlagen SFH	GA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Durch die Optimierung des Fahrzeugbestandes wird im Jahr 2016 versucht, auf Fahrzeuge zu verzichten.										einmalig	423210 Leasing
							- 4.500		0		0		0		
							- 4.500		0		0		0		angenommen 10 / 0 / 0
159	670-2200	Sonderbereiche	GA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Durch die Optimierung des Fahrzeugbestandes wird im Jahr 2016 versucht, auf Fahrzeuge zu verzichten.										einmalig	423210 Leasing
							- 2.000		0		0		0		
							- 2.000		0		0		0		angenommen 10 / 0 / 0
160	1.42.4210.02.02	Ehrungen	SpA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Aufwendungen für die Sportlehrerung werden aufgrund eines neuen Veranstaltungskonzeptes um 10.000 € auf 15.000 € reduziert.										dauerh.	427140 Veranstaltungen
							- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		
							- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		angenommen 9 / 0 / 0
161	1.55.5510.11.01	Fuhrparkmanagement	GA	Die Provision für den Verkauf von Fahrzeugen und Maschinen über die bundeseigene Treuhandgesellschaft Vebeg (9% des Verkaufserlöses) kann aufgrund der Haushaltskonsolidierung nicht wie geplant aus dem Budget finanziert werden.										dauerh.	424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten
							+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500		
							+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500		angenommen 10 / 0 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		2.046.400	2.000.000	0	- 46.400	0	0	0	0	0	0		
162	1.55.5510.12.01	Sanierung/Unterhaltung von Kleingartenanlagen	GA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Der Zuschuss für die Bereitstellung des Lehr- und Versuchsgartens des Landesverbandes der Gartenfreunde wird einmalig um 5% gekürzt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							- 1.300		0		0		0		
							- 1.300		0		0		0		angenommen 10 / 0 / 0
163	1.42.4210.01.02	Unterhaltung	SpA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Unterhaltungszuschüsse im Sport werden einmalig um 5% gekürzt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							- 45.100		0		0		0		
							- 45.100		0		0		0		angenommen 8 / 0 / 2
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		2.884.500	2.867.000	0	- 17.500	0	- 2.500	0	- 2.500	0	- 2.500		
164	1.42.4241.03.01	Sporthallen	SpA BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Aufwendungen für die Sporthallenreinigungen werden um 5% reduziert.										dauerh.	445531 Erstattungen an die Sonderrechnung Gebäudemanagement - außerschul. Leist.
							- 2.500		- 2.500		- 2.500		- 2.500		
							- 2.500		- 2.500		- 2.500		- 2.500		angenommen 10 / 0 / 0
						- 2.500		- 2.500		- 2.500		- 2.500		angenommen 8 / 0 / 2	
165	1.55.5550.01.01	Pflege/Entw./Verkehrss.v.Wil dgehege	GA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Bewirtschaftung des Stadtwaldes wird für ein Jahr ausgesetzt.										einmalig	445110 Erstattung an das Land
							- 15.000		0		0		0		
							- 15.000		0		0		0		angenommen 10 / 0 / 0

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Veränderungen in €											Art des Ertrages/Aufwands
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Dauer	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Stst. 0800 - Wirtschaftsdezernat

	18	Transferaufwendungen		490.000	491.000	0	1.000	0	1.000	0	1.000	0	1.000		
166	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing		Zuschuss an die Allianz für die Region GmbH zur Umsetzung des „Entwicklungsplanes Regionalmarketing“ Es soll durch Imagekampagnen (u. a. Aufbau Filmregion, Imagepakete in Form von Broschüren, Hörbüchern, Filmen) eine gezielte Stärkung der Region erfolgen. Die Thematik „Regionalmarketing schafft Image“ wurde von der Geschäftsleitung der Allianz für die Region GmbH in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 5. Februar 2016 ausführlich vorgestellt und positiv aufgenommen.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		
167	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung der Mittel für Zuschüsse aus dem Existenzgründerfonds										dauerh.	431710 Zuschuss an private Unternehmen
			WA				- 6.000		- 6.000		- 6.000		- 6.000		
							- 6.000		- 6.000		- 6.000		- 6.000		angenommen 9 / 0 / 0
168	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung der Mittel für die übrigen Zuschüsse										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			WA				- 23.000		- 23.000		- 23.000		- 23.000		
							- 23.000		- 23.000		- 23.000		- 23.000		angenommen 9 / 0 / 0

Alle Teilhaushalte

	Diverse					0	- 1.956.853	0	305.647	0	- 115.424	0	- 184.698		
169	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Rücknahme der pauschalen Steigerung der Aufwandsbudgets in den Folgejahren (564.500 € p. a.)					- 564.500		- 1.129.000		- 1.693.500	dauerh.	diverse Sachkonten
			AFSG						- 564.500		- 1.129.000		- 1.693.500		angenommen 10 / 1 / 0
			BA						- 564.500		- 1.129.000		- 1.693.500		angenommen 8 / 0 / 2
			GA						- 564.500		- 1.129.000		- 1.693.500		angenommen 9 / 0 / 1
			PIUA						- 564.500		- 1.129.000		- 1.693.500		angenommen 11 / 0 / 0
170	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Personalaufwendungen Der Gesetzgeber beabsichtigt, den Kommunen die Angleichung der LoB-Zahlungen für Beamte an die tariflichen Regelungen zu ermöglichen. Eine rechtliche Verpflichtung soll jedoch nicht bestehen. In der Haushaltsplanung war die Aufstockung des bisherigen Ansatzes um 670.000 € auf insgesamt 950.000 € vorgesehen. Auch vor dem Hintergrund der bislang fehlenden rechtlichen Regelung soll nunmehr nur der ursprüngliche Betrag von 280.000 € verbleiben, um LoB-Zahlungen an die leistungsstärksten Beamten auch weiterhin zu ermöglichen.					- 670.000		- 670.000		- 670.000	dauerh.	diverse Sachkonten

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. - Gesamtergebnis 7 / 0 / 4

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
171	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Personalaufwendungen Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) hat mitgeteilt, dass die Quote für das Sanierungsgeld von derzeit 2% der Tarifentgelte auf 0, 14% ab dem Haushaltsjahr 2016 gesenkt wird. Dies führt zu: Einsparungen i. H. v. 1,03 Mio. € pro Jahr. Einmalig werden für vergangene Jahre 3,12 Mio. € in 2016 erstattet.										dauerh.	diverse Sachkonten
							- 4.150.000		- 1.030.000		- 1.030.000		- 1.030.000		
172	Diverse			Mehrbedarfe Personalaufwand Der Mehrbedarf entsteht insbesondere durch weitere Stellenschaffungen (ohne Stellen für Flüchtlingsthematik).										dauerh.	diverse Sachkonten
							+ 1.190.300		+ 1.969.100		+ 1.969.100		+ 1.969.100		
173	Diverse			Mehrbedarfe Personalarückstellungen Anpassung der Zuführung zu den Personalarückstellungen aufgrund des aktuellen Gutachtens. Dem Mehrbedarf in den Jahren 2016-2019 steht eine geringere Zuführung i. H. v. rd. 3,1 Mio. € im Jahr 2015 gegenüber.										dauerh.	405110 Rückstellungen für Pensionen Beamte 406110 Rückstellungen für Beihilfen
							+ 1.672.847		+ 601.047		+ 744.476		+ 1.239.702		
174	Diverse			Zusätzliche Veränderungen beim Personalaufwand entsprechend der Stellenplanvorlage zum Haushalt (ohne Stellen für Flüchtlingsthematik). Hierin enthalten sind die o. g. Stellenschaffungen bzw. -wegfälle.										dauerh.	diverse Sachkonten
							- 17.500		+ 205.200		+ 205.200		+ 205.200		
Gesamt (+) mehr/(-) weniger						- 16.439.200	- 9.432.553	- 15.442.000	- 4.797.809	- 12.177.100	- 13.729.449	- 20.014.400	- 4.682.204		
(-) Entlastung/(+) Belastung						+ 7.006.647		+ 10.644.191		- 1.552.349		+ 15.332.196		+	31.430.685

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		9.797.600	9.797.600	0	0	0	0	0	0	0	0		
1	1.36.3630.11.02	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	JHA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Erstattung Verwaltungspauschale UmF - Nach ersten Meldungen wird eine Verwaltungspauschale von 2.000 € pro Person gezahlt. Bei aktuell 250 Fällen ergibt sich ein Erstattungspotenzial von 500.000 €.										einmalig	314110 Zuweisungen vom Land
						+ 500.000									
						+ 500.000									angenommen 13 / 0 / 0
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		3.938.700	5.314.400	1.375.700	0	1.505.700	0	1.505.700	0	1.505.700	0		
2	1.36.3670.01.01	Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper	JHA	Miete KJSH Hebbelstraße Einnahmen zur Deckung der Aufwendungen beim FB 65										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 11.700		+ 11.700		+ 11.700		+ 11.700			
						+ 11.700		+ 11.700		+ 11.700		+ 11.700			angenommen 13 / 0 / 0
3	1.36.3670.01.01	Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Wachschutz Ölper										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000			
						+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000			angenommen 13 / 0 / 0
4	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Benutzungsentgelte Flüchtlingsunterkunft Pippelweg										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 130.000		+ 260.000		+ 260.000		+ 260.000			
						+ 130.000		+ 260.000		+ 260.000		+ 260.000			angenommen 13 / 0 / 0
5	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Benutzungsentgelte für die Neustadtmühle, u.a. für den Wachschutz										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 860.000		+ 860.000		+ 860.000		+ 860.000			
						+ 860.000		+ 860.000		+ 860.000		+ 860.000			angenommen 13 / 0 / 0
6	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Benutzungsentgelte Predigerseminar										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
						+ 284.000		+ 284.000		+ 284.000		+ 284.000			
						+ 284.000		+ 284.000		+ 284.000		+ 284.000			angenommen 13 / 0 / 0

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
7	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Einnahmen zur Deckung der Aufwendungen für aktives Personal (zusätzliche Personalkosten im Zusammenhang mit Stellenschaffungen für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge); siehe Personalaufwand in lfd. Nr. 23										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		
			FPA			+ 3.861.550		+ 4.062.400		+ 4.062.400		+ 4.062.400			angenommen 13 / 0 / 0		
						+ 3.861.550		+ 4.062.400		+ 4.062.400		+ 4.062.400					
				Zur Sitzung des FPA wurde eine betragliche Anpassung vorgenommen - s. hierzu auch 1. Ergänzung zu Anlage 4.2.2													
						+ 4.524.550		+ 6.049.200		+ 6.049.200		+ 6.049.200			angenommen 11 / 0 / 0		
	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		7.242.000	26.442.000	+ 19.200.000	0	+ 19.200.000	0	+ 19.200.000	0	+ 19.200.000	0				
8	1.36.3630.11.02	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Sonderbudget UmF - Aufstockung auf insgesamt 23,2 Mio. €										dauerh.	348110 Erstattungen vom Land		
						+ 19.200.000		+ 19.200.000		+ 19.200.000		+ 19.200.000			angenommen 13 / 0 / 0		
						+ 19.200.000		+ 19.200.000		+ 19.200.000		+ 19.200.000					
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.786.250	3.620.250	0	+ 834.000	0	+ 854.000	0	+ 854.000	0	+ 854.000				
9	1.36.3630.16.05	Sozialraumarbeit	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Minderaufwendungen zur Deckung der Beschaffungskosten eines Dienstfahrzeugs zur Nutzung im Zusammenhang mit der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (Proj. 5S.510002.00.510.003, Konto 783110, s. hierzu auch Anlage 3.3)										einmalig	427140 Veranstaltungen		
							- 20.000								angenommen 13 / 0 / 0		
							- 20.000										
10	1.36.3670.01.01	Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Wachschutz Ölper										dauerh.	443175 Sonst. Geschäftsaufwendungen		
							+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000		angenommen 13 / 0 / 0		
							+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000				
11	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Neustadtmühle										dauerh.	427125 Lebensmittel		
							+ 148.000		+ 148.000		+ 148.000		+ 148.000		angenommen 13 / 0 / 0		
							+ 148.000		+ 148.000		+ 148.000		+ 148.000				
12	1.36.3670.01.03	Inobhutnahme UmF in sonst städt. Einrichtungen	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Neustadtmühle										dauerh.	427155 Sonstige Verbrauchsmittel		
							+ 124.000		+ 124.000		+ 124.000		+ 124.000		angenommen 13 / 0 / 0		
							+ 124.000		+ 124.000		+ 124.000		+ 124.000				

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
13	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Betriebsaufwendungen (u.a. Dolmetscherkosten, Fahrkarten) Neustadtmühle			+ 312.000		+ 312.000		+ 312.000		+ 312.000	dauerh.	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg
							<u>+ 312.000</u>		<u>+ 312.000</u>		<u>+ 312.000</u>		<u>+ 312.000</u>		angenommen 13 / 0 / 0
14	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Wachschutz Neustadtmühle			+ 180.000		+ 180.000		+ 180.000		+ 180.000	dauerh.	443175 Sonst. Geschäftsaufwendungen
							<u>+ 180.000</u>		<u>+ 180.000</u>		<u>+ 180.000</u>		<u>+ 180.000</u>		angenommen 13 / 0 / 0
15	510-1000	Allgemeine Erziehungshilfe	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Minderaufwendungen zur Deckung der Beschaffungskosten eines Dienstfahrzeugs zur Nutzung im Zusammenhang mit der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (Proj. 5S.510002.00.510.003, Konto 783110, s. hierzu auch Anlage 3.3)			- 20.000							einmalig	427140 Veranstaltungen
							<u>- 20.000</u>								angenommen 13 / 0 / 0
	18	Transferaufwendungen		87.548.500	106.836.500	0	+ 19.288.000	0	+ 19.288.000	0	+ 19.288.000	0	+ 19.288.000		
16	1.36.3630.11.02	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Sonderbudget UmF - Aufstockung auf insgesamt 23,2 Mio. €			+ 19.200.000		+ 19.200.000		+ 19.200.000		+ 19.200.000	dauerh.	433250 JuHiLeist avE/ivE
							<u>+ 19.200.000</u>		<u>+ 19.200.000</u>		<u>+ 19.200.000</u>		<u>+ 19.200.000</u>		angenommen 13 / 0 / 0
17	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Neustadtmühle			+ 88.000		+ 88.000		+ 88.000		+ 88.000	dauerh.	433150 Jugendhilfeleistungen avE
							<u>+ 88.000</u>		<u>+ 88.000</u>		<u>+ 88.000</u>		<u>+ 88.000</u>		angenommen 13 / 0 / 0
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		8.443.900	8.928.900	0	+ 485.000	0	+ 615.000	0	+ 615.000	0	+ 615.000		
18	1.36.3630.11.02	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	JHA BA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) zusätzlicher Büroraumbedarf im Zusammenhang mit der UmF-Betreuung			+ 43.600		+ 43.600		+ 43.600		+ 43.600	dauerh.	445512 Erstattungen an Gebäudemanagement - Miete
							<u>+ 43.600</u>		<u>+ 43.600</u>		<u>+ 43.600</u>		<u>+ 43.600</u>		angenommen 13 / 0 / 0
							<u>+ 43.600</u>		<u>+ 43.600</u>		<u>+ 43.600</u>		<u>+ 43.600</u>		angenommen 10 / 0 / 0

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
19	1.36.3630.11.02	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	JHA BA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) zusätzlicher Büroraumbedarf im Zusammenhang mit der UmF-Betreuung											dauerh.	445517 Erstattungen an Gebäudemanagement - Betriebskosten warm angenommen 13 / 0 / 0 angenommen 10 / 0 / 0
							+ 19.400		+ 19.400		+ 19.400		+ 19.400			
							<u>+ 19.400</u>		<u>+ 19.400</u>		<u>+ 19.400</u>		<u>+ 19.400</u>			
							<u>+ 19.400</u>		<u>+ 19.400</u>		<u>+ 19.400</u>		<u>+ 19.400</u>			
20	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Neustadtmühle											dauerh.	443142 Gerichts- und Anwaltskosten angenommen 13 / 0 / 0
							+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000			
							<u>+ 8.000</u>		<u>+ 8.000</u>		<u>+ 8.000</u>		<u>+ 8.000</u>			
21	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Unterbringungskosten Predigerseminar											dauerh.	443175 Sonstige Geschäftsaufwendungen angenommen 13 / 0 / 0
							+ 284.000		+ 284.000		+ 284.000		+ 284.000			
							<u>+ 284.000</u>		<u>+ 284.000</u>		<u>+ 284.000</u>		<u>+ 284.000</u>			
22	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA BA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Miete für die Flüchtlingsunterkunft Pippelweg											dauerh.	445512 Erstattungen an Gebäudemanagement - Miete angenommen 13 / 0 / 0 angenommen 10 / 0 / 0
							+ 130.000		+ 260.000		+ 260.000		+ 260.000			
							<u>+ 130.000</u>		<u>+ 260.000</u>		<u>+ 260.000</u>		<u>+ 260.000</u>			
							<u>+ 130.000</u>		<u>+ 260.000</u>		<u>+ 260.000</u>		<u>+ 260.000</u>			
	diverse					0	+ 5.605.750	0	+ 7.569.400	0	+ 7.569.400	0	+ 7.569.400			
23	diverse		JHA FPA	Mehrbedarfe Personalaufwand Stellenschaffungen für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ; siehe Mehrerträge in lfd. Nr. 7 Zur Sitzung des FPA wurde eine betragliche Anpassung vorgenommen - s. hierzu auch 1. Ergänzung zu Anlage 4.2.2											dauerh.	diverse Sachkonten angenommen 13 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0
							+ 4.809.750		+ 5.277.800		+ 5.277.800		+ 5.277.800			
							+ 4.809.750		+ 5.277.800		+ 5.277.800		+ 5.277.800			
							<u>+ 5.605.750</u>		<u>+ 7.569.400</u>		<u>+ 7.569.400</u>		<u>+ 7.569.400</u>			
Gesamt (+) mehr/(-) weniger						+ 25.600.250	+ 26.192.750	+ 26.754.900	+ 28.326.400	+ 26.754.900	+ 28.326.400	+ 26.754.900	+ 28.326.400			
(-) Entlastung/(+) Belastung							+ 592.500		+ 1.571.500		+ 1.571.500		+ 1.571.500			

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit																
	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		18.290.000	18.290.000	0	0	2.022.000	0	4.235.000	0	6.231.000	0			
1	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Mehrertrag SGB II - Kosten der Unterkunft/Heizung aufgrund der Flüchtlingsthematik - korrespondierender Anstieg mit den Aufwendungen (s. auch lfd. Nr. 9)											3 Jahre	319110 Leistungsbet. für Unterk.+Heiz. Arbeitssuchende
								+ 2.022.000		+ 4.235.000		+ 6.231.000				
								+ 2.022.000		+ 4.235.000		+ 6.231.000			angenommen 11 / 0 / 0	
	5	Öffentlich-rechtliche Erträge		1.788.200	2.259.200	471.000	0	471.000	0	471.000	0	471.000	0			
2	1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	AfSG	Ertragserhöhung im Zusammenhang mit der steigenden Zahl an Asylbewerberuntersuchungen (Mehraufwendungen siehe lfd. Nm. 5 bis 7)											dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren
						+ 471.000		+ 471.000		+ 471.000		+ 471.000				
						+ 471.000		+ 471.000		+ 471.000		+ 471.000			angenommen 11 / 0 / 0	
3	1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	AfSG	Mehrertrag für 6 neu zu schaffende Stellen für Asylbewerberuntersuchungen (s. auch lfd. Nr. 12)											dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren
						+ 286.000		+ 286.000		+ 286.000		+ 286.000				
						+ 286.000		+ 286.000		+ 286.000		+ 286.000			angenommen 11 / 0 / 0	
	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		92.612.100	97.362.100	4.750.000	0	10.000.000	0	10.000.000	0	10.000.000	0			
4	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	AfSG	Landeserstattung für die Aufnahme von ca. 1.000 Asylbewerbern; tatsächliche Erstattungen erfolgen mit 2-jähriger Verzögerung; Einplanung gem. Landesvorgabe im Jahr der Aufnahme; Es ist eine Erstattung auf der Grundlage des Mittelwertes der Asylbewerberzahl am Ende des Jahres der Aufnahme und des Vorjahres zu erwarten, für 2016 daher nur für 500 Asylbewerber. Den Erstattungen stehen erwartete Aufwendungen von jährlich 15 Mio. € (2016 11,25 Mio. €) gegenüber (siehe lfd. Nm. 8 und 11).											dauerh.	348110 Erstattung v. Land
						+ 4.750.000		+ 10.000.000		+ 10.000.000		+ 10.000.000				
						+ 4.750.000		+ 10.000.000		+ 10.000.000		+ 10.000.000			angenommen 11 / 0 / 0	
	13	Aufwendungen für aktives Personal		18.267.343	18.390.343	0	+ 123.000	0	+ 123.000	0	+ 123.000	0	+ 123.000			
5	1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	AfSG	Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der steigenden Zahl an Asylbewerberuntersuchungen (Mehrerträge siehe lfd. Nr. 2)											dauerh.	401910 Beschäftigungsentgelte
							+ 123.000		+ 123.000		+ 123.000		+ 123.000			
							+ 123.000		+ 123.000		+ 123.000		+ 123.000		angenommen 11 / 0 / 0	

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.077.200	1.425.200	0	+ 348.000	0	+ 348.000	0	+ 348.000	0	+ 348.000			
6	1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	AfSG	Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der steigenden Zahl an Asylbewerberuntersuchungen (Mehrerträge siehe lfd. Nr. 2)											dauerh.	424190 Sonst. Bewirtschaftungskosten
							+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000			
							+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		angenommen 11 / 0 / 0	
7	1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	AfSG	Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der steigenden Zahl an Asylbewerberuntersuchungen (Mehrerträge siehe lfd. Nr. 2)											dauerh.	427135 medizinischer Sachbedarf
							+ 340.000		+ 340.000		+ 340.000		+ 340.000			
							+ 340.000		+ 340.000		+ 340.000		+ 340.000		angenommen 11 / 0 / 0	
	18	Transferaufwendungen		113.514.500	122.681.000	0	9.166.500	0	12.228.300	0	12.228.300	0	12.228.300			
8	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	AfSG	Aufnahme und Betreuung von ca. 1.000 Asylbewerbern in Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. großen Wohneinheiten; Für 2016 werden Kosten für durchschnittlich 750 Asylbewerber zugrunde gelegt, da Zuweisungen verstärkt am Jahresanfang erwartet werden. Es wird von einem jährlichen Aufwand von 15.000 € je Flüchtling ausgegangen, insgesamt von 15 Mio. € (2016 11,25 Mio. €). Der Betrag setzt sich zusammen aus dieser Position und den erhöhten Personalaufwendungen (siehe lfd. Nr. 11). Zu den im Jahr der Flüchtlingsaufnahme einzuplanenden Landeserstattungen siehe lfd. Nr. 4											dauerh.	433940 Sonstige soziale Leistungen AG
							+ 9.446.500		+ 12.599.300		+ 12.599.300		+ 12.599.300			
							+ 9.446.500		+ 12.599.300		+ 12.599.300		+ 12.599.300		angenommen 11 / 0 / 0	
			FPA	Zur Sitzung des FPA wurde eine betragsliche Anpassung vorgenommen. Es wurde eine Reduzierung der Sachkosten zum Ausgleich des Mehraufwands für neu zu schaffende Stellen für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen vorgenommen - s. hierzu auch 1. Ergänzung zu Anlage 4.2.3											dauerh.	
							+ 9.166.500		+ 12.228.300		+ 12.228.300		+ 12.228.300		angenommen 11 / 0 / 0	
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		64.606.400	64.806.400	0	200.000	0	7.017.000	0	14.871.000	0	21.902.000			
9	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Mehrbelastung SGB II - Kosten der Unterkunft/Heizung - Anstieg der Zahl der Bedarfsgemeinschaften aufgrund der Flüchtlingsthematik; Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Unterkunft mit 30,1 % (s. auch lfd. Nr. 1).											dauerh.	446110 Leistungsbet. f. Unterkr.+Heiz. Arbeitss.
									+ 6.717.000		+ 14.071.000		+ 20.702.000			
									+ 6.717.000		+ 14.071.000		+ 20.702.000		angenommen 11 / 0 / 0	
10	1.31.3129.10	Verwalt. d. Grundsich. f. Arb.suchende	AfSG	Mehrbelastung Kommunaler Finanzierungsanteil Jobcenter - Anpassung der Erstattung aufgrund der Flüchtlingsthematik											dauerh.	445810 Erstattung an übrige Bereiche
							+ 200.000		+ 300.000		+ 800.000		+ 1.200.000			
							+ 200.000		+ 300.000		+ 800.000		+ 1.200.000		angenommen 11 / 0 / 0	

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
	diverse					0	+ 2.369.500	0	+ 3.057.700	0	+ 3.057.700	0	+ 3.057.700				
11	diverse, insbesondere 1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	AfSG	Mehrbedarfe Personalaufwand Stellenschaffungen für neu zu schaffende Stellen für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen (s. auch lfd. Nr. 8)										dauerh.	diverse Sachkonten		
							+ 1.803.500		+ 2.400.700		+ 2.400.700		+ 2.400.700				
							+ 1.803.500		+ 2.400.700		+ 2.400.700		+ 2.400.700		angenommen 11 / 0 / 0		
				Zur Sitzung des FPA wurde eine betragliche Anpassung vorgenommen - s. hierzu auch 1. Ergänzung zu Anlage 4.2.3													
			FPA				<u>+ 2.083.500</u>		<u>+ 2.771.700</u>		<u>+ 2.771.700</u>		<u>+ 2.771.700</u>		angenommen 11 / 0 / 0		
12	diverse, insbesondere 1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	AfSG	Mehrbedarfe Personalaufwand Mehraufwand für 6 neu zu schaffende Stellen für Asylbewerberuntersuchungen (s. auch lfd. Nr. 3)										dauerh.	diverse Sachkonten		
							+ 286.000		+ 286.000		+ 286.000		+ 286.000				
							<u>+ 286.000</u>		<u>+ 286.000</u>		<u>+ 286.000</u>		<u>+ 286.000</u>		angenommen 11 / 0 / 0		
Gesamt (+) mehr/(-) weniger						+ 5.507.000	+ 12.207.000	+ 12.779.000	+ 22.774.000	+ 14.992.000	+ 30.628.000	+ 16.988.000	+ 37.659.000				
(-) Entlastung/(+) Belastung						+ 6.700.000		+ 9.995.000		+ 15.636.000		+ 20.671.000					

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
			bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie

15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0	0	0	0	0	0	0	0		
510-3100	Kitas, städtisch	Verschiebung von 5S.510006.00.511. Haushaltsmittel für das Familienzentrum Schwedenheim werden überwiegend für geringwertige Vermögensgegenstände bis 150 € verwendet.				+ 9.800		+ 9.800		+ 9.800		+ 9.800	dauerh.	422210 Geringwertige VG ab 100 bis 150 € netto
5S.510006.00.511	GVG Sammelprojekt Kitas in eigener Verwaltung	Verschiebung auf 422210, KST: 510-3100. Ansatz Familienzentrum Schwedenheim. Verwendung erfolgt überwiegend für Aufwendungen im lfd. Haushalt.				- 9.800		- 9.800		- 9.800		- 9.800	dauerh.	422900 Erwerb Vermögensgegenstände Festwert

Teilhaushalte Politische Gremien, FB 40 - Schule, TH Kultur und Wissenschaft, FB 66 - Tiefbau und Verkehr, FB 67 - Stadtgrün und Sport

Diverse				0	0	0	0	0	0	0	0	0		
		Umsetzung der Mittel der Stadtbezirksräte auf ein Sachkonto im Teilhaushalt Politische Gremien zur Vereinfachung der Bewirtschaftung der Bezirksratsmittel. (Hinweis: Die Aufteilung der Mittel auf die jeweiligen Stadtbezirksräte entsprechend der Ziffer 2.2.3.3 des Vorberichts bleibt bestehen. Auch die Aufteilung nach den verschiedenen Verwendungszwecken wird weiter dargestellt. Für die nicht budgetierten Stadtbezirksräte gilt diese Aufteilung nach Verwendungszweck verbindlich, für budgetierte Stadtbezirksräte bleibt sie als Anhaltspunkt bestehen.)											dauerh.	
5S.400043	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR				-	12.900		- 12.900		- 12.900		- 12.900		422900 Erwerb Vermögensgegenstände Festwert
5S.410008	FB 41: Ortsbüchereien StBezR				-	20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000		422900 Erwerb Vermögensgegenstände Festwert
4S.660015	FB 66: Instandh. Stadtbezirk				-	190.700		- 190.700		- 190.700		- 190.700		421210 Unterhaltung Infrastrukturvermögen
4S.670041	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk				-	9.500		- 9.500		- 9.500		- 9.500		421270 Infrastrukturvermögen - Unterhaltung von Grünanlagen
4S.670044	Grünanlagen-/Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR				-	27.400		- 27.400		- 27.400		- 27.400		Diverse Sachkonten
000 -2112 bis -2332	Kostenstellen der Stadtbezirksräte				-	33.000		- 33.000		- 33.000		- 33.000		431810 Zuschuss an übrige Bereiche
000 -2112 bis -2332	Kostenstellen der Stadtbezirksräte				-	11.900		- 11.900		- 11.900		- 11.900		427130 Repräsentationsaufwendungen
000 -2112 bis -2332	Kostenstellen der Stadtbezirksräte				+	305.400		+	305.400		+	305.400		449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
			bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen			0	+	18.000	0	0	0	0	0		
	1.55.5510.11.01	Fuhrparkmanagement	Mittel für die Erstellung eines konzernweit wirksamen Mobilitätskonzeptes (Umsetzung von nicht mehr benötigten Leasingraten des Teilhaushalts Stst. 0800 - Wirtschaftsdezernat)											443140 Prüfung- und Beratungskosten
						+	18.000		0		0		0	

Teilhaushalt Stst. 0800 - Wirtschaftsdezernat

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	-	18.000	0	0	0	0	0		
	4E.000001.02.505	Metropolregion - Schaufenster Elektromobilität	Umsetzung von Mitteln zum Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport für die Erstellung eines konzernweit wirksamen Mobilitätskonzeptes (hier: nicht mehr benötigte Leasingraten)											421210 Unterhaltung des Infrastrukturvermögens
						-	18.000		0		0		0	
Gesamt					0	0	0	0	0	0	0	0		
Belastung					0		0		0		0			

Anlage 2.5

Finanzhaushalt (inkl. IP)

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
123	5E.20 NEU	NiWo / Kapitalerhöhung	BIBS	bisher 2.500.000 neu 0 Veränderung -2.500.000	0 0	0)	0)	2.500.000)	0)	0)	zusätzliche Haushaltsmittel zur Kapitalerhöhung der NiWo (Hintergrund: Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die NiWo); es soll zeitnah ein Vorschlag zur Umsetzung der Kapitalerhöhung mit konkreten Zahlen zum Umfang sowie einen Zeitplan vorgelegt werden; ein gleichlautender Antrag der BIBS-Fraktion wurde in der Ratssitzung am 2. Juni 2015 zurückgestellt <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 4) der Verwaltung ist für das Jahr 2018 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 2,5 Mio. € geplant. abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen Erweiterung BBS V											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	
124	4E.210116	BBS V/ Erweiterung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 913.400 neu 913.400 Veränderung 0	80.000 80.000	0 320.000	0 418.400	0 95.000	0 0	833.400 0 -833.400	keine Verschiebung der Maßnahmen zur Erweiterung und Sanierung der BBS V, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (11a und 11b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss und Bauausschuss beraten werden. <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist das Projekt auf 2020 ff verschoben worden. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen angenommen 14/4/0 abgelehnt 2/7/1 angenommen 6/5/0
			JHA	0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	
			SchA	0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	
			BA								
			FPA	0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen												
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		1.280.000	1.673.600	380.000	0	-3.333.600													
124	4E.210116	BBS V/ Erweiterung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 3.653.600 neu 3.653.600 Veränderung 0	320.000 320.000	0 1.280.000	0 1.673.600	0 380.000	0 0	3.333.600 -3.333.600	keine Verschiebung der Maßnahmen zur Erweiterung und Sanierung der BBS V, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (11a und 11b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17; der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss und Bauausschuss beraten werden. <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist das Projekt auf 2020 ff verschoben worden. <table><tr><td>VE 2017:</td><td>0</td><td>VE 2017 neu:</td><td>1.673.600</td><td>VE 2017 Veränderung:</td><td>1.673.600</td></tr><tr><td>VE 2018:</td><td>0</td><td>VE 2018 neu:</td><td>380.000</td><td>VE 2018 Veränderung:</td><td>380.000</td></tr></table> JHA 0 1.280.000 1.673.600 380.000 0 -3.333.600 SchA 0 1.280.000 1.673.600 380.000 0 -3.333.600 BA FPA 0 1.280.000 1.673.600 380.000 0 -3.333.600	VE 2017:	0	VE 2017 neu:	1.673.600	VE 2017 Veränderung:	1.673.600	VE 2018:	0	VE 2018 neu:	380.000	VE 2018 Veränderung:	380.000
VE 2017:	0	VE 2017 neu:	1.673.600	VE 2017 Veränderung:	1.673.600																		
VE 2018:	0	VE 2018 neu:	380.000	VE 2018 Veränderung:	380.000																		

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau OGSen Planung Ganztagsbetrieb GS Lehnndorf											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	3E.21 NEU	GS Lehnndorf /Planung Ganztagsbetrieb	SB 321								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung eines Ganztagsbetriebes an der GS Lehnndorf; es soll in Zusammenarbeit mit den Gremien der Schule geprüft werden, inwieweit auch ohne Neubau der Mensa unter Kooperation mit z.B. dem Seniorenzentrum In den Rosenäckern ein Ganztagsbetrieb der GS Lehnndorf umgesetzt werden kann Anmerkung der Verwaltung: Bündnis 90 / Die Grünen hat neben der Planung des Ganztagsbetriebes GS Lehnndorf auch dessen Umsetzung für 2016 beantragt. Für die Planung von OGSen stehen unter dem Projekt 3S.200001 jährlich 50 TEUR zur Verfügung.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			JHA	0		0	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/9/5 abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)
			SchA								
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau und Einrichtung Ganztagsbetrieb GS Stöckheim											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	4E.21 NEU	GS Stöckheim / Ausbau und Einr. Ganztagsbetrieb	SB 211	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erweiterung der GS Stöckheim (Grund: Wachstum des Stadtbezirks) und der Einrichtung eines Ganztagsbetriebes in der GS Stöckheim - siehe auch Zeile 26
				neu	500.000	0	0	500.000	0	0	
				Veränderung	500.000		0	500.000	0	0	
			JHA SchA BA		500.000		0	500.000	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/9/5 abgelehnt 1/9/0
			FPA								NEU Anmerkung der Verwaltung: Ohne Planung ist eine verlässliche Kostenschätzung nicht möglich; nach grober Annahme könnte mit einem max. Kostenrahmen von 2,5 Mio. € (+/- 30 %) gerechnet werden (Anteil Aufwand: 0,5 Mio. € ; Anteil Investition: 2 Mio. €); die Umsetzung der Maßnahme wäre erst ab 2017 realistisch abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
	4E.21 NEU	GS Stöckheim / Ausbau und Einr. Ganztagsbetrieb	SB 211								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	2.000.000	0	0	2.000.000	0	0	0	
			Veränderung	2.000.000		0	2.000.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erweiterung der GS Stöckheim (Grund: Wachstum des Stadtbezirks) und der Einrichtung eines Ganztagsbetriebes in der GS Stöckheim - siehe auch Zeile 17
			JHA	2.000.000		0	2.000.000	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen
			SchA								abgelehnt 0/9/5
			BA								abgelehnt 1/9/0
			FPA								NEU Anmerkung der Verwaltung: Ohne Planung ist eine verlässliche Kostenschätzung nicht möglich; nach grober Annahme könnte mit einem max. Kostenrahmen von 2,5 Mio. € (+/- 30 %) gerechnet werden (Anteil Aufwand: 0,5 Mio. € ; Anteil Investition: 2 Mio. €); die Umsetzung der Maßnahme wäre erst ab 2017 realistisch abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau von zwei weiteren OGS'en (vorrangig GS Lehn Dorf)											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
125	4E.21 NEU	OGSen /Ausbau	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umwandlung weiterer Grundschulen in OGSen für das Haushaltsjahr 2016, um einen bedarfsgerechten Ausbau der Schulkindbetreuungsplätze auf 60% zeitnah zu erreichen; in 2016 soll mit den Planungen und Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen - vorrangig GS Lehn Dorf - begonnen werden - siehe hierzu auch Zeile 26; Der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss beraten werden. <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Eine Kostenschätzung zu den Baukosten als auch den lfd. Kosten liegt noch nicht vor. SB 321 hat zur GS Lehn Dorf einen vergleichbaren Antrag gestellt. angenommen 7/3/2 angenommen 6/4/0 erledigt siehe neuen Antrag Nr. 125 NEU <u>Anmerkung der Verwaltung zum Schulausschuss:</u> Der in dem Beschlussvorschlag vorgesehene Beginn von Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen zur Herrichtung Ganztagsinfrastruktur in 2016 ist nicht möglich, da es hierzu noch keine entsprechenden Planungen gibt. Daher sind im Entwurf des Haushalts 2016 auch keine Haushaltsmittel für die bauliche Umsetzung zur Herrichtung der Ganztagsinfrastruktur an weiteren Grundschulen über die Grundschule Lamme hinaus enthalten. Dieses gilt auch für die Grundschule Lehn Dorf, für die ggf. aus dem Projekt "Planung weiterer Ganztagsgrundschulen-3S.200001" (jährlich 50 TEUR) entsprechende Planungen angestossen werden könnten.
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			JHA	0		*)	0	0	0	0	
			BA	0		*)	0	0	0	0	
			SchA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
125	4E.21 NEU	OGSen /Ausbau	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			JHA	0		*)	0	0	0	0	
			BA	0		*)	0	0	0	0	
			SchA								
											zusätzliche Haushaltsmittel für die Umwandlung weiterer Grundschulen in OGSen für das Haushaltsjahr 2016, um einen bedarfsgerechten Ausbau der Schulkindbetreuungsplätze auf 60% zeitnah zu erreichen; in 2016 soll mit den Planungen und Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen - vorrangig GS Lehn Dorf - begonnen werden - siehe hierzu auch Zeile 17;
											Der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss beraten werden.
											Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung zu den Baukosten als auch den lfd. Kosten liegt noch nicht vor.
											SB 321 hat zur GS Lehn Dorf einen vergleichbaren Antrag gestellt.
											angenommen 7/3/2
											angenommen 6/4/0
											erledigt siehe neuen Antrag Nr. 125 NEU
											Anmerkung der Verwaltung zum Schulausschuss: Der in dem Beschlussvorschlag vorgesehene Beginn von Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen zur Herrichtung Ganztagsinfrastruktur in 2016 ist nicht möglich, da es hierzu noch keine entsprechenden Planungen gibt. Daher sind im Entwurf des Haushalts 2016 auch keine Haushaltsmittel für die bauliche Umsetzung zur Herrichtung der Ganztagsinfrastruktur an weiteren Grundschulen über die Grundschule Lamme hinaus enthalten. Dieses gilt auch für die Grundschule Lehn Dorf, für die ggf. aus dem Projekt "Planung weiterer Ganztags-schulen-3S.200001" (jährlich 50 TEUR) entsprechende Planungen angestossen werden könnten.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau von zwei weiteren OGS'en											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				1.000.000		0	400.000	600.000	0	0	
125 NEU	4E.21 NEU	OGSen /Ausbau	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ändert den eigenen Antrag 125 im Schulausschuss wie folgt: zusätzliche Haushaltsmittel für die Umwandlung weiterer Grundschulen in OGSen für das Haushaltsjahr 2016, um einen bedarfsgerechten Ausbau der Schulkindbetreuungsplätze auf 60% zeitnah zu erreichen; in 2016 soll mit den Planungen und Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen - vorrangig- GS-Lehndorf- begonnen werden; als Beträge sollen für 2017 Mittel in Höhe von 400 TEUR und für 2018 in Höhe von 600 TEUR für bauliche Maßnahmen an 2 Schulen für den OGS-Ausbau eingeplant werden - siehe hierzu auch Zeile 26; <u>Anmerkung der Verwaltung zum Schulausschuss:</u> Der in dem Beschlussvorschlag vorgesehene Beginn von Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen zur Herrichtung Ganztagsinfrastruktur in 2016 ist nicht möglich, da es hierzu noch keine entsprechenden Planungen gibt. Daher sind im Entwurf des Haushalts 2016 auch keine Haushaltsmittel für die bauliche Umsetzung zur Herrichtung der Ganztagsinfrastruktur an weiteren Grundschulen über die Grundschule Lamme hinaus enthalten. Dieses gilt auch für die Grundschule Lehndorf, für die ggf. aus dem Projekt "Planung weiterer Ganztagschulen-3S.200001" (jährlich 50 TEUR) entsprechende Planungen angestossen werden könnten.
			neu	1.000.000	0	0	400.000	600.000	0	0	
			Veränderung	1.000.000		0	400.000	600.000	0	0	
			SchA	0		0	400.000	600.000	0	0	angenommen 14/3/0 <u>NEU: Anmerkung der Verwaltung zum FPA:</u> Ohne konkrete Schulvorschläge ist eine realistische Kostenschätzung kaum möglich. Unabhängig davon könnte im ersten Schritt mit einer groben Kostenschätzung von max. 2, 5 Mio. € je Schule (+/- 30 %) gerechnet werden (Anteil Aufwand: 1 Mio. € ; Anteil Investition: 4 Mio. €). Für die lfd. Kosten liegt uns noch keine Kostenschätzung vor. Die im Fraktionsantrag genannten Baukosten in Höhe von 1 Mio. € für 2 Schulen erscheinen nicht auskömmlich.
			FPA	<u>1.000.000</u>		<u>0</u>	<u>400.000</u>	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Schulsanierungsprogramm											
Sanierung Grundschule Mascheroder Holz											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
4E.21 NEU	GS Mascheroder Holz / Sanierung Sanitäranlagen		SB 213								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung der sanitären Anlagen in der Grundschule Mascheroder Holz für das Haushaltsjahr 2016 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor. abgelehnt 0/8/6 abgelehnt 0/7/3 abgelehnt **)
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			SchA								
			BA								
			FPA								
Sanierung GS Melverode											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
4E.210134	GS Melverode / Sanierung		SB 212								
			bisher	794.000	8.000	0	60.000	280.000	329.400	116.600	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Melverode von 2016 auf 2017, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (29a und 29b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde der Beginn des Projekts von 2016 auf 2017 verschoben. abgelehnt 0/7/10 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)
			neu	794.000	8.000	27.000	180.000	360.000	219.000	0	
			Veränderung	0		27.000	120.000	80.000	-110.400	-116.600	
			SchA								
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0		
	4E.210134	GS Melverode / Sanierung	SB 212	bisher	3.516.200	372.000	0	240.000	1.120.000	1.317.600	466.600	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Melverode von 2016 auf 2017, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (29a und 29b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde der Beginn des Projekts von 2016 auf 2017 verschoben. abgelehnt 0/7/10 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)
				neu	3.516.200	372.000	108.000	720.000	1.440.000	876.200	0	
				Veränderung	0		108.000	480.000	320.000	-441.400	-466.600	
				SchA								
				BA								
			FPA									
Sanierung Grundschule Waggum												
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit												
17		(Veränderungen)		0		0	0	0	0	0		
	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	SB 112	bisher	644.400	0	0	0	50.000	594.400	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat, da nebenan eine Flüchtlingsunterkunft gebaut werden soll - siehe hierzu auch Zeile 26; <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor. angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0	
				neu	644.400	0	0	0	24.000	224.000		396.400
				Veränderung	0		0	0	24.000	174.000		-198.000
				SchA								
				BA								
			FPA									

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
126-1	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 644.400 neu 644.400 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 24.000	50.000 224.000	594.400 396.400 -198.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor. angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	SB 112	bisher 2.577.600 neu 2.577.600 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 96.000	200.000 896.000	2.377.600 1.585.600 -792.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat, da nebenan eine Flüchtlingsunterkunft gebaut werden soll - siehe hierzu auch Zeile 17; Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor. angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0
			SchA BA FPA	0		0	0	96.000	696.000	-792.000	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
126-1	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 2.577.600 neu 2.577.600 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 96.000	200.000 896.000	2.377.600 1.585.600 -792.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor.
			SchA BA FPA	0	0	0	0	96.000	696.000	-792.000	angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Grundschule Büldenweg											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
126-1	4E.210146	GS Büldenweg / Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 706.000 neu 706.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 30.000	60.000 230.000	646.000 446.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Büldenweg von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (35a und 35b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. abgelehnt 6/7/5 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
126-1	4E.210146	GS Büldenweg / Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 2.824.000 neu 2.824.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 120.000	240.000 920.000	2.584.000 1.784.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Büldenweg von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (35a und 35b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. abgelehnt 6/7/5 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Grundschule Querum											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	SB 112								
			bisher	502.000	0	0	0	0	50.000	452.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat, da entsprechende Kapazitäten bei erhöhten Schülerzahlen erforderlich sind - siehe hierzu auch Zeile 26 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor. angenommen 8/7/2 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0
			neu	502.000	0	0	0	24.000	224.000	254.000	
			Veränderung	0		0	0	24.000	174.000	-198.000	
			SchA	0		0	0	24.000	174.000	-198.000	angenommen 8/7/2 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0
			BA								
			FPA								
126-1	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	502.000	0	0	0	0	50.000	452.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor. angenommen 8/7/2 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0
			neu	502.000	0	0	0	24.000	224.000	254.000	
			Veränderung	0		0	0	24.000	174.000	-198.000	
			SchA	0		0	0	24.000	174.000	-198.000	
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	SB 112								
			bisher	2.008.000	0	0	0	0	200.000	1.808.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat, da entsprechende Kapazitäten bei erhöhten Schülerzahlen erforderlich sind - siehe hierzu auch Zeile 17 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor.
			neu	2.008.000	0	0	0	96.000	896.000	1.016.000	
			Veränderung	0		0	0	96.000	696.000	-792.000	
			SchA	0		0	0	96.000	696.000	-792.000	angenommen 8/7/2
			BA								abgelehnt 3/7/0
			FPA								abgelehnt 3/8/0
126-1	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	2.008.000	0	0	0	0	200.000	1.808.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor.
			neu	2.008.000	0		0	96.000	896.000	1.016.000	
			Veränderung	0		0	0	96.000	696.000	-792.000	
			SchA	0		0	0	96.000	696.000	-792.000	angenommen 8/7/2
			BA								abgelehnt 3/7/0
			FPA								abgelehnt 3/8/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung BBS V Abt. Leohnhardstraße											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
126-1	4E.210151	BBS V Abt. Leonardstraße/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 340.000 neu 340.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 24.000	40.000 224.000	300.000 92.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme BBS V Abt. Leonhardstraße von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (40a und 40b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben.
			SchA BA FPA	0	0	0	24.000	184.000	-208.000	-208.000	angenommen 9/7/2 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
126-1	4E.210151	BBS V Abt. Leonardstraße/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 1.360.000 neu 1.360.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 96.000	160.000 896.000	1.200.000 368.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme BBS V Abt. Leonhardstraße von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (40a und 40b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben.
			SchA BA FPA	0	0	0	96.000	736.000	-832.000	-832.000	angenommen 9/7/2 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Feuerwehrgerätehaus Timmerlah											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
3E.210004	Feuerwehrgerätehaus Timmerlah /Vorplanung	SB 222		bisher 100.000	0	0	100.000	0	0	0	keine Verschiebung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah auf 2020 - siehe auch Zeile 26
				neu 0	0	0	0	0	0	0	
				Veränderung 100.000		0	-100.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Die von der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen eingeplanten Planungsmittel für 2017 können entfallen, da gemäß Antrag des SB 222 die gesamte Baumaßnahme ab 2016 wieder neu eingeplant werden soll.
		FwA									abgelehnt 0/7/2
		BA									abgelehnt 1/8/1
		FPA									abgelehnt **)
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
5E.210144	Feuerwehrgerätehaus Timmerlah /Neubau	SB 222		bisher 700.000	0	0	0	0	0	700.000	keine Verschiebung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah auf 2020 - siehe auch Zeile 17
				neu 800.000	0	160.000	600.000	40.000	0	0	
				Veränderung 100.000		160.000	600.000	40.000	0	-700.000	Anmerkung der Verwaltung: Die von der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen eingeplanten Planungsmittel unter dem Projekt 3E.210004 für 2017 können entfallen
		FwA									abgelehnt 0/6/3
		BA									abgelehnt 1/8/1
		FPA									abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Einrichtung 6. IGS											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
127	4E.21 NEU	6. IGS / Einrichtung	Die Linke	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Einrichtung einer weiteren integrierten Gesamtschule gemäß dem niedersächsischen Schulgesetz zum Schuljahr 2017/2018
				neu	0	0	*)	*)	0	0	
				Veränderung	0		*)	*)	0	0	
			SchA								abgelehnt 1/7/6
			BA								abgelehnt 1/9/0
			FPA								abgelehnt **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
127	4E.21 NEU	6. IGS / Einrichtung	Die Linke	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Einrichtung einer weiteren integrierten Gesamtschule gemäß dem niedersächsischen Schulgesetz zum Schuljahr 2017/2018
				neu	0	0	*)	*)	0	0	
				Veränderung	0		*)	*)	0	0	
			SchA								abgelehnt 1/7/6
			BA								abgelehnt 1/9/0
			FPA								abgelehnt **)

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Stadthalle											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
163 Neu	3E.21 NEU	Stadthalle /Planung Sanierungsmodelle (auch PPP)	CDU	bisher 400.000 neu 400.000 Veränderung 0	0 0	200.000 200.000 0	0 200.000 -200.000	200.000 0	0 0	0 0	Vorziehen der Haushaltsmittel für die Planung der Sanierung der Stadthalle von 2018 auf das Haushaltsjahr 2017 Die Sanierung muss ganzheitlich und im Kontext mit dem Abriss sowie Neubau des Parkdecks und der Errichtung des neuen Hotels an der Stadthalle gesehen werden; eine Sanierung über vermutlich mehr als vier Jahre wäre schädlich für unsere Stadthalle und ihre Vermarktungschancen am Markt. Die Sanierung muss daher in möglichst geringem zeitlichen Aufwand erfolgen.
			FPA								abgelehnt 4/7/0
164 Neu	4E.21 NEU	Stadthalle / Sanierung der Fassade	CDU	bisher 8.800.000 neu 8.800.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 3.800.000	0 5.000.000	8.800.000 0	Vorziehen der Haushaltsmittel für die Sanierung der Fassade der Stadthalle von 2020 auf die Haushaltsjahre 2018 und 2019 Die Sanierung muss ganzheitlich und im Kontext mit dem Abriss sowie Neubau des Parkdecks und der Errichtung des neuen Hotels an der Stadthalle gesehen werden; eine Sanierung über vermutlich mehr als vier Jahre wäre schädlich für unsere Stadthalle und ihre Vermarktungschancen am Markt. Die Sanierung muss daher in möglichst geringem zeitlichen Aufwand erfolgen.
			FPA								abgelehnt 4/7/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
165 neu	4E.21 NEU	Stadthalle / Sanierung der technischen Gebäudeausrüstung	CDU	bisher 7.300.000 neu 7.300.000 Veränderung 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 7.300.000 7.300.000	6.000.000 0 -6.000.000	1.300.000 0 -1.300.000	Vorziehen der Haushaltsmittel für die Sanierung der Fassade der Stadthalle von 2019 und 2020 auf das Haushaltsjahr 2018 Die Sanierung muss ganzheitlich und im Kontext mit dem Abriss sowie Neubau des Parkdecks und der Errichtung des neuen Hotels an der Stadthalle gesehen werden; eine Sanierung über vermutlich mehr als vier Jahre wäre schädlich für unsere Stadthalle und ihre Vermarktungschancen am Markt. Die Sanierung muss daher in möglichst geringem zeitlichen Aufwand erfolgen. abgelehnt 4/7/0
sonstige Maßnahmen											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
	3E.21 NEU	Jugendzentrum im Osten BS / Planung	SB 114	bisher 0 neu 15.000 Veränderung 15.000	0 0 0	0 15.000 15.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Planungsmittel für ein Jugendzentrum im Osten Braunschweigs für das Haushaltsjahr 2016 (15.000 €); bei der Planung sollen insb. die Aspekte der Bedarfsermittlung, Trägerschaft und Räumlichkeiten berücksichtigt werden ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 0/7/3 abgelehnt **)
			JHA BA FPA	15.000		15.000	0	0	0	0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	3E.21 NEU	Familienzentrum / Schaffung	SB 120	bisher 0 neu 40.000 Veränderung 40.000	0 0	0 40.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Planungsmittel für die Schaffung eines Familienzentrums (Beispiel: Bebelhof) (40.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Der Bedarf an Planungsmitteln in Bezug auf den Bezirk Bebelhof ist der Verwaltung nicht bekannt. Üblicherweise erhält jedes Familienzentrum eine Förderung der lfd. Kosten in Höhe von 40.000 € / Jahr. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)
			JHA BA FPA	40.000		40.000	0	0	0	0	
	3E.21 NEU	Integrations- und Begegnungsstätte Südstadt-Rautheim-Mascherode / Planung	SB 213	bisher 0 neu 30.000 Veränderung 30.000	0 0	0 30.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Planungsmittel für eine Integrations- und Begegnungsstätte im Stadtbezirk 213 für das Haushaltsjahr 2016 (30.000 €) abgelehnt 3/4/3 abgelehnt **)
			BA FPA								
126-3	3E.21 NEU	Abläufe Bauplanung / Prozessanalyse	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 0 neu 0 Veränderung 0	0 0	0 *)	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beteiligung externer Sachverständiger an der Analyse der Bauplanungsabläufe NEU: Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung plant bereits die Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung der gesamten Grundstücks- und Gebäudewirtschaft, siehe auch Mitteilung v. 14.01.2016 "Überörtliche Prüfung - Nds. Landesrechnungshof, Strukturen und Organisation des kommunalen Gebäude- und Liegenschaftsmanagements", Drucksache 16-01408. Es soll eine Überprüfung der Schnittstellen und Aufgabenabgrenzungen einschließlich der Prozesse und Strukturen erfolgen. abgelehnt 4/4/7 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)
			SchA BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4E.21 NEU	Gemeinschaftshaus Geitelde / Energetische Sanierung	SB 222	bisher 0 neu 260.000 Veränderung 260.000	0 0	0 260.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die energetische Sanierung des Gemeinschaftshauses Geitelde für das Haushaltsjahr 2016 (260.000 €); es soll dabei auch in Betracht gezogen werden, diese Sanierung ggf. in zwei Bauabschnitten durchzuführen abgelehnt 0/7/3 abgelehnt **)
			BA FPA								
	4S.210036	ev. Kindergarten "Sternschnuppe" / Erneuerung Flachdach	SB 323	bisher 0 neu 270.000 Veränderung 270.000	0 0	0 270.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erneuerung des Flachdaches des ev. Kindergartens "Sternschnuppe" in Wenden für das Haushaltsjahr 2016 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Kostenschätzung liegt noch nicht vor. ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/8/1 <u>NEU Anmerkung der Verwaltung:</u> Ohne eine Planung ist eine verlässliche Kostenschätzung nicht möglich, nach grober Annahme könnte aber mit einem Kostenrahmen von 270.000 € gerechnet werden abgelehnt **)
			JHA BA FPA	0	270.000	0	0	0	0	0	
	4S.21 NEU	Freiwillige Feuerwehr / Global-Instandhaltungen	SB 321	bisher 0 neu 37.300 Veränderung 37.300	0 0	0 37.300	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Einbau von Rolltoren für beide Remisen mit der dazugehörigen Anpassung der Innenbeleuchtung in den Fahrzeughallen im Feuerwehrhaus Watenbüttel für das Haushaltsjahr 2016 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Kostenschätzung der Verwaltung: 37.300 € abgelehnt 0/8/1 abgelehnt 0/6/4 abgelehnt **)
			FwA BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 211	bisher 4.247.800 neu 4.347.800 Veränderung 100.000	3.203.800 3.203.800	234.000 334.000 100.000	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel zur Herrichtung des alten Feuerwehrhauses im OT Leiferde für infrastrukturelle Maßnahmen (Sport- und Vereinstreffpunkte, etc.) für das Haushaltsjahr 2016 (100.000 €) siehe auch Konzept des "Verbandes Wohneigentum" und des "VFL Leiferde" Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes jährlich reduziert worden. abgelehnt 0/6/4 abgelehnt **)
	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	BA FPA								
	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 310	bisher 4.247.800 neu 4.257.800 Veränderung 10.000	3.203.800 3.203.800	234.000 244.000 10.000	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Aus- und Umbau des Wohn- und Kulturprojektes Nexus im westlichen Ringgebiet (10.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes jährlich reduziert worden. Es handelt sich um ein städtisches Gebäude. Von der Partei "Bündnis 90 / Die Grünen" wurde hierzu eine Anfrage gestellt. abgelehnt 2/7/1 abgelehnt **)
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4S.210062	FB 20: Global-Instandh. Jugendzentren	SB 112								
			bisher	223.900	223.900	0	0	0	0	0	
			neu	263.900	223.900	40.000	0	0	0	0	
			Veränderung	40.000		40.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erneuerung der Sanitäranlagen und des Eingangsbereiches des Jugendzentrums Querum für das Haushaltsjahr 2016 (40.000 €)
			JHA	40.000		40.000	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen
			BA								abgelehnt 0/8/1
			FPA								abgelehnt **)
	4S.210065	FB 20: Global Instandhaltung Schulen	SB 323								
			bisher	7.260.000	3.120.000	1.035.000	1.035.000	1.035.000	1.035.000	0	
			neu	6.225.000	3.120.000	*)	1.035.000	1.035.000	1.035.000	0	
			Veränderung			*)	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des Lessinggymnasiums aufgrund von Vandalismusschäden für das Haushaltsjahr 2016, sofern die Mittel nicht durch Instandhaltungsmittel abgesichert sind.
			SchA								<u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 115.000 € gekürzt worden. Von der Verwaltung ist darstellen, ob die Umsetzung noch mit den vorhandenen Mitteln möglich ist.
			BA								abgelehnt 0/15/0
			FPA								abgelehnt 0/8/1 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
128	4S.210081	Städt. Stadion / Global-Instandhaltungen	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 205.000 neu 64.000 Veränderung -141.000	0 0	141.000 0	0 0	64.000 64.000	0 0	0 0	Wegfall der Haushaltsmittel für das Wegeleitsystem und für die beleuchteten Flucht- und Rettungswegkennzeichen für das Städtische Stadion für das Jahr 2016 (141.000 €) Es soll mit den Nutzern des Eintracht-Stadions darüber in Verhandlungen eingetreten werden, dass bauliche und infrastrukturelle Änderungen des Stadions, die in der Folge von Veränderungen der jeweiligen Vorgaben der Sportfachverbände notwendig werden, durch die Nutzer finanziert werden Der Antrag soll im Bauausschuss und im FPA behandelt werden <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
			BA FPA	-141.000	0	-141.000	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen Antrag wurde zurückgezogen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
	4E.210091	Lessinggymnasium Wenden/San.	SB 323	bisher 8.862.260 neu 8.920.460 Veränderung 58.200	8.629.460 8.629.460	232.800 291.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Schaffung des ursprünglich geplanten behindertengerechten Zuganges (Treppenlift) innerhalb der Ortsbücherei Wenden für das Haushaltsjahr 2016 (58.200 €) <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Die Ortsbücherei befindet sich im Gebäude des Gymnasiums. Es handelt sich um eine investive Maßnahme.
			BA FPA								abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5E.21 NEU	IGS Querum /Neubau 3-Feldsporthalle	SB 112								
				bisher	0	0	0	0	0	0	
				neu	0	0	*)	*)	*)	*)	
				Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	
			SchA								
			BA								
			FPA								
											zusätzliche Haushaltsmittel für den Neubau einer 3-Feldsporthalle an der IGS Querum als Ersatz für die vorhandene 1-Feldsporthalle; die IGS Querum verfügt nur über eine kleine 1-Feld-Sporthalle, die überwiegend von der ansässigen GS genutzt wird
											abgelehnt 0/8/7
											abgelehnt 0/9/1
											abgelehnt **)
	5E.210145	Sportanlage Lamme / Erweiterung Funktionsgebäude	SB 321								
				bisher	300.000	0	0	300.000	0	0	
				neu	300.000	0	300.000	0	0	0	
				Veränderung	0		300.000	-300.000	0	0	
			SpA								
			BA								
			FPA								
											zusätzliche Haushaltsmittel für die Erweiterung des Funktionsgebäudes auf der Sportanlage Lamme für das Haushaltsjahr 2016
											<u>Anmerkung der Verwaltung:</u>
											Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes bereits von 2019 ins Jahr 2017 vorgezogen und auf einen Betrag von 300.000 € angepasst worden.
											Kostenschätzung der Verwaltung: 300.000 €.
											abgelehnt 0/10/0
											abgelehnt 0/9/1
											abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
129	5E.210147	Sporthalle Lehn Dorf/ Ersatzbau	SPD	bisher 4.100.000 neu *) Veränderung *)	0 0	2.100.000 *)	2.000.000 *)	0 *)	0 *)	0 *)	zusätzliche Haushaltsmittel für die Schaffung einer Tribüne in der neu zu bauenden Sporthalle in Lehn Dorf, die für Zuschauer die Möglichkeit bietet, dem Sportgeschehen in der Halle zu folgen, ohne sich direkt im Bereich der Sportfläche aufhalten zu müssen; bei der Größe der Tribüne ist von einer maximalen Zuschauerzahl auszugehen, die keine besonderen baulichen Erweiterungen zur Einhaltung der Nds. Versammlungsstättenverordnung nach sich zieht Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist dieses Projekt erst neu aufgenommen worden. Es wird auf die Vorlage der Verwaltung zur Beschlussfassung über das Raumprogramm für den Neubau der Sporthalle St.-Ingbert-Straße (DS 15-01299) verwiesen. Der Kostenrahmen für die Tribüne beläuft sich auf 1 Mio. € . ohne Beschlussfassung passieren lassen Antrag wird von der SPD zurückgezogen ohne Beschlussfassung passieren lassen
			SpA SchA BA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Teilhaushalt 41 Kultur und Wissenschaft												
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0		
130	5S.410002	FB 41: Bücher der Bibliotheken (FW)	Piratenpartei	bisher	5.187.100	3.469.900	429.300	429.300	429.300	429.300	0	Reduzierung der Sachaufwendungen der Stadtbibliothek (20.000 € jährlich); es sollen etwas weniger neue Medien beschafft werden, bzw. ältere Medien minimal länger gehalten werden
			neu	5.107.100	3.469.900	409.300	409.300	409.300	409.300	409.300	0	
			Veränderung	-80.000		-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	0	
			AfKW FPA									<u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes bereits jährlich um rd. 48 T€ reduziert worden. abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 0600 - Baureferat											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
131	4S.000011	Ref. 0600: Instandhalt. Brunnen/Denkmäl.	Piratenpartei								
			bisher	1.553.400	1.013.400	135.000	135.000	135.000	135.000	0	Reduzierung der Aufwendungen für die Bereitstellung von Brunnen und Denkmälern (jährlich 10.000 €); im Zweifel können einige Brunnen (ggf. eine Zeitlang) ausgeschaltet bleiben
			neu	1.513.400	1.013.400	125.000	125.000	125.000	125.000	0	
			Veränderung	-40.000		-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	0	
			BA								
			FPA								abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege Zuschüsse für private Denkmäler											
10		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
132	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE								
				bisher	184.200	51.000	33.300	33.300	33.300	33.300	0
				neu	51.000	51.000	0	0	0	0	0
				Veränderung	-133.200		-33.300	-33.300	-33.300	-33.300	0
											Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €); Einnahmen jährlich: 33.300 €) -siehe auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor. Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme; private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. abgelehnt 0/9/2 abgelehnt **)
			PIUA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
133	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Piratenpartei								
			bisher	184.200	51.000	33.300	33.300	33.300	33.300	0	Reduzierung der Zuschüsse für private Denkmäler (jährlich 50.000 €) - siehe auch Zeile 17
			neu	117.400	51.000	16.600	16.600	16.600	16.600	0	
			Veränderung	-66.800		-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	0	
			PIUA								Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden (jährlich: 16.600 €). Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei Die LINKE vor. Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.
			FPA								abgelehnt 1/9/1 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
132	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE								
			bisher	553.000	153.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €); Einnahmen jährlich: 33.300 €) - siehe auch Zeile 10 Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor. Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.
			neu	153.000	153.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-400.000		-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	0	
			PIUA								abgelehnt 0/9/2 abgelehnt **)
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
133	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Piratenpartei								
			bisher	553.000	153.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Reduzierung der Zuschüsse für private Denkmäler (jährlich 50.000 €) - siehe auch Zeile 10
			neu	353.000	153.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	-200.000		-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden (jährlich: 16.600 €). Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei Die LINKE vor. Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. abgelehnt 1/9/1 abgelehnt **)
			PIUA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	5S.610033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	SB 321								
			bisher	368.000	260.000	27.000	27.000	27.000	27.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Bolzplatzes am Hartriegelweg in Völkenrode auf der Grundlage der in 2015 seitens der Verwaltung erfolgten Planung unter Beteiligung der Jugendlichen aus Völkenrode und der ebenfalls den Platz am Hartriegelweg nutzenden Vereine und Gruppen für das Haushaltsjahr 2016 (90.000 €)
			neu	458.000	260.000	117.000	27.000	27.000	27.000	0	
			Veränderung	90.000		90.000	0	0	0	0	
			PIUA	90.000		90.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Kürzung des Ansatzes im Rahmen der Ansatzveränderungen um jährlich 3.000 € ohne Beschlussfassung passieren lassen Der PLUA hat darum gebeten, dass bis zum FPA die Verwaltung eine konkrete Umsetzungsperspektive aufzeigt. Stellungnahme der Verwaltung: Eine haushaltsneutrale Bereitstellung der benötigten Mittel ist nicht möglich. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zum Haushaltsplanentwurf der Verwaltung für das Jahr 2016 ff. wurden bereits Budgetkürzungen im Teilhaushalt 61 vorgenommen. Eine weitere Kürzung kann seitens der Verwaltung nicht mehr vorgeschlagen werden.
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5S.610033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	SB 321								
			bisher	368.000	260.000	27.000	27.000	27.000	27.000		
			neu	488.000	260.000	147.000	27.000	27.000	27.000		
			Veränderung	120.000		120.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Standortsuche und die Gestaltung eines Jugendplatzes nach dem Braunschweiger Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung im Ortsteil Watenbüttel an einem möglichst zentral gelegenen Platz für das Haushaltsjahr 2016 (120.000 €)
											Anmerkung der Verwaltung: Kürzung des Ansatzes im Rahmen der Ansatzveränderungen um jährlich 3.000 €
			PIUA	120.000		120.000	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen Der PLUA hat darum gebeten, dass bis zum FPA die Verwaltung eine konkrete Umsetzungsperspektive aufzeigt.
											Stellungnahme der Verwaltung: Eine haushaltsneutrale Bereitstellung der benötigten Mittel ist nicht möglich. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zum Haushaltsplanentwurf der Verwaltung für das Jahr 2016 ff. wurden bereits Budgetkürzungen im Teilhaushalt 61 vorgenommen. Eine weitere Kürzung kann seitens der Verwaltung nicht mehr vorgeschlagen werden. Ergänzend ist bei dieser Maßnahme darauf hinzuweisen, dass hier anders als bei der Projektmaßnahme Hartriegelweg noch keine Vorplanung erfolgt ist.
			FPA								abgelehnt 0/10/1

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr Oberirdische Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mit einer Brücke											
10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
4S.66 NEU	Okeraltarm in Stöckheim/ Anbindung mittels Brücke		SB 211								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die oberirdische Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mit einer Brücke an die Oker (Gesamtkosten 75.000 €; Gesamteinnahmen: 50.000 €) - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Nach aktuellen Schätzungen belaufen sich die Kosten für eine solche Brücke auf 90.000 € bis 130.000 €. Es ist nicht nachvollziehbar welche Art von Förderung in dem Antrag gemeint ist. abgelehnt 0/10/1
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	
			FPA								
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
4S.66 NEU	Okeraltarm in Stöckheim/ Anbindung mittels Brücke		SB 211								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die oberirdische Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mit einer Brücke an die Oker (Gesamtkosten 75.000 €; Gesamteinnahmen: 50.000 €) - <u>siehe hierzu auch Zeile 10</u> Anmerkung der Verwaltung: Nach aktuellen Schätzungen belaufen sich die Kosten für eine solche Brücke auf 90.000 € bis 130.000 €. Es ist nicht nachvollziehbar welche Art von Förderung in dem Antrag gemeint ist. abgelehnt 0/10/1
			neu	75.000	0	75.000	0	0	0	0	
			Veränderung	75.000		75.000	0	0	0	0	
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Geh- und Wanderweg Wiesental											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 322		bisher 16.420.300 neu 16.193.100 Veränderung -227.200	11.306.900 11.306.900	1.233.100 1.005.900 -227.200	1.222.100 1.222.100 0	1.329.100 1.329.100 0	1.329.100 1.329.100 0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau eines Geh- und Wanderweges in der Straße Wiesental für das Haushaltsjahr 2016 (400.000 €) Zur Deckung sollen die Projekte 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" (Sachkosten 160.000 €; Personalkosten: 12.800 €) und 4S.660006 "FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen" (227.200 €) herangezogen werden - siehe hierzu auch Zeile 26 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Die Verbindung wäre nur während eines Teils des Jahres nutzbar, da die Straße schon bei geringen Hochwasserständen überschwemmt und daher gesperrt werden muss. Ein stark wasserführender Graben unmittelbar östlich der Celler Heerstraße erfordert den Bau eines Brückenbauwerks. Die Maßnahme hat verkehrlich keine Priorität. Das Projekt 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" ist im Rahmen der Ansatzveränderungen nicht mehr zur Umsetzung vorgesehen. Deckungsmittel stehen daher in Höhe von 160.000 € zzgl. Personalkosten nicht mehr zur Verfügung. abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)
		BA FPA									

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
	5E.66 NEU	Geh- und Wanderweg Wiesental / Neubau	SB 322								
				bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau eines Geh- und Wanderweges in der Straße Wiesental für das Haushaltsjahr 2016 (400.000 €)
				neu 400.000	0	400.000	0	0	0	0	
				Veränderung 400.000		400.000	0	0	0	0	
			BA								Zur Deckung sollen die Projekte 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" (Sachkosten 160.000 €; Personalkosten: 12.800 €) und 4S.660006 "FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen" (227.200 €) herangezogen werden - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Die Verbindung wäre nur während eines Teils des Jahres nutzbar, da die Straße schon bei geringen Hochwasserständen überschwemmt und daher gesperrt werden muss. Ein stark wasserführender Graben unmittelbar östlich der Celler Heerstraße erfordert den Bau eines Brückenbauwerks. Die Maßnahme hat verkehrlich keine Priorität. Das Projekt 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" ist im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 101) nicht mehr zur Umsetzung vorgesehen. Deckungsmittel stehen daher in Höhe von 160.000 € zzgl. Personalkosten nicht mehr zur Verfügung.
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5E.660102	Radweg Sandanger - Hansestraße /Bau	SB 322								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau eines Geh- und Wanderweges in der Straße Wiesental für das Haushaltsjahr 2016 (400.000 €)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
											Zur Deckung sollen die Projekte 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" (Sachkosten 160.000 €; Personalkosten:12.800 €) und 4S.660006 "FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen" (227.200 €) herangezogen werden - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Die Verbindung wäre nur während eines Teils des Jahres nutzbar, da die Straße schon bei geringen Hochwasserständen überschwemmt und daher gesperrt werden muss. Ein stark wasserführender Graben unmittelbar östlich der Celler Heerstraße erfordert den Bau eines Brückenbauwerks. Die Maßnahme hat verkehrlich keine Priorität. Das Projekt 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" ist im Rahmen der Ansatzveränderungen nicht mehr zur Umsetzung vorgesehen. Deckungsmittel stehen daher in Höhe von 160.000 € zzgl. Personalkosten nicht mehr zur Verfügung. abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Querumer Straße											
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	5E.660013	Querumer Str./Straßenerneuerung	SB 112	bisher 1.300.000	0	0	0	0	0	1.300.000	Vorziehen der Straßenerneuerung Querumer Straße von 2019/2020 auf 2016 (Gesamteinnahmen: 1,3 Mio. €; Gesamtausgaben: 3,8 Mio. €) - siehe auch Zeile 26
				neu 1.300.000	0		1.300.000	0	0	0	
				Veränderung	0	0	1.300.000	0	0	-1.300.000	
			BA FPA								
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	5E.660013	Querumer Str./Straßenerneuerung	SB 112	bisher 3.800.000	0	0	0	0	100.000	3.700.000	Vorziehen der Straßenerneuerung Querumer Straße von 2019/2020 auf 2016 (Gesamteinnahmen: 1,3 Mio. €; Gesamtausgaben: 3,8 Mio. €) - siehe auch Zeile 20
				neu 3.800.000	0	100.000	3.700.000	0	0	0	
				Veränderung	0	100.000	3.700.000	0	-100.000	-3.700.000	
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Parkdeck Stadthalle											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	-250.000	0	250.000	
134	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	DIE LINKE	bisher 250.000	0	0	0	250.000	0	0	Verzicht auf den Neubau des Parkdecks der Stadthalle - siehe auch Zeile 26
				neu 0	0	0	0	0	0	0	
				Veränderung -250.000		0	0	-250.000	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (91a und 91b) ist der Neubau des Parkdecks von 2016 auf das Haushaltsjahr 2018 verschoben worden.
			BA								abgelehnt 3/6/0
			FPA								abgelehnt **)
166	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	SPD	bisher 250.000	0	0	0	250.000	0	0	Auf die finanzielle Einplanung des Neubaus des Parkdecks an der Stadthalle (Projekt Nr. 4E.660013) wird verzichtet, bis die Verwaltung verlässliche Aussagen zu diesem Vorhaben und zur Sanierung der Stadthalle (Erneuerung der Betonfassade) vorlegen kann. Über eine erneute Einplanung von Mitteln für das Parkdeck soll entschieden werden, wenn für beide genannten Maßnahmen eine zeitliche und finanzielle Grundlage besteht.
NEU				neu 250.000	0	0	0	0	0	250.000	Die Maßnahme "Neubau des Parkdecks" (Projekt Nr. 4E.660013) steht in engem Zusammenhang mit der Fassadensanierung der Stadthalle. Beide Maßnahmen hätten voraussichtlich ein weitgehendes Einstellen des Veranstaltungsbetriebs der Stadthalle zur Folge und müssten daher ohnehin zeitgleich stattfinden. Daher soll die Verwaltung zunächst ein Konzept und einen Zeitplan vorlegen, bevor weitere Vorfestlegungen durch den Rat erfolgen.
				Veränderung 0		0	0	-250.000	0	250.000	
			FPA	0		0	0	-250.000	0	250.000	angenommen 6/5/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	-3.750.000	0	3.750.000	
134	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	DIE LINKE	bisher 3.750.000 neu 0 Veränderung -3.750.000	0 0	0 0	0 0	3.750.000 0	0 0	0 0	Verzicht auf den Neubau des Parkdecks der Stadthalle - siehe Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (91a und 91b) ist der Neubau des Parkdecks von 2016 auf das Haushaltsjahr 2018 verschoben worden. abgelehnt 3/6/0 abgelehnt **)
			BA FPA								
166 NEU	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	SPD	bisher 3.750.000 neu 3.750.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	3.750.000 0	0 0	0 3.750.000	Auf die finanzielle Einplanung des Neubaus des Parkdecks an der Stadthalle (Projekt Nr. 4E.660013) wird verzichtet, bis die Verwaltung verlässliche Aussagen zu diesem Vorhaben und zur Sanierung der Stadthalle (Erneuerung der Betonfassade) vorlegen kann. Über eine erneute Einplanung von Mitteln für das Parkdeck soll entschieden werden, wenn für beide genannten Maßnahmen eine zeitliche und finanzielle Grundlage besteht. Die Maßnahme "Neubau des Parkdecks" (Projekt Nr. 4E.660013) steht in engem Zusammenhang mit der Fassadensanierung der Stadthalle. Beide Maßnahmen hätten voraussichtlich ein weitgehendes Einstellen des Veranstaltungsbetriebs der Stadthalle zur Folge und müssten daher ohnehin zeitgleich stattfinden. Daher soll die Verwaltung zunächst ein Konzept und einen Zeitplan vorlegen, bevor weitere Vorfestlegungen durch den Rat erfolgen.
			FPA	0		0	0	-3.750.000	0	3.750.000	angenommen 6/5/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Fuß- und Radweg in Bevenrode											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	5E.660066	Geh/Radweg Bevenr/Sportpl.Hondel/K31	SB 112								
			bisher	97.140	77.140	20.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau eines ca. 50 Meter langen Fuß- und Radweg von der Einmündung Schulweg bis zum Feuerwehrgerätehaus in Bevenrode; Deckungsmittel sollen aus dem Projekt 5E.660066 "Geh/Radweg Bevenr/Sportpl.Hondel/K31" verwendet werden. <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung sind diese 20.000 € beim Projekt 5E.660066 zu dem vom SB 112 gewünschten Zweck aufgestockt worden. abgelehnt 3/6/0 abgelehnt **)
			neu	97.140	77.140	20.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								
Neubau Zwei-Richtungsradweg Wendebrück											
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	5E.660077	Zwei-Richtungsradweg Wendebrück/Neubau	SB 323								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Neubau des Zwei-Richtungsradwegs Wendebrück für das Haushaltsjahr 2016 (Gesamtausgaben: 316.000 €, Gesamteinnahmen: 190.000 €). <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Für diese Maßnahme besteht eisenbahnrechtlich kein Planungsrecht. Die Maßnahme wäre bis auf weiteres nicht umsetzbar. abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)
			neu	190.000	0	190.000	0	0	0	0	
			Veränderung	190.000		190.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
	5E.660077	Zwei-Richtungsradweg Wendebrück/Neubau	SB 323								zusätzliche Haushaltsmittel für den Neubau des Zwei-Richtungsradwegs Wendebrück für das Haushaltsjahr 2016 (Gesamtausgaben: 316.000 €, Gesamteinnahmen: 190.000 €). <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Für diese Maßnahme besteht eisenbahnrechtlich kein Planungsrecht. Die Maßnahme wäre bis auf weiteres nicht umsetzbar. abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)
			bisher	19.886	19.886	0	0	0	0	0	
			neu	335.886	19.886	316.000	0	0	0	0	
			Veränderung	316.000		316.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								
Sonstige Maßnahmen											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
	3E.66 NEU	Rad- und Fußwegsituation nördl. v. Hondelage /Vorplanung	SB 113								zusätzliche Haushaltsmittel für die Erstellung eines Konzeptes zur Rad- und Fußwegsituation nördl. v. Hondelage in Zusammenarbeit mit den Hondelager Bürgern für das Haushaltsjahr 2016 (50.000 €); <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Die Tiefe Straße ist hier freie Strecke der Landesstraße L635. Zuständig ist die Landesbehörde NLStBV. abgelehnt 1/7/1 abgelehnt **)
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	3E.66 NEU	Bushaltestelle IGS Volkmarode / Vorplanung Umbau	SB 114								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	15.000	0	15.000	0	0	0	0	
			Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung des Umbaus der Bushaltestelle inkl. der Zu- und Abfahrten an der IGS Volkmarode für das Haushaltsjahr 2106 (15.000 €) abgelehnt 0/8/1 abgelehnt **)
	3E.66 NEU	Kreuzungsbereich in Mascherode "Görge-Kreuzung" / Vorplanung Umgestaltung	SB 213								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	20.000	0	20.000	0	0	0	0	
			Veränderung	20.000		20.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								zusätzliche Planungsmittel für die Umgestaltung des Kreuzungsbereichs von Möncheweg, Alte Kirchstraße, Hinter den Hainen und Am kleinen Schafkamp für das Haushaltsjahr 2016 (20.000 €) abgelehnt 0/6/3 abgelehnt **)
	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 113								
			bisher	16.420.300	11.306.900	1.233.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	
			neu	16.430.300	11.306.900	1.243.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	
			Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								zusätzliche Haushaltsmittel für die Ausbesserung des Fußweges im Bereich des Waldes zwischen Ackerweg und Tiefe Straße für das Haushaltsjahr 2016 (10.000 €); es wird beantragt, hier Splitt auftragen zu lassen <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden. Der angesprochene Abschnitt des Fußweges im Bereich des Waldes zwischen Ackerweg und Tiefe Straße befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Braunschweig und stellt auch keine gewidmete Wegefläche dar. abgelehnt 0/8/1 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 114								
			bisher	16.420.300	11.306.900	1.233.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung einer
			neu	16.448.300	11.306.900	1.261.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	Querungshilfe der Schapenstraße in Höhe Seikenkamp für das
			Veränderung	28.000		28.000	0	0	0	0	Haushaltsjahr 2016 (28.000 €); es fallen Gesamtkosten von
											38.000 € an, von denen 10.000 € aus dem
											Stadtbezirksratsbudget 114 getragen werden sollen
											Anmerkung der Verwaltung:
											Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses
											Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert
											worden.
			BA								abgelehnt 0/10/0
			FPA								abgelehnt **)
	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 114								
			bisher	16.420.300	11.306.900	1.233.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung einer
			neu	16.447.300	11.306.900	1.260.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	Querungshilfe der Hordorfer Straße am östlichen Ortsrand von
			Veränderung	27.000		27.000	0	0	0	0	Schapen für das Haushaltsjahr 2016 (27.000 €)
											Anmerkung der Verwaltung:
											Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses
											Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert
											worden.
			BA								abgelehnt 2/7/1
			FPA								abgelehnt **)
	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 224								
			bisher	16.420.300	11.306.900	1.233.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	zusätzliche Haushaltsmittel zur Herstellung einer geeigneten
			neu	16.445.300	11.306.900	1.258.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	Verkehrsberuhigung der Thiedestraße / Ortsdurchfahrt
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	Rünigen (ehemalige Bundesstraße 248) für das Haushaltsjahr
											2016 (25.000 €); eventuelle Kostenveränderungen durch
											Material- und Durchführungskostensteigerungen oder ähnlichem
											sind wirksam zu berücksichtigen
											Anmerkung der Verwaltung:
											Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses
											Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert
											worden.
			BA								abgelehnt 0/9/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4S.660008	FB 66: Instandhaltungen Kreisstraßen	SB 112								
			bisher	2.027.700	1.067.100	230.400	228.400	250.900	250.900	0	Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Waggum
			neu	2.045.700	1.067.100	248.400	228.400	250.900	250.900	0	
			Veränderung	18.000		18.000	0	0	0	0	hier: Umbau des Orteingangs am Friedhof Bienroder Straße einschl. Querung für Radfahrer und Fußgänger - kein Baumtor (18.000 €)
											<u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 26 - Baumaßnahmen) Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden.
			BA								abgelehnt 1/9/0
			FPA								abgelehnt **)
	4S.660008	FB 66: Instandhaltungen Kreisstraßen	SB 112								
			bisher	2.027.700	1.067.100	230.400	228.400	250.900	250.900	0	Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Waggum
			neu	2.037.700	1.067.100	240.400	228.400	250.900	250.900	0	
			Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0	hier: Die Kosten für die Errichtung einer Wartehalle an der Bushaltestelle Bechtsbütteler Weg in Fahrtrichtung Bevenrode in Abstimmung mit der Verkehrs-GmbH sind zu ermitteln und einzustellen. Alternativ sind für die dort dringend benötigte Sitzbank 3.000 € vorzusehen.
											<u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Die Wartehalle kostet ca. 10.000 €. Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 26 - Baumaßnahmen) Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden.
			BA								abgelehnt 1/9/0
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4S.660008	FB 66: Instandhaltungen Kreisstraßen	SB 112								
			bisher	2.027.700	1.067.100	230.400	228.400	250.900	250.900	0	
			neu	2.034.700	1.067.100	237.400	228.400	250.900	250.900	0	
			Veränderung	7.000		7.000	0	0	0	0	
											Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Waggum
											Hier: Ortseingang Rabenrodestraße - Einstellen der Kosten von 7.000 € für Querungsnasen (Höhe Bushaltestelle) "Am Oberstiege" in Richtung Bevenrode (zuerst) und an der Einmündung "In den Grashöfen"
											Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 26 - Baumaßnahmen)
											Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden.
			BA								abgelehnt 1/9/0
			FPA								abgelehnt **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
135	4S.660012	FB 66- Programm Radwege/Neubau	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	1.500.466	1.100.466	100.000	100.000	100.000	100.000	0	
			neu	1.700.466	1.100.466	150.000	150.000	150.000	150.000	0	
			Veränderung	200.000		50.000	50.000	50.000	50.000	0	
											Ablehnung des Einsparvorschlages der Verwaltung (siehe Ansatzveränderungen), die Haushaltsmittel für den Radwege-Neubau dauerhaft um jährlich 50.000 € zu reduzieren; es wird gebeten, dem Rat konkrete Neubaumaßnahmen zur Sitzung des Bauausschusses am 09.03.2016 vorzuschlagen;
											Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 95) ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 50.000 € gekürzt worden.
			BA								abgelehnt 2/7/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5E.66 NEU	Kreisstraße K 31 Bevenrode-Hondelage / Sanierung	SB 112	bisher 0 neu 0 Veränderung 0	0 0	0 *) *)	0 *) *)	0 *) *)	0 *) *)	0 *) *)	zusätzliche Haushaltsmittel für die Grundsanierung der Kreisstraße K31 von Bevenrode nach Hondelage einschließlich dem Einbau von drei Amphibientunneln für das Haushaltsjahr 2016; durch den Einbau von Amphibientunneln soll der Kostenaufwand der jährlichen Abspermaßnahmen und der Sammelaktion gespart werden, Es wird weiterhin gebeten, die Kosten für einen Fuß- und Radweg für diese Straße zu benennen. abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)
	5E.66 NEU	Schapenstr/Hordorfer Str / Neubau Kreiverkehr	SB 114	bisher 0 neu 500.000 Veränderung 500.000	0 0	0 500.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Schapenstraße/Hordorfer Straße für das Haushaltsjahr 2016 (500.000 €) abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)
	5E.66 NEU	Mascheroder Weg - Kreuzung Senefelder Straße / Neubau Kreisel	SB 211	bisher 0 neu 750.000 Veränderung 750.000	0 0	0 750.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Kreisels auf dem Mascheroder Weg/Kreuzung Senefelderstraße für das Haushaltsjahr 2016 (Kostenangabe vom Vorjahr: 750.000 €); es soll eine möglichst kostengünstige Variante erarbeitet und die entsprechenden Kosten hierfür ermittelt werden abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen						
	5E.660021	Okerbrücke Leiferde/Neubau	SB 211	bisher 2.050.000 neu 0 Veränderung	0 0 *)	250.000 *)	0 0 0	1.800.000 *)	0 0 0	0	Umsetzung des Neubaus der Okerbrücke in Leiferde an der gleichen Stelle wie die bisherige Brücke, die Brücke soll auch in Zukunft für landwirtschaftlichen Verkehr, Schulbusse, Feuerwehr- und Rettungsdienst geeignet sein. Anmerkung der Verwaltung: Inwieweit die vom SB beantragte Bauvariante zu anderen Kosten führt, ist noch zu ermitteln. abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)						
	5E.660050	Hauptstraße Wenden / Verbesserung	SB 323	bisher 150.000 neu 300.000 Veränderung	0 0	150.000 300.000	0 0	0 0	0 0	0	Ablehnung des Einsparvorschlages der Verwaltung (siehe Ansatzveränderungen), die Finanzraten zur Verbesserung der Hauptstraße Wenden um 150.000 € zu kürzen Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 98) ist der Ansatz dieses Projektes für 2016 um 150.000 € gekürzt worden. abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)						
	5E.660088	Okerbrücke Biberweg/ Neubau	SB 321	bisher 630.000 neu 630.000 Veränderung	0 0	0 80.000	80.000 550.000	550.000 0	0 0	0	Vorziehen von Haushaltsmitteln für die Planung und Ausschreibung sowie für den Ersatz der Fußgängerbrücke über die Oker in Ölper (Biberweg) auf das Haushaltsjahr 2016; mit der Planung und Ausschreibung soll in diesem Jahr begonnen werden Anmerkung der Verwaltung: Wenn im Jahr 2016 bereits mit der Ausschreibung begonnen werden soll, wird eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2017 in Höhe der Gesamtkosten benötigt. Diese war im Antrag des Stadtbezirksrates jedoch nicht benannt. <table><tr><td>VE 2017:</td><td>0</td><td>VE 2017 neu:</td><td>550.000</td><td>VE 2017 Veränderung:</td><td>550.000</td></tr></table> abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)	VE 2017:	0	VE 2017 neu:	550.000	VE 2017 Veränderung:	550.000
VE 2017:	0	VE 2017 neu:	550.000	VE 2017 Veränderung:	550.000												

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5S.660003	FB 66: Global-Sachanl. Gemeindestr.	SB 112								
			bisher	887.200	687.200	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Anschaffung und den Betrieb von zwei mobilen Geschwindigkeitsmesstafeln für die Ortsdurchfahrt im Stadtbezirk 112 für das Haushaltsjahr 2016 (5.200 €); die Möglichkeit der Anrechnung von Fremdmitteln (z. B. Sponsoring) ist zu prüfen Die Messtafeln stellen eine präventive Verkehrssicherungsmaßnahme dar und sollen zur Reduzierung der durchschnittlichen Geschwindigkeit in der Ortsdurchfahrt beitragen. Die Betriebskosten könnten durch ein Solarmodul minimiert werden. <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 7.000 € gekürzt worden. Die Kosten für die Beschaffung und Errichtung von zwei mobilen Geschwindigkeitsmesstafeln werden auf 12.000 € zuzüglich notwendiger Kosten für den Betrieb, die Wartung, Störungsbeseitigung und Ersatzbeschaffung, z. B. infolge von Vandalismus, geschätzt.
			neu	892.400	687.200	55.200	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	5.200		5.200	0	0	0	0	
			BA								abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5S.660003	FB 66: Global-Sachanl. Gemeindestr.	SB 321	bisher 887.200 neu 898.500 Veränderung 11.300	687.200 687.200	50.000 61.300 11.300	50.000 50.000 0	50.000 50.000 0	50.000 50.000 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung und den Betrieb eines mobilen Geschwindigkeitsmessdisplays vornehmlich im Stadtbezirk 321 für das Haushaltsjahr 2016, Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 7.000 € gekürzt worden. alt: Kostenschätzung der Verwaltung für das mobile Geschwindigkeitsdisplay: 11.300 €; die Kostenschätzung für den lfd. Betrieb des mobilen Geschwindigkeitsdisplays steht noch aus. neu: Die Kosten für die Beschaffung und Errichtung eines mobilen Geschwindigkeitsdisplays werden auf 6.000 € zuzüglich notwendiger Kosten für den Betrieb, die Wartung, Störungsbeseitigung und Ersatzbeschaffung, z. B. infolge von Vandalismus, geschätzt. abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)
			BA FPA								
	5S.660039	FB 66: Global-Baumaßnahmen	SB 112	bisher 440.200 neu 500.200 Veränderung 60.000	240.200 240.200	50.000 110.000 60.000	50.000 50.000 0	50.000 50.000 0	50.000 50.000 0	0 0 0	Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Waggum hier: Die Kosten für die Befestigung eines dort dringend benötigten begehbaren Seitenstreifens von dieser Haltestelle zum Edeka-Markt sind festzustellen und einzustellen. Für den Investitionshaushalt sind die Kosten eines Gehweges zu ermitteln. Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten belaufen sich auf rund 60.000 €. Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 17 - lfd. Verwaltungstätigkeit) abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5S.660050	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	SB 114	bisher 1.763.400 neu 1.858.400 Veränderung 95.000	1.433.400 1.433.400	82.500 177.500 95.000	82.500 82.500 0	82.500 82.500 0	82.500 82.500 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beleuchtung des neuen Radwegs von Volkmarode nach Schapen für das Haushaltsjahr 2016 (95.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes um 60.000 € bereits jährlich erhöht worden. abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)
	5S.660050	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	SB 114	bisher 1.763.400 neu 1.828.400 Veränderung 65.000	1.433.400 1.433.400	82.500 147.500 65.000	82.500 82.500 0	82.500 82.500 0	82.500 82.500 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beleuchtung des Radwegs von Volkmarode nach Dibbesdorf (entlang der alten B248) für das Haushaltsjahr 2016 (65.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes um 60.000 € bereits jährlich erhöht worden. Zwischen Dibbesdorf und Volkmarode verläuft der Weg entlang der freien Strecke der Landesstraße L295. Zuständig ist die Landesbehörde NLStBV. Sie beabsichtigt nicht, diesen Abschnitt zu beleuchten. abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport Rekonstruktion historischer Park- und Grünanlagen											
19				Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
136	5S.670012	Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen	Piratenpartei								
			bisher	288.049	213.049	0	25.000	25.000	25.000	0	dauerhafter Wegfall der Haushaltsmittel für Rekonstruktionen historischer Park- und Grünanlagen (Gesamtausgabe jährlich: 100.000 €; Gesamteinnahme jährlich: 25.000 €); siehe auch Zeile 26
			neu	213.049	213.049	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-75.000		0	-25.000	-25.000	-25.000	0	
			GA								abgelehnt 1/8/1
			FPA								abgelehnt **)
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
136	5S.670012	Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen	Piratenpartei								
			bisher	1.066.582	766.582	0	100.000	100.000	100.000	0	dauerhafter Wegfall der Haushaltsmittel für Rekonstruktionen historischer Park- und Grünanlagen (Gesamtausgabe jährlich: 100.000 €; Gesamteinnahme jährlich: 25.000 €); siehe auch Zeile 19
			neu	766.582	766.582	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-300.000		0	-100.000	-100.000	-100.000	0	
			GA								abgelehnt 1/8/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen												
Sonstige Maßnahmen																							
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0													
4S.670007	FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	SB 222	bisher	13.052.810	8.077.010	1.218.600	1.252.400	1.252.400	1.252.400		zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des vorderen eingefriedeten Bereiches in der Straße "An der Wasche" in Geitelde für das Haushaltsjahr 2016 (10.000 €) <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes um jährlich rd. 140 T€ gekürzt worden. ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/10/1												
			neu	13.062.810	8.077.010	1.228.600	1.252.400	1.252.400	1.252.400														
			Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0													
			GA	10.000		10.000	0	0	0	0													
		FPA																					
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0													
5E.670043	Sportanlage Waggum/Neubau Funktionsgeb.	SB 112	bisher	550.000	0	0	250.000	300.000	0	0	Vorziehen von Haushaltsmitteln für den Anbau an das Sportheim Waggum (Gymnastikhalle und Sanitäranlagen, etc.) auf das Haushaltsjahr 2016 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen (NEU) der Verwaltung ist eine Teilfinanzrate 2017 auf das Jahr 2018 verschoben worden. <table><tr><td>VE 2017:</td><td>250.000</td><td>VE 2017 neu:</td><td>0</td><td>VE 2017 Veränderung:</td><td>-250.000</td></tr><tr><td>VE 2018:</td><td>300.000</td><td>VE 2018 neu:</td><td>0</td><td>VE 2018 Veränderung:</td><td>-300.000</td></tr></table> abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)	VE 2017:	250.000	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	-250.000	VE 2018:	300.000	VE 2018 neu:	0	VE 2018 Veränderung:	-300.000
			VE 2017:	250.000	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	-250.000															
			VE 2018:	300.000	VE 2018 neu:	0	VE 2018 Veränderung:	-300.000															
			neu	550.000	0	550.000	0	0	0	0													
Veränderung	0		550.000	-250.000	-300.000	0	0																
	neu: ggf.TH 20	SpA																					
		FPA																					

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5E.670053	SpA Lamme /Umw Natur-in Kunstrasenpl.	SB 321	bisher 550.000 neu 550.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 550.000	550.000 0	0 0	0 0	Vorziehen der Haushaltsmittel für die vorgesehene Umwandlung des C-Platzes in einen Kunstrasenplatz von 2018 auf 2017 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Dies ist im Finanzplanungszeitraum nicht möglich. abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)
	5S.670009	FB 67: Global-Baumaßnahmen Sportbereich	SB 321	bisher 70.000 neu 85.000 Veränderung 15.000	70.000 70.000	0 15.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Realisierung einer zusätzlichen Beleuchtung auf der Mitte der Zuwegung zwischen Parkplatz und Zaun zum Sportplatz Lehn Dorf (Bereich zwischen Parkplatz und Zugang zum Sportheim) für das Haushaltsjahr 2016 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Aus fachlicher und vereinsseitiger Sicht wird keine zusätzliche Beleuchtung auf der Sportanlage benötigt. Kostenschätzung des FB 67: 15.000 € abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)
	5S.670048	FB 67: Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	SB 211	bisher 1.965.400 neu 1.974.400 Veränderung 9.000	1.122.400 1.122.400	186.000 195.000	225.000 225.000	207.000 207.000	225.000 225.000	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Bootsanlegers an der Oker in Stöckheim im Bereich der neu errichteten Brücke Berkenbuschstraße; Vorbild könnte die entsprechenden Bootsanleger in Melverode sein. <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Kostenschätzung des FB 67: 9.000 € GA 9.000 FPA 9.000 ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/11/0

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5S.670049	FB 67: Global-Baum.Kinderspielplätze	SB 114								
			bisher	3.911.700	2.359.500	550.800	357.800	285.800	357.800		
			neu	3.916.200	2.359.500	555.300	357.800	285.800	357.800		
			Veränderung	4.500		4.500	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung und Errichtung eines Trampolins auf dem Spielplatz am Volkmaroder Sportplatz (Seikenkamp) für das Haushaltsjahr 2016 (4.500 €)
											<u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich gekürzt worden.
			GA	4.500		4.500	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen
			FPA								abgelehnt 0/10/1
	5S.670049	FB 67: Global-Baum.Kinderspielplätze	SB 114								
			bisher	3.911.700	2.359.500	550.800	357.800	285.800	357.800		
			neu	3.914.700	2.359.500	553.800	357.800	285.800	357.800		
			Veränderung	3.000		3.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung und Anbringung einer Nestschaukel auf dem Spielplatz an der Spandauer Straße in Dibbesdorf für das Haushaltsjahr 2016 (3.000 €)
											<u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich gekürzt worden.
			GA	3.000		3.000	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen
			FPA								abgelehnt 0/10/1

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen																																								
Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend																																																			
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)																																																			
17				0		0	0	0	0	0																																									
137	diverse	<table><tr><td>Piratenpartei</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>bisher</td><td>10.269.100</td><td>7.167.300</td><td>786.300</td><td>768.300</td><td>772.900</td><td>774.300</td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>neu</td><td>8.669.100</td><td>7.167.300</td><td>386.300</td><td>368.300</td><td>372.900</td><td>374.300</td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>Veränderung</td><td>-1.600.000</td><td></td><td>-400.000</td><td>-400.000</td><td>-400.000</td><td>-400.000</td><td>0</td><td></td><td></td></tr></table>									Piratenpartei										bisher	10.269.100	7.167.300	786.300	768.300	772.900	774.300				neu	8.669.100	7.167.300	386.300	368.300	372.900	374.300				Veränderung	-1.600.000		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	0			Reduzierung der Haushaltsmittel für Schönheitsreparaturen stadtweit auf etwa 50% (jährliche Kürzung 400.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieser Projekte bereits um ca. jährlich 10 % gekürzt worden. Eine über die o.g. Kürzung hinausgehende Verringerung der Ansätze für Schönheitsreparaturen wird seitens der Verwaltung kritisch gesehen, da zum Teil mietvertragrechtliche Regelungen zur Durchführung von Schönheitsreparaturen bestehen. Außerdem ergänzen Schönheitsreparaturen die laufende Instandhaltung und erhalten so die Funktionstüchtigkeit der betroffenen Liegenschaften.
Piratenpartei																																																			
bisher	10.269.100	7.167.300	786.300	768.300	772.900	774.300																																													
neu	8.669.100	7.167.300	386.300	368.300	372.900	374.300																																													
Veränderung	-1.600.000		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	0																																												
		SpA									abgelehnt 0/10/0																																								
		JHA									abgelehnt 0/13/0																																								
		SchA									abgelehnt 0/12/2																																								
		BA									abgelehnt 0/8/2																																								
		GA									abgelehnt 0/10/0																																								
		PIUA									abgelehnt 0/10/1																																								
		AfSG									abgelehnt 0/11/0																																								
		AfKW									abgelehnt 0/9/1																																								
		FwA									abgelehnt 0/8/1																																								
		FPA									abgelehnt **)																																								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
		Veränderungen Erträge	(Zeile 10)			0	0	0	0	0	
		Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)			320.000	818.400	445.000	0	-583.400	
		Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				320.000	818.400	445.000	0	-583.400	
		Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)			0	0	0	0	0	
		Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)			1.280.000	1.673.600	-3.370.000	0	416.400	
		Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				1.280.000	1.673.600	-3.370.000	0	416.400	
		Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				1.600.000	2.492.000	-2.925.000	0	-167.000	
		nachrichtlich:									
		Verpflichtungsermächtigungen:		2017		1.673.600					
				2018		380.000					
				2019		0					

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt Politische Gremien											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-800	-200	-200	-200	-200	0
1	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	10.800 10.000 -800	2.700 2.500 -200	2.700 2.500 -200	2.700 2.500 -200	2.700 2.500 -200	2.700 2.500 -200	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FPA		-800	-200	-200	-200	-200	-200	0	angenommen 11/0/0
27				Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-800	-200	-200	-200	-200	0
2	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	8.000 7.200 -800	2.000 1.800 -200	2.000 1.800 -200	2.000 1.800 -200	2.000 1.800 -200	2.000 1.800 -200	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FPA		-800	-200	-200	-200	-200	-200	0	angenommen 11/0/0
Teilhaushalt Verwaltungsführung											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-1.600	-400	-400	-400	-400	0
3	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	16.000 14.400 -1.600	4.000 3.600 -400	4.000 3.600 -400	4.000 3.600 -400	4.000 3.600 -400	4.000 3.600 -400	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FPA		-1.600	-400	-400	-400	-400	-400	0	angenommen 11/0/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-2.400		-600	-600	-600	-600	0	
4	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	24.000		6.000	6.000	6.000	6.000	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	21.600		5.400	5.400	5.400	5.400	0	
			Veränderung	-2.400		-600	-600	-600	-600	0	
			FPA	<u>-2.400</u>		<u>-600</u>	<u>-600</u>	<u>-600</u>	<u>-600</u>	<u>0</u>	angenommen 11/0/0
Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung											
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-9.600		-2.400	-2.400	-2.400	-2.400	0	
5	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	274.000		122.500	50.500	50.500	50.500	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	264.400		120.100	48.100	48.100	48.100	0	
			Veränderung	-9.600		-2.400	-2.400	-2.400	-2.400	0	
			FPA	<u>-9.600</u>		<u>-2.400</u>	<u>-2.400</u>	<u>-2.400</u>	<u>-2.400</u>	<u>0</u>	angenommen 11/0/0
	27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-4.400		-1.100	-1.100	-1.100	-1.100	0	
6	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	46.400		11.600	11.600	11.600	11.600	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	42.000		10.500	10.500	10.500	10.500	0	
			Veränderung	-4.400		-1.100	-1.100	-1.100	-1.100	0	
			FPA	<u>-4.400</u>		<u>-1.100</u>	<u>-1.100</u>	<u>-1.100</u>	<u>-1.100</u>	<u>0</u>	angenommen 11/0/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-12.400		-4.600	-2.600	-2.600	-2.600	0	
7	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher	129.200		47.300	27.300	27.300	27.300	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
		neu	116.800		42.700	24.700	24.700	24.700	0		
		Veränderung	-12.400		-4.600	-2.600	-2.600	-2.600	0		
		PIUA	-12.400		-4.600	-2.600	-2.600	-2.600	0	angenommen 11/0/0	
		FPA	-12.400		-4.600	-2.600	-2.600	-2.600	0	angenommen **)	
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				-1.600		-700	-300	-300	-300	0	
8	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher	21.600		8.400	4.400	4.400	4.400	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
		neu	20.000		7.700	4.100	4.100	4.100	0		
		Veränderung	-1.600		-700	-300	-300	-300	0		
		PIUA	-1.600		-700	-300	-300	-300	0	angenommen 11/0/0	
		FPA	-1.600		-700	-300	-300	-300	0	angenommen **)	
Teilhaushalt Ref. 0140 - Rechnungsprüfungsamt											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-3.600		-900	-900	-900	-900	0	
9	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher	43.600		10.900	10.900	10.900	10.900	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
		neu	40.000		10.000	10.000	10.000	10.000	0		
		Veränderung	-3.600		-900	-900	-900	-900	0		
		FPA	-3.600		-900	-900	-900	-900	0	angenommen 11/0/0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				-400		-100	-100	-100	-100	0	
10	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	6.000	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	5.600	1.400	1.400	1.400	1.400	1.400	0	
			Veränderung	-400	-100	-100	-100	-100	-100	0	
			FPA	-400	-100	-100	-100	-100	-100	0	angenommen 11/0/0
Teilhaushalt Personalvertretung											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-800		-200	-200	-200	-200	0	
11	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	8.800	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	8.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	0	
			Veränderung	-800	-200	-200	-200	-200	-200	0	
			FPA	-800	-200	-200	-200	-200	-200	0	angenommen 11/0/0
Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-38.000		-9.500	-9.500	-9.500	-9.500	0	
12	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	3.390.800	847.700	847.700	847.700	847.700	847.700	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	3.352.800	838.200	838.200	838.200	838.200	838.200	0	
			Veränderung	-38.000	-9.500	-9.500	-9.500	-9.500	-9.500	0	
			FPA	-38.000	-9.500	-9.500	-9.500	-9.500	-9.500	0	angenommen 11/0/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				-16.000		-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	0	
13	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	163.200 147.200 -16.000		40.800 36.800 -4.000	40.800 36.800 -4.000	40.800 36.800 -4.000	40.800 36.800 -4.000	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FPA		-16.000		-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	0	angenommen 11/0/0
Teilhaushalt FB 20 - Finanzen											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				-943.100		-236.100	-239.000	-234.000	-234.000	0	
14	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	9.512.000 8.568.900 -943.100		2.366.400 2.130.300 -236.100	2.395.200 2.156.200 -239.000	2.345.200 2.111.200 -234.000	2.345.200 2.111.200 -234.000	60.000 60.000 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FPA		-943.100		-236.100	-239.000	-234.000	-234.000	0	angenommen 11/0/0
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen)											
25				-974.800		-348.700	-226.200	-205.900	-194.000	0	
15	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	9.749.700 8.774.900 -974.800		3.487.400 3.138.700 -348.700	2.262.500 2.036.300 -226.200	2.059.800 1.853.900 -205.900	1.940.000 1.746.000 -194.000	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FPA		-974.800		-348.700	-226.200	-205.900	-194.000	0	angenommen 11/0/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				-69.600		-30.900	-12.900	-12.900	-12.900	0	
16	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	710.000		312.500	132.500	132.500	132.500	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	640.400		281.600	119.600	119.600	119.600	0	
			Veränderung	-69.600		-30.900	-12.900	-12.900	-12.900	0	
			FPA	-69.600		-30.900	-12.900	-12.900	-12.900	0	angenommen 11/0/0
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen (Veränderungen)				-4.700		-4.700	0	0	0	0	
17	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	47.000		47.000	0	0	0	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	42.300		42.300	0	0	0	0	
			Veränderung	-4.700		-4.700	0	0	0	0	
			FPA	-4.700		-4.700	0	0	0	0	angenommen 11/0/0
29 Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)				-12.000		-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	0	
18	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	108.000		27.000	27.000	27.000	27.000	0	
			Veränderung	-12.000		-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	0	
			FPA	-12.000		-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	0	angenommen 11/0/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt FB 20 - Projekte , die von FB 65 bewirtschaftet werden											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-795.800		-232.300	-194.500	-184.500	-184.500	0	
19	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	7.958.800		2.323.800	1.945.000	1.845.000	1.845.000	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	7.163.000		2.091.500	1.750.500	1.660.500	1.660.500	0	
			Veränderung	-795.800		-232.300	-194.500	-184.500	-184.500	0	
			BA	-795.800		-232.300	-194.500	-184.500	-184.500	0	angenommen 8/0/2
			FPA	-795.800		-232.300	-194.500	-184.500	-184.500	0	
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		-51.700		-27.800	-7.800	-1.800	-14.300	0	
20	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	517.000		278.000	78.000	18.000	143.000	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	465.300		250.200	70.200	16.200	128.700	0	
			Veränderung	-51.700		-27.800	-7.800	-1.800	-14.300	0	
			BA	-51.700		-27.800	-7.800	-1.800	-14.300	0	angenommen 8/0/2
			FPA	-51.700		-27.800	-7.800	-1.800	-14.300	0	
Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
21	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	1.162.800		290.700	290.700	290.700	290.700	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	1.162.800		290.700	290.700	290.700	290.700	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			FPA	0		0	0	0	0	0	angenommen 11/0/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				0		0	0	0	0	0	
22	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 128.300 neu 128.300 Veränderung 0		59.300 59.300 0	23.000 23.000 0	23.000 23.000 0	23.000 23.000 0	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FPA		0		0	0	0	0	0	angenommen 11/0/0
Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-170.700		-46.800	-41.300	-41.300	-41.300	0	
23	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 1.737.800 neu 1.567.100 Veränderung -170.700		475.700 428.900 -46.800	420.700 379.400 -41.300	420.700 379.400 -41.300	420.700 379.400 -41.300	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FwA		-170.700		-46.800	-41.300	-41.300	-41.300	0	angenommen 9/0/0
		FPA		-170.700		-46.800	-41.300	-41.300	-41.300	0	angenommen **)
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				-211.200		-268.100	31.300	-66.200	-23.700	115.500	
24	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 2.116.000 neu 1.904.800 Veränderung -211.200		667.000 398.900 -268.100	548.000 579.300 31.300	663.000 596.800 -66.200	238.000 214.300 -23.700	0 115.500 115.500	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FwA		-211.200		-268.100	31.300	-66.200	-23.700	115.500	angenommen 9/0/0
		FPA		-211.200		-268.100	31.300	-66.200	-23.700	115.500	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt FB 40 - Schule											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-1.136.500		-282.200	-295.500	-281.500	-277.300	0	
25	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	11.259.800 10.123.300 -1.136.500	2.843.700 2.561.500 -282.200	2.798.700 2.503.200 -295.500	2.793.700 2.512.200 -281.500	2.808.700 2.531.400 -277.300	15.000 15.000 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			SchA		-1.136.500	-282.200	-295.500	-281.500	-277.300	0	angenommen 12/2/4
			FPA		-1.136.500	-282.200	-295.500	-281.500	-277.300	0	angenommen **)
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			-24.400		-6.100	-6.100	-6.100	-6.100	0	
26	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	245.600 221.200 -24.400	61.400 55.300 -6.100	61.400 55.300 -6.100	61.400 55.300 -6.100	61.400 55.300 -6.100	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			SchA		-24.400	-6.100	-6.100	-6.100	-6.100	0	angenommen 12/2/4
			FPA		-24.400	-6.100	-6.100	-6.100	-6.100	0	angenommen **)
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-260.400		-65.100	-65.100	-65.100	-65.100	0	
27	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	2.702.800 2.442.400 -260.400	675.700 610.600 -65.100	675.700 610.600 -65.100	675.700 610.600 -65.100	675.700 610.600 -65.100	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			AfKW		-260.400	-65.100	-65.100	-65.100	-65.100	0	angenommen 8/0/2
			FPA		-260.400	-65.100	-65.100	-65.100	-65.100	0	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-44.400		-9.100	-13.100	-9.100	-13.100	0	
28	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	458.000		94.500	134.500	94.500	134.500	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	413.600		85.400	121.400	85.400	121.400	0	
			Veränderung	-44.400		-9.100	-13.100	-9.100	-13.100	0	
		AfKW		-44.400		-9.100	-13.100	-9.100	-13.100	0	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>-44.400</u>		<u>-9.100</u>	<u>-13.100</u>	<u>-9.100</u>	<u>-13.100</u>	<u>0</u>	angenommen **)
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit											
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-112.400		-28.100	-28.100	-28.100	-28.100	0	
29	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	1.164.000		291.000	291.000	291.000	291.000	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	1.051.600		262.900	262.900	262.900	262.900	0	
			Veränderung	-112.400		-28.100	-28.100	-28.100	-28.100	0	
		FPA		<u>-112.400</u>		<u>-28.100</u>	<u>-28.100</u>	<u>-28.100</u>	<u>-28.100</u>	<u>0</u>	angenommen 11/0/0
	27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-36.000		-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	0	
30	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	369.600		92.400	92.400	92.400	92.400	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	333.600		83.400	83.400	83.400	83.400	0	
			Veränderung	-36.000		-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	0	
		FPA		<u>-36.000</u>		<u>-9.000</u>	<u>-9.000</u>	<u>-9.000</u>	<u>-9.000</u>	<u>0</u>	angenommen 11/0/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie											
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-321.800		-85.700	-78.700	-78.700	-78.700	0	
31	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	3.268.800 2.947.000 -321.800		869.700 784.000 -85.700	799.700 721.000 -78.700	799.700 721.000 -78.700	799.700 721.000 -78.700	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		JHA FPA		-321.800 <u>-321.800</u>		-85.700 <u>-85.700</u>	-78.700 <u>-78.700</u>	-78.700 <u>-78.700</u>	-78.700 <u>-78.700</u>	0 <u>0</u>	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen angenommen 11/0/0
	27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-25.200		-6.300	-6.300	-6.300	-6.300	0	
32	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	254.000 228.800 -25.200		63.500 57.200 -6.300	63.500 57.200 -6.300	63.500 57.200 -6.300	63.500 57.200 -6.300	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		JHA FPA		-25.200 <u>-25.200</u>		-6.300 <u>-6.300</u>	-6.300 <u>-6.300</u>	-6.300 <u>-6.300</u>	-6.300 <u>-6.300</u>	0 <u>0</u>	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen angenommen 11/0/0
	29	Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)		-14.000		-3.500	-3.500	-3.500	-3.500	0	
33	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	140.000 126.000 -14.000		35.000 31.500 -3.500	35.000 31.500 -3.500	35.000 31.500 -3.500	35.000 31.500 -3.500	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		JHA FPA		-14.000 <u>-14.000</u>		-3.500 <u>-3.500</u>	-3.500 <u>-3.500</u>	-3.500 <u>-3.500</u>	-3.500 <u>-3.500</u>	0 <u>0</u>	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen angenommen 11/0/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt Ref. 0600 - Baureferat											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
34	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 540.000 neu 540.000 Veränderung 0		135.000 135.000 0	135.000 135.000 0	135.000 135.000 0	135.000 135.000 0	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FPA		<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11/0/0
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
35	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 40.000 neu 40.000 Veränderung 0		10.000 10.000 0	10.000 10.000 0	10.000 10.000 0	10.000 10.000 0	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		FPA		<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 11/0/0
Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-2.400		-600	-600	-600	-600	0	
36	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 24.000 neu 21.600 Veränderung -2.400		6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		PIUA		-2.400		-600	-600	-600	-600	0	angenommen 11/0/0
		FPA		<u>-2.400</u>		<u>-600</u>	<u>-600</u>	<u>-600</u>	<u>-600</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				-400		-100	-100	-100	-100	0	
37	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte										
		bisher		6.000		1.500	1.500	1.500	1.500	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		neu		5.600		1.400	1.400	1.400	1.400	0	
		Veränderung		-400		-100	-100	-100	-100	0	
		PIUA		-400		-100	-100	-100	-100	0	angenommen 11/0/0
		FPA		-400		-100	-100	-100	-100	0	angenommen **)
Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0		0	0	0	0	0	
38	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte										
		bisher		215.600		53.900	53.900	53.900	53.900	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		neu		215.600		53.900	53.900	53.900	53.900	0	
		Veränderung		0		0	0	0	0	0	
		PIUA		0		0	0	0	0	0	angenommen 11/0/0
		FPA		0		0	0	0	0	0	angenommen **)
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				0		0	0	0	0	0	
39	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte										
		bisher		13.200		3.300	3.300	3.300	3.300	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		neu		13.200		3.300	3.300	3.300	3.300	0	
		Veränderung		0		0	0	0	0	0	
		PIUA		0		0	0	0	0	0	angenommen 11/0/0
		FPA		0		0	0	0	0	0	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
40	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 255.000 neu 255.000 Veränderung 0		0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	255.000 255.000 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		PIUA		0		0	0	0	0	0	angenommen 11/0/0
		FPA		<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-52.400		-15.900	-11.400	-13.900	-11.200	0	
41	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 1.082.300 neu 1.029.900 Veränderung -52.400		245.900 230.000 -15.900	200.900 189.500 -11.400	225.900 212.000 -13.900	199.600 188.400 -11.200	210.000 210.000 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		PIUA		-52.400		-15.900	-11.400	-13.900	-11.200	0	angenommen 11/0/0
		FPA		<u>-52.400</u>		<u>-15.900</u>	<u>-11.400</u>	<u>-13.900</u>	<u>-11.200</u>	<u>0</u>	angenommen **)
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-20.000		-3.000	-3.000	-11.000	-3.000	0	
42	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 200.000 neu 180.000 Veränderung -20.000		30.000 27.000 -3.000	30.000 27.000 -3.000	110.000 99.000 -11.000	30.000 27.000 -3.000	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
						VE 2017: 30.000	VE 2017 neu: 27.000	VE 2017 Veränderung: -3.000			
						VE 2018: 30.000	VE 2018 neu: 27.000	VE 2018 Veränderung: -3.000			
						VE 2019: 30.000	VE 2019 neu: 27.000	VE 2019 Veränderung: -3.000			
		PIUA		-20.000		-3.000	-3.000	-11.000	-3.000	0	angenommen 11/0/0
		FPA		<u>-20.000</u>		<u>-3.000</u>	<u>-3.000</u>	<u>-11.000</u>	<u>-3.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				240.000		60.000	60.000	60.000	60.000	0	
46	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	490.000		122.500	122.500	122.500	122.500	0	zusätzlicher jährlicher Mittelbedarf von 30.000 € für Verkehrsanlagen (Beleuchtungen etc.) und 30.000 € für die verkehrsabhängige Steuerung von Lichtsignalanlagen (Ampeln)
			neu	730.000		182.500	182.500	182.500	182.500	0	
			Veränderung	240.000		60.000	60.000	60.000	60.000	0	
		BA		240.000		60.000	60.000	60.000	60.000	0	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>240.000</u>		<u>60.000</u>	<u>60.000</u>	<u>60.000</u>	<u>60.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				-88.000		-22.000	-22.000	-22.000	-22.000	0	
47	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	191.600		47.900	47.900	47.900	47.900	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	103.600		25.900	25.900	25.900	25.900	0	
			Veränderung	-88.000		-22.000	-22.000	-22.000	-22.000	0	
		BA		-88.000		-22.000	-22.000	-22.000	-22.000	0	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>-88.000</u>		<u>-22.000</u>	<u>-22.000</u>	<u>-22.000</u>	<u>-22.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport hier Stadtgrün											
10 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-16.000		-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	0	
48	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	160.000		40.000	40.000	40.000	40.000	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu	144.000		36.000	36.000	36.000	36.000	0	
			Veränderung	-16.000		-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	0	
		GA		-16.000		-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	0	angenommen 9/0/1
		FPA		<u>-16.000</u>		<u>-4.000</u>	<u>-4.000</u>	<u>-4.000</u>	<u>-4.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-983.000	-246.900	-249.700	-244.700	-241.700	0
49	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	9.847.200	2.473.600	2.501.200	2.451.200	2.421.200	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			neu	8.864.200	2.226.700	2.251.500	2.206.500	2.179.500	0		
			Veränderung	-983.000	-246.900	-249.700	-244.700	-241.700	0		
		GA		-983.000	-246.900	-249.700	-244.700	-241.700	0	angenommen 9/0/1 angenommen **)	
		FPA		<u>-983.000</u>	<u>-246.900</u>	<u>-249.700</u>	<u>-244.700</u>	<u>-241.700</u>	<u>0</u>		
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		-418.400	-116.800	-107.200	-92.200	-102.200	0
50	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	4.191.300	1.169.900	1.073.800	923.800	1.023.800	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			neu	3.772.900	1.053.100	966.600	831.600	921.600	0		
			Veränderung	-418.400	-116.800	-107.200	-92.200	-102.200	0		
		GA		-418.400	-116.800	-107.200	-92.200	-102.200	0	angenommen 9/0/1 angenommen **)	
		FPA		<u>-418.400</u>	<u>-116.800</u>	<u>-107.200</u>	<u>-92.200</u>	<u>-102.200</u>	<u>0</u>		
27				Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-151.300	-37.400	-38.900	-37.100	-37.900	0
51	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher	1.516.400	374.800	389.800	371.800	380.000	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			neu	1.365.100	337.400	350.900	334.700	342.100	0		
			Veränderung	-151.300	-37.400	-38.900	-37.100	-37.900	0		
		GA		-151.300	-37.400	-38.900	-37.100	-37.900	0	angenommen 9/0/1 angenommen **)	
		FPA		<u>-151.300</u>	<u>-37.400</u>	<u>-38.900</u>	<u>-37.100</u>	<u>-37.900</u>	<u>0</u>		

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport hier Sport											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-273.500		-66.800	-71.900	-68.000	-66.800	0	
49	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 2.751.600	672.100	723.200	684.200	672.100	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
				neu 2.478.100	605.300	651.300	616.200	605.300	0		
				Veränderung -273.500	-66.800	-71.900	-68.000	-66.800	0		
			SpA	-273.500	-66.800	-71.900	-68.000	-66.800	0	angenommen 10/0/0	
			FPA	-273.500	-66.800	-71.900	-68.000	-66.800	0	angenommen **)	
29	Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)			-24.000		-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	0	
52	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher 240.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
				neu 216.000	54.000	54.000	54.000	54.000	0		
				Veränderung -24.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	0		
			SpA	-24.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	0	angenommen 10/0/0	
			FPA	-24.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	0	angenommen **)	

Veränderungen Erträge	(Zeile 10)	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	0
Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)	-1.471.400	-1.452.700	-1.205.200	-1.194.100	0
Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		-1.467.400	-1.448.700	-1.201.200	-1.190.100	0

Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)	0	0	0	0	0
Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)	-855.600	-386.500	-444.900	-409.800	115.500
Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		-855.600	-386.500	-444.900	-409.800	115.500

Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		-2.323.000	-1.835.200	-1.646.100	-1.599.900	115.500

nachrichtlich:

Verpflichtungsermächtigungen:	2017	-7.200
	2018	-7.200
	2019	-7.200

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
Beteiligung ITEBO											
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen (Veränderungen)				200.000		200.000	0	0	0	0	
NEU	5E.200004	Beteiligung ITEBO									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Erwerb von Anteilen an der Firma ITEBO GmbH (siehe Vorlage Drucksache 16-01543) Zur Deckung können die Ansätze der Krankenhausumlage verwendet werden, da aufgrund aktueller Informationen der Bedarf für 2016 niedriger ausfallen wird.
			neu	200.000	0	200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	0	
29 Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)				-200.000		-200.000	0	0	0	0	
NEU	5S.200019	Krankenhausumlage									
			bisher	47.803.500	30.895.500	4.041.000	4.163.000	4.288.000	4.416.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Erwerb von Anteilen an der Firma ITEBO GmbH (siehe Vorlage Drucksache 16-01543) Zur Deckung können die Ansätze der Krankenhausumlage verwendet werden, da aufgrund aktueller Informationen der Bedarf für 2016 niedriger ausfallen wird.
			neu	47.603.500	30.895.500	3.841.000	4.163.000	4.288.000	4.416.000	0	
			Veränderung	-200.000		-200.000	0	0	0	0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-87.500	-120.000	77.500	-122.500	77.500	0
1	3E.210004	Feuerwehr Timmerlah /Vorplanung	222	bisher 0 neu 100.000 Veränderung 100.000	0 0	0 0	0 100.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für die Vorplanung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 222 angenommen 8/0/2 angenommen **)
			BA	100.000	0	100.000	0	0	0	0	
			FPA	<u>100.000</u>	<u>0</u>	<u>100.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
NEU	3E.210006	SpA Rote Wiese Gebäude/Vorplan. San.		bisher 200.000 neu 200.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 100.000	200.000 100.000	0 100.000	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 10/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SpA	0	0	0	-100.000	100.000	100.000	0	
			BA	0	0	0	-100.000	100.000	100.000	0	
			FPA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-100.000</u>	<u>100.000</u>	<u>100.000</u>	<u>0</u>	
2	4S.200002	Gewerbepark Waller See /Ausgleichsz.		bisher 300.000 neu 255.000 Veränderung -45.000	300.000 255.000	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 8/0/2 angenommen **)
			BA	-45.000	-45.000	0	0	0	0	0	
			FPA	<u>-45.000</u>	<u>-45.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
3	4S.210049	Energiesparmaßnahmen /sonstige Projekte		bisher 525.000 neu 382.500 Veränderung -142.500	75.000 0	150.000 127.500	150.000 127.500	150.000 127.500	150.000 127.500	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 8/0/2 angenommen **)
			BA	-142.500	-75.000	-22.500	-22.500	-22.500	-22.500	0	
			FPA	<u>-142.500</u>	<u>-75.000</u>	<u>-22.500</u>	<u>-22.500</u>	<u>-22.500</u>	<u>-22.500</u>	<u>0</u>	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
28				Erwerb von Finanzvermögensanlagen (Veränderungen)		23.000.000	1.150.000	1.150.000	3.650.000	1.150.000	15.900.000
4	5E.200005	NiWo / Kapitalerhöhung		bisher 0 neu 2.500.000 Veränderung 2.500.000	0 0	0 0	0 0	0 2.500.000	0 0	0 0	Aufstockung des Eigenkapitals der NiWo (Baugebiet Nördliches Ringgebiet)
			FPA	<u>2.500.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>2.500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 7/0/4
5	5E.200006	SBBG / Kapitalerhöhung		bisher 0 neu 19.000.000 Veränderung 19.000.000	0 0	0 1.000.000	0 1.000.000	0 1.000.000	0 1.000.000	0 15.000.000	Aufstockung des Eigenkapitals der SBBG (Übernahme NiWo-Anteile)
			FPA	<u>19.000.000</u>		<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>15.000.000</u>	angenommen 7/0/4
NEU	5E.200008	Stadthallen Betriebsgesellschaft mbH / Kapitalerhöhung		bisher 0 neu 1.500.000 Veränderung 1.500.000	0 0	0 150.000	0 150.000	0 150.000	0 150.000	0 900.000	Aufstockung des Eigenkapitals der Stadthallen Betriebsgesellschaft mbH (Übernahme VW-Halle) (siehe Drucksache 13757/14)
			FPA	<u>2.500.000</u>		<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>900.000</u>	angenommen 7/0/4
21				Veräußerung von Sachvermögen (Veränderungen)		-429.100	-429.100	0	0	0	0
6	5E.210046	Gewerbep. Waller See-Veräuß.		bisher 6.990.057 neu 6.560.957 Veränderung -429.100	5.605.057 5.605.057	1.385.000 955.900	0 0	0 0	0 0	0 0	geringere Einzahlungen aus Verkäufen, da diese bereits in 2015 stattgefunden haben
			FPA	<u>-429.100</u>		<u>-429.100</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 7/0/4

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
25		Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen)		615.500		500	0	550.000	0	65.000	
7	4E.200001	FB 20: Waller 2. BA / Ankäufe		bisher 1.732.500 neu 1.733.000 Veränderung 500 FPA 500	1.732.500 1.733.000 500 500	1.732.500 1.733.000 500 500	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	zusätzliche Mittel für das Umlegungsverfahren Waller See 2. BA nach verwaltungsinterner Abstimmung angenommen 7/0/4
8	5E.200007	FB 20: Stadtstraße Nord/Erschließung	331	bisher 0 neu 615.000 Veränderung 615.000 BA 615.000 FPA 615.000	0 615.000 615.000 615.000 615.000	0 0 0 0 0	0 0 0 0 0	0 550.000 550.000 550.000 550.000	0 0 0 0 0	0 65.000 65.000 65.000 65.000	zusätzliche Mittel für die Erschließungsbeiträge für die Stadtstraße Nord (siehe dazu auch TH 66) angenommen 8/0/2 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-3.200		0	-3.200	0	0	0	
9	5E.200002	Wilhelm-Bracke Gesamtsch. / Erschließung	221	bisher neu Veränderung BA FPA	21.900 18.700 -3.200 -3.200 <u>-3.200</u>	0 0 0 0 <u>0</u>	21.900 18.700 -3.200 -3.200 <u>-3.200</u>	0 0 0 0 <u>0</u>	0 0 0 0 <u>0</u>	0 0 0 0 <u>0</u>	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 8/0/2 angenommen **)
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen Einrichtung 4. IGS Volkmarode											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		-60.000	0	60.000	0	0	
10.a	4E.210056	4. IGS Volkmarode/Einrichtung	114	bisher neu Veränderung SchA BA FPA	1.601.700 1.601.700 0 0 0 <u>0</u>	700.900 700.900 -60.000 -60.000 -60.000 <u>-60.000</u>	180.800 120.800 0 0 0 <u>0</u>	400.000 400.000 60.000 60.000 60.000 <u>60.000</u>	320.000 380.000 0 0 0 <u>0</u>	0 0 0 0 0 <u>0</u>	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 17/1/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		-240.000	0	240.000	0	0	
10.b	4E.210056	4. IGS Volkmarode/Einrichtung	114	bisher neu Veränderung SchA BA FPA	4.915.200 4.915.200 0 0 0 <u>0</u>	1.312.000 1.312.000 -240.000 -240.000 -240.000 <u>-240.000</u>	723.200 483.200 0 0 0 <u>0</u>	1.600.000 1.600.000 240.000 240.000 240.000 <u>240.000</u>	1.280.000 1.520.000 0 0 0 <u>0</u>	0 0 0 0 0 <u>0</u>	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 17/1/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erweiterung BBS V											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	-320.000	-418.400	-95.000	0	833.400
11.a	4E.210116	BBS V / Erweiterung	120	bisher	913.400	80.000	320.000	418.400	95.000	0	0
				neu	913.400	80.000	0	0	0	0	833.400
				Veränderung	0		-320.000	-418.400	-95.000	0	833.400
			JHA		0		-320.000	-418.400	-95.000	0	833.400
			SchA		0		0	0	0	0	0
			BA		0		-320.000	-418.400	-95.000	0	833.400
			FPA		<u>0</u>						
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	-1.280.000	-1.673.600	-380.000	0	3.333.600
11.b	4E.210116	BBS V / Erweiterung	120	bisher	3.653.600	320.000	1.280.000	1.673.600	380.000	0	0
				neu	3.653.600	320.000	0	0	0	0	3.333.600
				Veränderung	0		-1.280.000	-1.673.600	-380.000	0	3.333.600
				VE 2017:	1.673.600	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:		-1.673.600	
				VE 2018:	380.000	VE 2018 neu:	0	VE 2018 Veränderung:		-380.000	
			JHA		0		-1.280.000	-1.673.600	-380.000	0	3.333.600
			SchA		0		0	0	0	0	0
			BA		0		-1.280.000	-1.673.600	-380.000	0	3.333.600
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Kita Lamme Ost II											
19				Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		400.000	0	400.000	0	0	0
12.a	5E.210141	Kita Lamme Ost II/Neubau Zuschuss	321	bisher 0 neu 400.000 Veränderung 400.000	0 0	0 0	0 400.000	0 0	0 0	0 0	Fördermittel (RAT IV) Antragstellung bis 31.03.2016, Fertigstellung der Maßnahme bis 12/2017 - s. a. zu Zeile 26
			JHA	400.000		0	400.000	0	0	0	angenommen 13/0/0
			BA	400.000		0	400.000	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>400.000</u>		<u>0</u>	<u>400.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		3.000.000	3.000.000	0	0	0	0
12.b	5E.210141	Kita Lamme Ost II/Neubau	321	bisher 155.000 neu 3.155.000 Veränderung 3.000.000	155.000 155.000	0 3.000.000	0 0	0 0	0 0	0 0	Mittel für den Neubau einer Kindertagesstätte im Baugebiet Lamme II
			JHA	3.000.000		3.000.000	0	0	0	0	angenommen 13/0/0
			BA	3.000.000		3.000.000	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>3.000.000</u>		<u>3.000.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Ausbau OGSen												
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		-173.100	173.100	0	0	0		
13.a	4E.210154	GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb	321	bisher	592.600	245.000	240.000	107.600	0	0	0	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 17/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)
				neu	592.600	245.000	66.900	280.700	0	0	0	
				Veränderung	0		-173.100	173.100	0	0	0	
				SchA	0		-173.100	173.100	0	0	0	
				BA	0		-173.100	173.100	0	0	0	
				FPA	0		-173.100	173.100	0	0	0	
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		-692.400	692.400	0	0	0		
13.b	4E.210154	GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb	321	bisher	1.945.400	555.000	960.000	430.400	0	0	0	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 17/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)
				neu	1.945.400	555.000	267.600	1.122.800	0	0	0	
				Veränderung	0		-692.400	692.400	0	0	0	
				VE 2017: 430.400 VE 2017 neu: 1.122.800 VE 2017 Veränderung: 692.400								
				SchA	0		-692.400	692.400	0	0	0	
				BA	0		-692.400	692.400	0	0	0	
NEU			FPA	0		-692.400	692.400	0	0	0		

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau Schulkindbetreuung auf 60 %											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			1.020.000		220.000	220.000	220.000	220.000	140.000	
14.a	4S.210077	Schulkindbetreuung / Ausbau 60% Stufe 2		bisher 255.000 neu 1.275.000 Veränderung 1.020.000	55.000 55.000	40.000 260.000 220.000	40.000 260.000 220.000	40.000 260.000 220.000	40.000 260.000 220.000	40.000 180.000 140.000	Anpassung der Finanzraten, da mehr Umbauten anstatt Containerkäufe stattfinden werden
		JHA		1.020.000		220.000	220.000	220.000	220.000	140.000	angenommen 13/0/0
		SchA		1.020.000		220.000	220.000	220.000	220.000	140.000	angenommen 17/0/0
		BA		1.020.000		220.000	220.000	220.000	220.000	140.000	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>1.020.000</u>		<u>220.000</u>	<u>220.000</u>	<u>220.000</u>	<u>220.000</u>	<u>140.000</u>	angenommen **)
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-1.020.000		-220.000	-220.000	-220.000	-220.000	-140.000	
14.b	4S.210077	Schulkindbetreuung / Ausbau 60% Stufe 2		bisher 1.320.000 neu 300.000 Veränderung -1.020.000	300.000 300.000	220.000 0 -220.000	220.000 0 -220.000	220.000 0 -220.000	220.000 0 -220.000	140.000 0 -140.000	Anpassung der Finanzraten, da mehr Umbauten anstatt Containerkäufe stattfinden werden
		JHA		-1.020.000		-220.000	-220.000	-220.000	-220.000	-140.000	angenommen 13/0/0
		SchA		1.020.000		-220.000	-220.000	-220.000	-220.000	-140.000	angenommen 17/0/0
		BA		1.020.000		-220.000	-220.000	-220.000	-220.000	-140.000	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>1.020.000</u>		<u>-220.000</u>	<u>-220.000</u>	<u>-220.000</u>	<u>-220.000</u>	<u>-140.000</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ersatzbau der Sporthalle Lehnendorf											
21 Veräußerung von Sachvermögen (Veränderungen)				3.600.000		0	1.000.000	2.600.000	0	0	
15.a	5S.210007	FB 20: Global -Veräuß. von Grundst.		bisher 3.200.000 neu 6.800.000 Veränderung 3.600.000	0 0	0 0	1.600.000 2.600.000	1.600.000 4.200.000	0 0	0 0	zusätzliche Einzahlungen als Entschädigung der Brandkasse für den Schaden an der Sporthalle Lehnendorf
			SchA BA FPA	3.600.000 3.600.000 <u>3.600.000</u>	0 0 <u>0</u>	0 0 <u>0</u>	1.000.000 1.000.000 <u>1.000.000</u>	2.600.000 2.600.000 <u>2.600.000</u>	0 0 <u>0</u>	0 0 <u>0</u>	angenommen 17/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				4.100.000		2.100.000	2.000.000	0	0	0	
15.b	5E.21 NEU	Sporthalle Lehnendorf, Ersatzbau	321	bisher 0 neu 4.100.000 Veränderung 4.100.000	0 0	0 2.100.000	0 2.000.000	0 0	0 0	0 0	Mittel für den Neubau einer Sporthalle in Lehnendorf als Ersatz für die abgebrannte Sporthalle an der St.-Ingbert-Straße
NEU											<u>Anmerkung:</u> Es wird auf die Vorlage der Verwaltung zur Beschlussfassung über das Raumprogramm für den Neubau der Sporthalle St.-Ingbert-Straße (DS 15-01299) verwiesen; siehe hierzu auch den Antrag der SPD (Nr. 129)
				VE 2017:	0	VE 2017 neu:	2.000.000	VE 2017 Veränderung:	2.000.000		
			SchA BA FPA	4.100.000 4.100.000 <u>4.100.000</u>	2.100.000 2.100.000 <u>2.100.000</u>	2.000.000 2.000.000 <u>2.000.000</u>	0 0 <u>0</u>	0 0 <u>0</u>	0 0 <u>0</u>	0 0 <u>0</u>	angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Stadthalle											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			9.200.000		200.000	0	200.000	0	8.800.000	
16.a	3E.21 NEU	Stadthalle /Planung Sanierungsmodelle (auch PPP)	132	bisher 0 neu 400.000 Veränderung 400.000	0 0	0 200.000	0 0	0 200.000	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für die Planung der Sanierung der Stadthalle (Umsetzung voraussichtlich 2019)
			BA	400.000		200.000	0	200.000	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			FPA	<u>400.000</u>		<u>200.000</u>	<u>0</u>	<u>200.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 7/0/4
16.b	4E.21 NEU	Stadthalle / Sanierung der Fassade	132	bisher 0 neu 8.800.000 Veränderung 8.800.000	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 8.800.000	zusätzliche Mittel für die dringende Erneuerung der Betonfassade der Stadthalle
			BA	8.800.000		0	0	0	0	8.800.000	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			FPA	<u>8.800.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>8.800.000</u>	angenommen 7/0/4
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			7.300.000		0	0	0	6.000.000	1.300.000	
16.c	4E.21 NEU	Stadthalle / Sanierung der technischen Gebäudeausrüstung	132	bisher 0 neu 7.300.000 Veränderung 7.300.000	0 0	0 0	0 0	0 0	0 6.000.000	0 1.300.000	zusätzliche Mittel für die Erneuerung der technischen Gebäuderüstung (TGA) in der Stadthalle. Die TGA entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen an ein modernes Veranstaltungs- und Kongress-Zentrum. Ausführung ab 2019
			BA	7.300.000		0	0	0	6.000.000	1.300.000	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			FPA	<u>7.300.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>6.000.000</u>	<u>1.300.000</u>	angenommen 7/0/4

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erweiterung Kita Querum											
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	-217.500	217.500	
17.a	5E.210085	Kita Querum / Erweiterung	112	bisher 217.500 neu 217.500 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 0	217.500 0	0 217.500	Einsparvorschlag Konsolidierung
			JHA	0	0	0	0	0	-217.500	217.500	angenommen 13/0/0
			BA	0	0	0	0	0	-217.500	217.500	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-217.500</u>	<u>217.500</u>	angenommen **)
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	-85.000	-335.100	420.100	
17.b	5E.210085	Kita Querum / Erweiterung	112	bisher 835.100 neu 835.100 Veränderung 0	85.000 85.000	0 0	0 0	85.000 0	335.100 0	330.000 750.100	Einsparvorschlag Konsolidierung
			JHA	0	0	0	0	-85.000	-335.100	420.100	angenommen 13/0/0
			BA	0	0	0	0	-85.000	-335.100	420.100	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-85.000</u>	<u>-335.100</u>	<u>420.100</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Baumaßnahmen Feuerwehr											
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		30.900		-160.000	-669.100	-290.000	400.000	750.000	
18	5E.210113	Berufsfeuerwehr / Neubauten	331	bisher 32.816.000 neu 32.816.000 Veränderung 0	2.900.000 2.900.000	50.000 50.000 0	4.500.000 4.300.000 -200.000	4.550.000 4.300.000 -250.000	1.865.000 2.265.000 400.000	18.951.000 19.001.000 50.000	Einsparvorschlag Konsolidierung
NEU				VE 2017: 4.500.000	VE 2017 neu: 4.300.000	VE 2017 Veränderung: -200.000					
NEU				VE 2018: 4.500.000	VE 2018 neu: 4.300.000	VE 2018 Veränderung: -200.000					
			FwA	0	0	-200.000	-250.000	400.000	50.000		angenommen 9/0/0
			BA	0	0	-200.000	-250.000	400.000	50.000		angenommen 8/0/2
			FPA	0	0	-200.000	-250.000	400.000	50.000		angenommen **)
19	5E.210144	Feuerwehrhaus Timmerlah / Neubau	222	bisher 800.000 neu 700.000 Veränderung -100.000	0 0	160.000 0 -160.000	600.000 0 -600.000	40.000 0 -40.000	0 0 0	0 700.000 700.000	Einsparvorschlag Konsolidierung
			FwA	-100.000	-160.000	-600.000	-40.000	0	700.000		angenommen 8/0/1
			BA	-100.000	-160.000	-600.000	-40.000	0	700.000		angenommen 8/0/2
			FPA	-100.000	-160.000	-600.000	-40.000	0	700.000		angenommen **)
20	5S.210024	Feuerwehr Harxbüttel /Anbau		bisher 500.000 neu 630.900 Veränderung 130.900	500.000 500.000	0 0 0	0 130.900 130.900	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Mehrkosten für die Erweiterung des Feuerwehrhauses Harxbüttel; neue Gesamtkosten 630.900 €
NEU				VE 2017: 0	VE 2017 neu: 130.900	VE 2017 Veränderung: 130.900					
			FwA	130.900	0	130.900	0	0	0		angenommen 9/0/0
			BA	130.900	0	130.900	0	0	0		angenommen 8/0/2
			FPA	130.900	0	130.900	0	0	0		angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Baumaßnahmen Städtische Tiefgaragen											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			3.760.000		600.000	1.609.000	1.129.000	422.000	0	
21	4E.21 NEU	Tiefgarage Packhof / Sanierung	131								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	3.760.000	0	600.000	1.609.000	1.129.000	422.000	0	zusätzliche Mittel für die Sanierung der technischen Anlagen der Tiefgarage Packhof
			Veränderung	3.760.000		600.000	1.609.000	1.129.000	422.000	0	
			BA	3.760.000		600.000	1.609.000	1.129.000	422.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>3.760.000</u>		<u>600.000</u>	<u>1.609.000</u>	<u>1.129.000</u>	<u>422.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
Brandschutzmaßnahmen											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			5.013.500		1.013.500	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	
22	4S.210034	Global-Instand. Allgem. Grundvermögen									
			bisher	4.247.800	3.203.800	234.000	270.000	270.000	270.000	0	
			neu	4.261.300	3.203.800	247.500	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Mittel für Umbaumaßnahmen des Sozialraumes des FB 51 (Eiermarkt) aus brandschutztechnischer und pädagogischer Notwendigkeit (zweiter Rettungsweg)
			Veränderung	13.500		13.500	0	0	0	0	
			JHA	13.500		13.500	0	0	0	0	angenommen 13/0/0
			BA	13.500		13.500	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>13.500</u>		<u>13.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
23	4S.210051	Brandschutzmaßnahmen									
			bisher	12.857.600	2.505.000	2.013.500	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.339.100	
			neu	17.857.600	2.505.000	3.013.500	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.339.100	Zusätzliche Mittel zur Behebung von Brandschutzmängeln, die durch künftige Begehungen seitens der BF festgestellt werden
			Veränderung	5.000.000		1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	
			BA	5.000.000		1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>5.000.000</u>		<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Sanierung Rathausneubau												
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		-500.000	-500.000	-4.000.000	-4.500.000	9.500.000		
24	5E.210116	Rathausneubau / Sanierung	131	bisher neu	14.603.000 14.603.000	555.000 555.000	500.000 0	500.000 0	4.000.000 0	4.500.000 0	4.548.000 14.048.000	Verschiebung der Maßnahme auf 2020 - Einsparvorschlag Konsolidierung
NEU NEU			Veränderung	0		-500.000	-500.000	-4.000.000	-4.500.000	9.500.000		
				VE 2017:	500.000	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	-500.000			
				VE 2018:	4.000.000	VE 2018 neu:	0	VE 2018 Veränderung:	-4.000.000			
			BA	0		-500.000	-500.000	-4.000.000	-4.500.000	9.500.000	angenommen 8/0/2 angenommen **)	
			FPA	0		-500.000	-500.000	-4.000.000	-4.500.000	9.500.000		
Einrichtung Veranstaltungszentrum etc.												
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		-3.000.000		-400.000	-1.100.000	-1.500.000	0	0		
25	5E.210140	Veranstaltungszentrum Errichtung/ Bauwerk		bisher neu	5.000.000 2.000.000	500.000 500.000	1.000.000 600.000	2.000.000 900.000	1.500.000 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
NEU NEU	NEU: 5E.41 NEU (TH 41)		Veränderung	-3.000.000		-400.000	-1.100.000	-1.500.000	0	0		
				VE 2017:	2.000.000	VE 2017 neu:	900.000	VE 2017 Veränderung:	-1.100.000			
				VE 2018:	1.500.000	VE 2018 neu:	0	VE 2018 Veränderung:	-1.500.000			
			AfKW	-3.000.000		-400.000	-1.100.000	-1.500.000	0	0	angenommen 10/0/0	
			BA	-3.000.000		-400.000	-1.100.000	-1.500.000	0	0	angenommen 8/0/2	
			FPA	-3.000.000		-400.000	-1.100.000	-1.500.000	0	0	angenommen **)	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Schulsanierungsprogramm												
Sanierung Lessinggymnasium												
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-58.200		-58.200	0	0	0	0		
26	4E.210091	Lessinggymnasium/ Sanierung	323	bisher neu Veränderung	972.300 914.100 -58.200	914.100 914.100 -58.200	58.200 0 -58.200	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Mittel wurden 2015 überplanmäßig bereitgestellt Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 323 angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)	
Sanierung GY Kleine Burg												
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		-39.000	-149.000	-52.600	0	240.600		
27.a	4E.210132	GY Kleine Burg / Sanierung	131	bisher neu Veränderung	1.100.000 1.100.000 0	0 0 0	39.000 0 -39.000	200.000 51.000 -149.000	300.000 247.400 -52.600	360.000 360.000 0	201.000 441.600 240.600	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017 angenommen 10/2/6 angenommen 8/0/2 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		-156.000	-596.000	-210.400	0	962.400	
27.b	4E.210132	GY Kleine Burg / Sanierung	131	bisher 4.400.000 neu 4.400.000	0 0	156.000 0	800.000 204.000	1.200.000 989.600	1.440.000 1.440.000	804.000 1.766.400	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017 angenommen 10/2/6 angenommen 8/0/2 angenommen **)
		Veränderung		0		-156.000	-596.000	-210.400	0	962.400	
		SchA		0		-156.000	-596.000	-210.400	0	962.400	
		BA		0		-156.000	-596.000	-210.400	0	962.400	
		FPA		0		-156.000	-596.000	-210.400	0	962.400	
Sanierung GS Volkmarode											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	10.800	0	0	-10.800	
28.a	4E.210133	GS Volkmarode / Sanierung	114	bisher 421.700 neu 421.700	0 0	0 0	29.200 40.000	100.000 100.000	200.000 200.000	92.500 81.700	Anpassung der Raten an den Bauablauf angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)
		Veränderung		0		0	10.800	0	0	-10.800	
		SchA		0		0	10.800	0	0	-10.800	
		BA		0		0	10.800	0	0	-10.800	
		FPA		0		0	10.800	0	0	-10.800	
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	43.200	0	0	-43.200	
28.b	4E.210133	GS Volkmarode / Sanierung	114	bisher 1.686.800 neu 1.686.800	0 0	0 0	116.800 160.000	400.000 400.000	800.000 800.000	370.000 326.800	Anpassung der Raten an den Bauablauf angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)
		Veränderung		0		0	43.200	0	0	-43.200	
		SchA		0		0	43.200	0	0	-43.200	
		BA		0		0	43.200	0	0	-43.200	
		FPA		0		0	43.200	0	0	-43.200	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Melverde											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		-27.000	-120.000	-80.000	110.400	116.600	
29.a	4E.210134	GS Melverde / Sanierung	212	bisher 794.000 neu 794.000 Veränderung 0	8.000 8.000	27.000 0 -27.000	180.000 60.000 -120.000	360.000 280.000 -80.000	219.000 329.400 110.400	0 116.600 116.600	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 angenommen 8/0/10 angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA	0		-27.000	-120.000	-80.000	110.400	116.600	
			BA	0		-27.000	-120.000	-80.000	110.400	116.600	
			FPA	0		-27.000	-120.000	-80.000	110.400	116.600	
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		-108.000	-480.000	-320.000	441.400	466.600	
29.b	4E.210134	GS Melverde / Sanierung	212	bisher 3.516.200 neu 3.516.200 Veränderung 0	372.000 372.000	108.000 0 -108.000	720.000 240.000 -480.000	1.440.000 1.120.000 -320.000	876.200 1.317.600 441.400	0 466.600 466.600	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 angenommen 8/0/10 angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA	0		-108.000	-480.000	-320.000	441.400	466.600	
			BA	0		-108.000	-480.000	-320.000	441.400	466.600	
			FPA	0		-108.000	-480.000	-320.000	441.400	466.600	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Waggum											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	-24.000	-174.000	198.000	
30.a	4E.210135	GS Waggum / Sanierung	112	bisher 644.400 neu 644.400 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	24.000 0	224.000 50.000	396.400 594.400	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA			0	0	0	0	0	
			BA	0		0	0	-24.000	-174.000	198.000	
			FPA	<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-24.000</u>	<u>-174.000</u>	<u>198.000</u>	
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	-96.000	-696.000	792.000	
30.b	4E.210135	GS Waggum / Sanierung	112	bisher 2.577.600 neu 2.577.600 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	96.000 0	896.000 200.000	1.585.600 2.377.600	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA	0		0	0	0	0	0	
			BA	0		0	0	-96.000	-696.000	792.000	
			FPA	<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-96.000</u>	<u>-696.000</u>	<u>792.000</u>	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung BBS V											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		-65.000	-510.800	-20.000	-524.000	1.119.800	
31.a	4E.210137	BBS V/ Sanierung	120	bisher 2.569.000 neu 2.569.000 Veränderung 0	100.000 100.000	65.000 0 -65.000	600.000 289.700 -310.300	620.000 620.000 0	1.184.000 1.093.000 -91.000	0 466.300 466.300	Einsparvorschlag Konsolidierung
			SchA	0		-65.000	-310.300	0	-91.000	466.300	angenommen 7/6/5
			BA	0		-65.000	-310.300	0	-91.000	466.300	angenommen 8/0/2
			FPA	0		-65.000	-310.300	0	-91.000	466.300	angenommen **)
31.b	4E.210137	BBS V/ Sanierung	120	bisher 2.569.000 neu 2.569.000 Veränderung 0	100.000 100.000	0 0 0	289.700 89.200 -200.500	620.000 600.000 -20.000	1.093.000 660.000 -433.000	466.300 1.119.800 653.500	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
			SchA	0		0	-200.500	-20.000	-433.000	653.500	angenommen 7/6/5
			BA	0		0	-200.500	-20.000	-433.000	653.500	angenommen 8/0/2
			FPA	0		0	-200.500	-20.000	-433.000	653.500	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		-260.000	-2.043.200	-80.000	-1.996.000	4.379.200		
31.c	4E.210137	BBS V/ Sanierung	120	bisher	10.193.300	417.300	260.000	2.400.000	2.480.000	4.636.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				neu	10.193.300	417.300	0	1.158.800	2.480.000	4.272.800	1.864.400	
				Veränderung	0		-260.000	-1.241.200	0	-363.200	1.864.400	
				SchA	0		-260.000	-1.241.200	0	-363.200	1.864.400	
				BA	0		-260.000	-1.241.200	0	-363.200	1.864.400	
				FPA	0		-260.000	-1.241.200	0	-363.200	1.864.400	
31.d	4E.210137	BBS V/ Sanierung	120	bisher	10.193.300	417.300		1.158.800	2.480.000	4.272.800	1.864.400	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
				neu	10.193.300	417.300	0	356.800	2.400.000	2.640.000	4.379.200	
				Veränderung	0		0	-802.000	-80.000	-1.632.800	2.514.800	
				SchA	0		0	-802.000	-80.000	-1.632.800	2.514.800	
				BA	0		0	-802.000	-80.000	-1.632.800	2.514.800	
				FPA	0		0	-802.000	-80.000	-1.632.800	2.514.800	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GY Martino-Katharineum											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	120.000	-120.000	
32.a	4E.210141	GY Martino-Katharineum /Sanierung	131	bisher 660.000 neu 660.000 Veränderung 0	0 0	0 0	40.000 40.000	350.000 350.000	150.000 270.000	120.000 0	Anpassung der Raten an den Bauablauf
			SchA	0	0	0	0	120.000	-120.000		angenommen 16/0/2
			BA	0	0	0	0	120.000	-120.000		angenommen 8/0/2
			FPA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>120.000</u>	<u>-120.000</u>		angenommen **)
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	480.000	-480.000	
32.b	4E.210141	GY Martino-Katharineum /Sanierung	131	bisher 2.640.000 neu 2.640.000 Veränderung 0	0 0	0 0	160.000 160.000	1.400.000 1.400.000	600.000 1.080.000	480.000 0	Anpassung der Raten an den Bauablauf
			SchA	0	0	0	0	480.000	-480.000		angenommen 16/0/2
			BA	0	0	0	0	480.000	-480.000		angenommen 8/0/2
			FPA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>480.000</u>	<u>-480.000</u>		angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Wilhelm Gymnasium											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		-40.000	-240.000	-60.000	-14.000	354.000	
33.a	4E.210142	Wilhelmgymnasium / Sanierung	132	bisher 1.194.000 neu 1.194.000 Veränderung 0	0 0	40.000 0 -40.000	320.000 80.000 -240.000	380.000 320.000 -60.000	454.000 440.000 -14.000	0 354.000 354.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017 angenommen 16/0/2 angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA BA FPA	0 0 <u>0</u>		-40.000 -40.000 <u>-40.000</u>	-240.000 -240.000 <u>-240.000</u>	-60.000 -60.000 <u>-60.000</u>	-14.000 -14.000 <u>-14.000</u>	354.000 354.000 <u>354.000</u>	
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		-160.000	-960.000	-240.000	-56.000	1.416.000	
33.b	4E.210142	Wilhelmgymnasium / Sanierung	132	bisher 5.006.000 neu 5.006.000 Veränderung 0	230.000 230.000	160.000 0 -160.000	1.280.000 320.000 -960.000	1.520.000 1.280.000 -240.000	1.816.000 1.760.000 -56.000	0 1.416.000 1.416.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017 angenommen 16/0/2 angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA BA FPA	0 0 <u>0</u>		-160.000 -160.000 <u>-160.000</u>	-960.000 -960.000 <u>-960.000</u>	-240.000 -240.000 <u>-240.000</u>	-56.000 -56.000 <u>-56.000</u>	1.416.000 1.416.000 <u>1.416.000</u>	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung IGS Franzsesches Feld											
10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			258.000		0	258.000	0	0	0	
NEU	4E.210144	IGS Franzsesches Feld / Sanierung		bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 in Höhe von 300.000 € für die Sanierung der IGS Franzsesches Feld für die bestehende Löschwasserversorgung der Gebäude (aktualisierte Kosten: 600.000 €); das Land wird sich wegen dem auf dem Grundstück befindlichen Gebäude des Landes (Arbeitsgericht) an den Kosten beteiligen (Gesamteinnahmen: 258.000 €); das Löschwassersystem selbst befindet sich überwiegend im Eigentum der Stadt BS Zur Deckung der Finanzierungslücke sollen in 2017 nicht benötigte Haushaltsmittel für die Sanierung der Städtischen Trinkwasserleitungen herangezogen werden (FB 20: Projekt Inst. Trinkw./San.(Städt.)).
				neu 258.000	0	0	258.000	0	0	0	
			Veränderung	258.000		0	258.000	0	0	0	
			FPA	<u>258.000</u>		<u>0</u>	<u>258.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			10.303.000		0	263.600	0	1.994.400	8.045.000	
34.a	4E.210144	IGS Franzsesches Feld / Sanierung	120	bisher 3.673.700	615.800	1.506.200	756.400	751.300	44.000	0	Zusätzliche Mittel für die Sanierung der Innendecken der Lichtschächte und der Außenanlagen angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)
				neu 14.973.700	615.800	1.506.200	756.400	751.300	2.044.000	9.300.000	
			Veränderung	11.300.000		0	0	0	2.000.000	9.300.000	
			SchA	11.300.000		0	0	0	2.000.000	9.300.000	
			BA	11.300.000		0	0	0	2.000.000	9.300.000	
			FPA	<u>11.300.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>2.000.000</u>	<u>9.300.000</u>	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
34.b	4E.210144	IGS Franzisches Feld / Sanierung	120	bisher 14.973.700 neu 14.973.700	615.800 615.800	1.506.200 1.506.200	756.400 762.000	751.300 751.300	2.044.000 2.038.400	9.300.000 9.300.000	Anpassung der Raten an den Bauablauf
			Veränderung	0		0	5.600	0	-5.600	0	
			SchA	0		0	5.600	0	-5.600	0	angenommen 18/0/0
			BA	0		0	5.600	0	-5.600	0	angenommen 8/0/2
			FPA	0		0	5.600	0	-5.600	0	angenommen **)
NEU	4E.210144	IGS Franzisches Feld / Sanierung	120	bisher 14.973.700 neu 13.718.700	615.800 615.800	1.506.200 1.506.200	762.000 762.000	751.300 751.300	2.038.400 2.038.400	9.300.000 8.045.000	Anpassung der Raten an den tatsächlichen Bedarf
			Veränderung	-1.255.000		0	0	0	0	-1.255.000	
			FPA	-1.255.000		0	0	0	0	-1.255.000	angenommen 7/0/4
NEU	4E.210144	IGS Franzisches Feld / Sanierung		bisher 13.718.700 neu 14.018.700	615.800 615.800	1.506.200 1.506.200	762.000 1.062.000	751.300 751.300	2.038.400 2.038.400	8.045.000 8.045.000	zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 in Höhe von 300.000 € für die Sanierung der IGS Franzisches Feld für die bestehende Löschwasserversorgung der Gebäude (aktualisierte Kosten: 600.000 €); das Land wird sich wegen dem auf dem Grundstück befindlichen Gebäude des Landes (Arbeitsgericht) an den Kosten beteiligen (Gesamteinnahmen: 258.000 €); das Löschwassersystem selbst befindet sich überwiegend im Eigentum der Stadt BS
			Veränderung	300.000		0	300.000	0	0	0	Zur Deckung der Finanzierungslücke sollen in 2017 nicht benötigte Haushaltsmittel für die Sanierung der Städtischen Trinkwasserleitungen herangezogen werden (FB 20: Projekt Inst. Trinkw./San.(Städt.)).
			FPA	300.000		0	300.000	0	0	0	angenommen 7/0/4

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
NEU	4S.210029	FB 20:Projekt Inst. Trinkw./San.(Städt.)		bisher	3.386.874	2.236.874	300.000	250.000	300.000	300.000	zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 in Höhe von 300.000 € für die Sanierung der IGS Franzisches Feld für die bestehende Löschwasserversorgung der Gebäude (aktualisierte Kosten: 600.000 €); das Land wird sich wegen dem auf dem Grundstück befindlichen Gebäude des Landes (Arbeitsgericht) an den Kosten beteiligen (Gesamteinnahmen: 258.000 €); das Löschwassersystem selbst befindet sich überwiegend im Eigentum der Stadt BS Zur Deckung der Finanzierungslücke sollen in 2017 nicht benötigte Haushaltsmittel für die Sanierung der Städtischen Trinkwasserleitungen herangezogen werden (FB 20: Projekt Inst. Trinkw./San.(Städt.)).	
				neu	3.344.874	2.236.874	300.000	208.000	300.000	300.000		
				Veränderung	-42.000	0	-42.000	0	0	0		
			FPA	-42.000	0	-42.000	0	0	0	angenommen 7/0/4		
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	22.300	0	-22.300	0		
34.c	4E.210144	IGS Franzisches Feld / Sanierung	120		bisher	11.088.800	3.452.000	2.260.000	2.755.700	2.445.200	175.900	Anpassung der Raten an den Bauablauf
					neu	11.088.800	3.452.000	2.260.000	2.778.000	2.445.200	153.600	
					Veränderung	0	0	22.300	0	-22.300	0	
						VE 2017:	2.755.700	VE 2017 neu:	2.778.000	VE 2017 Veränderung:	22.300	
						VE 2019:	175.900	VE 2019 neu:	153.600	VE 2019 Veränderung:	-22.300	
				SchA	0	0	22.300	0	-22.300	0	angenommen 18/0/0	
				BA	0	0	22.300	0	-22.300	0	angenommen 8/0/2	
NEU												
NEU												
			FPA	0	0	22.300	0	-22.300	0	angenommen **)		

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Büldenweg											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	-30.000	-170.000	200.000	
35.a	4E.210146	GS Büldenweg / Sanierung	331	bisher 706.000 neu 706.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	30.000 0 -30.000	230.000 60.000 -170.000	446.000 646.000 200.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen angenommen 8/6/4 angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA BA FPA	0 0 <u>0</u>	0 0 <u>0</u>	0 0 <u>0</u>	-30.000 -30.000 <u>-30.000</u>	-170.000 -170.000 <u>-170.000</u>	200.000 200.000 <u>200.000</u>		
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	-120.000	-680.000	800.000	
35.b	4E.210146	GS Büldenweg / Sanierung	331	bisher 2.824.000 neu 2.824.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	120.000 0 -120.000	920.000 240.000 -680.000	1.784.000 2.584.000 800.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen angenommen 8/6/4 angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA BA FPA	0 0 <u>0</u>	0 0 <u>0</u>	0 0 <u>0</u>	-120.000 -120.000 <u>-120.000</u>	-680.000 -680.000 <u>-680.000</u>	800.000 800.000 <u>800.000</u>		

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Querum											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	-24.000	-174.000	198.000	
36.a	4E.210147	GS Querum / Sanierung	112	bisher 502.000 neu 502.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	24.000 0 -24.000	224.000 50.000 -174.000	254.000 452.000 198.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	
			BA	0	0	0	0	-24.000	-174.000	198.000	
			FPA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-24.000</u>	<u>-174.000</u>	<u>198.000</u>	
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	-96.000	-696.000	792.000	
36.b	4E.210147	GS Querum / Sanierung	112	bisher 2.008.000 neu 2.008.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	96.000 0 -96.000	896.000 200.000 -696.000	1.016.000 1.808.000 792.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	
			BA	0	0	0	0	-96.000	-696.000	792.000	
			FPA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-96.000</u>	<u>-696.000</u>	<u>792.000</u>	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Völkenrode											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		-20.000	-100.000	60.000	60.000	0	
37.a	4E.210148	GS Völkenrode / Sanierung	321								
			bisher	200.000	0	20.000	120.000	60.000	0	0	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
			neu	200.000	0	0	20.000	120.000	60.000	0	
			Veränderung	0		-20.000	-100.000	60.000	60.000	0	
			SchA	0		-20.000	-100.000	60.000	60.000	0	angenommen 13/0/5
			BA	0		-20.000	-100.000	60.000	60.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	0		-20.000	-100.000	60.000	60.000	0	angenommen **)
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		-80.000	-400.000	240.000	240.000	0	
37.b	4E.210148	GS Völkenrode / Sanierung	321								
			bisher	800.000	0	80.000	480.000	240.000	0	0	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
			neu	800.000	0	0	80.000	480.000	240.000	0	
			Veränderung	0		-80.000	-400.000	240.000	240.000	0	
			SchA	0		-80.000	-400.000	240.000	240.000	0	angenommen 13/0/5
			BA	0		-80.000	-400.000	240.000	240.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	0		-80.000	-400.000	240.000	240.000	0	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Rühme											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		-40.000	-140.000	-20.000	80.000	120.000	
38.a	4E.210149	GS Rühme / Sanierung	322	bisher 780.000 neu 780.000 Veränderung 0	0 0	40.000 0	200.000 60.000	300.000 280.000	240.000 320.000	0 120.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
			SchA	0		-40.000	-140.000	-20.000	80.000	120.000	angenommen 11/0/7
			BA	0		-40.000	-140.000	-20.000	80.000	120.000	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>0</u>		<u>-40.000</u>	<u>-140.000</u>	<u>-20.000</u>	<u>80.000</u>	<u>120.000</u>	angenommen **)
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		-160.000	-560.000	-80.000	320.000	480.000	
38.b	4E.210149	GS Rühme / Sanierung	322	bisher 3.120.000 neu 3.120.000 Veränderung 0	0 0	160.000 0	800.000 240.000	1.200.000 1.120.000	960.000 1.280.000	0 480.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
			SchA	0		-160.000	-560.000	-80.000	320.000	480.000	angenommen 11/0/7
			BA	0		-160.000	-560.000	-80.000	320.000	480.000	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>0</u>		<u>-160.000</u>	<u>-560.000</u>	<u>-80.000</u>	<u>320.000</u>	<u>480.000</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Stöckheim											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		-40.000	-140.000	-20.000	80.000	120.000	
39.a	4E.210150	GS Stöckheim / Sanierung	211								
			bisher	780.000	0	40.000	200.000	300.000	240.000	0	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
			neu	780.000	0	0	60.000	280.000	320.000	120.000	
			Veränderung	0		-40.000	-140.000	-20.000	80.000	120.000	
			SchA	0		-40.000	-140.000	-20.000	80.000	120.000	
			BA	0		-40.000	-140.000	-20.000	80.000	120.000	angenommen 10/0/8
			FPA	<u>0</u>		<u>-40.000</u>	<u>-140.000</u>	<u>-20.000</u>	<u>80.000</u>	<u>120.000</u>	angenommen 8/0/2
											angenommen **)
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		-160.000	-560.000	-80.000	320.000	480.000	
39.b	4E.210150	GS Stöckheim / Sanierung	211								
			bisher	3.120.000	0	160.000	800.000	1.200.000	960.000	0	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
			neu	3.120.000	0	0	240.000	1.120.000	1.280.000	480.000	
			Veränderung	0		-160.000	-560.000	-80.000	320.000	480.000	
			SchA	0		-160.000	-560.000	-80.000	320.000	480.000	
			BA	0		-160.000	-560.000	-80.000	320.000	480.000	angenommen 10/0/8
			FPA	<u>0</u>		<u>-160.000</u>	<u>-560.000</u>	<u>-80.000</u>	<u>320.000</u>	<u>480.000</u>	angenommen 8/0/2
											angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung BBS V Abteilung Leonardstraße											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	-24.000	-184.000	208.000	
40.a	4E.210151	BBS V Abt. Leonardstraße / Sanierung	132	bisher 340.000 neu 340.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	24.000 0	224.000 40.000	92.000 300.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	
			BA	0	0	0	0	-24.000	-184.000	208.000	
			FPA	0	0	0	0	-24.000	-184.000	208.000	
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	-96.000	-736.000	832.000	
40.b	4E.210151	BBS V Abt. Leonardstraße / Sanierung	132	bisher 1.360.000 neu 1.360.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	96.000 0	896.000 160.000	368.000 1.200.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2 angenommen **)
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	
			BA	0	0	0	0	-96.000	-736.000	832.000	
			FPA	0	0	0	0	-96.000	-736.000	832.000	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sonstige Baumaßnahmen des FB 65											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			205.000		141.000	0	64.000	0	0	
41	4S.210081	Städt. Stadion / Global- Instandhaltungen	331	bisher 0 neu 205.000 Veränderung 205.000	0 0	0 141.000 141.000	0 0 0	0 64.000 64.000	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Mittel für 2016 in Höhe von 141 TEUR für das Wegeleitsystem und den beleuchteten Flucht- und Rettungswegkennzeichen sowie zusätzliche Mittel für 2018 in Höhe von 64 TEUR für die Dämmung der Abseitenräume Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen angenommen 8/0/2 angenommen **)
			BA	205.000		141.000	0	64.000	0	0	
			FPA	<u>205.000</u>		<u>141.000</u>	<u>0</u>	<u>64.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			330.100		-258.000	1.025.600	0	-562.500	125.000	
NEU	4E.210168	Kita Volkmarode/ Erweiterung	114	bisher 440.000 neu 440.000 Veränderung 0	0 0	40.000 40.000 0	400.000 400.000 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2017
				VE 2017: 0	VE 2017 neu: 400.000	VE 2017 Veränderung: 400.000					
			JHA	0		0	0	0	0	0	angenommen 13/0/0
			BA	0		0	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen					
NEU	4E.210169	Kita Waggum /Sanierung	114	bisher	1.200.000	0	368.000	192.000	640.000	0	0	zusätzliche Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2017 und 2018				
				neu	1.200.000	0	368.000	192.000	640.000	0	0					
				Veränderung	0	0	0	0	0	0						
				VE 2017:	0	VE 2017 neu:	192.000	VE 2017 Veränderung:	192.000							
			VE 2018:	0	VE 2018 neu:	640.000	VE 2018 Veränderung:	640.000								
			JHA	0	0	0	0	0	0	angenommen 13/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)						
			BA	0	0	0	0	0	0							
			FPA	0	0	0	0	0	0							
			42	5E.210117	GY HvF/ Ersatz Umkleidegebäude Sporthalle	310	bisher	815.000	65.000	400.000	350.000		0	0	0	zusätzliche Mittel für die Errichtung des Ersatzbaus (Mehrkosten), neue Gesamtkosten gem. BA-Vorlage 1.040.600 €
neu	1.040.600	65.000					400.000	575.600	0	0	0					
Veränderung	225.600	0					225.600	0	0	0						
VE 2017:	350.000	VE 2017 neu:					550.000	VE 2017 Veränderung:	200.000							
SchA	225.600	0				225.600	0	0	0	angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)						
BA	225.600	0				225.600	0	0	0							
FPA	225.600	0				225.600	0	0	0							
NEU	5E.210142	Ehemaliges Nordbad/Umbau Gymnastikhalle					bisher	1.275.000	775.000	500.000	0	0	0	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
							neu	1.275.000	775.000	0	500.000	0	0	0		
			Veränderung	0	-500.000		500.000	0	0	0						
			VE 2017:	0	VE 2017 neu:		500.000	VE 2017 Veränderung:	500.000							
			SpA	0	-500.000	500.000	0	0	0	angenommen 10/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)						
			BA	0	-500.000	500.000	0	0	0							
			FPA	0	-500.000	500.000	0	0	0							

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen									
NEU	5E.210145	Sportgeb. Lamme / Erweiterung Umkleidek.	bisher	450.000	0	0	0	0	450.000	0	Vorziehen der Erweiterung der Umkleidekabinen auf der Sportanlage Lamme von 2019 auf 2017 sowie Absenkung der Gesamtkosten um 150.000 € Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 321 angenommen 10/0/0 angenommen 8/0/2 angenommen **)									
			neu	300.000	0	0	300.000	0	0	0										
			Veränderung	-150.000		0	300.000	0	-450.000	0										
			<table><tr><td>VE 2017:</td><td>0</td><td>VE 2017 neu:</td><td>300.000</td><td>VE 2017 Veränderung:</td><td>300.000</td><td colspan="2"></td></tr></table>									VE 2017:	0	VE 2017 neu:	300.000	VE 2017 Veränderung:	300.000			
			VE 2017:	0	VE 2017 neu:	300.000	VE 2017 Veränderung:	300.000												
			SpA	-150.000		0	300.000	0	-450.000	0										
			BA	-150.000		0	300.000	0	-450.000	0										
			FPA	-150.000		0	300.000	0	-450.000	0										
43	5E.210148	Lessinggymnasium Wenden / Erneuerung Mittelspannungsanlagen	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Mittel für die Sanierung des Netzanschlusses "Lessinggymnasium" (neue Transformatorstationen) angenommen 8/0/2 angenommen **)										
			neu	126.000	0	126.000	0	0	0		0									
			Veränderung	126.000		126.000	0	0	0		0									
			BA	126.000		126.000	0	0	0		0									
			FPA	126.000		126.000	0	0	0		0									

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
44	5E.210149	IGS Volkmarode / Erneuerung Mittelspannungsanlagen	bisher neu Veränderung	0 116.000 116.000	0 0 0	0 116.000 116.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Mittel für die Sanierung des Netzanschlusses "IGS Volkmarode" (neue Transformatorstationen)
			BA FPA	116.000 <u>116.000</u>		116.000 <u>116.000</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	angenommen 8/0/2 angenommen **)
NEU	5S.210004	FB 20: Global-Baumaßnahmen	bisher neu Veränderung	1.417.300 1.429.800 12.500	1.124.800 1.124.800 0	180.000 180.000 0	0 0 0	0 0 0	112.500 0 -112.500	0 125.000 125.000	Einsparungsvorschlag Konsolidierung Eine Reduzierung um 12.500 € erfolgt bereits in der Liste "Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte"
			BA FPA	12.500 <u>12.500</u>		0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	-112.500 <u>-112.500</u>	125.000 <u>125.000</u>	angenommen 8/0/2 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 40 - Schule											
BBS II Lehrmittel Elektronik											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				22.000		0	22.000	0	0	0	
45.a	5E.400012	BBS II /Beschaffung Lehrmittel Elektrotechnik	212	bisher neu	340.538 362.538	289.038 289.038	1.500 1.500	50.000 72.000	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für die Beschaffung von Lehrmitteln des Festwertes BBS II für 2017 in Höhe von 22.000 €; dafür können die Mittel für Beschaffungen außerhalb des Festwertes in gleicher Höhe reduziert werden - siehe Zeile 27
			Veränderung	22.000		0	22.000	0	0	0	
			SchA	22.000		0	22.000	0	0	0	angenommen 17/0/1
			FPA	22.000		0	22.000	0	0	0	angenommen **)
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				-49.900		-49.900	0	0	0	0	
45.b	5E.400012	BBS II /Beschaffung Lehrmittel Elektrotechnik	212	bisher neu	1.011.962 984.062	647.962 647.962	364.000 336.100	0 0	0 0	0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			Veränderung	-27.900		-27.900	0	0	0	0	
			SchA	-27.900		-27.900	0	0	0	0	
			FPA	-27.900		-27.900	0	0	0	0	
45.c	5E.400012	BBS II /Beschaffung Lehrmittel Elektrotechnik	212	bisher neu	984.062 962.062	647.962 647.962	336.100 314.100	0 0	0 0	0 0	geringere Mittel für die Beschaffung von Lehrmitteln außerhalb des Festwertes BBS II für 2016 in Höhe von 22.000 € ; dafür hat sich ein höherer Bedarf für 2017 für Beschaffungen von Lehrmitteln des Festwertes in gleicher Höhe ergeben - siehe Zeile 17
			Veränderung	-22.000		-22.000	0	0	0	0	
			SchA	-22.000		-22.000	0	0	0	0	
			FPA	-22.000		-22.000	0	0	0	0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 40											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			415.100		216.200	7.600	116.800	20.500	54.000	
46	5S.400036	Mobiliar Festwert MEP Schulen									
			bisher	692.640	477.440	53.800	53.800	53.800	53.800	0	
			neu	557.740	477.440	20.000	20.000	20.000	20.300	0	
			Veränderung	-134.900		-33.800	-33.800	-33.800	-33.500	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
		SchA		-134.900		-33.800	-33.800	-33.800	-33.500	0	angenommen 10/3/5
		BA		-134.900		-33.800	-33.800	-33.800	-33.500	0	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>-134.900</u>		<u>-33.800</u>	<u>-33.800</u>	<u>-33.800</u>	<u>-33.500</u>	<u>0</u>	angenommen **)
47	5S.400045	5. IGS Heidberg / Beschaffung Mobiliar	212								
			bisher	1.500.000	1.120.000	100.000	100.000	180.000	0	0	
			neu	1.800.000	1.120.000	100.000	141.400	330.600	54.000	54.000	
			Veränderung	300.000		0	41.400	150.600	54.000	54.000	Nachveranschlagung von Mitteln in Höhe von 300.000 EUR für die Jahre 2017-2020 für die Beschaffung von Mobiliar für die 5. IGS, da in dieser Höhe in 2015 Deckungsmittel aus diesem Projekt für die Unterbringung minderjähriger Flüchtlinge bereitgestellt wurden
		SchA		300.000		0	41.400	150.600	54.000	54.000	angenommen 18/0/0
		BA		300.000		0	41.400	150.600	54.000	54.000	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>300.000</u>		<u>0</u>	<u>41.400</u>	<u>150.600</u>	<u>54.000</u>	<u>54.000</u>	angenommen **)
48	5S.400049	GVG Süd Schulen									
			bisher	422.700	226.700	49.000	49.000	49.000	49.000	0	
			neu	672.700	226.700	299.000	49.000	49.000	49.000	0	
			Veränderung	250.000		250.000	0	0	0	0	zusätzliche Mittel für die Beschaffung von Spinden und geeigneten Informationssystemen für 2016 in Höhe von 250.000 € (Ersatz für Garderoben, etc, die im Rahmen von Brandschutzmaßnahmen entfernt wurden)
		SchA		250.000		250.000	0	0	0	0	angenommen 17/0/1
		BA		250.000		250.000	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>250.000</u>		<u>250.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			-1.005.800		-350.000	-208.100	-239.600	-208.100	0	
49	5S.400009	Lehrmittel Schulen nicht FW		bisher 1.250.381	850.381	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu 1.094.581	850.381	50.000	71.900	50.400	71.900	71.900	0	
		Veränderung	-155.800		-50.000	-28.100	-49.600	-28.100	-28.100	0	
		SchA	-155.800		-50.000	-28.100	-49.600	-28.100	-28.100	0	angenommen 10/3/5
		BA	-155.800		-50.000	-28.100	-49.600	-28.100	-28.100	0	angenommen 8/0/2
		FPA	-155.800		-50.000	-28.100	-49.600	-28.100	-28.100	0	angenommen **)
50	5S.400031	Ersatz-GVG GegenSt MEP Schulen		bisher 5.142.919	1.972.919	810.000	810.000	740.000	810.000	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			neu 4.292.919	1.972.919	510.000	630.000	550.000	630.000	630.000	0	
		Veränderung	-850.000		-300.000	-180.000	-190.000	-180.000	-180.000	0	
		SchA	-850.000		-300.000	-180.000	-190.000	-180.000	-180.000	0	angenommen 10/3/5
		BA	-850.000		-300.000	-180.000	-190.000	-180.000	-180.000	0	angenommen 8/0/2
		FPA	-850.000		-300.000	-180.000	-190.000	-190.000	-180.000	0	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 - Kultur											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			171.600		239.400	-22.600	-22.600	-22.600	0	
51	3E.410001	Einrichtung Kulturzentrum/ Planung		bisher 0 neu 180.000 Veränderung 180.000	0 0	0 180.000	0 0	0 0	0 0	0 0	Neuveranschlagung der Planungsmittel für die Einrichtung eines Kulturzentrums
			AfKW FPA	180.000 <u>180.000</u>		180.000 <u>180.000</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	angenommen 10/0/0 angenommen **)
52	4S.410004	mietvertragsrechtl. Verpflichtungen Schloss	131	bisher 508.189 neu 417.789 Veränderung -90.400	108.189 108.189	100.000 77.400	100.000 77.400	100.000 77.400	100.000 77.400	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			AfKW FPA	-90.400 <u>-90.400</u>		-22.600 <u>-22.600</u>	-22.600 <u>-22.600</u>	-22.600 <u>-22.600</u>	-22.600 <u>-22.600</u>	0 <u>0</u>	angenommen 10/0/0 angenommen **)
53	4S.410008	Global: Staatstheater Baukostenzuschuss	131	bisher 0 neu 82.000 Veränderung 82.000	0 0	0 82.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für die Beteiligung an Brandschutzmaßnahmen am Staatstheatergebäude; Gesamtkosten ca. 244.000 € - vertragliche Verpflichtung in Höhe eines Drittels aus dem Staatstheatervertrag
			AfKW FPA	82.000 <u>82.000</u>		82.000 <u>82.000</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	angenommen 10/0/0 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 51 - Kinder, Jugend und Familie											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			70.000		17.500	17.500	17.500	17.500	0	
54	4S.510001	FB 51: Instandhaltungen									
			bisher	857.200	418.400	109.700	109.700	109.700	109.700	0	
			neu	887.200	418.400	117.200	117.200	117.200	117.200	0	dauerhafte Erhöhung der Mittel für Softwarewartung in Höhe von jährlich 7.500 € für die Software OKJug.
			Veränderung	30.000		7.500	7.500	7.500	7.500	0	
			JHA	30.000		7.500	7.500	7.500	7.500	0	angenommen 13/0/0
			FPA	<u>30.000</u>		<u>7.500</u>	<u>7.500</u>	<u>7.500</u>	<u>7.500</u>	<u>0</u>	angenommen **)
55	4S.510017	FB 51: Global- Invest.Zusch.fr.Träg									
			bisher	326.000	178.000	37.000	37.000	37.000	37.000	0	
			neu	366.000	178.000	47.000	47.000	47.000	47.000	0	dauerhafte Erhöhung der Mittel für Aufwandszuschüsse an die Träger der Jugendarbeit in Höhe von 10.000 € jährlich; dafür können dauerhaft die Mittel für Investitionszuschüsse an die Träger der Jugendarbeit gekürzt werden - s. auch zu Zeile 29
			Veränderung	40.000		10.000	10.000	10.000	10.000	0	
			JHA	40.000		10.000	10.000	10.000	10.000	0	angenommen 13/0/0
			FPA	<u>40.000</u>		<u>10.000</u>	<u>10.000</u>	<u>10.000</u>	<u>10.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
29	Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)			-40.000		-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	0	
56	4S.510017	FB 51: Global- Invest.Zusch.fr.Träg									
			bisher	301.000	221.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	
			neu	261.000	221.000	10.000	10.000	10.000	10.000	0	dauerhafte Kürzung der Mittel für Investitionszuschüsse an die Träger der Jugendarbeit in Höhe von 10.000 € jährlich; dafür sind dauerhaft die Mittel für Aufwandszuschüsse an die Träger der Jugendarbeit zu erhöhen - s. auch zu Zeile 17
			Veränderung	-40.000		-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	0	
			JHA	-40.000		-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	0	angenommen 13/0/0
			FPA	<u>-40.000</u>		<u>-10.000</u>	<u>-10.000</u>	<u>-10.000</u>	<u>-10.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Referat 0610 - Referat Stadtbild und Denkmalpflege												
Nationale Projekte des Städtebaus												
10		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-903.200		-584.600	-318.600	0	0	0		
57.a	4S.000018	Ref. 0610: Nationale Proj. d.Städtebaus		bisher	1.063.200	160.000	584.600	318.600	0	0	0	Wegfall des Projekte "Nationale Projekte d. Städtebaus", da keine Fördermöglichkeit mehr gesehen wird angenommen 11/0/0 angenommen **)
			neu	160.000	160.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-903.200		-584.600	-318.600	0	0	0	0	
			PIUA	-903.200		-584.600	-318.600	0	0	0	0	
			FPA	-903.200		-584.600	-318.600	0	0	0	0	
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-1.355.000		-877.000	-478.000	0	0	0		
57.b	4S.000018	Ref. 0610: Nationale Proj. d.Städtebaus		bisher	1.595.000	240.000	877.000	478.000	0	0	0	Wegfall des Projekte "Nationale Projekte d. Städtebaus", da keine Fördermöglichkeit mehr gesehen wird angenommen 11/0/0 angenommen **)
			neu	240.000	240.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.355.000		-877.000	-478.000	0	0	0	0	
			PIUA	-1.355.000		-877.000	-478.000	0	0	0	0	
			FPA	-1.355.000		-877.000	-478.000	0	0	0	0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
Altlastsanierung Breite Straße / Gördelingerstraße											
10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-530.000		-5.000	-460.000	-65.000	0	0	
58.a	4E.610009	Breite Str./ Gördelingerstr-Altlastbeseit.	131	bisher neu Veränderung	690.000 160.000 -530.000	0 0 -5.000	45.000 40.000 -460.000	105.000 40.000 -65.000	0 0 0	0 0 0	Anpassung der Finanzraten für die Altlastensanierung Breite Str. / Gördelingerstr. an den tatsächlichen Finanzbedarf (Grund: Ablehnung der EFRE-Förderung durch das Land)
			PIUA	-530.000	-5.000	-460.000	-65.000	0	0	0	angenommen 10/0/1
			FPA	<u>-530.000</u>	<u>-5.000</u>	<u>-460.000</u>	<u>-65.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-300.000		0	0	0	0	-300.000	
58.b	4E.610009	Breite Str./ Gördelingerstr-Altlastbeseit.	131	bisher neu Veränderung	2.300.000 2.000.000 -300.000	150.000 150.000 0	200.000 200.000 0	800.000 200.000 0	200.000 500.000 0	450.000 150.000 -300.000	Anpassung der Finanzraten für die Altlastensanierung Breite Str. / Gördelingerstr. an den tatsächlichen Finanzbedarf (Grund: Ablehnung der EFRE-Förderung durch das Land)
			PIUA	-300.000	0	0	0	0	0	-300.000	angenommen 10/0/1
			FPA	<u>-300.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-300.000</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erschließungsgebiete											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-72.000		0	0	-72.000	0	0	
59.a	4E.610011	FB 61: Am Pfarrgarten/Erschl. - Beitr	112	bisher 480.000 neu 408.000 Veränderung -72.000	0 0	0 0	0 0	480.000 408.000 -72.000	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			PIUA	-72.000	0	0	0	-72.000	0	0	angenommen 11/0/0
			FPA	<u>-72.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-72.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-1.173.500		-274.100	-298.100	-42.800	-558.500	0	
59.b	4E.610011	FB 61: Am Pfarrgarten/Erschließung	112	bisher 500.000 neu 425.000 Veränderung -75.000	0 0	250.000 212.500 -37.500	250.000 212.500 -37.500	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				VE 2017: 250.000	VE 2017 neu: 212.500	VE 2017 Veränderung: -37.500					
			PIUA	-75.000	-37.500	-37.500	0	0	0	0	angenommen 11/0/0
			FPA	<u>-75.000</u>	<u>-37.500</u>	<u>-37.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
60	5E.610007	Volkmarode/Erschließung	114	bisher 343.187 neu 253.187 Veränderung -90.000	243.187 243.187	100.000 10.000 -90.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung:
			PIUA	-90.000	-90.000	0	0	0	0	0	angenommen 11/0/0
			FPA	<u>-90.000</u>	<u>-90.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
61	5E.610010	Gew.-geb Rautheim-Nord/Erschl.	213	bisher 410.000 neu 321.000	100.000 100.000	50.000 0	100.000 85.000	160.000 136.000	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung: angenommen 11/0/0 angenommen **)
NEU			Veränderung	-89.000		-50.000	-15.000	-24.000	0	0	
				VE 2017:	100.000	VE 2017 neu:	85.000	VE 2017 Veränderung:		-15.000	
			PIUA	-89.000		-50.000	-15.000	-24.000	0	0	
			FPA	<u>-89.000</u>		<u>-50.000</u>	<u>-15.000</u>	<u>-24.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
62	5E.610014	Gewerbegebiet Braunstraße-Süd /Erschl.	224	bisher 499.800 neu 462.300	249.800 249.800	100.000 85.000	150.000 127.500	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung: angenommen 11/0/0 angenommen **)
			Veränderung	-37.500		-15.000	-22.500	0	0	0	
			PIUA	-37.500		-15.000	-22.500	0	0	0	
			FPA	<u>-37.500</u>		<u>-15.000</u>	<u>-22.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
63	5E.610016	Roselies-Süd/Erschließung	213	bisher 1.459.291 neu 1.106.091	437.091 437.091	101.000 85.900	360.000 206.000	380.700 223.600	180.500 153.500	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung: angenommen 11/0/0 angenommen **)
			Veränderung	-353.200		-15.100	-154.000	-157.100	-27.000	0	
NEU				VE 2017:	360.000	VE 2017 neu:	206.000	VE 2017 Veränderung:	-154.000		
NEU				VE 2018:	380.700	VE 2018 neu:	223.600	VE 2018 Veränderung:	-157.100		
NEU				VE 2019:	180.500	VE 2019 neu:	153.500	VE 2019 Veränderung:	-27.000		
			PIUA	-353.200		-15.100	-154.000	-157.100	-27.000	0	
			FPA	<u>-353.200</u>		<u>-15.100</u>	<u>-154.000</u>	<u>-157.100</u>	<u>-27.000</u>	<u>0</u>	
64	5E.610017	Lammer Busch-Ost / Erschließung	321	bisher 375.904 neu 273.504	25.904 25.904	139.000 118.200	211.000 129.400	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung: angenommen 11/0/0 angenommen **)
			Veränderung	-102.400		-20.800	-81.600	0	0	0	
NEU				VE 2017:	211.000	VE 2017 neu:	129.400	VE 2017 Veränderung:	-81.600		
			PIUA	-102.400		-20.800	-81.600	0	0	0	
			FPA	<u>-102.400</u>		<u>-20.800</u>	<u>-81.600</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
65	5E.610027	Am Meerberg/Erschließung	211	bisher 155.000 neu 139.300	50.000 50.000	105.000 89.300	0 0	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung: angenommen 11/0/0 angenommen **)
			Veränderung	-15.700		-15.700	0	0	0	0	
			PIUA	-15.700		-15.700	0	0	0	0	
			FPA	<u>-15.700</u>		<u>-15.700</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
66	5E.610029	Baugebiet Taubenstr/Erschließung	331	bisher 1.330.000 neu 1.041.000 Veränderung -289.000	70.000 70.000	0 0	0 42.500	50.000 250.000	1.210.000 678.500	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung:
				VE 2018: 50.000	VE 2018 neu: 250.000	VE 2018 Veränderung: 200.000					
			PIUA	-289.000		0	42.500	200.000	-531.500	0	angenommen 11/0/0
			FPA	<u>-289.000</u>		<u>0</u>	<u>42.500</u>	<u>200.000</u>	<u>-531.500</u>	<u>0</u>	angenommen **)
67	5S.610035	FB 61: Lammer Busch-Ost/Erschließung	321	bisher 1.010.696 neu 888.996 Veränderung -121.700	199.096 199.096	200.000 170.000	200.000 170.000	411.600 349.900	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung:
				VE 2017: 200.000	VE 2017 neu: 170.000	VE 2017 Veränderung: -30.000					
			PIUA	-121.700		-30.000	-30.000	-61.700	0	0	angenommen 11/0/0
			FPA	<u>-121.700</u>		<u>-30.000</u>	<u>-30.000</u>	<u>-61.700</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Gewässerentwicklung Mittelriede, Tafelmakerweg											
10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-55.400		-27.700	-27.700	0	0	0	
68.a	4S.610037	Mittelriede, Tafelmakerw./Gew.entw	120	bisher 150.000 neu 94.600 Veränderung -55.400	0 0	75.000 47.300 -27.700	75.000 47.300 -27.700	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			PIUA	-55.400		-27.700	-27.700	0	0	0	angenommen 10/1/0
			FPA	<u>-55.400</u>		<u>-27.700</u>	<u>-27.700</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-111.000		-55.500	-55.500	0	0	0	
68.b	4S.610037	Mittelriede, Tafelmakerw./Gew.entw	120	bisher 300.000 neu 189.000 Veränderung -111.000	0 0	150.000 94.500 -55.500	150.000 94.500 -55.500	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			PIUA	-111.000		-55.500	-55.500	0	0	0	angenommen 10/1/0
			FPA	<u>-111.000</u>		<u>-55.500</u>	<u>-55.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
EFRE-Projekt Umweltmaßnahmen											
Wegfall des bisherigen Projektes "Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt" und Anmeldung eines neuen Projektes "Umweltmaßnahmen / EELA-Projekte"; das neue Projekt beinhaltet Vorhaben zur Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensräumen und Arten der ländlichen Landschaften. Die Förderung beträgt 80 % der förderfähigen Kosten (förderfähige Kosten: 160.000 EUR; nicht förderfähige Kosten: 24.400 EUR - Erstattung : 128.000 EUR)											
10 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-172.000		0	-100.000	78.000	-50.000	-100.000	
69.a	4S.610038	Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt NEU: Umweltmaßnahmen/EELA-Projekte	bisher neu Veränderung	300.000 128.000 -172.000	0 0	0 0	100.000 0	50.000 128.000	50.000 0	100.000 0	
		PIUA FPA		-172.000 -172.000	0	-100.000	78.000	-50.000	-100.000	-100.000	angenommen 11/0/0 angenommen **)
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-415.600		-20.000	-20.000	-75.600	-100.000	-200.000	
69.b	4S.610038	Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt NEU: Umweltmaßnahmen/EELA-Projekte	bisher neu Veränderung	600.000 184.400 -415.600	0 0	100.000 80.000	100.000 80.000	100.000 24.400	100.000 0	200.000 0	
		PIUA FPA		-415.600 -415.600	-20.000	-20.000	-75.600	-100.000	-200.000	-200.000	angenommen 11/0/0 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 61											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			240.100		175.200	14.000	27.900	23.000	0	
70	4E.610003	Riddagshausen/"Natur erleben"	112	bisher 253.293 neu 244.893 Veränderung -8.400	239.293 239.293	3.500 1.400 -2.100	3.500 1.400 -2.100	3.500 1.400 -2.100	3.500 1.400 -2.100	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			PIUA	-8.400		-2.100	-2.100	-2.100	-2.100	0	angenommen 10/0/1
			FPA	<u>-8.400</u>		<u>-2.100</u>	<u>-2.100</u>	<u>-2.100</u>	<u>-2.100</u>	<u>0</u>	angenommen **)
NEU	4E.610004	Renatur.Schunter/Hondel.	113	bisher 2.105.170 neu 2.328.970 Veränderung 223.800	2.105.170 2.105.170	0 223.800 223.800	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Nachveranschlagung von wegfallenden Haushaltsresten (Übertragungsmöglichkeit von 1 Jahr ist ausgeschöpft)
			FPA	<u>223.800</u>		<u>223.800</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 7/0/4
71	4E.610013	Pfälzer Straße / Ausgleichsmaß.		bisher 209.700 neu 128.300 Veränderung -81.400	0 0	176.700 100.200 -76.500	0 0 0	0 0 0	33.000 28.100 -4.900	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			PIUA	-81.400		-76.500	0	0	-4.900	0	angenommen 10/1/0
			FPA	<u>-81.400</u>		<u>-76.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-4.900</u>	<u>0</u>	angenommen **)
72	4S.610024	FB 61:Global Zusch. f. Flurbereinigungs.		bisher 185.000 neu 305.000 Veränderung 120.000	185.000 185.000	0 30.000 30.000	0 30.000 30.000	0 30.000 30.000	0 30.000 30.000	0 0 0	zusätzliche Mittel für Flurbereinigungsmaßnahmen in Höhe von jährlich 30.000 EUR (Wiederaufnahme des Projektes)
			PIUA	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	angenommen 10/1/0
			FPA	<u>120.000</u>		<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
73	4S.610032	FB 61:Förderprogramm f.regener.Energien	bisher neu Veränderung PIUA FPA	370.000 356.100 -13.900 -13.900 <u>-13.900</u>	277.000 277.000 	0 0 0 0 0 <u>0</u>	93.000 79.100 -13.900 -13.900 <u>-13.900</u>	0 0 0 0 0 <u>0</u>	0 0 0 0 0 <u>0</u>	0 0 0 0 0 <u>0</u>	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 10/0/1 angenommen*
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-20.800		-5.200	994.800	-5.200	-1.035.200	30.000	
74	5E.610004	Westpark 2. BA	221 bisher neu Veränderung PIUA FPA	1.886.292 1.886.292 0 0 <u>0</u>	136.292 136.292 	0 0 0 0 0 <u>0</u>	0 0 0 0 0 <u>0</u>	0 0 0 0 -30.000 <u>-30.000</u>	200.000 170.000 -30.000 -30.000 <u>-30.000</u>	1.550.000 1.580.000 30.000 30.000 <u>30.000</u>	Einsparvorschlag Konsolidierung: angenommen 11/0/0 angenommen **)
75	5E.610028	Ringgleis - Ausbau und Schließung	bisher neu Veränderung PIUA FPA	3.450.000 3.450.000 0 0 <u>0</u>	0 0 	450.000 450.000 0 0 <u>0</u>	500.000 1.500.000 1.000.000 1.500.000 <u>1.000.000</u>	500.000 500.000 0 0 <u>0</u>	2.000.000 1.000.000 -1.000.000 -1.000.000 <u>-1.000.000</u>	0 0 0 0 <u>0</u>	Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf angenommen 11/0/0 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
76	5S.610030	Wanderwege / Grünzüge	bisher neu Veränderung	141.890 129.890 -12.000	61.890 61.890	20.000 17.000 -3.000	20.000 17.000 -3.000	20.000 17.000 -3.000	20.000 17.000 -3.000	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung:
NEU				VE 2017:	20.000	VE 2017 neu:	17.000	VE 2017 Veränderung:		-3.000	
NEU				VE 2018:	20.000	VE 2018 neu:	17.000	VE 2018 Veränderung:		-3.000	
NEU				VE 2019:	20.000	VE 2019 neu:	17.000	VE 2019 Veränderung:		-3.000	
			PIUA FPA	-12.000 <u>-12.000</u>		-3.000 <u>-3.000</u>	-3.000 <u>-3.000</u>	-3.000 <u>-3.000</u>	-3.000 <u>-3.000</u>	0 <u>0</u>	angenommen 10/1/0 angenommen **)
77	5S.610031	Grüne Stadtplätze	bisher neu Veränderung	135.904 127.104 -8.800	75.904 75.904	15.000 12.800 -2.200	15.000 12.800 -2.200	15.000 12.800 -2.200	15.000 12.800 -2.200	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung:
NEU				VE 2017:	15.000	VE 2017 neu:	12.800	VE 2017 Veränderung:		-2.200	
NEU				VE 2018:	15.000	VE 2018 neu:	12.800	VE 2018 Veränderung:		-2.200	
NEU				VE 2019:	15.000	VE 2019 neu:	12.800	VE 2019 Veränderung:		-2.200	
			PIUA FPA	-8.800 <u>-8.800</u>		-2.200 <u>-2.200</u>	-2.200 <u>-2.200</u>	-2.200 <u>-2.200</u>	-2.200 <u>-2.200</u>	0 <u>0</u>	angenommen 10/1/0 angenommen **)

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr											
Stadtstraße Hamburger Straße - Bienroder Weg											
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				1.700.000		0	0	2.000.000	-300.000	0	
78.a	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	331	bisher 2.000.000 neu 3.700.000 Veränderung 1.700.000	0 0	0 0	0 0	0 2.000.000	2.000.000 1.700.000	0 0	zusätzliche Einzahlungen und Auszahlungen im Rahmen der Herstellung der Stadtstraße (Gesamtkosten neu: 11,2 Mio. €; Gesamteinnahmen neu: 8,5 Mio. €)
			BA	1.700.000	0	0	0	2.000.000	-300.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>1.700.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>2.000.000</u>	<u>-300.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				445.000		0	0	0	0	445.000	
78.b	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	331	bisher 4.500.000 neu 4.945.000 Veränderung 445.000	0 0	0 0	0 0	2.835.000 2.835.000	1.665.000 1.665.000	0 445.000	zusätzliche Einzahlungen und Auszahlungen im Rahmen der Herstellung der Stadtstraße (Gesamtkosten neu: 11,2 Mio. €; Gesamteinnahmen neu: 8,5 Mio. €)
			BA	445.000	0	0	0	0	0	445.000	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>445.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>445.000</u>	angenommen **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				1.500.000		0	0	0	0	1.500.000	
78.c	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	331	bisher 9.680.000 neu 11.180.000 Veränderung 1.500.000	430.000 430.000	200.000 200.000	400.000 400.000	3.000.000 3.000.000	3.000.000 3.000.000	2.650.000 4.150.000	zusätzliche Einzahlungen und Auszahlungen im Rahmen der Herstellung der Stadtstraße (Gesamtkosten neu: 11,2 Mio. €; Gesamteinnahmen neu: 8,5 Mio. €)
			BA	1.500.000	0	0	0	0	0	1.500.000	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>1.500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>1.500.000</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen		
Straßenerneuerung Siegfriedviertel													
20		Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-157.500		-57.500	-100.000	0	0	0			
79.a	5S.660011	Siegfriedviertel/Straßenern. Beiträge	331	bisher	1.475.285	967.785	107.500	100.000	150.000	150.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung	
				neu	1.317.785	967.785	50.000	0	150.000	150.000	0		
				Veränderung	-157.500		-57.500	-100.000	0	0	0		
				BA	-157.500		-57.500	-100.000	0	0	0		angenommen 8/0/2 angenommen **)
				FPA	-157.500		-57.500	-100.000	0	0	0		
Baumaßnahmen (Veränderungen)													
26				-315.000		-115.000	-200.000	0	0	0			
79.b	5S.660011	Siegfriedviertel/Straßenern.	331	bisher	4.899.896	3.884.896	215.000	200.000	300.000	300.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung	
				neu	4.584.896	3.884.896	100.000	0	300.000	300.000	0		
				Veränderung	-315.000		-115.000	-200.000	0	0	0		
				VE 2017:		200.000	VE 2017 neu:		0	VE 2017 Veränderung:			-200.000
				BA	-315.000		-115.000	-200.000	0	0	0		angenommen 8/0/2 angenommen **)
FPA	-315.000		-115.000	-200.000	0	0	0						
Straßenerneuerung Lehnndorf													
20		Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-310.000		-10.000	-100.000	0	-200.000	0			
80.a	5S.660014	Lehnndorf/Straßenerneuerung Beiträge	321	bisher	3.769.397	3.014.397	75.000	180.000	250.000	250.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung	
				neu	3.459.397	3.014.397	65.000	80.000	250.000	50.000	0		
				Veränderung	-310.000		-10.000	-100.000	0	-200.000	0		
				BA	-310.000		-10.000	-100.000	0	-200.000	0		angenommen 8/0/2 angenommen **)
				FPA	-310.000		-10.000	-100.000	0	-200.000	0		

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		-610.000		-20.000	-190.000	0	-400.000	0		
80.b	5S.660014	Lehndorf/Straßenerneuerung 2. BA.	321	bisher	8.164.806	6.664.806	150.000	350.000	500.000	500.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				neu	7.554.806	6.664.806	130.000	160.000	500.000	100.000	0	
				Veränderung	-610.000		-20.000	-190.000	0	-400.000	0	
			VE 2017:		350.000	VE 2017 neu:	160.000	VE 2017 Veränderung:	-190.000			
			BA	-610.000		-20.000	-190.000	0	-400.000	0	angenommen 8/0/2 angenommen **)	
FPA	-610.000		-20.000	-190.000	0	-400.000	0					
Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet												
20		Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-42.000		-579.500	337.500	0	200.000	0		
81.a	5S.660015	Östliches Ringgebiet/Straßenern. Beiträge	120	bisher	6.153.756	4.468.256	924.500	125.000	336.000	300.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				neu	6.111.756	4.468.256	345.000	462.500	336.000	500.000	0	
				Veränderung	-42.000		-579.500	337.500	0	200.000	0	
			VE 2017:									
			BA	-42.000		-579.500	337.500	0	200.000	0	angenommen 8/0/2 angenommen **)	
FPA	-42.000		-579.500	337.500	0	200.000	0					
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		15.000		-1.060.000	675.000	0	400.000	0		
81.b	5S.660015	Östliches Ringgebiet/Straßenern.	120	bisher	20.694.920	17.494.920	1.750.000	250.000	600.000	600.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				neu	20.709.920	17.494.920	690.000	925.000	600.000	1.000.000	0	
				Veränderung	15.000		-1.060.000	675.000	0	400.000	0	
			VE 2017:		250.000	VE 2017 neu:	925.000	VE 2017 Veränderung:	675.000			
			BA	15.000		-1.060.000	675.000	0	400.000	0	angenommen 8/0/2 angenommen **)	
FPA	15.000		-1.060.000	675.000	0	400.000	0					

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Petritor											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-500.000		0	0	-250.000	-250.000	0	
82.a	5S.660016	Petritor/Straßenerneuerung -Beiträge	310								
			bisher	2.975.077	1.902.577	272.500	0	400.000	400.000	0	
			neu	2.475.077	1.902.577	272.500	0	150.000	150.000	0	
			Veränderung	-500.000		0	0	-250.000	-250.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			BA	-500.000		0	0	-250.000	-250.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-500.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-250.000</u>	<u>-250.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-1.000.000		0	0	-500.000	-500.000	0	
82.b	5S.660016	Petritor/Straßenerneuerung	310								
			bisher	7.574.972	5.429.972	545.000	0	800.000	800.000	0	
			neu	6.574.972	5.429.972	545.000	0	300.000	300.000	0	
			Veränderung	-1.000.000		0	0	-500.000	-500.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			BA	-1.000.000		0	0	-500.000	-500.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-1.000.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-500.000</u>	<u>-500.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Hauptbahnhof / Mastbruch											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-720.000		87.500	-307.500	-250.000	-250.000	0	
83.a	5S.660020	Hbf/ Mastbruch/Straßenern. Beiträge	132								
			bisher	1.761.017	761.017	100.000	400.000	250.000	250.000	0	
			neu	1.041.017	761.017	187.500	92.500	0	0	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			Veränderung	-720.000		87.500	-307.500	-250.000	-250.000	0	
			BA	-720.000		87.500	-307.500	-250.000	-250.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-720.000</u>		<u>87.500</u>	<u>-307.500</u>	<u>-250.000</u>	<u>-250.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-1.440.000		175.000	-615.000	-500.000	-500.000	0	
83.b	5S.660020	Hbf/ Mastbruch/Straßenern.	132								
			bisher	3.438.365	1.438.365	200.000	800.000	500.000	500.000	0	
			neu	1.998.365	1.438.365	375.000	185.000	0	0	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			Veränderung	-1.440.000		175.000	-615.000	-500.000	-500.000	0	
			VE 2017:		800.000	VE 2017 neu:	185.000	VE 2017 Veränderung:		-615.000	
			BA	-1.440.000		175.000	-615.000	-500.000	-500.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-1.440.000</u>		<u>175.000</u>	<u>-615.000</u>	<u>-500.000</u>	<u>-500.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Wilhelminischer Ring Nord											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-200.000		0	0	-100.000	-100.000	0	
84.a	5S.660023	Wilhelm. RingNord/Straßenern. Beiträge	310	bisher 600.000 neu 400.000 Veränderung -200.000	0 0	0 0	0 0	300.000 200.000 -100.000	300.000 200.000 -100.000	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			BA	-200.000	0	0	0	-100.000	-100.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-200.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-100.000</u>	<u>-100.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-400.000		0	0	-200.000	-200.000	0	
84.b	5S.660023	Wilhelm. RingNord/Straßenern. Bauwerk	310	bisher 3.095.468 neu 2.695.468 Veränderung -400.000	1.895.468 1.895.468	0 0	0 0	600.000 400.000 -200.000	600.000 400.000 -200.000	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			BA	-400.000	0	0	0	-200.000	-200.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-400.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-200.000</u>	<u>-200.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Innenstadt											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		561.500		86.500	375.000	0	100.000	0	
85.a	5S.660024	Innenstadt/Straßenerneuerung Beiträge	131								
		bisher		2.474.175	1.880.675	93.500	0	300.000	200.000	0	zusätzliche Einzahlungen und Auszahlungen in Zusammenhang mit der Straßenerneuerung "Innenstadt"
		neu		3.035.675	1.880.675	180.000	375.000	300.000	300.000	0	
		Veränderung		561.500		86.500	375.000	0	100.000	0	
		BA		561.500		86.500	375.000	0	100.000	0	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>561.500</u>		<u>86.500</u>	<u>375.000</u>	<u>0</u>	<u>100.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		610.000		-140.000	750.000	0	0	0	
85.b	5S.660024	Innenstadt/Straßenerneuerung	131								
		bisher		8.047.133	6.347.133	500.000	0	600.000	600.000	0	zusätzliche Einzahlungen und Auszahlungen in Zusammenhang mit der Straßenerneuerung "Innenstadt"
		neu		8.657.133	6.347.133	360.000	750.000	600.000	600.000	0	
		Veränderung		610.000		-140.000	750.000	0	0	0	
						VE 2017:	0	VE 2017 neu:	750.000	VE 2017 Veränderung:	750.000
		BA		610.000		-140.000	750.000	0	0	0	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>610.000</u>		<u>-140.000</u>	<u>750.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Rünigen											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-457.500		-157.500	-300.000	0	0	0	
86.a	5S.660025	Rünigen/Straßenerneuerung Beiträge	224	bisher 1.367.249 neu 909.749 Veränderung -457.500	609.749 609.749	157.500 0 -157.500	300.000 0 -300.000	150.000 150.000 0	150.000 150.000 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			BA	-457.500		-157.500	-300.000	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-457.500</u>		<u>-157.500</u>	<u>-300.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-915.000		-315.000	-600.000	0	0	0	
86.b	5S.660025	Rünigen/Straßenerneuerung	224	bisher 2.490.394 neu 1.575.394 Veränderung -915.000	975.394 975.394	315.000 0 -315.000	600.000 0 -600.000	300.000 300.000 0	300.000 300.000 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				VE 2017: 600.000	VE 2017 neu: 0	VE 2017 Veränderung: -600.000					
			BA	-915.000		-315.000	-600.000	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-915.000</u>		<u>-315.000</u>	<u>-600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Stöckheim											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-175.000		-187.500	12.500	0	0	0	
87.a	5S.660027	Stöckheim/Straßenerneuerung Beiträge	211								
			bisher	1.132.503	695.003	187.500	250.000	0	0	0	
			neu	957.503	695.003	0	262.500	0	0	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			Veränderung	-175.000		-187.500	12.500	0	0	0	
			BA	-175.000		-187.500	12.500	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-175.000</u>		<u>-187.500</u>	<u>12.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-400.000		-375.000	-25.000	0	0	0	
87.b	5S.660027	Stöckheim/Straßenerneuerung	211								
			bisher	2.596.757	1.671.757	375.000	550.000	0	0	0	
			neu	2.196.757	1.671.757	0	525.000	0	0	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			Veränderung	-400.000		-375.000	-25.000	0	0	0	
				VE 2017:	550.000	VE 2017 neu:	525.000	VE 2017 Veränderung:		-25.000	
			BA	-400.000		-375.000	-25.000	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-400.000</u>		<u>-375.000</u>	<u>-25.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Wilhelmitor											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-500.000		0	-500.000	0	0	0	
88.a	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung Beiträge	310	bisher 1.400.385 neu 1.300.385 Veränderung -100.000	900.385 900.385	0 0	500.000 400.000	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung Straßenerneuerung Büchnerstraße
			BA	-100.000		0	-100.000	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	-100.000		0	-100.000	0	0	0	angenommen **)
88.b	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung Beiträge	310	bisher 1.141.537 neu 741.537 Veränderung -400.000	741.537 741.537	0 0	400.000 0	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung Straßenerneuerung Kramerstraße
			BA	-400.000		0	-400.000	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	-400.000		0	-400.000	0	0	0	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-1.000.000		0	-1.000.000	0	0	0	
88.c	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung	310	bisher neu Veränderung	2.650.014 2.450.014 -200.000	1.650.014 1.650.014	0 0 0	1.000.000 800.000 -200.000	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung Straßenerneuerung Büchnerstraße
				VE 2017:	200.000	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	-200.000		
			BA	-200.000	0	-200.000	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-200.000</u>	<u>0</u>	<u>-200.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
88.d	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung	310	bisher neu Veränderung	2.450.014 1.650.014 -800.000	1.650.014 1.650.014	0 0 0	800.000 0 -800.000	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung Straßenerneuerung Kramerstraße
				VE 2017:	800.000	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	-800.000		
			BA	-800.000	0	-800.000	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-800.000</u>	<u>0</u>	<u>-800.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
Straßenerneuerung Mascherode											
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				-75.000		-75.000	0	0	0	0	
89.a	5S.660070	Mascherode / Straßenerneuerung - Beiträge	213	bisher neu Veränderung	75.000 0 -75.000	0 0	75.000 0 -75.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			BA	-75.000	-75.000	0	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-75.000</u>	<u>-75.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		-150.000		-150.000	0	0	0	0	
89.b	5S.660070	Mascherode / Straßensanierung	213	bisher neu	150.000 0	0 0	150.000 0	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			Veränderung	-150.000		-150.000	0	0	0	0	
			BA FPA	-150.000 <u>-150.000</u>		-150.000 <u>-150.000</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	
Straßenerneuerung Watenbüttel - Völkenrode											
20		Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		2.500		0	2.500	0	0	0	
90.a	5S.660071	Watenbüttel-Völkenrode/Straßenern.-Beitr	321	bisher neu	225.000 227.500	0 0	0 0	225.000 227.500	0 0	0 0	Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf
			Veränderung	2.500		0	2.500	0	0	0	
			BA FPA	2.500 <u>2.500</u>		0 <u>0</u>	2.500 <u>2.500</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		5.000		0	5.000	0	0	0	
90.b	5S.660071	Watenbüttel-Völkenrode/Straßenern.	321	bisher neu	450.000 455.000	0 0	0 0	450.000 455.000	0 0	0 0	Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf
			Veränderung	5.000		0	5.000	0	0	0	
				VE 2017:	450.000	VE 2017 neu:	455.000	VE 2017 Veränderung:	5.000		
			BA FPA	5.000 <u>5.000</u>		0 <u>0</u>	5.000 <u>5.000</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	angenommen 8/0/2 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Parkdeck Stadthalle											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		-250.000	0	250.000	0	0	
91.a	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	131								
			bisher	250.000	0	250.000	0	0	0	0	Verschiebung des Neubaus des Parkdecks auf das Jahr 2018
			neu	250.000	0	0	0	250.000	0	0	
			Veränderung	0		-250.000	0	250.000	0	0	
			BA	0		-250.000	0	250.000	0	0	angenommen 8/0/2 Siehe Beschlussfassung zum Fraktionsantrag Nr. 166
			FPA								
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		-3.750.000	0	3.750.000	0	0	
91.b	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	131								
			bisher	3.750.000	0	3.750.000	0	0	0	0	Verschiebung des Neubaus des Parkdecks auf das Jahr 2018
			neu	3.750.000	0	0	0	3.750.000	0	0	
			Veränderung	0		-3.750.000	0	3.750.000	0	0	
			BA	0		-3.750.000	0	3.750.000	0	0	angenommen 8/0/2 Siehe Beschlussfassung zum Fraktionsantrag Nr. 166
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 66											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-225.200		-99.000	-50.000	-38.100	-38.100	0	
92	3S.660001	Boden- u. Asphaltuntersuchg. im Pr8		bisher 1.578.240 neu 1.402.040 Veränderung -176.200	978.240 978.240	150.000 100.000 -50.000	150.000 100.000 -50.000	150.000 111.900 -38.100	150.000 111.900 -38.100	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
		BA		-176.200		-50.000	-50.000	-38.100	-38.100	0	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>-176.200</u>		<u>-50.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>-38.100</u>	<u>-38.100</u>	<u>0</u>	angenommen **)
93	4E.660011	John-F. -Kennedy-Platz/Rasengleiszuschuss	131	bisher 310.600 neu 261.600 Veränderung -49.000	0 0	310.600 261.600 -49.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
		BA		-49.000		-49.000	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
		FPA		<u>-49.000</u>		<u>-49.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				500.000		0	500.000	0	0	0	
94	5E.660095	Ägidienmarkt / Umbau&Umgestaltung	131	bisher 0 neu 500.000 Veränderung 500.000	0 0	0 0	0 500.000	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			BA	500.000	0	500.000	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-940.000		-805.000	-130.000	-205.000	-310.000	510.000	
95	4S.660012	Radwege/Neubau		bisher 1.699.027 neu 1.499.027 Veränderung -200.000	1.099.027 1.099.027	150.000 100.000	150.000 100.000	150.000 100.000	150.000 100.000	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			BA	-200.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-200.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
96	5E.660031	Schunterbrücke Bevenroder Str. /Sanierung	112	bisher 270.000 neu 40.000 Veränderung -230.000	40.000 40.000	230.000 0	0 0	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			BA	-230.000	-230.000	0	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>-230.000</u>	<u>-230.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
97	5E.660033	Schunterflutbrücke Bevenroder/Sanierung	112	bisher 350.000 neu 400.000 Veränderung 50.000	20.000 20.000	330.000 380.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für die Sanierung der Schunterflutbrücke Bevenroder Str. (Mehrkosten: 50.000 €)
			BA	50.000	50.000	0	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA	<u>50.000</u>	<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
98	5E.660050	Hauptstraße Wenden, Verbesserung	323	bisher 300.000 neu 150.000 Veränderung -150.000	0 0	300.000 150.000 -150.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 8/0/2 angenommen **)
			BA FPA	-150.000 <u>-150.000</u>		-150.000 <u>-150.000</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	
99	5E.660066	Geh/Radweg Bevenr/Sportpl.Hondel/K31	112	bisher 77.140 neu 97.140 Veränderung 20.000	77.140 77.140	0 20.000 20.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	/ Sportplatz Hondelage (Mehrkosten: 20.000 €) Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 angenommen 8/0/2 angenommen **)
			BA FPA	20.000 <u>20.000</u>		20.000 <u>20.000</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	
100	5E.660091	Am Pfarrgarten (Bevenrode)/Erschl.	112	bisher 1.747.092 neu 1.727.092 Veränderung -20.000	1.361.092 1.361.092	386.000 366.000 -20.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 8/0/2 angenommen **)
			BA FPA	-20.000 <u>-20.000</u>		-20.000 <u>-20.000</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	
101	5E.660102	Radweg Sandanger - Hansestraße/Neubau	322	bisher 160.000 neu 0 Veränderung -160.000	0 0	0 0 0	80.000 0 -80.000	80.000 0 -80.000	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 8/0/2 angenommen **)
NEU					VE 2017: 80.000	VE 2017 neu: 0	VE 2017 Veränderung: -80.000				
NEU					VE 2018: 80.000	VE 2018 neu: 0	VE 2018 Veränderung: -80.000				
			BA FPA	-160.000 <u>-160.000</u>		0 <u>0</u>	-80.000 <u>-80.000</u>	-80.000 <u>-80.000</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
102	5E.660108	Baugeb. Baumschule-Ost/Erschl.	112	bisher neu Veränderung	350.000 350.000 0	0 0 -175.000	175.000 175.000 0	175.000 175.000 175.000	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				VE 2017:	175.000	VE 2017 neu:	175.000	VE 2017 Veränderung:		0	
				VE 2018:	0	VE 2018 neu:	175.000	VE 2018 Veränderung:		175.000	
			BA		0	-175.000	0	175.000	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA		0	-175.000	0	175.000	0	0	angenommen **)
103	5E.660113	Mühlenbrücke Bienrode ü.d.Sch. /Ersatz	112	bisher neu Veränderung	300.000 300.000 0	50.000 50.000 -250.000	250.000 0 0	0 0 0	0 0 0	0 250.000 250.000	Einsparvorschlag Konsolidierung -
			BA		0	-250.000	0	0	0	250.000	angenommen 8/0/2
			FPA		0	-250.000	0	0	0	250.000	angenommen **)
104	5E.660122	Sandbachbrücke Querumer Weg /Neubau	114	bisher neu Veränderung	310.000 310.000 0	0 0 0	0 0 0	50.000 50.000 0	260.000 0 -260.000	0 260.000 260.000	Einsparvorschlag Konsolidierung
			BA		0	0	0	0	-260.000	260.000	angenommen 8/0/2
			FPA		0	0	0	0	-260.000	260.000	angenommen **)
105	5S.660021	Brückenerneuerungen		bisher neu Veränderung	730.000 480.000 -250.000	0 0 0	190.000 190.000 0	290.000 290.000 -250.000	0 0 0	0 0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung sowie zusätzliche VE zu Lasten 2017 in Höhe von 290.000 €
				VE 2017:	0	VE 2017 neu:	290.000	VE 2017 Veränderung:		290.000	
			BA		-250.000	0	0	-250.000	0	0	angenommen 8/0/2
			FPA		-250.000	0	0	-250.000	0	0	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport											
Rekonstruktion historischer Park-und Grünanlagen											
19		Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-25.000		-25.000	0	0	0	0	
NEU	5S.670012	Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen	bisher	313.049	213.049	25.000	25.000	25.000	25.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung - siehe auch Zeile 26
			neu	288.049	213.049	0	25.000	25.000	25.000	0	
			Veränderung	-25.000		-25.000	0	0	0	0	
			GA	-25.000		-25.000	0	0	0	0	
		FPA	-25.000		-25.000	0	0	0	0	angenommen 10/0/0 angenommen **)	
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		-100.000		-100.000	0	0	0	0	
NEU	5S.670012	Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen	bisher	1.166.582	766.582	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Einsparvorschlag Konsolidierung - siehe auch Zeile 19
			neu	1.066.582	766.582	0	100.000	100.000	100.000	0	
			Veränderung	-100.000		-100.000	0	0	0	0	
			GA	-100.000		-100.000	0	0	0	0	
		FPA	-100.000		-100.000	0	0	0	0	angenommen 10/0/0 angenommen **)	
Sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 67											
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		65.600		98.900	-331.100	298.900	-1.100	0	
NEU	5E.670003	Wallanlagen/Sanierung	bisher	749.170	549.170	0	200.000	0	0	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			neu	719.170	549.170	0	170.000	0	0	0	
			Veränderung	-30.000		0	-30.000	0	0	0	
			GA	-30.000		0	-30.000	0	0	0	
		FPA	-30.000		0	-30.000	0	0	0	angenommen 10/0/0 angenommen **)	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
NEU	5E.670043	Sportanlage Waggum/Neubau Funktionsgeb. neu: ggf. TH 20	112	bisher	550.000	0	0	550.000	0	0	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
				neu	550.000	0	0	250.000	300.000	0	0	
				Veränderung	0	0	-300.000	300.000	0	0		
				VE 2017:	550.000	VE 2017 neu:	250.000	VE 2017 Veränderung:	-300.000			
			VE 2018:	0	VE 2018 neu:	300.000	VE 2018 Veränderung:	300.000				
			SpA	0	0	-300.000	300.000	0	0	angenommen 10/0/0 angenommen **)		
			FPA	0	0	-300.000	300.000	0	0			
NEU	5E.670052	SpA Wagg /Umw Tennenpl-Kunstrasen		bisher	475.000	0	475.000	0	0	0	Mehrbedarf wegen zusätzlichem Kunstrasenplatz	
				neu	575.000	0	575.000	0	0	0		0
				Veränderung	100.000	100.000	0	0	0	0		
			SpA	100.000	100.000	0	0	0	0	angenommen 10/0/0 angenommen **)		
			FPA	100.000	100.000	0	0	0	0			
NEU	5S.670033	Projekt Naturdenkmale/Sanierung		bisher	162.258	132.258	7.500	7.500	7.500	0	Einsparvorschlag Konsolidierung	
				neu	157.858	132.258	6.400	6.400	6.400	0		
				Veränderung	-4.400	-1.100	-1.100	-1.100	-1.100	0		
			GA	-4.400	-1.100	-1.100	-1.100	-1.100	0	angenommen 10/0/0 angenommen **)		
			FPA	-4.400	-1.100	-1.100	-1.100	-1.100	0			
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				80.000	80.000	0	0	0	0			
NEU	5S.670069	Elektrofahrzeuge / Beschaffung		bisher	0	0	0	0	0	0	Beschaffung von 4 PKW's mit E-Antrieb als Ersatz für die bislang geleaste e-ups für den städt. Fuhrpark	
				neu	80.000	0	80.000	0	0	0		0
				Veränderung	80.000	80.000	0	0	0	0		
			GA	80.000	80.000	0	0	0	0	angenommen 9/0/1 angenommen **)		
			FPA	80.000	80.000	0	0	0	0			

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Stabsstelle 0800											
Schaufenster Elektromobilität											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-33.600	0	-11.200	-11.200	-11.200	0
106.a	4E.000001	Schaufenster Elektromobilität		bisher	725.000	375.000	125.000	75.000	75.000	75.000	0
				neu	691.400	375.000	125.000	63.800	63.800	63.800	0
				Veränderung	-33.600		0	-11.200	-11.200	-11.200	0
			WA		-33.600		0	-11.200	-11.200	-11.200	0
			FPA		<u>-33.600</u>		<u>0</u>	<u>-11.200</u>	<u>-11.200</u>	<u>-11.200</u>	<u>0</u>
Einsparvorschlag Konsolidierung											
angenommen 9/0/0											
angenommen **)											
19				Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-8.600	-8.600	0	0	0	0
106.b	4E.000001	Schaufenster Elektromobilität		bisher	427.300	372.700	54.600	0	0	0	0
				neu	418.700	372.700	46.000	0	0	0	0
				Veränderung	-8.600		-8.600	0	0	0	0
			WA		-8.600		-8.600	0	0	0	0
			FPA		<u>-8.600</u>		<u>-8.600</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Einsparvorschlag Konsolidierung											
angenommen 9/0/0											
angenommen **)											
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		-37.400	-37.400	0	0	0	0
106.c	4E.000001	Schaufenster Elektromobilität		bisher	765.000	640.000	125.000	0	0	0	0
				neu	727.600	640.000	87.600	0	0	0	0
				Veränderung	-37.400		-37.400	0	0	0	0
			WA		-37.400		-37.400	0	0	0	0
			FPA		<u>-37.400</u>		<u>-37.400</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Einsparvorschlag Konsolidierung											
angenommen 9/0/0											
angenommen **)											

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
		Veränderungen Erträge	(Zeile 10)			-617.300	-648.300	13.000	-50.000	-100.000	
		Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)			519.000	959.600	2.425.600	2.813.400	21.116.600	
		Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				1.136.300	1.607.900	2.412.600	2.863.400	21.216.600	
		Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)			-1.355.700	1.320.000	3.928.000	-1.017.500	662.500	
		Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)			-5.786.600	-6.014.100	-867.100	-4.471.400	44.170.700	
		Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				-4.430.900	-7.334.100	-4.795.100	-3.453.900	43.508.200	
		Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				-3.294.600	-5.726.200	-2.382.500	-590.500	64.724.800	
		nachrichtlich:									
		Verpflichtungsermächtigungen:		2017		350.700					
				2018		-5.007.300					
				2019		-54.500					

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Projekte "unbegleitete minderjährige Flüchtlinge"

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 51 - Kinder, Jugend und Familie											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			614.000		614.000	0	0	0	0	
1	4E.51 NEU	Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper/ Dachgeschossausbau und Brandschutzmaßnahmen	321								
			bisher	0	0	0	0	0	0		
			neu	614.000	0	614.000	0	0	0		
			Veränderung	614.000		614.000	0	0	0	0	Erhöhung der Mittel für Umbauten (Dachgeschossausbau für UmF) und für Brandschutzmaßnahmen im Jugendschutzhaus Ölper
			JHA	614.000		614.000	0	0	0	0	angenommen 13/0/0
			BA	614.000		614.000	0	0	0	0	angenommen 10/0/0
			FPA	<u>614.000</u>		<u>614.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			90.000		90.000	0	0	0	0	
2	5S.510002	FB 51: Globale Sachanlagen									
			bisher	783.000	603.000	45.000	45.000	45.000	45.000		
			neu	823.000	603.000	85.000	45.000	45.000	45.000		
			Veränderung	40.000		40.000	0	0	0	0	zusätzliche Mittel für die Beschaffung eines Dienstfahrzeugs für 51.1 (UmF) - die Mehrausgaben können aber durch Minderausgaben im EH gedeckt werden (Leistung
			JHA	40.000		40.000	0	0	0	0	angenommen 13/0/0
			FPA	<u>40.000</u>		<u>40.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
3	5S.510032	FB 51: GVG Flüchtlinge (UmF)									
			bisher	0	0	0	0	0	0		
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0		
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	zusätzliche Mittel für die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft im Pippelweg (Unterbringung von 60 UmF)
			JHA	50.000		50.000	0	0	0	0	angenommen 13/0/0
			BA	50.000		50.000	0	0	0	0	angenommen 10/0/0
			FPA	<u>50.000</u>		<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Projekte "unbegleitete minderjährige Flüchtlinge"

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
		Veränderungen Erträge (Zeile 10)				0	0	0	0	0	
		Veränderungen Aufwendungen (Zeile 17)				614.000	0	0	0	0	
		Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				614.000	0	0	0	0	
		Veränderungen Investitionseinzahlungen (Zeilen 19 - 23)				0	0	0	0	0	
		Veränderungen Investitionsauszahlungen (Zeilen 25-30)				90.000	0	0	0	0	
		Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				90.000	0	0	0	0	
		Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				704.000	0	0	0	0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Projekte "Flüchtlinge"

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			25.000.000		25.000.000	0	0	0	0	
1	4S.21 NEU	Flüchtlingsunterkünfte / Herstellung									
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Mittel zur Schaffung von Flüchtlingsunterkünften (1000 Flüchtlinge)
		neu		25.000.000	0	25.000.000	0	0	0	0	
		Veränderung		25.000.000		25.000.000	0	0	0	0	
		BA		25.000.000		25.000.000	0	0	0	0	angenommen 10/0/0
		FPA		<u>25.000.000</u>		<u>25.000.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

Veränderungen Erträge	(Zeile 10)	0	0	0	0	0
Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)	0	0	0	0	0
Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		0	0	0	0	0
Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)	0	0	0	0	0
Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)	25.000.000	0	0	0	0
Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		25.000.000	0	0	0	0
Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		25.000.000	0	0	0	0

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Finanzstelle	Haushaltsansatz-bezeichnung Bezeichnung der Finanzstelle	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art der Ein-/Auszahlung
			bisher	neu	2016 Einzahlungen	2016 Auszahlungen	2017 Einzahlungen	2017 Auszahlungen	2018 Einzahlungen	2018 Auszahlungen	2019 Einzahlungen	2019 Auszahlungen		

Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

	34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen	16.238.700	41.238.700	25.000.000	0	0	0	0	0	0	0		
	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Kreditaufnahme zur Deckung der Investitionen für Flüchtlingsunterkünfte										einmalig	692730 Einzahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)
					+ 25.000.000									
	35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen	16.238.700	16.863.700	0	625.000	0	1.250.000	0	1.250.000	0	1.250.000		
	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Auszahlungen für die Tilgung des o. a. Kredites										dauerh.	792730 Tilgung von Investitionskrediten bei Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)
						+ 625.000		+ 1.250.000		+ 1.250.000		+ 1.250.000		

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

	9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	22.203.200	22.382.000	178.800	0	305.800	0	1.024.800	0	1.220.200	0		
	FS4242	Sportstätten/Städt. Stadion FB 20											2 Jahre	652310 Einzahlungen aus der Erstattung von Vorsteuern
					+ 26.800		0		+ 12.200		0			
	FS5461	Parkhäuser FB 20 (Verpachtungen)											dauerh.	652310 Einzahlungen aus der Erstattung von Vorsteuern
					+ 114.000		+ 305.800		+ 214.600		+ 80.200			
	FS5731	Allg. Einrichtungen u. Unternehmen FB 20											3 Jahre	652310 Einzahlungen aus der Erstattung von Vorsteuern
					+ 38.000		0		+ 798.000		+ 1.140.000			

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Finanzstelle	Haushaltsansatz-bezeichnung Bezeichnung der Finanzstelle	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art der Ein-/Auszahlung
			bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
					Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen		
	16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	189.859.600	190.038.400	0	178.800	0	305.800	0	1.024.800	0	1.220.200		
	FS4242	Sportstätten/Städt. Stadion FB 20				+ 26.800		0		+ 12.200		0	2 Jahre	744210 Abzugsfähige Vorsteuer
	FS5461	Parkhäuser FB 20 (Verpachtungen)				+ 114.000		+ 305.800		+ 214.600		+ 80.200	dauerh.	744210 Abzugsfähige Vorsteuer
	FS5731	Allg. Einrichtungen u. Unternehmen FB 20				+ 38.000		0		+ 798.000		+ 1.140.000	3 Jahre	744210 Abzugsfähige Vorsteuer
Gesamt (+) mehr/(-) weniger					+ 25.178.800	+ 803.800	+ 305.800	+ 1.555.800	+ 1.024.800	+ 2.274.800	+ 1.220.200	+ 2.470.200		
(-) Entlastung/(+) Belastung					- 24.375.000		+ 1.250.000		+ 1.250.000		+ 1.250.000			

Haushaltslesung 2016 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
FB 66 - Tiefbau und Verkehr											
Ersatzneubau Hennebergbrücke											
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	0	
1a	5E.660109	Hennebergbrücke / Ersatzneubau - Bauwerk		bisher 830.000 neu 870.000 Veränderung 40.000	80.000 80.000	750.000 790.000 40.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	neutrale Mittelumsetzung vom Projekt "Brückenerneuerungen" zum Einzelprojekt "Ersatzneubau Hennebergbrücke" entsprechend der Vorlage 15-00252
1b	5S.660021	Brückenerneuerungen-Bauwerk		bisher 1.060.000 neu 1.020.000 Veränderung -40.000	330.000 330.000 0	190.000 150.000 -40.000	290.000 290.000 0	250.000 250.000 0		0	neutrale Mittelumsetzung vom Projekt "Brückenerneuerungen" zum Einzelprojekt "Ersatzneubau Hennebergbrücke" entsprechend der Vorlage 15-00252

Haushaltslesung 2016 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Lehn Dorf											
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				100.000	0	0	0	0	100.000	0	
2a	5S.660014	Lehn Dorf/Straßenerneuerung 2. BA.		bisher 790.000 neu 890.000 Veränderung 100.000	130.000 130.000	160.000 160.000	500.000 500.000	0 100.000	0 100.000	0 0	Projekt "Lehn Dorf / Straßenerneuerung" - Korrektur einer fehlerhaften Planung auf dem Sachkonto 783125 "Erwerb von beweglichem Sachvermögen" auf das richtige Sachkonto 787210 "Baumaßnahmen Tiefbau"
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				-100.000	0	0	0	0	-100.000	0	
2b	5S.660014	Lehn Dorf/Straßenerneuerung 2. BA.		bisher 100.000 neu 0 Veränderung -100.000	0 0	0 0	0 0	100.000 0	0 0	0 0	Projekt "Lehn Dorf / Straßenerneuerung" - Korrektur einer fehlerhaften Planung auf dem Sachkonto 783125 "Erwerb von beweglichem Sachvermögen" auf das richtige Sachkonto 787210 "Baumaßnahmen Tiefbau"

Haushaltslesung 2016 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
FB 67 - Fachbereich Stadtgrün und Sport und Stabsstelle 0800											
Beschaffung von Elektrofahrzeugen											
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				-20.000	0	-20.000	0	0	0	0	
3a	5S.670069	Elektrofahrzeuge / Beschaffung		bisher 80.000 neu 60.000 Veränderung -20.000	0 0	80.000 60.000 -20.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	die Beschaffung eines PKW's mit E-Antrieb als Ersatz für die bislang geleaste e-ups für den städt. Fuhrpark soll noch durch den TH 0800 erfolgen (Absenkung der Haushaltsmittel des TH 67)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
3b	4E.000001	Schaufenster Elektromobilität		bisher 727.600 neu 747.600 Veränderung 20.000	640.000 640.000	87.600 107.600 20.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	die Beschaffung eines PKW's mit E-Antrieb als Ersatz für die bislang geleaste e-ups für den städt. Fuhrpark soll noch durch den TH 0800 erfolgen (Absenkung der Haushaltsmittel des TH 67)

Haushaltslesung 2016 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
FB 67 - Fachbereich Stadtgrün und Sport											
sonstige Maßnahmen											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	
4a	4S.670002	FB 67: Instandh. Abt. 67.3 (allgemein)		bisher 926.400 neu 890.400 Veränderung -36.000	589.000 589.000	76.900 67.900 -9.000	91.800 82.800 -9.000	91.800 82.800 -9.000	76.900 67.900 -9.000	0 0 0	Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Kto. 445526)
4b	4S.670048	FB 67: Instandhaltung Sportstätten		bisher 1.581.723 neu 1.617.723 Veränderung 36.000	352.123 352.123	307.400 316.400 9.000	307.400 316.400 9.000	307.400 316.400 9.000	307.400 316.400 9.000	0 0 0	Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Kto. 445526)

Veränderungen Erträge	(Zeile 10)	0	0	0	0	0
Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)	0	0	0	0	0
Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		0	0	0	0	0
Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)	0	0	0	0	0
Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)	0	0	0	0	0
Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		0	0	0	0	0
Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		0	0	0	0	0

Haushaltslesung 2016 - Anbringung von Haushaltsvermerken -

Die Liste wurde im FPA insgesamt abgestimmt - Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Deckungsvermerk TH 50 (Finanzhaushalt)	Die Projekte mit der Budgetzuordnung GL 50 (Global FB 50) und GVG FB 50 sind gegenseitig deckungsfähig (Voraussetzung Investitionsauszahlungen). Ausgenommen hiervon sind die Projekte 5S.500031 (FB 50: Global-Sach. Unterbr. Flüchtlinge) und 5S.500032 (FB 50: GVG Unterbringung Flüchtlinge). Beide Projekte sind untereinander deckungsfähig. Von anderen GVG- und Global-Projekten des FB 50 können nur einseitig Deckungsmittel herangezogen werden (einseitige Deckungsfähigkeit).	Der bestehende Deckungsvermerk wird in der Form eingeschränkt, dass die Deckungsfähigkeit mit den für Flüchtlingseinrichtungen zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln nur möglich ist, wenn hier zusätzlich Gelder bereitgestellt werden sollen. Eine Minderung der Haushaltsmittel für Flüchtlingseinrichtungen zu Gunsten anderer Projekte des FB 50 ist nicht möglich.
Deckungsvermerk TH 51 (Ergebnishaushalt)	Die Projekte mit der Budgetzuordnung GI 51 (Global FB 51) und GVG FB 51 sind gegenseitig deckungsfähig. Voraussetzung hierfür ist, dass es sich um Aufwand aus dem Erwerb von Vermögensgegenständen (Festwert) handelt.	Im Teilfinanzhaushalt des FB 51 besteht bereits die Deckungsmöglichkeit zwischen investiven Auszahlungen bei Projekten der Kategorien Global und GVG. Dies soll zur flexibleren Handhabung nun auch für die Aufwendungen aus dem Erwerb von Vermögensgegenständen (Festwert) nachgezogen werden.
Deckungsvermerk TH 51 (Finanzhaushalt)	Die Projekte mit der Budgetzuordnung GL 51 (Global FB 51) und GVG FB 51 sind gegenseitig deckungsfähig (Voraussetzung Investitionsauszahlungen). Ausgenommen hiervon sind die Projekte 5S.510032 (FB 51: GVG Flüchtlinge (umF)) und 5S.510033 (FB 51: Global Sachanl. Flüchtlinge (umF)). Beide Projekte sind untereinander deckungsfähig. Von anderen GVG- und Global-Projekten des FB 51 können nur einseitig Deckungsmittel herangezogen werden (einseitige Deckungsfähigkeit).	Der bestehende Deckungsvermerk wird in der Form eingeschränkt, dass die Deckungsfähigkeit mit den für Flüchtlingseinrichtungen zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln nur möglich ist, wenn hier zusätzlich Gelder bereitgestellt werden sollen. Eine Minderung der Haushaltsmittel für Flüchtlingseinrichtungen zu Gunsten anderer Projekte des FB 51 ist nicht möglich.

Anlage 2.6

Bürgerhaushalt

- 2.6.1 Übersicht der Top 75-Vorschläge nach Status und Themenbereichen
- 2.6.2 Einzelaufstellung der Top 75-Vorschläge nach Bewertung

Bürgerhaushalt 2015-2016: Top 75-Vorschläge nach Status und Themenbereich

Platz	Nr.	Titel	Beratungs- ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster

A) Vorschläge, deren Umsetzung der FPA empfiehlt (Abstimmungsergebnis FPA: 7 / 4 / 0)

15	2410	Beschaffenheit von Fahrradwegen verbessern - Absenkungen fahrrad-freundlicher gestalten	BA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
24	2644	Kanten bei Übergängen von Radweg auf Fahrbahn im Stadtgebiet absenken	FPA (+)	Annahme empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
37	2708	Fuß- und Radwege an Kreuzungen; Bordsteinabsenkung	FPA (+)	Annahme empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
18	2834	Fußweg und Radweg Ringgleis zügig ausbauen, teilweise sanieren	PIUA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
20	2786	Löcher und Risse in Straßen und Radwegen rasch flicken, um Kosten zu vermeiden	BA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
16	2647	Fahrkartenautomaten an ausgewählten Haltestellen aufstellen	PIUA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Service)
40	2692	Fahrscheinverkauf über die App der Verkehrs-GmbH einführen	PIUA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Service)
2	2282	Nachtbusse erhalten	PIUA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Strecken-/Fahrplan)
27	2098	Fahrplan von Bahn und Verkehrs-GmbH optimieren	PIUA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Strecken-/Fahrplan)

B) Vorschläge, deren Ablehnung der FPA empfiehlt (Abstimmungsergebnis FPA: 7 / 4 / 0)

13	2173	Rad- und Fußgängerüberweg am Ortseingang Harxbüttel sicherer gestalten	323 (+), BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
36	2396	Ringgleis ausbauen zwischen Echobrücke und Rangierbahnhof	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
63	2983	Fahrradweg vor der Ausfahrt des Schlossparkhauses auf die Georg-Eckert-Straße kennzeichnen	131 (+), BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
19	2185	Besseres Radwegekonzept für Braunschweig entwickeln	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sonstiges)
33	2344	Fahrradverleih-System für Braunschweig etablieren	WA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sonstiges)
35	1973	Touristisches Fahrradnetz schaffen - Braunschweig, Wolfenbüttel, Goslar, Wernigerode (Harz), Wolfsburg, Helmstedt	WA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sonstiges)

Platz	Nr.	Titel	Beratungs- ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster
28	2871	Mehr Grün in der Innenstadt schaffen	PIUA (+), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
32	2159	Schlossplatz begrünen	PIUA (+), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
34	2945	Keine Bebauung innerstädtischer Grünflächen mehr vornehmen	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
65	2548	Industriebrachen statt Grünflächen im Umland für Bauland nutzen	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
47	2268	Mehr Wildgehölze und Wildblumenwiesen in der Stadt anlegen	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
51	2474	Blühstreifen heimischer Pflanzen anlegen	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
57	2169	Platz der Deutschen Einheit, Schloßplatz und Burgplatz begrünen	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
72	1962	Obst für die Bürger und Blüten für die Bienen - Obstbäum anpflanzen	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
23	1996	Regelmäßigen Service für Spielplätze durchführen	321 (+), GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Ordnung)
61	1963	Sparen durch Gesetze - Überflüssige Schilder vermeiden	120 (-), BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Ordnung)
70	2182	Schulgarten-Dowesee mit Spielplatz besser vor Hunden schützen	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Ordnung)
56	2294	Öffentliche kostenfreie Toiletten in den Parkanlagen errichten	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sonstiges)
5	2117	Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	ÖPNV (Tarife)
9	2803	Kostenlosen Nahverkehr für alle Schüler_innen einführen - Ein Vorschlag vom Stadtschülerrat Braunschweig	SchA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	ÖPNV (Tarife)
52	2456	Öffnungszeiten der Stadtbibliothek einmal im Monat samstags bis 18 Uhr verlängern	AfKW (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Service Stadtverwaltung
60	2890	Das Sozialamt soll einmal in der Woche nachmittags geöffnet sein	AfSG (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Service Stadtverwaltung
71	2176	Bessere Mitsprache der Bürger bei Straßenumgestaltungen einführen	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Service Stadtverwaltung

Platz	Nr.	Titel	Beratungs- ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster
1	2515	Turnhalle oder Aula für GS Edith Stein bauen	SchA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Sport
50	2836	Nordbad für Kinder und Senioren unbedingt erhalten	SpA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Sport
21	2340	Ampelschaltungen für Radfahrer überprüfen	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
39	2188	Ampelschaltungen in der gesamten Stadt korrigieren	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
59	2728	Alle Fußgängerampeln hinsichtlich zu kurzer Grünphasen überprüfen	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
69	2588	Sicherheit für Radfahrer: Radfahrerampeln sollen 3 Sekunden vor den Autos grün erhalten	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
45	2378	WLAN für die Stadt Braunschweig - Hoch hinaus!	WA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges
54	2788	Park-and-Ride auch samstags bereit stellen	WA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges
67	2046	Straßenbaustellen-Ausschreibungen mit Fertigstellungsterminen verbinden	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges

C) Erledigt wegen (vorgesehener) Umsetzung durch die Verwaltung

8	2439	Sitzbänke am Zentralen Omnibus Bahnhof (ZOB) schaffen		Erledigt (wg. Umsetzung)	ÖPNV (Wartebereiche)
10	2336	Sporthalle St.-Ingbert-Straße ersetzen	SchA (+), SpA (+)	Erledigt (wg. Einplanung)	Sport
46	2354	Das gemeinsame Wohnen im Alter fördern		Erledigt (wg. Konzept)	Sonstiges

Platz	Nr.	Titel	Beratungs- ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster

D) Übrige Vorschläge

"Es werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen." (Abstimmungsergebnis FPA: 7 / 4 / 0)

25	2818	Mehr Fahrradständer in der Stadt aufstellen	BA (+)	s. o.	Fuß- und Radverkehr (Fahrradständer)
74	2482	Magniviertel: Fahrradständer vor der Grundschule im Klint installieren	131 (+), BA (+)	s. o.	Fuß- und Radverkehr (Fahrradständer)

26	2366	Abgestellte Fahrräder beseitigen, die nicht mehr genutzt werden		s. o.	Öffentlicher Raum (Ordnung)
38	2408	Sauberkeit in der Innenstadt: Abfalleimer in der Fußgängerzone häufiger leeren und reinigen	131 (+), BA (+)	s. o.	Öffentlicher Raum (Ordnung)
42	2689	Streifengänge der Polizei oder des Ordnungsamtes per Fahrrad einführen		s. o.	Öffentlicher Raum (Ordnung)
62	2521	Hundehalter sollen Hundekottüten mitführen		s. o.	Öffentlicher Raum (Ordnung)
14	2817	Mehr Sitzgelegenheiten in der Stadt schaffen	BA (+)	s. o.	Öffentlicher Raum (Sitzbänke)
22	2440	Mehr Bänke und Sitzgelegenheiten in der Innenstadt schaffen	131 (+)	s. o.	Öffentlicher Raum (Sitzbänke)
29	2970	Bänke rund um die Schloss-Arkaden aufstellen	131 (+), BA (+)	s. o.	Öffentlicher Raum (Sitzbänke)
55	2821	Mehr Sitzbänke auf Schlossplatz und hinter dem Schloss errichten		s. o.	Öffentlicher Raum (Sitzbänke)
48	2025	Unterführungen freundlicher und heller gestalten!	BA (+)	s. o.	Öffentlicher Raum (Sonstiges)
53	2302	Mehr Leitlinien für Blinde und Sehbehinderte schaffen	BA (+)	s. o.	Öffentlicher Raum (Sonstiges)

Platz	Nr.	Titel	Beratungs- ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster
75	1967	Modernes Zahlungssystem für Bus & Bahn einführen	PIUA (+)	s. o.	ÖPNV (Service)
68	2524	Verbindung nach Wolfsburg mit Bussen und Bahnen verbessern	PIUA (+)	s. o.	ÖPNV (Strecken-/Fahrplan)
11	2613	Zonen-übergreifende Kurzstrecken-Tarife im öffentlichen Nahverkehr schaffen	PIUA (+)	s. o.	ÖPNV (Tarife)
73	2464	Schülerfahrkarten preisgünstiger und attraktiver gestalten	SchA (+)	s. o.	ÖPNV (Tarife)
4	2374	Fernbusbahnhof Braunschweig aufwerten	BA (+)	s. o.	ÖPNV (Wartebereiche)
6	2463	Wartebereich Zentraler Omnibus Bahnhof (ZOB) verbessern - Überdachte Wartezone, moderne Anzeigetafel und Kiosk schaffen	BA (+)	s. o.	ÖPNV (Wartebereiche)
17	2702	Den Hauptbahnhof barrierefrei machen	BA (+)	s. o.	ÖPNV (Wartebereiche)
66	2712	Situation am Hauptbahnhof verbessern	BA (+)	s. o.	ÖPNV (Wartebereiche)
31	2470	Weitere Buslinien auf Elektrobusse umstellen	PIUA (+)	s. o.	ÖPNV (Sonstiges)
41	2500	Dauerhaftes Ideenportal einrichten		s. o.	Service Stadtverwaltung
64	2022	Verwaltung 2.0 - Online-Portal für Verwaltungsaufgaben schaffen		s. o.	Service Stadtverwaltung
43	2452	Eintritt Wasserwelt in Bonuscard-System der Braunschweiger Schwimmbäder integrieren		s. o.	Sport
7	2707	Unnötige Ampeln nachts abschalten	BA (+)	s. o.	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
30	2420	Rotphasen für Fußgänger überprüfen	BA (+)	s. o.	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
58	2167	Umlaufende 'Grüne Welle' auf dem Ring schaffen	BA (+)	s. o.	Verkehrsführung (Ampelschaltung)

Platz	Nr.	Titel	Beratungs- ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster
3	2225	Baustellen im Stadtgebiet besser koordinieren	BA (+)	s. o.	Sonstiges
12	2332	Begegnungszentren für alle Stadtteile schaffen	AfSG (+)	s. o.	Sonstiges
44	2148	Braunschweiger Wasser für Harxbüttel einführen (anstatt aus Gifhorn)	323 (-)	s. o.	Sonstiges
49	2138	In schnelles DSL und Internet in boomenden Braunschweiger Randlagen und Baugebieten investieren	BA (+)	s. o.	Sonstiges



Braunschweig

Die Löwenstadt

Anlage 2.6.2

Bürgerhaushalt 2015 zum Haushaltsplan 2016

Top 75-Vorschläge



Bürgerhaushalt in 2015 zum Haushaltsplan 2016 Top 75-Vorschläge

Bürgerhaushalt 2015-2016: Top 75-Vorschläge nach Platzierung

Platz	Nr.	Titel	Beratungs- ergebnisse	Status (vor Rat)
1	2515	Turnhalle oder Aula für GS Edith Stein bauen	SchA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
2	2282	Nachtbusse erhalten	PIUA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen
3	2225	Baustellen im Stadtgebiet besser koordinieren	BA (+)	*
4	2374	Fernbusbahnhof Braunschweig aufwerten	BA (+)	*
5	2117	Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
6	2463	Wartebereich Zentraler Omnibus Bahnhof (ZOB) verbessern - Überdachte Wartezone, moderne Anzeigetafel und Kiosk schaffen	BA (+)	*
7	2707	Unnötige Ampeln nachts abschalten	BA (+)	*
8	2439	Sitzbänke am Zentralen Omnibus Bahnhof (ZOB) schaffen		Erledigt (wg. Umsetzung)
9	2803	Kostenlosen Nahverkehr für alle Schüler_innen einführen - Ein Vorschlag vom Stadtschülerrat Braunschweig	SchA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
10	2336	Sporthalle St.-Ingbert-Straße ersetzen	SchA (+), SpA (+)	Erledigt (wg. Einplanung)
11	2613	Zonen-übergreifende Kurzstrecken-Tarife im öffentlichen Nahverkehr schaffen	PIUA (+)	*
12	2332	Begegnungszentren für alle Stadtteile schaffen	AfSG (+)	*
13	2173	Rad- und Fußgängerüberweg am Ortseingang Harxbüttel sicherer gestalten	323 (+), BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
14	2817	Mehr Sitzgelegenheiten in der Stadt schaffen	BA (+)	*
15	2410	Beschaffenheit von Fahrradwegen verbessern - Absenkungen fahrrad-freundlicher gestalten	BA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen
16	2647	Fahrkartenautomaten an ausgewählten Haltestellen aufstellen	PIUA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen
17	2702	Den Hauptbahnhof barrierefrei machen	BA (+)	*
18	2834	Fußweg und Radweg Ringgleis zügig ausbauen, teilweise sanieren	PIUA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen
19	2185	Besseres Radwegekonzept für Braunschweig entwickeln	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
20	2786	Löcher und Risse in Straßen und Radwegen rasch flicken, um Kosten zu vermeiden	BA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen
21	2340	Ampelschaltungen für Radfahrer überprüfen	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
22	2440	Mehr Bänke und Sitzgelegenheiten in der Innenstadt schaffen	131 (+)	*
23	1996	Regelmäßigen Service für Spielplätze durchführen	321 (+), GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
24	2644	Kanten bei Übergängen von Radweg auf Fahrbahn im Stadtgebiet absenken	FPA (+)	Annahme empfohlen
25	2818	Mehr Fahrradstände in der Stadt aufstellen	BA (+)	*
26	2366	Abgestellte Fahrräder beseitigen, die nicht mehr genutzt werden		*
27	2098	Fahrplan von Bahn und Verkehrs-GmbH optimieren	PIUA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen
28	2871	Mehr Grün in der Innenstadt schaffen	PIUA (+), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
29	2970	Bänke rund um die Schloss-Arkaden aufstellen	131 (+), BA (+)	*
30	2420	Rotphasen für Fußgänger überprüfen	BA (+)	*
31	2470	Weitere Buslinien auf Elektrobusse umstellen	PIUA (+)	*
32	2159	Schlossplatz begrünen	PIUA (+), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
33	2344	Fahrradverleih-System für Braunschweig etablieren	WA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
34	2945	Keine Bebauung innerstädtischer Grünflächen mehr vornehmen	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
35	1973	Touristisches Fahrradnetz schaffen - Braunschweig, Wolfenbüttel, Goslar, Wernigerode (Harz), Wolfsburg, Helmstedt	WA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
36	2396	Ringgleis ausbauen zwischen Echobücke und Rangierbahnhof	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
37	2708	Fuß- und Radwege an Kreuzungen; Bordsteinabsenkung	FPA (+)	Annahme empfohlen
38	2408	Sauberkeit in der Innenstadt: Abfalleimer in der Fußgängerzone häufiger leeren und reinigen	131 (+), BA (+)	*

Platz	Nr.	Titel	Beratungs- ergebnisse	Status (vor Rat)
39	2188	Ampelschaltungen in der gesamten Stadt korrigieren	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
40	2692	Fahrscheinverkauf über die App der Verkehrs-GmbH einführen	PIUA (+), FPA (+)	Annahme empfohlen
41	2500	Dauerhaftes Ideenportal einrichten		*
42	2689	Streifengänge der Polizei oder des Ordnungsamtes per Fahrrad einführen		*
43	2452	Eintritt Wasserwelt in Bonuscard-System der Braunschweiger Schwimmbäder integrieren		*
44	2148	Braunschweiger Wasser für Harxbüttel einführen (anstatt aus Gifhorn)	323 (-)	*
45	2378	WLAN für die Stadt Braunschweig - Hoch hinaus!	WA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
46	2354	Das gemeinsame Wohnen im Alter fördern		Erledigt (wg. Konzept)
47	2268	Mehr Wildgehölze und Wildblumenwiesen in der Stadt anlegen	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
48	2025	Unterführungen freundlicher und heller gestalten!	BA (+)	*
49	2138	In schnelles DSL und Internet in boomenden Braunschweiger Randlagen und Baugebieten investieren	BA (+)	*
50	2836	Nordbad für Kinder und Senioren unbedingt erhalten	SpA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
51	2474	Blühstreifen heimischer Pflanzen anlegen	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
52	2456	Öffnungszeiten der Stadtbibliothek einmal im Monat samstags bis 18 Uhr verlängern	AfKW (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
53	2302	Mehr Leitlinien für Blinde und Sehbehinderte schaffen	BA (+)	*
54	2788	Park-and-Ride auch samstags bereit stellen	WA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
55	2821	Mehr Sitzbänke auf Schlossplatz und hinter dem Schloss errichten		*
56	2294	Öffentliche kostenfreie Toiletten in den Parkanlagen errichten	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
57	2169	Platz der Deutschen Einheit, Schloßplatz und Burgplatz begrünen	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
58	2167	Umlaufende 'Grüne Welle' auf dem Ring schaffen	BA (+)	*
59	2728	Alle Fußgängerampeln hinsichtlich zu kurzer Grünphasen überprüfen	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
60	2890	Das Sozialamt soll einmal in der Woche nachmittags geöffnet sein	AfSG (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
61	1963	Sparen durch Gesetze - Überflüssige Schilder vermeiden	120 (-), BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
62	2521	Hundehalter sollen Hundekottüten mitführen		*
63	2983	Fahrradweg vor der Ausfahrt des Schlossparkhauses auf die Georg-Eckert-Straße kennzeichnen	131 (+), BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
64	2022	Verwaltung 2.0 - Online-Portal für Verwaltungsaufgaben schaffen		*
65	2548	Industriebrachen statt Grünflächen im Umland für Bauland nutzen	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
66	2712	Situation am Hauptbahnhof verbessern	BA (+)	*
67	2046	Straßenbaustellen-Ausschreibungen mit Fertigstellungsterminen verbinden	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
68	2524	Verbindung nach Wolfsburg mit Bussen und Bahnen verbessern	PIUA (+)	*
69	2588	Sicherheit für Radfahrer: Radfahrerampeln sollen 3 Sekunden vor den Autos grün erhalten	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
70	2182	Schulgarten-Dowesee mit Spielplatz besser vor Hunden schützen	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
71	2176	Bessere Mitsprache der Bürger bei Straßenumgestaltungen einführen	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
72	1962	Obst für die Bürger und Blüten für die Bienen - Obstbäum anpflanzen	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen
73	2464	Schülerfahrkarten preisgünstiger und attraktiver gestalten	SchA (+)	*
74	2482	Magniviertel: Fahrradständer vor der Grundschule im Klint installieren	131 (+), BA (+)	*
75	1967	Modernes Zahlungssystem für Bus & Bahn einführen	PIUA (+)	*

*) "Es werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen."

Platz: 1: Turnhalle oder Aula für GS Edith Stein bauen																																				
Vorschlags-Nr.: 2515	Bewertung: 1,054	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																
Die GS Edith Stein hat weder eine eigene Turnhalle oder eine Aula noch einen Versammlungsraum. Damit fehlt der Schule ein Herzstück.																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): FB 40																																				
Die Grundschule Edith Stein verfügt neben einer anderen Grundschule in der Stadt Braunschweig weder über eine Sporthalle noch über eine Aula. Der Sportunterricht wird in einem vorhandenen Gymnastikraum oder in der Turnhalle Leopoldstraße des Gymnasiums Kleine Burg erteilt. Veranstaltungen können nur im Freien oder in anderen Gebäuden außerhalb der Schule durchgeführt werden. Die Analyse des Bedarfs an Hallen und Räumen für den Schulsport im Rahmen der Sportentwicklungsplanung durch das Institut für kooperative Planung und Sportentwicklung hat für den Stadtbezirk Innenstadt, in dem die Grundschule Edith Stein liegt, ein rechnerisches Defizit von 4,4 Anlageneinheiten ergeben. Die Frage des Neubaus weiterer Sporthallen (ggf. als Mehrzweckhallen) zum Abbau des Sporthallendefizits wird die Verwaltung im Kontext mit der aktuell zur politischen Beratung anstehenden Sportentwicklungsplanung prüfen. Es können keine Angaben zu den finanziellen Auswirkungen sowohl im Hinblick auf die einmaligen als auch auf die laufenden Kosten gemacht werden, da eine entsprechende Planung noch nicht vorliegt.																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten																																				
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Schulausschuss</td> <td></td> <td>0</td> <td>4</td> <td>8</td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td>Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Schulausschuss		0	4	8	Abgelehnt	Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt	Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Schulausschuss		0	4	8	Abgelehnt																															
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt																															
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

Platz: 2: Nachtbusse erhalten						
Vorschlags-Nr.: 2282	Bewertung: 1,034	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Da die Nachtbusse ja zur Zeit nur als Versuch laufen, möchte ich hier erwähnen, dass es unbedingt bei Nachtbussen bleiben sollte in einer Stadt mit dieser Größe. Ich kann nicht abschätzen, inwieweit sich die Nachtbusse zur Zeit rechnen, aber auch wenn sie zu Verlusten führen, gehört ein Bussystem 24 Stunden am Tag auch zum Image einer Stadt.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 23. September 2014 beschlossen, ab dem 28. November 2014 einen Nachtlinienverkehr am Wochenende einzuführen. Während der einjährigen Testphase evaluieren Stadtverwaltung und Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) gemeinsam die Nachfrage und unterbreiten dem Rat der Stadt einen Vorschlag, den Nachtverkehr betriebswirtschaftlich sinnvoll und vom Fahrgastaufkommen her vertretbar zu betreiben. Inzwischen lassen sich erste Rückschlüsse auf das Nutzerverhalten der Braunschweiger Bürger im Nachtverkehr ziehen. Die Ergebnisse fließen in die Ratsvorlage ein, um nach der Sommerpause eine Entscheidung über den Weiterbetrieb herbeizuführen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss		7	4	0	Angenommen	
Verwaltungsausschuss						
	Rat					

Platz: 3: Baustellen im Stadtgebiet besser koordinieren							
Vorschlags-Nr.: 2225	Bewertung: 0,984	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Die Hamburger Straße wird seit dem letzten Jahr umgebaut. Nun wird parallel dazu die A391 im Norden saniert. Jedem Laien war klar, dass dieses zu erheblichen Behinderungen für den täglichen Verkehr in Braunschweig führen würde. Wenn jetzt auch noch etwas dazwischen kommt wie ein größerer Stau auf der A2 versinkt der Norden Braunschweigs im Verkehrschaos. In Richtung Osten wird seit Jahren die Hans-Sommer-Straße umgebaut und nun parallel dazu die Helmstedter Straße für den Umbau der Kreuzung Brodweg gesperrt. Garniert wird der Bereich dazwischen mit dem Dauerstau am Leonhardplatz, dem Umbau der Gleiseindeckung am Steinweg und der gefühlten Sackgasse Hagenmarkt. Die Stadt Braunschweig wird aufgefordert, die Baumaßnahmen besser zu koordinieren. Wenn auf einer Hauptverkehrsachse gebaut wird, müssen die beiden benachbarten Achsen frei sein. Die Engpässe am Hagenmarkt und am Leonhardplatz sind kurzfristig zu beseitigen. PS: Bevor die Verwaltung sich wieder rausredet: Die Sanierung der A391 durch die NLStBV war bekannt!							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
Um das Zusammenwirken mit allen internen und externen Beteiligten zu optimieren und die Verkehrsbeeinträchtigungen auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, ist seitens der Verwaltung beabsichtigt, die Baustellenkoordination durch strukturelle, personelle und organisatorische Maßnahmen zu optimieren.							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				4	0	2	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 4: Fernbusbahnhof Braunschweig aufwerten							
Vorschlags-Nr.: 2374	Bewertung: 0,907	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Der Fernbusbahnhof im Bahnquartier muss endlich eine Überdachung, Infrastruktur und Service-Stationen bekommen.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Kurzfristig können Sitzbänke aufgestellt werden (5.000 €, siehe dazu Vorschlag Nummer 2439 (Platz 8)). Größere Investitionen wie z. B. eine Überdachung und weitergehende Infrastruktur sind am bestehenden Standort derzeit nicht sinnvoll, da zurzeit geprüft wird, ob und durch wen ein Neubau des Fernbusbahnhofes am Hauptbahnhof sinnvoll ist. Ein Neubau würde natürlich diese Aspekte berücksichtigen.							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten	5.000 €					5.000 €	
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				8	0	1	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 5: Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen				
Vorschlags-Nr.: 2117	Bewertung: 0,901	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Die Stadt sollte den Vorschlag aus dem Jahre 2014 wieder aufgreifen und einen Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen. Wenn ich von der Hildesheimer Straße zum Amalienplatz beziehungsweise zur Celler Straße oder Maschstraße fahre, sind dies zwei beziehungsweise drei Haltestellen. Dafür bezahle ich € 2,30 genau so viel, als würde ich von Lamme nach Mascherode fahren. Busse und Bahnen würden mehr genutzt, wenn die Preise nicht so hoch wären. Auf Mallorca sind die Busse voll. Hier habe ich vom Playa de Palma bis zum Platz de Espanol in Palma € 1,00 bezahlt, mindestens 8 Haltestellen je nach Linienführung.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): Ref. 0600				

Der Vorschlag zum Bürgerhaushalt fokussiert auf das Beispiel einer europäischen Urlaubsinsel bzw. eine tarifzonenübergreifende Kurzstrecke. In einigen größeren Städten werden Kurzstreckentickets angeboten. Deutschlandweit gibt es in vergleichbaren Städten wie Münster und Bremen teils das Angebot eines Kurzstreckentarifs, in anderen wie Freiburg und Karlsruhe aber auch nicht. Als Alternative zur Kurzstrecke wurde in Braunschweig bewusst die 10-Fahrtenkarte mit dem seit 2008 nicht angehobenen Preis entwickelt. Durch die Zeitvariante von 90 Minuten für beliebig häufige Fahrten innerhalb des Stadtgebiets, kann man gerade auf kurzen Entfernungen den Abschnitt der Karte zum Preis von 1,80 € für die Hin- und Rückfahrt nutzen. Gleichzeitig werden die Verkaufsvorgänge damit gegenüber einer Kurzstrecke reduziert. Die Kunden nehmen diese Karte sehr gut an.

In Städten, die einen Kurzstreckentarif im Angebot vorhalten, sind die Fahrkarten im Regeltarif dagegen meist deutlich teurer als in Braunschweig. Insofern ist die Entscheidung Pro oder Contra eines Kurzstreckentarifes nicht auf diese einzelne Fahrkarte bezogen, sondern wird Veränderungen im Gesamtsortiment nach sich ziehen, um die Tarifgerechtigkeit aufrecht zu halten und die wirtschaftlichen Effekte durch den abgesenkten Tarif im darstellbaren Rahmen zu halten.

Weiter unterliegt die Verkehrs-GmbH als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Eine Einführung eines Kurzstreckentarifs in Stadtgebieten müsste in Abstimmung der Städte Wolfsburg, Goslar sowie der übrigen Landkreise des Verbandsgebietes erfolgen.

Aus Sicht der Verkehrs-GmbH ist die Einführung eines Kurzstreckentarifs nicht kostenneutral. Ein zu erwartender Neukundenanteil wird die Reduzierung der Einnahmen aus dem abgesenkten Fahrpreis für die jetzigen Kunden nicht kompensieren können und somit zum Anstieg des Defizitenausgleichs durch die Stadt Braunschweig führen. Exemplarisch sei dieses kurz mit realistischen Annahmen und dem Ist-Stand dargestellt.

Derzeit nutzen rd. 1,06 Mio. Kunden den Einzelfahrschein im Stadttarif zu 2,3 €/Ticket, was einen Jahresumsatz von rd. 2,43 Mio. € in 2014 ergab.

Legen angenommen von diesen Kunden rd. 40 % eine Wegstrecke im Ergebnis entstünde bei vorgenanntem Beispielfall ein Verlustanstieg in der Verkehrs-GmbH von rd. 330 T€/a. Dieses beinhaltet nicht die kaum valide zu prognostizierenden zusätzlichen Abwanderungen von der 10-er Karte in einen Kurzstreckentarif, was die negativen Auswirkungen weiter steigert.

Zur Kompensation müssten deutlich mehr als 200.000 Kunden/Jahr zusätzlich den ÖPNV nutzen, um das Angebot neutral zu stellen. Dieses bedeutet einen dauerhaft notwendigen Anstieg von mehr als 18 % im Kundensegment Einzelfahrausweis, was aus Unternehmenssicht wenig realistisch erscheint.

Da voraussichtlich auch einige Neukunden in den Einsatzspitzenzeiten hinzukommen, ist die Bereitstellung von zusätzlichen Fahrzeugen wahrscheinlich, was in der Konsequenz die negative Ergebnisbeeinträchtigung weiter steigert.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		3	8	0	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 6: Wartebereich Zentraler Omnibus Bahnhof (ZOB) verbessern - Überdachte Wartezone, moderne Anzeigetafel und Kiosk schaffen																																				
Vorschlags-Nr.: 2463	Bewertung: 0,867	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																
Wer am ZOB wartet, kann sich bei schlechtem Wetter nicht unterstellen. Das WC ist schwierig zu erreichen. Auch eine Anzeige, wann welcher Bus wie (verspätet) kommt, wäre klasse. Vorschlag: Überdachte Wartezone mit moderner Anzeigetafel, Sanitärbereich, Kiosk																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): FB 66																																				
Mit ZOB ist in diesem Fall offenbar der Fernbusbahnhof gemeint. Kurzfristig können Sitzbänke aufgestellt werden (5.000 €, siehe dazu Vorschlag Nummer 2439 (Platz 8)). Größere Investitionen wie z.B. eine Überdachung oder eine Anzeigetafel sind am bestehenden Standort derzeit nicht sinnvoll, da zurzeit geprüft wird, ob und durch wen ein Neubau des Fernbusbahnhofes am Hauptbahnhof sinnvoll ist. Ein Neubau würde natürlich diese Aspekte berücksichtigen.																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td>5.000 €</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>5.000 €</td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten	5.000 €					5.000 €	Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten	5.000 €					5.000 €																														
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bauausschuss</td> <td></td> <td>9</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>Angenommen</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td>Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Bauausschuss		9	0	0	Angenommen	Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Bauausschuss		9	0	0	Angenommen																															
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)																																			
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

Platz: 7: Unnötige Ampeln nachts abschalten								
Vorschlags-Nr.: 2707	Bewertung: 0,856	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)				
Braunschweig hat viele Ampeln an denen man lange warten muss, egal ob Fußgänger, Rad- oder Autofahrer. Sehr viele, vielleicht über die Hälfte, könnte in der Woche von 19:00 bis 6:00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen abgeschaltet werden. Das könnte auch bei so großen Kreuzungen wie Willy-Brandt-Platz/Kurt-Schumacher-Straße geprüft werden. An Kreuzungen, bei denen das schon stattfindet kann es ausgeweitet werden. Zum Beispiels Celler-Heer-Straße, Varrentrappstraße (jetzt ab 21:00 Uhr).								
Stellungnahme der Verwaltung								
Org.-Einheit(en): FB 66								
Lichtsignalanlagen (LSA) stehen an Standorten, die eine über die Beschilderung hinausgehende Verkehrsregelung erfordern. Dies gilt grundsätzlich auch nachts und an Sonn- und Feiertagen. Sie dienen nicht nur dem Kraftfahrzeugverkehr sondern auch querenden Fußgängern und Radfahrern. Weitere Abschaltungen sind aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht vorgesehen.								
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten								
Laufende Kosten						XXXX		
Gremienlauf		Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					9	0	0	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						
Verwaltungsausschuss								
Rat								

Platz: 8: Sitzbänke am Zentralen Omnibus Bahnhof (ZOB) schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2439	Bewertung: 0,847	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Ich schlage vor, unbedingt wenigstens Sitzteller am Zentralen Omnibus Bahnhof (ZOB) in der Mittelinsel zu platzieren. Dort fahren die Fernbusse ab. Sofern Dritte zuständig sind, sollen diese dazu aufgefordert werden, Sitzmöglichkeiten am ZOB zu schaffen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Kurzfristig können 1 bis 2 Sitzbänke auf den jeweiligen Bussteigen aufgestellt werden. Die Kosten je Bank liegen bei ca. 1.000 €, es entstehen bei 5 Bänken Gesamtkosten von ca. 5.000€. Zurzeit wird geprüft, ob und durch wen ein Neubau des Fernbusbahnhofs am Hauptbahnhof sinnvoll ist. Ein Neubau würde natürlich diese Aspekte berücksichtigen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten	5.000 €					5.000 €
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen Ja Nein Enth. Ergebnis					
Bauausschuss	Erledigt aufgrund zwischenzeitlicher Umsetzung.					

Platz: 9: Kostenlosen Nahverkehr für alle Schüler_innen einführen - Ein Vorschlag vom Stadtschülerrat Braunschweig				
Vorschlags-Nr.: 2803	Bewertung: 0,842	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Alle Schüler_innen sollen die Möglichkeit haben, außerhalb der Schulzeit kostenlos den Nahverkehr zu nutzen, um außerschulisches Engagement und Freizeitaktivitäten besuchen zu können. Zur Umsetzung schlagen wir ein für alle Seiten attraktives Kostenteilungsmodell vor. Dieses besagt, dass Schüler_innen ohne aktuellen Anspruch, außerhalb der Stoßzeiten kostenlos fahren können. Für einen geringen Kostenbeitrag soll es ermöglicht werden auch innerhalb der Stoßzeiten kostenlos zu fahren. Als weitere Option, soll es die Möglichkeit eines Upgrades geben, für einen weiteren geringen Kostenbeitrag, auch innerhalb der Ferienzeiten kostenlos den Nahverkehr zu nutzen. Schüler_innen mit aktuellen Anspruch behalten die Möglichkeit weiterhin kostenlos auch innerhalb der Stoßzeiten zu fahren und können so nur das Ferienupgrade nutzen. Zusätzlich sollen alle Oberstufenschüler_innen die dem aktuellen Anspruch entsprechen würden, auch innerhalb der Stoßzeiten ohne weitere Kosten fahren können. Hintergrund: Der vom Stadtschülerrat Braunschweig erarbeitete Vorschlag entstand als Reaktion auf die bestehende Arbeitsgemeinschaft "Kostenlose SchülerInnenfahrkarten" bestehend aus den Parteien der Stadt Braunschweig, des Rates der Stadt Braunschweig, Braunschweiger Verkehrs-GmbH, dem Jugendring, Jugendkonferenz, Stadtelterrat, sowie des Stadtschülerrates. Kosten: Die Kostenangabe folgt nach einer Überprüfung des Kostenteilungsmodells. Etwa 500.000 bis 2.000.000 € werden als Zuschuss aus dem städtischen Haushalt benötigt, um das Modell mit attraktiven Preisen bei den "Upgradeoptionen" zu finanzieren. Umso mehr Schüler_innen das Modell nutzen, umso geringer wird der Zuschussbedarf. Deshalb braucht das Projekt eine starke Anlaufunterstützung. Sonstiges: Weitere Informationen finden sie unter http://www.ssr-bs.de/ag-fahrkarten/ [Die Stoßzeiten liegen vor allem zwischen 7:00 - 8:30.]				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 40				

Auf Initiative des Jugendrings Braunschweig e. V. ist eine Arbeitsgruppe zum Thema kostenlose bzw. kostengünstige Schülerfahrkarten gebildet worden. An der Arbeitsgruppe sind Vertreterinnen bzw. Vertreter aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Braunschweiger Verkehrs-GmbH und Mitglieder des Stadtelternrates und des Stadtschülerrates beteiligt. In dieser Arbeitsgruppe wird u. a. der Vorschlag des Stadtschülerrates bearbeitet. Die Bearbeitung in der Arbeitsgruppe (insbesondere die Kostenberechnung durch die Braunschweiger Verkehrs-GmbH) ist noch nicht abgeschlossen. Über das Ergebnis wird der Jugendhilfeausschuss informiert.

Es können noch keine Angaben zu den finanziellen Auswirkungen sowohl im Hinblick auf die einmaligen als auch auf die laufenden Kosten gemacht werden.

Ergänzende Stellungnahme (zum Schulausschuss am 05.02.2016):

Dem Jugendhilfeausschuss sind mittlerweile zwei Modelle für die Einführung eines kostenlosen Nahverkehrs für alle Schülerinnen und Schüler vorgestellt worden. Im Modell 1 würden alle Braunschweiger Schülerinnen und Schüler im Stadtgebiet Braunschweig kostenlos den ÖPNV ohne Einschränkung nutzen können. Die Kosten würde vollumfänglich der Konzern Stadt Braunschweig tragen. Die laufenden Kosten hierfür werden auf ca. 4, 1 Mio. €/Jahr geschätzt. Beim Modell 2 handelt es sich um ein Kostenteilungsmodell zwischen dem Konzern Stadt Braunschweig und den Schülerinnen und Schülern. Danach würde den Schülerinnen und Schülern, die einen schulgesetzlichen Anspruch auf den Erhalt einer SammelSchülerzeitkarte (SSZK) haben, die Möglichkeit eingeräumt, die SSZK auf eigene Kosten um eine Nutzung in den Ferienzeiten zu erweitern. Die Schülerinnen und Schüler, die keinen schulgesetzlichen Anspruch auf den Erhalt einer SSZK haben, würde die Möglichkeit eingeräumt, kostenlose SSZK werktags ab 9:00 Uhr zu erhalten mit der Möglichkeit, diese auf eigene Kosten um eine Nutzung werktags in der Zeit vor 9:00 Uhr und/oder in den Ferienzeiten zu erweitern. Die laufenden Kosten hierfür werden auf ca. 2,3 bis 2,7 Mio. €/Jahr geschätzt.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Schulausschuss		2	4	6	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 10: Sporthalle St.-Ingbert-Straße ersetzen						
Vorschlags-Nr.: 2336	Bewertung: 0,804	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Zügige Bereitstellung von Haushaltsmitteln zum Bau einer Sporthalle, die die abgebrannte Sporthalle St.-Ingbert-Str. ersetzt. Eine Ersatzhalle für diese Sporthalle wird dringend benötigt, da sowohl der Schulsport der Schulen HvF und GS Lehdorf als auch der Vereinssport mehrerer Vereine erheblich eingeschränkt ist. Sollte ein Aufbau an einem Ersatzstandort in Erwägung gezogen werden, so ist der Standort so zu wählen, dass er für beide Schulen zu Fuß leicht erreichbar ist um Zeitverluste im Sportunterricht durch lange Wegezeiten zu vermeiden. Ein Neubau am Blitzeichenweg käme unter den oben angeführten Bedingungen für beide Schulen daher nicht in Betracht.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 40						
Für die abgebrannte Sporthalle in der St.-Ingbert-Straße soll im Stadtteil Lehdorf eine neue Sporthalle gebaut werden. Aufgrund noch offener versicherungsrechtlicher Fragen ist zurzeit noch nicht abschließend geklärt, an welcher Stelle die neue Sporthalle errichtet wird. Der Standort der Sporthalle wird so gewählt, dass er für die Schulen fußläufig gut erreichbar ist. Ein Neubau der Sporthalle am Blitzeichenweg wird daher nicht in Betracht gezogen. Da noch offen ist, in welcher Höhe die Stadt eine Versicherungsleistung erhält, können keine Angaben zu den finanziellen Auswirkungen sowohl im Hinblick auf die einmaligen als auch auf die laufenden Kosten gemacht werden. Ergänzende Stellungnahme (zum Schulausschuss am 05.02.2016): Die Verwaltung hat vorgeschlagen, die Sporthalle St-Ingbert-Straße auf ihrem bisherigen Grundstück als teilbare Zwei-Feld-Sporthalle neu zu bauen. Die Kosten werden auf 4,3 Mio. geschätzt. Über den Bau einer Zuschauertribüne soll nach dem Vorschlag der Verwaltung erst nach Vorliegen einer Vorentwurfsplanung und Kostenschätzung entschieden werden.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Ergebnis
Schulausschuss				12	0	Angenommen
Sportausschuss				10	0	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Erledigt, da die erforderlichen Haushaltsmittel zwischenzeitlich eingeplant sind.					

Platz: 11: Zonen-übergreifende Kurzstrecken-Tarife im öffentlichen Nahverkehr schaffen								
Vorschlags-Nr.: 2613	Bewertung: 0,787	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)				
Im "öffentlichen Nahverkehr" sollten Kurzstrecken-Tarife eingeführt werden, nicht nur innerorts, sondern von einer Tarifzone in die nächste. Zum Beispiel gibt es im Ortsteil Schapen keine Einkaufsmöglichkeiten - die nächste Haltestelle im Ort "Weddel"/Cremlingen liegt nur etwa 1 Kilometer entfernt. Dort findet man Netto, Apotheke, Bäcker und Bahnhof. Die Kosten für die Fahrt betragen 3,80 € (90 Minuten Tarifzone 2).								
Stellungnahme der Verwaltung								
Org.-Einheit(en): Ref. 0600								
Die Verkehrs-GmbH unterliegt als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Die Verkehrs GmbH wird dieses Thema an die Verbundgesellschaft Region Braunschweig adressieren und dort zur Entscheidung vorlegen. Im Übrigen gilt die Stellungnahme zum Vorschlag Nr. 2117 entsprechend.								
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe		
Einmalige Kosten								
Laufende Kosten					XXXX			
Gremienlauf	Anmerkungen				Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss					6	4	1	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)							
Verwaltungsausschuss								
Rat								

Platz: 12: Begegnungszentren für alle Stadtteile schaffen							
Vorschlags-Nr.: 2332	Bewertung: 0,775	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 45.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Begegnungszentren spielen in vielen Teilen Braunschweigs bereits eine hervorragende Rolle für - den Zusammenhalt der Bevölkerung (Förderung des Dialogs zwischen den Bewohnern aus verschiedenen Generationen und mit unterschiedlicher Herkunft); - das Angebot kultureller Veranstaltungen vor Ort und somit die gesellschaftliche Teilhabe; - gut zugängliche Beratungsangebote der Stadtteilbewohner sowie - die Stabilisierung der Gesundheit und für die Freizeitgestaltung für Jung und Alt. Umso wichtiger erscheint es, dass möglichst alle Menschen in Braunschweig in den Genuss einer solchen örtlichen Einrichtung kommen. (1) Hier wird vorgeschlagen, nach einer im Jahr 2015 durch Politik und Verwaltung aufzustellenden Prioritätenliste mittelfristig die verbliebenen Stadtteile auch mit einer Begegnungsstätte zu versorgen. (2) Der dringendste Bedarf scheint im Stadtteil Heidberg zu liegen, in dem es vielerlei Aktivitäten von Vereinen und Organisationen gibt, die jedoch unter einem unzulänglichen Raumangebot leiden. Der Heidberg weist innerhalb Braunschweigs den höchsten Altersdurchschnitt der Stadtteilbewohner auf. In diesem Stadtteil leben prozentual mehr Einwohner mit Migrationshintergrund als im Braunschweiger Durchschnitt. Für 2016 wird ein Finanzbedarf von etwa 45 000 Euro gesehen.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 10, FB 41, FB 50, FB 51							
Begegnungsstätten bestehen in Braunschweig in sehr unterschiedlicher Form. Angefangen von den 12 Dorfgemeinschaftshäusern, in denen Räumlichkeiten verschiedenen Nutzern aus der örtlichen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden, über Seniorenbegegnungsstätten bis hin zu Familienzentren und sozio-kulturellen Einrichtungen wie dem Kulturpunkt West. Dementsprechend unterschiedlich sind die Konzepte und damit die Möglichkeiten, dass sich Bewohner aus verschiedenen Generationen und mit unterschiedlicher Herkunft dort offen begegnen können. Im Grundsatz wird das Vorhandensein von Stätten der Begegnung in den jeweiligen Stadtteilen von der Stadt begrüßt. Dies setzt jedoch nicht automatisch die Einrichtung neuer Begegnungsstätten voraus. Inwieweit in einzelnen Stadtteilen inklusive und für alle Bevölkerungsgruppen offene Begegnungsstätten notwendig sind, sollte sich an den Bedarfen vor Ort orientieren (z.B. Familienzentren) und als Fragestellung im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) bedacht werden, sofern nicht eine frühere Entscheidung angezeigt ist. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass der finanzielle Bedarf erst dann abschätzbar wäre, wenn ein genaues Konzept für das jeweilige Zentrum vorliegt.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	

Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Soziales und Gesundheit			2	0	9	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 13: Rad- und Fußgängerüberweg am Ortseingang Harxbüttel sicherer gestalten									
Vorschlags-Nr.: 2173	Bewertung: 0,766	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Wenden-Thune-Harxbüttel					
Zur Zeit "MUSS" man zu Fuß und mit dem Rad im Ortseingang Harxbüttel die Straße überqueren, die sich als eine uneinsichtigen Kurve gestaltet! Das ist äußerst gefährlich! Mit steigenden Kinderzahlen im Ort wächst auch die Zahl der Fußgänger und Fahrradfahrer, die auf diese Art der Mobilität angewiesen sind. Es sollte nicht gewartet werden bis etwas passiert. Ich denke eine große Verkehrsinsel, oder ein ausreichend beschilter Zebrastrifen würden Sicherheit geben!									
Stellungnahme der Verwaltung									
Org.-Einheit(en): FB 66									
Mit der Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht (2013) wurde die Situation entschärft. Grundsätzlich kann der Radverkehr aufgrund der relativ niedrigen Kfz-Anzahl (2200 Kfz/24 Std.) auf der Fahrbahn abgewickelt werden. Ein Fußgängerüberweg (Zebrastrifen) kann aufgrund zu geringer Kfz- und Fußgängermengen nicht eingerichtet werden. Die Herstellung einer Mittelinsel wäre eine geeignete Verbesserung. Dies würde, weil die Fahrbahn dafür aufgeweitet werden müsste, ca. 50.000 € kosten.									
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe			
Einmalige Kosten	50.000 €					50.000 €			
Laufende Kosten					XXXX				
Gremienlauf	Anmerkungen					Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Stadtbezirksrat 323						9	0	0	Angenommen
Bauausschuss						1	7	2	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)								Abgelehnt
Verwaltungsausschuss									
Rat									

Platz: 14: Mehr Sitzgelegenheiten in der Stadt schaffen							
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte	Entsch.-Zust.: Braunschweig			
2817	0,763	Ausgabe	Kosten:	(gesamt)			
Es wäre schön, wenn in der Stadt mehr Sitzgelegenheiten aufgebaut werden könnten. Sinnvoll wäre es sicher, mit Seniorenverbänden zusammen zuarbeiten, da diese sicherlich am besten Wissen, wo eine solche Anbringung sinnvoll wäre. Hintergrund: Für Gehbehinderte ist es teilweise ein Spießrutenlauf, weil es schwierig ist, eine Sitzgelegenheit für eine kurze Pause zu finden.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Bei vielen Straßenerneuerungen werden Sitzgelegenheiten (Bänke) mit eingeplant und aufgestellt. Grundsätzlich ist es auch möglich Bänke im Nachhinein und in bestehenden Straßen aufzustellen. Die Kosten betragen je nach Banktyp 1.000 € bis 2.500 € je Bank. Soweit Mittel für die Umsetzung des Vorschlages bereitgestellt werden, würde die Verwaltung konkrete Standorte mit dem Seniorenbeirat abstimmen. Die Antwort entspricht der Antwort zu Vorschlag Nr. 2440 (Platz 22).							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				8	0	2	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 15: Beschaffenheit von Fahrradwegen verbessern - Absenkungen fahrrad-freundlicher gestalten						
Vorschlags-Nr.: 2410	Bewertung: 0,737	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Ich möchte die Verantwortlichen im Tiefbaumanagement der Stadt bitten, die Absenkungen der Fahrradwege bei einmündenden Nebenstraßen, auf Kreuzungen und so weiter fahrrad-freundlicher zu gestalten. Der ausführende Tiefbauunternehmer sollte darauf hingewiesen werden, dass Absenkungen für den Radfahrer keine Holperstrecken sein dürfen. Vielleicht müsste auch der Mitarbeiter der Stadt Braunschweig sensibilisiert werden, keine holprigen Arbeiten mehr abzunehmen. Sonst muss nachgearbeitet werden. Zumindest bei jeder neuen Baumaßnahme bitte drauf achten (Raffteich, Hans-Sommer-Straße, Hamburger Straße und andere) Wer mag, kann ja mal auf dem Radweg entlang der Luisenstraße vom Cyriaksring zum Europaplatz fahren. Spätestens in der Kramerstraße weiß jeder, was ich meine.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Bei reinen Radwegen werden die Absenkungen ohne Kante gebaut (Null-Absenkung). Falls jedoch eine Mitbenutzung der Furt durch Fußgänger vorliegt, wird eine Bordsteinkante von bis zu 3cm hergestellt, da die sehbehinderten Menschen auf eine tastbare Kante angewiesen sind. Beim älteren Straßenbestand finden sich auch noch nicht richtliniengerechte Absenkungen. Aus finanziellen Gründen sind bauliche Änderungen am Bestand jedoch in der Regel nur im Rahmen von Straßenerneuerungen sowie Um- und Ausbaumaßnahmen möglich. Die Kosten für den Umbau bestehender Absenkungen betragen je nach Einzelfall ca. 1.000 €. Soweit Mittel für die Umsetzung des Vorschlages bereitgestellt werden, würde die Verwaltung in Abstimmung mit dem ADFC auch im Bestand Absenkungen optimieren. Die Antwort entspricht den Antworten zu Nr. 2708 und 2644.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss		9	0	1	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss		7	4	0	Angenommen	
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 16: Fahrkartenautomaten an ausgewählten Haltestellen aufstellen						
Vorschlags-Nr.: 2647	Bewertung: 0,736	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Fahrkartenautomaten für Bus und Straßenbahn an ausgewählten Haltestellen (Umsteigestationen) würden die Standzeiten an Haltestellen verkürzen und Verspätungen verringern. Als Standorte würde ich mir zum Beispiel Hauptbahnhof, Schloss, Kastanienallee und Rudolfplatz vorstellen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Ziel der Braunschweiger Verkehrs GmbH ist es, den Ticketverkauf beim Fahrpersonal bis zum Jahr 2018 zu reduzieren. Die betriebliche Abwicklung könnte durch eine Umkehr des Verkaufsverhältnisses der Fahrausweise im Vorverkauf von derzeit 28 % und 72 % beim Fahrpersonal erheblich verbessert werden. Dazu werden die Vertriebswege bis 2018 schrittweise ausgebaut. Ein Schritt ist dabei die Einführung von zunächst 10 Fahrscheinautomaten an ausgewählten Straßenbahnhaltestellen. Dabei werden auch die vorgeschlagenen Haltepunkte Hauptbahnhof und Schloss entsprechend berücksichtigt.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss		7	4	0	Angenommen	
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 17: Den Hauptbahnhof barrierefrei machen						
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte	Entsch.-Zust.: Braunschweig		
2702	0,731	Investition	Kosten:	(gesamt)		
Für uns Blinde ist der Vorplatz des Hauptbahnhofs sowie auch das Gebäude des Hauptbahnhof selbst sehr schwer zu meistern. Es fehlen Leitlinien zu den Eingängen, zum Reiseinformationszentrum und zu den Gleisen. Das Land und die Bahn haben im Dezember 2014 beschlossen, Gleisanlagen und Bahnhöfe zu sanieren. Auch auf einigen Bahnsteigen unseres Hauptbahnhof sollen die Rillenplatten zum Auffinden der Treppen saniert werden. Doch das ist nicht ausreichend. Es müssen zusätzlich Rillenplatten zu den Gleisen, zu den Ein- und Ausgängen, dann zu den Taxen, zu den Bussen und Straßenbahnen führen. Es gibt zwar auf dem Vorplatz eine Leitlinie, doch die ist viel zu schmal und somit für uns Blinde schlecht auffindbar. Außerdem entspricht sie nicht mehr den heutigen DIN-Normen. Es muss auch eine deutliche Abgrenzung zu den Bussteigen und zum Taxistand geben. Hier ist die Gefahr sehr groß, dass man unversehens auf den Bussteig gerät und somit von einem Bus angefahren wird.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Der Hauptbahnhof selbst liegt in der Zuständigkeit der Deutschen Bahn AG. Das Bahnhofsmanagement wurde bezüglich der Maßnahmen im Bahnhof über diesen Bürgervorschlag informiert. Auf dem Bahnhofsvorplatz gibt es bereits Leitlinien zwischen dem Bahnhofsgebäude, dem Servicepavillon der Verkehrs-GmbH und den Bahn- und Bussteigen im ZOB. Bisher keine Führung besteht zur Stadtbahnhaltestelle in der Mitte des Willy-Brandt-Platzes vor dem Hauptbahnhof. Das Kostenvolumen für eine Nachrüstung und Aktualisierung taktiler Elemente ist aufgrund der Vielzahl der zu betrachtenden Linienführungen, Leitlinien und Aufmerksamkeitsfeldern ohne konkrete Planung nicht kurzfristig ermittelbar. Mit einer größeren fünfstelligen Summe muss jedoch gerechnet werden. Bei Neubauten von Straßen oder Plätzen werden die Belange sehbehinderter Menschen heute mehr berücksichtigt, als dies in der Planungs- und Realisierungsphase vor mehr als 15 Jahren üblich war.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss			10	0	0	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 18: Fußweg und Radweg Ringgleis zügig ausbauen, teilweise sanieren				
Vorschlags-Nr.: 2834	Bewertung: 0,726	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Es darf nicht noch einmal 20 Jahre dauern, bis die restlichen Kilometer fertig gestellt sind. Etliche Abschnitte des vorhandenen Weges müssen dringend saniert werden. Das bringt einfach die sehr starke Frequentierung mit sich und vielleicht auch die ungünstige Wahl der Oberflächen-Beschaffenheit.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 61				

Zügiger Ausbau:

Im Jahr 2011 hat der Rat der Stadt Braunschweig die Umsetzung des „Masterplan Ringgleis“ beschlossen. Da sich die für den Ringgleisschluss benötigten Abschnitte im Norden, Osten und Süden noch nicht durchgehend im städtischem Besitz befinden, bedarf es für jeden weiteren Abschnitt differenzierter Planungen (z. T. auch zur rechtlichen Absicherung), umfangreicher Abstimmungen zu Nutzungsvereinbarungen oder aber auch Kaufverträge, um den jeweiligen Zugriff auf weitere Abschnitte zu erhalten. Erst danach können abschnittsweise detaillierte Ausbauplanungen begonnen und die jeweiligen Kosten ermittelt werden, die dann sukzessive für die folgenden Haushaltsjahre angemeldet werden müssen. Dieser Prozess wird sich, wie beim westlichen Ringgleis auch, voraussichtlich über mehrere Jahre erstrecken.

Als nächster Teilabschnitt steht konkret in 2016 die Umsetzung der Fortführung des südlichen Ringgleis-Abschnitts A391 bis Kennelweg/Okerbrücke bevor. Dieser wird aktuell planerisch vorbereitet. Zum Erreichen der ca. 12 m hohen Dammkrone sind umfangreiche, kostenintensive Ingenieurbauwerke (Rampen) erforderlich. Durch diesen Abschnitt können das neue Jugendleistungszentrum von Eintracht Braunschweig sowie der Weser-Harz-Heide-Radfernweg angebunden werden. Im Norden wird es alsbald den Brückenschlag über die Oker im Bereich der Uferstraße geben. Danach ist die Weiterführung über das ehemalige Braunschweiger Zeitungs-Gelände (zwischen Hamburger Straße und Mittelweg) vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen - Zügiger Ausbau:

In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2015 stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015 bis 2019 zur Verfügung. Ein zusätzlicher Mittelbedarf über die bereits im städtischen Haushalt eingeplanten Mittel kann derzeit nicht konkret benannt werden. Gründe dafür sind, dass die zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen je Abschnitt inkl. der Trassenführung des Weges sukzessive zu klären sind und dass eine seriöse Kostenschätzung ohne differenzierte und detaillierte ingenieurtechnische Ausbauplanung nicht möglich ist.

Sanierung:

Die Verwaltung betrachtet eine Sanierung der bestehenden Wege in vielen Bereichen als sinnvoll. Die jeweilige Ausbauart wird sich jedoch für jeden Abschnitt mit dem dort bestehenden Stadtbild, den zu erwartenden Nutzergruppen und den örtlich zu erwartenden Konflikten auseinandersetzen müssen. Insofern ist jeder Abschnitt differenziert zu betrachten. Darüber hinaus kann natürlich auch bei der Sanierung, allein aus Kostengründen, nur abschnittsweise vorgegangen werden. Sofern die Örtlichkeit und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel es zulassen (z. B. eine ausreichende Breite vorhanden ist und keine stadtgestalterischen Gründe dagegen sprechen) werden schon jetzt durchaus auch einzelne Bereiche saniert. Beispielhaft soll dies zeitnah in dem Abschnitt zwischen Triftweg und Kälberwiese erfolgen. Hier soll für die Radfahrer ein Asphaltweg und für die Fußgänger eine separate, wassergebundene Decke angelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen - Sanierung:

In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2015 stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015-2019 zur Verfügung. Ein konkreter zusätzlicher Mittelbedarf für Sanierungsmaßnahmen kann mit einem Pauschalbetrag i. H. v 30.000 EUR pro Jahr dauerhaft angenommen werden (120.000 EUR in Summe für die Planungsjahre des IP 2016-2019).

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	XXXX	120.000 €

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		6	0	5	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss		7	4	0	Angenommen
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 19: Besseres Radwegekonzept für Braunschweig entwickeln						
Vorschlags-Nr.: 2185	Bewertung: 0,724	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Besseres Radwegekonzept für Braunschweig entwickeln. Wer einmal mit dem Fahrrad durch Gesamt-Braunschweig radelt, wird feststellen, dass wir uns mit Radwegen verbessert haben, es aber immer noch nicht ausreichend ist.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Radverkehrsförderung ist nicht gleich Radwegebau. Der immer stärker werdende Radverkehr kann häufig besser und sicherer auf der Fahrbahn abgewickelt werden. Fahrradstraßen, Radfahrstreifen und Schutzstreifen auf der Fahrbahn erhöhen dort die Sicherheit des Radverkehrs. Das vorhandene Radverkehrskonzept stammt aus dem Jahr 1994 und ist weitgehend abgearbeitet. Die Aufstellung eines neuen Radverkehrskonzeptes durch ein Planungsbüro würde ca. 100.000 € kosten.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten	100.000 €					100.000 €
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss			0	6	4	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Abgelehnt
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 20: Löcher und Risse in Straßen und Radwegen rasch flicken, um Kosten zu vermeiden							
Vorschlags-Nr.: 2786	Bewertung: 0,716	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Im Straßenbereich, aber auch im Fahrradbereich sind sehr viele Löcher und Risse. Es ist bemerkenswert, wie dieses ignoriert wird von der hiesigen Straßenbehörde. Wenn etwas instand gehalten wird, so hat man auf lange Sicht viel Geld für Gesamterneuerungen der Straßen und der Fahrradwege gespart. Vater Frost hat kein Problem mit den Rissen und Löchern. Vater Frost mag es, wenn er sich ausbreiten kann bzw. darf. Der Stadt aber entstehen dadurch sehr viel höhere Kosten, als wenn man gleich etwas macht, zum Beispiel Instand halten.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Mit den verfügbaren Unterhaltungsmitteln werden vorrangig alle Arbeiten durchgeführt, die zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit erforderlich sind. Darüber hinausgehende Schadensbeseitigungen wie Rissanierungen und Deckenerneuerungen erfolgen ebenfalls im Rahmen der verfügbaren Mittel. So werden etwa in 2015 Fahrbahndecken für 300.000 € und Radwegdecken für insgesamt rund 100.000 € erneuert. Die Kosten für die Erneuerung einer asphaltierten Fahrbahndecke belaufen sich auf ca. 40 €/m².							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss			10	0	0	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss			7	4	0	Angenommen	
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 21: Ampelschaltungen für Radfahrer überprüfen							
Vorschlags-Nr.: 2340	Bewertung: 0,712	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Als Radfahrer wird man an einer Reihe von Ampeln* innerhalb des Stadtrings stutzig: Während Radfahrer schon rot haben, steht die Fußgängerampel noch einige Zeit auf grün. Das ist offenkundig widersinnig und zugleich ärgerlich, da Radfahrer im Durchschnitt deutlich schneller die Ampel überqueren können. Den Aufwand für diese Schaltungsanpassungen kann ich nicht beurteilen - wenn es einfach zu realisieren ist, wäre es durchaus wünschenswert. * Zwei Beispiele: - Kreuzung Celler Str. Güldenstraße Richtung Innenstadt/Lange Str. - Überquerung Hagenring in die Humboldtstraße Richtung Innenstadt							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Fußgänger werden in mehreren räumlichen Abschnitten über eine Straße geführt (z. B. vom Gehweg bis zur Insel, von der Insel bis zum anderen Gehweg), weshalb die Signale gestaffelt und so lange wie möglich geschaltet werden können. Der Radverkehr wird mit den speziellen Signalen in einem Zug über die gesamte Breite der Straße freigegeben. Der Weg, den der Radverkehr bei grün zurücklegen muss, ist also länger als die Teilstrecken die die Fußgänger jeweils bei grün zurück legen müssen. Das kann dazu führen, dass das Signal kürzer grün zeigt als Fußgängersignale in derselben Richtung. Eine Anpassung der im Vorschlag genannten Kreuzungen auf den aktuellen Stand von Radverkehrssignalisierungen ist möglich. Die Kosten für den Knoten Celler Str./Güldenstr. betragen ca. 50.000 €. Die Kosten für den Knoten Hagenring/Humboldtstr. betragen ca. 10.000 €.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				2	7	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Abgelehnt
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 22: Mehr Bänke und Sitzgelegenheiten in der Innenstadt schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2440	Bewertung: 0,710	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Innenstadt		
Mehr Sitzgelegenheiten in der Innenstadt schaffen, zum Beispiel am Damm.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Bei vielen Straßenerneuerungen werden Sitzgelegenheiten (Bänke) mit eingeplant und aufgestellt. Grundsätzlich ist es auch möglich Bänke im nachhinein und in bestehenden Straßen aufzustellen. Die Kosten betragen je nach Banktyp 1.000 € bis 2.500 € je Bank. Soweit Mittel für die Umsetzung des Vorschlages bereitgestellt werden, würde die Verwaltung konkrete Standorte mit dem Seniorenbeirat abstimmen. Die Antwort entspricht der Antwort zu Vorschlag Nr. 2817 (Platz 14).						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Stadtbezirksrat 131		12	1	0	Angenommen	
Bauausschuss	Erledigt durch Beschlussfassung über Vorschlag 2817 (Platz 14) - angenommen					
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 23: Regelmäßigen Service für Spielplätze durchführen								
Vorschlags-Nr.: 1996	Bewertung: 0,710	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 2.500 €	Entsch.-Zust.: Lehdorf-Watenbüttel				
Wenn ich über den Spielplatz in der Lamme Heide gehe, sehe ich verschmuzten Sand, Löcher und Müll. Dabei ist dieser Spielplatz erst wenige Jahre alt. Ich vermute, anderen Spielplätzen in Braunschweig geht es ähnlich. Nicht nur bei der Errichtung von Spielplätzen sollte auf Sicherheit geachtet werden, sondern auch bei der Wartung. Mein Vorschlag lautet, Spielplätze erfordern mindestens alle zwei Jahre einen "großen Service". Was uns das Auto wert ist, sollten uns unsere Kinder lange wert sein. Ein Service sollte das Sieben und Planieren von Sand als auch eine Grundreinigung des Spielplatzes beinhalten. Ich habe schon oft Steine und Scherben im Sand gefunden. Im Verhältnis zu den Kosten, würde ein regelmäßiger Service unseren Familien einen großen Nutzen bringen.								
Stellungnahme der Verwaltung								
Org.-Einheit(en): FB 67								
Dem Fachbereich Stadtgrün und Sport liegen regelmäßig Beschwerden über den im Vorschlag genannten Zustand der Sandflächen vor. Auch im Stadtteilstudienprojekt des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie, in dessen Rahmen Kinderbeteiligungen in allen Ortsteilen durchgeführt werden, ist eine Verunreinigung des Sandes ein zentrales Thema. Regelmäßige biologisch-mechanische Sandreinigungen sowie ein Erneuern des Spielsandes sind aus fachlicher Sicht sinnvoll und werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bereits umgesetzt. Die Kosten für eine jährlich durchzuführende Sandreinigung aller Flächen auf städtischen Spielplätzen würden sich auf ca. 200.000 € belaufen. Vorzunehmen wäre diese Reinigung in einem Rhythmus von zwei Jahren, so dass jährlich 100.000 € zusätzlich benötigt würden. Der Sandtausch wäre in einem Rhythmus von fünf Jahren durchzuführen. Dafür wären dauerhaft insgesamt ca. 200.000 € jährlich in den Haushalt einzustellen.								
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe		
Einmalige Kosten								
Laufende Kosten	300.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €	XXX	1.200.000 €		
Gremienlauf	Anmerkungen				Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Stadtbezirksrat 321					10	0	2	Angenommen
Grünflächenausschuss					2	7	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)							Abgelehnt
Verwaltungsausschuss								
Rat								

Platz: 24: Kanten bei Übergängen von Radweg auf Fahrbahn im Stadtgebiet absenken								
Vorschlags-Nr.: 2644	Bewertung: 0,696	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)				
Häufig werden die Absenkungen, wenn ein Radweg eine Straße kreuzt, nicht ohne eine Kante gebaut. Bei Neubau oder Sanierung sollte darauf geachtet werden, dass Übergänge von Radweg auf Fahrbahn komplett ohne Versatz gebaut werden, da ein Versatz immer einen Schlag auf die Felgen bedeutet (Beispiel Leipziger Straße, Zufahrt Breites Bleek). Trotz "Absenkung" hat man häufig immer noch Kanten von bis zu 4 cm, ein Versatz von 0 cm wäre wünschenswert.								
Stellungnahme der Verwaltung								
Org.-Einheit(en): FB 66								
Bei reinen Radwegen werden die Absenkungen ohne Kante gebaut (Null-Absenkung). Falls jedoch eine Mitbenutzung der Furt durch Fußgänger vorliegt, wird eine Bordsteinkante von bis zu 3cm hergestellt, da die sehbehinderten Menschen auf eine tastbare Kante angewiesen sind. Beim älteren Straßenbestand finden sich auch noch nicht richtliniengerechte Absenkungen. Aus finanziellen Gründen sind bauliche Änderungen am Bestand jedoch in der Regel nur im Rahmen von Straßenerneuerungen sowie Um- und Ausbaumaßnahmen möglich. Die Kosten für den Umbau bestehender Absenkungen betragen je nach Einzelfall ca. 1.000 €. Soweit Mittel für die Umsetzung des Vorschlages bereitgestellt werden, würde die Verwaltung in Abstimmung mit dem ADFC auch im Bestand Absenkungen optimieren. Die Antwort entspricht den Antworten zu Nr. 2410 und 2708.								
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe		
Einmalige Kosten								
Laufende Kosten					XXXX			
Gremienlauf	Anmerkungen				Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Erledigt durch Beschlussfassung über Vorschlag 2410 (Platz 15) - angenommen							
Finanz- und Personalausschuss					7	4	0	Angenommen
Verwaltungsausschuss								
Rat								

Platz: 25: Mehr Fahrradstände in der Stadt aufstellen																																				
Vorschlags-Nr.: 2818	Bewertung: 0,696	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																
Es wäre schön, wenn in der Stadt mehr Fahrradstände aufgebaut werden könnten. Sinnvoll wäre es sicher, mit Fahrradverbänden zusammen zuarbeiten, da diese sicherlich am besten Wissen, wo eine solche Anbringung sinnvoll wäre. Im Stadtbild sieht man an Schildern und Zäunen abgestellte Fahrräder, weil es im öffentlichen Raum an vielen Stellen zu wenig Fahrradstände gibt.																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): FB 66																																				
Regelmäßig werden besonders in der Innenstadt zusätzliche Fahrradstände an neuen Standorten aufgestellt. Vorhandene Anlagen werden ergänzt. Alte Vorderradklemmen werden durch moderne Ständer ersetzt. Inzwischen sind die verkehrlich und stadtgestalterisch geeigneten Flächen für Fahrradstände weitgehend ausgenutzt. Um in größerem Umfang weitere Fahrradstände aufstellen zu können, wird es zunehmend erforderlich werden, auch andere Flächen, z.B. Parkstreifen dafür umzunutzen. Ein moderner Fahrradstander kostet mit Einbau ca. 200 bis 250 €. Wenn zusätzliche Anpassungsarbeiten z.B. an der Pflasterung erforderlich werden, liegen die Kosten bei ca. 500 € pro Fahrradstander. Die Verwaltung stimmt ihre Aktivitäten für den Radverkehr regelmäßig mit Fahrradverbänden ab.																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten																																				
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bauausschuss</td> <td></td> <td>10</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>Angenommen</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td>Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Bauausschuss		10	0	0	Angenommen	Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Bauausschuss		10	0	0	Angenommen																															
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)																																			
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

Platz: 26: Abgestellte Fahrräder beseitigen, die nicht mehr genutzt werden							
Vorschlags-Nr.: 2366	Bewertung: 0,695	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Besonders am Hauptbahnhof stehen diverse Fahrräder, die offensichtlich nicht genutzt werden. Gleiches gilt für das gesamte Stadtgebiet. Da dieser Missstand ein Schandfleck für Braunschweig darstellt, schlage ich für den Hauptbahnhof vor, ein Info-Band vor den Fahrrädern aufzuhängen und mitzuteilen, dass alle Räder am 31.10.2015 abgeräumt werden. Für alle anderen Räder könnte ich mir vorstellen, dass Polizei und Politessen knall rote Anhänger anbringen, die auf das Beseitigen hinweisen. Nach vier Wochen werden diese Fahrräder eingesammelt. Alle sicher gestellten Räder werden gemeinnützigen Vereinen oder 3. Welt Ländern zur Verfügung gestellt.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 32							
Der Zentrale Ordnungsdienst (ZOD) der Stadt Braunschweig kontrolliert regelmäßig insbesondere den Innenstadtbereich auch darauf hin, ob sogenannte Schrottfahrräder abgestellt wurden. Festgestellte Schrottfahrräder werden mit einer Banderole markiert, die den Besitzer darauf hinweist, das Fahrrad innerhalb von sechs Wochen zu entfernen und dass anderenfalls das Fahrrad als illegale Abfallentsorgung angesehen und entsorgt wird. Mit der Markierung werden die Räder auch durch die Polizei überprüft, ob ggf. ein Diebstahl des Rades vorliegt. Sollten die Räder nicht gestohlen sein, werden sie nach einer sechswöchigen Frist entfernt. Im Bereich des Vorplatzes des Hauptbahnhofs finden derartige Aktionen bereits jetzt schon zwei mal jährlich gemeinsam mit der Deutschen Bahn statt. Die sichergestellten Fahrräder werden der Fahrradwerkstatt der VHS zur Verfügung gestellt.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen Ja Nein Enth. Ergebnis					
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 27: Fahrplan von Bahn und Verkehrs-GmbH optimieren							
Vorschlags-Nr.: 2098	Bewertung: 0,693	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 5.000 €		Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Die Fahrpläne der Verkehrs-GmbH sind in Randzeiten nur unzureichend auf den Fahrplan der Bahn abgestimmt. Z.B. Ankunft IC aus Hannover am Sonntag: 08:08 Uhr - Nächste Abfahrt in Richtung Innenstadt: 08:49 (41 Minuten Wartezeit!). Des Weiteren erfolgt keine Anschlusssicherung bei Verspätungen. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH soll daher zukünftig bei ausgedünntem Takt die aktuelle Verspätungslage vom Zugverkehr beobachten. Ziel muss eine Mindestumsteigezeit von 4 Minuten für wichtige Zugverbindungen (insbesondere IC / RE aus Hannover, RB aus WOB, ICE von Berlin / Göttingen) sein. Hierzu muss in der Leitstelle der Verkehrs-GmbH der aktuelle Bahn-Fahrplan beobachtet werden und ggf. auf die Stadtbahnen und Busse eingewirkt werden. Es ist mit der DB Kontakt aufzunehmen um Zugriff auf die genauen aktuellen Fahrplandaten zu bekommen.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
Die Verkehrs-GmbH ist grundsätzlich bemüht, eine optimale Verknüpfung zwischen Eisenbahn und dem innerstädtischen Verkehr herzustellen. Eine Verknüpfung an einzelne, am Hauptbahnhof ankommende Züge ist jedoch nicht immer möglich. Eine Verbesserung für einen Anschluss verschlechtert meist einen anderen Anschluss. Im genannten Beispiel (Sonntagfrüh) besteht eine gute Umsteigebeziehung in Richtung Innenstadt von den Regionalzügen aus Stendal / Wolfsburg (Ankunft 7:34), Hannover (Ankunft 7:41) und Magdeburg (Ankunft 7:42). Die vorgeschlagene Anschlusssicherung zu Tagesrandzeiten an Nah- und Fernverkehrszüge ist nachvollziehbar wünschenswert. Die Verkehrs-GmbH verkehrt zu Tagesrandzeiten in einem stündlichen Anschlussverkehr an der Haltestelle Rathaus. Hier besteht gesicherter Anschluss zwischen allen zu dieser Zeit verkehrenden Linien. Eine Anschlusssicherung am Hauptbahnhof würde zu verspäteter Ankunft der Linie am Rathaus führen und damit den stadtweiten Bus- und Bahnverkehr verzögern. Vor diesem Hintergrund ist die Anschlusssicherung an die Züge des Nah- und Fernverkehrs betrieblich nicht durchführbar, ohne damit Verzögerungen für alle anderen Fahrgäste im innerstädtischen Verkehr zu verursachen.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		10	0	1	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss		7	4	0	Angenommen
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 28: Mehr Grün in der Innenstadt schaffen						
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte	Entsch.-Zust.: Braunschweig		
2871	0,689	Investition	Kosten:	(gesamt)		
Heiße Sommer werden zunehmen. Damit sind auch Stadtplanerische Konzepte der Vergangenheit zu überdenken. Dazu gehören große zugebaute Flächen wie der Schlossplatz oder der Wollmarkt bis zur Alten Waage. Komplett Begrünen ist hier mein Wunsch. Das Gelände Harz und Heide kann sicher auch zu 50% renaturiert werden.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
Die zunehmend wahrnehmbaren klimatischen Auswirkungen auf die Stadtplanung und der damit verbundene Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung klimatischer Aspekte sind der Verwaltung bewusst und werden in verschiedenen Bereichen bereits berücksichtigt. Unter den vielen relevanten Rahmenbedingungen stellt der Klimaschutz in der Stadtplanung jedoch nur einen Aspekt dar. Andere Belange wie die baukulturelle Wahrnehmung einer Großstadt oder die angestrebten Nutzungen sind ebenfalls zu berücksichtigen. Hierbei ist gerade die Innenstadt Braunschweigs an ihren zentralen Stellen vor allem von dem Bild der „steinernen Stadt“ geprägt, das zur Identifikation der Stadt beiträgt. Überdies kann festgestellt werden, dass auch eine begrünte Gestaltung städtischer Flächen Kosten hervorruft, die pauschal nicht verlässlich abgeschätzt werden können. Das Harz-und-Heide-Gelände übernimmt neben der Beherbergung verschiedener überregional bekannter Veranstaltungen wichtige Entlastungsfunktionen für die Innenstadt, z.B. als Ausweichparkplatz bei Großveranstaltungen. Diese Funktion muss sichergestellt sein. Eine fünfzigprozentige Renaturierung steht dem entgegen. Finanzielle Konsequenzen können nicht beziffert werden, da sie situationsbedingt sind. Ergänzende Stellungnahme (zum Finanz- und Personalausschuss am 25.02.2016): Die Verwaltung empfiehlt dem Antrag nicht zu entsprechen, da die zur Begrünung benannten Plätze teilweise mit hohem planerischen und finanziellen Aufwand erstellt wurden. Die Verwaltung sichert aber zu, in allen neuen Verfahren auch den Einsatz von Grünbaumaßnahmen verstärkt in die Planungsüberlegungen einzubinden.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss	Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Begrünung auf den genannten Plätzen realisiert werden kann.	10	0	1	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss		0	9	2	Abgelehnt	
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 29: Bänke rund um die Schloss-Arkaden aufstellen						
Vorschlags-Nr.: 2970	Bewertung: 0,686	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Innenstadt		
Rund um die Schloss-Arkaden sollten mehr Bänke aufgestellt werden.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Der Schlossplatz, der Platz am Ritterbrunnen, der Herzogin-Anna-Amalia-Platz und der St.-Nicolai-Platz werden von einer großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern als Orte für Veranstaltungen jeglicher Art oder für Demonstrationen genutzt. Dies und die bewusste städtebauliche Dominanz des Schlosses und der Reiterstandbilder erklären die zurückhaltende Möblierung. Neben der Rundbank um die Platane und den Sandsteinbänken am Theater Kleines Haus bieten die Umfassung des Brunnens und Bänke am Spielplatz auf dem Herzogin-Anna-Amalia-Platz Sitzgelegenheiten. Dazu besteht an vielen Orten der Fußgängerzone und der anderen Platzräume in der unmittelbaren Nähe die Möglichkeit, sich auf öffentlichen Sitzgelegenheiten niederzulassen. Wegen der besonderen städtebaulichen Situation wäre die Aufstellung weiterer Bänke im Umfeld der Schloss-Arkaden fachplanerisch und politisch detailliert abzustimmen. Kosteninformation: Eine Bank, so wie sie in den Fußgängerzonen zu finden ist, kostet inklusive der Montage ca. 2.500 €. Sonderanfertigungen (z. B. Rundbänke) sind deutlich teurer. Die Stellungnahme entspricht der zum Vorschlag 2821 (Rang 55).						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremiumlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Stadtbezirksrat 131		8	4	1	Angenommen	
Bauausschuss		9	0	1	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 30: Rotphasen für Fußgänger überprüfen						
Vorschlags-Nr.: 2420	Bewertung: 0,678	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Wer viel zu Fuß oder mit dem Rad im Stadtbereich unterwegs ist, dem ist sicherlich schon aufgefallen wie unterschiedlich die Rotphasen geschaltet sind. Ein Beispiel: Die Ampel am Rizzihaus. Überquert man als Fußgänger die Ampel vom Rizzihaus kommend zum Schloss, hat man eine normale Rotphase. Geht man von Schloss in Richtung Rizzihaus ist die Grünphase weitaus länger. Die Autos die, die in diesem Moment aus dem Magniviertel kommend rechts abbiegen wollen, sehen nur das rote Ampelmännchen, schneiden den Fußgängern den Weg ab, hupen oder beschimpfen, dass die Fußgänger aber noch lange grün haben, können sie nicht sehen. Nächstes Beispiel: Altwiekring Ecke Husarenstraße Die Grünphasen sind so unterschiedlich und kurz geschaltet, dass ein Fußgänger beim normalen beachten der Grünphasen es gar nicht über die Straße schafft und auch so wird es immer sehr knapp. Ich schlage vor, ein Team auf die Ampeln zu schicken, die den Praxistest machen von allen Seiten, damit auch alte Menschen eine Chance haben, sicher die Straßen zu überqueren oder Autofahrer nicht verärgert werden.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Abhängig vom Standort der Warteflächen innerhalb des Straßenraumes sind die Freigabezeiten unterschiedlich lang, da immer das Queren mindestens der halben Strecke bei grün möglich sein muss. Darüber hinaus sind Abhängigkeiten der Freigaben der anderen Verkehrsteilnehmer, Ein- und Abbieger, Grünen Wellen usw. bei der Grünzeitbemessung und der Lage der Grünzeit innerhalb des Lichtsignalanlagen-Programms zu beachten. Am Rizzihaus ist ein gelbes Blinklicht installiert, um die Aufmerksamkeit der einbiegenden Kfz-Fahrer zu erhöhen. Im Übrigen werden Straßen von allen Verkehrsteilnehmern nur auf Sicht benutzt also wenn der zu benutzende Bereich frei ist. Für die Kraftfahrer haben die übrigen Signale keine Bedeutung, er hat seine Signale und die Regeln der Straßenverkehrsordnung zu beachten, insbes. §1 StVO. Ein Team aus Fachleuten der Fachverwaltung, der Bellis GmbH, der Verkehrsbehörde und in Einzelfällen der Polizei, welches bestehende und neu eingerichtete Lichtsignalanlagen in der Praxis überprüft und optimiert, besteht bereits. Eine Intensivierung dieser Arbeit würde zusätzliches Personal erfordern.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss			9	0	1	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 31: Weitere Buslinien auf Elektrobusse umstellen							
Vorschlags-Nr.: 2470	Bewertung: 0,676	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Es sollen weitere Buslinien auf Elektro-Busse umgestellt werden. So könnte zum Beispiel eine Ladestation an der Haltestelle Stadion errichtet werden und die Linien 414 und 454 mit Elektrofahrzeugen befahren werden. Gleiches auch die 424 ab Rühme.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
Auf Basis der Erfahrungen aus dem laufenden Forschungsprojekt „emil“ kann in Zukunft die Umstellung weiterer Buslinien auf das Elektrobussystem ein Thema sein. Mit einer Umstellung sind jedoch auch Investitionen in Elektrobusse und Ladeinfrastruktur verbunden. Nachdem die Verkehrs- GmbH ausreichend Erfahrungen mit dem Betrieb der bestehenden Elektrobusse gesammelt hat, kann über die weitere Investition in Elektrobusse entschieden werden. Dafür ideale Linien sind aus diversen kundenseitigen, technischen und in der Folge wirtschaftlichen Aspekten heraus zu bewerten und dann festzulegen.							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss				10	0	1	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 32: Schlossplatz begrünen				
Vorschlags-Nr.: 2159	Bewertung: 0,675	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Der Schlossplatz gehört zu den unwirtlichsten Plätzen von Braunschweig. Wo heute eine Betonwüste zum schnellen Durchmarsch animiert, war früher mit dem Schlosspark die grüne Lunge Braunschweig. Eine grüne Wiese mit Bäumen, Sitzbänken und einem Spielplatz würde die Optik des Platzes schnell verbessern. Die Wege zu den Eingängen der Schloss-Arkaden, zum Museum, Kulturinstitut und zur Bibliothek bleiben selbstverständlich erhalten. Der Platz gewinnt so eine neue Attraktivität, die zum Verweilen einlädt. Durch die schönere Anbindung gewinnt der Bohlweg insgesamt an Reiz, was auch den Geschäften zu gute kommt. Für eine freundliche Gestaltung des Platzes finden sich vermutlich auch Sponsoren wie zum Beispiel die ansässigen Geschäfte.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): Ref. 0610				
Der Schlossplatz gehört zu den beliebtesten Aufenthaltsorten der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger. Er ist mit hohem Aufwand und mit hochwertigen Materialien und Möblierungselementen (Leuchten, Rundbank, Abfallbehälter u.a.) gestaltet worden. Viele positive Rückmeldungen, insbesondere auch von auswärtigen Besuchern belegen, dass es mit dem Schlossplatz gelungen ist, den Baukörper des Schlosses im Stadtraum und bei den Bürgerinnen und Bürgern zu verankern. Der Schlossplatz kann heute für Großveranstaltungen, als Ort von Festen (z.B. Aufstiegsfeier des BTSV Eintracht Braunschweig) und Kundgebungen genutzt werden. Diese vielseitige Nutzbarkeit ist ein Indiz für die hohe Qualität dieses öffentlich-städtischen Raums. Er ist darüber hinaus aber auch alltäglicher Treffpunkt, insbesondere auch von jungen Menschen. Neben der Rundbank bieten die Umfassung des Brunnens und die Treppen des Schlossmuseums bzw. der Bibliothek gute Sitzgelegenheiten, die sehr positiv angenommen werden. Der Schlossplatz war schon von Beginn an ein steinerner städtisch ausgeprägter Platz. Die heutige Ausprägung spiegelt diese historische Situation gut wieder, die beiden Reiterstandbilder befinden sich beispielsweise nahezu deckungsgleich am ursprünglichen Standort. Eine intensivere Begrünung oder gar die Anlage eines Spielplatzes wären daher historisch und typologisch nicht passend. Die Grünräume des Schlosses befanden sich vor allem im Nordöstlichen Bereich des ursprünglichen Schlossbaukörpers, dort wo sich heute das Einkaufszentrum befindet. Der Schlossplatz kann heute dafür kein Äquivalent sein, die Straßenbäume und die Platzbäume liefern aber wichtige grüne Impulse. Ein konkreter Mittelbedarf für die Umsetzung des Bürgervorschlags kann nicht benannt werden, da die Verwaltung keine geeignete Möglichkeit sieht, den Vorschlag umzusetzen ohne grundlegende Planungsgrundsätze der Stadt aufzugeben. Ergänzende Stellungnahme (zum Finanz- und Personalausschuss am 25.02.2016): Die Verwaltung empfiehlt dem Antrag nicht zu entsprechen, da der zur Begrünung benannte Platz mit hohem planerischen und finanziellen Aufwand erstellt wurde. Die Verwaltung sichert aber zu, in allen neuen Verfahren auch den Einsatz von Grünbaumaßnahmen verstärkt in die Planungsüberlegungen einzubinden.				

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss	Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Begründung auf den genannten Plätzen realisiert werden kann.			5	4	2	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss				0	9	2	Abgelehnt
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 33: Fahrradverleih-System für Braunschweig etablieren				
Vorschlags-Nr.: 2344	Bewertung: 0,665	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten: 250.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Am Bahnhof, versteckt am Seiteneingang, hat Braunschweig bereits einige Räder des DB-Programms Call-a-Bike stehen. Um den Fahrradverkehr auch für Gäste, aber auch für Anwohner attraktiver zu gestalten, sollte man hier mehr investieren. Die Stadt Kassel hat 2012 ein eigenes System ins Leben gerufen, welches als Modellprojekt vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert wurden. Schnell hat die Stadt mit dem System bewiesen, dass das Angebot auch in einer kleineren Stadt großen Anklang findet. (Mittlerweile wird auch Konrad, so wie das Verleihsystem heißt, von DB Rent betrieben.) Lüneburg und Hamburg haben StadtRAD, Kiel hat campusrad, auch andere kleinere Städte haben eigene Fahrradmietsysteme. Wann zieht Braunschweig nach? Von Bekannten aus anderen Städten, weiß ich, dass sich eine Kooperation mit Universitäten und Fachhochschulen lohnt. Nur Austauschschüler hätten die Möglichkeit sich per Rad durch die Stadt zu bewegen ohne auf ein gebrauchtes Rad zurück zu greifen. Gerade der Sicherheitsaspekt spielt hier eine Rolle. Mieträder werden stets auf ihre Verkehrstauglichkeit geprüft. Mögliche Standorte für Stationen: Bahnhof, TU, HBK, VW Halle/Bürgerpark, Schlossarkaden/Theater (Herzogin-Amalia-Platz), Jasperallee/Altewiekring, Alte Waage, An der Martinikirche, Amalienplatz, Siegfriedstraße/Bienroder Weg und vor allem jeweils in den außerhalb liegenden Stadtteilen wie zum Beispiel der Marktplatz in Stöckheim.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): StS 0800				
Im Rahmen der vom Arbeitsausschuss Innenstadt Braunschweig e. V. und vom Stadtmarketing initiierten Cityservice-Angebote können in beschränktem Umfang bereits Fahrräder ausgeliehen werden. Hierbei handelt es sich um Kompakträder, die ein engagierter Fahrradhändler in der Innenstadt gegen eine geringe Gebühr verleiht. Darüber hinaus können hier auch ganzjährig Pedelecs ausgeliehen werden. Als zusätzliche Ausstattung der Pedelecs werden außerdem Kinderanhänger und Fahrradkörbe zum Ausleihen angeboten. Ein zusätzliches Angebot existiert bei der AWO-Radstation. Auch hier können Fahrräder ausgeliehen werden. Aktuell arbeitet die Fahrrad- und Verkehrs-AG der TU Braunschweig (FVAG) an einem Konzept für ein Verleihsystem. Die FVAG hat sich zum Ziel gesetzt, den Rad- und Fußverkehr an der Universität und in der Stadt Braunschweig zu fördern. Der Vorschlag wurde bereits in der Radverkehrskommission der Stadt Braunschweig vorgestellt. Ein weitergehendes Fahrrad-Verleihsystem ist aus Sicht des Stadtmarketings vorstellbar und im Interesse des Service wünschenswert, bisher sind aber alle Anbieteroptionen mit weiteren Kosten für den städtischen Haushalt verbunden bzw. aufwendig in der Betreuung gewesen und konnten deshalb nicht umgesetzt werden. In Abhängigkeit von den Ergebnissen der FVAG kann der Vorschlag zum Bürgerhaushalt zum Anlass genommen werden, um eine erneute Abfrage von Konditionen durchzuführen (Umsetzung vorbehaltlich der Haushaltsauswirkung). Ergänzende Stellungnahme: Die Verwaltung steht weiterhin mit der Fahrrad- und Verkehrs AG der TU Braunschweig in Kontakt. Die Erfahrungen aus dem Verleihsystem an den Hochschulen sollen abgewartet und daran anschließend ein Ausrollen auf das Stadtgebiet geprüft werden.				

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss	Der Ausschuss hat den Vorschlag positiv aufgenommen. Die Verwaltung soll den Vorschlag nach Möglichkeit begleiten.			2	6	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						Abgelehnt
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 34: Keine Bebauung innerstädtischer Grünflächen mehr vornehmen																																					
Vorschlags-Nr.: 2945	Bewertung: 0,662	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																	
Grünflächen in der Stadt sind unersetzlich für die Luftqualität, das Klima, den Hochwasserschutz sowie als Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Baugebiete sind auf weniger wertvollen, bereits versiegelten Flächen auszuweisen.																																					
Stellungnahme der Verwaltung																																					
Org.-Einheit(en): FB 61																																					
Vorhandene innerstädtische Grünflächen mit nennenswerter Größe kommen heute schon als Baugebiet nicht mehr in Betracht. Es bleibt der Beurteilung bzw. Abwägung in jedem Einzelfall vorbehalten, wie viel Bauflächen wo geschaffen werden und wo die Flächen aus gutem Grund unbebaut bleiben sollen. Bei der Nachnutzung von Gewerbebrachen müssen die Kosten für jeden Einzelfall ermittelt werden. Fragestellungen wie die Problematik der Altlastenentsorgung, der Menge und Art der zu realisierenden Wohnbaunutzung, erforderliche Ausgleichsmaßnahmen, Maßnahmen zur Lösung von Emissionsschutzproblematiken und andere sind jeweils nur standortbezogen und nicht pauschal zu beantworten.																																					
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																															
Einmalige Kosten																																					
Laufende Kosten					XXXX																																
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Planungs- und Umweltausschuss</td> <td></td> <td>0</td> <td>5</td> <td>6</td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td>Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Planungs- und Umweltausschuss		0	5	6	Abgelehnt	Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt	Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																																
Planungs- und Umweltausschuss		0	5	6	Abgelehnt																																
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt																																
Verwaltungsausschuss																																					
Rat																																					

Platz: 35: Touristisches Fahrradnetz schaffen - Braunschweig, Wolfenbüttel, Goslar, Wernigerode (Harz), Wolfsburg, Helmstedt							
Vorschlags-Nr.: 1973	Bewertung: 0,659	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Braunschweig dürfte ein vitales Interesse an einem attraktiven regionalen touristischen Fahrradnetz für Tages- und Wochenendtouren haben. An den Etappenzielen wollen die Radtouristen nicht einfach nur ihr Übernachtungsquartier beziehen oder die Rückreise antreten, sondern ihre Tour mit Sightseeing-Möglichkeiten und gastronomische Angebote ausklingen lassen. Daher bieten sich Verbindungen zwischen Braunschweig und den Harzstädtchen Goslar und Wernigerode, aber auch mit Wolfsburg oder Hildesheim an. Heute existieren zwischen diesen Städten mit Ausnahme des Weser-Harz-Heide-Radweges keine Radverbindungen, die den Radtouristen bekannt, ausgeschildert und von ausreichender Wegequalität sind. Mit vergleichsweise geringen Investitionen lassen sich aber vorhandene Wege auf den notwendigen radtouristischen Standard ausbauen. Schwierigkeit ist dabei, alle betroffenen Landkreise und Gemeinden zu einem gemeinsamen Verständnis von radtouristischen Sinnfälligkeiten und einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Konkrete Vorschläge von Einzelpersonen haben es vor diesem Hintergrund schwer, Gehör und Eingang in den Masterplan Radtourismus der Region zu finden. Auf der Webseite http://www.bike-amsterdam-berlin.info/abstecher_ostfaelischer_abschnitt... habe ich konkrete Vorschläge für solche attraktiven regionalen Städteverbindungen erarbeitet. Wenn die Kommentierungen und Bewertungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes dafür positiv ausfallen, möge die Stadt Braunschweig für eine Einarbeitung dieser Vorschläge in den Masterplan Radtourismus sorgen. Das dient zunächst einer kostenneutralen Meinungsbildung; eine mögliche Realisierung muss dann gegebenenfalls über die im Rahmen des Masterplans vorgesehenen Finanzierungen erfolgen.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): StS 0800							
Der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB), die Allianz für die Region GmbH und die Wolfsburg AG haben die Erarbeitung eines Masterplans Fahrradtourismus für die Region initiiert. Durch die Mitarbeit der Stadt Braunschweig und der Braunschweig Stadtmarketing GmbH im Projektbeirat trägt Braunschweig dazu bei, die Umsetzung fahrradtouristischer Themen voranzutreiben. Im Konzept, welches in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt wird, sind die Vorschläge zur Einrichtung von touristischen Fahrradnetzten erfüllt. Finanzielle Auswirkungen sieht die Verwaltung nicht. Ergänzende Stellungnahme: Der „Masterplan Radtourismus“ wurde zwischenzeitlich veröffentlicht. Die Verwaltung und die Braunschweig Stadtmarketing GmbH sind in die Umsetzungsprozesse der regionalen Konzeption eingebunden.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	

Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss	Der Ausschuss hat den Vorschlag positiv aufgenommen. Die Verwaltung soll den Vorschlag nach Möglichkeit begleiten.		2	7	0	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Abgelehnt
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 36: Ringgleis ausbauen zwischen Echobrücke und Rangierbahnhof						
Vorschlags-Nr.: 2396	Bewertung: 0,658	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Das Ringgleis ausbauen von der Echobrücke am Kennelweg bis zum Rangierbahnhof und Bahnparkmuseum.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
In diesem Abschnitt des Ringgleises wird zurzeit versucht die formalen Voraussetzungen zu schaffen, um den weiteren Ausbau zu ermöglichen. Derzeit finden verwaltungsintern und mit Dritten Abstimmungen über das weitere Vorgehen statt. Auf Grund der Flächengrößen und der darauf vorhandenen, verschiedenen Bauwerke, erfordern die Abstimmungen sowie die Bewertung der Folge- und Sanierungskosten jedoch einen erheblichen Zeit- und Prüfaufwand, bevor die weitere Ausbauplanung in diesem Bereich begonnen werden kann. Im laufenden Investitionsmanagement stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015-2019 zur Verfügung. Ein zusätzlicher Mittelbedarf über die bereits im städtischen Haushalt eingeplanten Mittel kann derzeit nicht konkret benannt werden. Gründe dafür sind, dass die zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen je Abschnitt zu vielfältig sind, und dass eine seriöse Kostenschätzung ohne differenzierte und detaillierte ingenieurtechnische Ausbauplanung nicht möglich ist.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth. Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss				5	5	1 Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Abgelehnt
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 37: Fuß- und Radwege an Kreuzungen; Bordsteinabsenkung								
Vorschlags-Nr.: 2708	Bewertung: 0,656	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)				
Unzureichende Bordsteinabsenkungen wurden hier schon häufiger angesprochen. Bei künftigen Bauvorhaben schlage ich vor, die Fuß- und Radwege entlang der Vorfahrtstraßen durchgängig zu gestalten. Den Bordstein für alle Verkehrsteilnehmer von der einmündenden Straße abzusenken bzw. nicht durchgängig zu gestalten.								
Stellungnahme der Verwaltung								
Org.-Einheit(en): FB 66								
Bei reinen Radwegen werden die Absenkungen ohne Kante gebaut (Null-Absenkung). Falls jedoch eine Mitbenutzung der Furt durch Fußgänger vorliegt, wird eine Bordsteinkante von bis zu 3cm hergestellt, da die sehbehinderten Menschen auf eine tastbare Kante angewiesen sind. Beim älteren Straßenbestand finden sich auch noch nicht richtliniengerechte Absenkungen. Aus finanziellen Gründen sind bauliche Änderungen am Bestand jedoch in der Regel nur im Rahmen von Straßenerneuerungen sowie Um- und Ausbaumaßnahmen möglich. Die Kosten für den Umbau bestehender Absenkungen betragen je nach Einzelfall ca. 1.000 €. Soweit Mittel für die Umsetzung des Vorschlages bereitgestellt werden, würde die Verwaltung in Abstimmung mit dem ADFC auch im Bestand Absenkungen optimieren. Die Antwort entspricht den Antworten zu Nr. 2410 und 2644.								
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe		
Einmalige Kosten								
Laufende Kosten					XXXX			
Gremienlauf	Anmerkungen				Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Erledigt durch Beschlussfassung über Vorschlag 2410 (Platz 15) - angenommen							
Finanz- und Personalausschuss					7	4	0	Angenommen
Verwaltungsausschuss								
Rat								

Platz: 38: Sauberkeit in der Innenstadt: Abfalleimer in der Fußgängerzone häufiger leeren und reinigen						
Vorschlags-Nr.: 2408	Bewertung: 0,654	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 1.000 €	Entsch.-Zust.: Innenstadt		
Die Stadt hat viel Geld ausgegeben für die schönen Papierkörbe oder Abfalleimer in der Fußgängerzone. Die werden zwar geleert - oft sind die Intervalle aber zu lang, so dass sich der Müll nicht nur im Mülleimer, sondern auch um und unter ihm sammelt. Außerdem sind fast alle eklig schmutzig. Werden die Mülleimer eigentlich auch irgendwann gereinigt? Ich schlage kürzere Entleerungsintervalle vor, besonders bei innerstädtischen Veranstaltungen und bei schönem Wetter, wenn die Innenstadt voll ist. Außerdem sollten die Eimer dringend mindestens 1 x im Monat von außen richtig geschrubbt werden.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Die öffentlichen Papierkörbe werden regulär quartalsweise von außen gereinigt. Eine regelmäßige monatliche Reinigung kann zu Mehrkosten führen, wenn ALBA Braunschweig GmbH dies in Rechnung stellt. Die Leerung erfolgt in der Innenstadt bereits mehrmals täglich und ist an die Straßenreinigungsklasse gekoppelt. Häufigere Leerungen ohne eine Anpassung der Straßenreinigungsklasse und damit ohne eine Erhöhung der Gebühren für die Anlieger, wären separat zu beauftragen und zu vergüten und führen zu entsprechenden Mehrkosten. Eine Bezifferung der Mehrkosten ist in der Kürze der Zeit nicht möglich. Zudem hält die Verwaltung zur Erhöhung der Sauberkeit in der Innenstadt noch häufigere Leerungen nicht für zielführend und kaum zu realisieren. Stattdessen wird von hier das Ziel verfolgt, die Entsorgungskapazitäten punktuell zu erhöhen (z. B. durch Unterflurcontainer).						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Stadtbezirksrat 131			11	0	2	Angenommen
Bauausschuss			4	0	6	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 39: Ampelschaltungen in der gesamten Stadt korrigieren																																				
Vorschlags-Nr.: 2188	Bewertung: 0,653	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																
Es sollten sämtliche Ampelschaltungen im Stadtgebiet korrigiert werden. Es ist teilweise für Kinder lebensgefährlich, die Fahrbahn zu überqueren, obwohl die Ampel auf beiden Seiten grün zeigt. Am Donauknoten beispielsweise ist komplett grün, nur Schilder weisen auf die Straßenbahnen hin, die allerdings skrupellos fahren, ob für Radfahrer und Fußgänger grün ist oder nicht. Dieses Straßenbahnproblem besteht im gesamten Stadtbereich und sollte nicht erst behoben werden, wenn das erste Kind überfahren wurde. Auch Straßenbahnen sollten sich an die Ampelphasen halten müssen. Die Verschiebung der Ampelphasen erschwert auch den Autoverkehr und macht Braunschweig eher unattraktiv, zumal sicherlich der Spritverbrauch und somit Schadstoffausstoß deutlich erhöht werden. Hier besteht meiner Meinung nach dringend Handlungsbedarf. Und die Kosten hierfür sind sicherlich nicht mal besonders hoch, und vielleicht kommen dadurch mehr von Außerhalb in die Stadt, deswegen denke ich mal, ich kreuze kostenneutrale Wirkung an.																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): FB 66																																				
Gleisbereiche innerhalb von signalgeregelten Knotenpunkten werden sukzessive mit der laufenden Erneuerung der LSA oder bei wesentlichen Umbauten signalisiert, sodass die dargestellte Regelung an immer weniger Standorten anzutreffen sein wird. Am Donauknoten kann diese Regelung nicht umgesetzt werden, da auch Busspuren betroffen sind. Die Busse besitzen aber keine Möglichkeit, spezielle Signale anzufordern. Damit ist eine bedarfsgerechte Signalisierung für Fußgänger dort nicht möglich. Hier wäre also auch mit Mitteln aus dem Bürgerhaushalt, keine weitere Verbesserung möglich. Die Beschilderung der zu querenden Bereiche ist aber ausreichend und sicher nach den geltenden Vorschriften.																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten																																				
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bauausschuss</td> <td></td> <td>1</td> <td>9</td> <td>0</td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td>Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Bauausschuss		1	9	0	Abgelehnt	Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt	Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Bauausschuss		1	9	0	Abgelehnt																															
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt																															
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

Platz: 40: Fahrscheinverkauf über die App der Verkehrs-GmbH einführen						
Vorschlags-Nr.: 2692	Bewertung: 0,644	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (ehemals AG) betreibt seit einigen Jahren eine ganz brauchbare App für Fahrplanauskünfte. Leider kann man bisher über diese App keine Fahrscheine erwerben. Insbesondere seit der letzten Tarifumstellung mit dem neu eingeführten Preisvorteilen für im Vorverkauf erworbene Fahrscheine vermisste ich diese Funktion. Eine Zahlung sollte bequem und flexibel über den Play Store, den App Store per monatlicher Lastschrift oder Kreditkarte möglich sein. Damit würde man die Anzahl der Verkaufsvorgänge beim Fahrer reduzieren, womit sich Fahrzeiten einsparen ließe, die die Pünktlichkeit verbessert würde. Außerdem wäre der Zugang zu den günstigen Vorverkaufspreisen deutlich einfacher. Daher soll diese Funktion in der App möglichst kurzfristig für alle Fahrscheine nachgerüstet werden.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat Ende Mai 2015 ihre umbenannte App Verkehr-BS im Google Play Store veröffentlicht. Über die App können Fahrscheine der Vorverkaufspreisstufe des Stadttarifs Braunschweig für Fahrten in der Tarifzone 40/Stadt Braunschweig erworben werden. Die Fahrausweise können derzeit per Sofort-Überweisung, Paypal oder Kreditkarte bezahlt werden. Die App Verkehr-BS mit Ticketkauffunktion wird derzeit auch für den App Store erstellt, so dass kurzfristig auch Ticketkäufe für iOS Smartphones möglich sein werden.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		9	2	0	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss		7	4	0	Angenommen	
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 41: Dauerhaftes Ideenportal einrichten						
Vorschlags-Nr.: 2500	Bewertung: 0,643	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Ich erachte diese Seite (www.bs-mitgestalten.de) für äußerst sinnvoll. Daher schlage ich vor, dass man über diese Seite dauerhaft Vorschläge einreichen kann, welche auch zeitnah geprüft werden. Derzeit ist der Zeitraum zum Einreichen von Vorschlägen ja befristet. In vielen Firmen wird das Prinzip des Ideenmanagement schon länger praktiziert und feiert durchaus beachtliche Erfolge, was die Einsparungen durch Mitarbeitervorschläge betrifft. Um mehr Bürger zu erreichen kann man die besten Ideen oder Vorschläge ja mit einer Prämie honorieren.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 10						
Die Stadt Braunschweig bietet mit dem Ideen- und Beschwerdemanagement den Bürgerinnen und Bürgern bereits unterjährig die Möglichkeit, sich jederzeit mit Ideen und Anregungen an die Stadt Braunschweig zu wenden. In Bezug auf den Bürgerhaushalt steht bisher jedoch lediglich ein befristeter Zeitraum zur Verfügung, in dem Vorschläge zur Verwendung von Haushaltsmitteln eingereicht werden können. Diese Möglichkeit soll zukünftig (auch ohne direkte monetäre Auswirkungen) erweitert und zeitlich unabhängig angeboten werden. Hierdurch würde eine Loslösung vom Haushaltsplanungsverfahren erfolgen. Je nach anfallendem Arbeitsumfang wäre eine entsprechende Aufstockung der Personalkapazitäten notwendig.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen Ja Nein Enth. Ergebnis					
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 42: Streifengänge der Polizei oder des Ordnungsamtes per Fahrrad einführen																														
Vorschlags-Nr.: 2689	Bewertung: 0,641	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																										
In Braunschweig sollten Streifenpolizisten mit dem Fahrrad präsent sein. Diese Streife kann durch die Polizei (wünschenswert) oder das Ordnungsamt gestellt werden. Die Nachteile des Vorschlags sind die anfallenden Kosten für Personal und Ausstattung. Die Vorteile sind unter anderem eine andere Sicht der Behörden auf den Straßenverkehr, eine höhere Akzeptanz bei Radfahrern und eine andere Mobilität der Streife in der Stadt. Wünschenswert wäre ein direktes Feedback dieser Streife an die entsprechenden Stadtabteilungen hinsichtlich des Verkehrsalltags eines Radfahrers.																														
Stellungnahme der Verwaltung																														
Org.-Einheit(en): FB 32																														
Der Einsatz von Fahrradstreifen bei der Polizei fällt in die Zuständigkeit des Landes, so dass hierzu im Rahmen des Bürgerhaushalts keine Stellungnahme abgegeben werden kann. Die beim Zentralen Ordnungsdienst (ZOD) vorhandenen Diensträder werden bei besonders gelagerten Einzelaufträgen im näheren Einzugsgebiet genutzt. Sofern dabei relevante Feststellungen zum Zustand von Radwegen oder ähnliches getroffen werden, werden die zuständigen Fachbereiche unterrichtet. Eine reine Fahrradstreife des ZOD wäre ohne zusätzliches Personal nicht umzusetzen. Derzeit muss die eingesetzte Streife (2 Mitarbeiter) das gesamte Stadtgebiet abdecken, so dass Abschleppaufträge und Beschwerden über andere Ordnungsstörungen zeitnah nur mit dem PKW erledigt werden können. Darüber hinaus sind z. B. unerlaubt aufgehängte Plakate sicherzustellen, die dann im Fahrzeug abtransportiert werden müssen.																														
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td>19.400 €</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>19.400 €</td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td>71.958 €</td> <td>71.958 €</td> <td>71.958 €</td> <td>71.958 €</td> <td>XXXX</td> <td>287.832 €</td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten	19.400 €					19.400 €	Laufende Kosten	71.958 €	71.958 €	71.958 €	71.958 €	XXXX	287.832 €			
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																								
Einmalige Kosten	19.400 €					19.400 €																								
Laufende Kosten	71.958 €	71.958 €	71.958 €	71.958 €	XXXX	287.832 €																								
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td>Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																									
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)																													
Verwaltungsausschuss																														
Rat																														

Platz: 43: Eintritt Wasserwelt in Bonuscard-System der Braunschweiger Schwimmbäder integrieren							
Vorschlags-Nr.: 2452	Bewertung: 0,636	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Der Eintritt in die Wasserwelt ist nicht mit der BonusCard der Braunschweiger Bäder möglich. Vorschlag: BonusCard auch für die Wasserwelt.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0200							
Dieser Vorschlag ist bereits in der Vergangenheit geprüft worden. Eine Umsetzung ist derzeit technisch nicht möglich, da beide Systeme nicht kompatibel sind. Z.B. können Schränke, Gastronomie oder Shop nur mit einem Transpondersystem genutzt werden. Es müsste in den übrigen Bädern das System aus der Wasserwelt komplett neu installiert werden. Das würde auch für die Freibäder gelten. Finanziell wäre das mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Es bleibt aber festzuhalten, dass beide Systeme für den Kunden Rabatte bzw. Boni beinhalten. Bei den BonusCards, von denen rd. 25.000 auf dem Markt sind, erhält der Kunde je nach eingezahltem Betrag Boni bis zu 20 % für die Bad- bzw. Saunanutzung. Dies geschieht dadurch, dass auf der BonusCard bei Einzahlung von 150,00 € + 20 % = 180,00 € gutgeschrieben werden. An der Kasse zahlt der Kunde dann das volle Eintrittsentgelt. In der Wasserwelt gibt es außer den klassischen Angeboten Baden/Schwimmen sowie Sauna auch die Möglichkeit, Wellnessbehandlungen zu genießen, im Shop einzukaufen oder im Restaurant Speisen und Getränke zu sich zu nehmen. Über den sog. VIP-Transponder kann man für die Schwimmbadnutzung bzw. den Saunabesuch Rabatte bis zu 20 % erlangen. Für die anderen Dienstleistungen gibt es grundsätzlich keine Rabatte.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen Ja Nein Enth. Ergebnis					
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 44: Braunschweiger Wasser für Harxbüttel einführen (anstatt aus Gifhorn)							
Vorschlags-Nr.: 2148	Bewertung: 0,629	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Wenden-Thune-Harxbüttel			
Harxbüttel ist leider ans Gifhomer Frischwassersystem angeschlossen, was sehr hart und kalkhaltig ist! Bezahlte wird aber, wie ich finde für Braunschweiger Wasser und dessen Qualität! Es wäre super, wenn alle Randgebiete die zu Braunschweig gehören auch an das Braunschweiger Wasserversorgungsnetz angeschlossen werden (soweit ich weiß betrifft es nur Harxbüttel). Dies bestimmt schließlich auch ein Stück Wohnqualität, die Braunschweig ausmacht! (Das andere Wasser ist so kalkhaltig, dass in Neubauten Heizungsanlagen, Armaturen und Geräte nach 3 Jahren kaputt gehen!)							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0200							
Zu dieser Thematik äußerte sich die BS Energy als örtlicher Trinkwasserversorger bereits wie folgt zur Sitzung des Stadtbezirksrates Wenden-Thune-Harxbüttel am 1. Juli 2014: "Vor der Gemeindegebietsreform (1974) wurde der Ortsteil Harxbüttel, damals Mitglied im Wasserverband Gifhorn, von diesem mit Trinkwasser versorgt. Nach der Gemeindegebietsreform übernahm die Braunschweiger Versorgungs-AG die Trinkwasserversorgung des Ortsteils Harxbüttel. Das Trinkwasser wird in den Wasserwerken des Wasserverbandes Gifhorn aus Grundwasser aufbereitet, ist von hervorragender Qualität und tatsächlich ein wenig härter als im übrigen Braunschweig, das mit weicherem Trinkwasser aus dem Harz beliefert wird. Die Verteilung findet aus technischen und ökonomischen Gründen über das Netz des Wasserverbandes Gifhorn statt. Eine Änderung der Wasserversorgung ist nicht vorgesehen."							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Stadtbezirksrat 323				0	9	0	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 45: WLAN für die Stadt Braunschweig - Hoch hinaus!				
Vorschlags-Nr.: 2378	Bewertung: 0,629	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Ich wünsche mir, dass die Stadt, der Rat der Stadt Braunschweig und die Bezirksräte die braunschweiger Freifunkinitiative [1] in Kooperation mit dem gemeinnützigen braunschweiger Verein Stratum0 [2] zumindest politisch und ideell unterstützen (s.u.). Ein paar erklärende Worte: Der Rat der Stadt Braunschweig hat beschlossen, die Verwaltung möge ein Konzept erstellen, in Braunschweig kostenloses WLAN anzubieten. Bisher sieht es so aus, als würde die Verwaltung nur kommerzielle Anbieter in die nähere Betrachtung miteinbeziehen wollen. Jene müssen jedoch Geld verdienen und so bleibt absehbar nur Werbung oder Nutzerdatenverkauf oder nur eine stark beschränkte Nutzungsdauer übrig. Es gibt dazu jedoch eine unterstützenswerte nichtkommerzielle Alternative oder Ergänzung: Freifunk! Andere Städte wie Berlin (SPD-Bürgermeister) oder Vorreiter wie Arnshausen (CDU-Bürgermeister) [3] unterstützen bereits Vergleichbares jeweils vor Ort auch mit Geld und haben damit großen Erfolg. Auch beispielsweise die Koalition auf Landesebene in Thüringen unterstützt richtungsweisend "bürgerschaftliches Engagement im Bereich des Netzzugangs. Freifunkinitiativen in Thüringen sollen stärker gefördert und beraten werden. Ebenso werden die Kommunen bei Einrichtung öffentlicher WLAN-Netze unterstützt.". Zitiert aus dem Koalitionsvertrag [4]. Wie geht das mit Freifunk? Wenn jemand Internet nutzen will und vor Ort Freifunk verfügbar ist, dann kann es jederzeit kostenlos und ohne Anmeldung oder Zeitbeschränkung als WLAN genutzt werden. Rund um die Uhr. Von Jedem. Auch in Braunschweig wird Freifunk seit diversen Monaten an inzwischen über 100 Standorten angeboten, siehe Karte [5]. Restaurants, Vereinsräume, Warte- und Wohnzimmer... – Es machen schon Viele mit, auch ohne viel Werbung. Legal, ohne rechtliche Probleme, ohne vertragliche Fussangeln. Das wird möglich, indem freiwillig Mitmachende (egal ob Konzerne, Behörden, Gewerbetreibende, Selbständige oder Privatleute) ihr Internet über Freifunk teilen und Braunschweig so zu einer moderneren, offeneren Stadt machen. Wer teilen will, der ist in der kleinsten Mitmachvariante mit einmalig anfallenden etwa 20 EUR für die Anschaffung eines Freifunk-WLAN-Routers dabei. Die auf dem Router laufende Software ist kostenlos und quelloffen. Der Betrieb der Webseite und der dahinterstehenden Infrastruktur wird ehrenamtlich getragen. Hilfe! Mit ein wenig Hilfe der Stadt könnte es noch viel besser werden. In Berlin und anderen Städten werden Freifunkinitiativen bereits dergestalt unterstützt, daß sie Zugang zu den Dächern öffentlicher Gebäude erhalten, um von dort Freifunk auch über längere Strecken weiterzuverbreiten. Beispielsweise zu und von zentralen städtischen Plätzen. Die Stromanbindung und -kosten werden dort teilweise von der Stadt übernommen, wenige EUR je Standort und Monat. Ich würde mich freuen, wenn die Stadt in Kooperation mit der Freifunkinitiative solche "Dachzugänge" mit Stromanschluss in allen dafür geeigneten Gebäuden gewähren würde. Dass sich die Stadt darüberhinaus an der Routerbeschaffung beteiligt wäre absolut wünschenswert, ist aber nicht primär erforderlich. Es sollte jedoch schnell einleuchten, daß eine verbesserte Attraktivität für Geschäftsreisende und Touristen der Stadt Geld einzubringen vermag.				

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund nahm in einem Schreiben an den Niedersächsischen Städtebund zum Thema Stellung und schrieb u.a., Zitat "Inwieweit Kommunen Initiativen, wie zum Beispiel Freifunk, politisch unterstützen, bleibt Ihnen in eigener Verantwortung überlassen.". Der Niedersächsische Städtebund ergänzte in einem Infoschreiben an die Kommunen in Niedersachsen u.a., Zitat: "Ergänzend gehen wir davon aus, dass auch die Bereitstellung von Stellplätzen und / oder Stromanschlüssen für Router oder andere Geräte Dritter, die sich an Freifunk-Initiativen beteiligen wollen, unkritisch sein dürfte." (siehe NST-Info-Beitrag Nr. 8.8 / 2015 vom 16. März 2015)

Danke für das Lesen, ich würde mich über eine positive Bewertung dieses Vorschlags freuen.

Es stehen keinerlei kommerzielle Absichten dahinter, auch ich engagiere mich ehrenamtlich für Freifunk in Braunschweig.

Freifunktreffen [6] finden jeden Mittwoch um 19:00 Uhr in den Vereinsräumen des Stratum0 statt, dort werden auch Fragen zu Einrichtung, Geräteauswahl und Sicherheit ausführlich beantwortet.

[1] <https://www.freifunk-bs.de/>

[2] <https://stratum0.org/>

[3] http://www.arnsberg.de/baukultur/gute-beispiele/werkstatt_alter-markt/fr...

dazu ein Interview mit Bürgermeister Vogel (CDU) aus Arnsberg: <https://www.youtube.com/watch?v=XfBFYbZkYSg>

[4] <https://netzpolitik.org/2014/thueringen-koalitionsvertrag-ist-aus-netzpo...>

[5] <https://www.freifunk-bs.de/karte.html#13/52.263/10.5229>

[6] <https://stratum0.org/wiki/Freifunk>

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): StS 0800

Im September 2014 beauftragte der Rat die Verwaltung, ein Konzept zur Einführung eines für Bürger und Besucher kostenlosen WLAN in der Innenstadt zu erstellen. Dabei sollte möglichst eine für die Stadt kostenneutrale Lösung gesucht werden. Die Stadtverwaltung untersuchte unterschiedliche Betriebsmodelle und befindet sich aktuell in Gesprächen mit verschiedenen Providern, Städten und anderen Institutionen. Parallel wird u.a. gemeinsam mit den Städten Wolfsburg und Salzgitter die Einrichtung eines regionalen WLAN geprüft. Die Ausschreibung eines Interessenbekundungsverfahrens zur Markterkundung für ein städtisches WLAN unter Berücksichtigung regionaler Erfordernisse ist beabsichtigt. Ein freies WLAN-Angebot soll es in jedem Fall geben.

Eine Kooperation mit der Freifunk-Initiative Braunschweig, für die sich der Verein Stratum0 in Braunschweig einsetzt, wurde zwar geprüft, kommt aber derzeit nicht in Betracht. Dem Vorsitzenden des Vereins wurden die Gründe in einem Schreiben vom 08. Mai 2015 ausführlich erläutert.

Insbesondere ist es aus Sicht der Verwaltung erforderlich, dass aus Gründen des Jugendschutzes, des Urheberrechtsschutzes und ggf. der strafrechtlichen Verfolgungsmöglichkeit missbräuchlicher Nutzung des Internets Inhalte gefiltert und Nutzer nachverfolgt werden können. In diesem Zusammenhang hat auch die Bundesregierung kommuniziert, die Vorratsdatenspeicherung gesetzlich neu regeln zu wollen. Es ist zu berücksichtigen, dass die Nutzung des Providerprivilegs durch öffentliche WLAN- und Freifunk-Initiativen zukünftig die Identifikation der Nutzer, die Protokollierung der Nutzungsdaten und die Vorhaltung von Schnittstellen für die Ermittlungsbehörden voraussetzen könnte.

Die Auffassung der meisten Befürworter von Freifunk-Netzen zur Rechtsposition ihrer Initiativen hinsichtlich der Störerhaftung ist nach wie vor nicht höchstrichterlich bestätigt. Sofern ein Verein oder anderer Träger lokaler Freifunk-Netze Provider-Status genießt, verbessert sich zwar der rechtliche Status der Teilnehmer in Bezug auf Schadensersatzansprüche und die strafrechtliche Verantwortung bei Rechtsverletzungen Dritter. Damit sind aber noch nicht die bestehenden Risiken bezüglich Unterlassungsansprüchen (sog. Störerhaftung) ausgeräumt, die die Privatpersonen treffen, die ihre Internetverbindung ggf. arglos und ohne besondere Vorkehrungen zu treffen, zur Verfügung stellen. Mit der Freifunk-Initiative Braunschweig wird die Verwaltung weiter im Gespräch bleiben.

Ergänzende Stellungnahme:

Dem Wirtschaftsausschuss wurde am 11. Dezember 2015 über die weitergehenden Gespräche mit der BS|Energy GmbH und BS|Netz GmbH sowie der Freifunk-Initiative Braunschweig berichtet.

Gemeinsam mit der htp GmbH soll kurzfristig eine Teststellung für freies WLAN im Bereich Bohlweg / Schlossplatz und Kohlmarkt installiert werden. Die Firmen übernehmen die technischen Schutzmaßnahmen und treten für die Störerhaftung ein.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss	Der Ausschuss hat den Vorschlag positiv aufgenommen. Die Verwaltung soll den Vorschlag nach Möglichkeit begleiten.		3	5	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Abgelehnt
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 46: Das gemeinsame Wohnen im Alter fördern																											
Vorschlags-Nr.: 2354	Bewertung: 0,624	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																							
Eine Alternative zum Altenheim schaffen. Gruppe von Menschen, die sich kennen, ziehen in ein Wohnhaus. Jeder mit einer eigenen Wohnung, aber mit Gemeinschaftsraum und der Maßgabe sich gegenseitig zu helfen, zu unterstützen und aufeinander zu achten.																											
Stellungnahme der Verwaltung																											
Org.-Einheit(en): FB 50, FB 61																											
Der Vorschlag ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, neue Wohnformen sind sinnvoll und förderwürdig. Gemeinsames Wohnen im Alter ist ein gesellschaftlicher Trend, der auch bereits im Rahmen der Altenhilfeplanung eine Rolle spielt. Ein Großteil der älteren Menschen stellt sich das Wohnen im Alter in einer „normalen“ Wohnung, der umgebauten jetzigen Wohnung, einer Wohnung mit Dienstleistungen oder mit im Haus der Kinder vor. Aber auch Seniorenresidenzen, Altenwohnheime oder Alten-Wohngemeinschaften werden als Möglichkeiten in Betracht gezogen. Die eigenständige Organisation von gemeinsamem Wohnen im Alter wird seitens der Verwaltung begrüßt. Menschen mit dem gleichen Interesse haben bereits in Braunschweig das Netzwerk 'Gemeinsam Wohnen Braunschweig' im Mütterzentrum Braunschweig e.V. /MehrGenerationenHaus gegründet, um Interessen auszutauschen und Informationen zu gewinnen. Inzwischen gibt es eine Vielzahl an Gruppen innerhalb dieses Netzwerkes, die sich mit konkreten Objekten, wie z.B. der Suche nach Grundstücken und Immobilien beschäftigen - d.h., es geht mittlerweile um die konkrete Umsetzung von Vorhaben. Für die Wohnform „Mehrgenerationen-Wohnen“ hat die Stadtplanung in der Vergangenheit bereits Angebote in einzelnen Projektgruppen unterbreitet. Dies kann ggf. auch in neuen Planungsbereichen geschehen. Zur weiteren Unterstützung kann die Verwaltung mit der seit einigen Jahren eigens für diesen Zweck bestehenden Projektdatei „Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig“ helfend beraten, nicht aber selbst die Bereitstellung entsprechender Immobilien oder entsprechendes Planungsrecht an jedem angefragten Standort realisieren.																											
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX	
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																					
Einmalige Kosten																											
Laufende Kosten					XXXX																						
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Ausschuss für Soziales und Gesundheit</td> <td>Erledigt durch das Konzept "Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig" (DS 16-01397)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Ausschuss für Soziales und Gesundheit	Erledigt durch das Konzept "Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig" (DS 16-01397)													
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																						
Ausschuss für Soziales und Gesundheit	Erledigt durch das Konzept "Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig" (DS 16-01397)																										

Platz: 47: Mehr Wildgehölze und Wildblumenwiesen in der Stadt anlegen				
Vorschlags-Nr.: 2268	Bewertung: 0,622	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Um etwas gegen das Bienensterben und den Rückgang der Schmetterlinge zu tun, sollte die Stadt Braunschweig mehr Wildblumenwiesen anlegen und einheimische Gehölze pflanzen. Statt Rasen, der pflegeintensiv ist, könnten Wildblumen auch Randstreifen an Straßen und auf anderen Flächen, wie z.B. die Innenfläche im Kreisel, verzieren. Um den Insekten zu helfen, sollten die Wildblumenflächen über mehrere Jahre erhalten bleiben. In Bevenrode bietet sich derzeit eine Fläche im Kreisel für eine Wildblumenwiese an, sowie ein Streifen auf der Nordseite einer Lärmschutzmauer für einheimische Gehölze.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 67				

Aus ökologischer Sicht ist eine Ansaat mit mehrjährigen gebietsheimischen Wildstaudenarten sinnvoll und führt zu einem wertvollen Zuwachs an ökologischer Vielfalt und Biodiversität im innerstädtischen Freiraum. Der Fachbereich Stadtgrün und Sport hat im Jahr 2015 über 6.500 m² einjährige und mehrjährige Blühstreifen aus Saatgutmischungen mit einem hohen Anteil von Wildstauden angelegt. Darüber hinaus wird auf geeigneten Flächen von 55.000 m² (ca. 2,5 % der gesamtstädtischen Landschaftsrasenflächen) die Entwicklung ökologisch hochwertiger, artenreicher Wiesenflächen durch entsprechende Pflegemaßnahmen gefördert.

Aufgrund der sowohl hohen gestalterischen als auch naturschutzfachlichen Qualitäten, die sich mit diesem Begrünungskonzept verbinden, hat der Fachbereich Stadtgrün und Sport viel Lob und Zuspruch aus der Bevölkerung erhalten. Dieses spiegelt sich auch in mehreren in diese Richtung gehenden Vorschlägen unter den 75 bestbewerteten zum Bürgerhaushalt 2016 wider.

Mit dem Beitritt der Stadt Braunschweig zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ hat sich die Stadt verpflichtet, die biologische Vielfalt auf vielen Ebenen und in verschiedensten Bereichen, wie z. B. im Siedlungsbereich, bei der Grün- und Freiflächenplanung und -unterhaltung und vielem mehr zu erhalten und zu fördern.

In diesem Zusammenhang könnte sowohl eine Erweiterung des Programms der Anlage von Blühstreifen als auch eine nachhaltige Wiesenpflege in Betracht gezogen werden.

Hinsichtlich der Anlage der Blühstreifen könnte eine Erweiterung der Flächen um jährlich ca. 2000 m² mehrheitlich zusammengestellt aus heimischen, mehrjährigen Arten anvisiert werden, um potentiell eine gezielte Biotopvernetzung mit hohem ökologischen Nutzen zu erreichen. Zur Anlage der Blühstreifen in genannter Größenordnung wären jährlich ca. 8.000 € zusätzlich in den Haushalt einzustellen.

Eine Erweiterung der unter ökologischen Gesichtspunkten durchgeführten Wiesenpflege mit dem Entwicklungsziel wertvoller, ökologisch hochwertiger Biotoptypen für Flora und Fauna jährlich ca. 20.000 m² würde dauerhaft Mehrkosten in Höhe von ca. 15.000 € verursachen.

Eine Verwendung von mehrheitlich einheimischen Gehölzarten durch den Fachbereich Stadtgrün und Sport in den Grünanlagen gehört bereits seit vielen Jahren zum Standard und zur guten fachlichen Praxis.

Bei der Auswahl der geeigneten Baumarten im Straßenraum spielen vielfältige Faktoren eine Rolle, so dass der Aspekt heimischer Baumarten hier nicht allein ausschlaggebendes Kriterium sein kann. Insbesondere aufgrund der notwendigen morphologischen und physiologischen Eigenschaften von Straßenbäumen müssen die jeweiligen Standortansprüche im Straßenraum sowie Eigenschaften hinsichtlich Verkehrssicherheit, Widerstandsfähigkeit gegen Umweltbelastungen, Krankheiten und Schädlinge individuell berücksichtigt werden.

Eine Gestaltung der Verkehrskreisel im Stadtgebiet von Braunschweig mit Wildblumenwiesen wird im Herbst 2015 in den Kreisel der Ortsteile Rüningen und Rautheim durch den Fachbereich Stadtgrün und Sport durchgeführt werden.

Für die Gestaltung des Kreisels in Bevenrode durch den Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz ist eine grobe Steinschüttung mit punktuellen Pflanzungen von bienenfreundlichen Kleingehölzen und Stauden vorgesehen, die mit den dort zu erwartenden Standortvoraussetzungen klar kommen werden (u.a. werden dort punktuell Lavendel, Thymian u.a. Arten zum Einsatz kommen). Für die Nordseite der dortigen Lärmschutzwand sind standortgerechte Sträucher zur weiteren Abschirmung und Begrünung vorgesehen. Dabei wird es sich u.a. um Weißdorn, Hundsrose, Hartriegel, Felsenbienen u.a. bienenfreundliche Arten handeln.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Grünflächenausschuss		2	7	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 48: Unterführungen freundlicher und heller gestalten!							
Vorschlags-Nr.: 2025	Bewertung: 0,622	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Unterführungen wie zum Beispiel an der Helmstedter- oder Wolfenbüttler-Straße sollten heller und freundlicher gestaltet werden, so dass man als Fußgänger beim Durchqueren ein besseres und sichereres Gefühl hat. Eine hellere Wandfarbe und bessere Beleuchtung wären angebracht und sind in Zeiten von LEDs auch langfristig erschwinglich.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Die Beleuchtung in der Eisenbahnunterführung Helmstedter Str. wird im Zusammenhang mit dem Umbau und der Erneuerung der Straße und der Stadtbahngleise im Jahr 2017 erneuert und verbessert. Für die Eisenbahnbrücke Wolfenbütteler Str. wird das Kostenvolumen auf 100.000 € geschätzt.							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten							
XXXX							
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				3	2	5	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 49: In schnelles DSL und Internet in boomenden Braunschweiger Randlagen und Baugebieten investieren				
Vorschlags-Nr.: 2138	Bewertung: 0,617	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten: 17.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Seit Jahren boomen Braunschweiger Randlagen wie zum Beispiel Lamme und Mascherode. Trotzdem ist dort nur 2 MBit DSL verfügbar und diese Orte sind damit bandbreitentechnisch mehr als unterversorgt. Ich schlage vor, den Ausbau dieser Infrastruktur durch regionale Förderung seitens der Stadt umgehend zu erhöhen, damit Braunschweig hier wieder aufschließt. Dies ist in anderen Landkreisen bereits erfolgt (z.B. Peine), was u.a. dazu führt, dass ein kleines Dorf wie Wedtlenstedt schnelleres Internet hat als Lamme. Hinzukommt, dass in Neubaugebieten wie bspw. Lamme viele junge Familien zuziehen, die schnelles Internet nutzen möchten und auch beruflich darauf angewiesen sind. LTE ist hier keine sinnvolle und brauchbare Alternative und schon gar keine nachhaltige Lösung. Eine Summe für diese Initiative kann ich leider nicht nennen, da ich keine Schätzung über die Höhe der benötigten Gelder abgeben kann. Ich trage daher die (scheinbar) maximal mögliche Summe von 17.000 € als Anschubfinanzierung ein.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 66				
Die Telekom informiert auf ihrer Internetseite über ihre aktuellen Ausbaupläne zur Verbesserung der Breitbandversorgung im Ortsnetz 0531. Nach diesen Informationen soll der Breitbandausbau in den folgenden Bereichen bis voraussichtlich Ende September 2015 abgeschlossen sein: Heidberg, Kralenriede, Lincolnsiedlung, Lindenbergssiedlung, Maschenrode, Querum, Rautheim, Rühme, Schundersiedlung, Südstadt, Veltenhof und Vorwerksiedlung. Bis voraussichtlich Anfang März 2016 soll dann der Breitbandausbau in den Bereichen Broitzem, Gartenstadt, Gliesmarode, Kanzlerfeld, Lamme, Melverode, Riddagshausen, Rüningen, Schapen, Stiddien, Stöckheim, Völkenrode, Volkmarode und Watenbüttel abgeschlossen sein. In den genannten Bereichen werden dann über das Telefonnetz Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s zur Verfügung stehen. Inzwischen wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass Kabel Deutschland die Breitbandübertragungsgeschwindigkeit im Kabelfernsehtz von derzeit bis zu 100 Mbit/s auf nunmehr bis zu 200 Mbit/s erhöht hat. Nach Abschluss des geschilderten Ausbaus sollte dann nahezu allen Braunschweigerinnen und Braunschweigern über das Telefonnetz oder das Kabelfernsehtz eine gute bis sehr gute kabelgebundene Breitbandversorgung angeboten werden. Inzwischen bietet der Telekommunikationsmarkt Hybridlösungen an. Dabei läuft die Breitbandversorgung unter Normallast über den Festnetzanschluss. Bei erhöhter Datenlast springt automatisch eine Mobilfunkversorgung mit bis zu 50 Mbit/s ein. Dies könnte für die wenigen Bereiche, in denen auch nach Abschluss des aktuellen Netzausbaus noch keine zufriedenstellende kabelgebundene Übertragungsgeschwindigkeit zur Verfügung steht, eine Möglichkeit darstellen, zeitnah eine Verbesserung der Breitbandversorgung zu realisieren. Insgesamt ist die Verwaltung der Auffassung, dass hier ein funktionierendes Marktgeschehen zu beobachten ist, in das die öffentliche Hand nicht eingreifen darf.				

Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremiumlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				10	0	0	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 50: Nordbad für Kinder und Senioren unbedingt erhalten																																				
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte	Entsch.-Zust.: Braunschweig																																
2836	0,612	Investition	Kosten:	(gesamt)																																
Das Bäderkonzept ganz dringend dahingehend überdenken, dass es immer mehr Menschen gibt, die für die Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer Gesundheit Bewegung und Reha-Maßnahmen im Wasser benötigen. Dazu sind Becken mit geringer Wassertiefe erforderlich. Ärzte verschreiben immer mehr Wassergymnastik. Nur es gibt zu wenig Anbieter, weil die geeignete Wasserfläche fehlt...																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): Ref. 0670																																				
Mitte 2014 wurde eine Berechnung des Bäderbedarfs in Braunschweig unter Zugrundelegung vorhandener tatsächlicher Nutzungsstatistiken durchgeführt. Dabei ergab sich im Winterhalbjahr ein Bedarf an Hallenbädern für das Freizeitschwimmen sowie das Schul- und Vereinsschwimmen in einer Größenordnung von 10,7 Anlageneinheiten, dem ein Bestand von insgesamt 13,4 Anlageneinheiten gegenübersteht. Nach Eröffnung der Wasserwelt und der Schließung des Nordbades und des Bades in Gliesmarode ergab sich in der Bilanz ein Überschuss an Schwimmfläche in Hallenbädern in Braunschweig von 700 m² bzw. 2,8 Anlageneinheiten. Im Lichte dieser Berechnungen und der anstehenden Wiedereröffnung des Bades in Gliesmarode in privater Betriebsführung ist der o.a. Wunsch nach Erhalt des Nordbades zwar quartiersbezogen nachzuvollziehen, aber aus gesamtstädtischer Sicht weder wirtschaftlich noch anhand von Nutzernachfragen zu rechtfertigen. Vielmehr kann das Nordbad nach den bereits vom Rat beschlossenen Umbaumaßnahmen dazu dienen, das durch die Sportentwicklungsplanung nachgewiesene Defizit an kleinen Sporthallen und Gymnastikräumen zukunftsorientiert zu reduzieren. Die Stadtbad Braunschweig, Sport und Freizeit GmbH hat Ende 2013 einen jährlichen Zuschussbedarf von 326.000 € für den Erhalt des Nordbades errechnet. Inzwischen ist davon auszugehen, dass dieser Zuschussbedarf noch weiter angestiegen und ein Weiterbetrieb nur nach einer grundlegenden Sanierung bzw. Modernisierung denkbar und möglich wäre.																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten																																				
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Sportausschuss</td> <td></td> <td>2</td> <td>8</td> <td>0</td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td>Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Sportausschuss		2	8	0	Abgelehnt	Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt	Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Sportausschuss		2	8	0	Abgelehnt																															
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt																															
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

Platz: 51: Blühstreifen heimischer Pflanzen anlegen							
Vorschlags-Nr.: 2474	Bewertung: 0,611	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Die Blühstreifen des letzten Jahres (2014) sollten auch 2016 wieder angelegt werden. Dieses Mal jedoch aus Saatgut heimischer Pflanzen, damit die heimische Tier- und Pflanzenwelt noch mehr profitieren kann. Durch vermehrte Anlage dieser Streifen kann eine Vernetzung öffentlicher und privater Grünflächen geschaffen bzw. verstärkt werden.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 67							
Aus ökologischer Sicht ist eine Ansaat mit mehrjährigen gebietsheimischen Wildstaudenarten sinnvoll und führt zu einem wertvollen Zuwachs an ökologischer Vielfalt und Biodiversität im innerstädtischen Freiraum. Der Fachbereich Stadtgrün und Sport hat im Jahr 2015 über 6.500 m2 einjährige und mehrjährige Blühstreifen aus Saatgutmischungen mit einem hohen Anteil von Wildstauden angelegt. Darüber hinaus wird auf geeigneten Flächen von 55.000 m² (ca. 2,5 % der gesamtstädtischen Landschaftsrasenflächen) die Entwicklung ökologisch hochwertiger, artenreicher Wiesenflächen durch entsprechende Pflegemaßnahmen gefördert. Aufgrund der sowohl hohen gestalterischen als auch naturschutzfachlichen Qualitäten, die sich mit diesem Begrünungskonzept verbinden, hat der Fachbereich Stadtgrün und Sport viel Lob und Zuspruch aus der Bevölkerung erhalten. Dieses spiegelt sich auch in mehreren in diese Richtung gehenden Vorschlägen unter den 75 bestbewerteten zum Bürgerhaushalt 2016 wider. Mit dem Beitritt der Stadt Braunschweig zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ hat sich die Stadt verpflichtet, die biologische Vielfalt auf vielen Ebenen und in verschiedensten Bereichen, wie z. B. im Siedlungsbereich, bei der Grün- und Freiflächenplanung und -unterhaltung und vielem mehr zu erhalten und zu fördern. In diesem Zusammenhang könnte sowohl eine Erweiterung des Programms der Anlage von Blühstreifen als auch eine nachhaltige Wiesenpflege in Betracht gezogen werden. Hinsichtlich der Anlage der Blühstreifen könnte eine Erweiterung der Flächen um jährlich ca. 2000 m² mehrheitlich zusammengestellt aus heimischen, mehrjährigen Arten, anvisiert werden, um potentiell eine gezielte Biotopvernetzung mit hohen ökologischen Nutzen zu erreichen. Zur Anlage der Blühstreifen in genannter Größenordnung wären jährlich ca. 8.000 € zusätzlich in den Haushalt einzustellen. Eine Erweiterung der unter ökologischen Gesichtspunkten durchgeführten Wiesenpflege mit dem Entwicklungsziel wertvoller, ökologisch hochwertiger Biotoptypen für Flora und Fauna um jährlich ca. 20.000 m² würde dauerhaft Mehrkosten in Höhe von ca. 15.000 € verursachen.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	

Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Grünflächenausschuss			2	7	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 52: Öffnungszeiten der Stadtbibliothek einmal im Monat samstags bis 18 Uhr verlängern								
Vorschlags-Nr.: 2456	Bewertung: 0,610	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)				
Gerade am Wochenende findet sich Zeit, in der Stadtbibliothek zu stöbern. Die Öffnungszeiten am Samstag sind bis 14 Uhr recht kurz. Vorschlag: Ein langer Samstag pro Monat in der Stadtbibliothek (10 - 18 Uhr).								
Stellungnahme der Verwaltung								
Org.-Einheit(en): Ref. 0412								
Ref. 0412 erwägt seit längerer Zeit, die Öffnungszeiten am Samstag zu verlängern. Die Statistik zeigt, dass der Bedarf zweifelsohne gegeben ist. Allerdings ist aus fachlicher Sicht nur eine Verlängerung an jedem Samstag sinnvoll. In diesem Zusammenhang könnte die Stadtbibliothek mit sogenannter RFID-Technik (engl. radio-frequency identification, „Identifizierung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen“) ausgestattet werden. Dies würde neben einer Optimierung des Ausleihprozesses auch ein selbstständiges stapelweises Verbuchen von Medien durch die Bibliotheksnutzer ermöglichen. Die dadurch frei werdenden Personalkapazitäten könnten für längere Öffnungszeiten an den Samstagen verwendet werden. Eine Umstellung auf RFID-Technik würde einmalig ca. 200.000 € kosten. Alternativ müssten für längere Öffnungszeiten an Samstagen 1 ½ zusätzliche Planstellen geschaffen werden. Dies würde Kosten von rd. 78.000 € pro Jahr verursachen.								
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten		200.000 €					200.000 €	
Laufende Kosten						XXXX		
Gremienlauf		Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft					1	9	0	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						Abgelehnt
Verwaltungsausschuss								
Rat								

Platz: 53: Mehr Leitlinien für Blinde und Sehbehinderte schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2302	Bewertung: 0,607	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
In der Braunschweiger Innenstadt gibt es nahezu keine Leitlinien für Blinde und Sehbehinderte. Gerade auf großen Plätzen wie dem Kohlmarkt oder dem Schloßvorplatz ist das ein großes Problem. Es gibt zwar eine Signalampel aus der Richtung der Straßenbahn zum Schloss, aber sobald der Blinde oder Sehbehinderte die Straßenseite erreicht hat, gibt es keine Leitlinien zum Eingang. Insbesondere auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz ist eine Orientierung, nach den Umbauten, nahezu unmöglich. Das beginnt von der Brabanstraße kommend bereits auf dem Bankplatz. Leitlinien sind für Blinde und Sehbehinderte enorm wichtig und garantieren eine unabhängige Mobilität.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Die Gestaltung des öffentlichen Raumes erfolgt unter Berücksichtigung sehr vieler Aspekte, die teilweise einer Abwägung bedürfen. Der Behindertenbeirat ist dabei regelmäßig eingebunden. Viele der genannten Plätze sind relativ neu. Eine Nachrüstung von Sehbehindertenleiteinrichtungen ist technisch möglich. Solche Umplanungen würden einen erneuten umfassenden Planungs-, Abstimmungs- und Entscheidungsprozess erfordern. Die Umbaukosten wären stark einzelfallabhängig, lägen aber für einen städtischen Platz mindestens im fünfstelligen Bereich. Regelmäßig werden Leiteinrichtungen für Blinde und Sehbehinderte an Bus- und Stadtbahnhaltestellen, an Lichtsignalanlagen und an Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen) erstellt.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss		5	0	4	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 54: Park-and-Ride auch samstags bereit stellen						
Vorschlags-Nr.: 2788	Bewertung: 0,593	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Die Möglichkeit von Park and Ride sollte häufiger an den Samstagen zur Verfügung stehen, um den Verkehr in der Stadt zu entlasten.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): StS 0800						
Aus Sicht der Braunschweig Stadtmarketing GmbH und des Arbeitsausschusses Innenstadt Braunschweig e. V. ist das Parkplatzangebot in der Innenstadt auch zu Spitzenzeiten außerhalb der Adventswochen und des Jahreswechsels ausreichend. Im Advent und zum Jahreswechsel steht ein P+R-Angebot zur Verfügung. Zusätzlich stehen bereits ganzjährig zahlreiche P+R-Plätze (Übersicht unter: www.braunschweig.de/parken) der Stadt Braunschweig zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund ist eine Ausweitung derzeit nicht erforderlich. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH teilt diese Auffassung, zumal die Park & Ride-Angebote defizitär sind und zusätzliche Kosten verursachen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss	Der Ausschuss hat den Vorschlag positiv aufgenommen. Die Verwaltung soll den Vorschlag nach Möglichkeit begleiten.		2	7	0	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Abgelehnt
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 55: Mehr Sitzbänke auf Schlossplatz und hinter dem Schloss errichten						
Vorschlags-Nr.: 2821	Bewertung: 0,590	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Der Schlossplatz gleicht einer Betonwüste, der südliche Teil des Platzes hinter dem Schloss ebenfalls. Hier sollten viel mehr Bänke aufgestellt werden, damit die Menschen nicht mehr auf den Stufen sitzen müssen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Der Schlossplatz, der Platz am Ritterbrunnen, der Herzogin-Anna-Amalia-Platz und der St.-Nicolai-Platz werden von einer großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern als Orte für Veranstaltungen jeglicher Art oder für Demonstrationen genutzt. Dies und die bewusste städtebauliche Dominanz des Schlosses und der Reiterstandbilder erklären die zurückhaltende Möblierung. Neben der Rundbank um die Platane und den Sandsteinbänken am Theater Kleines Haus bieten die Umfassung des Brunnens und Bänke am Spielplatz auf dem Herzogin-Anna-Amalia-Platz Sitzgelegenheiten. Dazu besteht an vielen Orten der Fußgängerzone und der anderen Platzräume in der unmittelbaren Nähe die Möglichkeit, sich auf öffentlichen Sitzgelegenheiten niederzulassen. Wegen der besonderen städtebaulichen Situation wäre die Aufstellung weiterer Bänke im Umfeld der Schloss-Arkaden fachplanerisch und politisch detailliert abzustimmen. Kosteninformation: Eine Bank, so wie sie in den Fußgängerzonen zu finden ist, kostet inklusive der Montage ca. 2.500 €. Sonderanfertigungen (z. B. Rundbänke) sind deutlich teurer. Die Stellungnahme entspricht der zum Vorschlag 2970 (Rang 29).						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen Ja Nein Enth. Ergebnis					
Bauausschuss	Erledigt durch Beschlussfassung über Vorschlag 2970 (Platz 29) - angenommen -					
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 56: Öffentliche kostenfreie Toiletten in den Parkanlagen errichten																																				
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte	Entsch.-Zust.: Braunschweig																																
2294	0,590	Ausgabe	Kosten:	(gesamt)																																
Braunschweig besitzt viele tolle Parkanlagen, die man gerade im Sommer ganztägig mit Kindern nutzen könnte, hätte man nicht nach einiger Zeit ein gewisses Bedürfnis - nicht nur die Erwachsenen auch die Kinder. Schön wäre es, Toiletten zu errichten, die frei zugänglich für jedermann sind und auch sauber. Egal in welchem Park man ist, nirgendwo gibt es die Möglichkeit, als Frau auf Toiletten zu gehen. Dass die Männer Bäume benutzen, finde ich persönlich sehr unschön. Das funktioniert, zumindest in Australien gibt es in jeder Parkanlage öffentliche Toiletten, die sauber sind und eine Dusche haben und dazu kostenfrei sind.																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): FB 65																																				
Im Stadtgebiet Braunschweig sind 19 öffentliche Toiletten vorhanden. Ein WC-Gebäude befindet sich am Prinz-Albrecht-Park an der Herzogin-Elisabeth-Straße, ein weiteres in der Nähe des Heidberg-Sees auf dem dortigen Parkplatz an der Straße Jägersruh. Der Neubau einer öffentlichen Toilettenanlage kostet je nach Größe und Ausstattung, Standort, Zuschnitt des Baugrundstücks und den Erschließungsmöglichkeiten mit Wasser, Abwasser und Strom zwischen 90.000 € und 200.000 €. Die laufenden Kosten für Instandhaltung, Wartung und insbesondere tägliche Reinigung bewegen sich je nach Größe und Ausstattung zwischen 10.000 und 20.000 € pro Jahr.																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten																																				
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bauausschuss</td> <td></td> <td>0</td> <td>7</td> <td>3</td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td>Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Bauausschuss		0	7	3	Abgelehnt	Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt	Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Bauausschuss		0	7	3	Abgelehnt																															
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt																															
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

Platz: 57: Platz der Deutschen Einheit, Schloßplatz und Burgplatz begrünen																																		
Vorschlags-Nr.: 2169	Bewertung: 0,590	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																														
Diese zentralen Plätze der Stadt sind doch recht schlicht gestaltet. Eine Aufwertung durch neue Grünplanzen, auch zum Ausgleich für den Wegfall des Schlossparks, würde ich sehr begrüßen. Man könnte es mit Sitzgelegenheiten kombinieren.																																		
Stellungnahme der Verwaltung																																		
Org.-Einheit(en): Ref. 0610																																		
Die zentralen innerstädtischen Platzräume Burgplatz, Schlossplatz, Platz der Deutschen Einheit aber auch Kohlmarkt, Altstadtmarkt, Bankplatz und andere Platzräume sind positive Aushängeschilder der Innenstadt mit einer hohen Aufenthaltsqualität. Die Verwaltung unternimmt seit Jahren Maßnahmen zur Aufwertung dieser öffentlichen Räume. Die Gestaltung und die verwendeten Materialien sowie die Möblierungselemente (Leuchten, Bänke, Abfallbehälter u.a.) sind durchweg hochwertig. An vielen Orten (Fußgängerzone, Platzräume) bietet die Stadt die Möglichkeit, sich ohne Verzehrzwang auf öffentlichen Sitzgelegenheiten niederzulassen. Dieses Angebot wird sukzessive erweitert. Der grüne Ring entlang der Oker liefert zusammen mit dem Bürgerpark ein wichtiges Freiraumelement innerhalb der Innenstadt. Somit lässt sich ein grünes Defizit bzw. ein Defizit an öffentlichen Sitzgelegenheiten nicht erkennen. Finanzielle Auswirkungen: Da der Vorschlag sehr allgemein gehalten ist, kann ein konkreter Mittelbedarf für die Umsetzung des Bürgervorschlags nicht benannt werden. Ergänzende Stellungnahme (zum Finanz- und Personalausschuss am 25.02.2016): Die Verwaltung empfiehlt dem Antrag nicht zu entsprechen, da die zur Begrünung benannten Plätze teilweise mit hohem planerischen und finanziellen Aufwand erstellt wurden. Die Verwaltung sichert aber zu, in allen neuen Verfahren auch den Einsatz von Grünbaumaßnahmen verstärkt in die Planungsüberlegungen einzubinden.																																		
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																												
Einmalige Kosten																																		
Laufende Kosten					XXXX																													
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Planungs- und Umweltausschuss</td> <td>Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Begrünung auf den genannten Plätzen realisiert werden kann.</td> <td>3</td> <td>6</td> <td>2</td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td>1</td> <td>9</td> <td>1</td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Planungs- und Umweltausschuss	Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Begrünung auf den genannten Plätzen realisiert werden kann.	3	6	2	Abgelehnt	Finanz- und Personalausschuss		1	9	1	Abgelehnt	Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																													
Planungs- und Umweltausschuss	Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Begrünung auf den genannten Plätzen realisiert werden kann.	3	6	2	Abgelehnt																													
Finanz- und Personalausschuss		1	9	1	Abgelehnt																													
Verwaltungsausschuss																																		
Rat																																		

Platz: 58: Umlaufende 'Grüne Welle' auf dem Ring schaffen								
Vorschlags-Nr.: 2167	Bewertung: 0,588	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)				
Um a) Autofahrerinnen und Autofahrer zu motivieren, auf dem Ring um die Stadt, statt durch die Innenstadt zu fahren und b) die Lärmbelästigung für Anwohnerinnen und Anwohner am Ring durch anfahrende, beschleunigende (um die nächste Ampel noch zu 'erwischen') und abbremsende Fahrzeuge zu reduzieren, sollte auf dem Ring eine 'Grüne Welle' geschaltet, andere koordinierte Ampelphasen derjenigen auf dem Ring nachgeordnet werden.								
Stellungnahme der Verwaltung								
Org.-Einheit(en): FB 66								
Auf dem Ring besteht eine Grüne Welle. Bei hohem Verkehrsaufkommen und abhängig von der Zufahrtstelle auf den Ring kann die grüne Welle nicht immer erreicht oder über die folgenden Kreuzungen beibehalten werden. Insofern mag der Eindruck entstanden sein, dass keine grüne Welle vorhanden sei. Die Lichtsignalanlagen (LSA) im Hauptverkehrsstraßennetz Braunschweigs sind grundsätzlich koordiniert. Die Koordinierung wird regelmäßig im Zuge größerer Projekte (zuletzt Hamburger Straße) aktualisiert. Eine Aktualisierung des Gesamtnetzes außerhalb konkreter Bauprojekte würde mehrere Hunderttausend Euro zzgl. der Hard- und Software kosten.								
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe		
Einmalige Kosten								
Laufende Kosten					XXXX			
Gremienlauf	Anmerkungen				Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					6	2	2	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)							
Verwaltungsausschuss								
Rat								

Platz: 59: Alle Fußgängerampeln hinsichtlich zu kurzer Grünphasen überprüfen							
Vorschlags-Nr.: 2728	Bewertung: 0,588	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Als Fußgänger oder Radfahrer lebt man an vielen Ampeln gefährlich, weil die Grünphasen extrem kurz sind. Dies sollte dringend überprüft und neu eingestellt werden. Beispiele gibt es viele: - an der Kreuzung Lange Str. Ecke Küchenstr. / Alte Waage: Richtung Alte Waage ist die Fußgängerampel nur sehr kurz grün; - an der Kreuzung Messeweg Ecke Berliner Str. (stadtauswärts rechte Seite) ebenfalls. - Will man in Höhe Am Hasselteich an der Fußgängerampel die Berliner Straße überqueren, muss man extrem lang warten, trotz der Drücker - hier werden gerade Schulkinder oft zum Überqueren verleitet, obwohl noch rot ist. Und so weiter und so fort! Dies sollte unbedingt fußgänger- und radfahrerfreundlicher gestaltet werden.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Bei Erneuerungen oder größeren Umbauten an Fußgänger-LSA wird auch die Steuerungssoftware erneuert, auch mit dem Ziel, die Freigabezeiten für Fußgänger zu maximieren. Grundsätzlich sind Anpassungen im Bestand auch außerhalb von Baumaßnahmen möglich. Für jede neue Steuerung ist mit Kosten von ca. 5.000 € bis 10.000 € zu rechnen.							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				0	5	5	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						Abgelehnt
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 60: Das Sozialamt soll einmal in der Woche nachmittags geöffnet sein																									
Vorschlags-Nr.: 2890	Bewertung: 0,587	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																					
Ich bin seit 2013 ehrenamtlicher Vorsitzende im AGV 1886 Braunschweig e.V.. Ich und meine Familie sind hörgeschädigt. Wenn ich zum Sozialamt einen Antrag oder Formulare für meinen Verein oder meine Familie stellen oder abgeben muss oder wenn ich etwas fragen bzw. wissen will, muss ich dorthin fahren. Oft bin ich umsonst nachmittags zum Sozialamt gefahren. Das Sozialamt öffnet nur dreimal in der Woche von 9 Uhr bis 12.30 Uhr. Ich bin ganztags beschäftigt (8.00 Uhr bis 16.00 Uhr) und habe im Betrieb sehr viel tun. Ich kann nicht immer für den Verein meine Arbeitszeit und mein Urlaubstage opfern. Das Sozialamt müsste auf berufstätige Bürger Rücksicht nehmen und einmal in der Woche nachmittags von 15 Uhr bis 18 Uhr öffnen.																									
Stellungnahme der Verwaltung																									
Org.-Einheit(en): FB 50																									
Aus Sicht des Fachbereiches Soziales und Gesundheit haben sich die derzeitigen Öffnungszeiten - montags, mittwochs und freitags von 9:00 Uhr bis 12:30 Uhr auch für Bürger mit erstmaligen Anliegen ohne vorherige Anmeldung über eine offene Sprechzeit der Auskunft- und Beratungsstelle (Infothek) sowie die zusätzliche Öffnungszeit für den Bereich Wohngeld montags von 15:00 Uhr – 18:00 Uhr und die nachfolgend beschriebenen zeitlich nahezu unbegrenzten Möglichkeiten zur individuellen –auch sehr kurzfristig möglichen- Terminvereinbarung sehr gut bewährt. Für weitere Anliegen zum Wohnen sowie für laufende Fälle der sozialen Sicherung und Hilfen für Menschen mit Behinderungen haben alle Bürger und auch ihre Betreuer, Angehörigen etc. bereits jetzt die Möglichkeit der individuellen Terminvereinbarung. Dabei werden Wünsche und Notwendigkeiten (z. B. Arbeitszeiten) nahezu ohne zeitliche Beschränkungen der Wochentage oder Uhrzeiten berücksichtigt. In Absprache mit den jeweiligen Sachbearbeitern sind sowohl Termine am (späten) Nachmittag, als auch Termine ganz früh morgens möglich. Die Terminabsprache ist kurzfristig jederzeit per Telefon oder auch Email möglich. Die komplette Öffnung aller Abteilungen des Hauses an einem Nachmittag in der Woche wäre ohne gleichzeitige Einschränkungen der derzeitigen Terminvereinbarungsmöglichkeiten nicht möglich und somit voraussichtlich nicht im allgemeinen Bürgerinteresse.																									
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX	
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																			
Einmalige Kosten																									
Laufende Kosten					XXXX																				

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		0	10	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 61: Sparen durch Gesetze - Überflüssige Schilder vermeiden						
Vorschlags-Nr.: 1963	Bewertung: 0,582	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten: 50 €	Entsch.-Zust.: Östliches Ringgebiet		
Im östlichen Ringgebiet wurden in erneuerten Straßenzügen (Wilhelm-Bode-Straße/Ecke Allerstraße und Roonstraße) Kreuzungen mit Fahrbahnmarkierungen versehen, um ein Abstellen von Fahrzeugen in Kurven zu verhindern. Zusätzlich wurden Schilder an diesen Ecken aufgestellt, die das Parken in den Kurven verbieten. Das Parken in Kurven ist jedoch bereits gesetzlich geregelt und macht sowohl die Fahrbahnmarkierungen als auch die Beschilderung zu einer Verschwendung von Steuern. Davon werden diejenigen Falschparker, die Sonntagabend spät nach Hause kommen und keinen Parkplatz finden, bestimmt nicht abgehalten sich über Nacht dort hinzustellen. Wir brauchen also entweder ein strengeres durchgreifen von Polizei und Politessen oder jemanden mit gesundem Menschenverstand, der prüft, ob sich eine Ausgabe wirklich lohnt.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Die Straßenverkehrsordnung (StVO) bietet die Möglichkeit, Halt- oder Parkverbote durch zusätzliche Markierung/Beschilderung optisch zu verdeutlichen. Hiervon wird insbesondere Gebrauch gemacht, wenn beharrliche Verstöße, insbesondere im Bereich von Schulwegen auch durch Überwachung nicht gemindert werden können. In den genannten Fällen ist dies so. Für eine vermehrte Überwachung durch städtisches Personal würde dauerhaft zusätzlicher Personalaufwand anfallen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Stadtbezirksrat 120			0	14	1	Abgelehnt
Bauausschuss			0	5	4	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Abgelehnt
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 62: Hundehalter sollen Hundekottüten mitführen										
Vorschlags-Nr.: 2521	Bewertung: 0,582	Wirkung: Einnahme	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)						
Hundehalter werden strafbewehrt verpflichtet, Kacktüten mitzuführen.										
Stellungnahme der Verwaltung										
Org.-Einheit(en): FB 32										
Bereits jetzt haben Hundehalter bzw. Personen, die Hunde ausführen nach § 5 der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Braunschweig vom 25. Februar 2003 die durch die von ihnen geführten Hunde verursachten Verunreinigungen durch Hundekot auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen unverzüglich zu beseitigen. Verstöße hiergegen werden als Ordnungswidrigkeiten geahndet. Eine Verpflichtung zum Mitführen von Kotbeuteln würden diese Regelung weiter konkretisieren, wobei eine Mitföhrpflicht ohne gleichzeitige Benutzungspflicht ins Leere läuft. Aus hiesiger Sicht sind die bestehenden Regelungen ausreichend, zumal keine Kapazitäten vorhanden sind, die Mitföhrpflicht zu kontrollieren und ein Verstoß gegen diese Verpflichtung ohne eine damit einhergehende nicht beseitigte Verunreinigung nicht rechtssicher zu ahnden sein dürfte.										
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe			
Einmalige Kosten										
Laufende Kosten						XXXX				
Gremienlauf		Anmerkungen					Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)								
Verwaltungsausschuss										
Rat										

Platz: 63: Fahrradweg vor der Ausfahrt des Schlossparkhauses auf die Georg-Eckert-Straße kennzeichnen							
Vorschlags-Nr.: 2983	Bewertung: 0,578	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Innenstadt			
Der Fahrradweg vor der Aus- und Einfahrt des Parkhauses der Schlossarkaden auf die Georg-Eckert-Straße sollte gekennzeichnet oder farblich abgesetzt werden, damit die Autofahrer auf kreuzende Radfahrer aufmerksam gemacht werden.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Der Bereich neben der Fahrbahn ist mit Gehweg/Radverkehr frei beschildert. Es ist kein Radweg vorhanden. Eine Kennzeichnung ist nicht möglich. Radfahrerfurten sind nach StVO nur bei Radwegen an Einmündungen zulässig. Im Parkhaus gibt es bereits deutliche Hinweise. Die Verwaltung prüft in Abstimmung mit dem Parkhausbetreiber, ob hier weitere Verbesserungen möglich sind und wird diese unabhängig vom Bürgerhaushalt umsetzen.							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Stadtbezirksrat 131				12	0	1	Angenommen
Bauausschuss				0	7	3	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						Abgelehnt
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 64: Verwaltung 2.0 - Online-Portal für Verwaltungsaufgaben schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2022	Bewertung: 0,574	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Ein Online-Portal schaffen, in dem Themen wie z. B. Kfz-Anmeldung, Ummeldungen, Beantragungen, etc. durchgeführt werden können, ohne vor Ort erscheinen zu müssen. Natürlich ist dies nicht in allen Fällen möglich, aber zumindest sollte der Trend in diese Richtung gehen. Die Öffnungszeiten und Parkmöglichkeiten vieler Behörden sind nämlich nicht auf die arbeitende Bevölkerung ausgerichtet, außerdem würde die Stadt langfristig gesehen Geld einsparen und die Verwaltung vereinfachen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 10						
Der Zugang zu verschiedenen Online-Dienstleistungen könnte z. B. über die Bereitstellung eines entsprechenden Online-Portals erfolgen. Diese Art des Zugangs kann u. a. einen zentralen Zugang zu allen Online-Verfahren einer Kommune bieten bzw. verschiedene Basisinformationen bündeln, die sonst in den unterschiedlichen Online-Verfahren separat eingegeben werden müssten (z. B. persönliche Daten). Voraussetzung für ein solches Portal ist jedoch ein Angebot an entsprechenden Online-Verfahren sowie eine Aufstockung des zentralen IT-Ansatzes.						
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.
Einmalige Kosten		zz. nicht bezifferbar				
Laufende Kosten		zz. nicht bezifferbar				
		XXXX				
Gremienlauf		Anmerkungen Ja Nein Enth. Ergebnis				
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 65: Industriebrachen statt Grünflächen im Umland für Bauland nutzen						
Vorschlags-Nr.: 2548	Bewertung: 0,571	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Keine neuen Bauflächen im Umland ausweisen oder Flächen verbrauchen, stattdessen Landschaft schützen und Industriebrachflächen bebauen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
Strategisches Ziel der Stadt Braunschweig ist die sogenannte Innenentwicklung, die Vorrang vor der Entwicklung von bisher baulich nicht genutzten Außenbereichsflächen genießt. Somit wird dieser Vorschlag weitestgehend bereits bei der Planung neuer Vorhaben berücksichtigt. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung des Baugebietes Taubenstraße in der Nordstadt. Innenentwicklung geht allerdings häufig mit vielfältigen Planungsproblemen einher (Altlasten, zersplitterte Eigentümerstruktur sowie Konflikten mit anderen Nutzungszielen wie dem Natur- oder Klimaschutz) mit der Folge, dass diese Planungsverfahren oft länger dauern als Planungen für Außenbereichsvorhaben. Um ausreichend Wohnraum bereitstellen zu können, ist es deswegen unerlässlich, einen Teil der Bebauung in integrierten Stadtrandlagen zu entwickeln. Finanzielle Auswirkungen: Zusätzliche Kosten entstehen für diesen Vorschlag nicht, da dieses Vorgehen bereits der Handlungsweise der Verwaltung entspricht.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss			0	8	2	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					Abgelehnt
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 66: Situation am Hauptbahnhof verbessern								
Vorschlags-Nr.: 2712	Bewertung: 0,570	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 20.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)				
Die Stadt sollte in Gesprächen mit der Bahn versuchen, die Situation am Bahnhof zu verbessern. Konkrete Vorschläge sind überdachte Fahrradständer am Südeingang, zusätzliche Tiefgaragenstellplätze am Südparkplatz, Erhöhung der Einzelhandelsflächen und gegebenenfalls mehr Sitzmöglichkeiten.								
Stellungnahme der Verwaltung								
Org.-Einheit(en): FB 66								
Eine überdachte Fahrradabstellanlage auf der Südseite des Hauptbahnhofs würde ca. 80.000 € für 150 Fahrräder kosten. Eine erste Konzeption wird derzeit gemeinsam mit der Deutsche Bahn AG entwickelt. Im Brawo-Park entstehen derzeit zusätzliche Einzelhandelsflächen. Weitere städtische Aktivitäten zur Schaffung von Einzelhandel oder Tiefgaragenstellplätzen sind konzeptionell derzeit nicht vorgesehen.								
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten		80.000 €					80.000 €	
Laufende Kosten						XXXX		
Gremienlauf		Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					10	0	0	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss		Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						
Verwaltungsausschuss								
Rat								

Platz: 67: Straßenbaustellen-Ausschreibungen mit Fertigstellungsterminen verbinden							
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
2046	0,564	Sparidee					
Bei Ausschreibungen die Bedingung formulieren, dass die Arbeit zwei-schichtig ausgeführt werden muss oder entsprechende Fertigstellungstermine setzen. Begründung: - deutlich reduzierte Anzahl von Staus mit - weniger Abgasen, Lärm, - reduzierten Zeitverlusten für Pendler, Unternehmen, ... - reduzierten Baukosten (Maschinennutzungsgrad steigt) Negativbeispiel aktuell: Helmstedter Straße.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Fertigstellungstermine sind in den Bauverträgen enthalten. Bei Überschreitung der Fertigstellungsfristen werden Vertragsstrafen fällig. Geräte und Maschinen dürfen gemäß BImSchG §7 an Sonn- und Feiertagen ganztätig sowie an Werktagen in der Zeit von 20.00 Uhr bis 07.00 Uhr nicht betrieben werden. Ausnahmen sieht der Gesetzgeber nur bei Abwendung von Gefahr oder bei übergeordnetem öffentlichem Interesse vor. Des Weiteren ist der verstärkte Einsatz von Personal und Geräten innerhalb der zulässigen Arbeitszeit aufgrund logistischer Zwänge in der Regel nicht zielführend. Zudem können bestimmte Arbeitsabläufe nicht beschleunigt werden (z.B. Druck-, Keimproben bei Leitungsverlegungen, Röntgen von Schweißnähten, Abbinden von Beton, Auskühlen von neu hergestelltem Asphaltbeton, Verdichtungsarbeiten, Kontrollprüfungen). Außerdem sind entsprechend der örtlichen Gegebenheiten Auflagen der Rettungsdienste bei der Abwicklung von Bauvorhaben zu berücksichtigen (anleiterpflichtige Gebäude, Fahrgassen für Rettungsfahrzeuge, maximale fußläufige Rettungstrecken), so dass die Baufeldgröße zeitweise nicht vollumfänglich für die Durchführung der Arbeiten zur Verfügung steht. Arbeiten an Wochenenden und Feiertagen sowie Nachtarbeit führen zu erheblichen Lohn-Mehrkosten. Mehrkosten werden auch durch das Bereithalten von Zulieferwerken (Asphalt) verursacht.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss		0	6	4	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 68: Verbindung nach Wolfsburg mit Bussen und Bahnen verbessern										
Vorschlags-Nr.: 2524	Bewertung: 0,561	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)						
Die Weddeler Schleife doppelgleisig ausbauen. Häufigere Busverbindung nach Wolfsburg schaffen.										
Stellungnahme der Verwaltung										
Org.-Einheit(en): Ref. 0600										
Der Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) –Zweckverband Großraum Braunschweig- erstellt derzeit in Abstimmung mit den Gebietskörperschaften und den Verkehrsunternehmen einen neuen Nahverkehrsplan. Ein wesentlicher Punkt bei der Neuauflage ist auch die Stärkung der Angebote von Regionalexpresszügen und den Regionalbussen zwischen den Oberzentren Braunschweig und Wolfsburg. Dies ist auch Bestandteil der Stellungnahmen der Stadt Braunschweig und der Verkehrs GmbH zum Anhörungsentwurf für den Nahverkehrsplan 2016.										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe				
Einmalige Kosten										
Laufende Kosten					XXXX					
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis			
Planungs- und Umweltausschuss	Die Abstimmung bezieht sich ausschließlich auf Satz 2 des Vorschlags.			5	3	1	Angenommen			
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)									
Verwaltungsausschuss										
Rat										

Platz: 69: Sicherheit für Radfahrer: Radfahrerampeln sollen 3 Sekunden vor den Autos grün erhalten							
Vorschlags-Nr.: 2588	Bewertung: 0,559	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Radfahrerampeln so anpassen, dass sie mindestens 3 Sekunden vor den Ampeln für die Autos auf grün schalten. Werden diese Ampeln zur gleichen Zeit oder weniger als eine Sekunde früher als für die Autos geschaltet, sind diese Einrichtungen eine sinnlose Investition.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Grundsätzlich haben Grünzeiten an Radverkehrssignalen der neuen Bauart immer 1 bis 3 Sekunden Vorlauf vor parallelen Verkehrsströmen. Die Länge stellt einen Kompromiss unter Berücksichtigung der Örtlichkeit und der Stärke der verschiedenen Verkehrsströme dar. Eine Änderung auf grundsätzlich 3 Sekunden würde pro Anlage ca. 3.000 € kosten und würde die Gesamtleistungsfähigkeit des Knotens beeinflussen.							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				3	4	3	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						Abgelehnt
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 70: Schulgarten-Dowesee mit Spielplatz besser vor Hunden schützen																																				
Vorschlags-Nr.: 2182	Bewertung: 0,557	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 200 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																
Ich bin selbst Hundeliebhaber, aber aus berechtigten Gründen haben unsere vierbeinigen Freunde im Schulgarten nichts zu suchen. Sonntags laufen dort manchmal Hunde ohne Leine herum und die Besitzer belustigen sich, wenn ihre vierbeinigen Freunde sich dort austoben. Es ist besonders ärgerlich, weil viele Familien mit ihren Kindern den Spielplatz benutzen in der Sicherheit, dass der Sand "hundefrei" ist. Es sollte dort , auch am Sonntag, Kontrollgänge geben. Und ein größeres auffälligeres Hundeverbotsschild an der Tür und zusätzlich im Eingangsbereich.																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): FB 67																																				
An jedem Eingang des Schulgartens sind Verbotsschilder für Hunde angebracht. Diese wurden 2014 erneuert und sind aus Sicht der Verwaltung ausreichend groß. Allerdings wäre es möglich, in einer Versuchsphase im Zeitraum von Mai bis September 2016 zusätzliche Kontrollgänge an Wochenenden durch einen beauftragten Wach- und Schließdienst durchführen zu lassen mit dem Ziel, das bestehende Hundeverbot zu kontrollieren und Verstöße zu dokumentieren. Anhand dieser Aufzeichnungen könnte nach der Erprobungsphase über die Notwendigkeit einer Fortführung der Kontrollgänge an Wochenenden entschieden werden. Die zusätzlichen Kontrollen an Wochenenden mit zwei Kontrollgängen jeweils samstags und sonntags durch einen Wach- und Schließdienst, verbunden mit der Ausübung des Hausrechts, würde im Zeitraum Mai bis September Kosten von ca. 12.000 € verursachen, für die zusätzliche Haushaltsmittel benötigt würden.																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td>12.000 €</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>12.000 €</td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten	12.000 €					12.000 €	Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten	12.000 €					12.000 €																														
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Grünflächenausschuss</td> <td></td> <td>0</td> <td>9</td> <td>1</td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td>Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Grünflächenausschuss		0	9	1	Abgelehnt	Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt	Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Grünflächenausschuss		0	9	1	Abgelehnt																															
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt																															
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

Platz: 71: Bessere Mitsprache der Bürger bei Straßenumgestaltungen einführen																																		
Vorschlags-Nr.: 2176	Bewertung: 0,555	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																														
Viele Straßenumgestaltungen in den letzten Jahren gehen am Bürger vorbei. Beispiele: Der Umbau der Tweten in der Innenstadt, die zu enge Fahrbahn in der Gliesmaroder Str., Riesige Verkehrsinseln ohne Sinn am ehemaligen Cityring und in der Humboldtstraße, Leuchtturm - Leuchten an der historischen Brücke Fallerleber Straße. Wer plant so einen teuren Unsinn? - Die Anwohner sicher nicht.																																		
Stellungnahme der Verwaltung																																		
Org.-Einheit(en): FB 66																																		
Planungen werden von der Verwaltung erarbeitet, in der Öffentlichkeit breit diskutiert, modifiziert, anschließend von den gewählten Vertretern der Bürgerinnen und Bürger Braunschweigs beschlossen und erst danach von der Verwaltung umgesetzt. Die realisierten Planungen entsprechen daher der Entscheidung der Gremien der Stadt Braunschweig. Die Bürgerbeteiligung, die bei jeder Straßenplanung erfolgt, ist für alle Bürgerinnen und Bürger offen. Es wird öffentlich dazu eingeladen. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen die Möglichkeit, dort Ihre Interessen vorzutragen. Regelmäßig werden die ersten Planungsentwürfe in Folge von Hinweisen aus der Bürgerschaft noch überarbeitet. Die Mitglieder der politischen Gremien, die abschließend über die Planungen entscheiden, legen großen Wert auf die Berücksichtigung der Belange, die von den Bürgerinnen und Bürgern in diesen Prozessen vorgetragen werden. Regelmäßig nehmen Mitglieder der politischen Gremien auch persönlich an den Bürgerbeteiligungsterminen teil, um sich aus erster Hand über die Belange der Bürgerschaft und insbesondere der Anwohnerinnen und Anwohner zu informieren.																																		
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																												
Einmalige Kosten																																		
Laufende Kosten					XXXX																													
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bauausschuss</td> <td></td> <td>0</td> <td>7</td> <td>3</td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td>Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Bauausschuss		0	7	3	Abgelehnt	Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt	Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																													
Bauausschuss		0	7	3	Abgelehnt																													
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)				Abgelehnt																													
Verwaltungsausschuss																																		
Rat																																		

Platz: 72: Obst für die Bürger und Blüten für die Bienen - Obstbäume anpflanzen				
Vorschlags-Nr.: 1962	Bewertung: 0,554	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 2.500 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Es sollen in ganz Braunschweig Obstbaum-Inseln entstehen (zum Beispiel als Zusatz in bestehenden Grünanlagen jedes Stadtbezirks), die die Gesundheit der Bürger fördern und zudem Bienen, deren Populationen durch den Menschen immer weiter verkleinert werden, Lebensraum bieten. Im Landkreis Nürnberg gibt es ein Pacht-Modell womit Bürger städtische Obstbäume pachten können, allerdings fehlte dann der Wohlfahrtsgewinn und das Obst für ALLE Bürger.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 67				
Innerhalb des Stadtgebiets steht bereits heute ein vielfältiges Angebot von Obst- und anderen Sträuchern und Bäumen mit essbaren Früchten zur Verfügung, an denen sich jeder Bürger bedienen kann. Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Menschen ihren Lebensmittelpunkt in die Stadt verlagern und dadurch neue Ansprüche an die vorhandene grüne Infrastruktur hinsichtlich Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten gestellt werden, könnte durch die Anpflanzung essbarer Obstsorten eine Attraktivitätssteigerung verbunden mit einer verbesserten Lebensqualität erreicht werden. Eine Integration in das aufzustellende Konzept „essbare Stadt Braunschweig“ wäre möglich. Um den Vorschlag nachzukommen, wäre eine Anpflanzung von ca. 75 Obstbäumen wie Birne, Apfel, Kirsche, Mirabelle, Pflaume etc. pro Stadtbezirk vorstellbar. Die Abstimmung über die konkreten zu bepflanzenden Flächen würde in enger Kooperation mit den jeweiligen Stadtbezirksräten erfolgen. Eine Umsetzung des Programms im Stadtbezirk Innenstadt wäre vermutlich aufgrund zu wenig verfügbarer geeigneter Flächen nicht möglich. Das Programm würde daher das Pflanzen von insgesamt ca. 1350 Obstbäumen umfassen. Die Kosten für die Umsetzung würden für das Pflanzen sowie die zum Erreichen des funktionsfähigen Zustandes notwendige Fertigstellungs- und dreijährige Entwicklungspflege über einen angedachten Projektzeitraum von sechs Jahren ca. 150.000 € jährlich betragen. Da Obstbäume zum Erhalt der gewünschten Wuchsform und zur Sicherung des Ertrages einen fachgerechten Baumschnitt benötigen, wären im Anschluss an die Entwicklungspflege alle drei Jahre weitere Haushaltsmittel von ca. 54.000 € notwendig. Alternativ könnte eine patenschaftliche Betreuung aus der Bürgerschaft in Erwägung gezogen werden, sofern sich gewillte Bürger, Schulklassen, Vereine für solch ein Engagement gewinnen lassen. Für die notwendige Abstimmung mit den Stadtbezirksräten, Durchführung der Ausführungsplanung, Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Abrechnung der Maßnahme sowie die Erarbeitung von Vorlagen an die jeweiligen politischen Gremien wäre ein zusätzlicher Diplom-Ingenieur der Landespflege im Fachbereich Stadtgrün und Sport über den Zeitraum von einem Jahr zu beschäftigen. Weiteres Aufgabenfeld wäre die Bewerbung des Projektes und die vorzunehmenden patenschaftlichen Vereinbarungen. Hierzu wären weitere Sach- und Personalkosten von ca. 90.000 € einzuplanen.				

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Grünflächenausschuss				1	8	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag abgelehnt. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						Abgelehnt
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 73: Schülerfahrkarten preisgünstiger und attraktiver gestalten						
Vorschlags-Nr.: 2464	Bewertung: 0,545	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Die Fahrkarten für Schülerinnen und Schüler sollten preisgünstiger und attraktiver gestaltet werden. Gerade für junge Personen stellt der ÖPNV oft das einzige Mittel dar, um weitere Entfernungen innerhalb der Stadt zurück zu legen, daher ist es wichtig, diesen Personenkreis bei seiner Mobilität zu unterstützen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 40						
Die Gestaltung der Tarife im ÖPNV ist Aufgabe der Verbundgesellschaft Region Braunschweig mbH. Die Stadtverwaltung hat hierauf keine Einflussmöglichkeiten. Es können keine Angaben zu den finanziellen Auswirkungen sowohl im Hinblick auf die einmaligen als auch auf die laufenden Kosten gemacht werden.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Schulausschuss			6	4	2	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 74: Magniviertel: Fahrradständer vor der Grundschule im Klint installieren							
Vorschlags-Nr.: 2482	Bewertung: 0,544	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Innenstadt			
Die Stadt Braunschweig möge vor dem Eingang der Grundschule im Klint zwei Anlehnbügel zum sicheren Anschließen von Fahrrädern installieren. Die auf dem Foto dargestellte Stelle wird regelmäßig zum unzulässigen Abstellen von Kraftfahrzeugen benutzt. Dadurch sind auch Beschädigungen der dortigen Sitzbank zu beklagen. Ohnehin mangelt es dort an ausreichend Möglichkeiten zum sicheren Anschließen von Fahrrädern.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Die Installation von Fahrradständern kostet pro Stück 200 - 250 EURO (Beschaffung und Einbau).							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf	Anmerkungen			Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Stadtbezirksrat 131				11	0	2	Angenommen
Bauausschuss				9	0	1	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)						
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 75: Modernes Zahlungssystem für Bus & Bahn einführen							
Vorschlags-Nr.: 1967	Bewertung: 0,539	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Im Februar hat die Braunschweiger Verkehrs GmbH die Preise für Fahrkarten erhöht, die beim Fahrer gekauft werden. Der Mehraufwand und die Belastung der Fahrer durch den Fahrkartenverkauf sind nachvollziehbar hoch. Jedoch muss man bedenken, dass der Kauf von Tickets beim Fahrer in den meisten Fällen der einzige Weg ist, um an Fahrkarten zu gelangen. Vorverkaufsstellen befinden sich nicht in allen Stadtteilen. Und ich finde, man kann nicht verlangen, dass man sich Einzelfahrscheine bunkert. Ich schlage daher vor, das Fahrkarten-System durch ein zeitgemäßes System zu ersetzen beziehungsweise zu ergänzen. Zum Beispiel durch eine Integration in die Braunschweiger Verkehrs GmbH App. Eine Implementierung von Tickets per Barcode/QR-Code haben mehrere Vorteile. 10er Streifen sollten auch dort zu erwerben sein und Fahrten können durch antippen entwertet werden. Die Entwertung von Fahrscheinen kann durch Scanner in den Bussen oder "Keep it Simple" durch antippen in der App durchgeführt werden. Zusätzlich zum Barcode kann zur Sichtkontrolle durch den Fahrer die Entwertungszeit angezeigt werden. Kontrolleure können über eine Kontrollapp die Barcodes prüfen. Für diese Lösung sind nur geringe Investitionen notwendig, da es sich um eine ausschließlich software-basierte Lösung handelt. Eine weitere, jedoch deutlich kostenintensivere Lösung, wären NFC Bezahlssysteme, bei denen die Busse und Bahnen mit NFC-Terminals Ausgestattet werden. Beim Betreten des Transportmittels kann per NFC-Smartphone oder mit einer Kundenkarte ein Ticket erworben oder ein vorhandenes Kontingent eingelöst werden. Auf die Kundenkarte können dann alle verfügbaren Ticketarten aufgebucht werden. Wichtig für die Akzeptanz eines solchen Systems ist auf jeden Fall die Verfügbarkeit aller Produktarten (Monatskarten, Fahrradkarten, 10er Karten und so weiter).							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
siehe auch Stellungnahme zu Vorschlag Nr. 2692. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat Ende Mai 2015 ihre umbenannte Fahrplan-App Verkehr-BS im Google Play Store veröffentlicht. Über die App können Fahrscheine der Vorverkaufspreisstufe des Stadttarifs Braunschweig für Fahrten in der Tarifzone 40/Stadt Braunschweig erworben werden. Die Fahrausweise können derzeit per Sofortüberweisung, Paypal oder Kreditkarte bezahlt werden. Das Lastschriftverfahren sieht die Verkehrs-GmbH derzeit als nicht praktikabel, da u.a. unsicher in der Einnahme, an. Entsprechende Erfahrungen wurden bereits mit einem SMS-Ticketsystem gemacht. Die App Verkehr-BS mit Ticketkauffunktion wird derzeit auch für den App Store erstellt, so dass kurzfristig auch Ticketkäufe für iOS Smartphones möglich sein werden.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	

Gremiumlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss			9	0	0	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss	Gemäß Beschlussvorschlag werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. (Ergebnis: 7 / 4 / 0)					
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Gesamtergebnishaushalt 2016

Haushaltsplan 2016

Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnishaushalt

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2015 - Euro -	Ansatz 2016 - Euro -	Planung 2017 - Euro -	Planung 2018 - Euro -	Planung 2019 - Euro -
Ordentliche Erträge							
1	Steuern und ähnliche Abgaben	337.659.318,11	357.626.300	332.629.300	354.229.300	368.029.300	377.329.300
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	116.037.511,88	131.586.100	162.606.600	159.537.820	159.381.742	158.331.355
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	15.048.789,26	15.198.282	15.172.838	15.270.939	15.370.988	15.370.988
4	Sonstige Transfererträge	10.970.006,64	8.853.700	9.060.500	9.097.548	9.135.337	9.173.882
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	34.065.108,12	33.142.100	42.101.750	44.643.656	44.989.338	45.338.474
6	Privatrechtliche Entgelte	9.179.508,97	8.555.600	9.317.000	9.752.781	9.801.692	9.941.542
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	121.848.770,73	129.849.880	157.322.900	166.250.788	177.517.951	178.340.651
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	4.632.551,76	9.772.300	7.449.500	7.097.200	3.395.700	3.394.200
9	Aktiviert Eigenleistungen	1.622.365,93	1.439.352	2.063.160	1.198.400	1.445.700	1.253.800
10	Bestandsveränderungen						
11	Sonstige ordentliche Erträge	19.854.745,25	19.318.500	21.047.900	18.767.463	18.538.932	18.399.811
12	Summe ordentliche Erträge	670.918.676,65	715.342.114	758.771.448	785.845.894	807.606.680	816.874.004
Ordentliche Aufwendungen							
13	Aufwendungen für aktives Personal	171.601.602,46	152.839.757	156.680.648	166.178.167	169.051.081	170.113.659
14	Aufwendungen für Versorgung	17.971.188,44	19.116.900	19.656.000	19.950.844	20.250.108	20.325.032
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	42.305.752,19	56.010.300	53.688.850	50.645.655	49.782.095	49.620.571
16	Abschreibungen	36.730.038,20	30.628.242	35.893.950	38.996.292	45.888.772	47.886.872
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.388.895,86	8.803.300	10.280.800	8.233.700	7.985.600	7.789.000
18	Transferaufwendungen	247.628.413,27	265.049.600	302.759.500	311.627.333	307.663.915	319.180.948
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	176.584.488,77	182.366.700	193.599.397	206.667.580	215.999.680	224.561.020
20	Überschuss gemäß § 15 Abs. 5 GemHKVO	0,00	527.316				
21	Summe ordentliche Aufwendungen	700.210.379,19	715.342.114	772.559.145	802.299.571	816.621.250	839.477.101
22	Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 21 + 20)	-29.291.702,54	527.316	-13.787.697	-16.453.677	-9.014.571	-22.603.097

Haushaltsplan 2016

Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnishaushalt

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2015 - Euro -	Ansatz 2016 - Euro -	Planung 2017 - Euro -	Planung 2018 - Euro -	Planung 2019 - Euro -
23	Außerordentliche Erträge	15.579.810,66	1.880.500	755.000	505.000	505.000	505.000
24	Außerordentliche Aufwendungen	5.836.510,65	1.870.000	447.000	447.000	447.000	447.000
25	Überschuss gemäß § 15 Abs. 6 GemHKVO	9.743.300,01	10.500	308.000	58.000	58.000	58.000
26	Summe aus Zeile 24 + 25	15.579.810,66	1.880.500	755.000	505.000	505.000	505.000
27	Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)	9.743.300,01	10.500	308.000	58.000	58.000	58.000
28	Jahresergebnis (Zeilen 22 + 27) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-19.548.402,53	537.816	-13.479.697	-16.395.677	-8.956.571	-22.545.097
29	Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahr gem. § 2 Abs. 6 GemHKVO						

Zusätzlich zu den lt. Muster vorgesehenen Zeilen folgt eine Darstellung der Überschussrücklagen.

	Voraussichtlicher Bestand der Überschussrücklagen am Ende des Haushaltsjahres	208.249.751,96	208.787.568	195.307.871	178.912.194	169.955.623	147.410.526

Erläuterungen

Für das Haushaltsjahr 2016 wird beim ordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von 13.787.697 Euro und beim außerordentlichen Ergebnis ein Überschuss von 308.000 Euro ausgewiesen. Insgesamt ergibt sich damit ein Jahresfehlbetrag von 13.479.697 Euro.

Der Haushalt ist gem. § 110 Abs. 4 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht. Dies ist für die Haushaltsjahre 2016 bis 2019 nicht der Fall. Allerdings gilt diese Verpflichtung gem. § 110 Abs. 5 Nr. 1 N KomVG als erfüllt, wenn ein voraussichtlicher Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung mit entsprechenden Überschussrücklagen verrechnet werden kann. Damit wird der Haushaltsausgleich durch einen Rückgriff auf die in vergangenen Jahresabschlüssen gebildeten Überschussrücklagen erreicht.

Haushaltsplan 2016

Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnishaushalt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2015 - Euro -	Ansatz 2016 - Euro -	Planung 2017 - Euro -	Planung 2018 - Euro -	Planung 2019 - Euro -

In den folgenden Darstellungen werden der Abbau der Haushaltsreste und die sich dadurch ergebenden Jahresergebnisse sowie die Bestände der Überschussrücklagen aufgezeigt. Hierin ist bereits das vorläufige Jahresergebnis 2015 enthalten.

	Abbau der Haushaltsreste 2014			-1.505.000	-3.906.000	-2.081.000	-3.232.000
	Jahresergebnis inkl. Resteabbau Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) (mit vorläufigem Jahresergebnis 2014 und vorläufigem Jahresergebnis 2015)	-19.548.402,53	-23.000.000	-14.984.697	-20.301.677	-11.037.571	-25.777.097
	Voraussichtlicher Bestand der Überschussrücklagen am Ende des Haushaltsjahres (mit vorläufigem Jahresergebnis 2014 vorläufigem Jahresergebnis 2015)	208.249.751,96	185.249.752	170.265.055	149.963.378	138.925.807	113.148.710

Gesamtfinanzhaushalt 2016

Haushaltsplan 2016

Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzhaushalt

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2015 - Euro -	Ansatz 2016 - Euro -	Planung 2017 - Euro -	Planung 2018 - Euro -	Planung 2019 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							
1	Steuern und ähnliche Abgaben	335.598.560,74	357.626.300	332.629.300	354.229.300	368.029.300	377.329.300
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	115.844.113,47	131.586.100	162.606.600	159.537.820	159.381.742	158.331.355
3	Sonstige Transfereinzahlungen	10.134.572,25	8.853.700	9.060.500	9.097.548	9.135.337	9.173.882
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	33.375.580,54	33.142.100	42.101.750	44.643.656	44.989.338	45.338.474
5	Privatrechtliche Entgelte	9.622.332,38	8.674.800	9.439.200	9.874.981	9.923.892	10.063.742
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	119.908.125,96	129.849.880	152.572.900	156.250.788	173.517.951	179.590.651
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	4.702.842,28	9.772.300	7.449.500	7.097.200	3.395.700	3.394.200
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände						
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	25.211.889,78	20.325.700	22.632.000	20.228.563	20.719.032	20.775.311
10	= Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	654.398.017,40	699.830.880	738.491.750	760.959.855	789.092.292	803.996.916
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							
11	Auszahlungen für aktives Personal	142.306.065,79	145.180.600	148.304.850	150.641.576	152.891.232	153.454.469
12	Auszahlungen für Versorgung	18.067.213,77	19.116.900	19.656.000	19.950.844	20.250.108	20.325.032
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	42.770.478,29	56.010.300	54.888.850	51.845.655	50.982.095	50.820.571
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	7.644.800,16	8.803.300	10.280.800	8.233.700	7.985.600	7.789.000
15	Transferauszahlungen	242.248.041,37	265.049.600	302.759.500	311.627.333	307.663.915	319.180.948
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	173.078.955,45	185.421.600	193.424.800	207.691.833	217.599.504	225.856.268
17	= Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	626.115.554,83	679.582.300	729.314.800	749.990.941	757.372.454	777.426.288
18	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)	28.282.462,57	20.248.580	9.176.950	10.968.914	31.719.838	26.570.628

Haushaltsplan 2016

Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzhaushalt

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2015 - Euro -	Ansatz 2016 - Euro -	Planung 2017 - Euro -	Planung 2018 - Euro -	Planung 2019 - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeit							
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	9.425.543,96	3.302.500	2.876.000	7.335.800	7.424.800	4.208.400
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	7.453.795,51	3.408.300	6.344.900	3.703.500	6.907.800	6.314.500
21	Veräußerung von Sachvermögen	3.338.021,79	3.826.000	2.988.900	2.651.000	4.261.000	1.671.000
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	214.981,45	300.000	300.000	300.000	900.000	900.000
23	Sonstige Investitionstätigkeit	1.236.845,56	354.300	3.302.300	357.000	357.000	357.000
24	= Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	21.669.188,27	11.191.100	15.812.100	14.347.300	19.850.600	13.450.900
Auszahlungen für Investitionstätigkeit							
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.837.757,13	2.609.100	4.893.200	2.055.000	2.403.900	1.746.000
26	Baumaßnahmen	49.508.167,12	49.285.400	68.012.700	42.799.500	45.203.300	44.360.600
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	7.417.317,28	6.987.200	7.792.000	5.239.800	5.518.600	5.041.000
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	4.893.375,86	5.413.000	6.016.300	5.937.000	9.037.000	6.537.000
29	Aktivierbare Zuwendungen	7.323.010,15	3.889.600	5.411.900	5.775.400	5.040.500	5.118.500
30	Sonstige Investitionstätigkeit			394.000	394.000	394.000	394.000
31	= Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	70.979.627,54	68.184.300	92.520.100	62.200.700	67.597.300	63.197.100
32	Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)	-49.310.439,27	-56.993.200	-76.708.000	-47.853.400	-47.746.700	-49.746.200
33	Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)	-21.027.976,70	-36.744.620	-67.531.050	-36.884.486	-16.026.862	-23.175.572

Haushaltsplan 2016

Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzhaushalt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2015 - Euro -	Ansatz 2016 - Euro -	Planung 2017 - Euro -	Planung 2018 - Euro -	Planung 2019 - Euro -

Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit							
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	1.965.048,75	21.167.800	41.238.700	6.088.200	4.530.200	3.845.300
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	18.511.915,12	29.477.400	16.863.700	7.338.200	5.780.200	5.095.300
36	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)	-16.546.866,37	-8.309.600	24.375.000	-1.250.000	-1.250.000	-1.250.000
37	Summe der Salden aus Zeile 33 und 36 (= Ergebnis Finanzhaushalt)	-37.574.843,07	-45.054.220	-43.156.050	-38.134.486	-17.276.862	-24.425.572
38	Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres	155.533.327,74	117.958.485	72.904.265	29.748.215	-8.386.272	-25.663.134
39	Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Zeile 37 und 38)	117.958.484,67	72.904.265	29.748.215	-8.386.272	-25.663.134	-50.088.706
	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	116.286,55					
39/1	Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres einschl. haushaltsunwirksamer Vorgänge	118.074.771,22	73.020.551	29.864.501	-8.269.985	-25.546.847	-49.972.419

Haushaltsplan 2016

Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzhaushalt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2015 - Euro -	Ansatz 2016 - Euro -	Planung 2017 - Euro -	Planung 2018 - Euro -	Planung 2019 - Euro -

In den folgenden Darstellungen werden der teilweise Abbau der Haushaltsreste und die sich dadurch ergebenden Bestände an Zahlungsmitteln zum Ende der Haushaltsjahre aufgezeigt.

Im Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Jahres 2014 wurde an dieser Stelle als Sondereffekt ein von der Bundesanstalt für Arbeit erst in den ersten Januartagen 2015 für das Jahr 2014 abgebuchter Betrag von rd. 3,9 Mio. € berücksichtigt. Für 2015 ist der Bestand an Zahlungsmitteln zum 31.12.2015 berücksichtigt.

	Abbau der Haushaltsreste, die zum Jahresabschluss 2014 gebildet wurden (ohne verbleibende Haushaltsreste in Höhe von rd. 27,5 Mio. €)			-5.559.000	-9.981.000	-6.108.000	-9.086.000
39/2	Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres inkl. Resteabbau unter Berücksichtigung des Ergebnisses für 2014 und des Bestandes an Zahlungsmitteln zum 31.12.2015	114.207.115,49	77.191.024	28.475.974	-19.639.513	-43.024.375	-76.535.947

Stellenplan 2016

Inhaltsverzeichnis

Anlage 5.1	Übersicht Neue Stellen
Anlage 5.2	Übersicht Wegfallende Stellen
Anlage 5.3	Übersicht über die Stellenplanveränderungen in den einzelnen Verwaltungen
Anlage 5.4	Veränderungen in den einzelnen Organisationseinheiten gegenüber dem Vorjahr – mit Begründungen
Anlage 5.5	Abkürzungsverzeichnis
Anlage 5.6	Förmlicher Stellenplan

Neue Stellen – Stand Vorlage vom 10. September 2015 zum Stellenplan 2016

Fachbereich/ Referat	<u>befürwortete</u> Stellen	Kurzbegründung
0140	1,00	1,00 befristete Stellenschaffungen, um Maßnahmenprüfungen (Bauausführungen und Bauabrechnungen) in einem angemessenen Umfang vornehmen zu können. Die derzeitigen Personalkapazitäten sind durch eine stark erhöhte Anzahl von Vergabe- und Nachtragsprüfungen gebunden.
0413	1,13	0,13 Stellenschaffungen im Verwaltungsbereich aufgrund des gestiegenen Aufwandes bei Fotoanfragen, Publikationen und Leihverkehr. 1,00 Stellenschaffungen zum Aufbau und zur Durchführung eines pädagogischen Programms insbesondere zur Bildungsarbeit mit Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen. Deckung aus Sachmitteln wird derzeit geklärt.
0414	0,14	0,14 Stellenschaffungen im Bereich Verwaltung aufgrund der stark gestiegenen Anfragen und deren Erfassung in der Archivsoftware. Ein erhöhter Bedarf wird aufgrund der stark gestiegenen Anfragen und des dadurch bedingten Mehraufwandes bei der Datenerfassung gesehen.
0630	5,00	5,00 Stellenschaffungen zur intensiveren Aufgabenwahrnehmung im Bereich „Vorbeugender Brandschutz“ incl. der regelmäßig wiederkehrenden Prüfungen.
01	2,00	2,00 Stellenschaffungen, davon 1 befristete, im Bereich Pressestelle zum Aufbau einer Betreuungsstruktur in den digitalen Medien (z. B. Facebook, Twitter).
10	1,00	0,50 Stellenschaffungen im Bereich Ausbildung. Die Zahl der Auszubildenden ist seit 2010 im Bereich des Berufsbildungsgesetzes um 28 vH. und im Beamtenbereich um 68 vH. erhöht worden. Weiterhin sind erhöhte Anstrengungen zur Gewinnung entsprechender Anwärter/innen erforderlich. Deckung erfolgt durch einen entsprechenden Stellenwegfall. 0,50 Stellenschaffungen im Bereich Vorzimmer Tätigkeiten entsprechend der Aufgabenentwicklung. In den letzten Jahren haben sachbearbeitende Tätigkeiten sowie auch Vertretungstätigkeiten stark zugenommen, sodass nunmehr ein personeller Ausgleich geschaffen werden muss. Teilweise Deckung durch einen Stellenwegfall.
20	1,12	1,12 befristete Stellenschaffungen im Bereich Vollstreckung aufgrund der Intensivierung von Ermittlungsarbeiten im Forderungsmanagement. Deckung durch eine zusätzliche Einnahmeerwartung von rd. 0,2 Mio. €.
32	3,00	0,50 Stellenschaffungen im Bereich Versammlungsrecht aufgrund der Fallzahl- und Aufgabenentwicklung. 0,50 Stellenschaffungen im Bereich Betreuung nach dem Geldwäschegesetz. 1,00 Stellenschaffungen im Bereich Zulassungswesen aus personalwirtschaftlichen Gründen. 0,50 Stellenschaffungen im Bereich Veterinärwesen aufgrund von Fallzahlsteigerungen und Rechtsänderungen. Deckung durch erhöhte Gebühreneinnahmen. 0,50 Stellenschaffungen im Bereich Veterinärwesen aufgrund von Fallzahlsteigerungen und Rechtsänderungen – insbesondere im Bereich Tierschutz.
37	5,00	1,00 Stellenschaffungen für die Projektbetreuung Neubau Führungs- und Lagezentrum und Neubau Hauptwache. 1,00 Stellenschaffungen zur retrospektiven Auswertung der Notrufdialoge aufgrund der Empfehlung des Landesausschusses Rettungsdienst. Deckung durch entsprechende Einnahmen von den Kostenträgern Rettungsdienst. 3,00 Stellenschaffungen zur intensiveren Aufgabenwahrnehmung in den Aufgabengebieten „Vorbeugender Brandschutz“ und „Fahrzeugbeschaffung“.
40	2,00	2,00 befristete Stellenschaffungen für 3 Jahre zum Aufbau neuer Strukturen im Bildungsbereich gem. Ratsbeschluss vom 21. Juli 2015. Dies betrifft v. a. den Aufbau eines datenbasierten Bildungsmanagements inklusive Bildungsberichterstattung. Teilweise Deckung aus Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.
41	2,00	1,00 befristete Stellenschaffungen zur Sicherstellung des Betriebes der Ausstellungshalle Hamburger Straße 267. 1,00 befristete Stellenschaffungen zur verwaltungsmäßigen Unterstützung im Zusammenhang mit der Sachbearbeitung für ein soziokulturelles Zentrum und eine neue Veranstaltungshalle.
50	6,43	0,13 Stellenschaffungen zur Unterstützung bei der Koordination in Asylbewerberangelegenheiten. 4,80 Stellenschaffungen im Bereich Wohngeld aufgrund der anstehenden Novellierung des Wohngeldrechts. 1,00 Stellenschaffungen im Bereich Seniorenbüro aufgrund von Aufgabenzuwächsen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Betreuungsbehörden. 0,50 Stellenschaffungen im Gesundheitsamt zur Sicherstellung der Asylbewerberuntersuchungen. Deckung durch erhöhte Einnahmen.
Zwischen- summe	29,82	

Neue Stellen – Stand Vorlage vom 10. September 2015 zum Stellenplan 2016

Fachbereich/ Referat	<u>befürwortete</u> Stellen	Kurzbegründung
Übertrag:	29,82	
51	29,26	1,00 Stellenschaffungen im Bereich des Allgemeinen Sozialdienstes aufgrund von Fallzahlsteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 8,64 Stellenschaffungen im Bereich des Kinder- und Jugendschutzhauses Ölper sowie der Spielstube Hebbelstraße zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Deckung durch Landesmittel. 1,00 Stellenschaffungen im Bereich Amtsvormundschaften aufgrund von Fallzahlsteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 1,69 Stellenschaffungen im Bereich Kindertagesstätten für Drittkräfte in Krippengruppen aufgrund der Ausweitung des Förderprogramms. 0,35 Stellenschaffungen aufgrund von Aufgabenveränderungen im Bereich Ökotropologie (z. B. Allergen-VO). 0,65 Stellenschaffungen im Bereich Kindertagesstätten zur besseren Betreuung der Einzelintegration durch eine/n Heilpädagogin/Heilpädagogen aufgrund rechtlicher Änderungen. 0,77 Stellenschaffungen in der KiTa Christian-Friedrich-Krull-Straße zur Entlastung der Leitungskräfte in der Betreuungs-/Gruppenarbeit. 10,38 Stellenschaffungen im Bereich Kindertagesstätten aufgrund der Neuberechnung der Ausfallzeiten. Nach Mitteilung des MK bezieht sich die Ausfallquote auch auf die Freistellungs- und Verfügungszeiten gem. § 5 KiTaG, die bisher nicht berücksichtigt wurden. 1,50 Stellenschaffungen im Bereich Schulkindbetreuung zur Abdeckung von Ausfallzeiten in den Gruppen, für die eine Betriebserlaubnis nach KiTaG vorliegt. 3,28 Stellenschaffungen im Bereich Schulkindbetreuung gem. Ratsbeschluss vom 27. Mai 2014.
61	2,00	1,00 Stellenschaffungen im Bereich Stadterneuerung zur durchgängigen Betreuung (Planung und Durchführung) des neuen Fördergebietes „Donauviertel“ in der Weststadt sowie zur Koordination der AG 2 Sanierungsdurchführung. 1,00 befristete Stellenschaffungen im Bereich Stadtgrün zur Schaffung neuer Wohnbaulandflächen auf Grundlage des Wohnraumversorgungskonzeptes.
65	3,00	2,00 Stellenschaffungen im Bereich Elektro- und Regeltechnik für die Wartung, Prüfung und Instandsetzung von betriebstechnischen Anlagen. 1,00 Stellenschaffung im Bereich betriebshandwerklicher Dienst zur Instandsetzung von Heizungsanlagen.
66	3,50	1,00 Stellenschaffungen im Bereich Verkehrsplanung aufgrund des Stadtbahnausbaukonzeptes. 1,00 Stellenschaffungen im Bereich Brücken und konstruktiver Ingenieurbau aufgrund des gestiegenen Betreuungsaufwandes und des damit verbundenen erhöhten Investitionsvolumens. 1,00 Stellenschaffungen im Bereich Baustellenmanagement aufgrund des steigenden Aufwands durch die Anwendung einer neuen technischen Regel für Arbeitsstätten. 0,50 Stellenschaffungen im Bereich Abfallwirtschaft entsprechend der Aufgabenentwicklung.
67	6,01	3,34 befristete Stellenschaffungen im Bereich Sportstättenpflege. Durch das Verbot glyphosathaltiger Herbizide ist ein vermehrter Personaleinsatz zur Beseitigung von Wildkräutern erforderlich. 1,67 Stellenschaffungen im Bereich Reinigungsprojekt aufgrund von Aufgaben- und Flächenzuwächsen. 1,00 Stellenschaffungen im Bereich Spielplatzpflege aufgrund der deutlichen Erhöhung der Anzahl der Spielplätze und Spielplatzgeräte seit 2002, für die Kontrolle und Wartung sicherzustellen sind.
94	0,15	0,15 Stellenschaffungen entsprechend der Freistellung.
Summe:	73,74	

Neue Stellen – Stand Vorlage vom 8. Dezember 2015 zum Stellenplan 2016

Fachbereich/ Referat	<u>befürwortete</u> Stellen	Kurzbegründung
Übertrag:	73,74	
0120	0,26	0,26 befristete Stellenschaffungen zur Aufgabenwahrnehmung nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz.
0630	2,00	1,00 befristete Stellenschaffungen zur intensiveren Aufgabenwahrnehmung im Bereich „Vorbeugender Brandschutz“ incl. der regelmäßig wiederkehrenden Prüfungen. 1,00 befristete Stellenschaffungen zur baurechtlichen Prüfung von Flüchtlingsunterkünften.
10	0,50	0,50 Stellenschaffungen im Bereich Personalbetreuung aufgrund von Fallzahlsteigerungen für die städtischen Gesellschaften. Deckung durch entsprechende Einnahmen aus dem geänderten Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH.
20	2,32	1,00 Stellenschaffungen im Bereich Beteiligungssteuerung aufgrund von Aufgabenzuwächsen infolge der Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1,00 Stellenschaffungen aufgrund von Aufgabenzuwächsen im Zusammenhang mit der Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge. 0,32 Stellenschaffungen aufgrund einer erforderlich gewordenen Aufgabenumverteilung bzw. Änderung in der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Vergnügungssteuer.
32	4,00	2,00 Stellenschaffungen im Bereich Ausländerangelegenheiten aufgrund von Fallzahlsteigerungen. 2,00 Stellenschaffungen im Zusammenhang mit der Zuweisung von Asylbewerbern.
50	51,76	45,01 Stellenschaffungen in verschiedenen Abteilungen des Fachbereiches im Zusammenhang mit Aufgabenzuwächsen durch die Aufnahme von Flüchtlingen 1,00 Stellenschaffungen im Gesundheitsamt für einen Ausbildungsplatz für einen Facharzt. 5,75 Stellenschaffungen im Gesundheitsamt zur Sicherstellung der Asylbewerberuntersuchungen. Deckung durch erhöhte Einnahmen.
51	112,96	2,00 Stellenschaffungen zur erneuten Einführung von Entgelten für den Besuch von Kindertagesstätten. 2,00 Stellenschaffungen im Bereich Wirtschaftliche Erziehungshilfe aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) gem. Beschluss VA vom 15. September 2015 und Rat vom 06. Oktober 2015. 0,63 Stellenschaffungen im Bereich Wirtschaftliche Erziehungshilfe aufgrund von Fallzahlsteigerungen und der jährlichen Personalbedarfsberechnung. 3,25 Stellenschaffungen im Bereich Allgemeine Erziehungshilfe aufgrund von Fallzahlsteigerungen und der jährlichen Personalbedarfsberechnung. 11,00 Stellenschaffungen im Bereich Allgemeine Erziehungshilfe aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) gem. Beschluss VA vom 15. September 2015. 89,00 Stellenschaffungen im Bereich Besondere Erziehungshilfe aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) gem. Beschluss VA vom 15. September 2015 und Rat vom 06. Oktober 2015. Deckung durch Landesmittel. 4,00 Stellenschaffungen im Bereich Amtsvormundschaften aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) gem. Beschluss VA vom 15. September 2015 und Rat vom 06. Oktober 2015. 1,00 Stellenschaffungen in der Kita Leibnitzplatz zur Teilnahme an dem Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“. Teilweise Deckung aus Bundesmitteln. 0,08 Stellenschaffungen im Bereich Schulkindbetreuung zur Abdeckung der Randzeitenbetreuung. Deckung aus Finanzmitteln der Schule.
61	2,00	1,00 Stellenschaffungen im Bereich Allgemeine Verwaltung zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung und Betreuung der dem FB 61 zugeordneten Abteilungen und Referate. Teilweise Deckung durch einen entsprechenden Stellenwegfall. 1,00 befristete Stellenschaffungen für den Bereich Energieberatungsstelle gem. Ratsbeschluss vom 21. Juli 2015 (DS 15-00200).
65	8,50	8,50 Stellenschaffungen für Planung und Bau von Unterkünften für Flüchtlinge.
Summe:	258,04	

Neue Stellen – Stand Vorlage vom 15. Februar 2016 zum Stellenplan 2016

Fachbereich/ Referat	<u>befürwortete</u> Stellen	Kurzbegründung
Übertrag:	258,04	
0120	0,35	0,35 Stellenschaffungen entsprechend der Aufgabenwahrnehmung. Im Bereich Wahlorganisation fallen regelmäßig erhebliche Überstunden an, die nur schwer abgebaut werden können. Durch die Stundenaufstockung soll dies reduziert bzw. vermieden werden.
0600	0,50	0,50 Stellenschaffungen im Zusammenhang mit der Neubildung des Fachbereiches 60 Bauordnung und Brandschutz.
10	1,00	1,00 Stellenschaffungen im Bereich Organisation zur Umsetzung der erwarteten neuen Entgeltordnung. Eine Freigabe zur Besetzung erfolgt durch die Verwaltung erst bei tatsächlichem Bedarf.
32	2,00	2,00 Stellenschaffungen im Bereich Bürgerangelegenheiten aufgrund von Fallzahlsteigerungen bei An-, Um- und Abmeldungen sowie einem erhöhten Zeitaufwand bei der Erteilung von Auskunftssperren.
40	2,00	2,00 befristete Stellenschaffungen im Zusammenhang mit der Bewerbung um die Aufnahme in das Förderprogramm zur kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Zu den zentralen Aufgaben der Stellen gehören u. a. die Bündelung der Kräfte lokaler Bildungsakteure (z. B. Stiftungen, Vereine, Verbände, Kirchen Kammern, Unternehmens-Initiativen) sowie die Optimierung der kommunalen Koordinierung. Die Freigabe durch die Verwaltung erfolgt, sofern die Förderzusage vorliegt und die Kostendeckung gegeben ist.
50	7,34	0,25 Stellenschaffungen im Bereich Finanzen für Controlling-Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen. 0,23 Stellenschaffungen im Bereich IT-Angelegenheiten im Zusammenhang mit Aufgabenzuwächsen durch die Aufnahme von Flüchtlingen; hier Mehraufwand bei der IT-Betreuung. 6,22 Stellenschaffungen im Bereich einer neuen Flüchtlingsabteilung durch Aufgabenzuwächse für die Unterbringung, Betreuung, Leistungsgewährung und Integration von Flüchtlingen. 0,64 Stellenschaffungen im Bereich des Gesundheitsamtes zur Einrichtung einer interkulturellen Service-Anlaufstelle für Gesundheitsfragen. Deckung aus Projektfördermitteln des Landes.
51	53,80	0,50 Stellenschaffungen im Bereich Allgemeine Erziehungshilfe aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) gem. Beschluss VA vom 15. September 2015. 0,50 Stellenschaffungen im Bereich Kindertagesstätten zur Koordination des Programms „Early Excellence Center“ in Familienzentren und Kitas. Deckung aus Fördermitteln. 1,80 Stellenschaffungen im Bereich Kindertagesstätten/Hauswirtschaftskräfte nach Neuberechnung der Personalausfallreserve. 51,00 Stellenschaffungen aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) nach neusten Erkenntnissen über die zu erwartenden Zugangszahlen.
60	1,00	1,00 Stellenschaffungen im Zusammenhang mit der Neubildung des Fachbereiches 60 Bauordnung und Brandschutz.
Summe:	326,03	

Neue Stellen – Stand Vorlage vom 26. Februar 2016 zum Stellenplan 2016

Fachbereich/ Referat	<u>befürwortete</u> Stellen	Kurzbegründung
Übertrag:	326,03	
		Veränderungen aus der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 25. Februar 2016
01	- 2,00	Ablehnung von 2,00 Stellenschaffungen, davon 1 befristete, im Bereich Pressestelle zum Aufbau einer Betreuungsstruktur in den digitalen Medien (z. B. Facebook, Twitter).
50	1,00	1,00 Stellenschaffungen im Bereich Wohnungswirtschaft. Es sollen u. a. Aufgaben der Wohnraumvermittlung für Menschen mit einem erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt aktiv unterstützt werden.
61	1,00	1,00 befristete Stellenschaffungen im Bereich Umweltplanung und Umweltdaten für eine Biologin/einen Biologen.
Summe:	326,03	Stellenschaffungen im Bereich der aktiven Stellen
91	2,00	2,00 Stellenschaffungen in der Stellenreserve für die technische Sachbearbeitung im Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement.

Wegfallende Stellen – Stand Vorlage vom 10. September 2015 zum Stellenplan 2016

Fachbereich / Referat	Anzahl der <u>wegfallenden</u> Stellen	Kurzbegründung
10	0,75	0,25 Stellenwegfälle im Bereich Rechnungswesen. Deckung für eine Stundenaufstockung im Bereich Vorzimmerarbeiten. 0,50 Stellenwegfälle im Bereich Personalkostenabrechnung. Deckung für eine Stellenschaffung im Ausbildungsbereich.
20	1,00	1,00 Stellenwegfälle im Bereich Gewerbesteuer/Vergnügungssteuer nach Realisierung eines kw-Vermerkes.
41	1,00	1,00 Stellenwegfälle im Bereich der Städtischen Musikschule nach Realisierung eines kw-Vermerkes.
50	4,05	1,38 Stellenwegfälle im Bereich Beschäftigungsförderung nach Realisierung von kw-Vermerken. 0,67 Stellenwegfälle im Bereich IT-Angelegenheiten nach Realisierung eines kw-Vermerkes. 1,00 Stellenwegfälle im Bereich Soziale Sicherung nach Realisierung eines kw-Vermerkes. 1,00 Stellenwegfälle im Bereich Besondere Einzelfallhilfe nach Realisierung eines kw-Vermerkes.
51	2,78	2,78 Stellenwegfälle im Bereich Kindertagesstätten nach der erfolgten Angebotsanpassung.
61	0,78	0,78 Stellenwegfälle im Bereich Allgemeine Verwaltung nach Realisierung eines kw-Vermerkes.
Summe	10,36	davon entfallen: 0,00 Stellenwegfälle auf die Realisierung eines kw 8)-Vermerkes (Haushaltskonsolidierung) 10,36 Stellenwegfälle auf organisatorische Maßnahmen bzw. Maßnahmen im Zusammenhang mit der Aufgabenentwicklung.

Hinweis: Stellenbruchteile sind unter Nutzung des verbesserten Technikeinsatzes mit Dezimalwerten dargestellt. Dies ermöglicht eine genaue kostenmäßige Zuordnung.

Wegfallende Stellen – Stand Vorlage vom 8. Dezember 2015 zum Stellenplan 2016

Fachbereich / Referat	Anzahl der <u>wegfallenden</u> Stellen	Kurzbegründung
Übertrag:	10,36	
51	2,00	2,00 Stellenwegfälle im Bereich Unterhaltsvorschuss, Elterngeld nachdem die Aufgabe Betreuungsgeld ersatzlos beendet wurde.
61	0,50	0,50 Stellenwegfälle im Bereich GIS-Dienste entsprechend der Aufgabenentwicklung und Besetzung. Deckung für eine Stellenschaffung im Bereich 61. 01 Allgemeine Verwaltung.
Summe:	12,86	davon entfallen:
		0,00 Stellenwegfälle auf die Realisierung eines kw 8)-Vermerkes (Haushaltskonsolidierung)
		12,86 Stellenwegfälle auf organisatorische Maßnahmen bzw. Maßnahmen im Zusammenhang mit der Aufgabenentwicklung.

Hinweis: Stellenbruchteile sind unter Nutzung des verbesserten Technikeinsatzes mit Dezimalwerten dargestellt. Dies ermöglicht eine genaue kostenmäßige Zuordnung.

Wegfallende Stellen – Stand Vorlage vom 1. Februar 2016 zum Stellenplan 2016

Fachbereich / Referat	Anzahl der <u>wegfallenden</u> Stellen	Kurzbegründung
Übertrag:	12,86	
51	5,50	5,50 Stellenwegfälle im Bereich Sozialpädagogische Familienhilfe nach Verlagerung der Aufgaben an Freie Träger.
Summe:	18,36	davon entfallen:
		0,00 Stellenwegfälle auf die Realisierung eines kw 8)-Vermerkes (Haushaltskonsolidierung)
		18,36 Stellenwegfälle auf organisatorische Maßnahmen bzw. Maßnahmen im Zusammenhang mit der Aufgabenentwicklung.

Hinweis: Stellenbruchteile sind unter Nutzung des verbesserten Technikeinsatzes mit Dezimalwerten dargestellt. Dies ermöglicht eine genaue kostenmäßige Zuordnung.

Übersicht über die Stellenplanveränderungen in den einzelnen Verwaltungen

	Stellenplan 2015			Veränderungen			Stellenplan 2016		
	Beamte	Beschäftigte	Gesamt	Beamte	Beschäftigte	Gesamt	Beamte	Beschäftigte	Gesamt
1 - Allgemeine Verwaltung	150,63	86,67	237,30	-0,25	3,61	3,36	150,38	90,28	240,66
2 - Finanzverwaltung *)	89,76	30,59	120,35	3,12	-0,68	2,44	92,88	29,91	122,79
3 - Rechts-, Sicherheits-, und Ordnungsverwaltung	500,15	95,69	595,84	16,50	-1,50	15,00	516,65	94,19	610,84
4 - Schul- und Kulturverwaltung	53,10	205,20	258,30	1,13	4,14	5,27	54,23	209,34	263,57
5 - Sozial- und Gesundheitsverwaltung	214,49	738,32	952,81	36,09	214,13	250,22	250,58	952,45	1203,03
6 - Bauverwaltung **)	131,50	432,81	564,31	8,25	13,00	21,25	139,75	445,81	585,56
8 - Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr	2,50	1,00	3,50				2,50	1,00	3,50
Personalvertretung	3,38	12,22	15,60		0,15	0,15	3,38	12,37	15,75
Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig	61,80	38,53	100,33				61,80	38,53	100,33
Summe 1	1.207,31	1.641,03	2.848,34	64,84	232,85	297,69	1.272,15	1.873,88	3.146,03
<u>Nachrichtlich</u> Stellenübersicht Fachbereich 65 (Beamtenstellen s. EV 6 Bauverwaltung)		258,88	258,88		10,50	10,50		269,38	269,38
Summe 2		258,88	258,88		10,50	10,50		269,38	269,38
<u>Nachrichtlich</u> Stellenübersicht SR Abfallwirtschaft (Beamtenstellen s. EV 2 Finanzen und EV 6 Bauverwaltung)		2,50	2,50		0,50	0,50		3,00	3,00
Summe 3		2,50	2,50		0,50	0,50		3,00	3,00
<u>Nachrichtlich:</u> Stellenübersicht SR Stadtentwässerung (Beamtenstellen s. EV 2 Finanzen und EV 6 Bauverwaltung)		4,50	4,50					4,50	4,50
Summe 4		4,50	4,50					4,50	4,50
Summe 5 (Summe 1 bis 4, aktive Stellen)	1.207,31	1.906,91	3.114,22	64,84	243,85	308,69	1.272,15	2.150,76	3.422,91
<u>Nachrichtlich:</u> Stellenreserve		17,00	17,00		90,00	90,00		107,00	107,00
Leer- und Ausbildungsstellen	138,00	112,00	250,00				138,00	112,00	250,00
Altersteilzeit	5,00	35,00	40,00		-15,00	-15,00	5,00	20,00	25,00
zugewiesene Dienstkräfte	7,50	10,01	17,51	-2,50	-1,00	-3,50	5,00	9,01	14,01
Summe 6	150,50	174,01	324,51	-2,50	74,00	71,50	148,00	248,01	396,01
Summe 5 und 6	1.357,81	2.080,92	3.438,73	62,34	317,85	380,19	1.420,15	2.398,77	3.818,92

*) einschließlich Beamte der Sonderrechnungen Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung

**) einschließlich Beamte der Sonderrechnungen des FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement, Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung

Veränderungen innerhalb der einzelnen Organisationseinheiten mit Begründungen

Inhaltsverzeichnis

Organisationseinheit	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (Seite/n)
0120 Stadtentwicklung und Statistik	2 - 3
0140 Rechnungsprüfungsamt	4 - 5
0412 Stadtbibliothek	6 - 7
0413 Städtisches Museum	8 - 9
0414 Wissenschaft und Stadtarchiv	10 - 11
0500 Sozialreferat	12 - 13
0600 Baureferat	14 - 15
01 Zentrale Steuerung	16 - 17
10 Zentrale Dienste	18 - 19
20 Finanzen	20 - 23
32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	24 - 29
37 Feuerwehr	30 - 33
40 Schule	34 - 35
41 Kultur	36 - 37
50 Soziales und Gesundheit	38 - 47
51 Kinder, Jugend und Familie	48 - 71
60 Bauordnung und Brandschutz (incl. Ref. 0620 Brandschutz und Wiederkehrende Prüfungen und Ref. 0630 Bauordnung)	72 - 77
61 Stadtplanung und Umweltschutz	78 - 81
65 Hochbau und Gebäudemanagement	82 - 85
66 Tiefbau und Verkehr	86 - 87
67 Stadtgrün und Sport	88 - 89
91 Stellenreserve für die Gesamtverwaltung	90 - 91
92 Leerstellen	92 - 93
94 Freigestellte Mitglieder der Personalvertretung	94 - 95
95 Zuweisung von Dienstkräften	96 - 97
96 Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig	98 - 99
98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit	100 - 103

0120 Stadtentwicklung und Statistik

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
neu	012-1000	<u>0120 Stadtentwicklung und Statistik</u> <u>0120.10 Stadtentwicklung und EU-Angelegenheiten</u> Wiss. Sachbearbeiter/in Kommunalinvestitionsförderung <u>0120.20 Wahlen</u> <u>0120.20/1 AG 1 Wahl- und Abstimmungsorganisation</u>				+ 1 E 13 T 10 kw 2019		
00131	012-2000	Sachbearbeiter/in Internet/Intranet, Wahlpersonal	1 A 10			1 E 9		
00130	012-2000	Sachbearbeiter/in Wahlrechtsprüfungen, Wahllokale und -inventar	1 E 6 T 25,32			1 E 6		

0120 Stadtentwicklung und Statistik

0120.10 Stadtentwicklung und EU-Angelegenheiten

Nr. neu

Befristete Stellenschaffung zur Aufgabenwahrnehmung nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz. Nach diesem Gesetz soll die Stadt Braunschweig in den Jahren bis 2019 rd. 7,3 Mio. € Fördermittel zur Stärkung der Investitionstätigkeit erhalten. Durch die Stellenschaffung wird der zusätzliche Aufwand für die koordinierende Funktion bei der Umsetzung und Abwicklung dieser Aufgabe abgedeckt.

0120.20 Wahlen

0120.20/1 AG 1 Wahl- und Abstimmungsorganisation

Nr. 00131

Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

Nr. 00130

Stundenaufstockung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung. Im Bereich Wahlorganisation fallen regelmäßig erhebliche Überstunden an, die nur schwer abgebaut werden können. Durch die Stundenaufstockung soll dies reduziert bzw. vermieden werden.

0140 Rechnungsprüfungsamt

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>0140 Rechnungsprüfungsamt</u>						
01484	014-0000	Referatsleiter/in	1 A 15	1 E 15				
		<u>0140.10 Prüfbereich Verwaltung</u>						
01683	014-0000	Stellenleiter/in Gesamtstätt. Korruptionsprä- vention, Grundsatzangelegen- heiten VOL, Vergaben Stätt. Klinikum gGmbH, Vergaben 10.04 Zentrale Vergabestelle (ohne Abt. 10.4)	1 A 12			1 A 13 gD		
		<u>0140.20 Prüfbereich Betriebswirtschaft</u>						
01485	014-0000	Prüfer/in Prüfung Jahresabschluss u. konsolid. Gesamtabschluss	1 E 13			1 A 13		
		<u>0140.30 Prüfbereich Technik</u>						
neu	014-0000	Prüfer/in Prüfung abgeschlossener Maßnahmen		+ 1 E 11 kw 2018				

0140 Rechnungsprüfungsamt

Nr. 01484

Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.

0140.10 Prüfbereich Verwaltung

Nr. 01683

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

0140.20 Prüfbereich Betriebswirtschaft

Nr. 01485

Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.

0140.30 Prüfbereich Technik

Nr. neu

Befristete Stellenschaffung, um Maßnahmenprüfungen (Bauausführungen und Bauabrechnungen) in einem angemessenen Umfang vornehmen zu können. Die derzeitigen Personalkapazitäten sind durch Vergabe- und Nachtragsprüfungen, deren Anzahl in den letzten Jahren erheblich angestiegen ist, gebunden. Die Befristung erfolgt, um die Entwicklung des zahlenmäßigen Umfangs der Vergabe- und Nachtragsprüfungen abzuwarten.

0412 Stadtbibliothek

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01391	410-2211	<u>0412 Stadtbibliothek</u> <u>0412.10 Lektorat, Erwerbung, Katalogisierung</u> <u>0412.10.1 AG 1 Lektorat</u> Sachbearbeiter/in Lektorate, Aufsichts- und Infodienst, Veranstaltungen	1 E 5			1 E 8		
01382	410-2211	<u>0412.20 Infodienste/Ausleihe</u> <u>0412.20.2 SG 2 Ausleihe</u> Sachbearbeiter/in büchereitechnischer Dienst	1 E 8	1 E 5				

0412 Stadtbibliothek

0412.10 Lektorat, Erwerbung,
Katalogisierung

0412.10.1 AG 1 Lektorat

Nr. 01391

Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung und Bewertung.

0412.20 Infodienste/Ausleihe

0412.20.2 SG 2 Ausleihe

Nr. 01382

Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung und Bewertung.

0413 Städtisches Museum

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01444	410-3000	<u>0413 Städtisches Museum</u> <u>0413.10 Verwaltung</u> Sachbearbeiter/in Verwaltung, Leihverkehr, Publikationen, Fotorechte	1 A 8 T 20	1 A 8 T 25				
neu	410-3000	<u>0413.20 Wissenschaftliche Sachbearbeitung</u> Museumspädagoge/-pädagogin		+ 1 E 10				

0413 Städtisches Museum

0413.10 Verwaltung

Nr. 01444

Stundenaufstockung entsprechend der Aufgabenentwicklung. Seit der Neueröffnung des Museums im Jahr 2012 haben sich z. B. die Fotoanfragen von anderen Institutionen und von privaten Personen mehr als verdoppelt, die Nachfrage im Bereich Publikationen/Büchertausch ist um ca. 30 % gestiegen. Im Zusammenhang mit einer steigenden Zahl von Wechselausstellungen erhöht sich auch der Verwaltungsaufwand für den Leihverkehr (z. B. Abschluss von Leihverträgen und Versicherungen, Organisation von Transporten).

0413.20 Wissenschaftliche Sachbearbeitung

Nr. neu

Stellenschaffung zum Aufbau und zur Durchführung eines pädagogischen Programms insbesondere zur Bildungsarbeit mit Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen. Bewertung offen.

0414 Wissenschaft und Stadtarchiv

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01590	410-4100	<u>0414 Wissenschaft und Stadtarchiv</u> <u>0414.10 Verwaltung, analoge Archivierung, Benutzung</u> Sachbearbeiter/in Vorzimmer	1 E 6 T 19,5 ÜT	1 E 6 T 25 ÜT				

0414 Wissenschaft und Stadtarchiv

0414.10 Verwaltung, analoge Archivierung, Benutzung

Nr. 01590

Stundenaufstockung entsprechend der Aufgabenentwicklung. Insbesondere die Zahl der schriftlichen Anfragen durch externe Benutzer an das Archiv ist seit 2007 von 923 auf mehr als 2200 Anfragen gestiegen. Die Grunddaten aller Anfragen werden im Vorzimmer in der Archivsoftware AUGIAS erfasst.

0500 Sozialreferat

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>0500 Sozialreferat</u>						
05649	050-3000	Sachbearbeiter/in Verwaltungsangelegenheiten, Zuwendungen	1 A 10 T 20	1 A 11 T 20				
		<u>0500.10 Büro für Migrationsfragen</u>						
03414	050-3000	Stellenleiter/in Integrationsförderung					- 1 S 18	
03415	050-3000	Sozialarb./-päd. Integrationsförderung, Geschäftsführung für den Ausschuss für Integrationsfragen					- 1 S 11	
05189	050-3000	Sozialarb./-päd. Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe					- 1 S 15 kw 3)	
05686	050-3000	Sozialarb./-päd. Umsetzung des Handlungskonzeptes Integrationsförderung					- 1 S 15 T 19,5	
03421	050-3000	Sozialarb./-päd. Umsetzung des Handlungskonzeptes Integrationsförderung; Übersetzungen türkische Sprache					- 1 S 11	

0500 Sozialreferat

Nr. 05649

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

0500.10 Büro für Migrationsfragen

Nrn. 03414, 03415, 05189, 05686 und
03421

Stellenverlegungen zum FB 50 Soziales und Gesundheit, Abt. 50.2 Flüchtlinge und Integration (geplant) zur Zusammenführung sämtlicher strategischer und operativer Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, der Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Integration. Hierdurch sollen Schnittstellen vermieden und eine ganzheitliche Aufgabenwahrnehmung erfolgen.

0600 Baureferat

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>0600 Baureferat</u>						
neu	060-0000	Sachbearbeiter/in Allgemeine Verwaltungsaufgaben				+ 1 E 6 T 19,5		
03504	060-0000	Sachbearbeiter/in					+1 A 14	
01462	060-0000	Stellv. Referatsleiter/in					- 1 A 12	
03945	060-0000	Sachbearbeiter/in Vorkaufsangelegenheiten					+ 1 A 8 T 20	
03944	060-0000	Sachbearbeiter/in Vorkaufsangelegenheiten					+ 1 A 8 T 20	
02826	060-0000	Bisher: Sachbearbeiter/in Wohnungsbauförderung, Mietspiegelangelegenheiten, Zuschüsse zu Baulückenschließungen					+ 1 A 11 T 36	
03266	060-0000	Bisher: Sachbearbeiter/in Wohnungsbauförderung					+ 1 A 11 T 4 kw 8)	

0600 Baureferat

Nrn. neu, 03504, 01462, 03945, 03944,
02826, 03266

Stellenschaffung sowie Stellenverlegungen zum neu gebildeten Ref. 0620 bzw. aus dem Ref. 0630 und dem FB 61 aufgrund der Neubildung des FB 60 (siehe auch Begründung FB 60).

01 Zentrale Steuerung

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>01 Zentrale Steuerung</u>						
		<u>0100 Steuerungsdienst</u>						
		<u>0100/1 AG 1 Büro OBM, Steuerungsdienst</u>						
00003	010-1000	Sachbearbeiter/in Redeentwürfe, Redearchiv	1 E 13	1 A 13 gD				
		<u>0100.10 Ratsangelegenheiten</u>						
00111	010-1000	Sachbearbeiter/in Ratsangelegenheiten, Haushaltsangelegenheiten	1 A 8 T 20	1 E 8 T 19,5				
		<u>0130 Pressestelle</u>						
Neu	013-0000	Sachbearbeiter/in Aufbau digitale Medien		+ 1 E 11				- 1E 11
Neu	013-0000	Sachbearbeiter/in Aufbau digitale Medien		+ 1 E 11 kw 2018				- 1 E 11 kw 2018

01 Zentrale Steuerung

0100 Steuerungsdienst

0100/1 AG 1 Büro OBM, Steuerungsdienst

Nr. 00003

Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

0100.10 Ratsangelegenheiten

Nr. 00111

Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

0130 Pressestelle

Nrn. neu

Stellenschaffungen, davon eine befristet, zum Aufbau einer Betreuungsstruktur in den digitalen Medien (z. B. Facebook, Twitter).

Empfehlung FPA am 25. Februar 2016

Die Stellenschaffung wurde im FPA am 25. Februar 2016 mehrheitlich abgelehnt.

10 Zentrale Dienste

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>10 Zentrale Dienste</u>						
		<u>10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle</u>						
04416	100-0020	Sachbearbeiter/in Rechnungswesen		- 1 A 7 T 10				
		<u>10.1 Personalbetreuung und -kostenabrechnung</u>						
		<u>10.12 Personalbetreuung Beschäftigte</u>						
neu	100-1120	Sachbearbeiter/in Betreuung und Personalwirtschaft Städt. Gesellschaften				+ 1 A 10 T 20		
01573	100-1120	Sachbearbeiter/in Arbeitnehmerbetreuung FB 40, 41 und 61, Ref. 0412, 0413 und 0414	1 A 10			1 E 9		
		<u>10.13 Personalkostenabrechnung</u>						
		<u>10.13.2 SG 2 Entgelte</u>						
01599	100-1320	Sachbearbeiter/in Abt. 65.0 bis 65.3, Stelle 65.42, FB 66		- 1 A 8 T 20				
		<u>10.14 Ausbildung</u>						
neu	100-1400	Sachbearbeiter/in		+ 1 A 10 T 20				
		<u>10.2 Personalwirtschaft, - entwicklung und Organisation</u>						
01980	100-2000	Sachbearbeiter/in Zentrale Aufgaben	1 E 6 ÜT T 19,5	1 E 6 ÜT				
		<u>10.22 Organisation Verw. 1, 2, 3, 5, Gesamtstellenplan</u>						
Neu	100-2120	Sachbearbeiter/in				+ 1 A 11 Sp*)		
		<u>10.4 Informations- und Kommunikationstechnologie</u>						
		<u>10.40 IuK-Steuerung, Internet</u>						
01480	100-4010	Sachbearbeiter/in Zentrale Aufgaben	1 A 8	1 E 8				
		<u>10.44 IuK-Anwenderbetreuung</u>						
01984	100-4400	Sachbearbeiter/in IT-Hotline	1 E 8			1 A 8		
		<u>10.45 Telekommunikations- und Netztechnik</u>						
01992	100-4500	Sachbearbeiter/in Datennetz	1 A 10	1 A 11				

10 Zentrale Dienste

10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle

Nr. 04416

Stellenwegfall entsprechend der Aufgabenentwicklung als Deckung für die Stundenaufstockung bei StVPI-Nr. 10.2/01980.

10.1 Personalbetreuung und -kostenabrechnung

10.12 Personalbetreuung Beschäftigte

Nr. neu

Stellenschaffung aufgrund von Fallzahlsteigerungen im Bereich der Personalwirtschaft und -betreuung für die städtischen Gesellschaften. So ist die Anzahl der zu betreuenden Beschäftigten von 130 (2007) auf nunmehr 196 (08/2015) Beschäftigte angestiegen. Den entstehenden Personalkosten stehen entsprechende Einnahmen aus dem geänderten Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH gegenüber.

Nr. 01573

Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

10.13 Personalkostenabrechnung

10.13.2 SG 2 Entgelte

Nr. 01599

Stellenwegfall entsprechend der Aufgabenentwicklung als Deckung für die Stellenschaffung bei StVPI-Nr. 10.14/neu.

10.14 Ausbildung

Nr. neu

Stellenschaffung entsprechend der Aufgabenentwicklung im Bereich Ausbildung. So sind seit 2010 die Auszubildendenzahlen bei den Beamten um 68 vH. und bei den Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz um 28 vH. gestiegen. Zudem wurden und werden verstärkt Anstrengungen zur Gewinnung geeigneter Auszubildender unternommen. Deckung durch einen entsprechenden Stellenwegfall (StVPI-Nr. 10.13.2/01599).

10.2 Personalwirtschaft, -entwicklung und Organisation

Nr. 01980

Stundenaufstockung entsprechend der Aufgabenentwicklung. In den letzten Jahren haben sachbearbeitende Tätigkeiten sowie auch Vertretungstätigkeiten stark zugenommen, sodass nunmehr ein personeller Ausgleich geschaffen werden muss. Teilweise Deckung durch einen Stellenwegfall (StVPI-Nr. 10.01/04416).

10.22 Organisation Verw. 1, 2, 3, 5, Gesamtstellenplan

Nr. neu

Stellenschaffung zur Umsetzung der erwarteten neuen Entgeltordnung. Freigabe durch die Verwaltung bei tatsächlichem Bedarf.

10.4 Informations- und Kommunikationstechnologie

10.40 IuK-Steuerung, Internet

Nr. 01480

Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

10.44 IuK-Anwenderbetreuung

Nr. 01984

Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

10.45 Telekommunikations- und Netztechnik

Nr. 01992

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

20 Finanzen

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		20 Finanzen						
		<u>0200 Haushalt, Controlling und Beteiligungen</u>						
		<u>0200.11 Haushalt und Controlling</u>						
		<u>0200.11.1 SG 1 Planungskoordination, Bewirtschaftung, Controlling</u>						
03877	200-1110	Sachbearbeiter/in Allgemeine Finanzwirtschaft; Ergebnishaushalt für Teilhaushalte 01, 10, 20, 61, 66 und 67, Geschäftsführung Finanz- und Personalausschuss	1 A 10	1 A 11				
		<u>0200.11.4 SG 4 Koordination Abschlüsse, konsolidierter Gesamtabschluss, Projekte, Sonderaufgaben</u>						
04623	200-1140	Sachbearbeiter/in Abschlüsse, Wirtschaftsplan 65, Jahresabschluss FB 20	1 A 11			1 A 12		
		<u>0200.12 Beteiligungssteuerung</u>						
04537	200-1200	Sachbearbeiter/in Gesellschaften, Berichtswesen/ Beteiligungsbericht, Gremienentsendungen	1 A 10			1 A 11		
neu	200-1200	Sachbearbeiter/in Stadt als Steuerschuldnerin				+ 1 A 11		
		<u>20.2 Liegenschaften</u>						
		<u>20.22 Grundstücksverwaltung</u>						
neu	200-2200	Sachbearbeiter/in Wohnraum für Flüchtlinge				+ 1 A 11		
		<u>20.3 Steuern</u>						
		<u>20.31 Gewerbesteuer/ Vergnügungssteuer</u>						
04314	200-3100	Sachbearbeiter/in Gewerbesteuer, steuerl. Bescheinigungen Buchstaben G, N-Q		- 1 E 9 kw 1)				
05193	200-3100	Sachbearbeiter/in Gewerbesteueranlagen P-Z	1 E 8 T 26,5			1 E 8		
01711	200-3100	Sachbearbeiter/in Vergnügungssteuer	1 A 9 mD			1 A 8		

20 Finanzen

0200 Haushalt, Controlling und Beteiligungen

0200.11 Haushalt und Controlling

0200.11.1 SG 1 Planungskoordination, Bewirtschaftung, Controlling

Nr. 03877 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

0200.11.4 SG 4 Koordination Abschlüsse, konsolidierter Gesamtabschluss, Projekte, Sonderaufgaben

Nr. 04623 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

0200.12 Beteiligungssteuerung

Nr. 04537 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

Nr. neu Stellenschaffung aufgrund von Aufgabenzuwächsen infolge der Änderung des Umsatzsteuergesetzes.

20.2 Liegenschaften

20.22 Grundstücksverwaltung

Nr. neu Stellenschaffung aufgrund von Aufgabenzuwächsen im Zusammenhang mit der Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge.

20.3 Steuern

20.31 Gewerbesteuer/ Vergnügungssteuer

Nr. 04314 Realisierung des kw-Vermerkes im Zuge einer Altersteilzeitregelung.

Nr. 05193 Stundenaufstockung auf eine Vollzeitstelle aufgrund einer erforderlich gewordenen Aufgabenumverteilung bzw. Änderung in der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Vergnügungssteuer.

Nr. 01711 Stellenwertänderung aufgrund eines geänderten Aufgabenzuschnitts.

20 Finanzen

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
03921	200-4200	<u>20.4 Stadtkasse</u> <u>20.41 Buchhaltung</u> <u>20.41.2 SG 2 Kreditoren</u> Sachgebietsleiter/in Betreuung Buchhaltung Kasse und dezentrale Buchhaltung	1 E 8	1 A 9 mD				
03922	200-4200	Kassierer/in, Kontenführer/in Betreuung Buchhaltung Kasse	1 A 8	1 E 8				
neu	200-4300	<u>20.43 Vollstreckung</u> Sachbearbeiter/in Vollstreckung in das bewegliche Vermögen - Innendienst -		+ 1 A 8 kw 2019				
03927	200-4300	Sachbearbeiter/in Vollstreckung in das bewegliche Vermögen - Innendienst -, gerichtl. Mahnverfahren	1 A 8 T 30	1 A 8 T 35				

20.4 Stadtkasse

20.41 Buchhaltung

20.41.2 SG 2 Kreditoren

Nrn. 03921 und 03922

Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung und Bewertung.

20.43 Vollstreckung

Nrn. neu und 03927

Befristete Stellenschaffung bzw. Stundenaufstockung aufgrund der Intensivierung von Ermittlungsarbeiten im Forderungsmanagement. Deckung durch zusätzliche Einnahmeerwartungen in Höhe von rd. 0,2 Mio. €.

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit</u>						
		<u>32.1 Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten</u>						
		<u>32.11 Ordnungsangelegenheiten</u>						
		<u>32.11.2 SG 2 Versammlungsrecht, Waffen- und Sprengstoffrecht</u>						
neu	320-1011	Sachbearbeiter/in Versammlungsrecht		+ 1 A 10 T 20				
05521	320-1060	Sachbearbeiter/in Waffenrecht	1 A 8 kw 2015	1 A 8 kw 2016				
05522	320-1060	Sachbearbeiter/in Waffenrecht	1 A 8 kw 2015	1 A 8 kw 2016				
		<u>32.12 Gewerbeangelegenheiten</u>						
		<u>32.12.2 SG 2 Bekämpfung der Schwarzarbeit, Marktwesen</u>						
neu	320-1011	Sachbearbeiter/in Geldwäschegesetz		+ 1 A 10 T 20				
02091	320-1052	Sachbearbeiter/in Marktwesen	1 A 7	1 E 5				
02093	320-1052	Sachbearbeiter/in Marktwesen	1 A 7			1 A 8		
		<u>32.2 Bußgeldabteilung</u>						
		<u>32.2/1 AG 1 Sonstige Ordnungswidrigkeiten</u>						
05383	320-2300	Sachbearbeiter/in Sonstige Bußgelder	1 A 10 kw 2015	1 A 10 kw 2016				
04333	320-2300	Sachbearbeiter/in			+ 1 A 10 kw 1)			
		<u>32.3 Straßenverkehrsabteilung</u>						
		<u>32.3/1 AG 1 Verwaltung</u>						
02310	320-3000	Sachbearbeiter/in Haushalt	1 E 5 T 19,5			1 E 5 T 30	+ 1 E 6 T 10,5	
		<u>32.3/2 AG 2 Pers.-Bef., Güterkraftverkehr, Bundesleistungsgesetz</u>						
02315	320-3300	Sachbearbeiter/in	1 E 8	1 A 8				

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>32.32 Allgemeine Zulassungen</u>						
02343	320-3200	Sachbearbeiter/in Zulassungen	1 E 6			1 A 7		
neu	320-3200	Sachbearbeiter/in Zulassungen					+ 1 A 7 T 20	
04841	320-3200	Sachbearbeiter/in Zulassungen	1 E 6 T 29,25			1 A 7	- 1 E 6 T 10,5 + 1 E 5 T 20,25	
		<u>32.33 Händlerzulassungen, Abnahme</u>						
neu	320-3200	Sachbearbeiter/in Zulassungen		+ 1 A 7				
02339	320-3200	Sachbearbeiter/in Zulassungen	1 A 7			1 E 6 T 19,5	- 1 A 7 T 20	
02344	320-3200	Sachbearbeiter/in Zulassungen	1 E 3	1 E 5				
02345	320-3200	Sachbearbeiter/in Zulassungen	1 E 3 T 24,57	1 E 5 T 24,57		1 E 5 T 29,65	+ 1 E 5 T 5,08	
02346	320-3200	Sachbearbeiter/in Zulassungen	1 E 3 T 25,33	1 E 5 T 25,33			- 1 E 5 T 20,25 - 1 E 5 T 5,08	
		<u>32.4 Abt. Bürgerangelegenheiten</u>						
		<u>32.41 Allgemeine Bürgerangelegenheiten</u>						
		<u>32.41.1 SG 1 Bürgerangelegenheiten</u>						
02356	320-4120	Sachbearbeiter/in Bürgerberatungsstelle Rathaus	1 A 8 T 20			1 A 8 T 30	+ 1 A 7 T 10	
02364	320-4110	Sachbearbeiter/in Schaltersachbearbeitung	1 A 7 T 20				- 1 A 7 T 10 - 1 A 7 T 10	
neu	320-4110	Sachbearbeiter/in Schaltersachbearbeitung				+ 1 A 7		
		<u>32.41.2 SG 2 Bürgerangelegenheiten</u>						
01941	320-4110	Sachbearbeiter/in Schaltersachbearbeitung	1 E 6 T 19,5			1 A 7 T 20		
02375	320-4110	Sachbearbeiter/in Schaltersachbearbeitung	1 E 6			1 A 7		
		<u>32.41.3 SG 3 Verwaltung</u>						
02408	320-4110	Sachbearbeiter/in Zentralaufgaben	1 A 7 T 30			1 A 7	+ 1 A 7 T 10	

32.32 Allgemeine Zulassungen

Nr. 02343	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.
Nr. neu	Verlegung einer halben Stelle von Stelle 32.33 (StVPI-Nr. 02339) entsprechend der Aufgabenwahrnehmung.
Nr. 04841	Verlegung von Stellenanteilen von Stelle 32.33 (StVPI-Nr. 02346) und zu 32.3 AG 1 (StVPI-Nr. 02310) entsprechend der Aufgabenwahrnehmung.

32.33 Händlerzulassungen, Abnahme

Nr. neu	Stellenschaffung zur Kompensation von zum Teil langandauernden krankheitsbedingten Ausfällen mehrerer Mitarbeiter der Zulassungsstelle. Von diesen Ausfällen ist auch weiterhin auszugehen. Hierbei wird auch berücksichtigt, dass es sich bei der Zulassungsstelle um einen sehr publikumsintensiven Bereich handelt.
Nr. 02339	Verlegung einer halben Stelle zu Stelle 32.32 entsprechend der Aufgabenwahrnehmung. Stellenumwandlung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.
Nrn. 02344 und 02345	Stellenhebungen entsprechend der Bewertung.
Nr. 02346	Stellenhebung entsprechend der Bewertung. <u>Ergänzung:</u> Verlegung von Stellenanteilen zu Stelle 32.32 (StVPI-Nr. 04841) entsprechend der Aufgabenwahrnehmung.

32.4 Abt. Bürgerangelegenheiten

32.41.1 SG 1 Bürgerangelegenheiten

Nr. 02356	Verlegung von Stundenanteilen von StVPI-Nr. 02364 im Zusammenhang mit der Aufgabenverlagerung nach Einführung des neuen Bundesmeldegesetzes.
Nr. 02364	Verlegung von Stundenanteilen zu StVPI-Nr. 02356 und 32.41.3 Verwaltung StVPI-Nr. 02408 im Zusammenhang mit der Aufgabenverlagerung nach Einführung des neuen Bundesmeldegesetzes.

32.41.2 SG 2 Bürgerangelegenheiten

Nrn. 01941 und 02375	Wertgleiche Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzung.

32.41.3 SG 3 Verwaltung

Nr. 02408	Verlegung von Stundenanteilen von 32.41.1 SG 1 Bürgerangelegenheiten StVPI-Nr. 02364 im Zusammenhang mit der Aufgabenverlagerung nach Einführung des neuen Bundesmeldegesetzes.

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>32.41/4 AG 4 IT-Anwendungen</u>						
neu	320-4110	Sachbearbeiter/in Auskunftssperren				+ 1 A 7		
		<u>32.42</u> <u>Ausländerangelegenheiten</u>						
		<u>32.42.1 SG 1 Allgemeine</u> <u>Ausländerangelegenheiten</u>						
neu	320-4200	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten				+ 1 A 8		
05524	320-4200	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten	1 A 10 kw 2015	1 A 10				
05525	320-4200	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten	1 A 8 kw 2015	1 A 8				
neu	320-4200	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten				+ 1 A 10		
neu	320-4200	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten				+ 1 A 8		
		<u>32.42.2 SG 2 Einbürgerung,</u> <u>Servicestelle für Studierende</u> <u>und Wissenschaftler</u>						
neu	320-4200	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten				+ 1 A 7		
		<u>32.5 Veterinärwesen,</u> <u>Verbraucherschutz</u>						
neu	320-5000	Sachbearbeiter/in für Bürokommunikation		+ 1 E 5 T 19,5				
neu	320-5000	Sachbearbeiter/in Verwaltungsaufgaben		+ 1 A 8 T 20				

Nr. neu

32.42 Ausländerangelegenheiten

32.42.1 SG 1 Allgemeine Ausländerangelegenheiten

Nr. neu

Nrn. 05524 und 05525

Nrn. neu

32.42.2 SG 2 Einbürgerung, Servicestelle für Studierende und Wissenschaftler

Nr. neu

32.5 Veterinärwesen, Verbraucherschutz

Nr. neu

Nr. neu

- 29 -

37 Feuerwehr

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>37 Feuerwehr</u>						
Neu	370-2200	B-Dienst Projektbetreuung Neubau FuL, Sanierung HW <u>37.0 Verwaltung und Katastrophenschutz</u> <u>37.02 Rettungsdienst, Betriebswirtschaft</u>		+ 1 A 12				
00159	370-1200	Sachbearbeiter/in Rettungsdienstabrechnung <u>37.1 Gefahrenabwehr und Rettungsdienst</u>	1 E 3 T 24,50	1 E 5 T 24,50				
00341, 00342	370-1100	<u>37.11 Einsatz</u> <u>Bisher:</u> Brandmeister/in Wachabteilung <u>Künftig:</u> Gruppenführer/in	2 A 7	2 A 9 Z				
00208, 00320, 00376, 05342	370-1100	<u>Bisher:</u> Brandmeister/in Wachabteilung <u>Künftig:</u> Hauptbrandmeister/in 1. Disponent	4 A 7	4 A 9 mD				
00225	370-1100	<u>Bisher:</u> Brandmeister/in Wachabteilung <u>Künftig:</u> Hauptbrandmeister/in Wachabteilung	1 A 7	1 A 9 mD				
00224, 00226, 00234, 00258, 00264, 00272, 00325, 00343, 04989	370-1100	<u>Bisher:</u> Brandmeister/in Wachabteilung <u>Künftig:</u> Oberbrandmeister/in Wachabteilung	9 A 7	9 A 8				
		<u>37.12 Rettungsdienst</u>						
00180, 00222	370-1200	<u>Bisher:</u> Brandmeister/in Wachabteilung <u>Künftig:</u> Oberbrandmeister/in Wachabteilung	2 A 7	2 A 8				
		<u>37.13 Ausbildung</u>						
04977	370-1100	Melder/in B-Dienst Werkstattleiter/in Fahrschule			- 1 A 9 mD kw 1)			

37 Feuerwehr

Nr. neu

Stellenschaffung zur Betreuung der vorgesehenen Bauprojekte (Führungs- und Lagezentrum sowie Hauptwache).

37.0 Verwaltung und Katastrophenschutz

37.02 Rettungsdienst, Betriebswirtschaft

Nr. 00159

Stellenhebung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

37.1 Gefahrenabwehr und Rettungsdienst

37.11 Einsatz

Nrn. 00341 und 00342

Nrn. 00208, 00320, 00376 und 05342

Nr. 00225

Nrn. 00224, 00226, 00234, 00258, 00264,
00272, 00325, 00343 und 04989

Stellenhebungen entsprechend der Bewertung.

37.12 Rettungsdienst

Nrn. 00180 und 00222

37.13 Ausbildung

Nr. 04977

Stellenverlegung zu 37.15 entsprechend der zukünftigen Verwendung.

37 Feuerwehr

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>37.15 Leitstelle</u>						
04977	370-1010	Sachbearbeiter/in Leitstelle		1 A 13 gD kw 1)	+ 1 A 9 mD kw 1)			
00445	370-1010	Lagedienstführer/in Aus- und Fortbildung IRLS	1 A 11	1 A 12				
00446	370-1010	Lagedienstführer/in Einsatzleitsystem	1 A 11	1 A 12				
00448	370-1010	Lagedienstführer/in Führungsunterlagen	1 A 11	1 A 12				
05000	370-1010	Oberbrandmeister/in Disponent/in	1 A 8	1 E 8				
Neu	370-1200	Sachbearbeiter/in Auswertung Notrufdialoge		+ 1 A 9 mD kw 4)				
		<u>37.2 Gefahrenvorbeugung und Technik</u>						
		<u>37.21 Vorbeugender Brandschutz</u>						
00482	370-2110	B-Dienst Stellenleiter/in Vorbeugender Brandschutz	1 A 12	1 A 13 gD				
Neu	370-2110	C-Dienst Vorbeugender Brandschutz		+ 2 A 11				
		<u>37.22 Technik</u>						
00495	370-2200	B-Dienst Stellenleiter/in Technik	1 A 12	1 A 13 gD				
00177	370-2200	Lagedienstführer/in Gerätebeschaffung	1 A 10	1 A 11				
Neu	370-2200	C-Dienst Fahrzeugbeschaffung		+ 1 A 11				

37.15 Leitstelle

Nr. 04977	Stellenverlegung von 37.13 entsprechend der zukünftigen Verwendung und Ausweisung entsprechend der zukünftigen Besetzung..
Nrn. 00445, 00446 und 00448	Stellenhebungen entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
Nr. 05000	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. neu	Stellenschaffung zur retrospektiven Auswertung der Notrufdialoge aufgrund der Empfehlung des Landesausschusses Rettungsdienst. Deckung durch entsprechende Einnahmen von den Kostenträgern Rettungsdienst.

37.2 Gefahrenvorbeugung und Technik

37.21 Vorbeugender Brandschutz

Nr. 00482	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.
Nr. neu	Stellenschaffungen zur Stärkung des „Vorbeugenden Brandschutzes“. Nach dem Brand in der Tiefgarage ist vorgesehen, die Fristen zwischen zwei Brandverhütungsschauen zu verkürzen. Hierzu wird zusätzliches Personal benötigt.

37.22 Technik

Nr. 00495	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.
Nr. 00177	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.
Nr. neu	Stellenschaffung zur Stärkung im Bereich Fahrzeugbeschaffung. In den vergangenen Jahren konnten im Haushalt vorgesehene Vergabeverfahren nicht oder nur stark zeitversetzt durchgeführt werden.

40 Schule

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>40 Schule</u>						
neu	400-1010	Wiss. Sachbearbeiter/in Bildungsmanagement		+ 1 E 13 kw 2019 Sp*)				
neu	400-1010	Sachbearbeiter/in Bildungsmanagement- und - monitoring, Schulentwicklungsplanung		+ 1 A 11 kw 2019 Sp*)				
neu	400-1010	Bildungskordinator/in für Neuzugewanderte				+ 2 E 13 kw 2018)		
		<u>40.89 Berufsbildende Schulen und Sonstiges</u>						
01005	400-1912	Hauswirtschaftliche Betriebsleitung BBS V	1 E 5	1 E 8				

40 Schule

Nrn. neu

Befristete Stellenschaffungen für 3 Jahre zum Aufbau neuer Strukturen im Bildungsbereich. Dies betrifft v. a. den Aufbau eines datenbasierten Bildungsmanagements inklusive Bildungsberichterstattung. Hiermit können unter spezifischen kommunalen Fragestellungen im Rahmen einer kontinuierlichen Dauerbeobachtung Bildungsprozesse nachvollzogen werden und Problemlagen transparent gemacht sowie einer Lösung zugeführt werden.

Im Rahmen eines neuen Programms „Bildung integriert“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) können Fördermittel beantragt werden. Neben der Gewährung von Sachzuwendungen (Reisekosten und spezifische Software) ist eine 50 prozentige Förderung von Personalkosten für 3 Jahre nach ESF-Richtlinien möglich. Bei einer erfolgreichen Antragstellung der Stadt Braunschweig zum 31. Oktober 2015 könnte voraussichtlich ab März 2016 die Förderung erfolgen.

Die Stellenschaffung erfolgt entsprechend der Beschlussfassung des Rates vom 21. Juli 2015. Die Freigabe durch die Verwaltung erfolgt nach Vorliegen der Förderzusage. Bewertung offen.

Nrn. neu

Befristete Stellenschaffung für 2 Jahre im Zusammenhang mit der Bewerbung um die Aufnahme in das Förderprogramm zur kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Zu den zentralen Aufgaben der Stellen gehören u. a. die Bündelung der Kräfte lokaler Bildungsakteure (z. B. Stiftungen, Vereine, Verbände, Kirchen Kammern, Unternehmens-Initiativen) sowie die Optimierung der kommunalen Koordinierung.

Zuwendungsfähig sind die Aufwendungen für Personal und Reisekosten bis zu 100 %.

Die Freigabe durch die Verwaltung erfolgt, sofern die Förderzusage vorliegt und die Kostendeckung gegeben ist. Bewertung offen

40.89 Berufsbildende Schulen und Sonstiges

Nr. 01005

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

41 Kultur

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		41. Kultur						
		<u>41.0 Kulturinstitut</u>						
		<u>41.0/1 AG 1 Service, Steuerung, Großprojekte, Schlossangelegenheiten</u>						
04333	410-0100	Sachbearbeiter/in			- 1 A 10 kw 1)			
		<u>41.0/2 AG 2 Bildende Kunst, Veranstaltungen, Roter Saal</u>						
01299	410-0100	Bisher: Sachbearbeiter/in Projekte Künftig: Veranstaltungskauffrau/ Veranstaltungskaufmann	1 E 9	1 E 6		1 E 8		
01303	410-0100	Bisher: Sachbearbeiter/in Projekte, Kulturnacht Künftig: Sachbearbeiter/in Programmbereich Roter Saal, Projekte Film und Theater	1 E 11			1 A 11		
Neu	410-0100	Sachbearbeiter/in Ausstellungshalle		+ 1 E 9 kw 2018				
neu	410-0100	Sachbearbeiter/in Verwaltungsangelegenheiten, Soziokulturelle Infrastruktur und Dependancen		+ 1 E 9 kw 2020				
		<u>41.2 Städtische Musikschule</u>						
01127	410-5100	Fachgruppenleiter/in	1 E 9 kw 2015	1 E 9				
05390	410-5100	Musikschullehrer/in		- 1 E 9 kw 4)				

41 Kultur

41.0 Kulturinstitut

41.0/1 AG 1 Service, Steuerung, Großprojekte, Schlossangelegenheiten

Nr. 04333 Stellenverlegung zu 32.2 Bußgeldabteilung aus personalwirtschaftlichen Gründen.

41.0/2 AG 2 Bildende Kunst, Veranstaltungen, Roter Saal

Nr. 01299 Stellenwertänderung entsprechend dem geänderten Aufgabenzuschnitt und der voraussichtlichen Bewertung.

Nr. 01303 Stellenwertänderung entsprechend dem geänderten Aufgabenzuschnitt und der voraussichtlichen Bewertung.

Nr. neu Befristete Stellenschaffung zur Sicherstellung des Betriebes der Ausstellungshalle Hamburger Straße 267. Insbesondere sind umfangreiche Aufgaben zur Auswahl der Ausstellungsprojekte, anfallende Korrespondenz, Vertragsabschlüsse, die Koordination unterschiedlicher Nutzerinteressen sowie die technische Betreuung der Halle wahrzunehmen.

Nr. neu Befristete Stellenschaffung zur verwaltungsmäßigen Unterstützung im Zusammenhang mit der Sachbearbeitung für ein soziokulturelles Zentrum und eine neue Veranstaltungshalle. Darüber hinaus ist eine kontinuierliche Unterstützung des Raabe-Hauses und des Kulturpunkt West erforderlich. Beide Häuser sind stark frequentierte Einrichtungen mit einem umfangreichen Veranstaltungs- und Serviceangebot für Dritte. Außerdem soll die Stellenschaffung zu einer Effizienzsteigerung in der Steuerungsunterstützung von Dez. IV beitragen.

41.2 Städtische Musikschule

Nr. 01127 Wegfall des kw-Vermerks, die Realisierung des kw-Vermerks erfolgt an der Stelle StVPl.-Nr. 05390.

Nr. 05390 Realisierung eines kw-Vermerks, s. StVPl.-Nr. 01127.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>50 Soziales und Gesundheit</u>						
05240	500-0000	Sachbearbeiter/in Einsatz von ehrenamtlich Tätigen zur Flüchtlings- betreuung, Inklusionsaufgaben <u>0502 Stabsstelle</u> <u>Beschäftigungsförderung</u>				1 A 13 gD kw 1)	+ 1 A 13 gD kw 6)	
03534	500-2000	Sachbearbeiter/in Haushaltsangelegenheiten, Controlling		- 1 A 8 kw 2015				
03531	500-2000	Sachbearbeiter/in Haushaltsangelegenheiten <u>50.0 Verwaltung</u> <u>50.01 Allgemeine</u> <u>Verwaltungsangelegenheiten</u>		- 1 A 7 T 15 kw 2015				
04190	500-0010	Sachbearbeiter/in Geschäftsführung für den Aus- schuss Soziales und Gesund- heit, Zuwendungsangelegen- heiten, Braunschweig Pass	1 A 10 T 25			1 A 10 T 30	+ 1 E 9 T 5	
Neu	500-0010	Sachbearbeiter/in				+ 1 A 7 T 10		
03459	500-0010	Sachbearbeiter/in Registratur <u>50.02 Finanzen, Controlling</u>	1 E 3 T 28,5			1 E 3		
03508	500-0020	Sachbearbeiter/in bisher: Quotales System, Auswertungen künftig: Quotales System, Auswertungen, Controlling AsylbLG/Aufnahmegesetz <u>50.03 IT-Angelegenheiten</u>	1 A 10 T 20	1 A 10 T 25		1 A 10 T 37		
03431	500-0032	Sachbearbeiter/in künftig: <u>Unterstützung bei der</u> <u>Koordination und bei</u> <u>Auswertungen in</u> <u>Asylbewerberangelegenheiten</u> <u>50.1 Wohnen und Senioren</u> <u>50.11 Wohngeld,</u> <u>Wohnungswirtschaft,</u> <u>Unterbringung, Bildungs- und</u> <u>Teilhabepaket</u> <u>50.11/1 AG 1</u> <u>Wohnungswirtschaft</u>	1 E 10 kw 2015	1 E 9 T 13		1 A 11 ku 1) A 10		
04018	500-1100	Sachbearbeiter/in Wohnungswirtschaft	1 A 10 T 20			1 A 10		

50 Soziales und Gesundheit

Nr. 05240

Stellenverlegung von Nr. 92 Leerstellen aus personalwirtschaftlichen Gründen nach Beendigung der Beurlaubung zur Konzeption und Koordination des Einsatzes von ehrenamtlich Tätigen zur Flüchtlingsbetreuung und zur Wahrnehmung von Inklusionsaufgaben im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines künftigen Handlungskonzeptes.

0502 Stabsstelle Beschäftigungsförderung

Nrn. 03534 und 03531

Realisierung der kw-Vermerke.

50.0 Verwaltung

50.01 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Nr. 04190

Verlegung von Stellenanteilen von 50.13 im Rahmen der Zentralisierung der Zuwendungsbearbeitung. Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

Nr. Neu und 03459

Stellenschaffungen im Zusammenhang mit Aufgabenzuwächsen durch die Aufnahme von Flüchtlingen; hier im Bereich der allgemeinen Verwaltungsaufgaben/Registratur.

50.02 Finanzen, Controlling

Nr. 03508

Stundenaufstockung zur Unterstützung bei der Koordination in Asylbewerberangelegenheiten. Aufgrund der steigenden Asylbewerberzahlen besteht ein erhöhter Koordinationsaufwand in Bezug auf Fragestellungen die die Stadtverwaltung betreffen.

Ergänzung:

Stundenaufstockung für Controlling-Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen. Die bisher zugeordneten unterstützenden Koordinierungsaufgaben wurden anderweitig zugeordnet. Siehe 50.03/03431.

50.03 IT-Angelegenheiten

Nr. 03431

Realisierung des kw-Vermerks im Umfang von T 26. Ein Bedarf im Umfang von T 13 ist weiterhin zur Betreuung der Fachverfahren Butler Behörde und winAWOS sowie zur Betreuung von Datenbanken erforderlich.

Ergänzung:

Stellenausweisung aus personalwirtschaftlichen Gründen. Stundenaufstockung im Zusammenhang mit Aufgabenzuwächsen durch die Aufnahme von Flüchtlingen; hier Mehraufwand bei der IT-Betreuung sowie durch unterstützenden Koordinationsaufgaben und bei Auswertungen in Asylbewerberangelegenheiten. Siehe StVPl.-Nr. 50.02/03508.

50.1 Wohnen und Senioren

50.11 Wohngeld, Wohnungswirtschaft, Unterbringung, Bildungs- und Teilhabepaket

50.11/1 AG 1 Wohnungswirtschaft

Nr. 04018

Stellenschaffung im Zusammenhang mit Aufgabenzuwächsen durch die Aufnahme von Flüchtlingen; hier zur Prüfung von Angeboten aus der Bevölkerung zur Flüchtlingsunterbringung.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>Noch 50.11/1 AG 1 Wohnungswirtschaft</u>						
neu	500-1100	Sachbearbeiter/in Wohnungswirtschaft						+ 1 A 10
		<u>50.11.1 SG 1 Wohngeld</u>						
Neu	500-1101	Sachbearbeiter/in		+ 4 A 8 kw 2017				
Neu	500-1101	Sachbearbeiter/in		+ 1 A 8 T 32 kw 2017				
05012	500-1101	Sachbearbeiter/in	1 A 8 kw 1)	1 A 8				
05093	500-1101	Sachbearbeiter/in	1 A 9Z	1 A 10				
04027	500-1101	Sachbearbeiter/in	1 E 8 T 9			1 A 8 T 9		
04032	500-1101	Sachbearbeiter/in	1 E 8 T 19,5			1 A 8 T 20		
		<u>50.11.3 SG 3 Bildungs- und Teilhabe paket</u>						
05032	500-1103	Sachbearbeiter/in Bildungs- und Teilhabepaket				1 A 10 kw 1)	+ 1 A 6 kw 1)	
		<u>50.11.4 SG 4 Unterbringung von Flüchtlingen</u>						
Neu	500-1500	Sachgebietsleiter/in Unterbringung				+ 1 A 11		
Neu	500-1500	Sachbearbeiter/in Unterbringungsmaßnahmen				+ 5 A 7		
Neu	500-1501	Unterkunftswart/in				+ 22 E 3		
		<u>50.12 Wohnhilfen</u>						
Neu	500-1500	Sozialarb./-päd. Betreuung von Flüchtlingen				+ 10 S 11		
		<u>50.13 Seniorenbüro</u>						
04004	500-1300	Sachbearbeiter/in Offene Seniorenarbeit	1 E 9			1 E 9 T 34	- 1 E 9 T 5	
04006	500-1300	Sachbearbeiter/in Planung für die ältere Generation	1 A 9 mD			1 A 10		
Neu	500-1302	Sozialarb./-päd. Betreuungen für Volljährige, Aufgaben der Betreuungsbehörde		+ 1 S 11				

Noch 50.11/1 AG 1 Wohnungswirtschaft

Nr. neu Stellenschaffung gem. Beschluss des FPA am 25. Februar 2016.

50.11.1 SG 1 Wohngeld

Nrn. Neu und 05012 Befristete Stellenschaffungen bzw. Wegfall eines kw-Vermerkes in Anpassung an die Aufgabenentwicklung, da zum 01. Jan. 2016 eine erneute Wohngeldnovelle in Kraft tritt; erwartete Antragszahlen: 11.120 Wohngeldanträge, 1.000 Datenabgleichsfälle, 150 Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren.

Nr. 05093 Stellenausweisung entsprechend der Bewertung und Besetzung.

Nrn. 04027 und 04032 Wertgleiche Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzung.

50.11.3 SG 3 Bildungs- und Teilhabe- paket

Nr. 05032 Stellenverlegung einer kw 1)-Stelle vom FB 67, Stelle 67.21 aus personalwirtschaftlichen Gründen. Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

50.11.4 SG 4 Unterbringung von Flüchtlingen

Nr. Neu Stellenschaffung zur Einrichtung einer Leitungsstelle im Zusammenhang mit Aufgabenzuwächsen durch die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Bewertung offen.

Nrn. Neu Stellenschaffungen im Zusammenhang mit Aufgabenzuwächsen durch die Aufnahme von Flüchtlingen; hier für Unterbringungsmaßnahmen sowie für Verwaltung und die Betreuung der Unterkünfte. Die Stellenbesetzungen erfolgen entsprechend der Aufgabenentwicklung. Bewertungen offen.

50.12 Wohnhilfen

Nr. Neu Stellenschaffungen im Zusammenhang mit Aufgabenzuwächsen durch die Aufnahme von Flüchtlingen; hier für die sozialarbeiterische Betreuung der Flüchtlinge. Die Stellenbesetzungen erfolgen entsprechend der Aufgabenentwicklung. Bewertung offen.

50.13 Seniorenbüro

Nr. 04004 Verlegung von Stellenanteilen zu 50.01 im Rahmen der Zentralisierung der Zuwendungsbearbeitung.

Nr. 04006 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

Nrn. Neu Stellenschaffungen in Anpassung an die Aufgabenentwicklung aufgrund des zum 1. Juli 2014 in Kraft getretenen Gesetzes zur Stärkung der Betreuungsbehörden und Fallzahlsteigungen (Beteiligung in Betreuungssachen 2013: 1.439, 2014: 1.627).

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>Geplant: 50.2 Flüchtlinge und Integration</u>						
Neu	500-1500	Abteilungsleiter/in				+ 1 E 14		
Neu	500-1500	Stellenleiter/in Flüchtlingsangelegenheiten				+ 1 A 13 gD		
Neu	500-1500	Sachgebietsleiter/in AsylbLG, Sonderaufgaben				+ 1 A 12		
Neu	500-1500	Sachgebietsleiter/in Unterbringung				+ 1 A 11		
		<u>bisher:</u> <u>0500.10 Büro für Migrationsfragen</u>						
03414	050-3000	Stellenleiter/in Integrationsförderung					+ 1 S 18	
03415	050-3000	Sozialarb./-päd. Integrationsförderung, Geschäftsführung für den Ausschuss für Integrationsfragen					+ 1 S 11	
05189	050-3000	Sozialarb./-päd. Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe					+ 1 S 15 kw 3)	
05686	050-3000	Sozialarb./-päd. Umsetzung des Handlungskonzeptes Integrationsförderung				1 S 15 T 28	+ 1 S 15 T 19,5	
03421	050-3000	Sozialarb./-päd. Umsetzung des Handlungskonzeptes Integrationsförderung; Übersetzungen türkische Sprache					+ 1 S 11	
Neu	500-1500	Sozialarb./-päd. Integrationskonzept für Flüchtlinge				+ 2 S 15		

Geplant: 50.2 Flüchtlinge und Integration

Nr. Neu	Stellenschaffung zur Einrichtung einer neuen Abteilung in der alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung, Betreuung, Leistungsgewährung und Integration von Flüchtlingen gebündelt werden. Bewertung offen.
Nr. Neu	Stellenschaffung aufgrund von Aufgabenzuwächsen durch die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Einrichtung einer Leitungsstelle für eine neue organisatorische Stelle zur operativen und verwaltungsmäßigen Flüchtlingsbetreuung. Bewertung offen.
Nr. Neu	Stellenschaffung zur Einrichtung einer Leitungsstelle für die Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und für Sonderaufgaben zur Unterstützung der Stellenleitung aufgrund der bestehenden Handlungs-, Regelungs- und Entscheidungsnotwendigkeiten. Bewertung offen.
Nr. Neu	Stellenschaffung zur Einrichtung einer weiteren Leitungsstelle im Zusammenhang mit Aufgabenzuwächsen durch die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Bewertung offen.

Bisher:

0500.10 Büro für Migrationsfragen

Nrn. 03414, 03415, 05189, 05686 und 03421	Stellenverlegungen vom Ref. 0500 Sozialreferat zur Zusammenführung sämtlicher strategischer und operativer Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, der Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Integration. Hierdurch sollen Schnittstellen vermieden und eine ganzheitliche Aufgabenwahrnehmung erfolgen.
Nrn. Neu und 05686	Stellenschaffungen zur Wahrnehmung von konzeptionellen, unterstützenden und koordinierenden Aufgaben aufgrund des Integrationskonzeptes für Flüchtlinge. Die Stellenschaffungen stehen unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung des Rates über das Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig. Bewertung offen.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>50.3 Soziale Sicherung, Behindertenhilfe, Rechtsangelegenheiten</u>						
		<u>50.33 Soziale Sicherung</u>						
		<u>50.33.1 Information und Erstberatung</u>						
05622	500-3300	Sachbearbeiter/in Infothek	1 A 8 T 20 kw 1)	1 A 8 T 20				
03969	500-3000	Sachbearbeiter/in <u>bisher:</u> KdU bei ehemaligen Heimbewohnern und Strafgefangenen <u>künftig:</u> KdU bei ehemaligen Heimbewohnern und Strafgefangenen, HLU/Grusi	1 E 8	1 A 8 ku 1) A 10				
03970	500-3300	Sachbearbeiter/in Nachgehende Bearbeitung	1 E 8	1 E 8 kw 1)				
03971	500-3300	Sachbearbeiter/in Hauswirtschaftliche Dienste	1 E 8	1 E 8 kw 1)				
04076	500-3300	Sachbearbeiter/in Niederschlagungen		- 1 E 8 kw 1)				
		<u>50.33.2 Laufende Hilfen</u>						
05696	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Fallzahlenentwicklung und Neufestlegung der Bearbeitungsraten/SB	1 A 10 Sp*)	1 A 10 T 35	- 1 A 10 T 5			
03817	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A 8 ku 1) A 10	1 A 10				
04425	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A 8 ku 1) A 10	1 A 10				
Neu	500-3900	Sachbearbeiter/in AsylbLG <u>50.34 Besondere Einzelfallhilfe</u>				+ 5 A 10		
03850	500-3400	Sachbearbeiter/in Bestattungen, Widersprüche		- 1 E 9 kw 1)				
03509	500-3400	Sachbearbeiter/in Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	1 A 10 T 20	1 A 10 T 25	+ 1 A 10 T 5			

50.3 Soziale Sicherung, Behindertenhilfe
Rechtsangelegenheiten

50.33 Soziale Sicherung

50.33.1 Information und Erstberatung

Nr. 05622	Wegfall eines kw-Vermerks in Anpassung an die Aufgabenentwicklung in der Infothek und nach Neufestsetzung der Bearbeitungsdaten im Bereich HLU/Grusi.
Nr. 03969	Anbringung eines ku-Vermerks im Zuge der Einföhrung der Einheitssachbearbeitung und nach Neufestsetzung der Bearbeitungsdaten im Bereich HLU/Grusi.
Nr. 03970	Anbringung eines kw-Vermerks in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nr. 03971	Anbringung eines kw-Vermerks aus personalwirtschaftlichen Gründen.
Nr. 04076	Realisierung des kw-Vermerks.

50.33.2 Laufende Hilfen

Nr. 05696	Wegfall des Sperrvermerks nach Neufestsetzung der Bearbeitungsdaten im Bereich HLU/Grusi entsprechend des Personalbedarfs (rd. 4.200 anzurechnende Fälle bei einer Bearbeitungsrate von 180/SB). Verlegung von Stellenanteilen zu 50.34 aufgrund von Aufgabenverlagerungen.
Nrn. 03817 u. 04425	Realisierung der ku-Vermerke.
Nr. Neu	Stellenschaffungen im Zusammenhang mit Aufgabenzuwächsen durch die Aufnahme von Flüchtlingen; hier zur Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz incl. Krankenhilfe und Eingliederungshilfe. Die Stellenbesetzungen erfolgen entsprechend der Aufgabenentwicklung. Bewertung offen.

50.34 Besondere Einzelfallhilfe

Nr. 03850	Realisierung des kw-Vermerks.
Nr. 03509	Verlegung von Stellenanteilen von 50.33.2 aufgrund von Aufgabenverlagerungen.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Neu	500-4000	<u>50.4 Gesundheitsamt</u> Sozialarb./-päd. Interkulturelle Service- Anlaufstelle für Gesundheitsfragen				+ 1 S 12 T 25 kw 4)		
Neu	500-4300	<u>50.40 Verwaltung,</u> <u>Ordnungsbehördliche</u> <u>Aufgaben, Heimaufsicht</u> Sachbearbeiter/in für Bürokommunikation Asylbewerberuntersuchungen				+ 2 E 5 kw 4)		
Neu	500-4300	Arzthelfer/in Asylbewerberuntersuchungen		+ 1 E 3 T 19,5 kw 4)		+ 1 E 3 T 126,75 kw 4)		
Neu	500-4300	Sachbearbeiter/in Übersetzungen arabische Sprache Asylbewerberuntersuchungen				+ 1 E 6 kw 4)		
Neu	500-4100	<u>50.41 Gutachten- und</u> <u>Beratungsdienst</u> Stadtarzt/-ärztin Facharzt zur Ausbildung				+ 1 E 15 kw 2021		
		<u>50.42 Jugendärztlicher Dienst</u> <u>50.42.1 Zahnärztlicher Dienst</u>						
04249	500-4200	Zahnprophylaxehelfer/in Zahnprophylaxe	1 E 5 kw 4) üT			1 E 3 kw 4)		
04250	500-4200	Zahnprophylaxehelfer/in Zahnprophylaxe	1 E 5 T 30,39 kw 4) üT			1 E 3 T 30,39 kw 4)		
04251	500-4200	Zahnprophylaxehelfer/in Zahnprophylaxe	1 E 5 T 21,53 kw 4) üT			1 E 3 T 21,53 kw 4)		
04252	500-4200	Zahnprophylaxehelfer/in Zahnprophylaxe	1 E 5 T 21,27 kw 4) üT			1 E 3 T 21,27 kw 4)		
04253	500-4200	Zahnprophylaxehelfer/in Zahnprophylaxe	1 E 5 T 25,33 kw 4) üT			1 E 3 T 25,33 kw 4)		

50.4 Gesundheitsamt

Nr. Neu

Stellenschaffung zur Einrichtung einer interkulturellen Service-Anlaufstelle für Gesundheitsfragen im Rahmen eines geförderten Projektes durch das Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie. Das Projekt ist auf eineinhalb Jahre ausgerichtet und zielt auf eine Verbesserung der Gesundheitsförderung und Gesundheit von Migrant*innen ab. Durch einen beteiligungsorientierten Handlungsrahmen sollen nachhaltige Strukturen über das Projektende hinaus verankert werden. Die entstehenden Personalkosten sind im Rahmen der Projektförderung durch Einnahmen gedeckt.

50.40 Verwaltung, Ordnungsbehördliche Aufgaben, Heimaufsicht

Nrn. Neu

Stellenschaffungen zur Sicherstellung der Asylbewerberuntersuchungen aufgrund gestiegener Fallzahlen (2013: 4.796, 2014: 9.635, 1. Halbjahr 2015: rd. 6.787). Deckung durch erhöhte Einnahmen.

Ergänzung:

Weitere Stellenschaffungen in Anpassung an die Aufgabenentwicklung. Die Fallzahlen sind weiterhin steigend, allein im 3. Quartal 2015 fanden 6.429 Untersuchungen statt. Weiterhin Steigerung bei den durchzuführenden Impfungen. In 2015 erfolgten insgesamt rd. 20.000 Untersuchungen. Siehe 50.41 Nr. Neu.

50.41 Gutachten- und Beratungsdienst

Nr. Neu

Stellenschaffung um eine Facharzt*innen-Ausbildung zu ermöglichen. Aufgrund der schwierigen Personalgewinnung im Bereich Arzt*Ärztin soll über die Ausbildung im Gesundheitsamt eine Bindung an die Stadt erreicht werden.

50.42 Jugendärztlicher Dienst

50.42.1 Zahnärztlicher Dienst

Nrn. 04249 - 04253

Stellenwertänderungen entsprechend der Bewertung.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>51 Kinder, Jugend und Familie</u>						
		<u>51.0 Verwaltung</u>						
		<u>51.01 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten</u>						
		<u>51.01.1 Administration, Service</u>						
02404	510-0110	Sachbearbeiter/in für Bürokommunikation	1 E 5	1 E 6 üT				
		<u>51.01.2 Zuschüsse und Entgelte</u>						
05226	510-0102	Sachbearbeiter/in	1 A 10 T 20 kw 2015	1 A 10 T 20 kw 2017				
Neu	510-0102	Sachbearbeiter/in Kinder- tagesstättenentgeltverfahren				+ 2 A 7		
02466	510-0102	Sachbearbeiter/in Abrechnung Tagespflege	1 A 7			1 A 8		
02471	510-0102	Sachbearbeiter/in Abrechnung Tagespflege	1 A 7 T 30			1 A 8 T 30		
		<u>51.02 Wirtschaftliche Leistungen</u>						
		<u>51.02.1 Wirtschaftliche Erziehungshilfe, Ausbildungsförderung</u>						
02441	510-0201	Sachbearbeiter/in Wirtschaftliche Erziehungshilfe	1 A 8 T 20	1 E 8 T 19,5				
05548	510-0201	Sachbearbeiter/in Wirtschaftliche Erziehungshilfe	1 A 8 T 20 kw 1)	1 E 8 T 19,5				
05702	510-0201	Sachbearbeiter/in	1 A 10 Sp*)			1 A 10		
05703	510-0201	Sachbearbeiter/in	1 A 8 T 20			1 E 8 T 19,5		
Neu	510-0201	Sachbearbeiter/in Wirtschaftliche Erziehungshilfe				+ 1 A 8 T 80		
Neu	510-0201	Sachbearbeiter/in Wirtschaftliche Erziehungshilfe				+ 1 A 8 T 25		
Neu	510-0201	Sachbearbeiter/in Wirtschaftliche Erziehungshilfe				+ 1 A 8		

51 Kinder, Jugend und Familie

51.0 Verwaltung

51.01 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

51.01.1 Administration, Service

Nr. 02404 Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

51.01.2 Zuschüsse und Entgelte

Nr. 05226 Erneute Verlängerung des kw-Vermerkes. Die Abrechnung der KiTa-Förderung mit dem Land Niedersachsen wird aufgrund von Änderungen des RdErl. des MK vom 4. Februar 2014 verlängert und es bestehen neue Antragsmöglichkeiten.

Nr. neu Stellenschaffungen zur erneuten Einführung von Entgelten für den Besuch von Kindertagesstätten.

Nrn. 02466 u. 02471 Stellenwertänderung entsprechend der Bewertung.

51.02 Wirtschaftliche Leistungen

51.02.1 Wirtschaftliche Erziehungshilfe, Ausbildungsförderung

Nr. 02441 Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung

Nr. 05548 Wegfall des kw-Vermerkes und wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend des tatsächlichen Bedarfs und der Besetzung.

Nr. 05702 Wegfall des Sperrvermerkes entsprechend des tatsächlichen Bedarfs.

Nr. 05703 Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

Nr. neu Stellenschaffungen aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) entsprechend der voraussichtlichen Bewertung gem. Beschluss VA vom 15. September 2015 und Rat vom 06. Oktober 2015.

Nr. neu Stellenschaffungen aufgrund von Fallzahlsteigerungen und der jährlichen Personalbedarfsberechnung.

Nr. neu Stellenschaffung aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) nach neusten Erkenntnissen über die zu erwartenden Zugangszahlen.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>51.02.2 Unterhaltsvorschuss, Elterngeld</u>						
05626	510-0202	Sachbearbeiter/in Bisher: Betreuungsgeld Künftig: Elterngeld	1 A 7 Sp*)			1 A 7		
05627	510-0202	Sachbearbeiter/in Betreuungsgeld				- 1 A 7 Sp*)		
05628	510-0202	Sachbearbeiter/in Betreuungsgeld				- 1 A 7 Sp*)		
		<u>51.1 Allgemeine Erziehungshilfe</u>						
Neu	510-1000	Sozialarb./-päd.				+ 1 S 14 T 58,5		
Neu	510-1000	Abteilungsleiter/in				+ 1 A 13 gD		
Neu	510-1000	Sachbearbeiter/in Personaleinsatz umF				+ 1 A 8		
Neu	510-1000	Stellenleiter Allgemeiner Sozialdienst				+ 1 S 17		
Neu	510-1000	Stellenleiter/in Pädagogische Leitung				+ 1 S 17		
Neu	510-1000	Stellenleiter/in Screening umF				+ 1 S 17		
Neu	510-1000	Sozialarb./-päd.		+ 1 S 14				
Neu	510-1000	Sozialarb./-päd. umF				+ 1 S 14 T 253,5		
Neu	510-1000	Sozialarb./-päd. umF				+ 1 S 14 T 78		
		<u>51.15 Braunschweig-Süd</u>						
Neu	510-1500	Sozialarb./-päd.				+ 1 S 14 T 68,25		
		<u>51.2 Besondere Erziehungshilfe</u>						
Neu	510-2206	Sozialarb./-päd. Leitung der Einrichtung umF				+ 1 S 15 T 117 kw 4)		
Neu	510-2206	Sozialarb./-päd. umF				+ 1 S 12 T 1.833 kw 4)		
Neu	510-2206	Erzieher/in umF				+ 1 S 8 T 1.248 kw 4)		
Neu	510-2206	Sachbearbeiter/in Übersetzungen				+ 1 E 6 kw 4)		

51.02.2 Unterhaltsvorschuss, Elterngeld

Nr. 05626 Wegfall des Sperrvermerkes entsprechend des tatsächlichen Bedarfs bei der Aufgabe Elterngeld und Elterngeld Plus.

Nrn. 05627 u. 05628 Stellenwegfälle nachdem die Aufgabe Betreuungsgeld ersatzlos beendet wurde.

51.1 Allgemeine Erziehungshilfe

Nr. neu	Stellenschaffungen aufgrund von Fallzahlsteigerungen und der jährlichen Personalbedarfsberechnung.

Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) entsprechend der voraussichtlichen Bewertung gem. Beschluss VA vom 15. September 2015 und Rat vom 06. Oktober 2015.

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) nach neusten Erkenntnissen über die zu erwartenden Zugangszahlen.

51.15 Braunschweig-Süd

Nr. neu	Stellenschaffungen aufgrund von Fallzahlsteigerungen und der jährlichen Personalbedarfsberechnung.

51.2 Besondere Erziehungshilfe

Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund von Fallzahlensteigerungen bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) entsprechend der voraussichtlichen Bewertung gem. Beschluss VA vom 15. September 2015 und Rat vom 06. Oktober 2015. Deckung durch Landesmittel.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>Noch 51.2 Besondere Erziehungshilfe</u>						
Neu	510-2206	Hauswirtschaftskraft umF				+ 1 E 1 T 234 kw 4)		
Neu	510-2206	Sozialarb./-päd. umF				+ 1 S 12 T 1.014 kw 4)		
Neu	510-2206	Erzieher/in umF				+ 1 S 8 T 702 kw 4)		
Neu	510-2206	Hauswirtschaftskraft umF				+ 1 E 1 T 78 kw 4)		
		<u>51.22 Pflegekinderdienst, Ambulante und stationäre Hilfen</u>						
		<u>51.22.1 Sozialpädagogische Familienhilfe</u>						
02544		Sachgebietsleiter/in				- 1 S 12		
02545		Sozialarb./-päd. Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH)				- 1 S 11		
02546		Sozialarb./-päd. SPFH				- 1 S 11		
02547		Sozialarb./-päd. SPFH				- 1 S 11		
02548		Sozialarb./-päd. SPFH				- 1 S 11		
02549		Sozialarb./-päd. SPFH				- 1 S 11 T 19,5		
		<u>51.22.2 Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper</u>						
Neu	510-2203	Psychologin/Psychologe		+ 1 E 14 kw 4)				
Neu	510-2203	Sozialarb./-päd.		+ 1 S 12 T 58,50 kw 4)				
Neu	510-2203	Erzieher/in		+ 1 S 8 kw 4)				
Neu	510-2203	Hauswirtschaftskraft		+ 1 E 1 T 25 kw 4)				
Neu	510-2203	Sozialarb./-päd. Hebbelstraße		+ 1 S 12 T 97,50 kw 4)				
Neu	510-2203	Erzieher/in Hebbelstraße		+ 1 S 8 T 78 kw 4)				

Nr. neu	Stellenschaffungen aufgrund von Fallzahlensteigerungen bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) entsprechend der voraussichtlichen Bewertung gem. Beschluss VA vom 15. September 2015 und Rat vom 06. Oktober 2015. Deckung durch Landesmittel.
Nrn. neu	Stellenschaffung aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) nach neusten Erkenntnissen über die zu erwartenden Zugangszahlen.

51.22.1 Sozialpädagogische Familienhilfe

51.22.2 Kinder- und Jugenderschutzhau

- 53 -

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>51.23 Amtsvormundschaften, Ampflegschaften, Beistandschaften</u>						
Neu	510-2301	Amtsvormund und Urkundsperson		+ 1 A 10				
Neu	510-2301	Amtsvormund und Urkundsperson umF				+ 1 A 10 T 160		
Neu	510-2301	Amtsvormund und Urkundsperson umF				+ 1 A 10 T 80		
		<u>51.3 Kindertagesstätten</u>						
Neu	510-3000	Sozialarb./-päd. Koordination EEC				+ 1 S 15 T 19,5 kw 2018		
		<u>51.30 Innendienst Kindertagesstätten</u>						
05227	510-3000	Sachbearbeiter/in Kindertagesstättenplanung	1 A11 kw 2015	1 A11 kw 2019				
02584	510-3000	Sachbearbeiter/in Sonstige Innendienstaufgaben	1 A 7	1 A 8				
05706	510-3000	Sozialassistent/-in Drittkraft Kinderkrippe	1 S 3 T 289 kw 4)	1 S 3 T 333,46 kw 4)				
05707	510-3000	Sozialassistent/-in Drittkraft Kinderkrippe	1 S 4 T 140 kw 4)	1 S 4 T 161,54 kw 4)				
05632	510-3000	Erzieher/in Personalausfallreserve	1 S 6 T 156	1 S 6 T 468				
03211	510-3000	Hauswirtschaftsdienst Personalausfallreserve	1 E 1 T 236,41			1 E 2Ü T 306,61		
		<u>51.31 Kindertagesstätten</u>						
02587	510-3199	Ökotrophologe/in Essensversorgung Kindertagesstätten	1 E 09 T 25,33	1 E 09				
		<u>51.3101 Fichtengrund</u>						
02652	510-3105	Erzieher/in	1 S 6 T 91,74	1 S 6 T 93,88				
02653	510-3105	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 146,13	1 S 3 T 143,50				
02658	510-3105	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 38,50			1 E 2Ü T 38,50		

Nr. neu	Stellenschaffung im Bereich der Amtsvormundschaften aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
Nr. neu	Stellenschaffungen aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) entsprechend der voraussichtlichen Bewertung gem. Beschluss VA vom 15. September 2015 und Rat vom 06. Oktober 2015.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund von Fallzahlensteigerungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) nach neusten Erkenntnissen über die zu erwartenden Zugangszahlen.

Nr. neu	Befristete Stellenschaffung zur Koordination des Programms Early Excellence Center (EEC) für Familienzentren und Kitas. Deckung aus Fördermitteln.

Nr. 02557	Erneute Verlängerung des kw-Vermerkes.
Nr. 02584	Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
Nrn. 05706 und 05707	Stundenaufstockung zur Einrichtung einer dritten Betreuungskraft in Krippengruppen. Das Land Niedersachsen will in einem Stufenplan den Personalschlüssel der frühkindlichen Bildung in Kinderkrippen verbessern. Geplant ist, ab 1. August 2016 eine weitere Betreuungszeit von zusätzlichen 3 Stunden (seit 01. Januar 2015 bereits 20 Stunden), besetzt mit einer Sozialassistentin bzw. einem Sozialassistenten, je Krippengruppe zur Verfügung zu stellen bzw. zu finanzieren.
Nr. 05632	Stundenaufstockung der Ausfallreserve aufgrund der Anpassung der Berechnungsgrundlage durch das Land für die Kinderbetreuung.
Nr. 03211	Stellenhebung entsprechend der Bewertung. Stundenaufstockung nach Neuberechnung der Ausfallreserve.

Nr. 02587	Stundenaufstockung aufgrund der Steigerung des Aufgabenumfangs (u.a. Berücksichtigung der Allergen VO und Zunahme des Schulungsbedarfs in den Einrichtungen wegen Anstiegs der Mahlzeiten).

Nr. 02652 und 02653	Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.
Nr. 02658	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>51.3103 Frankfurter Straße</u>						
02659	510-3106	Leiter/in	1 S 10	1 S 13				
02660	510-3106	Stellv. Leiter/in	1 S 7	1 S 10				
02661	510-3106	Erzieher/in	1 S 8 T 155,99	1 S 8 T 159,26				
02663	510-3106	Kinderpfleger/in	1 S 4 T 171,36	1 S 4 T 168,43				
02669	510-3106	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 33,53			1 E 2Ü T 33,53		
		<u>51.3105 Gartenstadt</u>						
02673	510-3107	Erzieher/in	1 S 8 T 135,54	1 S 8 T 139,31				
02675	510-3107	Kinderpfleger/in	1 S 4 T 206,59	1 S 4 T 202,79				
02681	510-3107	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 40,89			1 E 2Ü T 40,89		
		<u>51.3107 Gliesmarode</u>						
02739	510-3108	Leiter/in	1 S 15	1 S 13				
02740	510-3108	Stellv. Leiter/in	1 S 13	1 S 10				
02741	510-3108	Erzieher/in	1 S 6 T 218,24	1 S 6 T 221,31				
02746	510-3108	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 153,39	1 S 3 T 129,10				
02753	510-3108	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 49,60			1 E 2Ü T 49,60		
		<u>51.3109 Hondelage</u>						
02761	510-3110	Leiter/in	1 S 15	1 S 13				
02762	510-3110	Stellv. Leiter/in	1 S 13	1 S 10				
02763	510-3110	Erzieher/in	1 S 6 T 256,04	1 S 6 T 258,99				
02765	510-3110	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 177,04	1 S 3 T 173,98				
02771	510-3110	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 63,60			1 E 2Ü T 63,60		
		<u>51.3111 Kasernenstraße</u>						
02783	510-3112	Erzieher/in	1 S 6 T 244,96	1 S 6 T 247,14				
02787	510-3112	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 177,97	1 S 3 T 175,64				
02794	510-3112	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 54,20			1 E 2Ü T 54,20		

51.3103 Frankfurter Straße

Nrn. 02659 und 02660

Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

Nrn. 02661 und 02663

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02669

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3105 Gartenstadt

Nrn. 02673 und 02675

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02681

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3107 Gliesmarode

Nrn. 02739 und 02740

Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

Nrn. 02741 und 027446

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02753

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3109 Hondelage

Nrn. 02761 und 02762

Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

Nrn. 02763 und 02765

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02771

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3111 Kasernenstraße

Nrn. 02783 und 02787

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>51.3113 Lamme</u>						
02795	510-3113	Leiter/in	1 S 13	1 S 10				
02796	510-3113	Stellv. Leiter/in	1 S 10	1 S 7				
02797	510-3113	Erzieher/in	1 S 6 T 71,28	1 S 6 T 73,93				
02798	510-3113	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 125,68	1 S 3 T 123,56				
02801	510-3113	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 34,44			1 E 2Ü T 34,44		
		<u>51.3115 Lehn Dorf</u>						
02832	510-3114	Erzieher/in	1 S 6 T 58,78	1 S 6 T 61,74				
02833	510-3114	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 113,17	1 S 3 T 111,37				
02838	510-3114	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 34,00			1 E 2Ü T 34,00		
		<u>51.3117 Leibnitzplatz</u>						
02841	510-3115	Erzieher/in	1 S 8 T 91,74	1 S 8 T 93,88				
02842	510-3115	Kinderpfleger/in	1 S 4 T 146,13	1 S 4 T 143,50				
Neu	510-3115	Sozialarb./-päd. Bundesprogramm „Sprach- Kitas“				+ 1 S 17 T 19,5 kw 4)		
Neu	510-3115	Erzieher/in Bundesprogramm „Sprach-Kitas“				+ 1 S 8 T 19,5 kw 4)		
02847	510-3115	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 38,97			1 E 2Ü T 38,97		
		<u>51.3119 Leiferde</u>						
02850	510-3116	Erzieher/in	1 S 6 T 215,86	1 S 6 T 127,12				
02853	510-3116	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 85,33	1 S 3 T 54,30				
02857	510-3116	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 42,94			1 E 2Ü T 42,94		
		<u>51.3121 Lindenberg</u>						
02860	510-3117	Erzieher/in	1 S 6 T 190,09	1 S 6 T 202,47				
02864	510-3117	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 138,40	1 S 3 T 136,30				
02870	510-3116	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 47,90			1 E 2Ü T 47,90		

51.3113 Lamme

Nrn. 02795 und 02796

Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

Nrn. 02797 und 02798

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02794

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3115 Lehnendorf

Nrn. 02832 und 02833

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02838

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3117 Leibnitzplatz

Nrn. 02841 und 02842

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nrn. neu

Stellenschaffungen zur Teilnahme an dem Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“. Teilweise Deckung aus Bundesmitteln.

Nr. 02847

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3119 Leiferde

Nrn. 02850 und 02853

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02857

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3121 Lindenberg

Nrn. 02860 und 02864

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02870

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl- Entwurf		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>51.3123 Peterskamp</u>						
02904	510-3121	Erzieher/in	1 S 6 T 36,08	1 S 6 T 111,37				
02902	510-3121	Kinderpfleger/in		- 1 S 3 T 89,09				
05109	510-3121	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 22,26			1 E 2Ü T 22,26		
		<u>51.3125 Rautheim</u>						
02953	510-3125	Erzieher/in	1 S 6 T 182,35	1 S 6 T 184,25				
02945	510-3125	Kinderpfleger/in	+ 1 S 3 T 89,09	1 S 3 T 87,54				
02952	510-3125	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 39,67			1 E 2Ü T 39,67		
		<u>51.3127 Recknitzstraße</u>						
03049	510-3126	Erzieher/in	1 S 8 T 141,45	1 S 8 T 145,96				
03054	510-3126	Kinderpfleger/in	1 S 4 T 167,74	1 S 4 T 165,11				
03067	510-3126	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 32,42			1 E 2Ü T 32,42		
		<u>51.3129 Riddagshausen</u>						
04567	510-3127	Erzieher/in	1 S 6 T 74,72	1 S 6 T 75,89				
03072	510-3127	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 39,08	1 S 3 T 38,78				
03079	510-3127	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 23,94			1 E 2Ü T 23,94		
		<u>51.3131 Schölkestraße und Außengruppe Ölper</u>						
05554	510-3129	Erzieher/in	1 S 8 T 61,31	1 S 8 T 62,85				
03115	510-3129	Erzieher/in Ölper	1 S 6 T 95,50	1 S 6 T 115,24				
05555	510-3129	Kinderpfleger/in	1 S 4 T 54,99	1 S 4 T 54,30				
03121	510-3129	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 58,20			1 E 2Ü T 58,20		

51.3123 Peterskamp

Nrn. 02904 und 02902

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 05109

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3125 Rautheim

Nr. 02953 und 02945

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02952

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3127 Recknitzstraße

Nrn. 03049 und 03054

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 03067

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3129 Riddagshausen

Nrn. 04567 und 03072

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 03079

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3131 Schölkestraße und
Außengruppe Ölper

Nrn. 03115, 05554 und 05555

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 03121

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>51.3133 Siegmundstraße</u>						
03158	510-3132	Erzieher/in	1 S 8 T 148,26	1 S 8 T 152,05				
03160	510-3132	Kinderpfleger/in	1 S 4 T 171,36	1 S 4 T 168,43				
03166	510-3132	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 39,47			1 E 2Ü T 39,47		
		<u>51.32 Kindertagesstätten</u>						
02589	510-3200	Heilpädagog/-pädagogin Einzelintegration	1 S 8 T 25,33	1 S 8 T 50,66				
		<u>51.3201 Alsterplatz</u>						
02595	5103101	Erzieher/in	1 S 8 T 145,76	1 S 8 T 149,28				
02597	510-3101	Kinderpfleger/in	1 S 4 T 182,72	1 S 4 T 179,52				
02603	510-3101	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 53,19			1 E 2Ü T 53,19		
		<u>51.3203 Böcklinstraße</u>						
02607	510-3102	Erzieher/in	1 S 6 T 148,26	1 S 6 T 152,05				
02613	510-3102	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 182,72	1 S 3 T 179,52				
02624	510-3102	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 50,34			1 E 2Ü T 50,34		
		<u>51.3205 Christian-Friedrich- Krull-Straße</u>						
02630	510-3103	Erzieher/in	1 S 8 T 318,71	1 S 8 T 320,27				
neu	510-3103	Erzieher/in Unterstützung Leitungspersonal		+ 1 S 8 T 30 kw 2017				
02636	510-3103	Kinderpfleger/in	1 S 4 T 245,25	1 S 4 T 241,57				
02643	510-3103	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 78,10			1 E 2Ü T 78,10		
		<u>51.3207 Dorothea-Erxleben- Straße</u>						
02647	510-3104	Erzieher/in	1 S 6 T 34,71	1 S 6 T 36,84				
02646	510-3104	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 78,86	1 S 3 T 77,57				
02649	510-3104	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 28,41			1 E 2Ü T 28,41		

51.3133 Siegmundstraße

Nrn. 03158 und 03160 Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 03166 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.32 Kindertagesstätten

Nr. 02589 Stundenaufstockung aufgrund von weiteren Bescheiden für Einzelintegrationsmaßnahmen.

51.3201 Alsterplatz

Nrn. 02595 und 02597 Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02603 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3203 Böcklinstraße

Nrn. 02607 und 02613 Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02624 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3205 Christian-Friedrich-Krull-Straße

Nr. neu Befristete Stellenschaffung zur Entlastung der Leitungskräfte in der Betreuungs-/Gruppenarbeit, um den Mehraufwand bei Leitungsaufgaben aufgrund der Einrichtungsgröße aufzufangen. Aufgrund möglicher Veränderungen im Tarifvertrag bzw. beim Nds. KiTaG soll die Maßnahme überprüft werden.

Nrn. 02630 und 02636 Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02643 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3207 Dorothea-Erxleben-Straße

Nrn. 02646 und 02647 Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02649 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>51.3217 Grünewaldstraße</u>						
02758	510-3109	Erzieher/in	1 S 6 T 37,44	1 S 6 T 39,58				
02757	510-3109	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 83,40	1 S 3 T 82,00				
02760	510-3109	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 26,30			1 E 2Ü T 26,30		
		<u>51.3221 Karlstraße</u>						
02774	510-3111	Erzieher/in	1 S 6 T 91,74	1 S 6 T 93,88				
02775	510-3111	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 146,13	1 S 3 T 143,50				
02780	510-3111	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 34,95			1 E 2Ü T 34,95		
		<u>51.3235 Madamenweg</u>						
02874	510-3118	Erzieher/in	1 S 8 T 144,52	1 S 8 T 147,90				
02876	510-3118	Kinderpfleger/in	1 S 4 T 146,13	1 S 4 T 143,50				
02781	510-3118	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 35,41			1 E 2Ü T 35,41		
		<u>51.3237 Magnitorwall</u>						
02886	510-3119	Erzieher/in	1 S 6 T 37,44	1 S 6 T 39,58				
02884	510-3119	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 78,86	1 S 3 T 87,54				
02888	510-3119	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 25,84			1 E 2Ü T 25,84		
		<u>51.3239 Neue Knochenhauer Straße</u>						
02891	510-3120	Erzieher/in	1 S 6 T 81,51	1 S 6 T 83,90				
02894	510-3120	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 135,90	1 S 3 T 133,53				
02898	510-3120	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 37,49			1 E 2Ü T 37,49		

51.3217 Grünewaldstraße

Nrn. 02758 und 02757 Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02760 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3221 Karlstraße

Nrn. 02774 und 02775 Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02780 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3235 Madamenweg

Nrn. 02874 und 02876 Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02781 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3237 Magnitorwall

Nrn. 02886 und 02884 Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02888 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3139 Neue Knochenhauerstraße

Nrn. 02891 und 02894 Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02898 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>51.3243 Pfälzer Straße</u>						
02906	510-3122	Leiter/in	1 S 10	1 S 13				
02907	510-3122	Stellv. Leiter/in	1 S 7	1 S 10				
02908	510-3122	Erzieher/in	1 S 6 T 126,12	1 S 6 T 145,13				
02909	510-3122	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 164,32	1 S 3 T 166,77				
02914	510-3120	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 34,42			1 E 2Ü T 34,42		
		<u>51.3245 Prinzenpark und Außengruppe Kastanienallee</u>						
02917	510-3123	Erzieher/in	1 S 6 T 240,13	1 S 6 T 243,47				
02920	510-3123	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 192,95	1 S 3 T 189,49				
02926	510-3123	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 50,00			1 E 2Ü T 50,00		
		<u>51.3247 Querum</u>						
02927	510-3124	Leiter/in	1 S 15	1 S 13				
02928	510-3124	Stellv. Leiter/in	1 S 13	1 S 10				
02929	510-3124	Erzieher/in	1 S 6 T 283,12	1 S 6 T 285,09				
02934	510-3124	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 229,54	1 S 3 T 225,50				
02941	510-3124	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 66,84			1 E 2Ü T 66,84		
		<u>51.3255 Rühme</u>						
03085	510-3128	Erzieher/in	1 S 6 T 142,03	1 S 6 T 145,13				
03088	510-3128	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 135,90	1 S 3 T 133,53				
03101	510-3128	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 45,14			1 E 2Ü T 45,14		
		<u>51.3259 Schuntersiedlung</u>						
05674	510-3130	Heilpädagoge/Heilpädagogin	1 S 8	1 S 8 T 78				
03126	510-3130	Erzieher/in	1 S 6 T 217,35	1 S 6 T 223,93				
03131	510-3130	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 195,94	1 S 3 T 192,81				
03140	510-3130	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 78,00			1 E 2Ü T 78,00		

51.3243 Pfälzer Straße

Nrn. 02906 und 02907

Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

Nrn. 02908 und 02909

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02914

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3245 Prinzenpark und Außen-
gruppe Kastanienallee

Nrn. 02917 und 02920

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02926

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3247 Querum

Nrn. 02927 und 02928

Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

Nrn. 02929 und 02934

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 02941

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3255 Rühme

Nrn. 03085 und 03088

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 03101

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3259 Schuntersiedlung

Nrn. 05674, 03126 und 03131

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 05. Mai 2015.

Nr. 03140

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>51.3261 Schwedenheim</u>						
03141	510-3131	Leiter/in	1 S 13	1 S 10				
03142	510-3131	Stellv. Leiter/in	1 S 10	1 S 8				
03143	510-3131	Erzieher/in	1 S 8 T 205,43	1 S 8 T 210,84				
03149	510-3131	Kinderpfleger/in	1 S 4 T 146,13	1 S 4 T 143,50				
03155	510-3131	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 64,77			1 E 2Ü T 64,77		
		<u>51.3265 Südstadt</u>						
03170	5103133	Erzieher/in	1 S 6 T 221,09	1 S 6 T 223,87				
03172	510-3133	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 232,53	1 S 3 T 238,80				
03182	510-3131	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 61,28			1 E 2Ü T 61,28		
		<u>51.3267 Volkskindergarten</u>						
03185	510-3134	Erzieher/in	1 S 6 T 91,74	1 S 6 T 93,88				
03188	510-3134	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 146,13	1 S 3 T 143,50				
03193	510-3134	Hauswirtschaftsdienst	1 E 1 T 51,00			1 E 2Ü T 51,00		
		<u>51.4 Jugendförderung</u>						
		<u>51.42 Jugendfreizeiteinrichtungen</u>						
		<u>51.4236 Rotation</u>						
03287	510-4304	Sozialarb./-päd.	1 S 12 T 44	1 S 12 T 45				
		<u>51.43 Offene Ganztagsgrundschulen (OGS)/Schulkindbetreuung</u>						
Neu	510-4304	Erzieher/in Schulkindbetreuung Ausfallreserve		+ 1 S 8 T 58,50				
Neu	510-4304	Erzieher/in Schulkindbetreuung GS Rheinring im KJZ Rotation		+ 1 S 6 T 23,50				
Neu	510-4304	Zweitkraft im Gruppendienst im KJZ Rotation Schulkindbetreuung GS Rheinring im KJZ Rotation		+ 1 S 2 T 20				

51.3261 Schwedenheim

Nrn. 03141 und 03142

Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

Nr. 03143 und 03149

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 27. Mai 2014.

Nr. 03155

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.3265 Südstadt

Nr. 03170 und 03172

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 27. Mai 2014.

Nr. 03182

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

513267 Volkskindergarten

Nr. 03185 und 03188

Stellenveränderungen im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 27. Mai 2014.

Nr. 03193

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

51.4 Jugendförderung

51.42 Jugendfreizeiteinrichtungen

51.4236 Rotation

Nr. 03287

Stellenveränderung im Zuge des Stufenplanes zur Umsetzung des Ratsbeschlusses „Schulkindbetreuung und Ganztagschule“ (DS 2654/13) vom 27. Mai 2014., hier für die korrespondierenden Leitungsaufgaben.

51.43 Offene Ganztagsgrundschulen (OGS)/Schulkindbetreuung

Nrn. neu

Stellenaufstockung der Ausfallreserve aufgrund der Anpassung der Berechnungsgrundlage durch das Land für die Schulkindbetreuung.

Nrn. neu

Stellenveränderung im Zuge des Stufenplanes zur Umsetzung des Ratsbeschlusses „Schulkindbetreuung und Ganztagschule“ (DS 2654/13) vom 27. Mai 2014.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>Noch 51.43 Offene Ganztagsgrundschulen (OGS)/Schulkindbetreuung</u>						
05223	510-4304	Erzieher/in Schulkindbetreuung Spielstube Hebbelstraße	1 S 6 T 63,50	1 S 6 T 83				
05224	510-4304	Zweitkraft im Gruppendienst Schulkindbetreuung Spielstube Hebbelstraße	1 S 2 T 55	1 S 2 T 65		1 S 2 T 68		
05115	510-4304	Erzieher/in Schulkindbetreuung im KTK „Weiße Rose“	1 S 6 T 110,50	1 S 6 T 130				
05222	510-4304	Zweitkraft im Gruppendienst Schulkindbetreuung im KTK „Weiße Rose“	1 S 2 T 40	1 S 2 T 55				
05409	510-4304	Zweitkraft im Gruppendienst Schulkindbetreuung im KJZ Heidelberg	1 S 2 T 30	1 S 2 T 45				
		<u>51.44 Jugendsozialarbeit</u>						
04438	510-4400	Stellenleiter/in Koordination Kompetenzagentur	1 S 15			1 S 17		

Noch 51.43 Offene
Ganztagsgrundschulen
(OGS)/Schulkindbetreuung

Nrn. 05223, 05224, 05115, 05222 und
05409

Stellenveränderung im Zuge des Stufenplanes zur Umsetzung des Ratsbeschlusses
„Schulkindbetreuung und Ganztagschule“ (DS 2654/13) vom 27. Mai 2014.

Nr. 05224

Ergänzung:

Stundenaufstockung zur Abdeckung der Randzeitenbetreuung. Deckung aus Finanzmitteln
der Schule.

51.44 Jugendsozialarbeit

Nr. 04438

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

60 Bauordnung und Brandschutz

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
neu		<u>60 Bauordnung und Brandschutz*</u> Fachbereichsleiter/in				+ 1 A15		
*Zum Fachbereich 60 Bauordnung und Brandschutz gehören die Referate 0620 Brandschutz und Wiederkehrende Prüfungen sowie 0630 Bauordnung. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden diese gesondert dargestellt								

60 Bauordnung und Brandschutz

Nr. neu

Neubildung des Fachbereichs 60 Bauordnung und Brandschutz zur Steigerung der Effizienz im Bereich der Bauordnung insbesondere bedingt durch die Aufgabenzuwächse im Bereich Brandschutz, regelmäßige und wiederkehrende Prüfungen sowie im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung. Dem neuen Fachbereich werden das bestehende Referat 0630 Bauordnung sowie ein neu zu bildendes Referat 0620 Brandschutz und Wiederkehrende Prüfungen zugeordnet. Damit einhergehend erforderliche Stellenschaffungen, Stellenverlegungen und Neubewertungen.

0620 Referat Brandschutz und Wiederkehrende Prüfungen

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01462		<u>0620 Referat Brandschutz und Wiederkehrende Prüfungen</u>						
		Referatsleiter/in				1 A 13 gD	+ 1 A 12	
neu		Techn. Sachbearbeiter/in Regelmäßige und Wiederkehrende Prüfungen				1 A 13 gD	+ 1 E 12	
neu		Sachbearbeiter/in Verfolgung baurechtswidriger Zustände				1 A 11	+ 1 E 10	
neu		Sachbearbeiter/in Verfolgung baurechtswidriger Zustände				1 A 10	+ 1 E 9	
neu		Techn. Sachbearbeiter/in Regelmäßige und Wiederkehrende Prüfungen					+ 2 E 11	
neu		Sachbearbeiter/in Verfolgung baurechtswidriger Zustände				1 A 10	+ 1 E 9	

**0620 Referat Brandschutz und
Wiederkehrende Prüfungen**

Nrn. 01462 und neu

Neubildung des Referates 0620 Brandschutz und Wiederkehrende Prüfungen unterhalb des neuen Fachbereichs 60 (siehe auch Begründung zu Fachbereich 60). Damit einhergehend erforderliche Stellenverlegungen aus den Referaten 0600 und 0630, Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzung sowie Neubewertung.

0630 Bauordnung

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>0630 Bauordnung</u>						
neu	063-1100	Technischer Sachbearbeiter/in Regelmäßige und Wiederkehrende Prüfungen		+ 1 E 12			- 1 E 12	
neu	063-1100	Sachbearbeiter/in Verfolgung baurechtswidriger Zustände		+ 1 E 10			- 1 E 10	
neu	063-1100	Sachbearbeiter/in Verfolgung baurechtswidriger Zustände		+ 1 E 9			- 1 E 9	
neu	063-1100	Techn. Sachbearbeiter/in Regelmäßige und Wiederkehrende Prüfungen		+ 2 E 11			- 2 E 11	
neu	063-1100	Sachbearbeiter/in Verfolgung baurechtswidriger Zustände				+ 1 E 9	- 1 E 9	
		<u>0630.11 Bauaufsicht</u>						
03504	063-1100	Stellenleiter/in stellv. Referatsleiter/in					- 1 A 14	
Neu	063-1100	Techn. Sachbearbeiter/in				+ 1 E 11		
		<u>0630.11.1 Sonderbauten/Sonderprojekte</u>						
03950	063-1100	Sachgebietsleiter/in	1 E 12			1 E 13		
		<u>0630.11.2 Ost</u>						
03946	063-1100	Techn. Sachbearbeiter/in	1 E 11			1 E 11 kw 1)		
		<u>0630.11.3 West</u>						
03506	063-1100	Techn. Sachbearbeiter/in	1 E 11			1 E 11 kw 1)		
		<u>0630.11/4 Vorkaufsrecht</u>						
05332	063-1100	Sachbearbeiter/in Vorkaufsangelegenheiten	1 A 8 T 20 kw 1)	1 A 8 T 20 kw 2018				
03945	063-1100	Sachbearbeiter/in Vorkaufsangelegenheiten					- 1 A 8 T 20	
03944	063-1100	Sachbearbeiter/in Vorkaufsangelegenheiten					- 1 A 8 T 20	

0630 Bauordnung

Nrn. neu

Stellenschaffungen zur intensiveren Aufgabenwahrnehmung im Bereich „Vorbeugender Brandschutz“ incl. der regelmäßig wiederkehrenden Prüfungen und Verlegung zum neu gebildeten Referat 0620 (Begründung siehe auch FB 60).

Nr. neu

Stellenschaffung zur intensiveren Aufgabenwahrnehmung im Bereich „Vorbeugender Brandschutz“ incl. der regelmäßig wiederkehrenden Prüfungen und Verlegung zum neu gebildeten Referat 0620 (Begründung siehe auch FB 60).

0630.11 Bauaufsicht

Nrn. 03504

Stellenverlegung zum Ref. 0600 aufgrund der Neuorganisation im Bereich der Bauordnung
(Begründung siehe auch FB 60).

Nr. neu

Stellenschaffung zur baurechtlichen Prüfung von Flüchtlingsunterkünften.

0630.11.1 Sonderbauten/Sonderprojekte

Nr. 03950

Stellenhebung aufgrund der Aufgabenwahrnehmung Sachgebietsleitung in Personalunion mit der Stellenleitung und stellvertretenden Referatsleitung. Der Stellenwert kann auch an anderer Stelle realisiert werden.

0630.11.2 Ost

Nr. 03946

Anbringung eines kw-Vermerks zur teilweisen Deckung der Stellenschaffungen bei 0630 und 0630.11. (Nun FB 60)

0630.11.3 West

Nr. 03506

Anbringung eines kw-Vermerks zur teilweisen Deckung der Stellenschaffungen bei 0630 und 0630.11. (Nun FB 60)

0630.11/4 Vorkaufsrecht

Nr. 05332

Umwandlung des kw 1)-Vermerkes in einen kw 2018-Vermerk im Zusammenhang mit der Überprüfung und Digitalisierung von Baulasten.

Nrn. 03945 und 03944

Stellenverlegungen zum Ref. 0600 (Begründung siehe auch FB 60).

61 Stadtplanung und Umweltschutz

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>61 Stadtplanung und Umweltschutz</u>						
		<u>61.0 Verwaltung</u>						
		<u>61.01 Allgem. Verwaltung, Personal, Organisation</u>						
neu	610-0010	Stellenleiter/in				+ 1 A 12		
02826	610-0010	Sachbearbeiter/in Wohnungsbauförderung, Mietspiegelangelegenheiten, Zuschüsse zu Baulückenschließungen					- 1 A 11 T 36	
03266	610-0010	Sachbearbeiter/in Wohnungsbauförderung					- 1 A 11 T 4 kw 8)	
02806	610-0010	Sachbearbeiter/in Allgemeine Verwaltungsaufgaben, Materialverwaltung		- 1 E 5 T 30,39 kw 2015				
		<u>61.02 Haushalt, Controlling, Verfahrensrecht</u>						
02820	610-0020	Sachbearbeiter/in Vertragsmanagement, Haushaltswesen	1 E 9			1 E 10		
02823	610-0020	Sachbearbeiter/in Controlling, Berichtswesen	1 A 10	1 A 11		1 A 10		
		<u>61.1 Stadtplanung</u>						
		<u>61.13 Stadterneuerung</u>						
		<u>61.13 AG 2 Sanierungsdurchführung</u>						
neu	610-1300	Koordinator/in		+ 1 A13 gD				
		<u>61.14 Bodenordnung, Grundstückswertermittlung</u>						
03109	610-1400	Techn. Sachbearbeiter/in	1 E 11			1 E 11 T 19,5 1 E 11 T 19,5 kw 2016		
		<u>61.2 Geoinformation</u>						
		<u>61.22/2 AG 2 GIS-Dienste und Projekte</u>						
03398	610-2120	Techn. Sachbearbeiter/in Entwicklung und Betreuung von GIS-Anwendungen, Ausbildung	1 E 10			1 E 10 T 19,5		

61 Stadtplanung und Umweltschutz

61.0 Verwaltung

61.01 Allgem. Verwaltung, Personal, Organisation

Nr. neu

Stellenschaffung zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung und Betreuung der dem FB 61 zugeordneten Abteilungen und Referate. Die Deckung erfolgt durch den Wegfall von Stellenanteilen (s. StVPI-Nrn. 61.14/03109 und 61.22/2/03398).

Nrn. 02826 und 03266

Stellenverlegungen zum Ref. 0600 aufgrund der Neubildung des FB 60 (Begründung siehe auch FB 60).

Nr. 02806

Realisierung des kw-Vermerkes.

61.02 Haushalt, Controlling, Verfahrensrecht

Nr. 02820

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

Nr. 02823

Stellenhebung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

Ergänzung:

Der bisherige Stellenwert bleibt erhalten.

61.1 Stadtplanung

61.13 Stadterneuerung

61.13/2 AG 2 Sanierungsdurchführung

Nr. neu

Stellenschaffung zur durchgängigen Betreuung (Planung und Durchführung) des neuen Fördergebietes „Donauviertel“ in der Weststadt sowie zur Koordination der AG 2 Sanierungsdurchführung.

61.14 Bodenordnung, Grundstückswertermittlung

Nr. 03109

Anbringung eines kw-Vermerkes im Zusammenhang mit der Altersteilzeit des Stelleninhabers. Teilweise Deckung des Stellenmehrbedarfs bei 61.01.

61.2 Geoinformation

61.22/2 AG 2 GIS-Dienste und Projekte

Nr. 03398

Stundenreduzierung entsprechend der tatsächlichen Besetzung sowie zur teilweisen Deckung des Stellenmehrbedarfs bei 61.01.

61 Stadtplanung und Umweltschutz

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>61.4 Umweltschutz, Umweltplanung</u>						
		<u>61.43 Umweltplanung und Umweltdaten</u>						
neu	610-4310	Sachbearbeiter/in Energieberatung				+ 1 E 10 kw 2017		
neu	610-4310	Sachbearbeiter/in Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltprüfung						+ 1 E 13 kw 2017
		<u>61.7 Stadtgrün-Planung und Bau</u>						
neu	610-7100	Techn. Sachbearbeiter/in Grünordnungs- und Freiraumentwicklungsplanung		+ 1 E 11 kw 2020				

61.4 Umweltschutz, Umweltplanung

61.43 Umweltplanung und Umweltdaten

Nr. neu	Befristete Stellenschaffung zur Unterstützung der Energieberatungsstelle gem. Ratsbeschluss vom 21. Juli 2015 (DS 15-00200).

Nr. neu	Befristete Stellenschaffung gem. Beschluss des FPA am 25. Februar 2016.

61.7 Stadtgrün-Planung und Bau

Nr. neu	Befristete Stellenschaffung zur Planung neuer Wohnbaulandflächen auf Grundlage des Wohnraumversorgungskonzeptes.

65 Hochbau und Gebäudemanagement

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>65 Hochbau und Gebäudemanagement</u>						
		<u>65.0 Kaufmännisches Gebäudemanagement</u>						
		<u>65.01 Allgemeine Verwaltung und Beschaffung/Zentrale Vergabestelle</u>						
01756		Sachbearbeiter/in Zentrale Vergabestelle				1 A 7	+ 1 E 6 T 19,5	
		<u>65.04 Rechnungswesen</u>						
01756		Sachbearbeiter/in Finanz- und Rechnungswesen					- 1 E 6 T 19,5	
		<u>65.1 Bauausführung Hochbau</u>						
05608		Abteilungsleiter/in	1 E 14	1 E 15				
Neu		Techn. Sachbearbeiter/in				+ 2 E 11		
		<u>65.2 Planung und Projektentwicklung</u>						
Neu		Techn. Sachbearbeiter/in				+ 2 E 11		
		<u>65.3 Planung und Bauausführung Technische Gebäudeausrüstung</u>						
		<u>65.31 Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und Maschinentechnik</u>						
Neu		Techn. Sachbearbeiter/in				+ 2 E 11		
		<u>65.32 Elektro- und Regeltechnik</u>						
Neu		Techniker/in Betriebstechnische Anlagen		+ 2 E 8				
03010		Heizungsmeister/in		1 E 9 ku 1) E 8	+ 1 E 9			
Neu		Techn. Sachbearbeiter/in				+ 1 E 14		
Neu		Techn. Sachbearbeiter/in				+ 1 E 11		

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
00441		<u>65.4 Infrastrukturelles Gebäudemanagement</u> <u>65.41 Haus-, Reinigungsdienste und Services</u> Bisher: Hauswart/in Richard-Wagner-Straße 1-2 Künftig: Hausmeister/in Richard-Wagner-Straße 1-2	1 E 4	1 E 3				
03010		<u>65.42 Betriebshandwerklicher Dienst</u> Heizungsmeister/in Werkstatt			- 1 E 9			
Neu		Heizungsmonteur/in (Vorarbeiter/in) Werkstatt		+ 1 E 7 Z 12				

65.4 Infrastrukturelles
Gebäudemanagement

65.41 Haus-, Reinigungsdienste und
Services

Nr. 00441

Stellenwertänderung entsprechend der Bewertung.

65.42 Betriebshandwerklicher Dienst

Nr. 03010

Stellenverlegung in die Abteilung 65.3. Der Stelleninhaber wird dort eingesetzt für die Wartung, Prüfung und Instandsetzung von betriebstechnischen Anlagen.

Nr. neu

Stellenschaffung für die Instandsetzung von Heizungsanlagen.

66 Tiefbau und Verkehr

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>66 Tiefbau und Verkehr</u>						
		<u>66.0 Verwaltung</u>						
		<u>66.0/1 AG 1 Finanzen und Controlling</u>						
01658	660-0020	Sachbearbeiter/in Haushalts- und Rechnungswesen	1 A 7 T 30	1 E 6 T 30				
		<u>66.01 Allgemeine Verwaltung, Straßenrecht, IT-Anwendungen</u>						
01643	660-0030	Stellenleiter/in	1 A 11 T 30	1 A 11	+ 1 A 10 T 10			
01641	660-0010	Sachbearbeiter/in Allgemeine Verwaltungsaufgaben	1 A 10	1 A 10 T 30	- 1 A 10 T 10			
		<u>66.1 Verkehrsplanung und Verkehrsmanagement</u>						
		<u>66.11 Verkehrsplanung</u>						
03099	660-1100	Stellenleiter/in	1 A 15			1 A 15 ku 1) A 14		
Neu	660-1100	Techn. Sachbearbeiter/in		+ 1 E 13				
		<u>66.2 Straßenplanung und Brücken</u>						
		<u>66.23 Brücken und konstruktiver Ingenieurbau</u>						
Neu	660-2300	Techn. Sachbearbeiter/in		+ 1 E 11		+ 1 A 11		
		<u>66.4 Straßenverkehr</u>						
		<u>66.42 Baustellenmanagement, Schwertransporte, Geschwindigkeitsüberwachung</u>						
Neu	660-4000	Sachbearbeiter/in Baustellenüberwachung		+ 1 A 10				
		<u>66.5 Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft</u>						
02028	680-0012 (50%) u. 680-0051 (50%)	Abteilungsleiter/in	1 E 14	1 E 15				
Neu	680-0051	Techn. Sachbearbeiter/in Strategische Planung Entsorgung		+ 1 E 12 T 19,5				

66 Tiefbau und Verkehr

66.0 Verwaltung

66.0/1 AG 1 Finanzen und Controlling

Nr. 01658 Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

66.01 Allgemeine Verwaltung, Straßenrecht, IT-Anwendungen

Nr. 01643 Stundenaufstockung entsprechend des Bedarfs. Zur Kompensation dient die Reduzierung der Stelle 01641.

Nr. 01641 Stundenreduzierung entsprechend des Bedarfs. Dient zur Kompensation der Aufstockung der Stelle 01643.

66.1 Verkehrsplanung und Verkehrsmanagement

66.11 Verkehrsplanung

Nr. 03099 Anbringung eines ku-Vermerks entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

Nr. neu Stellenschaffung im Bereich Verkehrsplanung aufgrund des Stadtbahnausbaukonzeptes.

66.2 Straßenplanung und Brücken

66.23 Brücken und konstruktiver Ingenieurbau

Nr. neu Stellenschaffung aufgrund einer Erhöhung der Anzahl der zu betreuenden Brücken- und Ingenieurbauwerke und einer Steigerung des umzusetzenden Investitionsvolumens.
Ergänzung:
Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der voraussichtlichen Besetzung.

66.4 Straßenverkehr

66.42 Baustellenmanagement, Schwertransporte, Geschwindigkeitsüberwachung

Nr. neu Stellenschaffung im Bereich des Baustellenmanagements aufgrund des steigenden Aufwands durch die Anwendung einer neuen technischen Regel für Arbeitsstätten (ASR A5.2 Straßenbaustellen).

66.5 Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft

Nr. 02028 Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

Nr. neu Stellenschaffung im Bereich Abfallwirtschaft entsprechend der Aufgabenentwicklung, dazu zählen die Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzepts, die Angemessenheitsprüfung der Entgelte von ALBA, die Erhöhung des Schüttfeldes III und insbesondere die Sicherstellung der Abfallentsorgung im Zusammenhang mit den Verträgen mit ALBA und Remondis.

67 Stadtgrün und Sport

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>67 Stadtgrün und Sport</u>						
		<u>0670 Sportreferat</u>						
		<u>0670.10 Sportstättenpflege und -modernisierung</u>						
neu	670-4701	Gärtner/in, Saison Glyphosatfreie Pflege der Sportanlagen		+ 1 E 5 T 26 kw 2017				
neu	670-4701	Gartenarbeiter/in, Saison Glyphosatfreie Pflege der Sportanlagen		+ 1 E 3 T 104 kw 2017				
		<u>67.2 Grün- und Parkanlagenmanagement</u>						
		<u>67.21 Bezirksinspektion</u>						
		<u>67.21.5 SG 5 Reinigungsprojekt</u>						
neu	670-2150	Reinigungswart/in		+ 1 E 1				
03632	670-2150	Reinigungswart/in, Saison	1 E 1 T 156	1 E 1 T 182				
		<u>67.21.6 SG 6 Kfz-Beschaffung und Fuhrparkmanagement</u>						
05032	670-2160	Sachbearbeiter/in					-1 A 6 kw1)	
		<u>67.22 Sonderbereiche</u>						
		<u>67.22.2 SG 2 Spielplatzpflege und Arbeitssicherheit</u>						
neu	670-2251	Spielplatzwart/in		+ 1 E 4				
		<u>67.3 Bestattungswesen</u>						
		<u>67.31.1 SG 1 Feierhallen und Bestattungsdienst</u>						
01637	670-3150	Hallenarbeiter/in	1 E 3			1 E 4		

67 Stadtgrün und Sport

0670 Sportreferat

0670.10 Sportstättenpflege und -modernisierung

Nrn. neu

Befristete Stellenschaffungen im Bereich der Pflege der Sportanlagen. Gem. Erl. des Nds. ML aus 2015 dürfen auf diesen Flächen keine glyphosathaltigen Herbizide mehr eingesetzt werden. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit ist daher ein erhöhter Personaleinsatz erforderlich, der nach einer zweijährigen Erprobungsphase überprüft wird.

67.2 Grün- und Parkanlagenmanagement

67.21 Bezirksinspektion

67.21.5 SG 5 Reinigungsprojekt

Nr. neu

Stellenschaffung im Bereich Reinigungsprojekt aufgrund von Aufgaben- und Flächenzuwächsen.

Nr. 03632

Stundenaufstockung entsprechend des Bedarfs (Aufgaben- und Flächenzuwächse).

67.21.6 SG 6 Kfz-Beschaffung und Fuhrparkmanagement

Nr. 05032

Stellenverlegung in den FB 50, Stelle 50.11 SG 3, aus personalwirtschaftlichen Gründen.

67.22 Sonderbereiche

67.22.2 SG 2 Spielplatzpflege und Arbeitssicherheit

Nr. neu

Stellenschaffung im Bereich Spielplatzpflege aufgrund des gestiegenen Kontrollaufwandes infolge der deutlichen Erhöhung der Anzahl der Spielplätze und Spielplatzgeräte insgesamt sowie der Anzahl der besonders stark frequentierten Anlagen oder Anlagen mit häufig auftretendem Vandalismus. Außerdem liegt ein hoher Altgerätebestand und Sanierungsstau vor, so dass sich der Ersatz von Spielgeräten fortsetzt.

67.3 Bestattungswesen

67.31.1 SG1 Feierhallen und Bestattungsdienst

Nr. 01637

Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

91 Stellenreserve für die Gesamtverwaltung

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>91 Stellenreserve für die Gesamtverwaltung</u>						
neu		Sachbearbeiter/in				+ 6 E 11		
neu		Sachbearbeiter/in				+ 2 E 9		
neu		Sachbearbeiter/in				+ 1 E 8		
neu		Sachbearbeiter/in				+ 6 E 6		
neu		Sozialarb.-/-päd.				+ 2 S 15		
neu		Sozialarb.-/-päd.				+ 5 S 14		
neu		Sozialarb.-/-päd.				+ 30 S 12		
neu		Sozialarb.-/-päd.				+ 6 S 11		
neu		Erzieher/-in				+ 30 S 8		
neu		Techn. Sachbearbeiter/in						+ 2 E 11

**91 Stellenreserve für die
Gesamtverwaltung**

Nrn. neu

Stellenschaffungen zur Abdeckung eines eventuellen zusätzlichen Bedarfes aufgrund von steigenden Flüchtlingszuweisungen bzw. von Inobhutnahmen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Nr. neu

Stellenschaffung gem. Beschluss des FPA am 25. Februar 2016.

92 Leerstellen

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
05240	100-8002	<u>92 Leerstellen</u> Sachbearbeiter/in					- 1 A 13 gD kw 6)	
01243		<u>92.10 Leerstellen für Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH</u> Abteilungsleiter/in				1 A 15 kw 6)	+ 1 A 15	

92 Leerstellen

Nr. 05240

Stellenverlegung zu FB 50 Soziales und Gesundheit aus personalwirtschaftlichen Gründen nach Beendigung der Beurlaubung.

**92.10 Leerstellen für Städtisches Klinikum
Braunschweig gGmbH**

Nr. 01243

Stellenverlegung von 95.05 Zuweisung zur Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH.

94 Freigestellte Mitglieder der Personalvertretung

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01036	002-0000	<u>94 Freigestellte Mitglieder der Personalvertretung</u> <u>94.3 Örtl. Personalrat Allgemeine Verwaltung</u> Stellvertreter/in	1 E 6 T 33 kw 2)	1 E 6 kw 2)				
01040	002-0000	<u>94.5 Örtl. Personalrat Feuerwehr</u> Vorsitzende/r	1 A 8 kw 2)	1 A 9 mD kw 2)				

**94 Freigestellte Mitglieder der
Personalvertretung**

94.3 Örtl. Personalrat Allgemeine
Verwaltung

Nr. 01036

Stellenausweisung entsprechend der Freistellung.

94.5 Örtl. Personalrat Feuerwehr

Nr. 01040

Stellenausweisung entsprechend der Freistellung.

95 Zuweisung von Dienstkräften
Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>95 Zuweisung von Dienstkräften</u>						
		<u>95.03 Zuweisung zur Braunschweig Zukunft GmbH</u>						
05374		Sachbearbeiter/in				- 1 A 11 T 20		
05313		Sachbearbeiter/in				- 1 E 8 üT		
		<u>95.05 Zuweisung zur Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH</u>						
01243		Abteilungsleiter/in					- 1 A 15	
		<u>95.06 Zuweisung zur Stadtmarketing Braunschweig GmbH</u>						
05315		Sachbearbeiter/in				- 1 A 12		

95 Zuweisung von Dienstkräften

95.03 Zuweisung zur Braunschweig Zukunft GmbH

Nrn. 05374 und 05313

Stellenwegfälle entsprechend der beendeten Zuweisung.

95.05 Zuweisung zur Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Nr. 01243

Stellenverlegung zu 92.10 Leerstellen für Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH.

95.06 Zuweisung zur Stadtmarketing Braunschweig GmbH

Nr. 05315

Stellenwegfall entsprechend der beendeten Zuweisung.

96 Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>96 Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig</u>						
		<u>96.20 Markt und Integration</u>						
03552	500-6000	Sachbearbeiter/in	1 A 10			1 E 9		
		<u>96.30 Leistungsgewährung</u>						
04169	500-6000	Sachbearbeiter/in	1 E 8			1 A 10		
05593	500-6000	Sachbearbeiter/in	1 A9Z			1 A 10		
03562	500-6000	Sachbearbeiter/in	1 E 8			1 A 10		
05585	500-6000	Sachbearbeiter/in	1 A 8			1 E 8		

**96 Städtische Dienstkräfte des
Jobcenters Braunschweig**

96.20 Markt und Integration

Nr. 03552 Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

96.30 Leistungsgewährung

Nr. 04169 Stellenhebung entsprechend der Bewertung zur probeweisen Einführung einer Einheitssachbearbeitung.

Nr. 05593 Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

Nr. 03562 Stellenhebung entsprechend der Bewertung zur probeweisen Einführung einer Einheitssachbearbeitung.

Nr. 05585 Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit</u>						
04601		Sachbearbeiter/in	1 A 12 kw 2015			1 A 9 mD kw 2017		
05594		Abteilungsleiter/in				- 1 E 14 kw 2015		
05595		Sachbearbeiter/in	1 E 13 kw 2015			1 E 13 kw 2016		
04680		Sachbearbeiter/in	1 E 12 kw 2015			1 E 12 kw 2016		
04688		Sachbearbeiter/in	1 E 11 kw 2015			1 E 13 kw 2017		
04517		Sachbearbeiter/in				- 1 E 9 kw 2015		
04614		Sachbearbeiter/in	1 E 9 kw 2015			1 E 9 kw 2018		
05167		Sachbearbeiter/in	1 E 9 kw 2015			1 E 11 kw 2021		
05316		Sachbearbeiter/in	1 E 9 kw 2015			1 E 9 kw 2016		
05596		Gärtnermeister/in				- 1 E 9 kw 2015		
05597		Techn. Sachbearbeiter/in				- 1 E 9 kw 2015		
05172		Sachbearbeiter/in	1 E 8 kw 2015			1 E 8 kw 2020		
05175		Techn. Sachbearbeiter/in				- 1 E 8 kw 2015		
05180		Sachbearbeiter/in	1 E 6 kw 2015			1 E 6 kw 2018		
05181		Sachbearbeiter/in	1 E 6 kw 2015			1 E 6 kw 2019		
05182		Sachbearbeiter/in	1 E 6 kw 2015			1 E 6 kw 2020		
05183		Sachbearbeiter/in				- 1 E 6 kw 2015		
05600		Sachbearbeiter/in				- 1 E 6 kw 2015		
05185		Hausmeister/in				- 1 E 5 kw 2015		
05601		Sachbearbeiter/in	1 E 5 kw 2015			1 E 5 kw 2016		
05602		Sachbearbeiter/in	1 E 5 kw 2015			1 E 5 kw 2016		

**98 Stellen im Zusammenhang mit der
Altersteilzeit**

Nrn. 04601 bis 05602

Stellenveränderungen entsprechend der Freizeitphase der Altersteilzeit.

98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit

Stellenplan 2016

StPl.- Nr. 2015	Kosten- stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2015 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 23. Juli 2015		Verw.-Vorschlag Ergänzung		Vom FPA am 25. Februar 2016 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
05603		Sachbearbeiter/in	1 E 5 kw 2015			1 E 5 kw 2018		
04936		Sachbearbeiter/in				- 1 E 3 kw 2015		
05599		Schulhausmeister/in				- 1 E 6 kw 2015		
05184		Messgehilfe/-gehilfin, Kraftfahrer/in				- 1 E 5 kw 2015		
04690		Gartenarbeiter/in				- 1 E 3 kw 2015		
05604		Gartenarbeiter/in				- 1 E 3 kw 2015		
05605		Bote/Botin				- 1 E 3 kw 2015		
05168		Sozialarb./-päd.	1 S 14 kw 2015			1 S 13 kw 2019		
05460		Sozialarb./-päd.	1 S 14 kw 2015			1 S 11 kw 2021		
05606		Sozialarb./-päd.	1 S 13 kw 2015			1 S 11 kw 2018		
05165		Sozialarb./-päd.	1 S 11 kw 2015			1 S 11 kw 2020		
05171		Bisher: Erzieher/in	1 S 6 kw 2015					
		Künftig: Sozialarb./-päd.				1 S 11 kw 2019		
05173		Erzieher/in	1 S 6 kw 2015			1 S 6 kw 2020		
05682		Kinderpfleger/in				- 1 S 4 kw 2016		

Abkürzungsverzeichnis

hD	höherer Dienst (neu: Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 2)
gD	gehobener Dienst (neu: Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 1)
mD	mittlerer Dienst (neu: Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 2)
B 6 - B 9	Stellen der Wahlbeamten
A 6 - A 16, B 2	Stellen der Laufbahnbeamten
E 1 - E 15	Entgeltgruppen der Beschäftigten
E 2 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
E 15 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
aT	außertarifliches Entgelt
S 2 - S 18	Entgeltgruppen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst
H	Stellen der Halbtagskräfte
T	Stellen mit einer Abweichung von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit
kw/ku ^{1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8)}	künftig wegfallende/umzuwandelnde Stellen
	¹⁾ bei Organisationsänderung/Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers
	²⁾ bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen
	³⁾ bei Fortfall von Zuschusszahlungen
	⁴⁾ bei Fortfall der Kostenerstattung (Personalkosten zuzüglich Anteil an Sach- und Verwaltungskosten)
	⁵⁾ bei Aufgabenminderung
	⁶⁾ bei Ende der Beurlaubung des derzeitigen Stelleninhabers
	⁷⁾ nach Abschluß der Ausbildungs- oder Einführungszeit längstens bis zur Verwendung auf einer freien Planstelle
	⁸⁾ Haushaltskonsolidierung/bei anderweitigem Einsatz/Ausscheiden der Dienstkraft
kw (z. B.) 2016	künftig wegfallende Stelle zum Ende des angegebenen Jahres
Sp *)	Sperrung der Stelle mit besonderer Erläuterung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
BesL	Besondere Laufbahn (gemäß VO 1)
FuGr	Funktionsgruppe (gemäß VO 2)
GemHKVO	Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung
KAV	Kommunaler Arbeitgeberverband Nds. e. V.
MI	Innenministerium
mAZ	mit Amtszulage
NBG	Niedersächsisches Beamtenengesetz
NKBesVO	Niedersächsische Kommunalbesoldungsverordnung
NStOV-Kom	Nieders. Stellenobergrenzenverordnung für den kommunalen Bereich
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
VO 1	Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 Bundesbesoldungsgesetz (alt)
VO 2	Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 Bundesbesoldungsgesetz (alt)
Z 12/Z 8	Vorarbeiterzulage 12 vH/8 vH

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>	<u>Stellenplan 2016</u>	<u>Abkürzungsverzeichnis</u>
Gesamtzusammenstellung zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten 2016	2	hD gD mD B 5 - B 8 A 6 - A 16, B 2 E 1 - E 15 E 2 Ü E 15 Ü aT S 2 - S 18 H T kw/ku ^{1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8)}	höherer Dienst; Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG) gehobener Dienst; Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG) mittlerer Dienst; Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG) Stellen der Wahlbeamten Stellen der Laufbahnbeamten Entgeltgruppen der Beschäftigten übertarifliches Entgelt gem. TVÜ übertarifliches Entgelt gem. TVÜ außertarifliches Entgelt Entgeltgruppen für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst Stellen der Halbtagskräfte Stellen mit einer Abweichung von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit künftig wegfallende/umzuwandelnde Stellen ¹⁾ bei Organisationsänderung/Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers ²⁾ bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen ³⁾ bei Fortfall von Zuschusszahlungen ⁴⁾ bei Fortfall der Kostenerstattung (Personalkosten zuzüglich Anteil an Sach- und Verwaltungskosten) ⁵⁾ bei Aufgabenminderung ⁶⁾ bei Ende der Beurlaubung des derzeitigen Stelleninhabers ⁷⁾ nach Abschluß der Ausbildungs- oder Einführungszeit längstens bis zur Verwendung auf einer freien Planstelle ⁸⁾ Haushaltskonsolidierung/bei anderweitigem Einsatz/Ausscheiden der Dienstkraft
Allgemeine Bestimmungen zum Stellenplan 2016	3 - 4		
Stellenplan Teil A: Beamte	5 - 17		
Stellenplan Teil B: Beschäftigte	18 - 22		
Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildungszeit	23 - 24		
Stellenübersichten Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung	25 - 48		
Stellenübersichten Teil B: Sonderübersicht über die Planstellen von Beamten, die mit Beschäftigten besetzt sind	49 - 51		
Stellenübersichten Sonderrechnung		kw (z. B.) 2016 Sp *) TVöD GemHKVO KAV MI mAZ NBG NKBesVO NStOV-Kom VKA Z 12/Z 8	künftig wegfallende Stelle zum Ende des angegebenen Jahres Sperrung der Stelle mit besonderer Erläuterung Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung Kommunaler Arbeitgeberverband Nds. e. V. Innenministerium mit Amtszulage Niedersächsisches Beamtengesetz Niedersächsische Kommunalbesoldungsverordnung Nieders. Stellenobergrenzenverordnung für den kommunalen Bereich Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände Vorarbeiterzulage 12 vH/8 vH
- Gebäudemanagement	52 - 55		
- Abfallwirtschaft	56 - 59		
- Stadtentwässerung	60 - 63		

**Gesamtzusammenstellung
zum Stellenplan und zur Stellenübersicht 2016**

	Stand 2015			Veränderung			Stand 2016		
	ohne Leer- und Ausbildungsstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkkräfte	Leer- und Ausbildungsstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkkräfte	Insgesamt (Sp. 2 a + 2 b)	ohne Leer- und Ausbildungsstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkkräfte	Leer- und Ausbildungsstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkkräfte	Insgesamt (Sp. 3 a + 3 b)	ohne Leer- und Ausbildungsstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkkräfte	Leer- und Ausbildungsstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkkräfte	Insgesamt (Sp. 4 a + 4 b)
1	2 a	2 b	2 c	3 a	3 b	3 c	4 a	4 b	4 c
1 Stellenplan (einschließlich Beamte der Sondervermögen)									
1.1 Beamtinnen/Beamte	1.207,31	150,50	1.357,81	64,84	-2,50	62,34	1.272,15	148,00	1.420,15
1.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	1.641,03	174,01	1.815,04	232,85	74,00	306,85	1.873,88	248,01	2.121,89
Summe 1	2.848,34	324,51	3.172,85	297,69	71,50	369,19	3.146,03	396,01	3.542,04
2 Stellenübersicht (Hochbau und Gebäudemanagement)									
2.1 Beamtinnen/Beamte	22,50		22,50	1,00		1,00	23,50		23,50
2.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	258,88		258,88	10,50		10,50	269,38		269,38
Summe 2 (ohne Beamte)	258,88		258,88	10,50		10,50	269,38		269,38
3 Stellenübersicht (Abfallwirtschaft)									
3.1 Beamtinnen/Beamte	4,63		4,63				4,63		4,63
3.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	2,50		2,50	0,50		0,50	3,00		3,00
Summe 3 (ohne Beamte)	2,50		2,50	0,50		0,50	3,00		3,00
4 Stellenübersicht (Stadtentwässerung)									
4.1 Beamtinnen/Beamte	2,37		2,37				2,37		2,37
4.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	4,50		4,50				4,50		4,50
Summe 4 (ohne Beamte)	4,50		4,50				4,50		4,50
Summe 1 bis 4	3.114,22	324,51	3.438,73	308,69	71,50	380,19	3.422,91	396,01	3.818,92

Allgemeine Bestimmungen zum Stellenplan 2016

- 1 Der Stellenplan ist nach den Mustern der Verwaltungsvorschriften zur Ausführung der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung aufgestellt worden.
- 2 Der Verwaltungsausschuss wird ermächtigt, über die Inanspruchnahme von Stellen mit entsprechendem Sperrvermerk zu beschließen.
- 3 Die Verwaltung wird ermächtigt
 - 3.1 über die Inanspruchnahme der Stellenreserve zu entscheiden. Der Rat wird über die konkrete Inanspruchnahme unterrichtet.
 - 3.2 Stellen, aus denen vorübergehend Dienstbezüge oder Entgelte nicht bezahlt werden (z. B. wegen längerer Erkrankung), und Stellen, deren Inhaberinnen während der Mutterschutzfristen nicht beschäftigt werden dürfen, im Bedarfsfall für nichtbeamtete Ersatzkräfte zu verwenden. (Bei den Stellen für Erzieherinnen oder Erzieher sowie Kinderpflegerinnen oder Kinderpfleger des FB Kinder, Jugend und Familie ist bei der Bemessung des Personalbedarfs der Personalausfall wegen Mutterschutz und Erziehungsurlaub nicht berücksichtigt worden; in diesem Bereich ist der Bedarf zu unterstellen.)
 - 3.3 vakante Praktikantinnen- oder Praktikanten-Stellen für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers mit Kinderpflegerinnen oder Kinderpflegern zu besetzen. Kinderpflegerinnen- oder Kinderpflegerstellen im Kindertagesstättenbereich dürfen zur Gewährleistung des Betriebs vorübergehend mit Erzieherinnen oder Erziehern mit entsprechender Eingruppierung besetzt werden.
 - 3.4 über die vorhandenen Stellen hinaus nichtbeamtete Dienstkräfte vorübergehend bis zu 9 Monaten zu beschäftigen, wenn ein unabweisbarer Bedarf vorliegt und Haushaltsmittel hierfür verfügbar sind.
 - 3.5 über die vorhandenen Stellen hinaus nichtbeamtete Dienstkräfte zu beschäftigen, wenn eine volle Kostenerstattung für den Rest des Haushaltsjahres durch Dritte erfolgt.
 - 3.6 Beschäftigte in Maßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) außerhalb des Stellenplans im Rahmen der veranschlagten Haushaltsmittel befristet unter der Voraussetzung zu beschäftigen, dass im Einzelfall ein Zuschuss der Agentur für Arbeit bzw. eine Förderleistung nach dem SGB II oder SGB III gewährt wird.

4 Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

- 4.1 Künftige Stellenwegfälle im Zusammenhang mit Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sind mit dem Vermerk "kw 8)" gekennzeichnet, ggf. ergänzt um die Jahreszahl des angestrebten Wegfalls.
- 4.2 Eine Realisierung dieser Stellenwegfälle bei vergleichbaren anderen Stellen ist möglich bzw. erforderlich. Im Übrigen muss die Realisierung jeweils bei der frühestmöglichen Gelegenheit erfolgen. In die Prüfung der Realisierungsmöglichkeit ist nicht nur die mit dem kw 8)-Vermerk versehene Planstelle einzubeziehen. Zu berücksichtigen sind vielmehr alle Planstellen des Fachbereichs/Referates in dieser Laufbahngruppe mit gleichen bzw. vergleichbaren Stellenwerten.

Hinweis: Bei allen personalrechtlichen Maßnahmen sind die Zuständigkeiten gem. § 107 Abs. 4 NKomVG zu beachten.

Stellenplan
Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr		insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe		Summe je Bes.-Gruppe	tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2015 mit Beschäftigten	nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
	Beamte auf Zeit									
1	Oberbürgermeister	B 9	1,00		1,00		1,00			
		B 9		1,00		1,00				
2	Erster Stadtrat	B 7	1,00		1,00		1,00			
		B 7		1,00		1,00				
3	Stadtbaurat	B 6	1,00		1,00		1,00			
4	Stadtkämmerer	B 6								
5	Stadtrat	B 6	3,00 ¹⁾		3,00		3,00			¹⁾ dav. 1 kw 6)
		B 6		4,00		4,00				

Stellenplan
Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr		insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe		Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2015		nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
	Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)									
6	Leitender Baudirektor	B 2	1,00		1,00		1,00			
7	Städt. Leitender Direktor	B 2	3,00		3,00		3,00			
		B 2		4,00		4,00				
8	Leitender Baudirektor	A 16	3,00 ¹⁾		3,00		3,00			
9	Leitender Branddirektor	A 16	1,00		1,00		1,00			
10	Leitender Medizinaldirektor	A 16								¹⁾ dav. 1 kw 6)
11	Leitender Museumsdirektor	A 16								
12	Städt. Leitender Direktor	A 16	8,00		8,00		8,00			
13	Leitender Vermessungsdirektor	A 16	1,00		1,00		1,00			
		A 16		13,00		13,00				
14	Archivdirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
15	Baudirektor	A 15	6,00 ²⁾		6,00		6,00			²⁾ dav. 1 ku 1) A 14
16	Bibliotheksdirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
17	Branddirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
18	Medizinaldirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
19	Museumsdirektor	A 15								
20	Städtischer Direktor	A 15	9,00 ³⁾		9,00		8,00	1,00		³⁾ dav. 1 kw 6)

Stellenplan

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im		Zahl der Stellen im Vorjahr					Vermerke, Erläuterungen
			Haushaltsjahr insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe	insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2015			
							tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Beschäftigten	nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
21	Vermessungsdirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
22	Veterinärdirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
		A 15		21,00		21,00				
23	Bauoberrat	A 14	7,00 ¹⁾		7,00		6,50	0,40	0,10	¹⁾ dav. 1 ku 1) A 13
24	Bibliotheksoberrat	A 14								
25	Brandoberrat	A 14	1,00		1,00		1,00			
26	Oberkustos	A 14								
27	Städtischer Oberrat	A 14	11,63 ²⁾		11,63		9,80		1,83	²⁾ dav. 1 kw 6), 1 T 25 kw 1),
28	Vermessungsoberrat	A 14	1,00		1,00		1,00			
29	Veterinäroberrat	A 14	1,00		1,00		0,88	0,12		³⁾
		A 14		21,63		21,63				
30	Baurat	A 13	4,00 ⁴⁾		4,00		1,75	1,25	1,00	⁴⁾ 1 kw 2019
31	Kustos	A 13								
32	Städtischer Rat	A 13	1,00 ³⁾							
		A 13		5,00		4,00				

Stellenplan
Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im		insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			Haushaltsjahr insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe		Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2015		nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
	Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)									
33	Stadtoberamtsrat mit Amts- zulage	A 13 mAZ								
34	Bauoberamtsrat	A 13	6,00 ¹⁾		4,00		3,00		1,00	¹⁾ dav. 2 kw 6)
35	Brandoberamtsrat	A 13	5,00 ²⁾		2,00		2,00			²⁾ dav. 1 kw 1)
36	Sozialoberamtsrat	A 13								
37	Stadtoberamtsrat	A 13	41,00 ³⁾		36,00		30,88	1,00	4,12	³⁾ dav. 7 kw 6), 1 ku 1) A 11, 1 ku 1) A 12, 1 kw 7), 1 kw 1)
38	Vermessungsoberamtsrat	A 13								
		A 13		52,00		42,00				
39	Archivamtsrat	A 12	1,00		1,00		1,00			
40	Bauamtsrat	A 12	1,00		1,00		1,00			
41	Brandamtsrat	A 12	9,00 ⁷⁾		7,00		5,00		2,00	⁷⁾
42	Sozialamtsrat	A 12								
43	Stadtamtsrat	A 12	75,50 ⁸⁾		76,50		72,75		3,75	⁸⁾ dav. 6 kw 6), 1 T 10, 1 kw 2019 1 kw 7), 1 T 30 kw 6), 1 T 20 kw 5)
44	Vermessungsamtsrat	A 12								
45	Gewerbeamtsrat	A 12	1,00		1,00		1,00			
				87,50		86,50				

Stellenplan
Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr		insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe		Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2015		nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
46	Bauamtman	A 11	6,00 ¹⁾		5,00		3,80	1,20		¹⁾ dav. 2 T 20
47	Brandamtman	A 11	14,00		13,00		10,00		3,00	
48	Archivamtman	A 11	1,00		1,00				1,00	²⁾ dav. 1 T 4 kw 8), 1 T 10, 22 T 20, 1 T 25, 1 Sp*) 1 T 35 kw 2), 10 T 30, 1 T 36, 7 kw 6), 3 kw 1) 1 kw 2019 Sp*), 1 ku 1) A 10, 1 kw 2019
49	Gewerbeamtmann	A 11								
50	Stadtamtman	A 11	180,26 ²⁾		167,51		165,50	2,20	-0,19	
51	Vermessungsamtman	A 11	1,00		1,00		0,55	0,45		
		A 11		202,26		187,51				
52	Archivoberinspektor	A 10	1,00		1,00		1,85	0,15	-1,00	
53	Bauoberinspektor	A 10								³⁾ dav. 23 kw 6), 1 T 10, 1 kw 5), 1 T 20 kw 2), 6 kw 1), 1 T 30 kw 1), 1 T 20 kw 1), 1 ku 1) A 8, 45 T 20, 1 T 24, 5 T 25, 1 T 28, 12 T 30, 1 T 30 kw 6), 1 T 37 1 T 5 kw 1), 1 kw 2016, 1 T 35, 1 T 20 kw 2017
54	Bibliotheksoberinspektor	A 10	1,00		1,00		1,00			
55	Brandoberinspektor	A 10	11,00 ⁴⁾		12,00		13,00		-1,00	
56	Sozialoberinspektor	A 10								⁴⁾ dav. 2 kw 7), 1 kw 1), 1 kw 4)
57	Stadtoberinspektor	A 10	250,93 ³⁾		230,62		205,03	3,59	22,00	
58	Vermessungsoberinspektor	A 10								
		A 10		263,93		244,62				

Stellenplan

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im		insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			Haushaltsjahr insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe		Summe je Bes.-Gruppe	tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2015 mit Beschäftigten	nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
59	Archivinspektor	A 9								
60	Sozialinspektor	A 9								
61	Stadtinspektor	A 9	26,00 ¹⁾		26,00		11,00		15,00	¹⁾ 1 kw 6), 25 kw 7)
		A 9		26,00		26,00				
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
62	Hauptbrandmeister mit Amtszulage	A 9 mAZ	15,00 ²⁾		13,00		11,00		2,00	²⁾
63	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	22,00 ³⁾		24,00		22,25		1,75	³⁾ dav. 2 T 20, 2 T 30, 1 T 20 kw 1), 1 kw 2), 1 x kw 2016
64	Lebensmittelkontroll- amtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	1,00		1,00		1,00			
		A 9 mAZ		38,00		38,00				
65	Hauptbrandmeister	A 9	65,00 ⁴⁾		59,00		47,00		12,00	⁴⁾ dav. 9 kw 4), 1 kw 2)
66	Lebensmittelkontroll- amtsinspektor	A 9	5,00		5,00		5,00			
67	Stadtamtsinspektor	A 9	36,04 ⁵⁾		36,04		33,79		2,25	⁵⁾ dav. 3 kw 6), 1 ku 1) A 8, 1 T 20 ku 1) A 8 T 20, 2 T 20, 1 T 21,5, 2 T 30, 1 kw 2017
		A 9		106,04		100,04				

Stellenplan
Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr		insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe		Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2015		nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
68	Lebensmittelkontrollhauptsekretär	A 8								
69	Oberbrandmeister	A 8	147,00 ¹⁾		138,00		127,58	1,00	9,42	¹⁾ dav. 16 kw 4), 4 kw 1)
70	Stadthauptsekretär	A 8	179,42 ²⁾		166,01		155,00	1,00	10,01	²⁾ dav. 1 T 7 kw 1), 1 T 10 kw 3), 1 T 15, 1 T 20 kw 6), 24 T 20, 3 T 25, 9 T 30, 1 T 33, 5 kw 7), 13 kw 6), 1 T 20 kw 2018 4 kw 1), 1 ku 1) A 6, 1 ku 1) A 10, 1 kw 2019, 1 T 35 1 ku 1) A 7, 2 kw 2016, 4 kw 2017, 1 T 32 kw 2017, 1 T 9,
		A 8		326,42		304,01				
71	Brandmeister	A 7	82,00 ³⁾		100,00		96,00		4,00	
72	Landesplanungsobersekretär	A 7	⁴⁾							
65	Lebensmittelkontroll obersekretär	A 7								⁴⁾ dav. 1 T 20 kw 8), 1 T 20
74	Stadtobersekretär	A 7	109,37 ⁵⁾		103,50		92,21	4,60	6,69	⁵⁾ dav. 2 T 10, 1 T 20 kw 6), 2 T 20 kw 3), 2 T 20 2 T 20 kw 1), 2 T 23, 2 T 25, 1 T 29,5, 6 T 30, 3 kw 7), 12 kw 6), 1 kw 2017
		A 7		191,37		203,5				
75	Lebensmittelkontrollsekretär	A 6								
76	Stadtsekretär	A 6	25,50 ⁶⁾		26,50		7,90	1,00	17,60	⁶⁾ dav. 1 T 10 kw 5), 2 T 20, 1 T 30, 1 T 20 kw 6), 15 kw 7), 2 kw 6), 2 kw 2017
		A 6		25,50		26,50				
	insgesamt		1.389,65	1.389,65	1.328,31	1.328,31	1.191,02	18,96	118,33	

- 12 -
Stellenplan
Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Hochbau und Gebäudemanagement

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im		insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			Haushaltsjahr insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe		Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2015		nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6 mit Beamten	7 tatsächlich besetzt mit Beschäftigten	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
1	Leitender Baudirektor	A 16	1,00		1,00		1,00			
		A 16		1,00		1,00				
2	Baudirektor	A 15								
		A 15								
3	Bauoberrat	A 14								
4	Städt. Oberrat	A 14								
		A 14								
5	Baurat	A 13	1,00		1,00		0,75	0,25		
		A 13		1,00		1,00				
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
6	Bauoberamtsrat	A 13								
7	Stadtoberamtsrat	A 13	1,00		1,00		1,00			
		A 13		1,00		1,00				
8	Bauamtsrat	A 12								
9	Stadtamtsrat	A 12	1,00		1,00		1,00			
		A 12		1,00		1,00				
10	Bauamtman	A 11	0,50 ¹⁾		0,50		0,50			¹⁾ 1 T 20
		A 11								
11	Stadtamtman	A 11	4,00		4,00		4,00			
		A 11		4,50		4,50				

- 13 -
Stellenplan
Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Hochbau und Gebäudemanagement

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im		insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			Haushaltsjahr insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe		Summe je Bes.-Gruppe	tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2015 mit Beschäftigten	nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
12	Bauoberinspektor	A 10	³⁾							³⁾
13	Stadtoberinspektor	A 10	1,75 ⁴⁾		1,75		0,75		1,00	⁴⁾ dav. 1 T 30
		A 10		1,75		1,75				
14	Stadtinspektor	A 9	⁵⁾							⁵⁾
		A 9								⁶⁾
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
15	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	⁶⁾							⁷⁾
		A 9 mAZ								⁸⁾ dav. 1 T 30
16	Stadtamtsinspektor	A 9	2,00 ⁷⁾		2,00		2,00			⁹⁾ dav. 4 T 20, 2 T 30
		A 9		2,00		2,00				
17	Stadthauptsekretär	A 8	2,75 ⁸⁾		2,75		2,75			¹⁰⁾
		A 8		2,75		2,75				
18	Stadtobersekretär	A 7	8,50 ⁹⁾		7,50		7,50			
		A 7		8,50		7,50				
19	Stadtsekretär	A 6	¹⁰⁾							
		A 6								
	Hochbau insgesamt		23,50	23,50	22,50	22,50	21,25	0,25	1,00	

Stellenplan
Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Stadtentwässerung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im		insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			Haushaltsjahr insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe		Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2015		nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
1	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
2	Bauoberrat	A 14								
		A 14								
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
3	Bauoberamtsrat	A 13								
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,50 ¹⁾		0,50		0,50			
		A 13		0,50		0,50				
3	Bauamtsrat	A 12								
4	Stadtamtsrat	A 12								¹⁾ 1 T 20
		A 12								²⁾
5	Stadtamtman	A 11	0,37 ³⁾		0,37		0,37			³⁾ 1 T 15
		A 11		0,37		0,37				⁴⁾ dav. 1 T 20 kw 2016
6	Bauoberinspektor	A 10								
7	Stadtoberinspektor	A 10	1,50 ⁴⁾		1,50		1,50			
		A 10		1,50		1,50				
8	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Stadtentwässerung

[illegible]

- 16 -
Stellenplan
Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaft

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im		insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			Haushaltsjahr insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe		Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2015		nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
	Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)									
1	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
2	Bauoberrat	A 14								
		A 14								
	Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)									
3	Bauoberamtsrat	A 13								
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,50 ¹⁾		0,50		0,50			
		A 13		0,50		0,50				
3	Bauamtsrat	A 12								
4	Stadtamtsrat	A 12	²⁾							¹⁾ 1 T 20
		A 12								²⁾
5	Stadtamtman	A 11	1,13 ³⁾		1,13		1,13			³⁾ dav. 1 T 25, 1 T 20
		A 11		1,13		1,13				
6	Bauoberinspektor	A 10								
7	Stadtoberinspektor	A 10	2,00		2,00		2,00			
		A 10		2,00		2,00				
8	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								

Stellenplan
Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaft

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im		Zahl der Stellen im Vorjahr					Vermerke, Erläuterungen
			Haushaltsjahr insgesamt	2016 Summe je Bes.-Gruppe	insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2015		nicht besetzt	
							tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Beschäftigten		
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
	Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)									
9	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ A 9 m AZ								
10	Stadtamtsinspektor	A 9	0,50 ¹⁾	0,50		0,50				¹⁾ 1 T 20
		A 9		0,50		0,50				²⁾ 1 T 20
10	Stadthauptsekretär	A 8	0,50 ²⁾	0,50		0,50				
		A 8		0,50		0,50				
9	Stadtobersekretär	A 7								
		A 7								
10	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Abfallwirtschaft insgesamt		4,63	4,63	4,63	4,63	4,63			
	Sondervermögen insgesamt		30,50	30,50	29,50	29,50	28,25	0,25	1,00	
	Beamte insgesamt		1.420,15	1.420,15	1.357,81	1.357,81	1.219,27	19,21	119,33	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015	tatsächlich besetzt	nicht besetzt
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT	3,00 ¹⁾	3,00	3,00	-	¹⁾ ²⁾ ³⁾ dav. 1 T 10, 1 T 13,43 kw 4), 1 T 15,2 kw 4), 2 T 19,5, 2 T 19,5 kw 4), 1 kw 4) 3 T 29,25, 1 kw 2021 ⁴⁾ dav.
2		15Ü	2,00 ²⁾	2,00	1,00	1,00	⁵⁾ dav. 1 T 9,75, 8 T 19,5, 1 T 29,25, 1 kw 6), 1 T 30, 1 T 10 kw 2019, 1 kw 2019 Sp*), 2 kw 2018 2 kw 2017, 1 kw 2016,
3		15	19,24 ³⁾	17,24	14,03	3,21	
4		14	19,00 ⁴⁾	18,00	17,00	1,00	⁶⁾ dav. 1 T 4 kw 4), 6 T 19,5, 1 T 35,46, 1 kw 2), 1 T 19,5 kw 4), 1 kw 2017, 1 kw 2016,
5		13	32,26 ⁵⁾	27,00	24,27	2,73	⁷⁾ dav. 1 T 12,5, 1 T 16,72, 10 T 19,5, 1 T 29,38, 1 T 30,39, 1 kw 2018, 1 T 19,5 kw 2016, 1 üT, 1 kw 4), 1 kw 2017, 3 kw 6), 2 kw 1), 1 kw 2020, 1 kw 2021, 1 kw 5), 1 ku 1) E 10 ⁸⁾ dav. 1 T 9,75 kw 2015, 5 T 19,5, 1 T 28,37, 1 T 29,25 1 kw 3), 1 kw 5), 2 kw 6), 1 kw 2017
6		12	35,51 ⁶⁾	36,51	34,78	1,73	
7		11	114,78 ⁷⁾	102,78	94,47	8,31	
8		10	45,24 ⁸⁾	43,74	29,76	13,98	⁹⁾ dav. 4 T 19,5, 1 T 24,57, 1 T 24,62, 2 T 25, 1 T 25,33, 1 T 27,92, 1 T 30,39, 1 T 34 1 T 28,19, 3 üT, 7 kw 6), 1 ku 1) A 8, 2 kw 2016, 2 kw 2018, 1 kw 2020
9		9	106,68 ⁹⁾	108,46	97,48	10,98	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
10		8	117,27 ¹⁾	117,68	112,65	5,03	¹⁾ 10 T 19,5, 1 T 19,5 kw 1), 4 T 29,25, 1 T 29,25 ku 1) 5 T 29,25, 1 T 29,38, 1 T 30, 4 üT, 10 kw 6), 5 kw 4), 1 kw 2017, 3 kw 1), 3 ku 1) 6, 1 kw 2020, 1 T 9,75,
11		7	9,50 ²⁾	9,50	8,00	1,50	²⁾ dav. 1 kw 2016, 4 Z 12, 1 T 19,5
12		6	176,96 ³⁾	171,30	162,58	8,72	³⁾ dav. 1 T 9,75 kw 4), 1 T 19,5 kw 2), 1 T 19,5 üT, 1 T 19,5 kw 1), 1 T 19,5 ku 1) A 6 T 20, 10 T 19,5, 1 T 22,04, 1 T 24,5 üT, 1 T 24,5, 1 T 25, 1 T 25,33, 1 T 25,33 üT, 1 T 29,38, 3 T 30, 1 T 34,33, 1 T 35,25, 17 Z 12, 32 üT, 12 kw 6), 1 kw 2018, 1 kw 2019, 1 kw 2020, 3 kw 2), 2 kw 1), 3 ku 1) 5, 1 T 25 üT, 1 kw 4)
13		5	270,15 ⁴⁾	271,63	262,44	9,19	⁴⁾ dav. 1 T 8,11 kw 8), 1 T 19,5 kw 1), 2 T 19,5 ku 1) 4 T 19,5, 24 T 19,5, 1 T 25, 1 T 29,65 5 T 29,25, 1 T 29,63, 2 T 30, 2 T 30,39, 1 T 30,9, 1 T 31, 1 T 32,42, 1 T 32,67, 1 T 37,48, 1 Z 12, 14 kw 6), 1 kw 5), 1 kw 2), 1 kw 1), 1 T 19,5 kw 4), 1 T 19,5 kw 2016, 1 T 19,5 kw 3), 1 T 34,70, 1 T 22,75, 1 T 24,50, 2 kw 4), 1 T 26 kw 2017, 2 kw 2016, 1 kw 2018, 3 kw 2), 2 kw 1), 3 ku 1) 5, 1 T 25 üT, 1 kw 4)
14		4	40,00 ⁵⁾	38,00	39,95	-1,95	⁵⁾ dav. 1 kw 6), 1 kw 1), 1 ku 1) 3,
15		3	138,49 ⁶⁾	114,68	116,00	-1,32	⁶⁾ dav. 1 T 5 kw 1), 39 T 19,5, 2 T 24,57, 1 T 24,82 kw 2), 1 T 25,33, 1 T 34, 2 Z 8, 1 kw 4), 1 T 126,75 kw 4), 1 T 104 kw 2017,
16		2Ü	48,10 ⁷⁾	1,42	2,50	-1,08	⁷⁾ dav. 1 T 16,25,
17		2	9,00 ⁸⁾	9,00	4,00	5,00	⁸⁾ dav. 6 kw 6),
18		1	22,32 ⁹⁾	56,89	57,79	-0,90	
	Zwischensumme Beschäftigte		1209,5	1148,83	1081,7	67,13	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Anwendungsbereich des BT-K des TVöD							
19		Kr. 12 a					1)
20		Kr. 11 b					
21		Kr. 11 a					
22		Kr. 10 a					
23		Kr. 9 d					
24		Kr. 9 c					
25		Kr. 9 b					
26		Kr. 9 a					
27		Kr. 8 a					
28		Kr. 7 a	1)			-	
29		Kr. 4 a				-	
30		Kr. 3 a					
	Zwischensumme Beschäftigte Kr.						

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst							
31		S 18	1,00 ¹⁾	1,00	1,00	-	²⁾ dav. 2 kw 6)
32		S 17	25,50 ²⁾	21,00	19,87	1,13	⁴⁾ dav. 2 kw 3), 1 T 28, 1 T 19,5 kw 2018, ⁵⁾ dav. 3 T 19,5, 7 T 29,25, 1 T 35,2, 2 kw 6), 1 T 58,5, 1 T 253,5, 1 T 78, 1 T 68,25, ⁶⁾ dav. 1 kw 6), 1 kw 2019,
33		S 16	5,00 ³⁾			-	⁷⁾ dav. 1 T 10,5, 1 T 19,24, 6 T 19,5, 1 T 23,25, 1 T 23,3, 1 T 25, 1 T 27, 1 T 30, 1 T 30,39, 1 T 33,94, 2 kw 6), 1 kw 2), 1 T 25 kw 4), ⁸⁾ dav. 1 T 5,33, 1 T 6, 1 T 19,32, 1 T 19,5 kw 8), 11 T 19,5, 1 T 25,33, 3 T 29,25, 1 T 30 kw 4), 4 T 30,39, 1 T 35, 4 kw 6), 3 kw 3), 2 kw 4), 1 kw 2016, 1 kw 2021, 1 kw 2018, 1 kw 2020, 1 kw 2019 ⁹⁾ dav. 3 T 30, 4 kw 6)
34		S 15	36,99 ⁴⁾	14,27	14,41	-0,14	
35		S 14	66,90 ⁵⁾	51,15	48,40	2,75	
36		S 13	33,54 ⁶⁾	24,00	21,74	2,26	
37		S 12	160,09 ⁷⁾	53,42	51,07	2,35	
38		S 11b	82,23 ⁸⁾			-	
39		S 11a				-	
38		S 11		66,73	60,66	6,07	
39		S 10	⁹⁾	30,54	23,34	7,20	
40		S 9	18,82 ¹⁰⁾			-	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr		Vermerke, Erläuterungen
					tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2015 nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
41		S 8b	164,94 ¹⁾			-	¹⁾ dav. 1 T 13,17, 1 T 19,5 kw 4) üT, 2 T 19,5, 2 T 24,82, 1 T 25, 1 T 25,33, 2 T 29,25, 1 T 30,39, 6 kw 6), 2 kw 4) üT, 2 ku 1) S 6, 1 kw 2020 ³⁾ dav. 1 T 19,5, 1 T 24,57, 1 T 27,37 kw 4), 1 T 31,41 kw 4), 1 T 32,93 kw 4), 2 T 34,71, 2 T 37,44, 1 T 37,79 kw 4), 18 kw 6) ⁵⁾ dav. ⁶⁾ dav. 2 T 19,5 kw 2), 18 kw 6), 1 kw 1)
42		S 8a	149,19 ³⁾			-	
43		S 8		84,07	78,37	5,70	
44		S 7	²⁾	11,52	11,78	-0,26	
45		S 6		137,79	118,44	19,35	
46		S 5	⁴⁾			-	
47		S 4	46,71 ⁵⁾	47,77	44,15	3,62	
48		S 3	110,78 ⁶⁾	113,98	95,18	18,80	
49		S 2	10,70 ⁷⁾	8,97	6,62	2,35	
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst		912,39	666,21	595,03	71,18	
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		1209,5	1148,83	1081,70	67,13	
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Kr.						
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt		2121,89	1815,04	1676,73	138,31	

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

II. Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen im Haushaltsjahr 2016	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2015	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
1	Brandreferendare	Anwärterbezüge	1	-	
2	Stadtinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	52	40	
3	Stadtsekretär-Anwärter	Anwärterbezüge	20	20	
4	Lebensmittelkontrollsekretär-Anwärter	Anwärterbezüge	-	1	
5	Brandoberinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	2	2	
6	Brandmeister-Anwärter	Anwärterbezüge	35	30	
7	Fachoberschulpraktikanten einschließlich Vorpraktikanten	außertarifliche Entschädigung nach VKA-Richtlinien	-	-	
8	Dienstanfänger	Unterhaltsbeihilfe	10	9	
9	Bauinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	-	-	
10	Archivinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	-	-	
	<u>Auszubildende für den Beruf</u>				
11	Anlagenmechaniker/in für Heizung- Klima- und Sanitärtechnik	Ausbildungsvergütung	3	3	
12	Bauzeichner/in	Ausbildungsvergütung	1	1	
13	Buchbinder/in	Ausbildungsvergütung	1	-	
14	Elektroniker/in für Energie- und Gebäudetechnik	Ausbildungsvergütung	4	4	
15	Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste				
	a.) FR: Archiv	Ausbildungsvergütung	1	1	
	b.) FR: Bibliothek	Ausbildungsvergütung	10	10	
16	Fachinformatiker/-in	Ausbildungsvergütung	2	2	
17	Gärtner/in	Ausbildungsvergütung	-	-	
18	Hauswirtschaftler/in	Ausbildungsvergütung	5	5	
19	Informatikkaufleute	Ausbildungsvergütung	-	-	
20	IT-System-Elektroniker/-in	Ausbildungsvergütung	4	4	
21	Kaufleute für Bürokommunikation	Ausbildungsvergütung	21	22	
22	Kfz-Mechatroniker/in	Ausbildungsvergütung	2	1	
23	Maler/in und Lackierer/in	Ausbildungsvergütung	3	2	
24	Mechatroniker	Ausbildungsvergütung	4	4	
25	Techn. Zeichner/in	Ausbildungsvergütung	1	-	
26	Tischler/in	Ausbildungsvergütung	4	4	
27	Veranstaltungskauffrau/-mann	Ausbildungsvergütung	4	3	
28	Vermessungstechniker/in	Ausbildungsvergütung	1	1	

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

II. Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen im Haushaltsjahr 2016	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2015	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
	<u>Praktikant/in für den Beruf</u>				
29	Sozialarbeiter/in, Sozialpädagoge/-in	Entgelt gemäß TV	21	12	
30	Erzieher/in	Entgelt gemäß TV	-	-	
31	Arzt/Ärztin im Praktikum	außertarifl. Entschädigung	1	-	
32	<u>Volontär/in</u>	Vergütung gemäß Rd.Erl. d. MWK vom 02.04.1980	1	1	
33	<u>Helfer/in im freiwilligen sozialen Jahr</u>	Taschengeld gemäß Jugendfreiwilligendienstgesetz	33	28	
34	<u>Helferin/Helfer im freiwilligen sozialen Jahr - Kultur</u>	- " -	4	3	
35	<u>Helfer im freiw. ökologischen Jahr</u>	- " -	-	-	
36	<u>Bundesfreiwilligendienst</u>	Bundesfreiwilligendienstgesetz	31	10	
	<u>Vorpraktikant/in für den Beruf</u>				
37	Erzieher/in	außertarifl. Entschädigung	-	-	
38	Sozialarbeiter/in/Sozialpädagoge/-in	außertarifl. Entschädigung	2	1	
39	Vorpraktikant/in im Baubereich	außertarifl. Entschädigung	2	-	
40	Vorpraktikant/in im Kulturbereich	außertarifl. Entschädigung	1	-	
41	Ausländische Praktikanten/innen	außertarifl. Entschädigung	2	-	Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
42	Schülerpraktikant/in	-	55	1	Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
43	sonstige Praktikanten/-innen z. B. Umschüler/innen, Pk. aus anderen Betrieben, Reha-Maßnahmen, Integrationsmaßnahmen	-	35	9	Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
	insgesamt		379	234	
Bei gegebener Notwendigkeit können die in der Aufstellung genannten Zahlen vorübergehend bis zur nächsten Änderung des Stellenplanes geringfügig überschritten werden.					

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

[illegible]

- 31 -
Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisations-einheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0800	Stabsstelle Wirtschaftsdezernat											1,00	1,50								2,50	
	Verwaltung 8 insgesamt											1,00	1,50								2,50	
	Personalvertretung												0,88	0,50		1,00	1,00				3,38	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenter Braunschweig					1,00					2,00	5,00	9,50	26,55		7,75		10,00			61,80	
	Leerstellen			1,00		1,00	1,00	1,00	1,00		6,00	6,75	7,00	20,75	1,00		3,00	13,50	12,50	2,50	78,00	
	Ausbildungsstellen										1,00	1,00		2,00	25,00			5,00	11,00	15,00	60,00	
	Leer- und Ausbildungsstellen insgesamt			1,00		1,00	1,00	1,00	1,00		7,00	7,75	7,00	22,75	26,00		3,00	18,50	23,50	17,50	138,00	
	Altersteilzeit											2,00				1,00	1,00		1,00		5,00	
	zugewiesene Dienstkräfte											3,00	1,00	1,00							5,00	

- 32 -
Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisations-einheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
65	Hochbau und Gebäude-management					1,00			1,00		1,00	1,00	4,50	1,75			2,00	2,75	8,50		23,50	
	Stadtentwässerung										0,50		0,37	1,50							2,37	
	Abfallwirtschaft										0,50		1,13	2,00			0,50	0,50			4,63	

- 33 -
Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisations-einheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	<u>Zusammenstellung</u>																					
	Verwaltung 1	1,00		1,00	1,00	3,00	5,00	6,63	1,00		12,00	22,00	44,50	21,75			8,00	16,75	6,75		150,38	
	Verwaltung 2		1,00		1,00		1,00				6,00	6,75	25,50	13,50			4,00	27,00	4,13		89,88	
	Verwaltung 3					2,00	2,00	2,00			10,00	11,00	31,00	33,88		19,00	81,79	203,00	116,98	4,00	516,65	
	Verwaltung 4				1,00	1,00	3,00				2,00	6,00	13,00	18,10		1,00		0,63	7,50	1,00	54,23	
	Verwaltung 5			1,00		2,00	1,00	2,00			5,00	16,00	40,63	102,90		8,25	6,25	43,04	21,51	1,00	250,58	
	Verwaltung 6			1,00	1,00	3,00	8,00	10,00	4,00		7,00	7,00	26,25	24,50			1,00	7,50	10,00	2,00	112,25	
	Verwaltung 8											1,00	1,50								2,50	
	Personalvertretung												0,88	0,50		1,00	1,00				3,38	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenter Braunschweig					1,00					2,00	5,00	9,50	26,55		7,75		10,00			61,80	
	Leer- und Ausbildungsstellen			1,00		1,00	1,00	1,00	1,00		7,00	7,75	7,00	22,75	26,00		3,00	18,50	23,50	17,50	138,00	
	Altersteilzeit											2,00				1,00	1,00		1,00		5,00	
	zugew. Dienstkräfte											3,00	1,00	1,00							5,00	
	Verwaltung insgesamt	1,00	1,00	4,00	4,00	13,00	21,00	21,63	6,00		51,00	87,50	200,76	265,43	26,00	38,00	106,04	326,42	191,37	25,50	1.389,65	
	Hochbau und Gebäude-management					1,00			1,00		1,00	1,00	4,50	1,75			2,00	2,75	8,50		23,50	
	Abfallwirtschaft										0,50		1,13	2,00			0,50	0,50			4,63	
	Stadtentwässerung										0,50		0,37	1,50							2,37	
	insgesamt	1,00	1,00	4,00	4,00	14,00	21,00	21,63	7,00		53,00	88,50	206,76	270,68	26,00	38,00	108,54	329,67	199,87	25,50	1.420,15	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.						insgesamt	Bemerkungen
32	Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit				1,75			1,00	2,78	8,50		9,50	30,53		17,50										71,56	
37	Feuerwehr						1,00	2,50	1,00	7,00	3,50	2,00	3,63	1,00	1,00									22,63		
	Zwischensumme Verwaltung 3				1,75		1,00	3,50	3,78	15,50	3,50	11,50	34,16	1,00	18,50									94,19		
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2			
32	Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit																									
37	Feuerwehr																									
	Zwischensumme Verwaltung 3 Sozial- und Erziehungsdienst																									
	Verwaltung 3 insgesamt																							94,19		

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

[illegible]

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer außerhalb des Sozial- und Erziehungsdienstes

Gliederungsnummer	Organisations-einheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.	Kr. insg.	insgesamt	
	Zusammenstellung																					
	Verwaltung 1		1,00	5,00	4,76	4,50	13,00	8,22	7,28	12,00		16,27	8,75	4,00	3,50						88,28	
	Verwaltung 2	1,00	1,00	1,00	2,50	2,00	1,00	1,00		8,00		9,91	1,50		1,00						29,91	
	Verwaltung 3				1,75		1,00	3,50	3,78	15,50	3,50	11,50	34,16	1,00	18,50						94,19	
	Verwaltung 4		1,00	1,00	7,75		3,00	8,29	48,50	9,50		16,21	95,49		15,10		1,00		1,00		207,84	
	Verwaltung 5		11,24	7,00	2,50	0,60	3,00		7,87	11,50		17,00	26,23	2,00	45,41	48,10	2,00	9,65	1,00		195,10	
	Verwaltung 6	1,00	4,00	3,00	10,00	26,41	79,78	9,50	19,25	36,77	4,00	76,57	77,52	31,00	54,34			12,67			445,81	
	Verwaltung 8																		1,00		1,00	
	Personalvertretung					1,00						4,50	4,00		0,64						10,14	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters							1,00	8,00	12,00		2,00	4,00	1,00							28,00	
	Leerstellen/Stellenreserve		1,00	1,00	1,00		13,00	13,00	9,00	11,00	1,00	18,00	14,00	1,00			6,00				89,00	
	Altersteilzeit				2,00	1,00	1,00		2,00	1,00	1,00	3,00	3,00								14,00	
	zugewiesene Dienstkräfte			1,00					0,73	1,00			2,00	1,50								6,23
	Zwischensumme	2,00	19,24	19,00	32,26	35,51	114,78	45,24	106,68	117,27	9,50	176,96	270,15	40,00	138,49	48,10	9,00	22,32	3,00		1209,50	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst

Gliederungsnummer	Organisations-einheit		S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		insgesamt
	Zwischensumme																								1209,50
	Verwaltung 1								2,00																2,00
	Verwaltung 2																								
	Verwaltung 3																								
	Verwaltung 4								1,00	0,50															1,50
	Verwaltung 5		1,00	22,50	5,00	31,99	59,90	29,54	124,86	55,42				18,82	128,94	130,19					46,71	91,78	10,70		757,35
	Verwaltung 6																								
	Verwaltung 8																								
	Personalvertretung					1,00			0,23													1,00			2,23
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters									10,53															10,53
	Leerstellen/Stellenreserve			2,00		3,00	7,00	4,00	32,00	10,00					36,00	18,00						18,00			130,00
	Altersteilzeit					1,00				4,00						1,00									6,00
	zugewiesene Dienstkräfte			1,00						1,78															2,78
	Zwischensumme Sozial- und Erziehungsdienst		1,00	25,50	5,00	36,99	66,90	33,54	160,09	82,23				18,82	164,94	149,19					46,71	110,78	10,70		912,39
	Gesamtsumme aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer																								2121,89

- 44 -
Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0120	1 x 9 ku 1) A 8	1 E 11 kw 2018	1 x 13			1 x 6 üT 1 E 13 T 10 kw 2019
0140						1 x 6 üT T 19,5
0150				1 x 10 T 28,19 1 x 9 T 25		
01			1 x 10 2 x 8 1 x 5			2 x 9 üT 2 x 6 üT 1 x 5 T 19,5 ku 1) 3 T 19,5
10		1 x 11 kw 5)	1 x 12 1 x 5 1 x 3 1 x 9	1 x 5 T 29,25 1 x 9 T 25 1 x 6 T 30		3 x 6 üT
20			1 x 5 1 x 13	1 x 6 T 24,5 1 x 6 T 25,33		3 x 6 üT
32		1 x 5 kw 5)	1 x 13 8 x 5 25 x 3 1 x 8 1 x 6	1 x 9 T 30,39 1 x 5 T 29,65 1 x 13 T 9,75 1 E 5 T 30		1 x 6 üT 1 x E 5 T 19,5 kw 2016 1 x E 5 kw 3)
37		6 x 8 kw 4) 1 x 6 kw 1) 1 x 8 kw 1) 1 x 4 kw 1)	1 x 5 1 x 10 1 x 7	1 x 5 T 24,5		1 x 5 T 19,5 kw 4)

- 45 -
Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0412	1 x 5 ku 1) 3	2 E 13 kw 2018		1 x 9 T 27,92		1 x 6 üT
0413			1 x 5	1 x 5 T 31		1 x 6 üT
0414			1 x 9			1 x 6 T 25 üT
40			5 x 5	1 x 5 T 25		1 x 6 üT 1 x 9 T 19,5 kw 3) 1 x 9 T 19,5 kw 1) 1 E 13 kw 2019 Sp*)
Die Ausweisung von Teilzeitstellen bei Schulsekretären/Schulsekretärinnen ist dem Stellenverteilungsplan des Fachbereiches 40 zu entnehmen.						
41		1 E 9 kw 2018 1 E 9 kw 2020	2 x 5	1 x 13 T 29,25 1 x 10 T 29,25		1 x S 11 T 19,5 kw 8) 1 x 10 T 29,25 kw 4) 2 x 6 üT 1 x 8 üT
Die Ausweisung von Teilzeitstellen bei Musikschullehren/Musikschullehrerinnen ist dem Stellenverteilungsplan des Fachbereiches 41 zu entnehmen.						
0500				1 x 15 T 30		1 x 6 üT
50	1 x 4 ku 1) 3	2 x 8 kw 1)	2 x 15	1 x 15 T 10		1 x 15 T 13,43 kw 4)
		3 x 5 kw 4)	1 x 12	1 x S 14 T 29,25		1 x 15 T 15,20 kw 4)
		1 x 11 kw 4)	2 x 8	3 x S 11 T 30,39		2 x 15 T 19,5 kw 4)
		1 x S 11 kw 2016	11 x 5	1 x S 14 T 35,2		1 x 6 T 19,5 ku 1) A 6 T 20
		1 x S 11 kw 4)	2 x 3	1 x 5 T 30,39		5 x 6 üT
		2 x 6 kw 1)	1 x 13	1 x 3 T 24,57		1 x 5 T 19,5 kw 1)
		1 x 3 kw 4)	2 x 6	1 x S 11 T 30		1 x 8 T 9,75 kw 1)
		1 x 15 kw 4)	1 x S 12	1 x 5 T 29,25		1 x 3 T 21,53 kw 4)
		1 x S 15 kw 3)		2 x 8 T 29,25		1 x 3 T 25,33 kw 4)
		1 x 6 kw 4)		2 x S 11 T 29,25		1 x 6 T 9,75 kw 4)
		1 x 15 kw 2021		3 x 15 T 29,25		1 x 3 T 30,39 kw 4)
				1 x S 12 T 23,3		1 x 3 T 21,27 kw 4)

- 46 -
Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
noch 50				1 x 6 T 29,38 1 x 9 T 34 1 x S 15 T 28 1 x 12 T 4 1 x 5 T 35,25 1 x S 11 T 25,33		1 x 8 T 19,5 kw 1) 1 x 8 T 29,25 ku 1) 5 T 29,25 1 x S 12 T 25 kw 4) 1 x 5 T 19,5 ku 1) 3 T 19,5 2 x S 11 T 30 kw 4) 1 x 3 T 126,75 kw 4)
51		3 x S 11 kw 3) 1 x 5 kw 1) 2 x S 11 kw 4)	1 x S 4 1 x 6 2 x S 11 4 x S 12 4 x 14 2 x 8	1 x S 11 T 25,33 1 x S 4 T 26,34 2 x S 11 T 29,25 1 x S 12 T 30,39 2 x S 8 T 24,82 1 x S 15 T 25 1 x 5 T 34,70 1 x 5 T 22,75 1 x 2Ü T 16,25 1 x S 11 T 30,39 1 x S 11 T 6 1 x 3 T 34 6 x S 14 T 29,25 1 x S 12 T 33,94 1 x S 12 T 25 1 x S 12 T 19,24 1 x 11 T 19,32 1 x S 12 T 23,25 1 x S 12 T 10,50 1 x S 14 T 58,5ß 1 x S 14 T 253,50 1 x S 14 T 78 1 x S 14 T 68,25		5 x 6 üT 2 x S 8 üT kw 4) 1 x 3 T 5 kw 1) 1 x S 8 T 19,5 kw 4) 1 x S 15 T 19,5 kw 2018

- 47 -
Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0600		1 x 12 kw 2017	1 E 6			
0610			1 x 5			
60	1 x 6 ku 1) 5	2 x 11 kw 1)	2 x 10 1 x 11	1 x 5 T 29,25		
61	1 x 6 ku 1) 5	1 x 11 kw 2017 1 x 8 kw 1) 1 x 10 kw 2017 1 x 13 kw 2017 1 x 11 kw 2020	3 x 5 3 x 8 1 x 6 1 x 9 8 x 11 2 x 12 2 x 13 1 x 10	1 x 6 T 29,25 1 x 5 T 30,39 1 x 5 T 15,2 3 x 8 T 29,25 1 x 12 T 35,46		4 x 6 üT 1 x 6 T 25,33 üT 1 x 7 Z 12 1 x 11 T 19,5 kw 2016 1 x 12 T 19,5 kw 4)
66	3 x 8 ku 1) 6		1 x 5 3 x 6	1 x 6 T 25 1 x 6 T 29,25 1 x 11 T 29,38 1 x 11 T 30,39 1 x 11 T 28,22 1 x 11 T 27,5 1 x 5 T 30 1 x 11 T 12,5 1 x 6 T 30		2 x 6 üT 2 x 3 Z 8
67			2 x 3 1 x 6	1 x 5 T 30,90 1 x 5 T 142,87 1 x 3 T 104 1 x 1 T 182 1 x 9 T 29,25 1 x 8 T 9,75 1 x 8 T 30		3 x 7 Z 12 1 x 6 üT 17 x 6 Z 12 1 x 5 Z 12 1 x 5 T 8,11 kw 8) 1 x 5 T 26 kw 2017 1 x 3 T 104 kw 2017

- 48 -
Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
Per- sonal- vertret.		1 x 12 kw 2) 1 x 7 Z 12 kw 2) 1 x 5 kw 2) 1 x S 13 kw 2) 4 x 6 kw 2)		1 x 5 T 10		1 x 3 T 24,82 kw 2) 1 x 5 T 19,5 kw 1) 1 x 6 T 19,5 kw 2) 2 x S 3 T 19,5 kw 2) 1 x S 12 T 9 kw 2) 1 x 5 T 9,5 kw 1)

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

1. Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs- nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs- planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt		Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
1	Referatsleiter/in	E 15	A 15	20	0140/01484	28.11.2014		Umwandlung 2016
2	Amtl. Tierarzt/-ärztin	E 13	A 14	29	32.5.1/02705	01.01.2015	31.01.2017	AZ-Reduzierung
3	Koordinator/in	E 11	A 14	23	61.12/3/03051	16.07.2012	31.12.2018	AZ-Reduzierung
4	Koordinator/in	E 11	A 14	23	61./5/2/02988	01.10.2012	31.12.2018	AZ-Reduzierung

- 50 -
Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

2. Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs- nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs- planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt		Bemerkungen
						seit	bis voraus- sichtlich	
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
1	Sachbearbeiter/in	E 13	A 11	50	0200.11.2/03874	01.10.2015	27.07.2016	AZ-Reduzierung
2	Techn. Sachbearbeiter/in	E 11	A 11	46	0630.11.2/03947	01.09.2013	16.01.2018	AZ-Reduzierung
3	Techn. Sachbearbeiter/in	E 11	A 11	46	0630.11.3/03956	01.02.2012	31.08.2017	AZ-Reduzierung
4	Koordinator/in	E 3	A 11	51	61.21./1/03383	14.02.2014	31.03.2016	AZ-Reduzierung
5	Sachbearbeiter/in	E 9	A 11	50	61.42/1/04867	01.01.2014	31.07.2017	AZ-Reduzierung
6	Sachbearbeiter/in	E 9	A 10	57	0120.20/1/00131	01.05.2015		Umwandlung 2016
7	Sachbearbeiter/in	E 9	A 10	57	10.12/01573	01.03.2015		Umwandlung 2016
8	Sachbearbeiter/in	E 9	A 10	57	96.20/03552	01.07.2015		Umwandlung 2016

- 51 -
Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

3. Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs- nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs- planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt		Bemerkungen
						seit	bis voraus- sichtlich	
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
1	Oberbrandmeister/in	E 8	A 8	69	37.15/05000	01.01.2009		Umwandlung 2016
2	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	70	0100.10/00111	01.06.2015		Umwandlung 2016
3	Kassierer/in	E 8	A 8	70	20.41.2/03922	01.05.2015		Umwandlung 2016
4	Sachbearbeiter/in	E 5	A 8	70	32.11.1/05194	01.12.2015	29.02.2016	AZ-Reduzierung
5	Sachbearbeiter/in	E 6	A 8	70	32.41.1/02356	01.12.2015	31.12.2017	AZ-Reduzierung
6	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	70	51.02.1/02441	24.06.2015		Umwandlung 2016
7	Sachbearbeiter/in	E 6	A 7	74	32.32/02330	01.04.2014	31.12.2017	AZ-Reduzierung
8	Sachbearbeiter/in	E 6	A 7	74	32.41.2/02374	01.01.2011		AZ-Reduzierung
9	Sachbearbeiter/in	E 6	A 7	74	32.41.2/02382	01.04.2011		AZ-Reduzierung
10	Sachbearbeiter/in	E 6	A 7	74	61.42/1/03723	01.01.2015		AZ-Reduzierung
11	Sachbearbeiter/in	E 6	A 7	74	66.0/1/01658	01.03.2012		Umwandlung 2016
12	Sachbearbeiter/in	E 5	A 6	76	32.33/05523	01.01.2015	31.12.2017	Befristete Stelle
13	Sachbearbeiter/in	E 5	A 6	76	32.33/05691	01.01.2015	06.01.2016	Befristete Stelle
insgesamt 25								

Haushaltsplan 2015
für den FB 65, Hochbau und Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2015 nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	aT					1)
2		15Ü					2)
3		15	3,00 ¹⁾	2,00	2,00		3)
4		14	2,00 ²⁾	2,00	2,00		4)
5		13	2,00 ³⁾	2,00	2,00		dav. 1 T 19,5
							5)
6		12	10,50 ⁴⁾	10,50	9,50	1,00	dav. 3 T 19,5, 1 kw 2017
7		11	47,50 ⁵⁾	40,50	36,17	4,33	6)
8		10	1,00 ⁶⁾	1,00	1,00		7)
9		9	5,78 ⁷⁾	5,78	5,78		dav. 1 T 30,39, 1 ku 1) 8

Haushaltsplan 2015
für den FB 65, Hochbau und Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
10		8	17,00 ⁸⁾	15,00	11,82	3,18	⁸⁾ dav. 2 kw 2017 ⁹⁾ dav. 1 Z 12 ¹⁰⁾ dav. 1 T 19,5, 1 T 20, 1 T 29,25, 2 üT, 1 ku 1) 4 ¹¹⁾ dav. 1 T 29,25, 1 kw 1), 1 T 19,5, 1 T 19,5 kw 1) ¹²⁾ dav. 2 T 19,5, 1 T 19,76 ¹³⁾ ¹⁴⁾ ¹⁵⁾
11		7	13,00 ⁹⁾	12,00	12,00		
12		6	22,26 ¹⁰⁾	22,76	20,27	2,49	
13		5	33,75 ¹¹⁾	33,75	31,75	2,00	
14		4	11,51 ¹²⁾	12,51	9,00	3,51	
15		3	35,21 ¹³⁾	34,21	29,79	4,42	
16		2Ü	¹⁴⁾				
17		2	2,00 ¹⁵⁾	2,00	0,90	1,10	
18		1	62,87	62,87	47,07	15,80	
Die Ausweisung von Teilzeitstellen bzw. ku- oder kw-Vermerken im Bereich Schulhausmeister/-innen, Hausmeister/-innen und Raumpflege ist aus dem StVPl des FB 65 ersichtlich.							
	insgesamt Beschäftigte		269,38	258,88	221,05	37,83	

Haushaltsplan 2015
für den FB 65, Hochbau und Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte							
Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16	1,00	1,00	1,00		
2	Baudirektor	A 15					
3	Bauoberrat	A 14					
4	Städt. Oberrat	A 14					
4	Baurat	A 13	1,00	1,00	1,00		
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
5	Bauoberamtsrat	A 13					
6	Stadtoberamtsrat	A 13	1,00	1,00	1,00		
7	Bauamtsrat	A 12					
8	Stadtamtsrat	A 12	1,00	1,00	1,00		
9	Bauamtman	A 11	0,50 ¹⁾	0,50	0,50		¹⁾ 1 T 20
10	Stadtamtman	A 11	4,00	4,00	4,00		
		A 11					
11	Bauoberinspektor	A 10	³⁾				
12	Stadtoberinspektor	A 10	1,75 ⁴⁾	1,75	0,75	1,00	⁴⁾ dav. 1 T 30
		A 10					
13	Stadtinspektor	A 9	⁵⁾				
		A 9					

Haushaltsplan 2015
für den FB 65, Hochbau und Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte							
Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
	Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)						
14	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ	⁶⁾				⁶⁾
15	Stadtamtsinspektor	A 9	2,00 ⁷⁾	2,00	2,00		⁷⁾ ⁸⁾ dav. 1 T 30
16	Stadthauptsekretär	A 8	2,75 ⁸⁾	2,75	2,75		⁹⁾ dav. 4 T 20, 2 T 30
17	Stadtobersekretär	A 7	8,50 ⁹⁾	7,50	7,50		¹⁰⁾
18	Stadtsekretär	A 6	¹⁰⁾				
	insgesamt:		23,50	22,50	21,50	1,00	

**Haushaltsplan 2015
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft**

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2015 nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 ¹⁾				
4		14		0,50	0,50		
5		13					
6		12	0,50 ²⁾				
7		11	2,00 ³⁾	2,00	2,00		
8		10	⁴⁾				
9		9	⁵⁾				

**Haushaltsplan 2015
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft**

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
10		8	6)				6)
11		7	7)				7)
12		6	8)				8)
13		5	9)				9)
14		4	10)				10)
15		3	11)				11)
16		2Ü					
17		2					
18		1					
	insgesamt Beschäftigte		3,00	2,50	2,50		

**Haushaltsplan 2015
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft**

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Beamtinnen und Beamte Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,50 ¹⁾	0,50	0,50		
5	Bauamtsrat	A 12					¹⁾ 1 T 20
6	Stadtamtsrat	A 12	²⁾				²⁾
		A 12					³⁾ dav. 1 T 25, 1 T 20
7	Stadtamtman	A 11	1,13 ³⁾	1,13	1,13		
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	2,00	2,00	2,00		
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

Nachrichtlich:

[illegible]

**Haushaltsplan 2015
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung**

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							Erläuterungen
Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2015 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	aT					1) 1 T 19,5
2		15Ü					2)
3		15	0,50 ¹⁾				3)
4		14		0,50	0,50		4)
5		13	¹⁾				5)
6		12	²⁾				
7		11	1,00 ³⁾	1,00		1,00	
8		10	⁴⁾				
9		9	2,00 ⁵⁾	2,00	2,00		

**Haushaltsplan 2015
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung**

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
10		8	1,00 ⁶⁾	1,00	1,00		6)
11		7	7)				7)
12		6	8)				8)
13		5	9)				9)
14		4	10)				10)
15		3	11)				11)
16		2Ü					
17		2					
18		1					
	insgesamt Beschäftigte		4,50	4,50	3,50	1,00	

**Haushaltsplan 2015
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung**

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte						
Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2016	Zahl der Stellen im Vorjahr		Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2015 tatsächlich besetzt	nicht besetzt
1	2	3	4	5	6	7
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)						
1	Leitender Baudirektor	A 16				
2	Bauoberrat	A 14				
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)						
3	Bauoberamtsrat	A 13				
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,50 ¹⁾	0,50	0,50	
5	Bauamtsrat	A 12				¹⁾ 1 T 20
6	Stadtamtsrat	A 12	²⁾			²⁾
		A 12				³⁾ 1 T 15
						⁴⁾ dav. 1 T 20 kw 2016
7	Stadtamtman	A 11	0,37 ³⁾	0,37	0,37	
		A 11				
8	Bauoberinspektor	A 10				
9	Stadtoberinspektor	A 10	1,50 ⁴⁾	1,50	1,50	
		A 10				
10	Stadtinspektor	A 9				
		A 9				

Nachrichtlich:

[illegible]

Nachversand von Anträgen

SPD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20

FB 20

Produkt

1.57.5731.08/ 431510

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016

Überschrift

BS-Mobil-Ticket

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, im Zusammenwirken mit der Braunschweiger Verkehrs-GmbH eine Ausweitung der Nutzungszeit des BS-Mobil-Tickets auf die Zeit vor 9:00 Uhr zu prüfen und dem Rat zeitnah einen Vorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

SPD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

KuW, 50, 51/ KuW, FB 50, FB 51

Produkt

diverse/ 431810

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016

Überschrift

Zuschussdynamisierung

Beschlussvorschlag

Die Zuschussdynamisierung wird vorerst nur im Jahr 2016, wie in den Ansatzveränderungen der Verwaltung vorgesehen, ausgesetzt. In der mittelfristigen Finanzplanung werden für die Folgejahre keine zusätzlichen Einsparungen durch ein Aussetzen der Zuschussdynamisierung vorgesehen, sodass sich die Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung nur um den Einsparbetrag aus 2016 reduzieren. Spätestens zu den Haushaltsberatungen für 2017 legt die Verwaltung dem Rat dar, ob eine weitere Aussetzung der Zuschussdynamisierung erforderlich ist.

Begründung

Die Ansätze bei den Aufwendungen ändern sich dadurch wie folgt:

Nr. 86: 2016 und Folgejahre: -39.000

Nr. 108: 2016 und Folgejahre: - 44.700

Nr. 123: 2016 und Folgejahre: - 75.000

Der Antrag betrifft die Anträge zum Ergebnishaushalt Nr. 121 und 122 sowie den mündlich im AfSG gestellten SPD-Änderungsantrag (in den Haushaltsunterlagen dargestellt nach Nr. 122) sowie die Ansatzveränderungen der Verwaltung Nr. 86, 108 und 123.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20, 65 FB 20, FB 65

Projekt-Nr.

3E.210007/ 427114

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016 / INVESTITIONSPROGRAMM 2015 - 2019

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 3E.21 NEU

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes: Stadthalle/ Vorplanung der Sanierung

☐ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☒ Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2016 beantragt

mehr/weniger (+/-) _____ €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2016 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von _____ €

zulasten der Jahre

2017 in Höhe von _____ €

2018 in Höhe von _____ €

2019 in Höhe von _____ €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

400.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten				Restbedarf ab 2020
		2016	2017	2018	2019	
400.000		200.000	200.000			
Begründung:						
Die Sanierung der Stadthalle muss ganzheitlich und im Kontext mit dem Abriss sowie Neubau des Parkdecks und der Errichtung des neuen Hotels an der Stadthalle gesehen werden. Eine Sanierung über vermutlich mehr als vier Jahre wäre schädlich für unsere Stadthalle und ihre Vermarktungschancen am Markt. Die Sanierung muss daher in möglichst geringem zeitlichen Aufwand erfolgen.						

Unterschrift

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20, 65 FB 20, FB 65

Projekt-Nr.

4E.210170/ 421110

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016 / INVESTITIONSPROGRAMM 2015 - 2019

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 4E.21 NEU

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes: Stadthalle/ Sanierung der Fassade

☒ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☒ Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2016 beantragt

mehr/weniger (+/-) _____ €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2016 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von _____ €

zulasten der Jahre

2017 in Höhe von _____ €

2018 in Höhe von _____ €

2019 in Höhe von _____ €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

8.800.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten				Restbedarf ab 2020
		2016	2017	2018	2019	
8800000				3800000	5000000	

Begründung:

Die Sanierung der Stadthalle muss ganzheitlich und im Kontext mit dem Abriss sowie Neubau des Parkdecks und der Errichtung des neuen Hotels an der Stadthalle gesehen werden. Eine Sanierung über vermutlich mehr als vier Jahre wäre schädlich für unsere Stadthalle und ihre Vermarktungschancen am Markt. Die Sanierung muss daher in möglichst geringem zeitlichen Aufwand erfolgen.

Unterschrift

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20, 65 FB 20, FB 65

Projekt-Nr.

4E.210170/ 787110

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016 / INVESTITIONSPROGRAMM 2015 - 2019

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 4E.21 NEU

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes: Stadthalle/ Sanierung der technischen Gebäudeausrüstung

☒ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☒ Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2016 beantragt

mehr/weniger (+/-) _____ €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2016 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von _____ €

zulasten der Jahre

2017 in Höhe von _____ €

2018 in Höhe von _____ €

2019 in Höhe von _____ €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

7.300.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsdaten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2016	Planungsdaten			Restbedarf ab 2020
			2017	2018	2019	
7300000				7300000		

Begründung:

Die Sanierung der Stadthalle muss ganzheitlich und im Kontext mit dem Abriss sowie Neubau des Parkdecks und der Errichtung des neuen Hotels an der Stadthalle gesehen werden. Eine Sanierung über vermutlich mehr als vier Jahre wäre schädlich für unsere Stadthalle und ihre Vermarktungschancen am Markt. Die Sanierung muss daher in möglichst geringem zeitlichen Aufwand erfolgen.

Unterschrift

SPD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66

FB 66

Produkt

4E.660013/ 421160, 787210

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016

Überschrift

Parkdeck an der Stadthalle

Beschlussvorschlag

Auf die finanzielle Einplanung des Neubaus des Parkdecks an der Stadthalle (Projekt Nr. 4E.660013) wird verzichtet, bis die Verwaltung verlässliche Aussagen zu diesem Vorhaben und zur Sanierung der Stadthalle (Erneuerung der Betonfassade) vorlegen kann. Über eine erneute Einplanung von Mitteln für das Parkdeck soll entschieden werden, wenn für beide genannten Maßnahmen eine zeitliche und finanzielle Grundlage besteht.

Begründung

Die Maßnahme "Neubau des Parkdecks" (Projekt Nr. 4E.660013) steht in engem Zusammenhang mit der Fassadensanierung der Stadthalle. Beide Maßnahmen hätten voraussichtlich ein weitgehendes Einstellen des Veranstaltungsbetriebs der Stadthalle zur Folge und müssten daher ohnehin zeitgleich stattfinden. Daher soll die Verwaltung zunächst ein Konzept und einen Zeitplan vorlegen, bevor weitere Vorfestlegungen durch den Rat erfolgen.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016

- ☒ Stellenplan (für die Verwaltung)
- ☐ Stellenübersicht (für die Sonderrechnungen)

Überschrift

Schaffung einer Stelle im Fachbereich 61

Beschlussvorschlag

Für den Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz wird für zwei Jahre befristet eine zusätzliche Stelle für eine Biologin/einen Biologen geschaffen. Danach wird entschieden, ob die Stelle in eine dauerhafte Stelle umgewandelt wird.

Begründung

Braunschweig ist eine wachsende Stadt. Bei der Aufstellung von Bauleitplänen ist grundsätzlich eine Umweltprüfung durchzuführen (§ 2 BauGB). Dabei sind die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen des Bauleitplans auf die verschiedenen Schutzgüter (Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Luft, biologische Vielfalt, Landschaft, Mensch, Kultur- und Sachgüter) und mögliche Wechselwirkungen zu ermitteln. Als gesonderter Teil der Begründung zum Bauleitplanentwurf ist ein Umweltbericht zu erstellen (§ 2a BauGB), in dem die aufgrund der Umweltprüfung ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen sind.

Unter anderem für die genannten Belange im Rahmen der Bauleitplanung ist eine Biologin oder ein Biologe mit geeigneter Qualifikation einzustellen. Nach Ablauf der Befristung der Stelle ist über die Umwandlung in eine dauerhafte Stelle zu entscheiden.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Org.-Einheit

FB 65

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016

- ☒ Stellenplan (für die Verwaltung)
- ☐ Stellenübersicht (für die Sonderrechnungen)

Überschrift

Stellenreserve

Beschlussvorschlag

Es werden zwei Stellen (Sachbearbeiter, Wert 11) in die Stellenreserve genommen, damit ggf. unterjährig über die Einstellung von Ingenieuren entschieden werden kann.

Begründung

Zum Haushaltsantrag FWI 126-1, zwei zusätzliche Stellen für Hochbauingenieure zu schaffen, um vorgesehene Sanierungsmaßnahmen an Schulen termingerecht beginnen zu können, hat die Verwaltung mit Stellungnahme vom 04.02.2016 mitgeteilt: Die Verwaltung plant bereits die Durchführung einer entsprechenden externen Organisationsuntersuchung. Es soll eine Überprüfung der Schnittstellen und Aufgabenabgrenzungen einschließlich der Prozesse und Strukturen erfolgen. Dies betrifft die Abläufe innerhalb des FB 65, aber auch die Geschäftsprozesse und Kommunikationswege mit den beteiligten Organisationseinheiten. Die Auftragsvergabe für diese externe Organisationsuntersuchung soll möglichst kurzfristig erfolgen. Ein entsprechendes Vergabeverfahren hat bereits Ende 2015 begonnen. Darüber hat die Verwaltung bereits mit Vorlage 16-01408 "Überörtliche Prüfung der Stadt durch den Landesrechnungshof" berichtet.

Die Ergebnisse der externen Organisationsuntersuchung sollten zunächst abgewartet werden, bevor über die Inanspruchnahme der Stellenreserve entschieden wird.

gez. Christoph Bratmann
SPD-Fraktion

gez. Holger Herlitschke
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. Dr. Dr. Wolfgang Büchs
BIBS-Fraktion

Unterschrift

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

32

FB 32

Produkt

1.12.1221.41/ 431810

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016

Überschrift

Zuzugsprämie in voller Höhe beibehalten

Beschlussvorschlag

Die Zuzugsprämie wird auch weiterhin in voller Höhe (200,00€ pro Person) ausbezahlt, eine Reduzierung findet nicht statt. Vielmehr sucht die Verwaltung nach geeigneten Maßnahmen, um die Zahl der Ummeldungen nach Braunschweig zu erhöhen und stellt diese Ideen spätestens im dritten Quartal 2016 dem Rat über seine Ausschüsse vor.

Begründung

Die Zuzugsprämie in ihrer derzeitigen Höhe von 200,00 Euro bietet eine gute Maßnahme, um die Zahl der Ummeldungen von bspw. Studierenden nach Braunschweig zu erhöhen. Die Stadt Braunschweig gewinnt damit nicht nur neue Einwohner, sondern wird auch bei den Zuweisungen des Landes stärker bedacht. Es sollte daher beim Anreiz von 200,00 Euro pro Ummeldung bleiben. Die Verwaltung sollte darüber hinaus geeignete Maßnahmen entwickeln, mit denen die Zahl der Ummeldungen nach Braunschweig weiter erhöht werden könnte.

gez. Klaus Wendroth

Unterschrift

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Kultur und Wissenschaft

Produkt

1.25.2521.04/ 332110

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016

Überschrift

Eintritt Städtisches Museum

Beschlussvorschlag

Auf das pauschale Erheben von Eintritt im Städtischen Museum am Löwenwall wird verzichtet. Das Museum setzt vielmehr die Höhe der Eintrittspreise selbst fest. 50 % der so erzielten Einnahmen fließen in den städtischen Haushalt, die anderen 50 % verbleiben im Budget des Städtischen Museums für bspw. neue Ausstellungen.

Begründung

Das Städtische Museum am Löwenwall wie auch dessen Ausstellung in den Räumlichkeiten des Altstadttrathauses erfreut sich großer Beliebtheit unter den Braunschweigern. Bisher wird beim Besuch der Dauerausstellung im Haus am Löwenwall kein Eintritt verlangt. Das Städtische Museum sollte nun zukünftig nicht pauschal 5,00 Euro pro Besucher kassieren, sondern in eigener Zuständigkeit einen Eintrittspreis festlegen. Die Einnahmen daraus sollen, als Anreiz für die Leitung des Museums, nur zu 50 % in den städtischen Haushalt fließen und zur anderen Hälfte im Etat des Städtischen Museums verbleiben.

gez. Klaus Wendroth

Unterschrift

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016

Überschrift

Herausgabe eines "Klimasparbuches" für die Stadt Braunschweig

Beschlussvorschlag

Die Stadt Braunschweig erarbeitet mit dem Oekom-Verlag die Herausgabe eines „Klimasparbuches“. Die Verwaltung gibt die für die Realisierung des Klimasparbuch erforderlichen Haushaltsmittel an. Dabei wird auch die Möglichkeit der Einbeziehung von Sponsoren berücksichtigt

Begründung

Das sog. „Klimasparbuch“ wird vom Oekom-Verlag in Zusammenarbeit mit Regionen / Kommunen herausgegeben. Klimasparbücher gibt es schon deutschlandweit für ca. 30 Kommunen bzw. Regionen. In Kürze wird ein solches Klimasparbuch für Salzgitter erscheinen. Die redaktionelle Erstellung (Bestaltung, Texte) übernimmt grundsätzlich der o.g. Verlag, Eigenbeiträge aus dem Bereich der jeweiligen Kommune sind aber möglich.

Das „Klimasparbuch“ ist ein handlicher, praxisorientierter Ratgeber und Stadtführer für den Klimaschutz vor Ort. Überzeugend daran ist, dass nicht nur die übliche Energiesparschiene bedient wird, sondern auch weitergehende klimarelevante Aspekte wie klimabewusste Ernährung sowie biotische Ansätze des Klimaschutzes (z.B. Vegetation => Urban gardening, Fassaden- und Dachbegrünung, Bodenschutz etc.) berücksichtigt werden. Das „Klimasparbuch“ nimmt die LeserInnen an die Hand und führt sie in ihrer Stadt, ihrem Landkreis oder ihrer Region dorthin, wo sie klimafreundlich einkaufen, essen und entspannen können und informiert über nachhaltige Initiativen und Beteiligungsmöglichkeiten.

Neben praktischen Tipps zu Klimaschutz im Alltag enthält das Klimasparbuch auch verbrauchernahe Anreize: regional zugeschnittene, attraktive Gutscheine und Rabattangebote für umweltfreundliche Produkte aus allen Lebensbereichen – von öko-fairer Kleidung und Bio-Nahrungsmitteln bis hin zum Car-Sharing. Durchschnittlich enthält jedes „Klimasparbuch“ 30 bis 40 Gutscheine. Sein Einsatz wird durch Informationsveranstaltungen für Verbraucher und regionale Öffentlichkeitsarbeit rund um die Klimaschutzbemühungen der beteiligten Partner flankiert.

<https://www.facebook.com/klimasparbuch>

<http://www.klimasparbuch.net/home.html>

<http://www.oekom.de/buecher/buchreihen/klimasparbuch.html>

gez. Dr. Dr. Wolfgang Büchs
BIBS-Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

SPD-Fraktion
BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
66	FB 66
Produkt	
1.51.5115.01	

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2016

Überschrift

Verkehrsgutachten für den Norden Braunschweigs

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, ein Verkehrsgutachten für den Nordosten Braunschweigs (Waggum, Bienrode, Bevenrode, Hondelage, Querum, Kralenriede, Schuntersiedlung) in Auftrag zu geben mit dem Ziel, die nach dem Ausbau des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg entstandenen verkehrlichen Engpässe zu beseitigen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

gez.
Peter Rosenbaum
BIBS-Fraktion

gez.
Nicole Palm
SPD-Fraktion

Unterschrift